Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler **Aus Politik & Kultur**

18

Vorwort - Olaf Zimmermann: Corona vs. Kultur.

Ein Albtraum für die Kultur / S. 25

Kulturbereich in Aufruhr

- Olaf Zimmermann: Kleinteilig, differenziert,

- Ulrike Liedtke: Über brandenburgische Alleen-

straßen zu Kunst und Kultur. Kulturtourismus in der Corona-Pandemie / s. 50

- Johann Michael Möller: Die Zerreißproben stehen bevor. Die Debatten des Misstrauens der Anti-Corona-Bewegung / s. 53

- Reiner Hoffmann: Faire Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen. Gute Bezahlung und Arbeits-

bedingungen im Kulturbetrieb garantieren / s. 55 - Olaf Zimmermann: Zumutung / s. 58 - Susanne Keuchel: Zukunft positiv gestalten.

Kehrtwende zu einer anderen Kulturpolitik / s. 59 - Carsten Brosda: Lasst uns wieder über Kultur reden! Die neue Etappe des kulturellen Umgangs

mit den Folgen des Coronavirus / s. 61 - Ludwig Greven: Bildung und Kultur zuletzt. Hat Corona die gesellschaftlichen Wertigkeiten verändert?/s.63

- Boris Kochan: Last Exit Zukunft. Neue Ordnung

im Riesenpuzzle Kultur- und Kreativwirtschaft / s. 65 - Gerhart R. Baum: Mut zur Zukunft. Die Kultur in der Corona-Krise / s. 68

- Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz:

Wir haben was zu sagen, zu zeigen und zu spielen. Lockdown bis Weihnachten und dann? / s. 72 - Oliver Scheytt: Kulturelle Infrastruktur im

Zeichen von Corona. Zur Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb / s. 76 - Dieter Haselbach: Zwischen Freiheit und Risiko.

Selbständige in der Kultur nach der Krise / s. 79

- Tobias J. Knoblich: Transformation als Gebot und Chance. Kulturpolitik im Wandel / s. 82

- Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz: Corona und kein Ende ... Jetzt Perspektiven für den gesamten Kulturbereich gewinnen / s. 85 - Susanne Keuchel: Eine fundamentale kulturpolitische

Wende, Transformation ist keine Reduktion / s. 89

- Peter Grabowski: Diese Normalität darf nicht zu-

rückkehren. Am Sinn für tatsächliche Relevanz herrscht

nicht auch hygienisch unbedenkliche Formen der Bürgerbeteiligung?/s.94 - Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz:

Um Jahre zurückgeworfen. Kulturwirtschaft: Studien oelegen dramatische Einbrüche durch die Pandemie / **s. 96**

 Johann Hinrich Claussen: Die Zivilgesellschaft in Quarantäne. Gehören zur Pandemie-Politik

Olaf Zimmermann: Corona-Blues: Zombies geistern durch die Städte. Perspektiven für die Kultur o-Abwägung. Psychische a Corona / **s. 101** rich Claussen: Kleine Seelenselbst-

wenn man sich zu viel mit sich selbst

Wann wird's mal wieder richtig Sommer?

Jnd wann end t diese vermaledeite Pandemie

Eine bessere Welt – nach der Pandemie? / s. 109 Von Musik bis Soziokultur -

Die Pandemie frisst sich durch

Pandemie / s. 113

- Ulrich Khuon und Birgit Lengers: In Zeiten der

Distanz sozial, solidarisch und systemrelevant bleiben. Ein Lagebericht zum Theater während der

- Marc Grandmontagne: Devise: Spielbereit sein. Wie ist es um die deutschen Bühnen bestellt? / s. 115

- Melanie Bernstein: Die Theater brauchen jetzt Planungssicherheit. Wie geht es weiter mit unseren

Bühnen? / s. 117 - Berndt Schmidt im Gespräch mit Hans Jessen: Zurückgewinnung von Zuschauern / s. 120

- Ulrich Khuon im Gespräch mit Ludwig Greven:

Wir brauchen Scham und Ironie / S. 124

- Amelie Deuflhard im Gespräch mit Ludwig Greven: Wir müssen unsere Relevanz klarer behaupten / s. 127

- Sebastian Nordmann im Gespräch mit Sandra Winzer: Vorerst geschlossen. Uns fehlt das Publikum im Saal – das menschliche Gefühl, das

Miteinander / s. 131 - Michael Freundt: Arbeitsfähigkeit der Tanzszene

erhalten / s. 135 - Stephan Behrmann: Wir müssen reden! Wie kann der Freien Szene jetzt geholfen werden? / s. 137

Rasender Stillstand. Freie Szene: Hilfssysteme radikal vereinfachen / s. 140 - Andreas Kolb: Das Publikum macht die Musik.

Die Auswirkungen des Coronavirus auf den Musikbereich / S. 142 - Matthias Pannes: Musikschulen und Covid-19:

virtuell, virulent, virtuos, vivace. Corona drängt Musikschulen in die digitale Welt / s. 144 - Urs Johnen: Tötet das Virus den Jazz? Viele Musiker-

innen und Musiker stehen in der Corona-Krise vor dem Aus / s. 147 Nicht allein auf Improvisation bauen. Die Lage deutscher Jazzmusiker / s. 149 - Moritz Eggert: Die eigentliche Krise kommt noch.

Komponisten in der Corona-Krise / \$ 151

im Kulturhetrieh erschreckender Mangel / s. 92

 Pamela Schobels im Gespräch mit Theresa Brüheim: 	- Eckart Köhne: Es geht um die Zukunft. Der Weg
Gemeinsam allein feiern. Die Berliner Clubszene	zurück zur Normalität in Museen ist noch weit / s. 213
streamt täglich ihr Programm / s. 153	- Sylvia Willkomm: Kultur ist der Schlüssel. Museen
- Marc Wohlrabe im Gespräch mit Maike Karnebogen:	bringen wieder Leben in den öffentlichen Raum / S. 215
Was jungen Menschen fehlt / s. 156	- Johann Hinrich Claussen: Langersehnte Freude.
- Pamela Schobeß: Es geht um Nähe. Die Clubszene	Über die wohltuende Erfahrung eines Ausstellungs-
	besuchs / s. 217
in Berlin / s. 158	
- Jens Michow : Die Vielfalt unseres Kulturangebots	- Boris Kochan im Gespräch mit Theresa Brüheim:
steht auf dem Spiel. Die Corona-Pandemie trifft	Normalerweise schaufeln wir um diese Zeit
die Veranstaltungswirtschaft besonders hart / s. 160	riesige Datenmengen durch unser Netz. Corona
- Gerald Mertens: Zwischen Lockdown und	versus Design / s. 219
Lockerung. Wie die Corona-Krise den professionellen	- Boris Kochan: Das Potenzial von Kreativen muss
Orchester- und Konzertbetrieb trifft / s. 163 Erfolge	zum Hochfahren der Wirtschaft genutzt werden / s. 221
nicht verspielen. Orchester zwischen Lockdown und	Sich neu und anders erfinden. Zur zwiespältigen
Lockerung / S. 165	Situation der Designwirtschaft / s. 223
- Guido Evers und Tilo Gerlach: GVL. Schnelle Hilfe	- Mara Michel: Kultur.Gut. Mode reflektiert und
in der Not / s. 167	visualisiert Zeitgeist / s. 225 Mode-Kultur. Modedesign:
- Harald Heker: GEMA. Kerngeschäft am Laufen	Mut haben, wieder regional zu produzieren / s. 227
halten / S. 169	- Stefan Eckstein: Bitte bloß nicht zurück zur Norma-
- Martin Hufner: Der künstlerische Wert des	lität. Über ethisch vertretbare Zukunftsvisionen / 8. 229
Analogen. Ästhetische Probleme der digitalen	- Thomas Negele: Perspektiven schaffen. Die Film-
Transformation von Kunst / s. 171	branche nach einem Jahr Corona-Pandemie / s. 231
- Manuel Dengler im Gespräch mit Ludwig Greven:	- Christoph Palmer: Über den Berg sind wir dennoch
Es geht definitiv mit mehr Besuchern / s. 173	nicht. Für die Film- und Fernsehwirtschaft wurde
– Christian Höppner im Gespräch mit Hans Jessen:	viel erreicht / s. 233
Die lange Wertschöpfungskette der Musik in den	- Felix Falk: Spielend leicht in der Krise? game -
Blick nehmen / s. 177	Verband der deutschen Games-Branche / s. 235
- Benjamin Strasser: Amateurmusik bündelt	 Susanne Keuchel: Auch die kulturelle Bildungsland-
Kompetenz in neuem Netzwerk / s. 181	schaft braucht Unterstützung! Für Kinder und Jugend-
- Nina George: Von Wunden. Und Wundern.	liche ist es wichtig, dass die Arbeit schnell wieder
Die aktuelle Situation von Autorinnen und Autoren	aufgenommen wird / s. 237 Krisengebeutelte Kulturelle
während der Corona-Pandemie / s. 183	Bildung nachhaltig stützen. Viele Organisationen
- Lena Falkenhagen: Das Buch fällt durch das	sind existenziell bedroht / S. 239
Raster. Corona als kritischer Einschnitt für die Buch-	- Ellen Ahbe: Soziokultur arbeitsfähig halten.
branche in Deutschland / s. 185	Bund und Länder reagieren mit einer Vielzahl an
- Nina George im Gespräch mit Theresa Brüheim:	Hilfsprogrammen / s. 241
Was ist uns Literatur wert? / s. 187	- Heike Herold und Georg Halupczok:
- Lena Falkenhagen: Schriftsteller gehen bei den	Ein Auf und Ab. Wann dürfen soziokulturelle
•	Zentren wieder öffnen? / s. 243
Bundeshilfen oft leer aus. Neustart Kultur unterstützt	
Verlage und Buchhandlungen direkt / s. 191	- Sascha Rex: Zusammenleben. Zusammenhalten.
- Barbara Haack: Es darf gelesen werden. Ein kleiner	Volkshochschularbeit in Zeiten einer Pandemie / s. 245
Verlag in der Corona-Krise / s. 193	Rundfunk - mehr als nur Berichterstatter
- Alexander Skipis: Was ist uns Kultur wert?	- Reinhard Scolik: Bayerischer Rundfunk -
Vom großflächigen Verschwinden der Literatur aus dem	Phase I / s. 249
öffentlichen Leben / s. 195 Wir brauchen geöffnete	– Katja Wildermuth: Bayerischer Rundfunk –
geistige Tankstellen. Die Situation im Buchhandel / s. 197	Phase II / s. 251
- Robert Staats: VG Wort. Autoren sind auf Vergütungen	- Stefan Raue: Deutschlandradio – Phase I / s. 253
angewiesen / s. 199	 Hans Dieter Heimendahl: Deutschlandradio –
- Barbara Schleihagen: Analog geschlossen, digital	Phase II / s. 255
offen. Deutsche Bibliotheken / s. 201	- Manfred Krupp: Hessischer Rundfunk - Phase I / s. 257
- Dagmar Schmidt: Coroniade. Bildende Kunst braucht	Hessischer Rundfunk – Phase II / s. 259
mehr solide Unterstützung / s. 203 Professionelle	- Karola Wille: Mitteldeutscher Rundfunk - Phase I / s. 261
Arbeit professionell vergüten. Die Situation in der Bil-	- Reinhard Bärenz: Mitteldeutscher Rundfunk -
denden Kunst / s. 205	Phase II / s. 263
- Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm:	- Joachim Knuth: Norddeutscher Rundfunk –
Der GAU. Die Verkäufe in Galerien sind auf null	Phase I / s. 265 Norddeutscher Rundfunk – Phase II / s. 267
gefallen/s. 207 Lights on – Unlock! Deutsche Galerien	- Yvette Gerner: Radio Bremen / S. 269
und Kunsthändler/ s. 209	- Patricia Schlesinger:
- Urban Pappi: VG Bild-Kunst. Ausschüttungen haben Priorität / s . 211	Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase I / s. 271 Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase II / s. 273
	NORMAN DELINISDIANUERRORIS SERVICES SER



Aus Politik & Kultur Nr. 18

Die Corona-Chroniken Teil 1 Corona vs. Kultur in Deutschland

4 Impressum

Die Corona-Chroniken Teil 1: Corona vs. Kultur in Deutschland

1. Auflage Berlin, Juli 2021

Nachdruck von Beiträgen und Interviews aus Politik & Kultur, Zeitung des Deutschen Kulturrates

Deutscher Kulturrat e.V.

Taubenstraße 1

10117 Berlin

Telefon: 030.226 05 28-0 Fax: 030.226 05 28-11 post@kulturrat.de www.kulturrat.de

Herausgeber: Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion: Gabriele Schulz

Gestaltung: 4S, Berlin

Herstellung: DCM, Meckenheim

Dieser Band wird gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

ISBN: 978-3-947308-32-3

ISSN: 18652689

	_
Inhalt	5

Vorwort	
Corona vs. Kultur Ein Albtraum für die Kultur Olaf Zimmermann	25
1. Kapitel: Kulturbereich in Aufruhr	
Kleinteilig, differenziert, kreativ und extrem verletzlich Der Kulturbereich in der Krise Olaf Zimmermann	29
Der Nachhall des Schocks Kulturelle Perspektiven aus der Corona-Pandemie ^{Carsten Brosda}	32
Solidarität Verbunden mit der ganzen Welt ^{Gabriele} Schulz	36
The show must go on Kultur- und Kreativwirtschaft in Not Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	38
Schadensbegrenzung oder Investition in die Zukunft? Umgang mit den Folgen der Corona-Krise Susanne Keuchel	42
Nähe durch Distanz Die Corona-Krise schärft den Blick dafür, was wichtig ist Ludwig Greven	46
Mitgestalten! Was kann und muss die Zivilgesellschaft tun? Rupert Graf Strachwitz	48
Über brandenburgische Alleenstraßen zu Kunst und Kultur Kulturtourismus in der Corona-Pandemie ^{Ulrike} Liedtke	50

Die Zerreißproben stehen bevor Die Debatten des Misstrauens der Anti-Corona-Bewegung Johann Michael Möller	53
Faire Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen Gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen im Kulturbetrieb garantieren Reiner Hoffmann	55
Zumutung Olaf Zimmermann	58
Zukunft positiv gestalten Kehrtwende zu einer anderen Kulturpolitik Susanne Keuchel	59
Lasst uns wieder über Kultur reden! Die neue Etappe des kulturellen Umgangs mit den Folgen des Coronavirus Carsten Brosda	61
Bildung und Kultur zuletzt Hat Corona die gesellschaftlichen Wertigkeiten verändert? Ludwig Greven	63
Last Exit Zukunft Neue Ordnung im Riesenpuzzle Kultur- und Kreativwirtschaft Boris Kochan	65
Mut zur Zukunft Die Kultur in der Corona-Krise Gerhart R. Baum	68
Wir haben was zu sagen, zu zeigen und zu spielen Lockdown bis Weihnachten und dann? Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	72
Kulturelle Infrastruktur im Zeichen von Corona Zur Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb Oliver Scheytt	76

Inhalt	7

Zwischen Freiheit und Risiko Selbständige in der Kultur nach der Krise Dieter Haselbach	79
Transformation als Gebot und Chance Kulturpolitik im Wandel Tobias J. Knoblich	82
Corona und kein Ende Jetzt Perspektiven für den gesamten Kulturbereich gewinnen Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	85
Eine fundamentale kulturpolitische Wende Transformation ist keine Reduktion Susanne Keuchel	89
Diese Normalität darf nicht zurückkehren Am Sinn für tatsächliche Relevanz herrscht im Kulturbetrieb erschreckender Mangel Peter Grabowski	92
Die Zivilgesellschaft in Quarantäne Gehören zur Pandemie-Politik nicht auch hygienisch unbedenkliche Formen der Bürgerbeteiligung? Johann Hinrich Claussen	94
Um Jahre zurückgeworfen Kulturwirtschaft: Studien belegen dramatische Einbrüche durch die Pandemie Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	96
Corona-Blues: Zombies geistern durch die Städte Perspektiven für die Kultur sind dringend nötig Olaf Zimmermann	99
Nutzen-Risiko-Abwägung Psychische Folgen der Maßnahmen gegen Corona Ulrich Hegerl	101

Kleine Seelenselbstsorge Was tun, wenn man sich zu viel mit sich selbst beschäftigt? Johann Hinrich Claussen	104
Wann wird's mal wieder richtig Sommer?	
Und wann endet diese vermaledeite Pandemie endlich? Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	106
Eine neue Stunde Null? Eine bessere Welt – nach der Pandemie? ^{Ludwig} Greven	109
2. Kapitel: Von Musik bis Soziokultur – Die Pandemie frisst sich durch In Zeiten der Distanz sozial, solidarisch und systemrelevant bleiben Ein Lagebericht zum Theater während der Pandemie	
Ulrich Khuon und Birgit Lengers	113
Devise: Spielbereit sein Wie ist es um die deutschen Bühnen bestellt? ^{Marc Grandmontagne}	115
Die Theater brauchen jetzt Planungssicherheit	
Wie geht es weiter mit unseren Bühnen? Melanie Bernstein	117
Zurückgewinnung von Zuschauern Berndt Schmidt im Gespräch mit Hans Jessen	120
Wir brauchen Scham und Ironie Ulrich Khuon im Gespräch mit Ludwig Greven	124
Wir müssen unsere Relevanz klarer behaupten Amelie Deuflhard im Gespräch mit Ludwig Greven	127

Inhalt 9

Vorerst geschlossen Uns fehlt das Publikum im Saal – das menschliche Gefühl, das Miteinander Sebastian Nordmann im Gespräch mit Sandra Winzer	131
Arbeitsfähigkeit der Tanzszene erhalten Michael Freundt	135
Wir müssen reden! Wie kann der Freien Szene jetzt geholfen werden? Stephan Behrmann	137
Rasender Stillstand Freie Szene: Hilfssysteme radikal vereinfachen Stephan Behrmann	140
Das Publikum macht die Musik Die Auswirkungen des Coronavirus auf den Musikbereich Andreas Kolb	142
Musikschulen und Covid-19: virtuell, virulent, virtuos, vivace Corona drängt Musikschulen in die digitale Welt Matthias Pannes	144
Tötet das Virus den Jazz? Viele Musikerinnen und Musiker stehen in der Corona-Krise vor dem Aus Urs Johnen	147
Nicht allein auf Improvisation bauen Die Lage deutscher Jazzmusiker Urs Johnen	149
Die eigentliche Krise kommt noch Komponisten in der Corona-Krise Moritz Eggert	151
Gemeinsam allein feiern Die Berliner Clubszene streamt täglich ihr Programm Pamela Schobeß im Gespräch mit Theresa Brüheim	153

Was jungen Menschen fehlt Marc Wohlrabe im Gespräch mit Maike Karnebogen	156
Es geht um Nähe Die Clubszene in Berlin Pamela Schobeß	158
Die Vielfalt unseres Kulturangebots steht auf dem Spiel Die Corona-Pandemie trifft die Veranstaltungswirtschaft besonders hart Jens Michow	160
Zwischen Lockdown und Lockerung Wie die Corona-Krise den professionellen Orchester- und Konzertbetrieb trifft Gerald Mertens	163
Erfolge nicht verspielen Orchester zwischen Lockdown und Lockerung Gerald Mertens	165
GVL Schnelle Hilfe in der Not Guido Evers und Tilo Gerlach	167
GEMA Kerngeschäft am Laufen halten Harald Heker	169
Der künstlerische Wert des Analogen Ästhetische Probleme der digitalen Transformation von Kunst Martin Hufner	171
Es geht definitiv mit mehr Besuchern Manuel Dengler im Gespräch mit Ludwig Greven	173
Die lange Wertschöpfungskette der Musik in den Blick nehmen Christian Höppner im Gespräch mit Hans Jessen	177
Amateurmusik bündelt Kompetenz in neuem Netzwerk Benjamin Strasser	181

Von Wunden. Und Wundern. Die aktuelle Situation von Autorinnen und Autoren während der Corona-Pandemie Nina George	183
Das Buch fällt durch das Raster Corona als kritischer Einschnitt für die Buchbranche in Deutschland Lena Falkenhagen	185
Was ist uns Literatur wert? Nina George im Gespräch mit Theresa Brüheim	187
Schriftsteller gehen bei den Bundeshilfen oft leer aus Neustart Kultur unterstützt Verlage und Buchhandlungen direkt Lena Falkenhagen	191
Es darf gelesen werden Ein kleiner Verlag in der Corona-Krise Barbara Haack	193
Was ist uns Kultur wert? Vom großflächigen Verschwinden der Literatur aus dem öffentlichen Leben Alexander Skipis	195
Wir brauchen geöffnete geistige Tankstellen Die Situation im Buchhandel Alexander Skipis	197
VG Wort Autoren sind auf Vergütungen angewiesen Robert Staats	199
Analog geschlossen, digital offen Deutsche Bibliotheken Barbara Schleihagen	201
Coroniade Bildende Kunst braucht mehr solide Unterstützung Dagmar Schmidt	203

Professionelle Arbeit professionell vergüten Die Situation in der Bildenden Kunst Dagmar Schmidt	205
Der GAU Die Verkäufe in Galerien sind auf null gefallen Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm	207
Lights on – Unlock! Deutsche Galerien und Kunsthändler Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm	209
VG Bild-Kunst Ausschüttungen haben Priorität Urban Pappi	211
Es geht um die Zukunft Der Weg zurück zur Normalität in Museen ist noch weit Eckart Köhne	213
Kultur ist der Schlüssel Museen bringen wieder Leben in den öffentlichen Raum Sylvia Willkomm	215
Langersehnte Freude Über die wohltuende Erfahrung eines Ausstellungsbesuchs Johann Hinrich Claussen	217
Normalerweise schaufeln wir um diese Zeit riesige Datenmengen durch unser Netz Corona versus Design Boris Kochan im Gespräch mit Theresa Brüheim	219
Das Potenzial von Kreativen muss zum Hochfahren der Wirtschaft genutzt werden 3 Fragen an Boris Kochan	221
Sich neu und anders erfinden Zur zwiespältigen Situation der Designwirtschaft Boris Kochan	223

Kultur.Gut Mode reflektiert und visualisiert Zeitgeist Mara Michel	225
Mode-Kultur Modedesign: Mut haben, wieder regional zu produzieren Mara Michel	227
Bitte bloß nicht zurück zur Normalität Über ethisch vertretbare Zukunftsvisionen Stefan Eckstein	229
Perspektiven schaffen Die Filmbranche nach einem Jahr Corona-Pandemie Thomas Negele	231
Über den Berg sind wir dennoch nicht Für die Film- und Fernsehwirtschaft wurde viel erreicht Christoph Palmer	233
Spielend leicht in der Krise? game – Verband der deutschen Games-Branche Felix Falk	235
Auch die kulturelle Bildungslandschaft braucht Unterstützung! Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass die Arbeit schnell wieder aufgenommen wird Susanne Keuchel	237
Krisengebeutelte Kulturelle Bildung nachhaltig stützen Viele Organisationen sind existenziell bedroht Susanne Keuchel	239
Soziokultur arbeitsfähig halten Bund und Länder reagieren mit einer Vielzahl an Hilfsprogrammen Ellen Ahbe	241
Ein Auf und Ab Wann dürfen soziokulturelle Zentren wieder öffnen? Heike Herold und Georg Halupczok	243

Zusammenleben. Zusammenhalten. Volkshochschularbeit in Zeiten einer Pandemie	0.45
Sascha Rex	245
3. Kapitel: Rundfunk – mehr als nur Berichtersta	tter
Bayerischer Rundfunk – Phase I Reinhard Scolik	249
Bayerischer Rundfunk – Phase II Katja Wildermuth	251
Deutschlandradio – Phase I Stefan Raue	253
Deutschlandradio – Phase II Hans Dieter Heimendahl	255
Hessischer Rundfunk – Phase I Manfred Krupp	257
Hessischer Rundfunk – Phase II Manfred Krupp	259
Mitteldeutscher Rundfunk – Phase I Karola Wille	261
Mitteldeutscher Rundfunk – Phase II Reinhard Bärenz	263
Norddeutscher Rundfunk – Phase I Joachim Knuth	265
Norddeutscher Rundfunk – Phase II Joachim Knuth	267
Radio Bremen Yvette Gerner	269

Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase I Patricia Schlesinger	271
Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase II Patricia Schlesinger	273
Saarländischer Rundfunk – Phase I Thomas Kleist und Ricarda Wackers	275
Saarländischer Rundfunk – Phase II Thomas Kleist und Ricarda Wackers	277
Südwestrundfunk – Phase I Kai Gniffke	279
Südwestrundfunk – Phase II Kai Gniffke	281
Westdeutscher Rundfunk – Phase I Tom Buhrow	283
Westdeutscher Rundfunk – Phase II Tom Buhrow	285
ZDF Thomas Bellut	287
4. Kapitel: Religionsgemeinschaften als Kulturon Nächster sein Im Wartezimmer der Corona-Pandemie Christian Stäblein	'te
System(ir)relevant Der Beitrag von Kultur und Religion zum gesellschaftlichen Leben Johann Hinrich Claussen	295

Kirchen für Künstler Gottesdienste bieten Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten für Kunstschaffende Hannes Langbein im Gespräch mit Theresa Brüheim	297
Viele Freitagsgebete in Moscheen bleiben weiter aus Islam-Praktizieren in der Corona-Pandemie ^{Aiman Mazyek}	299
Kultur versus Religion? Jetzt keine unnötigen Konflikte ausfechten! Johann Hinrich Claussen	302
5. Kapitel: Die Kommunen, unmittelbar betroffen	
Ein Virus lähmt die Kulturstadt Köln: Schnelle Hilfe und Unterstützung sind nötig Ulrich S. Soénius	305
Innenstädte müssen Orte des Gemeinwesens sein Katrin Göring-Eckardt im Gespräch mit Ludwig Greven	307
So retten wir unsere Innenstädte! Vier Fragen an Stefan Genth, Ingrid Hartges und Olaf Zimmermann	312
Zurück in die Zukunft? Wie lebt es sich in der Post-Corona-City? Ausblick auf die Stadt nach der Krise ^{Ulf Meyer}	316
Schutzschirm auch für die Kultur Stadtkultur bewahren Klaus Hebborn	319
Eine Perspektive für die Kultur in den Städten Deutscher Städtetag fordert den Erhalt der kulturellen Infrastruktur Klaus Hebborn	322

Inhalt 17

Finanzieller Schutzschirm für die Städte und Gemeinden Zur Situation von Kultureinrichtungen in deutschen Kommunen Uwe Lübking	324
Wege aus der Krise Kommunen sichern Kulturleben ^{Uwe} Lübking	326
Landkreise jetzt für das »Danach« stark machen Kommunale Kultureinrichtungen sind systemrelevant Jörg Freese	328
Wichtige kulturelle Substanz Landkreise brauchen eine lebendige Kulturszene – auch nach der Pandemie Jörg Freese	330
6. Kapitel: Hilfen der Länder	
Eine nie zuvor erlebte Katastrophe Corona verursacht auch im Südwesten verheerende Schäden in der Freien Kulturszene Sven Scherz-Schade	333
Illegal 2020 In NRW ist das kulturelle Leben durch die Corona- Epidemie zum Erliegen gekommen Stefan Laurin	336
Bis zur Rosenblüte ist es noch weit Kultur in Mitteldeutschland in Zeiten der Quarantäne _{Johann} Michael Möller	338
Alles bricht weg Die Freie Szene in Berlin und Hamburg bangt um ihre Existenz, arbeitet aber unter Corona-Bedingungen weiter Ludwig Greven	340

Baden-Württemberg – Phase I Theresia Bauer	343
Baden-Württemberg – Phase II Theresia Bauer	345
Bayern – Phase I Bernd Sibler	347
Bayern – Phase II Bernd Sibler	349
Berlin – Phase I Klaus Lederer	351
Berlin – Phase II Klaus Lederer	353
Brandenburg – Phase I Manja Schüle	355
Brandenburg – Phase II Manja Schüle	357
Bremen – Phase I Andreas Bovenschulte	359
Bremen – Phase II Andreas Bovenschulte	361
Hamburg – Phase I Carsten Brosda	363
Hamburg – Phase II Carsten Brosda	365
Hessen – Phase I Angela Dorn	367

Inhalt 19

Hessen – Phase II Angela Dorn	369
Mecklenburg-Vorpommern – Phase I Bettina Martin	371
Mecklenburg-Vorpommern – Phase II Bettina Martin	373
Niedersachsen – Phase I Björn Thümler	375
Niedersachsen – Phase II Björn Thümler	377
Nordrhein-Westfalen – Phase I Isabel Pfeiffer-Poensgen	379
Nordrhein-Westfalen – Phase II Isabel Pfeiffer-Poensgen	381
Rheinland-Pfalz – Phase I Konrad Wolf	383
Rheinland-Pfalz – Phase II Konrad Wolf	385
Saarland – Phase I Christine Streichert-Clivot	387
Saarland – Phase II Christine Streichert-Clivot	389
Sachsen – Phase I Barbara Klepsch	391
Sachsen – Phase II Barbara Klepsch	393
Sachsen – Phase II	

Sachsen-Anhalt – Phase I Rainer Robra	395
Sachsen-Anhalt – Phase II Rainer Robra	397
Schleswig-Holstein – Phase I Karin Prien	399
Schleswig-Holstein – Phase II Karin Prien	401
Thüringen Benjamin-Immanuel Hoff und Tina Beer	403
7. Kapitel: Der Bund ist gefordert	
Corona-Krise: Kultur ist Ausdruck von Humanität Monika Grütters im Gespräch mit Theresa Brüheim	407
Kulturschaffende sind wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe Drei Fragen an Peter Altmaier	411
Seriös kann die finanziellen Folgen für Kultur und Medien niemand abschätzen ^{Drei Fragen} an Olaf Scholz	413
Warten auf Wann kommt der Kulturinfrastrukturfonds? Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	415
Wir überprüfen die Wirksamkeit der Hilfen ständig Vier Fragen an Olaf Scholz	418
Hier spielt die Zukunftsmusik! Eine Milliarde für den »Neustart Kultur« ^{Monika} Grütters	420

CDU/CSU Neustart Kultur – ein wichtiges Zeichen Elisabeth Motschmann	423
SPD Umfassende Unterstützung ist wichtig Martin Rabanus	425
AfD Exitstrategie wäre erforderlich Marc Jongen	427
FDP Echte Nothilfe wird gebraucht Hartmut Ebbing	429
Die Linke Branche steht auf tönernen Füßen Simone Barrientos	431
Bündnis 90/Die Grünen Ehrlich evaluieren und zügig nachbessern Erhard Grundl	433
Corona: Neu starten in der Kultur Geht die Rechnung der Förderprogramme auf? Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	435
Mehr als ein Lichtblick im Lockdown Zwei Milliarden für Neustart Kultur Monika Grütters	438
Lang hat's gedauert und nun geht es endlich los Sonderfonds des Bundes für Kultur- veranstaltungen soll Anfang Juli starten Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	441

8. Kapitel: Grenzüberschreitend – Corona und Europa	
Die Schlagbäume schließen wieder Von der tiefen Entfremdung in Europa Johann Michael Möller	44:
In der Not erkennt man die Freunde Europäischen Kulturschutzschild einrichten Olaf Zimmermann	448
Warum nicht zwei Schritte nach vorn? Ein Plädoyer für eine europäische Öffentlichkeit Michelle Müntefering	450
Investitionen in Europas Zukunft Das SURE-Programm und Coronavirus Response müssen den Kultur- und Kreativbereich direkt erreichen Sabine Verheyen	45:
Die Wiederbelebung der Kultur Wie navigiert die Kulturnation Frankreich durch die Corona-Krise? Franck Riester	450
Die Vergessenen der Pandemie Zur Situation der Kulturschaffenden in Frankreich Jürgen König	459
Tschechiens Kultur in schweren Wassern Finanzielle Hilfe kommt nur mit großer Verzögerung an Peter Lange	46
9. Kapitel: Dokumentation	
Konjunkturprogramm für die Kultur Resolution des Deutschen Kulturrates (Berlin, den 30. April 2020)	46
Kultur- und Kreativwirtschaft jetzt stützen und Perspektiven geben Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Berlin, den 9. Dezember 2020)	46

Inhalt	23
Kultur muss wieder ins Spiel. Jetzt Perspektiven schaffen!	
Diskussionspapier des Deutschen Kulturrates (Berlin, den 8. Februar 2021)	470
Sonderfonds für Kulturveranstaltungen endlich auf den Weg bringen.	
Deutscher Kulturrat fordert Bundesregierung zum Handeln auf	
Resolution des Deutschen Kulturrates (Berlin, den 23. März 2021)	473
Sonderfonds für Kulturveranstaltungen endlich auf den Weg bringen. Deutscher Kulturrat fordert Bundesregierung zum Handeln auf	
Anhang	
Autorinnen und Autoren	477

Vorwort

Vorwort 25

Corona vs. Kultur Ein Albtraum für die Kultur

Olaf Zimmermann

Ende 2019 traten in China die ersten Corona-Fälle auf. Durch zu spätes Handeln der chinesischen Regierung und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) breitete sich die Krankheit in wenigen Wochen zu einer weltweiten Pandemie aus. Bis zum heutigen Tag hat sich das Virus in mehr als 190 Ländern verbreitet und weltweit über 180 Millionen Menschen infiziert. Die Zahl der Todesopfer in Zusammenhang mit dem Virus beläuft sich auf über 3.9 Millionen Menschen. In Deutschland wurde der erste Fall des Coronavirus am 28. Januar 2020 in Bayern registriert. Bundesweit stieg die Zahl der Corona-Infektionen bis Mitte 2021 auf über 3,7 Millionen Fälle. Die Zahl der Todesopfer in Deutschland im Zusammenhang mit dem Virus beläuft sich auf mehr als 90,000 Menschen.

Neben dem unmittelbaren Leid der direkt von der Krankheit Betroffenen und ihrer Angehörigen hat diese Krankheit riesige gesellschaftliche und ökonomische Schäden bereits jetzt verursacht und die Auswirkungen in der Zukunft werden wohl dramatisch sein. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, sagte auf einem UN-Sondergipfel zur Covid-19-Krise im Dezember 2020: »Die extreme Armut nimmt zu; es droht eine Hungersnot. Wir stehen vor der größten globalen Rezession seit acht Jahrzehnten«.

Dass wir in diesem Buch den Blick in erster Linie auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich in Deutschland richten, geschieht immer mit dem Wissen, dass diese Pandemie weltweit katastrophale Auswirkungen hat. Der Kulturbereich in Deutschland gehört zu den Leidtragenden, aber wir wissen auch, dass in vielen Ländern der Kulturbereich noch existentieller als bei uns betroffen ist, weil spezifische Unterstützungen dort gänzlich fehlen.

Der Kulturbereich in Deutschland, das wird in diesem Sammelband deutlich, ist sehr unterschiedlich von den Maßnahmen gegen die Pandemie betroffen. Besonders der bereits am 22. März 2020 einsetzende erste Lockdown erwischte uns kalt. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten wir uns gar nicht vorstellen, dass man den Kulturbereich, die Theater, Konzerthäuser, die Museen und Bibliotheken, die vielen kulturwirtschaftlichen Unternehmen, dauerhaft schließen könnte. Besonders die Not der in diesem Sektor freiberuflich arbeitenden Menschen, unter ihnen die Künstlerinnen und Künstler, war sofort sehr groß. Aber, auch das gehört zur Wahrheit, einige wenige kulturelle Bereiche, wie zum Beispiel die Computerspielewirtschaft, waren und sind ungewollte Profiteure des Lockdowns. Was in diesem Sammelband auch deutlich wird, der Vorwurf, die Politik

hätte den Kulturbereich in der Pandemie vergessen, trifft nicht zu. Es wird deutlich, dass wichtige Maßnahmen durchgesetzt werden konnten. Von der Erweiterung der zwar ungeliebten, aber trotzdem dringend notwendigen, Grundsicherung auch für Freiberufler, dem Aufsetzen der Kulturinfrastrukturprogramme Neustart Kultur I + II mit einem Fördervolumen von zwei Milliarden Euro. bis zu den Verbesserungen des Versicherungsschutzes in der Künstlersozialversicherung während der Pandemie und aktuell der Start eines Wirtschaftlichkeitsfonds und eines Ausfallfonds in einer Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro zum hoffentlichen Wiederanfahren des Kulturbereiches in den kommenden Monaten. Alle diese Maßnahmen sind zusätzlich zu den anderen Unterstützungen, wie den Überbrückungshilfen I, II und III einschließlich der Neustarthilfe für Soloselbständige und anderen Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder angelegt.

Trotz der vielfältigen Hilfen ist der Kulturbereich tief getroffen, nicht nur ökonomisch, sondern in erster Linie künstlerisch. Nicht wenige können seit einem Jahr ihren Beruf, der sehr oft eine Berufung ist, gar nicht oder nur äußerst eingeschränkt ausüben. Und auch das Kulturpublikum spürt das Fehlen der Veranstaltungen deutlich. Es ist mit den Händen zu greifen, die Gesellschaft verkümmert, weil wichtige kulturelle Anregungen, kulturelle Debattenräume und auch Orte der Unterhaltung und Entspannung seit mehr als einem Jahr fast vollständig fehlen.

In acht Kapiteln, Kulturbereich im Aufruhr, Von Musik bis Soziokultur – Die Pandemie frisst sich durch, Rundfunk – mehr als nur Berichterstatter, Religionsgemeinschaften als Kulturorte, Die Kommunen, unmittelbar betroffen, Hilfen der Länder, Der Bund ist gefordert, Grenzüberschreitend – Corona und Europa, lassen wir die letzten 15 Monate Corona vs. Kultur Revue passieren. In den

Beiträgen kommen die verschiedenen Phasen der Pandemie, angefangen vom ersten Lockdown bis zu den Öffnungsstrategien im Sommer 2021, zum Ausdruck.

Dieses ist der erste Band der Corona-Chroniken, im kommenden Jahr wird der zweite Band erscheinen, hoffentlich dann mit der Überschrift: The show goes on.

Berlin, Juni 2021

Vorwort 27

1

Kulturbereich in Aufruhr

Mit Beiträgen von:

Gerhart R. Baum, Carsten Brosda, Johann Hinrich Claussen, Peter Grabowski, Ludwig Greven, Dieter Haselbach, Ulrich Hegerl, Reiner Hoffmann, Susanne Keuchel, Tobias J. Knoblich, Boris Kochan, Ulrike Liedtke, Johann Michael Möller, Oliver Scheytt, Gabriele Schulz, Rupert Graf Strachwitz und Olaf Zimmermann

Kleinteilig, differenziert, kreativ und extrem verletzlich Der Kulturbereich in der Krise

Olaf Zimmermann — Politik & Kultur 4/2020

Wie kleinteilig, wie differenziert und wie extrem verletzlich der Kultur- und Medienbereich ist, zeigt sich in der derzeitigen Corona-Pandemie überdeutlich. Kaum war klar, dass Kultureinrichtungen schließen, dass Kulturveranstaltungen abgesagt werden müssen, dass Angebote der kulturellen Bildung nicht stattfinden können, dass Dreharbeiten nicht durchgeführt werden können und so weiter ..., meldeten sich Künstlerinnen und Künstler, Inhaberinnen und Inhaber kleiner, aber auch mittlerer Betriebe der Kulturwirtschaft sowie viele Vereine, die Veranstaltungen durchführen, wie es denn nun weitergehen könne? Was wir als Deutscher Kulturrat tun können, um ihnen zu helfen? Viele sorgen sich um das nackte Überleben.

Die Corona-Pandemie und vor allem das Herunterfahren des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland führt zum einen die Kleinteiligkeit des Kulturbereiches vor Augen und macht zugleich deutlich, wie alles zusammenhängt. Viele kleine Rädchen greifen ineinander, um das große Rad Kultur und Medien in Deutschland jeden einzelnen Tag im Jahr zu bewegen, zu zeigen und zu erleben. Viele Menschen arbeiten vor und hinter den Kulissen, dass der Laden läuft. Es sind Angestellte ohne Befristung, befristet Angestellte, kurz befristet Beschäftigte, freie Mitarbeiter, Werkvertragsnehmer, Dienstleis-

ter, Soloselbständige – als Künstlerinnen und Künstler oder auch als Dienstleister. Sie alle sind vom Herunterfahren der kulturellen Infrastruktur existenziell betroffen. Die einen, wie die Künstlerinnen und Künstler, sofort, wenn Veranstaltungen und anderes nicht stattfinden. Die anderen etwas später. Die Formen der Erwerbstätigkeit sind breit gefächert und die wenigsten sind auf Rosen gebettet.

Zum Kulturbereich gehören die öffentlichen Kultureinrichtungen, die öffentlich geförderten Institutionen, die Einrichtungen der kulturellen Bildung, die vielfältigen Vereine und nicht zuletzt die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. In iedem dieser Bereiche gibt es die großen Platzhirsche, die mittleren und jene, die ohnehin am Existenzminimum arbeiten und jeden Monat gerade so über die Runden kommen. Das wichtigste Anliegen war und ist in der ersten Zeit, Nothilfen für jene auf den Weg zu bringen, die nicht wissen, wovon sie die Miete im nächsten Monat zahlen sollen und wie sie ihren Kühlschrank mit dem Lebensnotwendigsten füllen können. Sowohl Bund als auch verschiedene Länder haben in einer sehr großen Geschwindigkeit Soforthilfemaßnahmen auf den Weg gebracht, die denjenigen zugutekommen sollen, deren Existenz durch wegfallende Veranstaltungen, Auftritte usw. bedroht

ist. Dass diese Maßnahmen aber nicht geeignet sind, die grundsätzlich schwierige soziale und wirtschaftliche Lage vieler im Kultur- und Medienbereich zu verbessern, sollte sich von selbst verstehen. Es geht um eine Überbrückung, um Unterstützung bei laufenden Kosten usw. und nicht darum, grundlegend die soziale Lage zu verbessern. Dies wird aus einem Mix aus vereinfachtem Zugang zur Grundsicherung und einem Zugang zu Betriebsmittelzuschüssen erreicht.

Diese Nothilfe, die für Soloselbständige und Kleinstunternehmen gedacht ist, ist für mittlere und große Unternehmen nicht passend. Sie fallen schon aufgrund der Höhe der benötigten Betriebsmittelzuschüsse, besonders wegen der Bezahlung von Mitarbeitern, durchs Rost. Sie sollen Kredite beantragen. die, so die Bundesregierung, in unbegrenzter Summe zur Verfügung stehen. Der Haken an diesen Krediten ist allerdings, dass sie zurückgezahlt werden müssen - wenn auch unter günstigen Konditionen. Doch die meisten Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, dazu gehören z.B. auch Privattheater oder privatwirtschaftliche Museen, produzieren nichts, was nach dem Shutdown vermehrt nachgefragt wird. Viele arbeiten gerade so an der Deckungsgrenze und kommen über die Runden. Große Reserven können nicht aufgebaut werden. Brechen, speziell bei Museen, Privattheatern und anderen Veranstaltern, die Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten weg, ist dies sehr schnell existenzbedrohend. Genauso wenig werden, wenn alles wieder überstanden ist, auf einmal mehr Karten verkauft, um Kredite abzahlen zu können. Andere mittlere und größere Unternehmen z.B. der Designbranche arbeiten für Kunden, die ihrerseits von der Pandemie betroffen sind, sodass Aufträge wegbrechen oder verschoben werden. Viele Kosten bleiben – trotz der Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit zu schicken.

Ein weiterer Baustein in der Kulturfamilie sind die Vereine. Sie dürfen schon aus Gründen des Gemeinnützigkeitsrechts keine Rücklagen bilden. Viele, wie z.B. soziokulturelle Zentren oder Kunstvereine, finanzieren ihre Angebote, die sich an die Bevölkerung richten, aus einem Mix an Mitgliederbeiträgen, Einnahmen aus Veranstaltungen, Kursgebühren. Projektfinanzierung und, nicht zuletzt bei den soziokulturellen Zentren, aus Erträgen der Kneipe. Wenn dieser Mix ins Wanken gerät, kann es das gesamte System gefährden. Sowohl in der kulturellen Bildung als auch bei ienen freien Trägern, die sich aus verschiedenen Projekten finanzieren, brechen teilweise die Finanzierungsgrundlagen weg und die bestehenden Hilfsmaßnahmen greifen kaum.

Und auch die öffentlichen Kultureinrichtungen, die vermeintlich auf der sicheren Seite stehen, sorgen sich um Einnahmeausfälle. Eigenmittel sind ein fester Bestandteil der Kosten- und Finanzierungspläne, wenn sie wegfallen, werden Lücken gerissen. Und die Kosten laufen weiter. Und die soziale Verantwortung für die vielen Auftragnehmerinnen und -nehmer besteht fort.

Jetzt in der Krise offenbart sich wieder einmal, wie fragil der Kultur- und Medienbereich als solcher ist. Und das trifft auf die verschiedenen Akteure und Institutionen zu.

Beachtlich ist bei aller Sorge und Existenznot, mit welcher Kreativität versucht wird, das Beste aus der Situation zu machen. Online-Kulturangebote schießen aus dem Boden, Theaterschneidereien stellen Schutzmasken her, Konzerte werden im Netz übertragen, Buchempfehlungen per Blog usw. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zeigt seine Informationskompetenz und schafft neue zusätzliche Angebote. Die privaten Sender leisten ihren Beitrag und appellieren deutlich vernehmlich #wirbleibenzuhause. Außerdem gibt es viele Initiativen aus den verschiedenen Branchen zur finanziellen Unterstützung

in Not geratener Kolleginnen und Kollegen. Im Moment sind alle, auch der Deutsche Kulturrat, damit befasst, die Situation zu erfassen und Notmaßnahmen zu konzipieren, sie mit der Politik zu diskutieren und dann gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das wird auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, denn viele Bedarfe oder auch Verwerfungen sind heute noch nicht abzusehen. Danach wird aber eine Zeit kommen, in der es darum gehen wird, grundsätzlich über Lehren aus der Krise zu sprechen. Der Kulturbereich muss dringend krisenfester werden, denn so kleinteilig, differenziert und kreativ er ist, so leicht verletzlich ist er auch. Das Letztere müssen wir ändern.

Der Nachhall des Schocks Kulturelle Perspektiven aus der Corona-Pandemie

Carsten Brosda — Politik & Kultur 4/2020

Der demokratische und liberale Geist unseres Gemeinwesens ist nirgendwo so unmittelbar zu spüren wie an unseren öffentlichen gesellschaftlichen und kulturellen Orten. Ohne diese Räume sind moderne, aufgeklärte Gesellschaften nicht denkbar; erst sie ermöglichen die Gemeinschaft, in der wir zu uns selbst finden. Doch es sind genau diese Orte, die derzeit verschlossen bleiben müssen, um die Welle der Neuansteckungen mit dem Coronavirus zu brechen. Was wir jetzt machen müssen, fühlt sich so falsch an und ist dennoch in diesem Moment richtig.

Die Lage ist ohne Frage beispiellos dramatisch. Die langfristigen Folgen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Kultur vermag derzeit niemand abzusehen: Die Theater und Museen sind geschlossen, ebenso die Konzerthäuser. Clubs und soziokulturellen Zentren sowie alle weiteren Orte, an denen sich Bürgerinnen und Bürger bislang begegnen, gemeinsam Kultur erleben und gestalten können. Es ist paradox: Wir müssen Solidarität und Empathie füreinander empfinden können, um das zu leisten, was derzeit notwendig ist - Abstand zueinander zu halten und Distanz zu wahren. Das fällt nicht leicht, das ist oftmals sogar kontraintuitiv und doch ist es so notwendig, um die weitere Ausbreitung des Virus so weit zu verlangsamen, dass wir die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems nicht überlasten. Ebenso notwendig ist es, dass wir die immensen ökonomischen Folgen dieser Entscheidungen abfedern. In den Schutzschirmen von Ländern und Bund sind Kultur und Kreativwirtschaft ebenso ein integraler Bestandteil wie in den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von Kurzarbeit und Grundsicherung. Selten ist in einer ökonomischen Krise so intensiv auch über Soloselbständige und Kleinstbetriebe gesprochen worden wie derzeit. Das ist richtig: Die nötigen Eingriffe sind immanent ein beinahe direkter Angriff auf die verletzlichen und prekären Strukturen der Kulturwirtschaft. Sie werden von den aktuellen Beschränkungen ganz besonders hart getroffen. Es ist ein gutes Signal, dass das Bewusstsein für diese Bedrohtheit mittlerweile so sehr gewachsen ist, dass die Interessen der Kultur von Anfang an mitberücksichtigt wurden. Aber wir alle wissen auch: Die jetzt anlaufenden Hilfs- und Notmaßnahmen können nur das Schlimmste mildern, einen vollständigen Ausgleich bieten sie nicht.

Deshalb sind wir alle gefordert, schon jetzt die Zeit nach der Pandemie, nach den Ausgangsbeschränkungen und den Notmaßnahmen in den Blick zu nehmen. Denn es ist mehr als absehbar, dass wir nicht einfach zum Status quo ante zurückkehren werden. Es ist vielmehr recht wahrscheinlich, dass wir un-

sere Welt nach den Erfahrungen dieser Wochen anders betrachten werden. Wir werden Prioritäten und Routinen neu bewerten und sicherlich auch zu anderen Entscheidungen gelangen. Der Historiker Yuval Noah Harari hat in der Financial Times darauf hingewiesen, dass solche globalen Krisen oft Veränderungen mit sich bringen, für die es unter normalen Umständen Jahrzehnte brauchen würde, die nun aber aufgrund der monströsen Außergewöhnlichkeit der Lage einfach geschehen, weil das Gewohnte nicht mehr lebbar und der Drang zur plausiblen Alternative unmittelbar ist.

Wir erleben das bereits jetzt in den kleinen und kleinteiligen Strukturen des öffentlichen kulturellen Lebens. Auf einmal sprießen die digitalen Angebote aus allen Ecken des Netzes. DJs legen virtuell auf, Museen zeigen ihre Ausstellungen online, Theater und Opernhäuser streamen Aufführungen, Igor Levit spielt auf Twitter, Saša Stanišić liest an gleicher Stelle, Theaterschulen stellen kleine Clips ihrer Schülerinnen ins Netz – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Und der Hashtag stimmt: #CultureDoesnt-Stop. Wie schön! Die Kraft dieser Kreativität lässt erahnen, was noch alles möglich sein wird – auch aus freien Stücken und nicht bloß als verzweifelt trotzige Alternative zum derzeit nicht Möglichen. Daraus aber wächst auch die Verantwortung, die Folgen heutigen Handelns für die Zeit danach in den Blick zu nehmen. Es geht bereits jetzt um die Liberalität und die Solidarität unserer künftigen Gesellschaft.

Denn natürlich spüren wir derzeit einen enormen Verlust an Freiheit und Gemeinschaft. Uns wird bewusst, welche Bedeutung all jene Orte und Erlebnisse besitzen, die wir in den vergangenen Jahren vielleicht für ein wenig zu selbstverständlich gehalten haben. Erst wenn etwas weg ist, wächst das Bewusstsein für seinen Wert. Hierin mag eine para-

doxe Chance der aktuell schrecklichen Situation liegen: Uns kann bewusst werden, was uns ausmacht - und zwar in dem Moment. in dem wir uns selber die Möglichkeit nehmen müssen, es zu leben: »Europa ist in den Städten entstanden. Sich zu Fuß über einen Platz zu bewegen, dort zu flanieren, zu diskutieren, zu handeln, das ist die wesentliche europäische Erfahrung, der freie politische Diskurs im Café ist eine historische Errungenschaft«, hat Nils Minkmar im Spiegel geschrieben: »Der leere Markusplatz von Venedig, die leere Passage Vittorio Emanuele II in Mailand, die leeren Stadien sind Symbole: Wir sehen plötzlich besser, was es für Orte sind, frei und voller Versprechen, in denen man mehr machen kann, als Geld auszugeben und einzunehmen. Nachdenken und diskutieren, wie es jetzt weitergeht nach dem Wahnsinn, den wir für Normalität hielten.«

Wenn wir die Fragen des schieren Überlebens – des Gesundheitsschutzes und der ökonomischen Absicherung – im Rahmen des Möglichen geklärt haben, dann werden genau diese grundsätzlichen Fragen nach dem Sinn unserer offenen Gesellschaft mit Macht auf uns einbrechen. Dann werden wir uns nicht mehr davor drücken können, die kapitalistische Landnahme der offenen Verständigungsräume zu diskutieren, dann werden wir uns der Frage stellen müssen, wie eine gute Gesellschaft lebbar wird.

Das sind natürlich politische Fragen, die an den normativen Kern heranreichen. Aber es sind eben auch Fragen, die eine kulturelle Fundierung brauchen, die Künstlerinnen und Kreative unmittelbar und direkt herausfordern. Denn es geht um die spekulative Alternative, um den pragmatisch gelebten neuen Entwurf, um die Suche nach jener tiefsitzenden und umfassenden Solidarität, die die Freiheit und die Vielfalt unseres Zusammenlebens überhaupt erst ermöglicht. Wenn es stimmt, dass wir in existenziellen Krisen wie

der derzeitigen letztlich alle Aspekte neu bewerten, auf denen unser Gesellschaftsmodell begründet ist, dann bleibt zu hoffen, dass Künstlerinnen und Musiker, Schriftstellerinnen und Tänzer, Kreative und Schauspieler diesen Diskurs beleben und mit ihren Positionen und Interventionen aufmischen.

Kunst hat die Aufgabe, Chaos in die Ordnung zu bringen, hat Theodor W. Adorno in seinen »Minima Moralia« geschrieben. Doch wenn die Welt im Chaos versinkt und wir als Gesellschaft mittlerweile sogar versucht sind, autoritäre Haltelinien zu definieren, kann Kunst eine alternative, eine weiterhin freiheitliche und offene Ordnung anbieten. Es geht um Deutungsangebote unserer selbst, die eben nicht den Kontrollfantasien mancher Politiker folgen, sondern die auf die aufgeklärte Vernunft der Bürgerinnen und Bürger setzen.

Wir müssen auch und gerade jetzt auf die Einsicht der Bevölkerung setzen und eben nicht auf eine staatlich gewaltsam durchgesetzte Ultima Ratio. Bürgerrechte entfalten ihren Sinn gerade in der Krise. Wir müssen aufpassen, dass kurzfristige Nützlichkeitserwägungen nicht dazu führen, dass wir wichtige bürgerliche Freiheiten beseitigen. Wer Bürger per Handy orten will, weil sie als Infizierte gefährlich für die Allgemeinheit sind, der stoppt in der Durchsetzung dieser Idee vielleicht nicht bei der Bekämpfung einer Pandemie, sondern entwickelt weitergehende Fantasien, die gefährlich nahe an den Bildern jener Kontrollstaaten enden, die wir bislang nur aus dystopischen Science-Fiction-Filmen kennen.

Gerade jetzt geht es darum, die Freiheit unserer Gesellschaft zu bewahren. Nur wenn uns das gelingt, werden wir die aktuell notwendigen Einschränkungen vernünftig aushalten können. Wenn es uns aber gelingt, das Bewusstsein für den derzeitigen Verzicht zu sichern, dann besteht die Hoffnung, dass neue Sensibilität wächst – für den Wert und die Bedeutung all jener Orte und Angebote, die es uns ermöglichen, in Freiheit und Offenheit und Vielfalt miteinander zu leben.

Es liegt nahe, in diesen Tagen noch einmal Albert Camus' Roman »Die Pest« zu lesen. Dort finden sich am Ende beinahe rauschhafte Beschreibungen der Momente nach dem vorläufigen »Sieg« über die Krankheit: »Alle schrien oder lachten. Der Vorrat an Leben. den sie während der Monate angelegt hatten, da ihr Lebensflämmchen nur noch ganz niedrig brannte, gaben sie an einem Tag aus, der wie der Tag ihres Überlebens war. Am nächsten Tag würde das eigentliche Leben mit seiner Vorsicht anfangen. Im Augenblick verbanden sich die Leute sehr verschiedener Herkunft und tranken Brüderschaft. Die Gleichheit, die die Gegenwart des Todes nicht wahrhaftig verwirklicht hatte, wurde jetzt wenigstens für ein paar Stunden von der Freude über die Erlösung geschaffen.«

Dieses Gefühl der Gleichheit in der Bedrohung kann zu einem neuen Bewusstsein für Gesellschaft und Kultur führen – und damit letztlich ja auch zu der Solidarität, um die es auch geht. Nicht nur für einen rauschhaften Moment, sondern als Nachhall eines viel tiefer gehenden Schocks, der uns die Verletzlichkeit unserer Existenz vor Augen führt – und uns fordert, sinnhafter mit ihren Möglichkeiten umzugehen.

Denn es stimmt! Hinter den derzeitigen Beschränkungen liegen all die Momente, die uns schon jetzt Gänsehaut bereiten können, wenn wir nur an sie denken: das Augen öffnende Theaterstück, die Perspektiven erweiternde Ausstellung, das in die Magengrube zielende Konzert, die verschwitzte Clubnacht, die beseelte Diskussion in einem Stadtteilkulturzentrum ... Es kann großartig werden, wenn sich dann alle daran erinnern, wie sehr sie derzeit diese Momente schon vermissen. Und wenn wir alle jetzt

schon daran arbeiten, die Grundlagen unserer auf Freiheit und Vielfalt gegründeten Gesellschaft zu festigen. Wir werden viel zu diskutieren haben, wenn wir das Coronavirus abgewettert haben. Vieles wird anders. Ob es auch besser wird, hängt davon ab, ob wir uns schon jetzt das Bewusstsein der Freiheit bewahren, Solidarität leben und Vernunft und Augenmaß sichern.

Solidarität Verbunden mit der ganzen Welt

Gabriele Schulz — Politik & Kultur 4/2020

Solidarität – ein altes, fast schon aus der Mode gekommenes Wort, ist das Gebot der Stunde, Solidarität und Gemeinsinn und vor allem das Zusammenstehen, um der Corona-Pandemie zu trotzen. Zusammenstehen, obwohl gerade zusammenstehen, sich zusammen zu treffen, sich die Hand zu reichen, sich zu umarmen, sich so des Zusammenhalts zu versichern, derzeit körperlich nicht möglich ist. Die Corona-Pandemie zwingt uns zum Innehalten. Unsere eigene Verletzlichkeit wird offenbar. Ein Virus, das wir nicht sehen können. Eine Gefahr, die wir nicht riechen, nicht schmecken können. Und der erste Instinkt. das Zusammenstehen, verführt uns genau zum Falschen. Abstand halten ist gefragt. Jeden Tag aufs Neue wird uns eingebläut, dass wir Abstand halten müssen.

Virusinfektionen sind ein wunderbares Motiv von Hollywoodfilmen. Im Kino- oder Fernsehsessel kann aus weiter Ferne das Grauen beobachtet und mitgefiebert werden. Schließlich kommt doch der Held und wird die Lösung präsentieren. Auf dem Weg viele Tote, doch das Ende wird gut. Was im Kino für Herzklopfen, Schaudern und schweißnasse Hände sorgt, ist im realen Leben viel banaler, dafür aber auch viel bedrohlicher. Banal sind Hamsterkäufe an Toilettenpapier und Nudeln. Bedrohlich ist die Stille. Die Stille, die insbesondere in den Städten zu spüren

ist, in denen sich normalerweise Tausende an Menschen eng drängeln, sich in U-Bahnen und Busse guetschen, deren Autos die Straßen verstopfen. Die Stille, in den leeren Straßen, die erforderliche Distanz in Supermärkten, die erst nach Aufruf betreten werden dürfen. Die Stille, die ältere Menschen ertragen müssen, die allein leben, die nicht besucht werden dürfen, deren Kontakt zur Welt das Telefon ist. Die Stille, beängstigend bei Beerdigungen, wenn der Trost auf anderthalb Meter Entfernung gespendet werden muss. Die Stille in den Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen, wenn nicht geprobt, gearbeitet, geräumt, betrachtet und so weiter werden darf. Und die Sehnsucht nach der Stille, die viele der Tausenden an Menschen verspüren, wenn sie in ihrem Homeoffice zwischen guäkenden Kindern, klingelnden Telefonen und Termindruck versuchen, ihrer Arbeit nachzugehen und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Wie wäre es doch schön, jetzt im Büro sein und die Tür schließen zu können.

Besonders bedrückend ist dabei, dass vollkommen unklar ist, wie lange alles noch dauern wird. Der Appell lautet: erst einmal bis Ostern. Ein Zeitraum, der überschaubar erscheint. Klar ist, das Coronavirus wird bis dahin nicht besiegt sein. Ein Impfstoff wird nicht vorliegen. Passgenaue Medikamente werden nicht vorhanden sein. Die Hoffnung ist, die Infektionskurve abzuflachen, damit die Krankenhäuser nicht überlasten und nicht in Deutschland die Ärzte vor der Herausforderung stehen, entscheiden zu müssen, wem sie helfen und wem nicht.

Neben den wirtschaftlichen Aspekten, die nicht zu vernachlässigen sind, denn irgendwann werden die immensen Hilfsprogramme zu bezahlen sein, ist vor allem bedeutsam, dass wir Menschen einander brauchen. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Er braucht den Kontakt – auch den körperlichen, er braucht den Austausch, das Miteinander. Wie sehr wir einander brauchen, spüren wir jetzt – so wird selbst der eigentlich gar nicht so gern gemochte Nächste vermisst.

Unsere Solidarität ist jetzt im Abstandhalten gefordert. Und sie wird weiter gefordert bleiben. Für uns im Kultur- und Medienbereich geht es jetzt und in Zukunft darum. untereinander solidarisch zu sein. Zu verstehen und zu leben, dass jeder und jede seinen Platz hat und gebraucht wird. Ja, es gibt Interessengegensätze und es ist gut, wichtig und richtig, sie zu benennen und dann nach Lösungen zu suchen, die für die verschiedenen Seiten gesichtswahrend sind. Wir müssen uns jetzt darauf einstimmen, dass wir in den nächsten Jahren gemeinsam für die verlässliche Kulturfinanzierung streiten müssen, dass wir für gute Rahmenbedingungen für die verschiedenen Akteure des Kultur- und Medienbereiches eintreten müssen und dass wir uns verstärkt Gedanken um die soziale und wirtschaftliche Lage im Kulturbereich machen müssen. Dazu gehört, die Wertschöpfungsketten in den Blick zu nehmen, und zu verstehen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft davon lebt, dass Dienstleistungen und Waren verkauft werden. Wer jetzt laut nach kostenlosem digitalen Zugang zu Kultur ruft, sollte klar sagen, dass Teile der Kulturwirtschaft preisgegeben werden. Denn dass der Kultur- und Medienbereich jetzt so stark betroffen ist, liegt doch daran, dass alles schon zu »normalen« Zeiten »auf Kante genäht ist«. Nach der Krise sollte nicht vor der Krise sein. sondern Zeit, um die Strukturen zu reflektieren. Unsere Solidarität darf sich aber nicht allein auf uns konzentrieren. Europäische Mitgliedsstaaten, die die Finanzkrise längst nicht so gut überstanden haben wie Deutschland, haben jetzt besonders viele Virusinfektionen zu verzeichnen. Dies führt mancherorts nicht nur zu einem Kollaps im Gesundheitssystem, sondern wird wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 wird die Gelegenheit geben, zu zeigen, ob Deutschland ein solidarischer Mitgliedsstaat ist oder sich zurücklehnen wird. Es wird in der deutschen Ratspräsidentschaft aber auch darum gehen müssen, welche Einschnitte in die allgemeinen Menschenrechte wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit oder Informationsfreiheit mit dem Wertesystem der Europäischen Union vereinbar sind und welche Folgen deren Verletzung dauerhaft haben wird. Die EU-Grundrechtecharta muss dabei die Richtschnur sein.

Gebraucht wird unsere Solidarität aber auch über unsere unmittelbaren Nachbarn in Europa hinaus. Die Corona-Pandemie macht handgreiflich, wie verflochten die Weltwirtschaft ist, wie eng unsere Beziehungen über Tausende an Kilometern hinweg sind. Im letzten Jahrhundert wurde noch so dahin gesagt: »Was schert es mich, wenn in China ein Sack Reis umfällt«, um deutlich zu machen, dass etwas vollkommen belanglos ist. Heute schert es uns essenziell, was irgendwo auf der Welt passiert, weil wir damit verbunden sind. Das zu erkennen, birgt eine große Chance. Eine Chance, sich endlich für einen gerechten Welthandel einzusetzen. Eine Chance, die UN-Agenda 2030 endlich als das wahrzunehmen, was sie ist, ein Aufruf zu Veränderung in allen Ländern.

The show must go onKultur- und Kreativwirtschaft in Not

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 5/2020

Der gesamte Kultur- und Medienbereich, von den Künstlerinnen und Künstlern, den Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung, den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft bis hin zu den Kulturvereinen, ist von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Veranstaltungen, Aufführungen und Messen wurden abgesagt, Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung sind geschlossen, Kulturorte wie Buchhandlungen, Galerien, Kinos, Theater oder Clubs mussten schließen und vieles andere mehr. Dies hat zur Folge, dass sich viele Künstlerinnen und Künstler, Kultureinrichtungen, Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Kulturvereine in existenzieller Not befinden. Viele. insbesondere freiberuflich arbeitende Künstlerinnen und Künstler, waren und sind unmittelbar und sofort betroffen, bei anderen werden die Folgen erst später spürbar sein und voraussichtlich auf längere Sicht anhalten.

Besonders schmerzlich ist, dass der öffentliche Diskurs, das direkte Gespräch, der Austausch und die Bearbeitung der Corona-Pandemie mit künstlerischen Mitteln nur sehr eingeschränkt möglich sind. Die Bedeutung von Kulturorten, wie Theater, Museen, Konzerthäuser, Konzerte und andere, als Orte der unmittelbaren künstlerischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft wird gerade jetzt,

wo sie fast gänzlich geschlossen sind, besonders spürbar. Obwohl es zahlreiche neue digitale Angebote gibt und in digitale Verbreitungsformen investiert wird, können sie das gemeinschaftliche und unmittelbare Live-Erlebnis oder das Erspüren der Materialität von Kunst nicht ersetzen. Dieses wird jetzt besonders deutlich. Das Internet ist keine Alternative für das künstlerische Live-Erlebnis, es ist ein wichtiger Verbreitungsweg, auch in der Notlage das Publikum zumindest eingeschränkt zu erreichen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist durch viele kleine und mittelständische Unternehmen gekennzeichnet. Am Anfang der Wertschöpfungskette in der Kultur- und Kreativwirtschaft stehen die Künstlerinnen und Künstler, die unmittelbar und sofort die Wirkungen der Corona-Pandemie spürten. Aber auch die anderen Marktteilnehmer bzw. Glieder der Wertschöpfungskette sind betroffen. Bei einigen wie z. B. der Designwirtschaft treten die Auswirkungen erst mit etwas Verzögerung ein, da bestehende Aufträge bearbeitet und erst sukzessive Aufträge storniert werden.

Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kultur- und Kreativwirtschaft längerfristig zu verfolgen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu eruieren, führt der Deutsche Kulturrat zusammen mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirt-

schaft eine Befragung der Bundesverbände der Kultur- und Kreativwirtschaft durch. Die Befragung ist als Panel-Befragung angelegt und wird über ein Jahr – Start 20. April 2020 – alle zwei Monate durchgeführt. Wir erhoffen uns hieraus kontinuierliche Erkenntnisse zum jeweiligen Ist-Zustand, zu den Veränderungen und zur Wirksamkeit der unterschiedlichen Hilfsinstrumente.

Hilfsmaßnahmen des Bundes

Für den Kultur- und Medienbereich sind von besonderer Relevanz die Soforthilfemaßnahmen auf der Basis von Betriebsmittelzuschüssen für Soloselbständige und Unternehmen bis zu zehn Mitarbeitern. Soloselbständige und Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern können Betriebskostenzuschüsse für drei Monate bis zu 9.000 Euro beantragen, Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern Betriebsmittelzuschüsse bis zu 15.000 Euro.

Die Betriebskostenzuschüsse werden über die Länder, in der Regel die Investitionsbanken, auf Antrag ausgereicht. In fast allen Ländern gab es in der Anfangsphase technische Probleme mit der Vielzahl von Anträgen. Wirksam sind die Zuschüsse bei jenen Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Betriebskosten wie z. B. Mieten und Ähnliches haben. Hier waren und sind die Zuschüsse eine wichtige Erleichterung bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen.

Soloselbständige, die aus ihrer Privatwohnung heraus arbeiten, haben zumeist keine Betriebskosten oder wenn in nur sehr geringer Höhe. An ihnen geht diese Hilfe des Bundes vorbei. Einige Länder haben mit eigenen Zuschussprogrammen reagiert. Manche davon sind aufgrund von Überzeichnung inzwischen eingestellt. Insgesamt entsteht aufgrund der fehlenden Wirksamkeit der Betriebskostenzuschüsse bei Soloselbständigen teilweise der Eindruck, die Maßnah-

men würden gar nicht greifen. Das ist, wie oben gesagt, allerdings nur teilweise der Fall. Der Sozialpakt, also der erleichterte Zugang zum Arbeitslosengeld II, ist vom Bund als Ausweg für diejenigen gewiesen, die keine oder unzureichende Betriebskostenzuschüsse erhalten und derzeit kein oder ein unzureichendes Einkommen haben. Die Bedingungen zum Zugang zum Arbeitslosengeld II wurden verbessert – keine Vermögensprüfung, Übernahme der Mietkosten in tatsächlicher Höhe. Dennoch stößt die Regelung innerhalb des Kulturbereiches auf sehr große Vorbehalte bis brüske Ablehnung. Das rührt zum einen daher, dass das Arbeitslosengeld II ohnehin ein schlechtes Image hat, und zum anderen, dass der Eindruck besteht, die eigene Arbeit und Selbständigkeit würden nicht gewürdigt. Nach wie vor besteht das Missverständnis, jemand müsse sich arbeitssuchend melden, um Grundsicherung zu erhalten. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Im Gegenteil, es ist das ausdrückliche Ziel, dass die Selbständigkeit fortgeführt wird. Dennoch trifft es wahrscheinlich auf mehr Akzeptanz, wenn alle Soloselbständigen ein Drittel der Soforthilfe als fiktiven Unternehmerlohn beantragen könnten. Das wären bei einer Höchstsumme von 9.000 Euro, die beantragt werden können, 3.000 Euro. Würde diese Regelung zwischen Bund und Ländern vereinbart werden, wäre eine wichtige Forderung von freiberuflichen Künstlerinnen und Künstlern erfüllt. Es würde dann jedem einzelnen obliegen, diese Regelung in Anspruch zu nehmen oder aber doch Grundsicherung zu beantragen. Insbesondere diejenigen, die in Großstädten leben und eine hohe Miete zahlen, müssten dann ökonomisch abwägen, bei welchem Modell sie besser fahren: 1.000 Euro pro Monat als Soforthilfe oder 432 Euro plus reale Miet- und Mietnebenkosten plus Kinderzuschlag, sofern jemand Kinder hat.

Die verbesserten Bedingungen für Kurzarbeitergeld können von Unternehmen mit Angestellten genutzt werden. Da viele abhängig Beschäftigte im Kultur- und Medienbereich geringe Einkommen erzielen, bedeutet das, dass Kurzarbeiter mit deutlichen Einkommenseinbußen leben müssen. Da dies in den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft bekannt ist, wird das Instrument teilweise sehr vorsichtig angewandt. Das hängt auch damit zusammen, dass es sich überwiegend um kleine und mittelständische, oft inhabergeführte Betriebe mit einem engen persönlichen Kontakt zwischen Mitarbeitern und Geschäftsleitung handelt.

Die Einführung einer Gutscheinlösung für Kulturveranstaltungen ist ein wichtiges Instrument, um die Liquidität von Veranstaltern sowie von Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Es ist daher eine richtige und wichtige Maßnahme. Allerdings wird sie auch zu einer Nachfrageminderung nach Eintrittskarten führen, wenn wieder Veranstaltungen stattfinden, da dann zuerst die Gutscheine eingelöst und keine neuen Karten gekauft werden. Es wird also vor allem wichtige Zeit gekauft. Wichtige weitere erste Maßnahmen sind Stundungen von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen oder auch von Mieten. Die Kreditprogramme entfalten wenig Wirkung in der Kultur- und Kreativwirtschaft, da die Aussichten, künftig höhere Umsätze zu erzielen und Kredite zurückzahlen zu können. als gering eingeschätzt werden. Es fehlen Zuschussprogramme für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern, wie z.B. Privattheater. Für sie sind Kredite nicht kompatibel. Hier droht eine Insolvenzwelle.

Hilfsmaßnahmen der Länder

Die Länder haben teilweise eigene Förderprogramme aufgelegt. Einige Förderprogramme, z. B. in Berlin, wurden bereits wieder eingestellt, da sie überzeichnet waren. Diese Förderprogramme nehmen teilweise explizit Künstlerinnen und Künstler in den Blick. Hier werden unter anderem Stipendien, Umsatzausfälle, Zuschüsse zum Lebensunterhalt auf Antrag gewährt.

Es ist generell positiv, dass einige Bundesländer aus Landesmitteln eigene Programme zur Verfügung stellen. Aber es ist schon sehr gewöhnungsbedürftig, dass fast jedes Bundesland sein eigenes Kulturförderprogramm gestrickt hat, und es macht für Künstlerinnen und Künstler, für Kultureinrichtungen und kulturwirtschaftliche Betriebe einen spürbaren Unterschied, in welchem Bundesland sie ihren Sitz haben und damit ein gutes, ein weniger gutes oder überhaupt kein Notprogramm des Sitzlandes nutzen können. Für diesen Förderflickenteppich gibt es keinen nachvollziehbaren Grund! Er ist einfach nur zutiefst ungerecht.

Weiterer Handlungsbedarf

Nach aktuellem Sachstand wird die Corona-Pandemie, bis entsprechende Medikamente bzw. ein Impfstoff vorliegen, das Leben in Deutschland prägen. Die Herausforderung wird sein, mit dem Virus zu leben und seine Verbreitung so gering wie möglich zu halten. Dies bedingt eine Ungewissheit, wann mit Lockerungen und Erleichterungen zu rechnen ist, was wiederum die Planung für die Kultureinrichtungen und -institutionen erschwert. Hier wären verbindliche Zeitfenster, wann weitere Lockerungen geplant sind, wichtig, damit die betreffenden Institutionen und Unternehmen entsprechend planen können. Einige Kultureinrichtungen und -unternehmen werden im ersten Halbjahr ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen können. So hat z.B. Hamburg entschieden, dass die Spielzeit 2019/2020 für Theater und Orchester beendet ist. Es wäre wichtig, dass auch andere Länder hier Klarheit schaffen, damit

entsprechende Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen geplant werden können. Das heißt, auch über die Soforthilfen, die für einen Zeitraum von drei Monaten vorgesehen sind, hinaus besteht erheblicher Handlungsbedarf, um das kulturelle Leben in Deutschland in seiner ganzen Breite und seinen Ausprägungen zu sichern.

Ein zentrales Instrument wäre ein Kulturinfrastrukturfonds, der bis Ende 2021 angelegt ist, um der gesamten kulturellen Infrastruktur - Künstler, Kultureinrichtungen, Kulturvereine, Kultur- und Kreativwirtschaftsunternehmen – Möglichkeiten zur Fortsetzung der Arbeit unter den Bedingungen der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Die Vergabe der Mittel sollte über Bundeskulturverbände erfolgen, die die Bedarfe des jeweiligen Bereiches kennen und adäquat und zielgerichtet auf Antrag Mittel ausreichen können. Adressaten des Programms sollten sowohl Künstlerinnen und Künstler. Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung, Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Kulturvereine sein. Was die Größenordnung dieses Hilfsfonds angeht, sollte das erfolgreiche Programm »Kultur macht stark« als Beispiel genommen werden. Bislang wurden für dieses Programm vom Bund 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Kulturministerkonferenz hat am 23. April 2020 in einem Schreiben Kulturstaatsministerin Grütters aufgefordert, einen Nothilfefonds einzurichten und in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Verwendung der Mittel zu beraten, damit eine Abstimmung mit den bestehenden Länderprogrammen erfolgen kann.

Ein bundesweites Zuschussprogramm für Unternehmen mit mehr als zehn und weniger als 50 Mitarbeitern wäre wichtig, um vielen Betrieben, insbesondere aus dem Markt für darstellende Kunst und der Musikwirtschaft, zu helfen. Ein temporärer Entlastungszuschuss des Bundes zur Künstlersozialkasse und eine damit einhergehende Senkung des Abgabesatzes, im Idealfall auf 0 %, für dieses Jahr, würde alle abgabepflichtigen Unternehmen entlasten und damit zur Liquiditätssicherung beitragen. Trotz Corona-Pandemie gilt es weiterhin, die Rahmenbedingungen für den Kultur- und Medienbereich zu gestalten. Die begonnene Urheberrechtsreform gilt es weiter zu verfolgen und die Themen, zu denen bereits Diskussionsentwürfe vorliegen, zeitnah abschließend gesetzgeberisch zu behandeln.

In der Corona-Pandemie wird deutlich, unter welch prekären Bedingungen viele Künstlerinnen und Künstler, aber auch andere Unternehmerinnen und Unternehmer im Kultur- und Medienbereich arbeiten. Die Gesetzgebung zur Grundrente sowie zur Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung muss zügig vorangetrieben werden, damit sie noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann.

Die EU-Ratspräsidentschaft sollte genutzt werden, um steuerpolitische Maßnahmen auf der europäischen Ebene voranzubringen. Dazu gehört die rechtssichere Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes für die Bildende Kunst. Die öffentlichen Hände sind gefordert, für eine stabile Kulturförderung einzustehen. Bund, Länder und Gemeinden müssen bei der Aufstellung der Haushalte für 2021 und darüber hinaus die öffentliche Kulturfinanzierung stabil halten, um ein mittelfristiges Ausdörren des kulturellen Lebens in Deutschland zu verhindern. Packen wir es an, the show must go on.

Schadensbegrenzung oder Investition in die Zukunft? Umgang mit den Folgen der Corona-Krise

Susanne Keuchel — Politik & Kultur 5/2020

Der Schrei nach Hilfsprogrammen ist laut. Aber reicht eine Eindämmung der finanziellen Verluste? Hat die Corona-Krise indirekt nicht auch dazu beigetragen, bestehende gesellschaftliche und kulturelle Instabilitäten in Deutschland sichtbarer zu machen?

Seit längerer Zeit hadert ganz Europa mit gesellschaftlichen Folgen der Globalisierung und Ökonomisierung. Gesellschaftliche Spaltung, ein politischer Rechtsruck, Folgen des Klimawandels oder begrenzte Rohstoffressourcen führen in der Politik zu einer zunehmenden Infragestellung ökonomischer Steuerungsprinzipien einzelner gesellschaftlicher Bereiche. Stattdessen gewinnen Prinzipien der Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit an Bedeutung. Weltweit wurde in der Krise beispielsweise das stabilere, im Vergleich zu anderen Ländern weniger ökonomisierte Gesundheitssystem in Deutschland hervorgehoben. Wie stabil ist der deutsche Kulturbereich vor der Krise gewesen? Und wie müsste er verändert werden, um künftig krisenfester aufgestellt zu sein? Warum nicht aus der Not eine Tugend machen und die Krise zum Anlass nehmen, einige bestehende Prinzipien grundsätzlich infrage zu stellen?

Ökonomisierung öffentlicher Aufgaben zurückfahren

Ökonomische Steuerungsprinzipien wurden in Deutschland in den letzten Jahrzehnten

zunehmend konsequent auf öffentlich geförderte Gesellschaftsbereiche wie Kultur, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung oder Bildung übertragen.

Ein Aspekt liegt dabei auf der finanziellen Mitbeteiligung von Bürgern bei Inanspruchnahme von Kultur- und Bildungsangeboten oder spezifischen Gesundheitsleistungen. Öffentlich geförderte Einrichtungen sollen einen Teil ihres Haushaltes selbst erwirtschaften. In der Corona-Krise hat dieser Aspekt im Kultur- und vor allem im kulturellen Bildungsbereich für Existenznöte gesorgt und zu einem Ruf nach Hilfefonds zur Kompensierung dieser Eigenmittel geführt. Unter der Prämisse, dass Kultur Teil der Allgemeinbildung ist, könnte diese individuelle Mitfinanzierung provokativ infrage gestellt werden. Wäre ein Verzicht auf Eintrittsgelder nicht gerechter im Sinne kultureller Teilhabe? Einzelne europäische Länder sind dazu übergegangen, den Zugang zu Museen oder zum Nahverkehr kostenfrei zu gestalten, da sie die Nutzung dieser Angebote als gesamtgesellschaftlichen Profit werten.

Projektförderung als Innovationsförderung begreifen

Ein weiterer Aspekt der Ökonomisierung beinhaltete den Wechsel weg von einer Infrastrukturförderung hin zu einer projektspezifischen Förderung unter wettbewerbstechnischen Bedingungen, sogenannte Förderprogramme, die mittlerweile für einen Großteil der Kultur-, Medien- und Bildungseinrichtungen sowie freiberuflich Tätige existenziell geworden sind, da sie die zunehmend fehlende Infrastrukturförderung kompensieren müssen. Dies führt in der Corona-Krise, im Gegensatz beispielsweise zu den festen Strukturen und Einkommen von Schulen und Lehrern, zur Existenzgefährdung kultureller Einrichtungen. Neben dieser Instabilität in Krisen hat Projektförderung auch weitere Nachteile: Neben der Förderung prekärer, da befristeter Arbeitsverhältnisse, gehen fachliche Personalressourcen für künstlerische und kulturpädagogische Arbeit zugunsten anfallender bürokratischer Projektabwicklung verloren.

Ein Grund für die Verlagerung von Infrastrukturförderung in Projektförderung liegt in den kontinuierlich sich neu eröffnenden kulturellen Aufgabenfeldern, die sich durch gesellschaftlichen Wandel ergeben, sei es Gendergerechtigkeit, den Anforderungen einer Migrationsgesellschaft gerecht zu werden oder Strukturen für neue künstlerische Ausdrucksformen zu schaffen. Alternativ könnte es sinnvoller sein, statt auf Projektförderung auszuweichen, neue Aufgabenfelder in die schon bestehende geförderte Infrastruktur zu integrieren. Zivilgesellschaft sollte sich dabei mit dafür verantwortlich zeigen, dass sich bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen im Kulturbereich permanent weiterentwickeln. Ein weiterer Grund für das Ausweichen auf Projektförderung liegt darin, kulturelle Infrastrukturförderung klar zu benennen und abzugrenzen. In der Vergangenheit wurden hier immer wieder Versuche unternommen im Rahmen von Ansätzen, wie die kulturelle Grundversorgung oder die Daseinsvorsorge. Im Diskurs zur Festlegung kultureller Infrastruktur sollten neben Aufgaben wie Bewahrung des

kulturellen Erbes oder Kunstfreiheit Kriterien der Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit entscheidend sein.

Öffentliche Vergabepraxis nachhaltiger gestalten

Die Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels stetig im Blick zu behalten, ergibt sich auch im Rahmen von Konjunkturprogrammen für die private Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft, so beispielsweise die Förderung von nachhaltigen Innovationen im Bereich Architektur, Design oder Modedesign, um international neue Standards zu setzen.

Dabei sollte die öffentliche Vergabepraxis des Staats, aber auch die öffentlich geförderten Einrichtungen wie Kultureinrichtungen oder Rundfunkanstalten, sozialverträglich und nachhaltig gestaltet werden. Oft werden Künstler, Kulturpädagogen oder kleinere Unternehmen der Kreativwirtschaft nicht angemessen honoriert, was in der Corona-Krise zu der Notwendigkeit von Soforthilfen führte, da hier keine Rücklagen existierten. Dies liegt in Teilen auch daran, dass öffentlich geförderte Einrichtungen ebenfalls wirtschaftlichen Zwängen unterliegen.

Bei der öffentlichen Vergabepraxis sollte zudem im Sinne der Nachhaltigkeit auf Regionalität und Vielfältigkeit von Bewerbern gesetzt werden, um Monopolstellungen großer globaler Medienkonzerne oder Unternehmensberatungen, die zunehmend ein breites Spektrum an Angebotsstrukturen bedienen, indem sie die jeweils für Aufträge benötigten Fachstrukturen wie Designer oder Kulturwissenschaftler als Unterverdienende an sich binden, zu unterlaufen.

Aufbau analog-digitaler Strukturen nicht nur für Krisenzeiten

In der Corona-Krise wurde die Vernachlässigung eines systematischen Aufbaus analogdigitaler öffentlich geförderter Angebots-

strukturen deutlich, auch wenn der erzwungene Stillstand dazu führte, dass Künstler, Kultur- und Bildungseinrichtungen trotz mangelnder digitaler Infrastruktur, Ausstattung und Fortbildung erste digitale künstlerische und kulturelle Bildungsangebote für Bevölkerungsgruppen kostenfrei ermöglichten. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist in der Regel analog-digital aufgestellt. Herausforderungen stellen sich hier in der digitalen Sichtbarkeit und wirtschaftlichen Verwertung. So ist die digitale Sichtbarkeit abhängig von Suchmaschinen und Onlineportalen, die vor allem von den großen US-amerikanischen Medienkonzernen zur Verfügung gestellt werden, die ihre eigene Logik und Algorithmen mit Blick auf Werbekunden und eigenen Interessen verfolgen.

Bei einem systematischen Ausbau analogdigitaler Strukturen im Kultur-, Medien- und Bildungsbereich wäre es daher wünschenswert, dass in Analogie zu analogen gesetzlichen Rahmenbedingungen auch im digitalen Raum Verwertungsvergütung – unter anderem EU-Urheberrechtsrichtlinie – und Sichtbarkeit, hier auch ein unabhängiger Zugang zu Wissen und Kultur, gewährleistet werden, beispielsweise durch öffentlich geförderte Suchmaschinen und Plattformen, organisiert von europäischen Rundfunkanstalten, die im Sinne des Gemeinwohls von Rundfunkräten kontrolliert werden könnten.

Wie könnte eine Systemmodernisierung gelingen?

Der anstehende Kraftakt notwendiger Hilfsmaßnahmen sollte nicht nur aus einer Perspektive der Schadensbegrenzung heraus entwickelt, sondern zugleich als Investition in eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Stabilisierung des Kulturbereichs genutzt werden. Einiges ließe sich dabei über eine Änderung der öffentlichen Förderpraxis erreichen:

- Infrastrukturförderung für grundlegende Aufgaben des öffentlich geförderten Kultur-, Medien- und Bildungsbereichs
- Nutzung von Projektförderung und Eigen-/Drittmitteln für Innovation, Experimente und Transformation
- Individuelle Bürgermitfinanzierung von öffentlich geförderten Bildungsund Kulturangeboten auf den Prüfstand stellen
- 4. Nachhaltige und sozialverträglich gestaltete öffentliche Vergabepraxis, hier auch entsprechende Etatausstattung öffentlich geförderter Einrichtungen für Aufträge an Dritte
- Stärkung regionaler, nationaler und europäischer Einzelbranchen der Kreativwirtschaft bei der öffentlichen Vergabepraxis gegenüber Monopolstellungen internationaler marktführender Unternehmen

Andere Aspekte der Reorganisation und Transformation von Strukturen könnten über einen Kulturinfrastrukturfonds finanziert und angestoßen werden:

- Einbettung neuer gesellschaftlicher Aufgaben in die bestehende öffentlich geförderte Infrastruktur
- 7. Stärkung neuer Kreativwirtschaftszweige durch Konjunkturprogramme
- Systematischer Aufbau analogdigitaler Strukturen im Kultur-, Medien- und Bildungsbereich unter Wahrung rechtlicher Grundlagen innerhalb digitaler Strukturen

Die Investitionen für eine solche Stabilisierung der Kulturlandschaft erscheinen auf den ersten Blick immens, kompensieren sich aber in Teilen durch Umverteilung der Ressourcen, beispielsweise der Umwidmung von Projekt- in Infrastrukturmitteln. Dies führt zu weniger prekärer Arbeit, weniger Bürokratie, damit einhergehend zu mehr personellen Ressourcen, einer höheren Bürgerakzeptanz, Teilhabe sowie Krisensicherheit in Zeiten von Corona & Co.

Nähe durch Distanz Die Corona-Krise schärft den Blick dafür, was wichtig ist

Ludwig Greven — Politik & Kultur 5/2020

Was wird von diesem abgrundtiefen Einschnitt im gesellschaftlichen Leben und in dem jedes Einzelnen bleiben, wenn die Krise irgendwann, vielleicht Ende 2021 oder später, wenn ein Impfstoff gefunden ist, vorbeigeht und der Alltag mit allen Freiheiten zurückkehrt? In einem Beitrag habe ich versucht, eine optimistische Vision zu entwerfen für die Zeit und die Welt danach, die weniger an materiellen Dingen und Profitstreben, mehr an den Menschen ausgerichtet ist, die global und zugleich lokal und regional handelt, mit weniger Stress und Hektik, weniger technologiehörig, weniger vereinzelt. Ob das eintreten wird, weiß ich natürlich nicht. Das wird davon abhängen, ob sich Menschen dafür einsetzen, so wie sie ietzt füreinander einstehen. Aber ich hoffe darauf, dass sich zumindest die Richtung ein wenig ändert. Denn ich setze auf die Einsichtsfähigkeit des Menschen. Und Gelegenheit zu neuen Erkenntnissen und Erfahrungen boten und bieten uns der erzwungene Rückzug und das Leiden Unzähliger ja zur Genüge.

Sicher werden viele danach trachten, in ihr altes Leben zurückzukehren. Daran ist nichts Verwerfliches. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Aber er kann sich auch auf neue Gegebenheiten einstellen. Und Gutes bewahren, wenn sich die Bedingungen wieder ändern. Eine der wichtigsten Lehren für

mich ist, wie wichtig Konzentration ist. »Minimal Music« mag für viele anstrengend und monoton wirken, wie ein monochromes Bild oder ein Film, in dem so gut wie nichts passiert. Jeder braucht auch mal Zerstreuung, die ganze Buntheit des Lebens. Aber die Reduktion auf das Wesentliche, auf die Wahrheit hinter der Oberfläche, tut Kopf und Seele gut. Und macht sie frei.

Die von der Pandemie und den verantwortlich handelnden Politikern verlangten Beschränkungen haben zur Konzentration der unmittelbaren Kontakte geführt. Millionen waren und sind mit einem Mal auf ihr engstes Umfeld, ihre Partnerin, ihren Partner, ihre Familie oder auf sich selbst geworfen. Nicht jede, jeder kommt damit klar. Gewalttaten in Beziehungen und Familien haben zugenommen, ebenso Verzweiflung und Einsamkeit. Auch die Zahl der Suizide wird steigen, gerade bei Älteren.

Auf der Habenseite dieser Zeit der Prüfungen und Selbstprüfung steht auch bei mir das Erleben, dass man Nähe auch in Distanz zeigen und empfinden kann. Selten habe ich so viele Briefe – meist in digitaler Form – bekommen und geschrieben und lange tiefe Telefonate geführt. Zu einigen, zu denen ich lange keinen oder kaum Kontakt hatte, sind neue Brieffreundschaften entstanden, zu einer Jugendfreundin und einem fast 80-jäh-

rigen Vetter in den USA, der sich große Sorgen macht – nicht nur um seine angeschlagene Gesundheit, sondern noch mehr wegen Trump. So ist es bei mir zu einem schönen Ritual geworden, morgens und abends statt die neuesten, aber fast immer gleichen Meldungen zur Krise aller Krisen als Erstes diese Mails zu lesen und zu beantworten. Und mit Nachbarn einen Schwatz über den Gartenzaun oder auf der Straße zu halten, um mitzubekommen, wie es ihnen geht. Auch dabei entstehen manchmal tiefere Gespräche und Kontakte.

Wenn ich mit meinen erwachsenen Kindern nun mit Abstand spazieren gehe, würde ich sie gerne wie sonst in den Arm nehmen. Aber nimmt es etwas von unserer Nähe, dass das vorerst nicht angebracht ist? So geht es mir auch mit anderen Menschen, die ich im Moment gar nicht treffe. Nicht wenige kommen mir sogar umso näher, gerade weil wir nicht in einem Café, einem Restaurant, bei einer beruflichen Begegnung oder daheim zusammenhocken. Denn zu viel körperliche Nähe, zu häufige Kontakte, etwa bei der Arbeit, verstellen manchmal den Blick, Natürlich fehlt der Blickkontakt, den keine Videokonferenz, kein Skypegespräch ersetzen kann, und die Körpersprache. Aber Briefe und Mails oder Telefonate ohne direktes Gegenüber schaffen häufig mehr Konzentration, den Austausch wirklich wichtiger Gedanken, Erkenntnisse und Erlebnisse. So geht es mir jedenfalls.

Als kontaktfreudiger Rheinländer empfand ich, als ich vor 25 Jahren nach Hamburg zog, die meist größere persönliche Distanz im Norden anfangs befremdlich, wo es zumindest für Ältere schon ein Höchstmaß an Vertraulichkeit ist, jemanden mit Vornamen und Sie anzusprechen, und wo es zum guten Ton gehört, anderen nicht gleich die privatesten Geheimnisse anzuvertrauen. Aber bald habe ich gelernt, dass eine solche Halb-

distanz oft beste Voraussetzung für wirkliche Nähe ist. Weil sie die Chance bietet, sich auch mal zurückzuziehen. Und nicht Nähe vortäuscht, wo keine ist.

Zur notwendigen Distanz gehört für mich Abstand zu sich selbst. Auch dafür bot und bietet die Krise gute Gelegenheit zu üben. Sich selbst nicht immerzu in den Vordergrund zu stellen, auf andere zu achten, eigene Interessen und Wünsche zurückzunehmen, damit es allen möglichst gut geht; sich selbst nicht immer zu ernst zu nehmen, auch in ernsten Zeiten zu lächeln und zu lachen, wenn es eigentlich nicht viel zu lachen gibt. auch über sich selbst: Das kann heilsam sein. Denn damit findet man zu sich selbst. Wenn davon etwas bleibt, genauso wie die angenehmen Abstandsregeln in den Geschäften und an den Kassen, wäre für mich schon einiges gewonnen.

Mitgestalten! Was kann und muss die Zivilgesellschaft tun?

Rupert Graf Strachwitz — Politik & Kultur 5/2020

Unsere Regierungen haben wir beauftragt und bezahlen wir dafür, für Notfälle vorzusorgen und Entscheidungen zu treffen. Was das Letztere anbelangt, haben wir ihnen in der Krise vordergründig nicht viel vorzuwerfen – selbst dann nicht, wenn sich im Rückblick herausstellt, dass diese falsch waren. Koordinierungsaufwand und gelegentlich abweichende Entscheidungen einzelner Länder sind letztlich auch nicht zu beanstanden. Unsere Verfassungsordnung weist das Mandat für solche Entscheidungen primär den Landesregierungen zu.

Anders sieht es mit der Vorsorge aus. Exponenten der Zivilgesellschaft haben ebenso wie staatliche Experten über viele Jahre eindringlich und öffentlich davor gewarnt, dass eine Pandemie kommen kann und Vorsorge für diesen Notfall eingefordert. Geschehen ist nichts. Schon in den 1990er Jahren wurde der bei zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgehaltene, vom Bund finanzierte zivile Bevölkerungsschutz gegen deren massive Einwendungen auf null gefahren; es folgten die Überantwortung der Krankenhäuser an den Markt und vieles mehr. Im Ergebnis war Deutschland schuldhaft auf die Pandemie mangelhaft vorbereitet. Dass es in anderen Ländern nicht besser aussah, ist keine Entschuldigung. Die täglichen Auftritte der zahlreichen Politiker in den Medien, die die Bürgerinnen und Bürger zurzeit ertragen müssen, wirken grotesk und peinlich. Das heißt: Wir müssen der Regierung viel genauer auf die Finger sehen, sie viel intensiver an ihre Pflichten erinnern, als dies Parlamente und Medien getan haben. Die Analyse, wonach die Zivilgesellschaft die Rolle des Wächters übernehmen muss, weil die Parlamente diese ungenügend wahrnehmen, erweist sich auf tragische Weise als richtig. Eine warnende Studie des Bundesinnenministeriums blieb schon 2012 im Bundestag unbeachtet.

Etwas viel Gravierenderes kommt hinzu: Schon seit einiger Zeit muss die Zivilgesellschaft aufpassen, dass der bürgerschaftliche Raum nicht auf allerlei Weise - von der Verniedlichung über das Zuckerbrot-und-Peitsche-Spiel, Diffamierung und Regulierung bis zum Hinausdrängen – verkleinert und beschränkt wird. Zurzeit ist die Güterabwägung in aller Munde: Bürgerrechte, die die Zivilgesellschaft empfindlich berühren, etwa die Versammlungsfreiheit, werden gegen Ansteckungsgefahr - oder müsste man sagen, die von den Regierungen verschuldete Überlastung des Gesundheitswesens - abgewogen. Das kann im Extremfall eine Notwendigkeit darstellen. Aber schon jetzt keimt das Misstrauen! Immer mehr Bürgerinnen und Bürger hegen den Verdacht, mit diesen Beschränkungen könnte es so gehen wie mit der berühmten Glühlampe, die in der neuen Wohnung aufgehängt wird, damit es Licht gibt, bis die schöne neue Lampe gekauft und aufgehängt ist: Beim Auszug, zehn Jahre später, hängt sie immer noch, man hat sich an sie gewöhnt. Schon eine Diskussion um die Lockerung der Bewegungsbeschränkungen, immerhin auch dies die Wiederherstellung eines Grundrechts, wird von der Chefin der Bundes-Exekutive, öffentlich als »Öffnungsdiskussionsorgie« diffamiert. So klaglos, wie sie den Beschränkungen gefolgt sind, sollen die Bürgerinnen und Bürger jetzt auch alle weiteren Maßnahmen im Gehorsam gegenüber der Obrigkeit hinnehmen.

Das aber ist nicht Demokratie! Diese besteht nicht in gelegentlichen Wahlübungen, sondern in der aktiven Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, auch durch Kritik und Diskurs. Im Lichte der Debatte um die politische Betätigung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie geführt wurde, ist deshalb äußerste Vorsicht geboten. Was wäre denn, wenn sich das ganze Konzept der Pandemie-Bekämpfung als fehlerhaft herausstellen würde? Dürften dann die Bürger immer noch nicht die Stimme erheben? Müssten sie die weiteren Vertuschungs- und Verdrängungsversuche klaglos akzeptieren?

Dies ist deswegen ein solches Horrorszenario, weil immer mehr erkennbar wird, dass die Pandemie nicht mehr ist als der Tropfen, der ein Fass zum Überlaufen gebracht hat. Wir steckten doch schon vorher in einer tiefen Krise der Demokratie, des Kapitalismus, des Nationalstaates. Die Pandemie hat insofern sogar etwas Gutes: Sie zwingt uns, ernsthaft darüber nachzudenken, was nachher kommt! Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Es wird nachher nichts mehr so sein wie vorher! Es wird Elend und Not geben, bei Künstlern ebenso wie bei Unternehmern, bei Selbständigen ebenso wie bei Arbeitneh-

mern – in Deutschland ebenso wie weltweit, übrigens in der Zivilgesellschaft genauso oder mehr noch als in der Wirtschaft. Nur der Staat kann seinen Mitarbeitern Arbeitsplatz und Gehalt garantieren.

Es wird aber auch anderes anders sein – ob besser oder schlechter, liegt an uns. Wir stehen jetzt vor der Herausforderung, haben aber auch die Chance, unsere Gesellschaft neu zu ordnen. Wir können mehr Bürgerrechte haben, mehr Gendergerechtigkeit, mehr Gemeinschaft, mehr Zivilität, weniger Wettbewerb, weniger Nationalismus, weniger Selbstsüchtigkeit, weniger Unterschiede zwischen arm und reich – wenn wir nur wollen.

Hier, vor allem hier, kommt die Zivilgesellschaft ins Spiel. Ja, sie braucht auch Geld, und ihre Verbände müssen für ihre Mitglieder darum kämpfen. Aber es kann ihr nicht nur darum gehen, aus dem Füllhorn des Geldes der Bürger bedient zu werden. Sie muss mitgestalten! Sie ist nur glaubhaft, wenn ihre zahllosen, höchst heterogenen Akteure den Auftrag annehmen, jetzt – unverzüglich, wie jemand bekanntermaßen und mit durchschlagendem Erfolg am 9. November 1989 formuliert hat – mit dem Nachdenken darüber zu beginnen und den Kampf dafür aufzunehmen, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Es geht darum, Versäumnisse und Resilienz des Staates nicht hinzunehmen, sondern dessen Vertreter vor sich herzutreiben, um eine offene, pluralistische, kosmopolitische und demokratische Weltordnung entstehen zu lassen, in der Zivilgesellschaft, Markt und Staat kooperativ zusammenarbeiten. Dafür gibt es jetzt ein Zeitfenster. Wenn die Zivilgesellschaft zulässt, dass es sich wieder schließt, ohne dass dieses Ziel erreicht wurde, hat sie ihren Anspruch auf Teilhabe an der deliberativen Demokratie verwirkt.

Über brandenburgische Alleenstraßen zu Kunst und Kultur Kulturtourismus in der Corona-Pandemie

Ulrike Liedtke — Politik & Kultur 6/2020

Die Parkplätze voll, eine lange Schlange vor der Kasse zum Schlossmuseum, einladende Plakate für Theater, Ausstellung und Volksfest. Viele Menschen tummeln sich in der kleinen Stadt im Brandenburgischen, Familien, Fahrradfahrer, Wassersportler, Motorradclubs, Wanderer, Auch hier gibt es Bratwürste, lieber noch Pellkartoffeln mit Quark und Leinöl, Spreewälder Gurken, Teltower Rübchen, Kohlrouladen mit viel Kümmel, jede Menge Fisch, im Süden Plinsen aus Buchweizenmehl ... – und natürlich überall Spargel, nicht nur aus Beelitz. Die Touristiker meinen, dass die meisten Freizeitler wegen des Restaurantbesuchs auf Reisen gehen. Selbstverständlich hält sich jeder Kulturarbeiter mit seiner Kunst für den wesentlichen Anziehungspunkt in der Region. Und schon tut sich die erste Differenz zwischen Tourismus und Kultur auf. Bisher konnten alle damit gut leben. Immer mehr kleine Kulturattraktionen entstanden, die durch ein vom Landtag Brandenburg beschlossenes Programm für regionale kulturelle Ankerpunkte gefördert werden sollten. Netzwerke überall, Lesungen in der Keramikwerkstatt, Musik an der Schleuse, Kino in der Kirche. Alles mit wenig Geld, daneben Theater- und Konzertbetriebe, Literaturhäuser, Museen, Gedenkstätten, Festivals, Denkmale und Weltkulturerbe in Potsdam Sanssouci und im Park und

Schloss Branitz bei Fürst Pückler. Hotels und Pensionen, Gaststätten, Busunternehmer und viele kleine Boutiquen leben von den Gästen der Stadt und ihren Dörfern, vielerorts ist Kulturtourismus die wichtigste Steuereinnahme. Doch plötzlich wird ein Stecker gezogen, nichts geht mehr. Aber Kunst und Kultur in Brandenburg sind doch nicht einfach weg!

Tourismusexperten sprechen von Markenbildung, Erlebniswelten, Kommunikationsstrategien, Produktentwicklung. Professionelle Künstler möchten Kunst machen und davon leben. Alle Künstler, Profis wie Amateure, suchen Kontakt und Austausch mit ihrem Publikum. Gerade werden stufenweise Städtereisen und Landurlaube möglich. Schwimmbäder und Fitnesszentren dürfen wieder öffnen. Kultur nicht. Oft kommen die Besucher für einen Ausflugstag, um sich sportlich zu betätigen oder im Wald und am Wasser zu entschleunigen. Ohne Kultur. Das stimmt nicht ganz, denn die Museen laden schon - unter Infektionsschutzauflagen – zu Besuchen im Einbahnstraßensystem ein, aber es kommen wenige Gäste. Dass es so nicht sein muss, beweisen klug ausgedachte Infektionsschutzpapiere, die Musikschulen waren Vorbild. Gerade jetzt braucht Kultur die kulturtouristische Vermarktung, nur anders als bisher. Die strikte Einhaltung von Infektionsschutzmaßnahmen gehört zu

den Werbeaussagen. Kulturtouristische Pläne sind zu entwickeln, der Situation angemessen und gemeinsam. Das setzt freilich die gesellschaftliche Übereinkunft voraus. dass kreative künstlerische Prozesse notwendig, systemrelevant und unverzichtbar sind. Es ist nicht nur die Zeit der Exekutive, es ist auch die der Reflexion, der Neuorientierung, der zukunftsweisenden Konzepte. Vor Kurzem noch galt der Diskurs dem Ende des Wirtschaftswachstums und Nachhaltigkeitsstrategien, jetzt hat ein Virus den Paradigmenwechsel eingeleitet. Die Krise ist eben doch eine Chance. Wenn Künstler und Kulturschaffende mit größter Selbstverständlichkeit in jeder Antragslyrik darauf verwiesen haben, dass Kunst und Kultur seismografisch den Zustand der Gesellschaft, Erlebtes, Erfahrenes widerspiegeln, sind sie ietzt - vielleicht mehr als zuvor - Teil dieser Gesellschaft. Es besteht die Chance auf eine neue inhaltliche und strukturelle Entwicklung der Kunst und Kultur - nachhaltig, grenzenlos, künstlerisch wertvoll. Die Themen liegen in der Luft, etwa Umdenken nach der Seuche, Werte und Unwerte, Leben und Überleben, Freiheit und Macht, Lebensund Schaffenskrise, Demokratie und Diktatur, tödliches Virus, Lebensnachrichten in Zahlen und Diagrammen, Hilflosigkeit, Selbstüberwindung, Existenzangst, soziale Isolation, Alleinsein unter Vielen, Schutz für sich und andere, Maskengesichter ... oder einfach nur die eine konkrete Idee, ganz offen. Ohne Thema.

Angenommen, die Tourismuswirtschaft legt für einen Moment ihre Marktforschung beiseite und bewirbt mutig künstlerische Konzepte, dann könnten folgende Vereinbarungen dabei herauskommen: Menschen brauchen besonders in Krisenzeiten Kunst und Kultur. Tourismus ist ein harter Wirtschaftsfaktor, Kultur ist ein harter Wirtschaftsfaktor. Kultur ist ein Thema des Tou-

rismus und Tourismus ein Thema der Kultur – für alle kulturtouristischen Besucher und weil Touristiker und Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben wollen.

Was bedeutet dies für die am stärksten von Corona betroffene Kunstsparte, die Musik? Unter den Bedingungen des Infektionsschutzes sind alle Veranstaltungen mit »Guckkasten-Sicht« zwischen Bühne und davorsitzendem größerem Publikum nicht oder nur schlecht möglich. Das betrifft insbesondere Konzerte im philharmonischen Gedanken des gemeinsamen Musizierens und Opernaufführungen sowie Tanz und Schauspiel, Musik mit besonderem Aerosolausstoß, z.B. Chormusik. Das Orchester-Repertoire von der Klassik bis in die Spätromantik muss zwangsläufig verschoben werden in Online-Systeme. Niemand braucht abgespeckte Konzertbesetzungen und Halbheiten – das Herunterbrechen von Besetzungen auf Notvarianten von Kunst, für die es keinen künstlerischen Grund gibt, notdürftige Auto-Kinovarianten von Aufführungen, wenn sie nicht für Autokino konzipiert sind, Unbezahlte Online-Konzerte, Balkonkonzerte. Straßenmusiken sind auf Dauer nicht gut, weil sie den Eindruck erwecken, alles ginge ohne Geld.

Als Musikwissenschaftlerin, Festivalleiterin und Dramaturgin weiß ich, dass es nichts hilft, von außen so viel an die Kunst heranzutragen. Aber wie wäre es, die Hygieneregeln zum Anlass zu nehmen für ein kreatives »Trotzdem«? Möglich sind doch vielfältige Veranstaltungsformen in kleinen Besetzungen, die das Konzertpodium aufbrechen - wie es in der Musik bereits seit 100 Jahren erprobt wird -, z. B. Raumklangmusik, Wandelkonzerte, Klangstraßen, Eins-zu-Eins-Konzerte, Dialoge live und Elektroakustik, Musizieren im Arena-Raum, interaktives Online-Musizieren, Musiker-Familienkonzerte, wiederholbare 10-Minuten-Performances als konzipierte Online-Projekte, multimediale Projekte mit

vielen Akteuren verschiedener Kunstgenres, aber wenigen Ausführenden vor Ort ... Aktion und Reaktion, These und Antithetik, barocke Musik mit Terrassendynamik und Echowirkungen – alle Musikrichtungen der alten und neuen Musik sowie solistische Darbietungen. Das ist ein großes Spektrum. Hundert kleine Veranstaltungen können besser sein als das Stadionkonzert mit 100 Lautsprechern, Dabei kann es ebenso humorvoll-spielerische und interaktive Elemente wie Tiefgang geben. Genreübergreifende Musizierformen entwickeln sich weiter und Livemusik von Mensch zu Mensch hat Konjunktur. Ein Künstler und Elektronik, um ihn herum im Kreis sitzend das Publikum im Abstand von 1,50 Meter ergäbe ein hübsches Bild aus Hubschrauberperspektive, andere Sichtweisen, neue Perspektiven. Das Publikum wird kommen, wenn das Angebot gut und gesundheitsvorsorgend sicher ist. Und der Tourismus profitiert davon.

Wie sieht es nun in Brandenburg aus, im Land der Alleenstraßen, Wälder und 3.000 Seen? Knapp 39 Millionen Euro Strukturhilfe können zur Unterstützung gemeinnütziger kommunaler Kultureinrichtungen und -vereine beantragt werden für 50 % Erstattung der Einnahmeausfälle. Die institutionelle Förderung von Kultureinrichtungen und die bereits geplanten Projektförderungen werden fortgesetzt. Ein Mikrostipendium in Höhe von 1.000 Euro für kleine künstlerische Projekte, das nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird, kann von 4.000 Künstlerinnen und Künstlern beantragt werden. Die generellen Eindämmungsverordnungen gelten bis Ende Juli, das macht 200 Euro Soforthilfe pro Monat. In einem offenen Brief beklagt der Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler die Höhe des Stipendiums und die fehlende Härtefallregelung für Nicht-KSK-Mitglieder. Das Brandenburgische Staatsorchester Frankfurt (Oder) hat Kurzarbeit, Kulturtourismus wird nicht mitgedacht. Kulturtouristische Betriebe gehören in das Landes-Wirtschaftsressort und können dort Soforthilfe beantragen.

Einige Stadtverordnetenversammlungen beschließen, auf die Tourismusabgabe zu verzichten. Allerdings kann die Kommunalaufsicht bei bereits verhängter Haushaltssperre diese Beschlüsse kassieren. Der Deutsche Musikrat fordert die Länderparlamente auf, eine fünfjährige Verpflichtungsermächtigung zu beschließen, um die Finanzierung von Bildung und Kultur auch in Zukunft in der prozentualen Höhe der derzeitigen Haushaltsansätze zu gewährleisten. Sobald auch Länder in Haushaltssperren stecken, wird das schwierig. Solange Kultur freiwillige Pflichtausgabe ist, bleibt sie ein Spielball in Haushaltsverhandlungen der Kommunen und individuellen Programmauflagen der Länder.

Kultur und Tourismus sitzen in einem Boot. Beide haben Einnahmeausfälle, beide unterliegen komplizierten Förderrichtlinien, beide müssen sich für längere Zeit auf alternative Arbeitsformen einrichten. Für beide gelten gleichermaßen Infektionsschutzbedingungen, deren Gewährleistung durchaus mit Geld verbunden ist. Sicher ist aber, dass Touristen weiter durch brandenburgische Alleenstraßen fahren und Kultur aufsuchen werden.

Die Zerreißproben stehen bevor Die Debatten des Misstrauens der Anti-Corona-Bewegung

Johann Michael Möller — Politik & Kultur 6/2020

Von Herfried Münkler, dem bekannten Politikwissenschaftler, stammt der Satz, große Teile des Volkes seien einfach nur dumm. Er hat ihn über die Wähler von Donald Trump gesagt und ist dafür zu Recht kritisiert worden. Aber sind wir doch ehrlich. Bei vielen Äußerungen auf den aktuellen Anti-Corona-Demonstrationen ertappt man sich selbst bei solchen Gedanken. Es ist viel wirres Zeug. was man zu hören bekommt. Und die meisten Leute, die es verbreiten, sind es wohl auch. Wo, muss man sich inzwischen fragen, ist die Aufklärung der letzten Jahrhunderte eigentlich geblieben? Der Lack einer vernünftigen Moderne, er blättert erschreckend schnell ab. Was aber sagen solche Hirngespinste über unsere Zeit und diese Gesellschaft aus? Eine befriedigende Erklärung habe ich nicht gefunden. Nicht bei der Politik und nicht bei den Sozialpsychologen, die uns derzeit erklären, dass auch Wahnsysteme echte Geborgenheit bieten. Doch das hilft uns nicht weiter.

Die Umfragen zeigen zum Glück das Gegenteil einer übernervösen Gesellschaft. Sie offenbaren vielmehr eine kreuzbrave Mehrheit, die sich den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen fügt; und dass sich überforderte Eltern oder bankrotte Kneipenbesitzer inzwischen verzweifelt zu Wort melden, widerspricht diesem Bild keineswegs. Die sagenhafte Geduld der letzten Wochen geht

jetzt zu Ende und auch die Bereitschaft, einer Expertenlogik zu folgen, die sich inzwischen auch selbst widerspricht. Die Stimmung kippt gerade und die anfängliche Rationalität scheint einer wachsenden Irrationalität weichen zu wollen. Bill Gates und seine geheimen Absichten oder die Aluhüte gegen Verstrahlung – es ist nicht schwer, das alles ins Lächerliche zu ziehen.

Aber diffuse Ängste lassen sich nicht einfach zerstreuen und viele Fragen stehen im Raum, Weiß die Politik wirklich, was sie da tut? Haben die Fachleute immer noch Klarheit über den richtigen Weg? Überhaupt: Sind wir nicht längst dabei, unsere freie Gesellschaft zu erwürgen, von der wir behaupten, sie retten zu wollen? Die Stimmen häufen sich, die so etwas sagen; und sie werden von Tag zu Tag lauter. Es sind nicht nur die altbekannten Apokalyptiker wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben, der nicht müde wird, vor der Zerstörung der individuellen Freiheit zu warnen. Viel beunruhigender: Es sind die Leute von nebenan, die sich solchen Gedanken anschließen; vernünftige Nachbarn, die wir lange schon kennen und die nie in die radikale Ecke gehörten. Wohl ieder von uns kennt solche Leute; fast jeder ringt mit einer Erklärung. Was uns Sorge bereiten sollte: Dass nicht bloß die Ränder vibrieren, sondern das Irrlichtern

wohl schon die Mitte unserer Gesellschaft erfasst, Darunter sind »Rechte und Linke, Hippies und Nazis, Unternehmer und Juristen«, wie die FAS schreibt: es sind alte Bekannte, aber auch immer mehr neue. In Berlin ist ietzt eine Gruppe entstanden, die sich »1 bis 19« nennt, nach den Grundgesetzartikeln, in denen es um die Freiheiten geht. Gegründet hat sie ein Literaturagent, eine Juristin, ein Arzt und ein Offizier, erfolgreiche Leute, die nur das tun, was von Zivilgesellschaften immer gefordert wird: Haltung zeigen; und sie haben ehrbare Motive und gute Argumente. Das schützt sie nicht vor Verdächtigungen oder gar Anfeindungen und schon gar nicht vor einem obskuren Umfeld, mit dem man sie in Verbindung zu bringen versucht.

Wenn man ihnen weder Sektierertum noch eine extremistische Gesinnung unterstellen kann, dann muss es der Lebensstil sein, der ihre Haltung begründet; der einer frivolen, genusssüchtigen Generation von Babyboomern, die sich lieber maskenfrei in der Sonne rekeln, als die Welt retten zu wollen. Sie haben schon einen Namen, diese YOLOs, auf die sich der Zorn der gnadenlos Jungen richtet. Der Klimaprotest hat sein neues Nahziel gefunden. Wir Jungen, heißt das, bringen heldenhaft Opfer, und die Risikogruppe macht, was sie will. YOLO klärt uns Livia Gerster in der FAZ auf, heißt so viel wie: »Man lebt nur einmal, also lasst die Korken knallen.« Auch so kann man Freiheit diskreditieren.

Verabscheuungswürdiger als die Spaßalten sind noch die Populisten, die auf der Anti-Corona-Welle zu surfen versuchen; ohne Fortune, wie die Umfragen zeigen. Man möchte dieser bizarren Mischung aus Eiferern und Besorgten, aus Impfgegnern und Extremisten, aus radikal Libertären und bürgerlichen Skeptikern am liebsten den Rücken kehren und stattdessen auf die stabile Ordnung verweisen, die unser Land nach wie vor hat; in der das Vertrauen der Deutschen in ihre po-

litische Führung auf einen Rekordwert steigt und wo dem Erfindungsreichtum kaum Grenzen gesetzt werden. Aber das ist eben nur die eine Sicht. Es gibt auch eine andere. Das politische Leben, das nach der Schockstarre jetzt wieder aufzuwachen beginnt, dürfte kein anderes sein als vor dem Lockdown. Wie hinter einer Milchglasscheibe nur noch etwas verschwommen zeichnen sich die alten Frontlinien wieder ab. Auch nach Corona bleibt diese Gesellschaft gespalten und die Tiefe der Gräben nimmt eher noch zu. Nichts wurde durch die Krise wirklich zusammengeschweißt.

Das merkt man schon an der Art der Debatten. Es geht schon gar nicht mehr um das Virus; es geht um altes Misstrauen, um bekannte Vorwürfe und eine neue Form von politischer Maskenpflicht. Die Anti-Corona-Bewegung sei »hochgefährlich« kann man jetzt überall lesen und es erklingt schon wieder der altbekannte Besorgniston. Wie sagte schon Antoine de Rivarol vor 200 Jahren? Natürlich liege die Souveränität beim Volk, aber ausüben dürfe es diese auf gar keinen Fall. Dabei gibt es nach langen, geduldig ertragenen Wochen keinen wirklichen Grund, der Mehrheit in der Bevölkerung zu misstrauen. Die nächsten Zerreißproben stehen noch bevor, wenn die wirtschaftlichen Schäden sichtbar werden und die Verteilungskämpfe beginnen. Wie soll ein Land damit fertig werden, das sich selbst nicht vertraut? Wir sprechen von der Hermeneutik des Verdachts. Dieser Verdacht hat sich so tief in unser Denken und Handeln eingenistet, dass er uns zu lähmen droht. Der Lockdown geht zwar zu Ende. Aber jetzt entscheiden wir, wie frei, wie ungezwungen wir künftig leben wollen.

Faire Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen Gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen im Kulturbetrieb garantieren

Reiner Hoffmann — Politik & Kultur 6/2020

Die Corona-Krise hat das kulturelle Leben in Deutschland enorm getroffen. Theater, Kinos, Konzertsäle und Clubs mussten schlagartig ihren Betrieb einstellen. Viele Beschäftigte im Kulturbetrieb sind Soloselbständige, die ihren Lebensunterhalt nur bestreiten können, wenn Kunst aufgeführt wird und Honorare gezahlt werden. Zwar bekommen sie nun bis zu 9.000 Euro aus den Rettungspaketen der Bundesregierung, aber umso länger Großveranstaltungen eingeschränkt bleiben, umso stärker ist ihre berufliche Existenz gefährdet. Aber auch abhängig Beschäftigte im Kulturbetrieb sind oft nur zeitlich befristet engagiert - wie am Theater. Oft haben sie nach einem Engagement nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld I und fallen gleich in die Grundsicherung, in Hartz IV. In diesen Berufen verschwimmt oft die Grenze zwischen selbständiger Tätigkeit und fester Anstellung.

Es erstaunt daher nicht, dass gerade jetzt auch aus der Kreativwirtschaft die Rufe nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wieder lauter werden. In der Initiative der selbständigen Modedesignerin Tonia Merz wird ein befristetes BGE von 800 bis 1.200 Euro für sechs Monate gefordert. Inzwischen haben mehr als 400.000 Menschen ihre Petition unterzeichnet. Schnell, unbürokratisch und zeitlich begrenzt soll es »Kre-

ativen, Musikern, Künstlern und Veranstaltern zur Verfügung stehen«. Zweifellos ist es höchste Zeit, über die oft existenzbedrohende Situation von Soloselbständigen zu reden. Gerade in dieser Krise zeigt sich, wie sehr das persönliche oder familiäre Budget vieler »auf Kante genäht« ist. Das gilt nicht nur für die Kulturschaffenden selbst, sondern auch für die vielen Menschen, ohne deren Arbeit kein Theaterauftritt und kein Konzert möglich wäre: Technikerinnen, Mitarbeiter in Agenturen, Logistik oder Gastronomie. Statt diese Menschen schnöde auf Hartz IV zu verweisen – wie es einige politisch Verantwortliche gerade tun - sollten von der Politik ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, Soloselbständige dauerhaft sozial besser abzusichern. Denn nicht nur ihr Lebensunterhalt bleibt prekär, auch ihre soziale Absicherung für Rente, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit.

Vielen ist der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung de facto versperrt, etwa weil sie schon sehr lange selbständig sind. Sie sollte für alle geöffnet werden, auch für Beschäftigte ohne Vorversicherung. Beiträge und Leistungen sollten sich am realen Einkommen orientieren – wie bei Arbeitnehmerinnen und -nehmern üblich. Für freiwillig versicherte Selbständige sind die Beiträge in den letzten Jahren stark erhöht worden.

Und selbst wenn diese Summe Monat für Monat abgezwackt werden kann, ergibt sich daraus kein dauerhafter Schutz: Wer mehr als zweimal Leistungen beantragt hat, wird wieder ausgeschlossen.

Auch die gesetzliche Krankenversicherung operiert bei Selbständigen mit einem angenommenen Mindesteinkommen. Die Gewerkschaften haben durchgesetzt, dass dieses Mindesteinkommen zum Januar 2019 von knapp 2.300 auf 1.038 Euro gesenkt wurde. Aber der Mindestbeitrag liegt noch immer bei 170 Euro, eine Summe, die an der finanziellen Wirklichkeit vieler Soloselbständiger vorbeigeht. Zudem fordert der DGB, die Beiträge von Soloselbständigen ausschließlich auf die Einkünfte aus der hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit zu erheben, wie dies auch bei der Berechnungsgrundlage für Arbeitnehmerinnen und -nehmer der Fall ist. Wir müssen Bedingungen auch im Kulturbetrieb schaffen, die faire Arbeit mit ordentlicher Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen garantieren.

Ein Weg zu mehr Gerechtigkeit ist für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Weiterentwicklung der bestehenden Sozialversicherungssysteme zur Erwerbstätigenversicherung, die möglichst alle Erwerbstätigen gegen die Risiken der Erwerbsminderung und des Alters absichert, sowie die Bürgerversicherung, die allen in ihr versicherten Menschen bei Krankheit oder Pflege eine gute Versorgung sichert. Wir wollen damit alle, die nicht bereits durch Gesetz obligatorisch abgesichert sind, in den sozialen Schutz der Sozialversicherung einbeziehen, um ihnen eine bedarfsgerechte Absicherung gegen die zentralen Lebensrisiken im größtmöglichen Kollektiv und damit zum bestmöglichen Preis zu ermöglichen. Das ist sozial ausgewogen und nachhaltig finanzierbar. So könnten die Defizite, gerade für prekär erwerbstätige Selbständige, im gegenwärtigen System

der Alterssicherung und der Gesundheitsversorgung behoben werden. Die solidarische Sozialversicherung in Form der Erwerbstätigen- und in Form der Bürgerversicherung kann im Gegensatz zu einem BGE viel präziser und umfassender die besonderen Bedarfe der Versicherten abdecken. Anders als beim BGE, das oft in der Kritik steht, die besonderen Bedarfe nicht zu erfassen, weil es Ungleiches gleichbehandelt und damit Ziel und Wirkung verfehlt. Zudem ist eine Versicherungsleistung tragfähiger finanzierbar. Schauen wir uns die gegenwärtigen Forderungen für ein zeitlich befristetes BGE an: Es würde den Steuerzahler in drei Monaten bei 1.100 Euro pro Monat und 82 Millionen Leistungsempfängern 250 Milliarden Euro kosten. Ob ein BGE in diesen Dimensionen billiger und bedarfsgerechter ist als eine Versicherungsleistung, erscheint zweifelhaft.

Für uns Gewerkschaften sind aber nicht nur die Auswirkungen des BGEs auf die sozialen Sicherungssysteme von Bedeutung. Vielmehr stehen die Folgen für die Arbeitswelt im Vordergrund. Wir sind von der Sinnhaftigkeit einer selbstbestimmten, menschenwürdigen Arbeit überzeugt. So wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Artikel 23 zum Ausdruck kommt. dass jeder Mensch »das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit« hat. Darüber sollten wir reden, denn Arbeit muss ihren Wert und ihre Anerkennung erhalten. Ein BGE ist das Gegenteil. In der Arbeitslosigkeit gleicht es vielmehr einer Abwrackprämie für den Arbeitsmarkt.

Die Voraussetzung für die Gestaltung selbstbestimmter, menschenwürdiger Arbeit ist und bleibt die Solidarität unter den Beschäftigten in einer starken Gemeinschaft. Wir befürchten aber, dass ein BGE diese Möglichkeiten für die kollektivrechtliche Gestaltung der Arbeitswelt schwächt, denn es ignoriert die Funktion der Tarif- und Sozialpolitik. Und damit entlässt es die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für gut bezahlte Arbeitsplätze. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich viele Unternehmer für ein BGE stark machen, schließlich würde der Staat einen Großteil ihrer Lohnzahlungen ersetzen. Die Belegschaften hätten wiederum weniger Grund, sich solidarisch für höhere Löhne einzusetzen. Sie würden sich entsolidarisieren.

Wir sehen gerade in der Corona-Krise, welchen Stellenwert Solidarität für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Deshalb kommt es jetzt darauf an, Solidarität in der Arbeitswelt wieder zu stärken. Mit einem BGE würden wir – so meine Befürchtung – das Gegenteil erreichen. Gerade die Corona-Krise zeigt uns, dass wir unseren Sozialstaat aufgrund des Konjunkturabschwungs, begrenzter Ressourcen und zu erwartender Steuerausfälle passgenau konzipieren müssen. Ein pauschales bedingungsloses Grundeinkommen wäre genau das Gegenteil.

Zumutung

Olaf Zimmermann — Politik & Kultur 7-8/2020

Der Kulturinfrastrukturfonds kommt, die Abwrackprämie nicht, das sind zwei wichtige Nachrichten aus den letzten Wochen. Die Kultur wurde eben nicht vergessen, wie gerne immer mal wieder behauptet wurde, sondern ist wichtiger Teil des Konjunkturprogramms der Bundesregierung.

Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, ein spezielles Förderprogramm für den Kulturbereich auf den Weg zu bringen. Bereits Anfang März haben wir einen Kulturinfrastrukturfonds für die Kultur gefordert und nicht lockergelassen, obwohl wir von vielen belächelt wurden.

Noch kurz vor der Bekanntgabe wurden mir Wetten angeboten, dass die Abwrackprämie für die Automobilindustrie sicher kommt, der Kulturinfrastrukturfonds aber sicher nicht. Jetzt können wir mit Freude auf den mit 1.000.000.000 Euro ausgestatteten Kulturinfrastrukturfonds, oder wie es nun heißt »Neustart Kultur«, schauen. Und dieser Fonds ist additiv, also zusätzlich zu den anderen Förderungsmaßnahmen des Bundes angelegt.

Trotz dieser Erfolge rumort es deutlich. Besonders Künstlerinnen und Künstler fühlen sich nicht genug von der Politik wahrgenommen. Um die Soforthilfen für Soloselbständigen nutzen zu können, müssen sie Betriebskosten angeben, die sie oftmals

nicht haben. Sie gehen deshalb bei diesem Programm oft leer aus. Auch die Bundesländer haben nur in Ausnahmefällen die Förderungslücken geschlossen.

Der Verweis auf die Grundsicherung wird von Künstlerinnen und Künstlern oftmals als eine Zumutung empfunden. Trotz aller berechtigten Kritik an der Grundsicherung, der erleichterte Zugang zu diesem sozialen Sicherungssystem ist keine Zumutung, er ist ein Segen. Wäre man nicht diesen Weg gegangen, hätten Tausende Künstlerinnen und Künstler ihre Wohnungen und damit oft auch ihre Arbeitsorte verloren und manche unter ihnen hätten sogar, mitten in Deutschland, Hunger leiden müssen.

Die Argumentationen von manchen, die sagen, der Verweis auf die Grundsicherungen sei eine Frechheit, vergessen, dass wir diese »Zumutung« unter erheblich erschwerteren Voraussetzungen seit vielen Jahren mehr als vier Millionen Menschen in unserem Land zumuten. Dass die Pandemie innerhalb von wenigen Tagen die ökonomischen Bedingungen vieler Künstlerinnen und Künstler und vieler kulturwirtschaftlicher Unternehmen zum Zusammenstürzen bringen konnte, zeigt, wie dünn das Eis der ökonomischen Absicherung im Kulturbereich ist. Das ist die wirkliche Zumutung, und die muss endlich geändert werden.

Zukunft positiv gestalten Kehrtwende zu einer anderen Kulturpolitik

Susanne Keuchel — Politik & Kultur 9/2020

Vom Gesundheitssystem bis zur Fleischverarbeitung: Schwachstellen unserer Gesellschaft wurden durch die Corona-Krise aufgedeckt. Auch der Kulturbereich wurde von der Krise besonders stark getroffen. Damit stellt sich die Frage: War der Kulturbereich schon vor der Krise instabil? Und wenn ja, reichen Rettungsschirme dann aus? Oder bedarf es einer längst überfälligen Kehrtwende in der Kulturpolitik?

Kulturpolitische »Fallstricke« vor der Krise

Mit den finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen im Zuge der Wirtschaftskrise begann eine Ökonomisierung nichtwirtschaftlicher Bereiche vom Gesundheitswesen bis hin zur Kultur. Dies traf und trifft Kultur als freiwillige kommunale Aufgabe in besonderem Maße. Die Folgen: Ein im besten Falle gleichbleibender Etat wird mittels des sogenannten Gießkannenprinzips auf eine wachsende Kulturinfrastruktur mit steigendem Aufgabenprofil wie kulturelle Bildung, Audience Development, Diversität oder Digitalität aufgeteilt. Dabei werden neu gebildete Strukturen nicht mehr über Infrastrukturförderung, die Verpflichtung schafft, sondern im Zuge der Ökonomisierung über Projektmittel im Rahmen von Förderprogrammen abgewickelt. Zugleich wächst die Verpflichtung

zum Erbringen höherer Eigenmittel. Kulturelle Bildungseinrichtungen müssen bis zu 60 % Eigenmittel erwirtschaften. Öffentlich geförderte Musikschulen sind dadurch – da tarifgebunden –teilweise teurer als private Anbieter. Das Museum Ludwig in Köln erhöhte 1993 den Eintrittspreis von 5 DM zuerst auf 8 DM, später auf 10 DM. Heute sind es 11 Euro Eintritt. Diese Mischfinanzierungen erschweren kulturelle Teilhabe, befördern zeitlich befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse sowie Grabenkämpfe zwischen etablierten und nichtinfrastrukturgeförderten Kulturakteuren.

Eine distanzierte Betrachtung macht innerhalb der öffentlichen Kulturförderung gewisse Absurditäten sichtbar: Während die Gebühren der öffentlich geförderten Musikschulen im Verhältnis zu den Familieneinkommen gestiegen sind, wird der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung mit gebührenfreien kulturellen Bildungsprogrammen wie »Kultur macht stark«, die sich explizit an bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche richten, begegnet, allerdings auf Projektbasis, also zeitlich befristet. Gleichzeitig sind große Teile der kulturellen Bildung im Ganztag auf die Mitfinanzierung von Eltern und Stiftungen angewiesen. So wurde zwar in den letzten Jahren zumindest in den Museen weitgehend freier Eintritt für Kinder unter 18 Jahren etabliert. Wenn aber Eltern am Wochenende mit ihren Kindern das Museum Ludwig gemeinsam besuchen wollen, kostet das immer noch 22 Euro – nicht unerheblich für eine Familie mit mittlerem oder kleinem Einkommen.

Eine neue gemeinwohlorientierte Kulturpolitik?

In der Vergangenheit wurden mehrfach Versuche gestartet, Kultur als kommunale Pflichtaufgabe zu verankern, unter Stichworten wie kulturelle Grundversorgung oder Daseinsvorsorge. Diese Ansätze argumentieren nicht aus der Perspektive der kulturellen Infrastruktur heraus, sondern machen eine gemeinwohlorientierte Argumentationslinie aus Bürgersicht auf. Sie wurden iedoch nie zu Ende gedacht, aufgrund der - vielleicht nicht ganz unberechtigten - Sorge um Verlust der bestehenden Vielfalt der kulturellen. Angebotslandschaft. Denn mit der Gemeinwohlorientierung steht die Frage im Raum: Wieviel Kultur braucht der Bürger? Und welche Kultur?

Die Definition einer kulturellen Daseinsvorsorge ist also herausfordernd: eine gestalterische Aufgabe für eine gemeinwohlorientierte Kulturpolitik des 21. Jahrhunderts! Eine solche Anstrengung könnte jedoch lohnen mit Blick auf ganz andere Aktionsradien. Wenn öffentlich geförderte Kultur und kulturelle Bildung nicht mehr als Dienstleistung, sondern als kommunale Bürgerleistung begriffen würde, könnte dies den Rückgriff auf den öffentlichen Raum ermöglichen, als eintrittsfreie bespielbare Fläche für Orchester oder Theater, die so neue Bevölkerungsgruppen erreichen könnten. Mit Verzicht auf den Erwerb von Eigenmitteln würde auch das Bespielen des digitalen Raums ermöglicht, beispielsweise Musiktutorials im Internet. Es ergeben sich zugleich viele kulturpolitische Gestaltungsfragen. Denkbar wäre, touristische Museumsbesuche weiterhin mit Eintritt zu belegen oder kulturelle Bildung im Ganztag in Form kommunaler Bildungslandschaften fest zu verankern. Insbesondere in Pandemie-Zeiten könnten Bibliotheken, Musikschulen oder Museen so einen zusätzlichen Raum für Schülerbegegnung und alternative Unterrichtsformen ermöglichen.

Eine Utopie? Unbezahlbar? Im Sinne einer Umweg-Rentabilität vielleicht nicht so unrealistisch, wenn die jetzigen Projektmittel wieder zur Infrastrukturförderung umgewandelt und somit, aufgrund des nicht mehr zu leistenden bürokratischen Aufwands, personelle Mittel frei würden. Im Gegenzug müssen natürlich Aufgaben des gesellschaftlichen Wandels selbstverständliche Pflicht öffentlich geförderter, kultureller Infrastruktur und interner Organisationsentwicklung sein. Die kulturelle Daseinsvorsorge ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die zunehmende Ökonomisierung gesellschaftlicher Bereiche – und aktuell die Krise – haben viel erkämpfte Lebensqualität zerstört: Es ist die Zeit der Wiedergutmachung, Zukunft positiv, kulturell, sozial, nachhaltig und somit generationengerecht zu gestalten - es ist an der Zeit, einen längst überfälligen kulturpolitischen Diskurs zu führen!

Lasst uns wieder über Kultur reden! Die neue Etappe des kulturellen Umgangs mit den Folgen des Coronavirus

Carsten Brosda — Politik & Kultur 7-8/2020

»Vielleicht wäre es jetzt an der Zeit, nicht immer nur über Geld zu reden«, schrieb Florian Zinnecker, Kulturredakteur bei der Hamburger »Zeit«, vor wenigen Tagen. Der Stoßseufzer des klugen Kulturbeobachters hat einiges für sich. Wir müssen über viele Dinge jenseits des Geldes reden: Über die Rolle der Kultur in einer unter Druck stehenden Gesellschaft. Über die Freiheit öffentlicher Räume, in denen wir verhandeln können, wie wir miteinander leben wollen. Über den Reiz des wilden und spekulativen Denkens und Produzierens – und die Möglichkeit dazu. Über die politische Kultur unserer Gesellschaft und über ihre kulturelle Politik.

Aber all das setzt voraus, dass wir uns sicher sein können, dass das materielle Fundament künstlerischen Produzierens und kulturellen Erlebens gesichert ist. Und zwar in einer Zeit, in der viele kulturelle Orte und Formate nach wie vor nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind. Daher müssen wir dann doch zunächst über Geld reden, wenn wir zukünftig über Kultur reden wollen.

Es ist bemerkenswert, was seit dem teilweisen Shutdown Mitte März an Unterstützung für die Kultur auf den Weg gebracht worden ist. In den vielen Hilfsprogrammen spiegelt sich ein gewachsenes Bewusstsein für die Bedeutung der Kultur. Anders als bei früheren Krisen war es nicht notwen-

dig, Hilfen nachträglich in die Programme zu basteln. Kultur wurde von vornherein mitberücksichtigt. Viele Länder haben ihre Kulturhaushalte aufgestockt, um Privattheatern, Musikclubs, Veranstaltern und Initiativen schnell und unbürokratisch helfen zu können. Viele haben die Soforthilfen des Bundes, die auf betriebliche Ausgaben fokussiert waren, mit eigenen Mitteln ergänzt, um Soloselbständigen - und damit vielen Künstlerinnen und Kreativen – direkt zu helfen. Mal passierte das durch pauschale Soforthilfen wie in Hamburg oder Berlin, mal durch Stipendienprogramme, mal durch die Anrechenbarkeit eines fiktiven Unternehmerlohns.

Der Bund hat darüber hinaus die Zugänge zur Grundsicherung für Selbständige erleichtert: Er verzichtet auf die Prüfung der Angemessenheit des Wohnraums, hat die Vermögensprüfung vereinfacht und die Arbeitsvermittlung ausgesetzt. Alles, um Menschen, die weiterhin arbeiten, aber keine Einkünfte mehr erzielen, helfen zu können. Man stelle sich vor, wie die Lage gewesen wäre, wenn wir noch auf die kommunale Sozialhilfe angewiesen wären ...

Dass nun im Konjunkturpaket des Bundes neben vielen allgemeinen Hilfen, die wie das Kurzarbeitergeld, die Überbrückungshilfen oder die Mehrwertsteuersenkung auch der Kultur offenstehen, nun eine Milliarde ausdrücklich für die spezifischen Bedarfe der Kultur reserviert sind, setzt diese Entwicklung fort. Mit den Geldern können die Bemühungen von Kommunen und Ländern unterstützt werden, pandemiebedingte Umbauten zu ermöglichen, Einnahmeausfälle zu kompensieren und neue Produktionen zu ermöglichen.

Diese Hilfe ist dringend nötig. Zum einen trifft die aktuelle Situation diejenigen besonders hart, die bislang ohne oder nur mit geringer staatlicher Unterstützung klargekommen sind und bei denen die Umsatz- und Einnahmeausfälle nun besonders ins Kontor schlagen. Und zum anderen sind Kommunen angesichts der überall steigenden Belastungen oft damit überfordert, ihren kulturfördernden Verpflichtungen alleine nachzukommen. Hier mit klugen Programmen schnell zu helfen, ist unerlässlich, wenn wir die kulturelle Infrastruktur der Bundesrepublik dauerhaft sichern wollen.

Es ist der Initiative vieler zu verdanken. dass diese nationale Kraftanstrengung für die Kultur möglich wurde. Viele Verbände. viele Künstlerinnen und Kreative und auch der Deutsche Kulturrat haben klar und nachvollziehbar die Bedarfe artikuliert. Die Länder sind früh mit eigenen Hilfsprogrammen von erheblichem Ausmaß in die Verantwortung gegangen und haben dem Bund angeboten, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Und die Bundesregierung hat von der zuständigen Staatsministerin über den Vizekanzler bis zur Bundeskanzlerin früh klargemacht, dass der Kultur geholfen werden soll. Es ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit, dass der Finanzminister Olaf Scholz, als er nach den Inhalten des Konjunkturpaketes gefragt wurde, als Erstes die Kultur genannt hat. Diese Wertschätzung ist wichtig. Aber sie muss sich jetzt auch in der Umsetzung stetig erweisen. Das wird nur gelingen, wenn sich Bund

und Länder gut und eng abstimmen. Die Länder sind dazu bereit. Sie wissen, wo die Not am größten ist, und sie haben bereits viele Instrumente entwickelt, die konkret helfen und wirksam sind, und werden weitere Hilfen auf den Weg bringen.

Wir stehen am Beginn einer neuen Etappe des kulturellen Umgangs mit den Folgen des Coronavirus. Während es in den ersten Wochen darum ging, die Ausfälle aus dem kompletten Erliegen des kulturellen Lebens zu kompensieren, müssen wir nun die Wiederaufnahme der Produktion ermöglichen. Wir müssen ausprobieren, wie es sich anfühlt zu veranstalten. Wir müssen Formate entwickeln, die den Hygiene- und Abstandsregeln gerecht werden. Und wir müssen uns darum kümmern, dass künstlerische Intervention, Inspiration und Irritation unsere gesellschaftlichen Diskurse aufmischen können.

Damit wir eben nicht nur über Geld reden, wenn wir uns den Fragen zuwenden, was wir aus den vergangenen Monaten eigentlich gelernt haben und wie wir künftig leben wollen.

Bildung und Kultur zuletzt Hat Corona die gesellschaftlichen Wertigkeiten verändert?

Ludwig Greven — Politik & Kultur 9/2020

Zuerst durften Autohäuser und andere Geschäfte wieder öffnen. Dann - mit Einschränkungen - Kneipen, Restaurants, Hotels. Die Reisebeschränkungen wurden pünktlich zum Beginn der Urlaubszeit aufgehoben; als unweigerlich vom Ballermann und anderswo das Virus mit zurückkam, gab es kostenlose Pflichttests zur Beruhigung. Schlachthöfe, die Menschen und Tiere ausbeuten, und andere Betriebe durften ohnehin die ganze Zeit weiterarbeiten, ob sie lebensnotwendig sind und die Hygieneauflagen einhielten oder nicht. Da wusste man schon, dass die Corona-Krise an der Rangordnung in Politik und Gesellschaft wenig geändert hat, allen Beteuerungen und Hoffnungen zum Trotz. Hauptsache, es wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt. Die Schulen dagegen gehen erst jetzt nach dem Ende der Sommerferien wieder in den Regelbetrieb. Die Hochschulen sind weiter geschlossen. Genauso die meisten Kultureinrichtungen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Natürlich ist es wichtig, dass weder das Gesundheitssystem noch die Wirtschaft durch die Pandemie zusammenbrechen. Schließlich hängen daran Menschenleben, Millionen Arbeitsplätze, die Versorgung, unser Wohlstand. Aber die Gesellschaft und ihre Zukunft hängt noch weit mehr davon ab, dass Kinder

und Jugendliche etwas lernen für ihr weiteres Leben und ihren späteren Beruf und nicht monatelang mehr oder wenig untätig herumhocken und auf dumme Gedanken kommen. Zum Beispiel in der ungewollten Freizeit massenhafte Partys und andere Zusammenballungen abzuhalten.

Bildung ist ein Grundrecht, ja: eine soziale Grundpflicht, genauso wie die Gewerbefreiheit, das Demonstrationsrecht und das Recht, seinen Glauben auszuüben, auch live im Gotteshaus. Bildung ist aber noch weit mehr: Grundlage eines gelingenden Lebens jedes Einzelnen und für Chancengerechtigkeit, um die es ohnehin hierzulande schlecht steht. In politischen Reden wird das gerne beschworen. Aber wenn es darauf ankommt wie jetzt in der Debatte, wie und unter welchen Bedingungen die Schulen endlich wieder ihrer Aufgabe nachgehen können, kamen tausenderlei Bedenken. Und man vernahm beinahe Schadenfreude, als in Mecklenburg-Vorpommern, dem ersten Bundesland, das nach den Sommerferien wieder regulären Unterricht mit Auflagen erlaubte, sogleich einige Schulen erneut geschlossen werden mussten wegen einzelner Infektionsfälle. »Haben wir doch gewusst. Geht nicht. Unverantwortlich!«, so manche Reaktionen. Aber wieder Zuschauer bei Fußball-Bundesligaspielen zulassen, das geht?

Wo Kinder, Jugendliche und Erwachsene schon bei den Geisterspielen die miese doppelte Corona-Moral als abschreckendes Beispiel erleben konnten: Auf der Bank müssen die kickenden Millionäre Mund und Nase bedecken und Distanz halten. Aber auf dem Spielfeld, wo enger Körperkontakt unvermeidlich ist, spielt Gesundheitsschutz keine Rolle. Den meisten Breitensportlern hingegen ist er weiter verordnet. Auch hier geht es also nicht um soziale Notwendigkeiten, sondern Geschäfte, Gewinne und anderes: Brot und Spiele – seit alters her Mittel Herrschender, das Volk ruhigzustellen.

Was aber spricht dagegen, Schülern einen weniger engen Kontakt im Klassenraum und auf dem Schulhof zu erlauben? Oder Studenten, nicht länger nur online zu lernen, sondern leibhaftig in Hörsälen und Seminaren? Wobei die Gefahr, an Corona zu erkranken. gar zu sterben, bei Jungen ohnehin gering ist, ebenso das Risiko, dass sie das Virus verbreiten, sofern sie sich an die Grundregeln halten. Anders als bei all den Ballmännern und -frauen. Dass darüber überhaupt diskutiert wurde, zeigt, dass der Nachwuchs in unserer Gesellschaft in Wahrheit eine untergeordnete Rolle spielt. Dass Schulen und Hochschulen hierzulande für digitales Lernen schlecht ausgestattet sind: geschenkt. Aber Lernen funktioniert ohnehin nur sehr eingeschränkt vereinzelt vor dem Bildschirm. Zum Lernen gehört sozialer Austausch, direkte Kommunikation. Und nicht jede Familie, vor allem sozial schwache, haben einen oder genügend Computer. Auch das wahrlich keine überraschende Erkenntnis. Auto- und andere Käufe oder Reisen können nachgeholt werden. Oder man kann darauf verzichten. Bildung hingegen, gerade in den Anfangsjahren, kann nicht oder kaum nachgeholt werden. Was einmal verpasst wurde, fehlt fürs Leben, Das Gleiche gilt für die Kultur. Auch sie ist kein Sahnehäubchen, etwas, auf das man und die Gesellschaft monatelang ohne Folgen verzichten können. Nicht nur, weil Kulturschaffende, vor allem die Hunderttausenden freiberuflichen, die meist ohnehin prekär leben, und die Kulturstätten auf Einnahmen angewiesen sind. Sondern weil Kultur und Bildung soziale Fermente sind. Ohne beides ist die Gemeinschaft nichts. Sie machen uns aus als Land der Dichter und Denker. Und nicht des puren Kommerzes und Vergnügens.

Ich gestehe: Auch ich hatte mir zu Beginn der Pandemie, wie ich in einer Kolumne schrieb, Hoffnungen gemacht, dass diese existenzielle alle verbindende Erfahrung bleibende Spuren in den Köpfen hinterlässt. Mittlerweile bin ich ernüchtert. Die Hoffnung gebe ich dennoch nicht auf. Aber wir müssen dafür kämpfen, dass sie Wirklichkeit wird.

Last Exit ZukunftNeue Ordnung im Riesenpuzzle Kultur- und Kreativwirtschaft

Boris Kochan — Politik & Kultur 11/2020

Stopp! Halt! Hier endet die Kultur. Ein und für alle Mal. Denn ab hier beginnt Wirtschaft oder wie Monika Grütters anlässlich einer Tagung des Deutschen Kulturrates schon vor fünf Jahren formulierte: »Kunst und Kommerz – da rümpft der feingeistige Kulturfreund erst einmal indigniert die Nase. Ist es nicht gerade die Unabhängigkeit von den Kriterien kommerziellen Erfolgs, die Weigerung, sich den Regeln des Marktes zu unterwerfen, die den Künstler von einem – sagen wir - Handwerker unterscheidet?« Schon der Titel der Staatsministerin als Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) simplifiziert zumindest sprachlich ihren Auftrag. Sind denn die Galeristin und der Buchhändler, die Bühnentechnikerin, die Architektin, der Textilwie die Game-Designerin wirklich auch gemeint? In Bezug auf die Musik- und Theaterwirtschaft hat die Staatsministerin gerade erst bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates darauf verwiesen, dass zur Kunst selbstverständlich auch all dieienigen gehören, die dafür sorgen, dass die öffentlichen Frontfrauen und -männer wie Schauspielerinnen und Schauspieler, Autorinnen und Autoren usw. ihre Kunst zeigen können. Fast einem Theaterboden gleich ist es ein wirklich sehr unübersichtliches Geflecht, welches sich auftut, wenn man sich die Mühe macht, etwas tiefer zu blicken.

Nachdem die Kultur – und in gewisser Weise auch die Medien – nun wahrlich keine Branchen im herkömmlichen Sinn sind, sondern ganz entscheidend das, was Gesellschaft und Meinungsfreiheit ausmacht, prägt sich die Tätigkeit der Menschen in diesen Bereichen in einer Vielfältigkeit aus, die es sowohl der Politik wie auch den Interessenvertretern schwermacht, diesen überhaupt zu greifen.

Dazu gehört, dass sich die Bundesrepublik ob ihrer gesellschaftlichen Funktion eine Kulturförderung leistet, »die ihresgleichen sucht«, dies kann man, so Grütters »kulturund kreativwirtschaftlich betrachtet, als kluge Investition in die Förderung des Rohstoffs Kreativität sehen. Das mag die eine oder andere Verhandlung mit dem Finanzminister erleichtern; sollte aber niemanden dazu verleiten, Kulturpolitik als verlängerten Arm der Wirtschaftspolitik zu verstehen. Davor kann ich nur warnen.« Und schon sind wir mitten im Dilemma zwischen Kultur und Wirtschaft, eines gesellschaftlichen Bereichs, der sowohl aus staatlichen Häusern von Bund, Ländern und Kommunen, teilweise umfangreich geförderten Initiativen und Institutionen als auch privatwirtschaftlichen Strukturen besteht. Und der vor mittlerweile vielen Jahren in Großbritannien erstmals gedanklich und sprachlich unter dem Titel »Creative Industries« zusammengeführt wurde.

Diese künstliche Zusammenführung hat ihre Berechtigung in der Nähe von schöpferischen, vermittelnden und verwertenden Tätigkeiten, deren Klammer sich noch am allerehesten mit dem kleinen, aber gerne auch häufig missverstandenen Wort »kreativ« finden lässt. Das Ganze gipfelt dann in der statistisch mühsam zusammengewürfelten Kultur- und Kreativwirtschaft, die aus elf Teilbranchen besteht und in Deutschland sowohl die staatlich verantworteten Strukturen ausklammert wie auch all dieienigen, die z.B. als Industriedesigner in der Automobilindustrie tätig sind: diese gehören dann statistisch gesehen eben nicht dazu. Ob dieser Zurechnungsproblematiken ergeben sich nicht nur Unschärfen, sondern auch richtige Fehler.

Wer den vertieften Blick in die elf Teilbranchen wagt, muss im Weiteren bemerken, dass die mittlerweile durchaus als kulturrelevant erachtete Games-Industrie in Schrägstrichmanier zur Games-/Software-Industrie erweitert ist. Heißt nichts anderes, als dass der einzige verbleibende deutsche DAX-Konzern von Weltrang, die SAP, als Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft gezählt wird. Ob sie davon wohl wissen? Oder eine andere Teilbranche ebenso mit dabei ist, die ob ihrer Marketing- und Vertriebsnähe vielen »schönen Künsten« ein Schaudern über den Rücken jagt: die Werbung. Dabei ist klar, dass auch die Werbung wesentlich von kreativen Leistungen bestimmt wird und die Ergebnisse gesellschaftliche Strömungen aufgreifen genauso wie prägen. Ich erinnere nur an die »Geiz ist geil«-Kampagne für Saturn.

Das wäre so weit also noch in Ordnung, solange nicht der gerne aus dem neben dem BKM für die Kultur- und Kreativwirtschaft ebenso zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geäußerte Vorwurf folgt, diese »Nicht-Branche« wäre so fürchterlich unübersichtlich, kleinteilig und vielfältig. Wenn dies dann noch in der Auffor-

derung mündet, die Branche solle doch bitte erwachsen werden, wird es kafkaesk. Zumal die Kultur- und Kreativwirtschaft nach Bedarf sonst gerne als Vorbild bemüht wird, wenn es um Zukunft geht, moderne Arbeitsformen und Innovationsfähigkeit. Viele Kreative fühlen sich dann kurz geehrt, aber trotzdem in der Gesamtheit nicht gesehen, nicht verstanden, be- und ausgenutzt. Und hin- und hergeschubst zwischen BKM und BMWi.

Schon die Enquetekommission »Kultur in Deutschland« hat 2007 unter Bezugnahme auf die sehr erfolgreiche Etablierung der Creative Industries im Großbritannien darauf verwiesen, dass es einer passgenauen, spezifischen Förderung bedarf, um die Potenziale zu heben – und unterstützende Rahmenbedingungen! Die auch aus diesem Grund etablierte Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft mit dem Kompetenzzentrum war sicher damals ein guter erster Schritt, reicht aber heute bei Weitem nicht aus.

Die Corona-Krise hat auch hier bestehende Fehlstrukturen gnadenlos aufgedeckt. Dabei hat verschärfend die historisch wohlbegründete Zuständigkeit der Länder für Kultur in den letzten Monaten absurde Züge angenommen. Einige wenige Meter Unterschied zwischen Hamburg und Niedersachsen waren und sind entscheidend dafür, ob Soloselbständige der Kultur- und Kreativwirtschaft Unternehmerlohn bekommen. Es ist dringend an der Zeit für eine Neuorientierung im Umgang mit der Kultur- und Kreativwirtschaft nachstehend finden sich ein paar erste Vorschläge, Anregungen und Ideen, die an den verschiedensten Stellen der »Nicht-Branche« gerade diskutiert werden.

Wie wäre es, wenn ...

 es eine Koordinationsstelle der Länder für Kultur- und Kreativwirtschaft gäbe, die mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet ist, um ähnlich der Kultur-

- stiftung der Länder ein Pendant zu den Aktivitäten des Bundes zu bilden sowie für die dringend notwendigen Abstimmungen im Krisenfall zu sorgen ...
- das Kompetenzzentrum der Kulturund Kreativwirtschaft nicht als Dienstleister BKM und BMWi zuarbeitet, sondern in Verbindung mit zivilgesellschaftlichen Strukturen sowohl inhaltliche Entwicklungsarbeit wie auch systematische Außendarstellung – Kampagnen! – mit relevantem Etat übernehmen könnte ...
- landesweit Transferzentren zwischen Wissenschaft, Kunst/Kultur/Medien sowie Industrie geschaffen würden, die systematisch die kreativ-innovativen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft erforschen und in Umsetzung bringen ...
- die Empfehlungen der Enquetekommission »Kultur in Deutschland« systematisch überprüft und um neue Erkenntnisse erweitert würden – um so sicherzustellen, dass der Politik aktuelle Handlungsempfehlungen vorliegen ...
- es ähnlich dem Digitalgipfel einen Kreativgipfel gäbe, bei dem neben BMWi und BKM weitere Ministerien, wie Forschung, Bildung, Arbeit und Soziales, Auswärtiges Amt und Justiz, einbezogen wären ...
- in der nächsten Legislaturperiode ein Bundeskulturministerium geschaffen würde, mit dem – ähnlich einem Bundesdigitalministerium – Querschnittsaufgaben in neuer Form institutionell in der Bundesregierung verankert würden.

Derzeit gibt es in der Kultur- und Kreativwirtschaft verschiedene Initiativen, die Interessen zu bündeln und nach außen sichtbarer zu machen. Dazu gehört das vom Deutschen Kulturrat etablierte Forum »Dialog Kulturund Kreativwirtschaft«, mit dem sich solche und viele weitere Gedanken vertiefen und erweitern lassen. Ich plädiere sehr dafür, dieser Initiative eine Chance zu geben und die erfolgreiche Interessenvertretung des Deutschen Kulturrates – wie im Fall des Infrastrukturprogramms Neustart Kultur – fortzusetzen. Vielleicht gelingt es uns so, dieses 150 Milliarden starke Riesenpuzzle Kulturund Kreativwirtschaft neu und besser zusammenzusetzen und in seiner Gesamtheit – mit all seinen schönen Einzelteilen – nach innen und außen verständlicher und kommunizierbarer zu machen.

Und getreu dem Subsidiaritätsprinzip zivilgesellschaftliche Strukturen unter dem Motto »Kreativität« zu stärken, Monika Grütters hat sich in ihrem schon erwähnten Vortrag 2015 auf Künstler – und Kreative bezogen. denn sie »haben einen geradezu ›avantgardistischen Spürsinn für Relevanzen - diese griffige Formulierung stammt von Jürgen Habermas. Diesen Spürsinn brauchen wir umso mehr angesichts des digitalen Wandels, der unsere Gesellschaft in noch nie dagewesenem Tempo verändert. Die Künstlerinnen, Künstler und Kreativen, die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft bereiten hier nicht nur den Boden für Innovationen. sondern helfen uns mit ihrem Mut zum Experimentieren auch dabei herauszufinden, wie wir in Zukunft leben wollen.«

Mut zur Zukunft Die Kultur in der Corona-Krise

Gerhart R. Baum — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Kunst ist kein beliebiges Freizeitvergnügen. Damit wird man dem Anspruch unseres Landes und unserer Verfassung, »Kulturstaat« zu sein, nicht gerecht. Kultur ist Lebenselixier der Demokratie - in Diktaturen wird die Kunst unterdrückt, weil sie, wie Friedrich Schiller gesagt hat, »eine Tochter der Freiheit« ist. Nicht wenige Menschen sind heute ängstlich und verunsichert und gehen irgendwelchen Rattenfängern auf den Leim. Kunst und Kultur geben Orientierung, sind anstößig und stoßen an, sind zukunftsorientiert und weltoffen. Gustave Flaubert hat es einmal wunderbar auf den Punkt gebracht mit den Worten, Kultur sei eine »subventionierte Revolte«. Wir brauchen sie. Gerade ietzt, wo wir sie vermissen, wird uns besonders bewusst, was sie bedeutet. Ich erinnere mich an die düstere Nachkriegszeit. Für viele Menschen, die frierend in ungeheizten Konzertsälen saßen, war sie »Seelentrost«.

Von den Folgen der Corona-Pandemie, einer Jahrhundert-Katastrophe, sind Kultureinrichtungen und Künstlerinnen und Künstler in hohem Maße betroffen. Besonders trifft es all diejenigen, die auf ein Publikum angewiesen sind – aber nicht nur diese. Die Einschränkungen der Spielstätten erfolgten von März bis heute in unterschiedlicher Form und Intensität. Ob diese Einschränkungen, vor allem die totale Schließung, zur Bekämpfung

der Pandemie geboten ist, das ist umstritten. Zweifel sind erlaubt. Es gibt inzwischen noch überzeugendere Hygienekonzepte. Entscheidend ist aber offenbar das Ziel, Begegnungen von Menschen zu reduzieren. So verfahren auch unsere europäischen Nachbarstaaten und Staaten weltweit. Von Gerichten ist der Teil-Lockdown in Deutschland – auch im Hinblick auf die Kultur – bisher nicht aufgehoben worden.

In dieser Situation ist aus unserer Sicht, also aus Sicht der nordrhein-westfälischen Kulturverbände, Folgendes wichtig: Es müssen kontinuierlich die Folgen benannt werden – die materiellen und die immateriellen. Und das muss auch öffentlich geschehen. Das ganze Netzwerk von Hilfen muss sichtbar gemacht werden, die genauen Kriterien im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüft und der Kulturszene vermittelt werden. Der Kulturrat NRW bietet bereits seit April ein Beratungsprogramm an, das stark nachgefragt wird.

So sehr öffentliche Aufrufe prominenter Künstler helfen, umso ärgerlicher ist, wenn diese vom Stand der Dinge keine Kenntnis haben oder die vielfältigen Hilfsprogramme arrogant beiseitewischen. Manche Kritikerinnen und Kritiker der Corona-Verordnungen machen sich überhaupt nicht die Mühe, das Netzwerk von Maßnahmen zu erkunden, mit denen die schwierige Situation der Kultur-

schaffenden abgefedert wird. Dann sollten sie sich nicht wundern, wenn die Vertreterinnen und Vertreter konkurrierender Politikbereiche künftig mit ihrer Zustimmung, der Kultur zu helfen, zurückhaltender sein werden.

Eine Reihe dieser Kritikerinnen und Kritiker aus dem Kulturbereich sollten sich auch von Selbstüberschätzung verabschieden. Ich habe als Kulturpolitiker jahrzehntelang für die Kultur auf allen staatlichen Ebenen gekämpft, aber immer im Bewusstsein, dass ich die Zustimmung der Mehrheit benötige. Um die muss man werben. Ich habe den Eindruck, dass diese Kritiker gar nicht wissen, wie politische Entscheidungen in Parlamenten zustande kommen, und auch nicht bedenken, wie leicht entzündbar das Unbehagen eines Teils der Bevölkerung an bestimmten Formen - z. B. zeitgenössischer Kunst - ist. Dann heißt es schnell: »Wer das will, soll es gefälligst selbst bezahlen.« So argumentiert auch die AfD. Sie führt einen Kulturkampf von rechts, der durchaus in bestimmten Bevölkerungskreisen Zuspruch erhält. Denn es ist nach wie vor eine Minderheit, die am Kulturleben teilnimmt. Der Einsatz für die Belange der Kulturschaffenden muss unbedingt in dem Bewusstsein geschehen, dass wir die Solidarität der Gesellschaft nur einfordern können, wenn wir selbst solidarisch sind. Es erschreckt mich, wenn eine prominente Intendantin von »autoritären« Entscheidungen der Regierung spricht. Wir leben in einer funktionierenden Demokratie. Hüten wir uns also vor einer Selbstisolierung der Kultur. Um es deutlich zu sagen: Verantwortungsbewusstsein ist neben Freiheitsbewusstsein ebenso gefordert.

Die Unterstützungsprogramme

Nur zögerlich sind anfangs Hilfsprogramme in Gang gekommen, die die negativen Folgen der Corona-Pandemie abfedern sollen. Ich erinnere mich an zahlreiche Gespräche

mit Olaf Zimmermann. Wie schwierig war es zunächst, so etwas wie das Neustart-Kultur-Programm in die Wege zu leiten, das sich schließlich als großer Erfolg entpuppt hat. Es ist inzwischen überzeichnet und muss aufgestockt werden. Die Kultur ist als einziger Politikbereich mit einem Sonderprogramm bedacht worden. Wie schwierig war es, die Wirtschaftspolitiker davon zu überzeugen, dass der Lebensunterhalt von Soloselbständigen in die Förderung einbezogen werden muss. Jetzt geschieht es immerhin unter anderem mit der »Neustarthilfe« für das erste Halbjahr 2021, die bis zu 5.000 Euro beträgt. Das reicht nicht. Wir setzen uns jetzt dafür ein, dass das Land Nordrhein-Westfalen für 2021 weiterhin komplementäre Hilfe leistet, sowohl durch das Kulturministerium als auch durch das Wirtschaftsministerium. Sie wird notwendig sein.

Mit Kritik hat der Kulturrat NRW die Phase begleitet, in der die Bundesländer und der Bund die Verantwortung auf die jeweils andere Seite abschieben wollten. Beide sind gefordert. Sie müssen sich abstimmen und kooperieren. Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder sollten auch zu Entscheidungen ihrer Landesregierungen stehen. Manche tun gerade so, als seien sie in der Opposition. Wir haben die Landesregierung in NRW bewegen können, das Stipendienprogramm mit 100 Millionen Euro – etwa 14.500 Künstlerinnen und Künstler erhielten schnell und unbürokratisch 7.000 Euro - und das Stärkungsprogramm für kulturelle Einrichtungen mit 85 Millionen Euro zu beschließen. Der normale Kulturhaushalt NRW ist in den letzten drei Jahren von 200 Millionen auf ca. 315 Millionen im nächsten Jahr angestiegen. Die Corona-Hilfen umfassen bis jetzt 220 Millionen, nicht gerechnet die umfangreichen Hilfen für den Kultursektor durch andere Ministerien, unter anderem durch das Wirtschaftsministerium.

Mit großer Sorge erfüllt mich die künftige Kulturfinanzierung durch die Kommunen, die in NRW ca. 80 % der Gesamtförderung verantworten. Wenn sie nicht durch Bund und Länder weiter entlastet werden, wird die Kulturförderung leiden.

Corona hat Schwächen in unserem Sozialsystem sichtbar gemacht, die vorher nicht erkannt wurden. Ich meine die unzureichende soziale Absicherung der Selbständigen, also auch der Künstlerinnen und Künstler. Dem suchte die Politik auch durch Öffnung der Arbeitslosenversicherung gerecht zu werden. Doch diese war auf die künstlerspezifische Situation nicht eingestellt, trotz laufender Verbesserung der Zugangsbedingungen. Aber wir werden auf diese Hilfe nicht verzichten können. Diskutiert wird jetzt ein Bürgergeld für alle Soloselbständigen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung, Die Künstlersozialversicherung, die in diesem Zusammenhang ebenfalls ins Gespräch gebracht wurde, ist dafür nicht das richtige Instrument.

Die Rolle der Verbände

Ohne das Drängen und ohne den kulturpolitischen Sachverstand der Verbände aller Sparten der Kultur wären diese Hilfsprogramme, jedenfalls in dieser Form und in dieser Dimension, nicht zustande gekommen. Wir erwarten kein Lob – wir erwarten Unterstützung! Und es genügt auch nicht, dass ein bestimmter Betrag zur Verfügung gestellt wird. Zum Problem wird die schnelle und unbürokratische Umsetzung sowie auch die Erarbeitung von Kriterien und die Beratung der Betroffenen. Dazu ist Sachverstand erforderlich und das kostet Kraft und Zeit.

Die Verbände könnten noch stärker werden, wenn es in jedem Bundesland einen Landeskulturrat geben würde, der die Interessen der verschiedenen Sparten neben den spezifischen Verbandsinteressen bündelte. Der Kulturrat NRW feiert 2021 sein 25-jäh-

riges Jubiläum. Wir sind zu einem wichtigen kulturpolitischen Faktor der Landeskulturpolitik geworden und stehen in ständigem Kontakt mit allen Entscheidungsträgern. Wenn es gelingen sollte, diese Erfahrungen auf andere Länder zu übertragen, wäre es nur folgerichtig, die Landeskulturräte als unverzichtbares föderales Element auch im Deutschen Kulturrat in einer neuen Sektion zu verankern. Die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturrat hat sich für uns als sehr fruchtbar erwiesen.

Die Zukunft der Kulturpolitik

Wir haben allen Anlass, über die Zukunft der Kulturpolitik nachzudenken. Das war schon vor Corona geboten, aber ist es jetzt umso mehr. Der Kulturrat NRW bereitet zurzeit für April eine Konferenz zu diesem Thema vor – gemeinsam mit dem Städtetag NRW und den beiden Kultursekretariaten sowie in engem Kontakt mit dem Deutschen Kulturrat.

Im Kern geht es darum, den Strukturwandel in der Gesellschaft zu analysieren und ihm gerecht zu werden. Dazu gehören auch die Erfahrungen, die während der Pandemie gewonnen wurden, also unter anderem die Erkenntnis, dass eine hinreichende Absicherung von Soloselbständigen fehlt. Wir werden uns mit den neuen Formen der Kulturproduktion, mit der Kulturvermittlung und mit der Reaktion des Publikums beschäftigen müssen, auch mit den Erfahrungen, die mit digitalen Dialog- und Vermittlungsformen gemacht wurden. Weitere Themen sind: die Kulturentwicklung in den urbanen und ländlichen Räumen, die Diversität, die Nachhaltigkeit, eine Auflösung der strikten Trennung zwischen Wirtschafts- und Kulturförderung und die Lage der freien Szene.

Die künftige Förderung muss Planungssicherheit gewährleisten – auch über die Jahreshaushalte hinaus. Sie muss von bürokratischem Ballast befreit werden. Im Laufe der Corona-Pandemie sind ja schon einige Hürden weggeräumt worden.

Offenbar gehen wir in düstere Monate. Sehen wir aber auch das Positive der Krise: Schon lange nicht mehr ist das Bewusstsein für die Bedeutung der Kultur so lebendig gewesen wie heute. Neue Energien wurden frei, neue Kreativität, neue Formate auch unter Nutzung des Digitalen, Experimentierlust, Selbstbehauptungswillen. Die Krise weckt auch Kräfte. Mut zur Zukunft – das ist das Gebot der Stunde.

Wir haben was zu sagen, zu zeigen und zu spielen Lockdown bis Weihnachten und dann?

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Was für ein Jahr! – Fast sind wir versucht, einen großen Seufzer wie in einer Sprechblase in einem Comic zu setzen, 2020, es sollte das Beethoven-Jahr werden, 250 Jahre Beethoven standen auf dem Programm, in Bonn, seiner Geburtsstadt, aber auch an anderen Orten sollte sein Geburtstag begangen werden. Beethoven als Komponist, als Künstler von Weltrang sollte gefeiert werden. 2020 sollte ebenso ein Hölderlin-Jahr werden. Des wie Beethoven 1770 geborenen Dichters Friedrich Hölderlins sollte gedacht werden. Symposien zu seinem Werk, oft erratisch, zugleich berührend und erstaunlich modern, waren geplant. Der Hölderlin-Turm in Tübingen, in dem er die letzten Jahre seines Lebens in geistiger Umnachtung verbrachte, bekam eine neue Ausstellung. 2020, die zweite Jahreshälfte sollte das EU-Jahr werden. Deutschland hat die EU-Ratspräsidentschaft inne. Viele Veranstaltungen, Tagungen und Diskussionen waren in Planung. An das Europäische Kulturerbejahr sollte angeknüpft werden, das Humboldt Forum in Berlin mit großem Aplomb eröffnet werden. Stattdessen ein nicht mehr enden wollender Lockdown, für viele seit März, voraussichtlich bis ins kommende Jahr hinein.

Hoffnungsfroh fing das Jahr 2020 an. Zwar war gleich am Anfang von einer merkwürdigen Krankheit in einer Millionenstadt irgendwo in China zu hören, doch haben viele gedacht, das geht vorbei. Das bleibt auf Asien beschränkt und die Menschen dort haben Erfahrungen mit Pandemien – SARS hat es doch gezeigt. Doch Corona übernahm das Regime. Die Weltgesundheitsorganisation und das Robert Koch-Institut machten gerade am Anfang der Pandemie keine gute Figur. Jetzt ist nicht die Zeit, die Arbeit dieser beiden Institutionen zu evaluieren, doch wenn die Pandemie hoffentlich bald unter Kontrolle ist, sollten wir dringend diese Organisationen reorganisieren, um für die Zukunft besser gewappnet zu sein.

Im März begann dann die heiße Pandemiephase. Ab Mitte März 2020 kam es zum ersten bundesweiten Lockdown mit der Schließung der Schulen und Kindertagesstätten, Geschäfte, Restaurants und Hotels, Industrieunternehmen und Dienstleistungsbetriebe, Gotteshäuser und der Kultur.

Dabei ist es in Deutschland vergleichsweise noch ganz gut gelaufen. Anders als in anderen Ländern können die schwer Erkrankten noch auf den Intensivstationen versorgt werden. Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte arbeiten bis an die Belastungsgrenze, um die Erkrankten zu versorgen. Sie lernen jeden Tag dazu im Umgang mit der neuen Krankheit. Jeden Tag ist in den Nachrichten zu verfolgen, wie es in anderen europäischen

Ländern aussieht. In Italien, in Spanien erreichten im Frühjahr die Erkrankten- und die Todeszahlen Rekordhöhen. Strenge Ausgangssperren wurden verhängt.

Und in der Kultur? Am 4. März veröffentlichte der Deutsche Kulturrat seine erste »Corona-Pressemitteilung« unter der Überschrift »Corona-Virus trifft Kulturbereich hart«. Wie hart er ihn trifft, haben wir uns seinerzeit nicht ausgemalt. Am 4. März ging es um die Absage der Leipziger Buchmesse und die Verschiebung der Frankfurter Musikmesse. Der Deutsche Kulturrat mahnte: »Die Absage der Leipziger Buchmesse und die Verschiebung der Frankfurter Musikmesse werden empfindliche wirtschaftliche Auswirkungen insbesondere auf klein- und mittelständische Unternehmen haben. Für sie sind die Messen wesentliche Orte, um sich und ihre Arbeit zu präsentieren und Geschäfte abzuschließen. Auch andere Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, wie privatwirtschaftliche Konzertveranstalter, werden Einbußen erleiden müssen, wenn Veranstaltungen abgesagt werden. Es ist daher zentral, dass das Bundeswirtschaftsministerium bei seinen Wirtschaftshilfen nicht nur das produzierende Gewerbe, sondern auch die klein- und mittelständisch geprägte Kultur- und Kreativwirtschaft im Blick hat.«

Nach dem 4. März ging es Schlag auf Schlag weiter. Fast jeden Tag kamen neue Meldungen. Der »Corona vs. Kultur-Newsletter« wurde gestartet. Kontinuierlich werden Woche für Woche Neuigkeiten zusammengestellt und verbreitet. Es ging um erste vorsichtige Förderprogramme, um Überbrückungshilfen und anderes. Immer deutlicher wurde, dass mit kleinen, sporadischen Maßnahmen der Kulturszene und speziell der Kultur- und Kreativwirtschaft nicht zu helfen war. Der Deutsche Kulturrat forderte deshalb einen Kulturinfrastrukturfonds zur Unterstützung der kulturellen Infrastruktur, d. h.

der Künstlerinnen und Künstler, der Kulturunternehmen, der Kulturvereine und der öffentlichen Kultureinrichtungen. Schnell wurde deutlich, dass die Corona-Pandemie insbesondere iene ökonomisch hart treffen würde, die ohnehin nur geringe Einkommen haben. Zu nennen sind etwa die fast 300.000 geringfügig Beschäftigten allein in der Kultur- und Kreativwirtschaft, würden noch diejenigen, die in geringfügiger Beschäftigung in öffentlichen Kultureinrichtungen oder bei Kulturvereinen tätig sind, hinzugezählt, wäre die Zahl noch deutlich größer. Über sie wird kaum gesprochen, sie sind einfach weg. Viele dieser geringfügig Beschäftigten werden Studierende sein, die neben einem Einblick in das Berufsleben vor allem durch ihre Tätigkeit ihren Lebensunterhalt gesichert haben.

Zu nennen sind weiter kurz befristet Beschäftigte, Schauspielerinnen, Maskenbildner und viele andere, die vor allem in Filmund Fernsehproduktionen nur für wenige Tage abhängig beschäftigt sind. Sie zahlen zwar Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, schon in »normalen« Situationen bekommen sie nur in seltenen Fällen Arbeitslosengeld I, jetzt sind sie davon sehr oft ebenso ausgeschlossen wie vom Kurzarbeitergeld.

Zu nennen sind die vielen Künstlerinnen, die Kulturvermittler und viele andere, die selbständig sind und darauf angewiesen sind, dass der »Laden läuft«, dass ständig neue, wenn auch kleine Aufträge hineinkommen. Diese Aufträge blieben nun aus und vielen blieb als Rettungsanker nur die Grundsicherung.

Der Zugang zur Grundsicherung wurde zwar vereinfacht, so werden die Mietkosten in voller Höhe übernommen, egal ob die Wohnung im Sinne des Gesetzes »angemessen« ist oder nicht, das Vermögen darf 60.000 Euro pro Person betragen, die Altersvorsorge muss nicht angetastet werden und diejenigen Selbständigen, die Grundsicherung be-

antragen, müssen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Dennoch, das System zeigt seine Schwäche in den Optionsgemeinden, die während der Agenda-2010-Reformen geschaffen wurden, um flexibel zu reagieren, allerdings nicht an die Weisungen der Bundesagentur für Arbeit gebunden sind. In der Praxis hat das System der Grundsicherung zahlreiche Haken und Ösen.

Im Kulturbereich wird sich heftig dagegen gewehrt, auf einmal wie ein Hartz-IV-Empfänger behandelt zu werden. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Soforthilfen und im Anschluss daran die Überbrückungshilfen des Bundeswirtschaftsministeriums nach wie vor ein Unternehmensbild vor Augen haben, bei dem vor allem die Deckung der Fixkosten wie Miete usw. das Problem darstellen. Die seit vielen Jahren schon bestehende »neue« Form des Arbeitens und der Selbständigkeit, das Laptop-Aufklappen an jedem beliebigen Ort, wird von den bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht erfasst.

Zahlreiche, schon seit Langem bestehende Probleme schwappen in Corona-Zeiten auf einmal nach oben. Pflegenotstand, Ausdünnung des öffentlichen Dienstes bei den Gesundheitsämtern, deregulierte Arbeit, Scheinselbständigkeit, Selbständigkeit ohne hinreichende wirtschaftliche Grundlage, mangelnde Digitalisierung, fehlende Breitbandversorgung, kaum Monetarisierungsmöglichkeiten für Kunst im Netz, unzureichende Digitalisierung an den Schulen ... die Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen.

Nach den ersten Monaten der sich überschlagenden Ereignisse der Corona-Pandemie bot der Sommer 2020 ein bisschen Entspannung. Die Infektionszahlen gingen nach unten, die harten Maßnahmen hatten Wirkung erzielt, die Menschen hielten sich stärker draußen auf. Im Kulturbereich öffneten langsam und zaghaft wieder die Einrichtungen, Auftritte fanden, wenn auch unter stren-

gen Hygienebedingungen, wieder statt. Sogar die Frankfurter Buchmesse wurde geplant, die Art Cologne wurde für den November ins Auge gefasst. Theater, Museen, Kinos, soziokulturelle Zentren, Bibliotheken usw. konnten unter passgenauen Hygienekonzepten sehr eingeschränkt wieder arbeiten. Neustart Kultur, das vom Deutschen Kulturrat geforderte, eine Milliarde Euro große Kulturinfrastrukturprogramm, konnte anlaufen.

Und dann, im Oktober der Rückfall, wieder steigende Infektionszahlen, noch herrschte die Hoffnung, dass es dieses Mal den Kulturbereich nicht so hart treffen möge. Die Hygienekonzepte lagen doch vor und wurden penibel umgesetzt. Dennoch, auch Kultureinrichtungen müssen ab dem 2. November, dem Beginn des zweiten Lockdowns, wieder schließen. Fast alle wieder auf null.

Und welche Kränkung aus der Politik, Kultur wurde mit Freizeit gleichgesetzt, gar in einem Atemzug mit Bordellen genannt. Und außerdem, warum darf jeden Sonntag in der Kirche ein Hochamt gefeiert werden und nicht jeden Abend im Theater das Hochamt der Kultur? - Vielleicht, so mag man jedem. der sich darüber ärgert, zurufen, weil weniger in den Gottesdienst als ins Theater gehen. Gewiss aber, dass es gar nicht um das Theater und das Museum und ihre ausgefeilten Hygienekonzepte geht, sondern schlicht und ergreifend darum, dass die Menschen nicht rausgehen sollen. Zu Hause bleiben ist die Idee. Möglichst wenig Menschen treffen das Ziel.

Wir konnten erreichen, dass im Infektionsschutzgesetz, das korrekt »Drittes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« heißt, im § 28a »Besondere Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2« zur Untersagung oder Beschränkung des Betriebs von Einrichtungen, die der Kultur und der Freizeitgestaltung zuzurech-

nen sind, beide nicht mehr in einen Topf geworfen werden. Im § 28a Ziffer 7 wurden die Kultureinrichtungen nun eigenständig aufgenommen: »Untersagung oder Beschränkung von Kulturveranstaltungen oder des Betriebs von Kultureinrichtungen«. Kultureinrichtungen sind mehr als Freizeiteinrichtungen. Theater, Museen, Bibliotheken, Konzerthäuser, Kinos und andere sind viel mehr als reine Vergnügungsorte, es sind die Orte, an denen Kunst, die nach unserer Verfassung (GG Art. 5, Abs. 3) unter besonderem Schutz steht, präsentiert wird. Künftige Einschränkungen für Kulturorte wegen der Pandemie müssen aufgrund der neuen Regelungen im Infektionsschutzgesetz von den Regierungen von Bund und Ländern begründet werden. Das ist gut so!

Noch bis mindestens zum 20. Dezember wird der Lockdown für Kultureinrichtungen fortgeführt. Dies bedauern wir sehr! Aber wir sehen auch, dass das Infektionsgeschehen es noch nicht zulässt, den Lockdown zu beenden. Der Kulturbereich ist fast durchgängig seit März im Lockdown. Es muss jetzt geklärt werden, wie lange wir noch diese Sonderlasten tragen müssen, oder ob nicht auch andere Bereiche, wie z. B. der Handel, einen Teil der notwendigen Beschränkungen übernehmen sollten. Wir sind im Angesicht der schwierigen Lage für den Kulturbereich froh, dass es uns gelungen ist, im Infektionsschutzgesetz durchzusetzen, dass Theater, Museen, Bibliotheken, Konzerthäuser, Kinos und andere eindeutig als Orte der Kunst, die unter besonderem Schutz durch unsere Verfassung stehen, genannt werden. Bei Untersagungen oder Beschränkungen im Bereich der Kultur muss der Bedeutung der Kunstfreiheit jetzt zwingend Rechnung getragen werden. Die Kulturminister der Länder erhalten durch dieses Gesetz jetzt die Möglichkeit, eine Strategie zur baldigen Öffnung der Kultureinrichtungen vorzulegen. Wir erwarten, dass die Kulturminister diese Aufgabe beherzt angehen und ihrer Verantwortung gerecht werden. Der Kulturbereich muss so schnell wie möglich wieder geöffnet werden.

Was auch jetzt Ende 2020 fehlt, ist die konkrete Perspektive. Wie geht es weiter? Das fragen sich viele Unternehmerinnen und Unternehmer, wie lange kann ich noch durchhalten, die Mitarbeitenden in Kurzarbeit schicken, soll ich weiter Schulden anhäufen und dann warten, dass es wieder besser wird. aufwärts geht. Doch wie lange ist dies möglich? Wie lange noch können weitere Förderprogramme aufgelegt werden, um über die schlimmsten Durststrecken hinwegzukommen? Wird noch das dicke Ende kommen. wenn die Pandemie überwunden ist und das jetzt verwandte Geld durch Einsparungen wieder eingesammelt wird? Erste Kommunen haben bereits deutliche Kürzungen im Kulturetat angekündigt. Viele offene Fragen.

Der Kulturbereich hat eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen, gerade auch in der Not. Das darf nicht vergessen werden. Die Menschen im Kulturbereich haben viel zu sagen, zu zeigen und zu spielen. Die Menschen im Kulturbereich entführen uns in neue Welten. Die Menschen im Kulturbereich machen mit ihrer Arbeit Freude, gerade auch in schweren Zeiten. Die Menschen im Kulturbereich sind diejenigen, die wichtige gesellschaftliche Debatten führen. 2021 werden wir zeigen, was der Kulturbereich zu leisten imstande ist. 2021 wird ein gutes Jahr!

Kulturelle Infrastruktur im Zeichen von Corona Zur Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb

Oliver Scheytt — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Staat und Gesellschaft, Institutionen und Systeme befinden sich in einem Ausnahmezustand. Die Auswirkungen der Pandemie auf die kulturelle Infrastruktur sind noch nicht vollends abzusehen, doch ist klar, dass wir unwiederbringlichen Verlusten ins Auge sehen müssen. Der einfache Satz: »In ieder Krise stecken auch Chancen«, erweist sich meist als richtig, doch bei allen Chancen, die die coronabedingte Digitalisierung für die weitere Entwicklung etwa mit Blick auf die Klimakrise mit sich bringt, müssen wir uns fragen, welche gesellschaftlichen Wirkungen das »Stillstellen der Kultur bei forciertem Betrieb« hat. Erinnert sei zunächst an eine von der Enquetekommission »Kultur in Deutschland« entwickelte grundlegende Idee und Denkfigur: Der Kulturstaat Deutschland basiert auf der »kulturellen Infrastruktur«. Deren Erhalt und Vitalität gehörten zum Kern staatlicher Verantwortung für Kunst und Kultur.

Drei Sektoren – sehr unterschiedliche Folgen

Die kulturelle Infrastruktur besteht beileibe nicht nur aus öffentlichen Kulturinstitutionen, sondern auch aus privat-kommerziell ausgerichteten Kulturbetrieben, z.B. Privattheatern, Musicals, Filmwirtschaft, Kinos und den in diesen Strukturen wirkenden Künstlern und Kulturschaffenden – inzwischen bekannter unter der Bezeichnung »Soloselbständige«. Insgesamt haben in diesen Bereichen mehr als 1.5 Millionen Menschen ihr Einund Auskommen. Während die öffentlichen Kultureinrichtungen durch staatliche Zuschüsse sowie Kurzarbeit zumindest im Bestand gesichert sein dürften, sind die anderen Bereiche der kulturellen Infrastruktur derart massiv betroffen, dass kaum mehr vorstellbar ist, dass diese sich davon irgendwann erholen werden, bis auf wenige Ausnahmen. So addieren sich etwa die Verluste bei dem weltweit erfolgreichsten »stehenden« Musicalbetrieb »Starlight-Express« auf mehrere Millionen Euro, über 230 Beschäftigte sind seit März in Kurzarbeit, die Wieder-Inbetriebnahme würde mindestens 2 Millionen Euro Anlaufkosten verursachen und eine rentable Zuschauerzahl liegt bei deutlich mehr als 1.000. Immer mehr wird bewusst, dass der »Wirtschaftskreislauf« in der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft dermaßen beeinträchtigt ist, dass staatliche Finanzhilfen die eintretenden Einnahmeverluste nicht annähernd ausgleichen können, da sich diese über den Zeitverlauf auf dreistellige Milliardensummen addieren würden.

Kunst und Kultur sind systemimmanent

Auch in diesem kurzen Einwurf kann keine Lösung für diese Katastrophe entwickelt werden, doch sei auf eine weitere grundlegende Themen- und Fragestellung hingewiesen. die in der öffentlichen Debatte stärker diskutiert werden müsste und auch eine Perspektive auf die gesellschaftlichen Folgen zu eröffnen sucht: Bisher stehen vor allem und durchaus zu Recht die Konsequenzen des Lockdowns für die Kulturschaffenden und -betriebe im Fokus. Dabei hat der Begriff »Systemrelevanz« Konjunktur. Angebote von Kunst und Kultur sollen nach den jüngsten politischen Entscheidungen offensichtlich nicht in diese Kategorie gehören. Indes stellt sich die Frage, welches System jeweils angesprochen wird, für das etwas anderes relevant sein soll. Kunst und Kultur sind zwar letztlich nicht relevant für das reine »Überleben«. Sie sind aber systemimmanent für unser Leben schlechthin. Der Austausch von Bildern, Musik, Emotionen, die Begegnungen und das »Miteinander« sind essenziell, machen das menschliche Leben aus.

Kunst und Kultur bieten Freiräume für die Entfaltung des Einzelnen und die Reflexion der die Gesellschaft verbindenden Werte. Oder wie es die UNESCO ausdrückt: Kultur kann »als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen«. In und durch die Kultur verhandelt die Gesellschaft ihre Regeln, wird sich der Einzelne seiner selbst bewusst. Um noch einmal die UNESCO zu zitieren: »Erst durch die Kultur werden wir zu menschlichen, rational handelnden Wesen, die über ein kritisches Urteilsvermögen und ein Gefühl der moralischen Verpflichtung verfügen. Erst durch die Kultur erkennen wir Werte und treffen die Wahl.«

Unsere Werte – Recht auf Freiheit! – Recht auf Risiko?

Angesichts dieses Textes frage ich nach den Werten, die das menschliche Zusammenleben prägen: Müssen wir nicht zu einer neuen Abwägung kommen zwischen der Freiheit von Kulturinstitutionen, Angebote zu machen, sowie der Freiheit des Einzelnen, diese wahrzunehmen, auf der einen Seite gegenüber der Sicherheit von Individuen und Gemeinschaften, die durch Regeln und systemische Eingriffe garantiert werden sollen, auf der anderen Seite? Alle Appelle der Politik zielen auf diesen einen Punkt: Es kommt auf die Haltung jedes Einzelnen an. Und uns ist bewusst: Ein Verhalten zu entwickeln und zu praktizieren, das auf einer klugen Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit basiert, ist nicht nur das Gebot der Stunde, sondern eine kontinuierliche Herausforderung. Doch gerade in und durch Kultur lernen wir, uns »regelrecht« zu verhalten. Etwas banaler ausgedrückt: Wo sonst, wenn nicht in der Gemeinschaft können wir unser Verhalten einüben? Erst gemeinsam mit anderen lernen wir die »Begegnung auf Abstand« und mit den gesundheitlichen Risiken richtig umzugehen.

Wenn wir also in und durch Kultur erkennen, wie wir die Rechte auf freiheitliche Entfaltung, das Recht auf Risiko und das Recht auf Sicherheit sowie Schutz vor gesundheitlichen Schäden in Einklang bringen können, dann bedarf es zwingend dieser öffentlichen Orte der Begegnung, der Reflexion und des Austausches, in denen erkannt, erörtert und erlebt werden kann, wie wir die Spannung zwischen individueller Freiheit und Beschränkung künftig gestalten wollen. Dabei geht es nicht nur um die aktuelle Pandemie, sondern langfristig auch um letztlich ebenso bedrohliche globale Problematiken wie die des Klimawandels, zu deren Bewältigung es ebenfalls auf individuelles Verhalten in der Gemeinschaft ankommt.

Entscheidungen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Ethik

Die »Systemimmanenz« von Kultur als Lebenselement erkennend, stellt sich daher die Grundsatzfrage: Ist es nicht gerade jetzt Aufgabe des Staates, den Kulturinstitutionen, den Kulturschaffenden und den Kulturbürgern die Freiheit und die Ermächtigung zu geben, je individuell die Abwägung zwischen Freiheit, Risiko und Sicherheitsgarantien eigenverantwortlich auszuüben, selbstredend unter Beachtung allgemein gültiger Regeln wie Hygienekonzepte, Abstand etc.? Warum werden dann Museen geschlossen, die sich wie kaum andere öffentliche Räume regulieren lassen und den sorgfältigen Umgang mit dem anderen - ob Mensch oder Objekt - lehren? Diese Maßnahme ist verfassungsrechtlich mehr als bedenklich, ja unverhältnismäßig, da sie Freiheitsrechte einschränkt, ohne dass damit nachweislich der gewünschte Effekt einer drastischen Reduzierung des Infektionsrisikos eintritt. Dass die Museumsschließung von der Kultusministerkonferenz in Verschärfung der von der Bundeskanzlerin moderierten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen wurde, zeigt, wie stark inzwischen der Blick auf Zahlen und naturwissenschaftliche Erkenntnisse - mit der Frage: Was ist das wissenschaftlich Richtige? - den Blick der Politik bestimmt, die vor allem auch danach fragen sollte: Was ist das ethisch Gute für die Gemeinschaft?

Leitlinie für kluge Regelungen sollte sein, dass Freiheit »richtig« ausgeübt und gelebt werden kann, also bei gleichzeitiger Beachtung ihrer Grenzen, vor allem dann, wenn Gesundheit, Umwelt oder auch soziale Gerechtigkeit nachweislich gefährdet werden. Wird dies eine »Idealvorstellung« bleiben oder wird die Pandemie der Anlass sein, unsere Werte und Ideale aufzugeben? Im Straßenverkehr haben wir solcherart Abwägung von individueller Freiheit und allgemeiner

Sicherheit über ein Jahrhundert praktiziert, Regeln aufgestellt und eingeübt und damit Leib und Leben schützen gelernt. Im Umgang mit der Pandemie haben wir indes nicht mehr viel Zeit.

Digitalisierung stärkt den mentalen Kapitalismus

Wenn jetzt nicht ein strategisches Umdenken Platz greift, kann sehr rasch eine radikale Folge eintreten: Die kulturelle Infrastruktur wird nicht mehr lebensfähig sein. Und eine unerträgliche weitere Folge ist absehbar: Es werden diejenigen immer machtvoller werden, die die Knotenpunkte des mentalen und digitalen Kapitalismus im Internet beherrschen, weil sie das Individuum in den privaten Räumen digital noch intensiver beeinflussen können als je zuvor, gerade so wie sich das Virus jetzt privat viel schneller unkontrolliert verbreitet als in offenen hygieneregelgerechten Kultureinrichtungen.

Zwischen Freiheit und Risiko Selbständige in der Kultur nach der Krise

Dieter Haselbach — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Die Diskussion um die Frage, ob und wie Staatshilfe dem Kultursektor durch die Corona-Pandemie helfen soll, wird durch den zweiten Lockdown sicherlich noch einmal belebt werden. Immerhin haben alle Beteiligten gelernt, dass bei der Krisenhilfe für kleine Selbständige andere Gesichtspunkte beachtet werden mijssen als bei Betrieben. Der Bund hat nach der ersten Welle zur Bewältigung der Krisenfolgen für die Kultur eine Milliarde Euro im Haushalt eingestellt. Das entspricht einer temporären Erhöhung des Bundesetats für Kultur von 60 % seiner jährlichen Ausgaben oder 10 % der Gesamtleistung aller Gebietskörperschaften. Das Programm soll vor allem für Strukturanpassungen verwandt werden. Es muss sich noch herausstellen, ob die Gelder eine solche Wirkung entfalten oder ob sie - wie das meiste öffentliche Geld - eher Vorhandenes stützen und erhalten. Und es muss sich auch noch zeigen, wieweit dieses und jetzt neu aufzulegende Programme bei jenen kleinen Selbständigen ankommen werden. Niemand wird sich gegen ein Angebot zusätzlichen öffentlichen Geldes wehren. Unter Corona ist staatliche Unterstützung noch mehr als sonst wie eine Lotterie, deren Einsatz vor allem in guter Lobbyarbeit liegt. Wahrscheinlich werden die Verbände diese Lotterie bis nach der Bundestagswahl weiterspielen können.

Am stärksten litten und leiden unter der Krise in der Kultur alle jene Sparten, die auf Publikum angewiesen sind - an erster Stelle der Theater- und Konzertbetrieb und im privatwirtschaftlichen Bereich die Clubs. Die zweite Welle trifft auf Wirtschaftsbereiche, die von der ersten und den nachfolgenden Hygieneauflagen schon geschwächt sind. Hier soll versucht werden, am Beispiel der Berufsgruppen, die selbständig im Theater, dem Konzertwesen, der Veranstaltungsbranche künstlerisch oder kunstnahe arbeiten, einige Überlegungen anzustellen, wie eine Strukturanpassung jenseits des kurzen Horizonts der Krisenkompensation aussehen könnte. Zu unterscheiden ist zwischen Menschen, die nahe einer öffentlichen Kultureinrichtung arbeiten, und solchen, die sich wirtschaftsnäher selbständig durchschlagen und von öffentlichen Geldern nur gelegentlich erreicht werden.

Während des ersten Lockdowns wurde offensichtlich, dass für viele Selbständige dieses Sektors schon das normale Geschäft im Krisenmodus stattfand: Wer selbständig arbeitet und nicht über Reserven für wenigstens einige Monate verfügt, lebt immer am Rand der Krise: Die kleinste Störung, eine Krankheit, der Ausfall eines Kunden, eine nicht erfolgreiche Produktion gefährdet sofort den Lebensentwurf. Die wirtschaftliche

Lage ist prekär und Zukunftsvorsorge kann es nicht geben. Solche Selbständigkeit kann nur für sehr begrenzte Zeit, etwa zum Berufseinstieg sinnvoll sein. Wobei, gerade in der Kunst, auch die Unterstützung durch Freunde, Verwandte, Mäzene, ein Vermögen anderer Herkunft als Sicherheitsnetz nicht selten sind.

Neben den Wechselfällen des Berufslebens sind Selbständige auch in Sachen der sozialen Lebensrisiken in Deutschland weitgehend auf sich gestellt. Die Künstlersozialkasse ist hier nur scheinbar eine Lösung. Für einkommensschwache Selbständige, denen es gelingt, eine Mitgliedschaft zu erreichen, werden die laufenden Kosten vermindert, indem ein fingierter Arbeitgeber die Hälfte der Sozialleistungen übernimmt. Das wäre für alle Selbständigen attraktiv! Einkommensschwache Selbständige kommen so leichter über die Runde. Einkommensschwach sind nach den Statistiken der Künstlersozialkasse ein Großteil der Versicherten. Aber die Zulassung muss sehr restriktiv gehandhabt werden. Würde der Gesetzgeber solche Restriktionen fallenlassen, gäbe es einen Run auf diese Versicherung. Der Gesetzgeber und seine Verwalter werden so Richter darüber, wer Künstler ist und wer nicht, alle Abgrenzungen aber sind hier willkürlich.

Es bedarf neuer Ansätze in der steuer- und sozialrechtlichen Gestaltung von Selbständigkeit. Corona-Hilfen, soweit sie überhaupt gegriffen haben, werden auslaufen. Für eine sinnvolle Selbständigkeit müssen Selbständige ihren tatsächlichen wirtschaftlichen Status wissen. Nur wo der Umsatz mehr als eine prekäre Existenz möglich macht, bietet er eine Perspektive.

Wie würde solches Wissen entstehen? Ein wichtiger Schritt ist, Selbständige in die Sozialversicherungen einzubeziehen. Das erhöht ihre Kosten um einen Betrag, den sie zur Eigenvorsorge ohnehin aufbringen müs-

sen. Unter Stichworten wie »Bürgerversicherung« wird dies schon diskutiert; in anderen Ländern, genannt sei hier Österreich, ist eine solche Versicherungspflicht in der Sozialversicherung oder über eine Kammer Standard. Die Mitgliedschaft im Sozialversicherungssystem kostet Geld, aber dieser Geldfluss bildet Risiken ab, die für Selbständige bestehen und die finanziert werden müssen. Wo diese Kosten nicht erwirtschaftet werden, ist Selbständigkeit kein Geschäftsmodell. In diesem Rahmen kann auch eine Teilhabe an der Arbeitslosenversicherung, eine Absicherung gegen Beschäftigungslosigkeit gestaltet werden, wo sie unverschuldet, etwa durch staatliche Anordnung entstanden ist. Es wäre dann »Kurzarbeit« unter eng definierten Bedingungen auch für Selbständige möglich.

Flankierend sollte eine Entbürokratisierung der Grundsicherung erfolgen. Viel wurde in der Krise über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Die Regierungsparteien haben sich dazu klar positioniert: Dieses Grundeinkommen soll es nicht geben und der Abstand einer Grundsicherung zum Arbeitseinkommen soll gewahrt bleiben. Aber in weiten Bereichen gibt es ein Grundeinkommen, das jenem Gebot nicht gerecht wird, so für Aufstocker, denen mit Arbeit eben nicht gelingt, ienen Abstand zur Grundsicherung zu erreichen, so für Rentner oder ehemals Selbständige, deren Lebenseinkommen für die Alterssicherung zu gering war. Es ist vorstellbar, die Gruppe der so Anspruchsberechtigten auszuweiten. Ein möglicher Weg zur Entbürokratisierung der Grundsicherung ist die Einführung einer »negativen Einkommensteuer«, die so eingerichtet werden kann, dass das jetzige Niveau der Grundsicherung erreicht wird und eben nicht mehr. Wer sich entscheidet, die Freiheit künstlerischen Arbeitens wichtiger zu erachten als ein höheres Einkommen, erhält so einen sozial abgesicherten Gestaltungsraum.

Für Menschen, die regelmäßig für geförderte Institutionen als Selbständige arbeiten, gibt es schon rechtliche Instrumente: die arbeitnehmerähnliche Beschäftigung als Gestaltungsform, die Scheinselbständigkeit als Grenze. Die weitere rechtliche Ausgestaltung für den Kultursektor kann Impulse von der politischen Diskussion aufnehmen, die derzeit über Beschäftigungsformen in der Fleischindustrie geführt wird.

Wenn soziale Teilhabe von selbständigen Künstlerinnen und Künstlern nach solchen Linien gestaltet würde, wären für sie Krisen wie Corona nicht ganz so tief. Die Maßnahmen sind nicht nur für den Kultursektor geeignet, sondern können für alle Selbständigen gelten. Es gibt immer mehr Selbständigkeit mit eher kleinen Einkommen, im Gesundheitswesen, in der Bildungsarbeit, in der Landwirtschaft. Die Künstlersozialkasse als Heraushebung eines besonderen Berufskreises mit problematischer Grenzziehung, würde im neuen System aufgehen. Was Selbständige sich erhalten, ist die Freiheit, zu tun, was sie möchten. Es bleibt das Risiko, beruflich zu scheitern. Wer in der Kohleindustrie arbeitet, teilt das Risiko, aber nicht diese Freiheit.

Transformation als Gebot und ChanceKulturpolitik im Wandel

Tobias J. Knoblich — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Die Corona-Pandemie und die weitreichenden Maßnahmen der Regierungen, die die Kultur über Gebühr einschränken, sind nicht nur Auslöser von Krisen, sondern lassen wie in einem Brennglas schon länger bestehende strukturelle Schieflagen des Kulturbereichs sichtbar werden. Wir leben in einer Zeit umfassender Transformationen, die wir auch in Konzepte von Kulturpolitik übersetzen und fruchtbar machen müssen. Carsten Brosda hat begonnen, »Notwendige Debatten nach Corona«, so der Untertitel seines aktuellen Buchs »Ausnahme/Zustand«, anzustoßen, Für die Kulturpolitik ist er noch vorsichtig und fokussiert auf die Leistungen der Kultur für die Gesellschaft, aber auch ihre Zweckfreiheit. Wichtig sei zudem auch künftig die Sicherstellung der notwendigen Rahmen- und Förderbedingungen. Dem kann man nur zustimmen, und es trifft den Ton in einer gerade für Künstlerinnen und Kulturakteure schwierigen Zeit. Ich möchte diesen Impuls aufnehmen und weiterführen.

Kulturpolitik sollte spätestens jetzt anfangen, die bekannten Großtrends des Wandels zur Setzung neuer Rahmenbedingungen für ihr Wirkungsgefüge zu nutzen. Wir werden nicht komplett in den Zustand vor der Pandemie zurückkehren können, nicht nur im Kulturbereich. Vielmehr beschleunigt die Pandemie die längerfristige Veränderung

der kulturellen Infrastrukturen, und wir sind gut beraten, nach einer resilienten Kulturlandschaft zu fragen bzw. Konzepte für deren Herstellung zu entwickeln. Folgende Fragen stellen sich aus meiner Sicht gegenwärtig: Was vermissen die Menschen im Kultur-Shutdown tatsächlich elementar, wofür setzen sie sich ein? Welche Kultureinrichtungen oder Künstlerinnen schaffen es, den Draht zu ihren Nutzern zu halten? Welche Bedingungen dafür gab es, welche Methoden waren erfolgreich? Was hat das mit Resonanz und Innovation zu tun? Welche Modelle oder Rollenbilder wirkten oder versagten? Wie waren die wirtschaftlichen Bedingungen und rechtlichen Rahmensetzungen beschaffen, um reagieren zu können? Überhaupt: Ist Reagieren nicht das entscheidende Element in dynamischen Zeiten?

Hinter diesen Beobachtungen, die in gewisser Weise auch einem Feldversuch entspringen, verbergen sich bekannte Forschungsfragen nach Besucherorientierung, Vermittlungsformen, Dialog und Beteiligung, institutionellem Eigensinn und Pfadbindungen oder aber Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Auch nach Hemmnissen im Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht. Diesen Fragen sollten wir uns jetzt verstärkt zuwenden, ohne freilich Corona zum Maß der Wirkungsdinge zu erheben. Aber die Krise

hat mehr als einen heuristischen Wert, sie zwingt uns, beherzter Zukunft zu antizipieren. Gehen wir also einen Schritt weiter. Es gilt, auf ein ganzes Bündel an Transformationen zu reagieren: eine fortschreitende Globalisierung, einen sozial-ökologischen Wandel, den die EU als »Green Deal« ausgerufen hat und mit dem wohl endgültig das Ende der auf Wachstum programmierten Industriegesellschaft eintreten wird, und schließlich die Digitalität als Modus der Weltwahrnehmung, nicht nur als technologische Innovation. Schließlich transformiert sich auch die Kreativität: Sie gerät zur allgegenwärtigen, treibenden Kraft und ist nicht mehr nur Sache der Künste oder eines erweiterten Kulturbegriffs.

Die Corona-Krise wirkt insofern katalytisch, als sie uns zwingt, neue Relevanzen für unser Wirkungsfeld zu erkennen und uns auf Veränderungen einzustellen. Eine resiliente, also widerstandsfähige, lernfähige, veränderungsbereite Kulturlandschaft erlebt eine Krise als Chance des Umbaus, der Anpassung an neue Verhältnisse und Interessen. Sie lebt also nicht mehr von Wachstum und anderen Verteilungsgesten, sondern wohl künftig stärker von der Konzentration auf Wesentliches und Agilität. Sie setzt nicht einfach Routinen fort, sondern prüft deren Bedeutung und Akzeptanz heute. Sie ist kritisch und selbstkritisch. Förderpolitiken werden nicht extensiviert, sondern intensiviert, auf Wirkungen und Resonanz ausgerichtet. Kulturförderung bedeutet Verpflichtung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung; so gibt es auch keine »Antragslyrik« mehr, die als Platzhalter echter Konzepte dient und lediglich den Antragsteller formal legitimiert. Einer resilienten Kulturlandschaft liegt ein politisches Bekenntnis zugrunde, das ihre Gestalt sichert und nicht nur zulässt, was ohnehin geschieht. Kulturpolitik wird nur dann in dynamischen Zeiten Bedeutung erlangen, wenn sie selbst dynamisch ist, tatsächlich entscheidet, gewichtet und nicht in der Geste des Gutgemeinten erstarrt, weil man schlechterdings alles braucht, was sich regt und etabliert hat, wie es sich etabliert hat. Die derzeit vorherrschenden Ideale einer Kultur(förder)politik blockieren die Gestaltung des notwendigen Wandels.

Um nur einen guten Grund zu nennen. warum dies alles insbesondere nach Corona geboten sein wird: Sowohl die freien Mittel für Kulturförderung und für Investitionen in Kultur werden fehlen, um den vorherrschenden Trend fortzusetzen. Eine Reaktion darauf sollte klug und planvoll erfolgen, sonst verändert sich die Kulturlandschaft chaotisch, entsteht das Gegenteil von Resilienz. Im Grunde ist es die große Stunde der Kulturentwicklungsplanung im Sinne einer offenen, kollaborativen Verhandlung über das Notwendige - wenn wir etwas mehr Zeit hätten, uns auf die anstehenden Verteilungskämpfe vorzubereiten. Aber dennoch gilt es, konzeptionell zu reagieren und nicht in vulnerablem Habitus zu erstarren, alte Gewissheiten zurück zu postulieren. Gleichwohl wird es natürlich weiterer zusätzlicher staatlicher Übergangshilfen bedürfen. Aber diese wären ab einem gewissen Zeitpunkt über Konzepte und Zielvorstellungen zu legitimieren. Die zu erwartende neue Relevanz schafft die notwendige Legitimation für den Bedarf an Förderungen.

Die hier formulierte kulturpolitische Idealvorstellung ist und bleibt Utopie; doch was steht ihr entgegen? Zunächst einmal die Statik des Systems, die Gewissheiten, Organisationsformen und Routinen. Dann die häufig artikulierte Erwartung auf zusätzliche Einlösung all dessen, was sich aus der fortschreitenden Individualisierung ergibt: dass Pluralität und Diversität zu neuen Ausdrucksformen und Institutionen führen werden, die weiterer Mittel bedürfen und nichts verdrängen dürfen. Dieses Bild additiver Kulturpoli-

tik sollte durch eine evolutive Auffassung abgelöst werden. Kultur ist gleichsam ein Ökosystem, das sich innerhalb seiner Grenzen fortentwickelt, ausbalanciert.

Schließlich - und das ist die schlimmste und reaktionärste Dimension – wird eine konservative populistische Politik von rechts den Umbau des Kulturstaats als dessen Niedergang brandmarken und den unbedingten Erhalt bestimmter Bestände einfordern: Statik des Überkommenen versus Dvnamik lebendiger Kulturentwicklung. Sie wird - wie wir es bereits erleben - Begriffe wie Heimat, lokale Identität und deutsche Leitkultur als Normierungen setzen, die gegen Umbau, kulturelle Vielfalt und Diversität als kosmopolitische Störungen in Stellung gebracht werden. Damit korrespondiert ein weiterer Großtrend: die Erosion von Demokratie, Liberalität und Rationalität. Alles dynamische Begriffe der Aushandlung, der Toleranz und Erkenntnisgewinnung.

Die transformatorische Kulturpolitik, die hier im Sinne dieser Dynamik angesprochen wird, soll der lustvolle und wohl auch notwendige Versuch sein, Wandel zu gestalten, ihn produktiv zu machen und ihm eine Kulturlandschaft zu entringen, die trägt und wirkt. Sie zielt auf ein lokales oder regionales Gesamtsetting von Kultur, das verantwortungsvoller Kulturpolitik entspringt. Nutzen wir die Corona-Krise als Brennglas der Trends und Handlungsimpuls.

Corona und kein Ende ...Jetzt Perspektiven für den gesamten Kulturbereich gewinnen

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 2/2021

Die Corona-Pandemie scheint kein Ende zu nehmen. In einem Monat jährt sich der erste Lockdown. Vor einem Jahr hielten wir den Atem an bei den Bildern aus Bergamo und anderen italienischen Städten. Menschen klatschten auf den Balkonen, um den Ärztinnen und Krankenpflegern für ihren Einsatz zu danken. Es bestand ein Hin und Her, ob Masken denn überhaupt schützen können, dann langsam wurde zu Alltagsmasken geraten und heute ist in einigen Bundesländern das Tragen einer FFP2-Maske in öffentlichen Verkehrsmitteln Pflicht, Homeoffice am Anfang noch ein Abenteuer, ist für viele inzwischen seit Monaten Realität - mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten und Problemen. Und in der Kultur?

Grundsicherung

Schnell wurden Hilfen auf den Weg gebracht: Die Grundsicherung wurde für Selbständige geöffnet, sie müssen nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ihr Vermögen darf 60.000 Euro betragen, die Alterssicherung muss nicht angetastet werden und die Miete sowie die Nebenkosten werden in tatsächlicher Höhe bezahlt. Angerechnet wird allerdings nach wie vor das Einkommen der sogenannten Bedarfsgemeinschaften, also des Lebenspartners oder der -partnerin. Von den zum 1. Januar 2020 der Künstlersozial-

kasse gemeldeten 189.694 Versicherten haben 9.125 Versicherte die Grundsicherung in Anspruch genommen (Bundestagsdrucksache 19/25871). Das entspricht 4,8 %. Diese Versicherten sind nach wie vor über die Künstlersozialkasse rentenversichert. Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung laufen über die jeweiligen Jobcenter.

Einkommenskorrektur

Nach Angaben der Künstlersozialversicherung haben mehr als 50.000 Versicherte im Laufe des Jahres 2020 ihre Einkommensschätzung aus dem November 2019 für das Jahr 2020 korrigiert. Diese Einkommensschätzung ist Grundlage für die Berechnung der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge. Die Mehrzahl der Korrekturmeldungen hatte eine Anpassung nach unten zum Gegenstand, einige Versicherte haben ihr Einkommen allerdings auch nach oben korrigiert. Sie erzielten also höhere Einnahmen als im November 2019, also noch vor Corona, vorausgeschätzt wurde.

Die KSK-Versicherten entrichten ihre Sozialversicherungsbeiträge an die Künstlersozialkasse, die ihrerseits die Beiträge weiterleitet. Säumige Zahler werden gemahnt, sollten sie ihrer Zahlungspflicht weiterhin nicht nachkommen, wird in letzter Konsequenz die Krankenversicherung ruhend gestellt. Bis zum 30. November 2020 wurden

2.768 Ruhensbescheide von der Künstlersozialkasse verschickt. Im durchschnittlichen Mittel lag der Wert mit 252 Ruhensbescheiden im Monat im Jahr 2020 unter dem des Jahres 2019. Hier wurden durchschnittlich 273 Ruhensbescheide ausgesprochen. Die Möglichkeit zur Einkommenskorrektur und damit auch zur Anpassung der Sozialversicherung bewährt sich also.

Mindesteinkommen

Das Mindesteinkommen, das KSK-Versicherte aus künstlerischer Tätigkeit erzielen müssen, um in der Künstlersozialkasse versichert sein zu können, beträgt 3.900 Euro im Jahr. Dieses Einkommen muss 51 % des Gesamteinkommens der Versicherten ausmachen, Generell besteht die Möglichkeit, das Mindesteinkommen zweimal innerhalb von sechs Jahren zu unterschreiten. Mit dieser Regelung wird den typischerweise schwankenden Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit Rechnung getragen. Im Jahr 2020 wurde zusätzlich die Möglichkeit eingeräumt, das Mindesteinkommen zu unterschreiten, ohne den Versicherungsschutz zu verlieren. Für das Jahr 2021 wurde keine entsprechende Regelung getroffen. Angesichts der fortdauernden Corona-Pandemie und den sich abzeichnenden Langzeitwirkungen, unter anderem was Veranstaltungen betrifft, sollte der Gesetzgeber auch für das Jahr 2021 die Möglichkeit eröffnen, das Mindesteinkommen zu unterschreiten. Gleichfalls sollte darüber nachgedacht werden, für das Jahr 2021 eine Sonderregelung für diejenigen zu schaffen, die zusätzlich zu ihrer künstlerischen Tätigkeit einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen und hieraus vorübergehend ein höheres Einkommen erzielen als aus der künstlerischen Tätigkeit. Nach aktueller Rechtslage verlieren sie ihren Versicherungsschutz in der Krankenversicherung. Da bei geringfügiger Beschäftigung keine Sozialversicherungspflicht in der Krankenversicherung besteht, entsteht hier eine Lücke in der sozialen Sicherung, die dringend geschlossen werden muss. Denkbar wäre eine befristete Sonderregelung für die Zeit der Pandemie.

Wirtschaftshilfen

Die ersten Hilfsmaßnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums wurden ebenfalls im März auf den Weg gebracht und standen ab April zur Verfügung. Die Vergabe erfolgte über die Länder. Schnell zeigte sich, dass sie insbesondere für Soloselbständige der Kultur- und Kreativwirtschaft wenig passfähig waren. Grundlage war die Erstattung von Betriebskosten, also klassischerweise der Miete und anderer Fixkosten in einer Betriebsstätte. Soloselbständige aus der Kultur- und Kreativwirtschaft haben aber sehr oft keine Betriebsausgaben. Die Hilfsmaßnahmen gingen an vielen vorbei. Der Deutsche Kulturrat und viele andere Verhände setzen sich seit fast einem Jahr für deutliche Veränderungen ein.

Mit der Neustarthilfe für Soloselbständige im Rahmen der Überbrückungshilfe III wurde jetzt ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die Neustarthilfe kann von Soloselbständigen beantragt werden, die im Jahr 2019 mindestens 51 % ihres Einkommens aus selbständiger Tätigkeit erwirtschaftet haben. Weiter können unständig Beschäftigte, z. B. Schauspielerinnen und Schauspieler, die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und unständiger Beschäftigung beziehen, die Neustarthilfe beantragen. Einkünfte aus unständiger Beschäftigung werden Umsätzen aus selbständiger Tätigkeit gleichgestellt. Soloselbständige können statt der Fixkosten eine einmalige Betriebskostenpauschale ansetzen. Die volle Betriebskostenpauschale erhalten diejenigen, deren Umsatz im Zeitraum Januar 2021 bis Juni 2021 im Vergleich zum Januar 2019 bis Juni 2019 um 60 % oder mehr zurückgegangen ist. Bei der einmaligen Betriebskostenpauschale, also keiner Einzelerstattung von Betriebskosten, liegt der Referenzumsatz bei 50 % des Gesamtumsatzes des Jahres 2019. Die maximale Höhe beträgt 7.500 Euro. Die Betriebskostenpauschale wird als Vorschuss gezahlt. Wird im Zeitraum Januar bis Juni 2021 ein höherer Umsatz erzielt, muss der Vorschuss anteilig zurückgezahlt werden. Der Betriebskostenzuschuss wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Sie kann, sofern erforderlich, zusätzlich beantragt werden. Die Grundsicherung bezieht sich auf die privaten Ausgaben. Der Betriebskostenzuschuss ist ein steuerbarer Zuschuss.

Neustart Kultur

Im Unterschied zu den Regelungen der Grundsicherung sowie den Wirtschaftshilfen, die sich an alle Unternehmen und Selbständigen richten, adressiert Neustart Kultur, das Programm von Kulturstaatsministerin Monika Grütters, nur den Kulturbereich. Insgesamt eine Milliarde Euro stehen hierfür zur Verfügung. Im Januar 2021 waren bereits rund 900 Millionen Euro belegt, das heißt an die Fonds und Verbände vergeben. Die Besonderheit dieses Programms besteht darin, dass der größte Teil der Mittel über die Bundeskulturverbände, Verbände oder Stiftungen vergeben wird. Dadurch besteht eine besonders große Nähe zu den Organisationen, Ensembles, Institutionen oder Künstlerinnen und Künstler, die mit den Mitteln erreicht werden sollen.

Und der Bedarf ist riesig! Viele Programme sind überzeichnet. Teilweise musste ein erheblicher Teil an sehr guten Anträgen abgelehnt werden, weil zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Eine Aufstockung der Mittel aus Neustart Kultur ist daher dringend erforderlich. Dabei muss auch in den Blick genommen werden, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie, selbst wenn endlich die Impfprogramme richtig anlaufen und wenn Lockerungen möglich sind, noch lange an-

dauern werden. Im Unterschied zur Grundsicherung und den Wirtschaftshilfen, die unmittelbare Hilfe in der Not sind, ist Neustart Kultur ein Wiederbelebungs- und damit auch Hoffnungsprogramm.

Perspektiven gewinnen

Corona und kein Ende ... und es gibt keine Perspektiven mehr. Aus den Verbänden im Deutschen Kulturrat ist oft zu hören, dass sich ihre Mitglieder beruflich neu orientieren, dass sie resigniert haben und sich eine Zukunft im Kulturbereich derzeit nicht vorstellen können. Neben den ökonomischen Sorgen, die viele zu diesem Schritt veranlassen, weil die Hilfen nicht passgenau sind oder teils auch gar nicht infrage kommen, wird die Perspektivlosigkeit oft als Grund angegeben. Die Unsicherheit, wann der Kulturbetrieb wieder hochgefahren wird, ist sehr groß. Die Sorge vor Kürzungen im öffentlichen Kultursektor geht um und dies obwohl in zwei Ländern, Rheinland-Pfalz und Hamburg, gerade erst die Kulturetats erhöht wurden. Gleichzeitig hat eine Stadt wie München deutliche Kürzungen im Kulturbereich angekündigt. Viele privatwirtschaftliche Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft, die von Entwicklungen anderer Branchen abhängig sind, bangen, wann endlich wieder Aufträge kommen, damit sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Kurzarbeit holen und auch wieder Aufträge an Freiberufler vergeben können. Über die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben als Erstes jene gesprochen, die ohnehin prekär arbeiten. Sie waren vollkommen zu Recht lange im Fokus. Längst sind die Auswirkungen der Pandemie aber auch bei gesunden Unternehmen angekommen, die zuvor keine wirtschaftlichen Probleme kannten und die nun ihre Reserven aufgebraucht haben. Sie müssen endlich auch berücksichtigt werden.

Das Wichtigste ist daher aus unserer Sicht: Perspektiven für den gesamten Kulturbereich zu gewinnen. Für die öffentlichen Kultureinrichtungen ebenso wie für die privatwirtschaftlichen Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Für die Künstlerinnen und Künstler sowie die Beschäftigten der Kulturbranchen. Für die vielen Vereine und für die vielen ehrenamtlich Engagierten. Denn: Corona wird ein Ende haben.

Eine fundamentale kulturpolitische WendeTransformation ist keine Reduktion

Susanne Keuchel — Politik & Kultur 2/2021

Der Begriff »Transformation« hat Konjunktur und wurde jüngst auch kritisch diskutiert: Ist die vielfach geforderte Transformation nach Corona nicht letztlich eine charmante Umschreibung für eine Reduktion des Kulturbereichs angesichts umfangreicher Retungsmaßnahmen bei gleichzeitig zu erwartenden verminderten Steuereinnahmen durch die Krise? Eine simple Begriffsanalyse eröffnet hilfreiche Einblicke zu den notwendigen Dimensionen einer Transformation.

Was ist eine Transformation?

In der Politikwissenschaft wird hier der Wechsel eines politischen Systems verstanden. Eine kulturpolitische Transformation bedarf also eines Systemwechsels. In der Soziologie wird Transformation auch gleichgesetzt mit sozialem Wandel, einer Veränderung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und der Sozialstruktur, der auch mit einem Wertewandel einhergeht. Eine kulturpolitische Transformation würde also auch einen kulturellen Wertewandel beinhalten. Also letztlich eine »fundamentale Wende« – so heißt es wortwörtlich in einem Wirtschaftslexikon. Dabei müssten alle »Beziehungen eines Unternehmens zu Einzelpersonen sowie zu seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld neu definiert« werden. Treiber von Transformation

können dabei interne oder externe Faktoren – z. B. eine Pandemie – sein, die die Notwendigkeit einer Reorganisation auslösen. Entscheidend ist jedoch ein gestalterischer, steuernder Umgang der Reorganisation, so eine Anpassung von einem »Ist-« zu einem »angestrebten Soll-Zustand«. Es bedarf also einer kulturpolitischen Vision, wohin sich Kultur in Deutschland entwickeln soll, um dann strategische Schritte festzulegen, die diese Umsetzung ermöglichen. Ein »weniger, aber weiter so« kann also ebenso wenig Grundlage einer kulturpolitischen Transformation sein wie ein Fordern nach mehr finanzieller Unterstützung.

Eine Analyse des Ist-Zustands

Innerhalb der letzten Jahrzehnte ist der Kulturbereich kontinuierlich gewachsen. Dabei ist die öffentliche Kulturfinanzierung nicht linear in gleichem Maße mitgewachsen. Ein Grund für das Wachstum liegt in der Verabschiedung eines Kulturkanons in den 1970er Jahren, die zur Entwicklung vieler weiterer Förderbereiche führte, wie Soziokultur, Migrationskultur, Medienkunst etc. Um sich von dem in den 1980er Jahren ebenfalls wachsenden privatwirtschaftlichen Markt abzugrenzen, wurden Begriffe wie die sogenannte E- und U-Kultur bemüht, die in ihrer Trennschärfe jedoch wenig zielführend waren.

Um das Wachstum im öffentlichen Kulturförderbereich in den Griff zu bekommen, wurden vor allem drei Strategien verfolgt: Im Zuge der Ökonomisierung öffentlicher Verwaltung wurde im Sinne neuer Steuerungsmodelle eine stärkere Erwirtschaftung von Dritt-bzw. Eigenmitteln gefordert. Zugleich wurden neu hinzukommende Förderbereiche nicht mehr institutionell, sondern vor allem projektspezifisch gefördert. Diese Maßnahmen haben nicht nur den Wettbewerb untereinander verschärft, sondern auch Konkurrenzen zur Kulturwirtschaft geschaffen. Eine weitere Strategie ist das »Gießkannenprinzip«. Symptomatisch für diesen fehlenden kulturpolitischen Gestaltungswillen war das Verlosen von Künstlerstipendien in Berlin als Unterstützung in der Krise. Offensichtlich konnte sich weder zu der Haltung durchgerungen werden, alle Berliner Künstlerinnen und Künstler in der Krise zu unterstützen, noch Oualitätskriterien zu entwickeln, die eine konkrete Auswahl von 2.000 Künstlerinnen und Künstlern legitimierten.

Fehlt es an transparenten Förderkriterien? In der Tat schwer einzugrenzen sind bestehende Prinzipien der öffentlichen Kulturförderung, wie zu fördern, was nicht am Markt bestehen kann, Bewahrung des kulturellen Erbes oder Förderung von Innovationen bzw. der Avantgarde. Seit Hilmar Hoffmanns Aufruf »Kultur für alle« gewinnt kulturelle Teilhabe als weiteres Ziel öffentlicher Kulturförderung an Bedeutung. Dabei können durchaus widersprüchliche Förderimpulse beobachtet werden: Der Anspruch, mehr Eigenmittel zu generieren, führt in Teilen zu höheren Eintrittsgeldern und finanziellen Barrieren. Zugleich werden Förderprogramme aufgesetzt, die kostenfreie Projekte für sozial Benachteiligte und andere Zielgruppen ermöglichen, wie »Kultur macht stark« oder »Jedem Kind ein Instrument«. So bietet die Musikschule auf der einen Seite Musikunterricht als Dienstleistung gegen Gebühren an. Auf der anderen Seite gibt es staatlich finanzierte befristete Projekte, um Zielgruppen zu erreichen, die diese Dienstleistungen nicht wahrnehmen (können).

Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung

Eine kulturpolitische Transformation könnte sich an einer Trendwende weg von der Ökonomisierung öffentlich geförderter Kulturbereiche – hin zu nachhaltigen gemeinwohlorientierten Strukturen – orientieren, wie sie auch die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030 fordert. Damit könnte zugleich eine stärkere Trennschärfe zwischen Kulturwirtschaft und öffentlichen Förderbereichen gewährleistet werden.

Auch bietet sich damit eine neue Förderzielperspektive an mit einer stärkeren Bürger- statt bisher primär Angebotsperspektive: Wie kann kulturelle Grundversorgung bzw. Daseinsvorsorge nachhaltig sichergestellt werden? Dabei stellen sich schwierige Fragen. Dies ist einer der Gründe, warum der nicht neue Gedanke der kulturellen Grundversorgung bisher nie wirklich konsequent weiterverfolgt wurde: Wie viel Kultur braucht der Bürger? Und welche?

Bei der Frage »Welche?« könnten ähnliche Kriterien wie die zur Grundversorgung des öffentlichen Rundfunks aufgestellt und diese bei Bedarf sogar in ihren Anteilen bezogen auf kulturelles Erbe, Avantgarde, innovative Experimente und auch kultureller Vielfalt, hier auch lokale und globale Perspektiven, konkretisiert werden. Kulturelle Grundversorgung frei von ökonomisierten Sachzwängen könnte digitale Zugänge schaffen und zugleich bei Verzicht auf Eintrittsgeldern den öffentlichen Raum, beispielsweise mit Theaterstücken oder Konzerten, frei bespielen. Zugleich könnten kulturelle Orte wie Museen zu freizugänglichen »Dritten Orten« gestaltet werden, wie z. B. in England, wo staatliche Museen schon lange eintrittsfrei zugänglich sind. Eine Musikschule, die keine Eigenmittel durch Musikunterricht generieren muss, kann in Kitas Musikinstrumenten-Karussell oder in Grundschulen musikalischen Gruppenunterricht ermöglichen, Schulorchester und Schulchöre betreuen und Tutorials für digitale Plattformen entwickeln.

Eine solche »Ent-Ökonomisierung« geht einher mit der Stärkung öffentlicher Infrastruktur und schafft so Spielraum für zeitgemäße Weiterentwicklung. Eine stärkere Bürgerorientierung schafft zugleich mehr gesellschaftliche Akzeptanz. Auch Kulturwirtschaft kann von einer nachhaltigen Kulturlandschaft profitieren. Denn eine Stärkung des Kulturinteresses stärkt zugleich das eigene Kundenpotenzial. So könnte Innovationsförderung wieder stärker auf Kulturwirtschaft ausgerichtet werden, die einiges zur Realisierung nachhaltiger Lebens-, Konsum- und Produktionsmuster beitragen kann.

Die Frage einer Reduktion ist bei diesen Überlegungen in der Tat nebensächlich. Im Fokus einer Transformation stehen kulturpolitische Visionen, hier die Vision einer nachhaltigen Kultur- und kulturellen Bildungslandschaft. Findet diese Vision in der Kulturpolitik breite Zustimmung, wird sich in einem zweiten Schritt zeigen, wie viel die Gesellschaft bereit ist, in diese kulturpolitische Transformation zu investieren, auf dem Weg zu einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Gesellschaft.

Diese Normalität darf nicht zurückkehren Am Sinn für tatsächliche Relevanz herrscht im Kulturbetrieb erschreckender Mangel

Peter Grabowski — Politik & Kultur 2/2021

»Ich gehe im Moment davon aus, dass wir ab Mitte Februar wieder öffnen«, erklärte Yilmaz Dziewior, der Direktor des Museum Ludwig in Köln, am 21. Januar im Deutschlandfunk Kultur. Das war eine bemerkenswerte Aussage an einem Tag, an dem das Robert Koch-Institut etwas mehr als 20.000 neue Corona-Fälle vermeldete und die zentrale Sieben-Tage-Inzidenz bei 119 lag. Zuvor hatte die Interviewerin den Staatssekretär im NRW-Kulturministerium, Klaus Kaiser (CDU), mit dem Satz zitiert, Bibliotheken und Museen würden als Erste wieder öffnen.

Gemeint war damit allerdings nur, dass Bühnen und Musikstätten später dran seien; von einer baldigen Wiederzulassung des Publikums hatte Kaiser nicht gesprochen. Im Gegenteil: »Kurzfristig wird es nicht so weit sein«, antwortete er auf Nachfrage im Kulturausschuss des Düsseldorfer Landtages. Dort wurde anschließend so manche Prognose geäußert, der Februar kam in keiner vor. Einige nannten Ostern als frühesten Termin; der Ausschussvorsitzende Oliver Keymis von den Grünen, ein gelernter Theaterregisseur, hielt dagegen den späten Sommer für realistisch.

Der Museumsdirektor und die Kulturradiofrau hatten also offensichtlich nur das gehört, was sie gern hören wollten – ein Fall von selektiver Wahrnehmung. Viele im Kulturbetrieb offenbaren derzeit eklatante Schwächen im Umgang mit der Wirklichkeit. Das betrifft nicht nur Öffnungsszenarien oder die Unfähigkeit zu verstehen, dass man den Verlauf einer Epidemie auch dann nicht planen kann, wenn sich das alle ganz doll wünschen. Richtig bitter wird es immer, wenn Politikverständnis gefragt ist. Denn natürlich kann man Museen, Theater oder gar Opernhäuser nicht offen lassen, während Restaurants und Fitnessstudios geschlossen sind. Entgegen aller mantrahaft wiederholten Beteuerungen aus der Kultur ist das keine Frage des Hygienekonzepts, sondern der Psychologie: Der Staat kann den in der öffentlichen Wahrnehmung eh schon als privilegiert geltenden Teil der Gesellschaft nicht auch noch in der Krise demonstrativ bevorzugen.

Hinter dem Unverständnis vieler Kulturakteure steckt ein grundsätzliches Problem, eine Art Lebenslüge. Beinahe täglich verkündet gerade irgendwo eine Museumsdirektorin, ein Intendant und leider auch gern mal eine Kulturpolitikerin das unmittelbar bevorstehende Ende der Demokratie, wenn die »nach Kultur hungernde« Bevölkerung nicht ganz flott wieder in den Saal darf. Da fragt man sich nicht nur als journalistischer Beobachter: Ist alles in Ordnung bei euch? Nehmt ihr vielleicht Drogen oder ist es doch ... das Virus? Man muss es also mal derart deutlich und vor allem laut sagen, dass die Botschaft

auch in den obersten Etagen der Elfenbeintürme des deutschen Kulturbetriebes endlich ankommt: Der Diskurs über die öffentliche Sache, die Aushandlungen der »Stadtgesellschaft« und das Gespräch darüber, wie die Menschen leben wollen, findet schon seit Jahren in den Massen- und/oder sozialen Medien statt, nicht in Museen oder Theatern. Da lungern in Wahrheit nämlich – außerhalb ebenso ambitionierter wie verdienstvoller Einzelproiekte – bloß lauter Leute rum wie wir: besser gebildet oder verdienend oder beides, dazwischen ein paar Ringeltauben, die in ihren angestammten sozialen Räumen und Milieus mentale Fremdkörper sind wie der »Morganatische Maurer« von Max Goldt.

Und wenn wir wirklich ehrlich mit uns selbst sind, dann gehen wir doch nicht deswegen in Stücke von Elfriede Jelinek und Ewald Palmetshofer oder Ausstellungen von Hito Steyerl und Joseph Beuys, um uns da von »künstlerischen Interventionen irritieren zu lassen« oder »ganz neue Sichtweisen auf die Welt zu erleben«. Uns irritiert nämlich längst nichts mehr: Gegenwarts- und Postdramatik, zeitgenössische Musik und Medienkunst sind schlicht unsere Freizeitaktivitäten – das böse Wort! Daran ändert auch ihr intellektueller Anspruch nichts.

Und macht euch nix vor: Wenn wir hochfrequenten Kulturnutzende eine politische Partei wären, würden wir bei jeder Wahl an der Fünfprozenthürde scheitern. Das wissen doch eigentlich auch alle – oder ahnen es zumindest.

Die Kulturfabrik Kampnagel in Hamburg ist eines der ganz wenigen Häuser der Republik, die wirklich in die Stadtgesellschaft wirken und das nicht nur immer behaupten. Die Intendantin Amelie Deuflhard – eine der Ambitionslosigkeit seit Jahrzehnten unverdächtige Spitzenkraft – hat neulich in einem Interview den klugen Satz gesagt: »Ich finde natürlich auch, dass Theater superwichtige

Orte sind, aber vielleicht sollten wir mal ein bisschen zurücktreten und uns nicht so hyperüberschätzen.« An diesem Sinn für tatsächliche Relevanz, die man sich nie selbst verleihen kann, weil sie nur durch Wertschätzung in der Gesellschaft entsteht, herrscht im deutschen Kulturbetrieb ein erschreckender Mangel. Den hat die Pandemie, wie unter einem Brennglas, endgültig unübersehbar gemacht. Er gehörte zu einer Normalität, in die es keine Rückkehr geben darf – nicht im Februar, nicht an Ostern und nicht im Sommer.

Die Zivilgesellschaft in Quarantäne Gehören zur Pandemie-Politik nicht auch hygienisch unbedenkliche Formen der Bürgerbeteiligung?

Johann Hinrich Claussen — Politik & Kultur 2/2021

Die städtische Kultur befindet sich seit bald einem Jahr in einem künstlichen Koma; und die ländliche auch. Es gibt sie noch, sie atmet, wird ernährt – so sie über eine Festanstellung verfügt –, aber sie findet nicht mehr statt. Die Gründe sind bekannt, leuchten angesichts des Pandemiegeschehens ein. Es ist dennoch gut, dieses Langzeitkoma für einen Skandal zu halten. Nicht, um die epidemiologischen Maßnahmen zu diskreditieren. Sondern, um sich das Bewusstsein dafür zu erhalten, dass dies keine Normalität sein darf.

Wie unnormal dieser Zustand ist, zeigt sich an einem Punkt, der bisher kaum diskutiert wurde: Es gibt keine Bürgerbeteiligung mehr. In den Jahren »vor Corona« waren viele Formen und Instrumente entwickelt worden. mit deren Hilfe Bürger Anliegen oder Bedenken einbringen konnten. Manchmal gewann man den Eindruck, dass es zu viel davon gab und größere Bauvorhaben oder Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr umzusetzen waren. Andererseits zeigte sich bei der Bewältigung des Flüchtlingssommers 2015 und seiner Folgen, wie sinnvoll es trotz aller Streitigkeit und Zähigkeit ist, Nachbarn anzuhören, wenn es etwa um die Einrichtung von Unterbringungen geht. Denn es geht sie an, oft haben sie auch etwas zu sagen. Gibt man ihnen keine Gelegenheit, darf man sich nicht wundern, wenn eine Akzeptanz sich nicht einstellen

will. Aber jetzt, da die politisch Verantwortlichen in das Leben der Bürger in ungeahnter Weise eingreifen, ist von deren Beteiligung nichts zu sehen.

Schon vor einem halben Jahr hat der Politikwissenschaftler Roland Roth auf diesen vielleicht unvermeidlichen - Missstand aufmerksam gemacht und einen interessanten, wenn auch nicht ganz passenden Vergleich gezogen. Die Aids-Krise der 1990er Jahre hat zu enormem sozialen und politischen Engagement geführt, bei aller Tragik auch epochale emanzipatorische Folgen gezeitigt. In der Corona-Krise dagegen findet ehrenamtliche Mitwirkung, praktische Solidarität oder politische Beteiligung nicht statt. Die Zivilgesellschaft ist ja in Quarantäne. Für Aufklärung und Gespräch, Kritik oder Gegenvorschläge, ein gemeinsames Lernen gibt es keinen Ort nur das blöde Internet mit seinen berüchtigten Erregungsmechanismen. So darf man sich nicht wundern, dass die »Querdenker«-Demonstrationen die einzigen analogen Gelegenheiten für einen gesellschaftlichen Diskurs waren. Würde es nicht zu einer seriösen Pandemie-Politik gehören, auch politisch wirksame und hygienisch unbedenkliche Formen der Beteiligung anzubieten?

Wie das ginge, weiß ich natürlich auch nicht. Aber zwei positive Erfahrungen habe ich gemacht. Das erste sind die wöchentlichen Zoom-Meetings eines Service-Clubs, bei dem ich seit vielen Jahren Mitglied bin. Als wir von real auf digital umstellten, gab es anfangs nicht nur allerlei technische Probleme. Wir mussten uns auf eine neue Form der Begegnung einstellen. Aber das war schnell überwunden, denn die Freude überwog, sich mit Freunden aus anderen Berufswelten auszutauschen, von den Kenntnissen anderer zu profitieren, Sorgen zu teilen und kontroverskonstruktiv zu diskutieren.

Aber digitale Begegnungen sind kein vollwertiger Ersatz, es braucht die analoge Gemeinschaft. Womit ich bei meiner zweiten guten Erfahrung wäre. Zurzeit sind bekanntlich Gottesdienste die einzigen solchen Gelegenheiten. Über die Heiligabendvespern wurde heftig diskutiert – zumeist von Menschen ohne eigene Gottesdiensterfahrung. Deshalb erzähle ich einmal, was ich kürzlich in einem ganz normalen Gottesdienst erlebt habe. In meiner Nachbarschaft steht eine der legendären »Notkirchen« von Otto Bartning: nach einem Bausatz schnell und günstig errichtet für die Menschen in den zerbombten Städten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Wo könnte man heute besser Gottesdienst feiern? Sie sind warm, bergend. Etwa 30 Menschen sind gekommen, einige kenne ich aus der Nachbarschaft. Umsichtige - ehrenamtliche! -Gastgeber begrüßen und registrieren mich, der Küster bringt mich zu meinem Platz. Wir halten Abstand und sind doch beisammen. Wir hören eine biblische Geschichte, die Pastorin legt sie in einer bündigen Predigt aus. Wir beten – für uns und andere. Ein Ehepaar ist gekommen, um den Segen zu ihrer Goldenen Hochzeit zu empfangen. Die große Familie schaut per Webcam zu. Wir sind gerührt, freuen uns mit. In Zeiten, in denen viele Beziehungen im Lockdown zerbrechen, ist dies ein Hoffnungszeichen für uns alle. Zur Belohnung singt die Organistin am Klavier den liebsten Beatles-Song der goldenen Eheleute.

Um Jahre zurückgeworfen Kulturwirtschaft: Studien belegen dramatische Einbrüche durch die Pandemie

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 3/2021

Anfang dieses Jahres 2021 erschienen zwei Studien, die die dramatischen wirtschaftlichen Einbrüche in der Kultur- und Kreativwirtschaft mit Zahlen belegen.

Europaweite Auswirkungen

In der Studie »Rebuilding Europe. Die Kultur- und Kreativwirtschaft vor und nach Covid-19« wird aufgezeigt, welche Relevanz die Kultur- und Kreativwirtschaft in der EU noch his einschließlich 2019 hatte und wie tief der Fall in der Corona-Pandemie ist. Die Studie wurde von der GESAC (European Grouping of Societies of Authors and Composers) bei der Wirtschaftsberatung Ernst & Young in Auftrag geben. Für das Jahr 2019 wurde festgestellt, dass in der Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa mehr Menschen erwerbstätig waren als in der Telekommunikationsbranche, der Chemie- oder auch der Autoindustrie. Der Beschäftigungsaufwuchs betrug von 2010 bis 2019 10 %. Der Gesamtertrag stieg im selben Zeitraum um 17 %. Die Digitalisierung führte auf der einen Seite zu einer starken Nachfragesteigerung, auf der anderen Seite zu der Herausforderung, dass die Rechteinhaber angemessen vergütet werden und angesichts der starken Marktmacht der Plattformen einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Verwertung ihrer Leistungen ziehen

können. Es war also keineswegs »alles in Butter«, sondern die Branche stand vor großen Herausforderungen. Denen wurde sich allerdings – so die erwähnte Studie – in dem Bewusstsein gestellt, dass gerade die Kultur- und Kreativwirtschaft die Inhalte generiert, die die US-amerikanischen Plattformen brauchen, um erfolgreich zu sein.

Das erste Corona-Jahr 2020 stellte einen tiefen Einschnitt dar. Der Umsatzverlust der Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa beträgt im Vergleich zum Vorjahr 31 % und ist damit größer als der Umsatzverlust der Tourismuswirtschaft mit 27 % oder der Automobilbranche mit 25 %. Innerhalb der Kulturund Kreativwirtschaft ist der Umsatzverlust im Markt für darstellende Kunst europaweit mit 90 % am höchsten, gefolgt von der Musikwirtschaft (-76 %), der Bildenden Kunst (-38 %) und der Architektur (-32 %). Umsatzverluste unterhalb des Durchschnittswerts haben folgende Branchen zu verzeichnen: Werbung (-28 %), Buchbranche (-25 %), Zeitungen und Zeitschriften (-23 %), audiovisuelle Inhalte (-20 %). Einzig und allein die Gamesindustrie konnte europaweit einen Umsatzzuwachs von 9 % aufweisen. Besonders betroffen sind innerhalb der EU mittel- und osteuropäische Länder. In Bulgarien und Estland beträgt der Umsatzrückgang 44 % und in Litauen beispielsweise 36 %.

Ernst & Young prognostizieren, dass die Auswirkungen noch lange zu spüren sein werden. Als Beispiel führen sie die Einnahmeverluste der Verwertungsgesellschaften im Jahr 2020 von rund 35 % an. Sie werden sich bei den Ausschüttungen an die Urheberinnen und Urheber in den Jahren 2021 und 2022 unmittelbar bemerkbar machen. Deren Einnahmen werden aus diesem gerade im Musikbereich essenziellen Bereich auch dann noch sinken, wenn der Kulturbetrieb wieder nach Ende der Pandemie langsam hochgefahren sein wird. Auch können die Erlöse aus digitalen Verbreitungswegen die wegfallenden Erlöse physischer Verbreitungswege nicht kompensieren. Darauf folgt, dass auch wenn die Pandemie einmal vorbei sein wird, die Künstlerinnen und Künstler Corona noch unmittelbar bei ihren Einnahmen spüren werden. D. h. auch, dass Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen nicht nur für die Dauer der Pandemie, sondern für die nächsten Jahre gedacht werden müssen.

Blick nach Deutschland

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien hat das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes Mitte Februar eine neue »Betroffenheitsanalyse der Kulturund Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie« vorgelegt. Die Analysen und Trends wurden vom Forschungsinstitut Prognos vorgenommen. Bereits im Jahr 2020 hatte Prognos zwei Betroffenheitsanalysen erstellt, die auch Eingang in den »Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2020« gefunden haben. Der »Monitoringbericht Kulturund Kreativwirtschaft 2020« wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von Goldmedia, der Hamburg Media School und der Hochschule für Wirtschaft, Technik und Kultur erstellt. Im Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2020 wurde bereits von starken Umsatzverlusten ausgegangen.

Wie stark die Umsatzverluste sind und wie langsam die Erholung erfolgen wird, wird in der Prognos-Studie »Betroffenheitsanalyse der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie« deutlich, Betrachtet werden die Umsatzverluste des Jahres 2020 im Vergleich zu den Vorjahren. In einer Szenarioanalyse werden drei Szenarien der künftigen Umsatzentwicklung geschätzt. Die Umsatzverluste in der Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2020 waren erheblich. Insgesamt wird ein Umsatzeinbruch von 13 % verzeichnet. Das ist der größte Verlust seit 2009. In einigen Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft sinkt das Umsatzniveau unter das des Jahres 2003. Besonders stark betroffen sind der Markt für darstellende Künste mit einem Umsatzverlust von 85 %. Weiterhin stark betroffen sind der Musikmarkt (Umsatzverlust 54 %), der Kunstmarkt (Umsatzverlust 51 %) und die Filmwirtschaft (Umsatzverlust 48 %). Diese deutschlandspezifischen Daten zeigen, dass die Umsatzverluste in der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft teilweise größer sind als im EUweiten Durchschnitt. Leidtragende auf der Seite der Erwerbstätigen sind neben den Soloselbständigen und Freiberuflern insbesondere auch geringfügig Beschäftigte und Mini-Iobber im Kulturbereich.

Für das Jahr 2021 werden drei Szenarien untersucht. Szenario 1 mit einem kurzen, harten Lockdown bis Anfang März, Szenario 2 mit einem langen harten Lockdown bis Ende März und Szenario 3 mit einem zweifachen harten Lockdown mit verfrühter Öffnung im März und erneuten Schließungen im April. Die Umsatzverluste der Kultur- und Kreativwirtschaft werden gegenüber dem Vergleichsjahr 2019, also dem Jahr vor der Pandemie, auf 7 bis 18 % je nach Branche geschätzt. Selbst

wenn eine positive Entwicklung im mittleren Szenario vorausgesetzt wird, wird davon ausgegangen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft lediglich das Umsatzniveau des Jahres 2015 erreichen wird. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird also um Jahre zurückgeworfen.

wirtschaft ist ein wichtiger Teil des Kulturbereiches und spielt in mancher Kunstform eine weitaus bedeutsamere Rolle als die öffentliche Kulturförderung.

Fazit

In den genannten Studien wird allein die erwerbswirtschaftlich orientierte Kultur- und Kreativwirtschaft in den Blick genommen. Sie zeigen, dass die Auswirkungen der Pandemie und des ersten und des seit November 2020 andauernden zweiten Lockdowns noch über Jahre zu spüren sein werden. Selbst wenn, was nicht der Fall sein wird, morgen wieder geöffnet werden könnte, wird es dauern, bis die Umsätze wieder das Jahr 2019 erreichen werden. Das bedeutet, dass die Corona-Hilfen nicht einfach enden dürfen, wenn der Lockdown endet. Es gilt vielmehr, eine längerfristige Perspektive in den Blick zu nehmen. Jetzt sind Überbrückungshilfen und Neustarthilfen vonnöten, um das wirtschaftliche Überleben von Unternehmen sowie von Unternehmerinnen und Unternehmern zu sichern. Darauf müssen Maßnahmen zur Sicherung von Unternehmen sowie zur Umstrukturierung folgen. Auch werden insbesondere Künstlerinnen und Künstler, deren Haupteinnahmequelle Vergütungen aus Verwertungsgesellschaften sind, noch über einen längeren Zeitraum Unterstützungen benötigen.

Neben Öffnungsszenarien, die jetzt entwickelt werden müssen, geht es auch darum, Perspektiven zum Fortbestand und der befristeten Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft zu entwickeln. Indirekte Fördermaßnahmen wie Steuervergünstigungen können dabei ein probates Mittel sein. Wichtig ist, nicht nur bis zur Bundestagswahl im September dieses Jahres zu denken, sondern darüber hinaus, denn die erwerbswirtschaftlich orientierte Kultur- und Kreativ-

Corona-Blues: Zombies geistern durch die Städte Perspektiven für die Kultur sind dringend nötig

Olaf Zimmermann — Politik & Kultur 3/2021

Ich gebe zu – auch mich packt allzu oft der Corona-Blues. Jetzt liegen elf Monate Kultur-Lockdown hinter uns. Fast immer hart, also vollständig, nur in den Sommermonaten des letzten Jahres gab es eingeschränkte Öffnungen unter strengen Hygienebedingungen.

Der März letzten Jahres war noch ganz davon geprägt, schnell Hilfsprogramme auf den Weg zu bringen. Die in der Künstlersozialkasse versicherten Künstlerinnen und Künstlern hatten noch im November 2019 geschätzt, dass 2020 ihr Einkommen wieder steigen wird. Viele Planungen bestanden. Vor den meisten lag ein normales Jahr, mit den ganz normalen Auf und Abs. Die Leipziger Buchmesse stand Ende Februar 2020 noch vor der Türe. Lesungen von Autorinnen und Autoren waren geplant und auch ich freute mich, mich wieder in das Leseparadies Leipzig zu stürzen.

In der Initiative kulturelle Integration hatten wir Ende Januar eine Fachtagung zum Gedenken an 70 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durchgeführt, weitere Veranstaltungen waren in Planung, um sich mit diesem Thema und vor allem dem jüdischen Leben in Deutschland heute zu befassen. Im Musikbereich stand das große Jubiläum zum 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven vor der Tür. Manche hatten bereits seit Jahren darauf hingearbeitet. Die

Berlinale war abgeschlossen, aber die Filmwelt freute sich noch auf weitere »Rote Teppiche«, sprich auf andere Festivals. Aus jeder künstlerischen Sparte und jedem Bereich des kulturellen Lebens lassen sich Beispiele von geplanten Veranstaltungen, Tagungen, Ausstellungen, Aufführungen und vielem anderen mehr aufzählen, die nach Beginn der Pandemie in Deutschland nicht oder zumindest nicht so, wie geplant, stattfinden konnten.

Jetzt fast Ende Februar 2021 befindet sich der Kulturbereich immer noch im Lockdown. Die Buchmesse in Leipzig findet auch in diesem Jahr nicht statt. In den letzten zwölf Monaten wurden viele Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, vom Bund und auch von den Ländern. Neben den Programmen, die sich an alle von der Pandemie Betroffenen richten, gibt es auch spezifische ausschließlich für den Kulturbereich – und zwar sowohl in den Ländern als auch mit Neustart Kultur vom Bund. Der Deutsche Kulturrat und viele seiner Mitgliedsverbände sind seit einem Jahr im Ausnahmezustand. So viele Gespräche zwischen den Verbänden, der Politik und der Verwaltung, so viele gemeinsam angeschobene Programme und Hilfsmaßnahmen hat es noch nie gegeben. Und ja natürlich, vieles kann noch verbessert oder ausgeweitet werden, aber vieles ist auch geschehen und gelungen.

Mein Eindruck ist überdies, dass die Nöte des Kulturbereiches in der Politik wahrgenommen werden. Deshalb kann mit den Politikerinnen und Politikern zurzeit nicht nur über die Nothilfe in der Pandemie, sondern auch über die mittel- und langfristigen Fragen zur Verbesserung der grundsätzlichen Situation im Kulturbereich gesprochen werden. Nutzen wir dieses Zeitfenster, um grundlegende Fragen der sozialen Absicherung jetzt anzusprechen, um das Verhältnis zwischen Proiekt- und Infrastrukturförderung ietzt zu hinterfragen, um über das Verhältnis zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit aktuell nachzudenken, um eine sinnvolle Digitalisierung im Kulturbereich voranzubringen. Und ich bin fest davon überzeugt, dass der anstehende Bundestagswahlkampf die Offenheit in der Politik für unsere Anliegen noch einmal erhöhen wird.

Der Corona-Blues macht aber mehr aus. Mir fehlt es, mit anderen Menschen zusammenzukommen, ganz zufällig bei einer Tagung oder einer anderen Veranstaltung neben jemandem zu sitzen und ins Gespräch zu kommen. Ein Gespräch, das fortgesetzt wird und aus dem sich neue Ideen oder auch neue Formen der Zusammenarbeit ergeben. Mir fehlen die Pausen bei den Sitzungen der Ausschüsse des Deutschen Kulturrates, die immer die Gelegenheit bieten, mit dem einen oder der anderen dieses oder ienes Thema ganz en passant anzusprechen. Ich vermisse in den Zoom-Sitzungen den direkten Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Verbänden und Organisationen. Selbst die vielen Dienstreisen, über die ich mich manchmal beklagt habe, fehlen mir. Jeden Tag schaue ich auf viele kleine Kästchen mit Menschen drin. Fast jedes digitale Konferenzprogramm habe ich inzwischen ausgiebig testen dürfen. Technisch funktionieren fast alle hervorragend. Und doch fehlt etwas Entscheidendes: die menschliche Begegnung.

Auch Live-Kunst kann durch den Bildschirm nicht ersetzt werden. Für mich liegt ein großer Unterschied darin, ob ich ein Bild tatsächlich im Original betrachten kann oder am Bildschirm sehe, ob ich mich freue auf eine Aufführung im Theater, das Klingeln höre, das letzte Räuspern, bevor der Vorhang hochgeht und das Spiel beginnt, oder ob ich am Bildschirm, unterbrochen vom Holen eines Getränks, mir etwas anschaue. Die Aura des Originals und des Live-Erlebnisses, sie werden jetzt besonders deutlich. Darüber hinaus vertraue ich der kathartischen Wirkung der Kunst. Das gemeinsame Lachen und Weinen, so trivial es für manchen klingen mag, ist eine wesentliche Funktion gerade des Theaters oder auch des Kinos. Für uns Menschen zählt eben nicht nur der Verstand, sondern auch die Emotion. - Und wenn ich dies alles so schmerzlich vermisse, wie wird es Künstlerinnen und Künstlern gehen, die der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Publikum beraubt sind. Wer von Kindesbeinen an auf eine künstlerische Karriere hinarbeitet. ist nun auf null gestellt. Neben allen ökonomischen Problemen, die der Lockdown verursacht, ist dies ein Thema, das meines Erachtens viel zu selten angesprochen wird.

Wenn ich in meiner Stadt Berlin durch die Straßen gehe, sehe ich, was der Lockdown mit den Menschen macht. Fast wie Zombies geistern wir durch die Städte. Ich bin daher fest davon überzeugt, dass wir dringend eine Perspektive für menschliche Begegnungen brauchen. Unsere Forderungen nach Öffnungszenarien im Kulturbereich sind ein Hilferuf nach einer Perspektive, wann wieder Begegnungen möglich sind, wann wieder Live-Kunst möglich ist!

Nutzen-Risiko-Abwägung Psychische Folgen der Maßnahmen gegen Corona

Ulrich Hegerl — Politik & Kultur 3/2021

Im Rahmen der Corona-Pandemie standen und stehen die Politiker vor der Aufgabe, auf unsicherer Datenbasis weitreichende, Leben und Tod der Bevölkerung betreffende Entscheidungen treffen zu müssen. Hauptziel dieser Maßnahmen war anfangs, das Infektionsgeschehen zu strecken - »flatten the curve« –, um so zusätzliche Corona-Tote infolge einer Überforderung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Dies ist weitgehend gelungen und die bisherigen Corona-Toten sind trotz guter medizinischer Versorgung zu beklagen. Nun tritt als zweites Ziel der Zeitgewinn in den Vordergrund, da durch Impfungen und verbesserte Behandlungsmöglichkeiten viel Leid und Tod vermieden werden kann.

Anders als bisweilen formuliert wird, gibt es jedoch kein »auf Nummer sicher gehen«. Ein Arzt, der bei einer Nierenentzündung »auf Nummer sicher geht«, die Antibiotika sehr hoch dosiert, dabei aber die Leber schädigt, würde unverantwortlich handeln. Ebenso darf bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht durch eine Einengung der Sicht auf das Infektionsgeschehen die zentrale Frage nach der optimalen Balance zwischen Nutzen und Schaden der Maßnahmen ausgeblendet bleiben. Im Folgenden sollen zu dieser entscheidenden Frage als eine Facette die psychischen Folgen der Maßnahmen gegen Corona diskutiert werden:

Psychische Erkrankungen und auch die wegen ihrer Häufigkeit und Schwere bedeutsamste, die Depression, sind eigenständige Erkrankungen und weniger Folge äußerer Belastungen, als die meisten Menschen vermuten. Es ist deshalb aufgrund der Maßnahmen gegen Corona nicht mit einer massiven Zunahme depressiver Erkrankungen zu rechnen. Was jedoch Grund zu großer Sorge ist, das sind die Folgen für Menschen mit psychischen Erkrankungen und insbesondere Depressionen. Nach Ergebnissen einer eigenen repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Juni/Juli 2020 mit 5.178 Erwachsenen gaben depressiv Erkrankte an, infolge der Maßnahmen gegen Corona sich vermehrt auch tagsüber ins Bett zurückzuziehen (48%), Schwierigkeiten zu haben, den Tag zu strukturieren (75%), vermehrt zu grübeln (89%) und zudem sich weniger körperlich zu bewegen (80%). Alle diese Faktoren sind bekannt dafür, ganz spezifisch den Krankheitsverlauf bei Depressionen negativ zu beeinflussen. Noch gravierender ist jedoch, dass nach dieser Befragung ca. die Hälfte der depressiv Erkrankten angab, dass sich die Qualität ihrer medizinischen Versorgung deutlich verschlechtert habe. Stationäre Behandlungen wurden abgesagt, Ambulanzen haben den Betrieb heruntergefahren, Selbsthilfegruppen sind ausgefallen und verängstigte Patienten haben insbesondere im Rahmen des ersten Lockdowns Termine beim Arzt oder psychologischen Psychotherapeuten abgesagt. Da Depressionen schwere Erkrankungen sind, die mit einer mittleren Reduktion der Lebenserwartung von zehn Jahren einhergehen, wird hierdurch ohne Zweifel sehr viel Leid und Tod verursacht. Auf negative Auswirkungen der Maßnahmen gegen Corona auf Menschen mit Suchtgefährdung, Angststörungen und anderen psychischen Erkrankungen kann hier nicht eingegangen werden.

Viele Menschen berichten zudem über psychische Folgen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen dagegen, die nicht als krankhaft, sondern als normale menschliche Reaktionen auf die belastende Lebenssituation anzusehen sind. Selbst im Juni/Juli 2020, nach Beendigung des ersten Lockdowns, fühlten sich noch 68 % der befragten Allgemeinbevölkerung bedrückt. Vermehrte depressive Symptome wie Ängste, Sorgen und Stress wurden in zahlreichen weiteren Befragungen berichtet. Besonders betroffen sind Kunstund Kulturschaffende, die verzweifelt vor den Scherben ihrer beruflichen Lebensplanungen stehen. Eine im Dezember 2020/Januar 2021 im Rahmen einer Längsschnittstudie durchgeführte repräsentative Befragung von Kindern und Jugendlichen - COPSY-Studie, befragt wurden mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 17 Jahren sowie mehr als 1.600 Eltern - ergab bei einem hohen Anteil der Befragten Hinweise auf eine reduzierte Lebensqualität (> 70%), auf psychische Auffälligkeiten (ca. 30%) und auf eine massive Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens - Ernährung, Sport. Zehnmal so viele Menschen wie vor der Pandemie machen überhaupt keinen Sport mehr. Besonders massiv betroffen sind die Kinder und Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit Migrationshintergrund.

Schließlich dürfen auch subtilere, schwer quantifizierbare, gleichwohl für Lebenssinn und Lebensfreude sehr bedeutsame psychische Folgen nicht vergessen werden. Ein anhaltendes, diffuses Bedrohungsgefühl, Verlust an Vertrautheit im zwischenmenschlichen Umgang, Verschiebungen im Selbstverständnis als freier Mensch in einer freien Gesellschaft, Einschränkung des Zugangs zu Kultur und fröhlicher Geselligkeit sind Beispiele. Ie nach Lebenssituation und Persönlichkeit gibt es jedoch nicht wenige Menschen, die der Corona-Krise auch Positives abgewinnen können. Stichworte sind hier Entschleunigung, Konzentrieren auf das Wesentliche im Leben oder die Chance für neue Erfahrungen. Bei der Befragung der Stiftung Deutsche Depressionshilfe gaben immerhin 58 % an, den Frühling während des ersten Lockdowns bewusster erlebt zu haben.

Wie lassen sich nun diese beispielhaft dargestellten psychischen Folgen der Corona-Maßnahmen in ein Verhältnis zu dem erhofften Nutzen setzen? Dies ist die zentrale Frage, die wie ein rosa Elefant im Raum steht. Oft wird dieser Frage mit der Feststellung ausgewichen, das lasse sich nicht gegeneinander aufrechnen, oder sie wird gar nicht erst gestellt. An genau dieser Frage berühren sich aber die Kritiker und Befürworter harter Corona-Maßnahmen. Was ist unserer Gesellschaft die Lebensqualität von Millionen von Menschen und das Aufwachsen der Kinder in einem fördernden Umfeld wert und wie viel coronabedingtes Leid ist sie bereit, dafür in Kauf zu nehmen? Es ist verständlich, dass diese unschöne und zynisch wirkende Frage selten explizit gestellt oder gar beantwortet wird. Sie nicht zu stellen birgt aber das Risiko, dass vieles, was schwer in Zahlen zu fassen, für unser Menschsein aber sehr bedeutsam ist, gegenüber den harten Zahlen der täglichen Corona-Statistiken ins Hintertreffen gerät. Für viele Menschen zählt oft

das Nichtzählbare. Beispielsweise wären viele alte Menschen durchaus bereit, das Risiko einer möglicherweise tödlichen Covid-19-Infektion einzugehen, wenn sie dafür weiter den für sie Lebenssinn stiftenden regelmäßigen Kontakt mit ihren Kindern und Enkelkindern pflegen könnten.

Bezüglich der krankheitsbezogenen Folgen der Maßnahmen gegen Corona wäre ein Abwägen leichter. Es wird in diesem Bereich sozusagen mit der gleichen Währung gehandelt, da Leid und Tod mit Leid und Tod verglichen wird. Die Sorge ist, dass selbst hier dieses Abwägen nicht mit der nötigen Sorgfalt und Systematik geschieht. Wie oben dargestellt, hat die Hälfte der 5,3 Millionen Menschen, die jedes Jahr an einer behandlungsbedürftigen Depression erkranken, über eine deutliche Verschlechterung ihrer medizinischen Versorgung berichtet. Hier wäre es unerlässlich, dass gezielt Daten erhoben und vorhandene zusammengetragen werden, um das dadurch verursachte Ausmaß an Leid und Tod schätzen zu können. Gleiches gilt natürlich für die vielen anderen Bereiche der Medizin, in denen über negative gesundheitliche Auswirkungen der Maßnahmen gegen Corona berichtet worden ist. Hierfür wäre eine regelmäßig tagende Expertengruppe aus Medizinern verschiedener Fachbereiche. Psychologen, Epidemiologen, Soziologen und Gesundheitspolitikern nötig, die systematisch unerwünschte Folgen der Corona-Maßnahmen erfassen und schätzen. Für Politiker mag es nicht opportun erscheinen, die Aufmerksamkeit auf die negativen Folgen ihres Handelns zu legen, aber nur bei deren Kenntnis kann die Nutzen-Risiko-Relation der getroffenen und zukünftig zu treffenden Entscheidungen optimiert werden. Zumindest im öffentlichen Raum ist eine systematische Diskussion dieser zentralen Frage nicht erkennbar.

Kleine Seelenselbstsorge Was tun, wenn man sich zu viel mit sich selbst beschäftigt?

Johann Hinrich Claussen — Politik & Kultur 4/2021

Wie man selbst seelisch halbwegs stabil durch die Corona-Monate kommt, ist eine der größten Herausforderungen dieser Tage. Leider wird kaum darüber gesprochen, weil es peinlich ist und weil es so viel anderes zu berichten oder zu beklagen gibt. Ich versuche deshalb eine kleine Seelenselbstsorge in Zeiten von Covid-19 zu entwerfen. Vielleicht ist die eine oder andere Anregung für Sie dabei.

Ein gravierendes Problem besteht darin, dass man sich zu viel mit sich selbst beschäftigt. Wenn die Begegnungen mit anderen ausfallen oder auf Zoom-Briefmarkengröße geschrumpft sind, wenn man nirgends hingehen kann und nichts von dem miterlebt, was andere angeht, dann hat man einfach zu viel nur mit sich selbst zu tun. Man kreist um sich selbst, vom Morgenkaffee bis zum nächtlichen Schlafengehen. Einsam sein heißt eben auch, um sich selbst kreisen.

Dagegen hilft bekanntlich Arbeit. Von den vielfältigen Spaltungen, die gegenwärtig unser Land durchziehen, sollte diese nicht vergessen werden: zwischen denen, die zu viel, und denen, die zu wenig zu tun haben. Da bei mir unendlich viel ausgefallen ist, war es für mich notwendig und hilfreich, mir sinnvolle Arbeit zu beschaffen. Denn das ist eine schöne Entlastung von sich selbst: sich ein Thema vornehmen und es gründlich bearbeiten, dabei Neues lernen und es in eine Form brin-

gen, die andere ansprechen könnte. So habe ich gemeinsam mit einem Kollegen ein Buch über Einsamkeit geschrieben, das hoffentlich im Sommer erscheint. Und ich habe mir etwas lange Aufgeschobenes vorgenommen: eine sorgfältige theologische Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten. Dazu habe ich kleinere Texte veröffentlicht, im Frühsommer kommt ein Buch, das ich mit vier Kollegen geschrieben habe. Aber hier habe ich auch gemerkt, dass Arbeit allein keine Rettung bringt. Gerade im Lockdown kann man zu tief einsteigen, keine Grenze finden, sich im Thema verlieren, ihm zu große Bedeutung zumessen. Das gilt besonders dann, wenn man sich mit fiesen Dingen, wie Texten der Neuen Rechten, befasst. Deshalb bin ich froh, hiermit bald durch zu sein.

Ein altbewährtes Gegenmittel gegen zu viel oder, noch gefährlicher, grenzenloses Arbeiten ist das Ritual und der Rhythmus aus Arbeit und Nichtarbeit, den es stiftet. Da ich fast andauernd zu Hause bin und immer arbeiten könnte, achte ich inzwischen stärker darauf, den Sonntag freizuhalten. Dann beginne ich die neue Woche mit mehr Kraft und Motivation.

Ich achte darauf, abends rechtzeitig aufzuhören und ab einer gewissen Uhrzeit keine E-Mails auch nur anzusehen. Das klappt ganz gut. Dafür beginne ich morgens recht

früh, aber wieder mit einem Ritual, das ich wirklich nur weiterempfehlen kann. Ich beginne den Arbeitstag, indem ich ein Gedicht lese. Ich nehme mir Verse vor, die langsam entstanden sind und die sich nur im langsamen Lesen erschließen. Bevor all diese Eiltexte auf mich zukommen oder von mir losgeschickt werden, übe ich mich in Langsamkeit und Staunen. Gerade lese ich den neuen Band »Plötzlich alles da« von Dorothea Grünzweig, die aus Baden-Württemberg stammt und seit vielen Jahren in Finnland lebt. Ihre Gedichte handeln vom Sterben der Mutter in der alten und vom Leben der Natur in der neuen Heimat. Und dann nehme ich mir noch eine Seite mit Notizen von Joachim Hake dazu. Er leitet die Katholische Akademie zu Berlin und hat gerade den Band »Trost und Staunen« herausgebracht. Daraus nehme ich jetzt jeden Tag Reflexionen und Maximen, die mich gemeinsam mit Dorothea Grünzweigs Gedichten auf andere Weise den Tag beginnen lassen. Das hilft.

Doch bevor es zu besinnlich wird, muss ich gestehen, dass ich für ein seelisches Problem noch keine rechte Lösung gefunden habe: den übermäßigen Medienkonsum. Wenn man selbst nichts erlebt, nimmt man umso mehr Vermitteltes wahr. Das meiste funktioniert aber über scheinbare Aktualität und hässliche Aufgeregtheit. Das führt einen in einen Zustand hektischer Dauerempörung, obwohl man bray am heimischen Schreibtisch hockt. Immerhin, so weise bin ich schon, dass ich nicht bei Facebook oder Twitter mitmache. Beruflich ist das nicht geboten. Auch ist es mir gelungen, Webseiten wie Spiegel Online nicht mehr zu besuchen. Ich habe es einfach sein lassen. Das hat meiner seelischen Stabilität aufgeholfen. Trotzdem nehme ich immer noch zu viel Tagesnachrichten auf. Doch was nützt es, wenn ich pünktlich darüber informiert werde, dass sich jetzt fünf Personen aus zwei Haushalten - oder umgekehrt - treffen

dürfen? Es wäre besser, ich könnte schlicht abwarten, bis in Deutschland irgendetwas mal wieder funktioniert.

Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Und wann endet diese vermaledeite Pandemie endlich?

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 5/2021

Die Älteren unter den Leserinnen und Lesern werden sich vielleicht an den von Rudi Carrell gesungenen Schlager »Wann wird's mal wieder richtig Sommer, Ein Sommer, wie er früher einmal war?« erinnern. Und irgendwie entfährt auch uns manchmal dieser Seufzer, wann wird es endlich so wie früher? Wann endet diese vermaledeite Pandemie endlich? Wann sind wieder Treffen möglich? Wann endlich können die Theater, Museen und vielen anderen Orte der Kultur endlich wieder öffnen? Und wann, wann wird ein Normalzustand eintreten?

Zuerst einmal gelten ab dem 23. April 2021 verbindlich und bundeseinheitlich Regeln, was bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 100 je 100.000 Einwohner in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt gilt. Es ist richtig und war absolut notwendig, dass mit der Reform des Infektionsschutzgesetzes bundesweite Regelungen zur Eindämmung der Pandemie verabschiedet wurden. Die Maßnahmen werden hoffentlich schnell Wirkung zeigen.

Im neuen § 28b des Infektionsschutzgesetzes ist ab einer Inzidenz von 100 geregelt:

- dass Ausgangssperren von 22:00 Uhr bis 5:00 Uhr gelten,
- dass Freizeiteinrichtungen, wozu auch Diskotheken und Clubs zählen, geschlossen sein müssen,

- dass Ladengeschäfte geschlossen werden müssen, es sei denn, sie bieten Waren des täglichen Bedarfs an, wozu auch Buchhandlungen zählen,
- dass Kultureinrichtungen, namentlich Theater, Opern, Konzerthäuser, Bühnen, Musikclubs, Kinos mit Ausnahme von Autokinos, Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten, für das Publikum nicht öffnen dürfen. Probebetrieb beispielsweise in Theatern ist möglich und Filme können unter strengen Hygieneauflagen gedreht werden. Ebenso kann in Museen weitergearbeitet werden.

Aber nicht alle Regelungen im neuen Infektionsschutzgesetz sind konsistent, das gilt insbesondere für Außenaktivitäten. Dass bei einer Inzidenz von über 100 grundsätzlich keine Open-Air-Kulturveranstaltungen, selbst unter strengsten Hygienevorgaben, durchgeführt werden dürfen, ist nicht nachvollziehbar. Leider ist es nicht gelungen hierfür eine Regelung im Gesetz zu verankern.

Die Außenanlagen von Botanischen Gärten und Zoos dürfen jedoch auch bei Inzidenzen über 100 öffnen. Das sei ihnen von Herzen gegönnt und ist gerade auch in großen Städten, in denen viele Menschen beengt leben, sehr wichtig. Allerdings gilt mit Blick auf die Kultur zu berücksichtigen, dass in der

Gesetzesbegründung zu § 28 a, Abs. 2 Nr. 7 des Infektionsschutzgesetzes auf den Werkund Wirkbereich der Kunstfreiheit explizit eingegangen wird. Die Kultur wird durch Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, also durch die Kunstfreiheit, besonders geschützt. Ähnlich den Religionsgemeinschaften, die aufgrund ihres besonderen grundgesetzlichen Schutzes einer Sonderregelung unterliegen, wäre dies auch für Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel wünschenswert gewesen.

Zumal mit dem Kultursommer 2021, einem Programm der Kulturstiftung des Bundes aus Mitteln von Neustart Kultur, im Freien stattfindende Kulturveranstaltungen in Kommunen und Landkreisen gefördert werden sollen. Mit diesem Programm sollen neue bzw. zusätzlich entwickelte Kulturprogramme im öffentlichen Raum unterstützt werden, die ab Iuni 2021 veranstaltet werden. Das Programm soll insbesondere dazu dienen, lokalen und regional arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern sowie freien Gruppen Präsentationsmöglichkeiten zu bieten, freie Akteure breit zu beteiligen, Angebote für ein junges Publikum zu unterbreiten und anderes mehr. Antragsberechtigt waren Städte und Landkreise. Zahlreiche Bewerbungen mit spannenden Konzepten wurden eingereicht und die Jury hat die schwierige Qual der Wahl, die zur Verfügung stehenden 30,5 Millionen Euro an die Richtigen zu vergeben.

Föderalismuskrise

Dennoch eines darf nicht vergessen werden, dass eine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes und eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich wurden, liegt in erster Linie daran, dass das vorherige Verfahren immer schlechter funktionierte. Zwar einigten sich die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen und die Bundeskanzlerin in zähen, über Stunden dauernden Verhandlungen auf ein gemeinsames Vorgehen, doch kaum gin-

gen die Verantwortlichen auseinander, verkündete der eine oder andere Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin, im eigenen Land doch anders zu verfahren. Es gipfelte schließlich in der vor Ostern beschlossenen Osterruhe, die einen Tag später wieder zurückgenommen wurde.

Ja, das Infektionsgeschehen zwischen den Ländern ist unterschiedlich, aber auch innerhalb der Länder kann keineswegs von einem einheitlichen Bild gesprochen werden. Diese Unterschiedlichkeit darf aber nicht dazu führen, dass eigene Beschlüsse im Handumdrehen revidiert werden.

Das Handeln des Bundes offenbart das mangelnde Handeln der Länder. Sie hätten es in der Hand gehabt, durch konsequentes Umsetzen oder auch Verschärfen von Regeln das Infektionsgeschehen in Schach zu halten. Hamburg beispielsweise hat schon am 2. April eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet und die Erfolge sind inzwischen (Stand 22. April) an sinkenden Inzidenzen abzulesen. Die Ausgangssperre ist sicherlich nur ein Erfolgsfaktor, dass er wirken kann, war aber auch in anderen europäischen Ländern zu sehen. Als die Kanzlerin im Fernsehen verkündete, eigene Schritte zu überlegen, sollten die Länder nicht aktiv werden, hätten die Länder eigentlich schnell gemeinsam und einheitlich Regeln vereinbaren und umsetzen müssen, was bei einer Inzidenz über 100 gilt. Sie hätten zeigen können, dass sie willens und fähig sind, gemeinsam diese Pandemie zu bekämpfen. Leider scheint dieser gemeinsame Wille nicht vorhanden zu sein. So lockert der eine und erklärt gleich ein ganzes Bundesland zu einem Modellprojekt und der andere verschärft. Den Durchblick, was wo wann und warum gilt, hat kaum noch jemand.

Seit einem Jahr ist immer wieder die Rede davon, dass durch die Pandemie Schwachstellen oder Dysfunktionalitäten sichtbar werden. Auch wir haben immer wieder Beispiele aus dem Kulturbereich angeführt. Deutlich sichtbar werden ebenfalls die Dysfunktionalitäten im Föderalismus. Mehr Gesamtverantwortung für das Gemeinwesen, das nicht an der eigenen Landesgrenze endet, wäre der Schritt der Länder in die richtige Richtung. Doch das ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, der Buhmann ist gefunden, der Bund ist schuld und vor allem übergriffig. Schade, mehr Gemeinsinn wäre eigentlich das richtige Signal in einer Zeit, die allen viel abverlangt.

Was fehlt?

Kultur fehlt schmerzlich. Sie fehlt allen Menschen, die in Kultureinrichtungen, Kulturunternehmen oder der Freien Szene arbeiten. Viele hangeln sich von Fördermaßnahme zu Fördermaßnahme, leihen sich Geld von der Familie oder brauchen die bescheidenen Rücklagen auf, um über die Runden zu kommen. Viel Zeit und Energie, die eigentlich in neue künstlerische Proiekte und Vorhaben fließen müsste, muss für die Beantragung von Wirtschaftshilfen, Neustarthilfen, Stipendien und anderes verwandt werden. Und davor steht zuerst das Durchkämmen der Antragsmodalitäten, FAQ und anderes mehr. So mancher resigniert. Nicht zuletzt auch, weil ein Lebenselixier der - künstlerische – Austausch mit anderen und der Kontakt mit dem Publikum, fehlt. Die daraus entstehende Verzweiflung ist sehr gut nachvollziehbar.

Die Kultur fehlt aber der gesamten Gesellschaft. »Der Mensch lebt nicht vom Brot allein«, dieses Sprichwort bekommt eine ganz neue Dimension in der Pandemie. Es geht um das Zusammenleben, um Begegnungen, um den Austausch. Gerade in Kunst und Kultur werden die wesentlichen Themen des Zusammenlebens verhandelt, Angst, Sorge, Freude, Lust, Liebe und anderes mehr. Diese Auseinandersetzung findet fast nur noch in audiovisuellen Medien statt. Der direkte Austausch,

das gemeinsame Erleben, sind nicht möglich, damit fehlt auch ein wichtiges Ventil der Auseinandersetzung. Es ist darum für die gesamte Gesellschaft zentral, dass möglichst bald wieder Kunst und Kultur öffentlich zugänglich sind. Um uns selbst und untereinander zu vergewissern.

Wo bleibt das Positive?

Positiv ist, dass es mit dem Impfen langsam, aber stetig vorangeht. Hier scheint der Wettbewerb zwischen den Ländern zu gelingen, denn jeder möchte deutscher Impfmeister werden. Sehr erfreulich ist auch, dass die Mittel aus Neustart Kultur auch im Jahr 2022 verwendet werden dürfen und die Abrechnung im Jahr 2023 erfolgen kann. Vielen Programmverantwortlichen wird ein Stein vom Herzen gefallen sein, bestand doch die Sorge, dass in diesem Jahr sehr viel Geld ausgeschüttet werden muss und dafür im kommenden Jahr aufgrund der Bundestagswahl und der abzusehenden vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Programme aufgelegt werden können. Jetzt besteht die Möglichkeit, auf längere Sicht Programme anzulegen und damit dem Kulturbereich eine Perspektive auch nach der unmittelbaren Krise zu geben.

Wie hat Rudi Carrell damals gesungen: »Nur wann – und diese Frage geht uns alle an: Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Ein Sommer wie er früher einmal war.« Wir geben nicht auf: der Sommer wird kommen.

Eine neue Stunde Null?Eine bessere Welt – nach der Pandemie?

Ludwig Greven — Politik & Kultur 5/2021

Zu Beginn von Corona gab es etliche schiefe historische Vergleiche. Die Kanzlerin sprach von der schlimmsten Krise seit 1945, auch andere bemühten das Bild einer Weltkatastrophe. Sicherlich, die globale Seuche und ihre Folgen treffen mehr noch als der Erste und Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg die gesamte Menschheit. Millionen sind schon gestorben oder schwer erkrankt, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben liegen in vielen Ländern darnieder. Dennoch ist das, was wir derzeit erleben, mit der Situation vor 76 Jahren und mit der Hochzeit des Kalten Krieges, als der Menschheit tatsächlich die Vernichtung im atomaren Feuer drohte, nicht vergleichbar. Im Mai 1945 lag ganz Europa in Trümmern, andere Teile der Erde ebenso. 60 Millionen Menschen waren ums Leben gekommen und von den Nazis getötet worden in einem nie dagewesenen, einzigartigen Völkermord an den Juden und der jüdischen Kultur Europas. Ausgelöscht schien damit auch das, was einst die deutsche Kultur mit großer Strahlkraft ausgemacht hatte. Die Welt stand still. Erst recht nach den Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki.

Und doch keimte an diesem Tief- und Wendepunkt der Geschichte sogleich Hoffnung auf. Hoffnung auf eine andere, bessere Welt ohne Hass und Gewalt, Kriege, Zerstörung, Ausbeutung und Not. Hatte nicht eine globale Allianz das Reich der Unfreiheit und des absolut Bösen besiegt? Während zahllose Überlebende durch die Trümmer auch ihres Lebens taumelten und um ihre Männer. Söhne, Väter, Frauen und Kinder trauerten, andere in Osteuropa bald um den neuerlichen Verlust ihrer Freiheit, machten sich Engagierte daran, die Träume, die sie zum Teil schon während des Kriegs, im Widerstand, in den KZs, im Exil ersonnen hatten, in die Tat umzusetzen. In San Francisco wurden die Vereinten Nationen geboren. In Deutschland, dem, was davon übrig geblieben war, gründeten sich neue Parteien und Gewerkschaften. und alte wieder, es wurden Pläne und Programme geschmiedet für ein neues demokratisches, freiheitliches, soziales Gemeinwesen. Künstler, Schriftsteller und andere Emigranten kehrten aus dem Exil zurück. Die ersten Bühnen entstanden wieder, meist improvisiert, wie etwa das Kom(m)ödchen in meiner Heimatstadt Düsseldorf. Kunstwerke, die unter den Nazis als entartet galten, konnten wieder gezeigt und Musik und Theaterstücke gespielt werden, die im Dritten Reich verfemt waren. Es wurde wieder gesungen, getanzt und gelacht. Der Himmel und die Zukunft schienen offen inmitten des Elends.

Doch die Träume einer völlig anderen Ordnung der Welt verflogen rasch. In den Westzonen und der Bundesrepublik kehrten nach dem baldigen Ende der Entnazifizierung viele, die schon vor und während des Dritten Reichs Macht gehabt hatten, an die Schalthebel zurück. In der DDR entstand eine neue, diesmal rote Diktatur, ebenfalls mit Beteiligung etlicher Nazis. Die wachsende Blockkonfrontation machte alle Hoffnungen auf dauerhaften Frieden zunichte. Und doch wurde zumindest im Westen des geteilten Landes die Basis gelegt für eine demokratische Gesellschaft und einen sozialeren Kapitalismus. Und mit der Montanunion die Wurzel der Europäischen Union.

1989/1990 schien dann eine neue Stunde Null gekommen, nicht nur für die Menschen im Osten. In der untergehenden DDR und den Ländern Mittel- und Osteuropas träumten Oppositionelle und Künstler nach den friedlichen Revolutionen und dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder von einer besseren Welt und einer gerechteren Gesellschaft, manche auch im Westen. Der Eiserne Vorhang fiel, die Teilung Europas und der Welt war vorbei. Erneut schien ein dauerhafter Frieden zum Greifen nah, die Demokratie hatte offensichtlich die Oberhand. Aber auch dieser Traum zerstob, spätestens mit 9/11, dem Angriff auf das World Trade Center. Erneut schien die Welt im Krieg, diesmal mit einem globalen islamistischen Terror. Und bald darauf zeichnete sich eine weitere, noch größere globale Konfrontation ab. mit den aggressiven totalitären Regimen in Russland, China und weiteren Ländern, und mit autoritären, nationalistischen, populistischen Bewegungen in vielen der demokratischen Nationen.

Gibt die Corona-Krise Anlass zu neuerlicher Hoffnung, dass nach ihrem Ende sich die Welt anders, besser ordnen wird? Das Bild ist wie in der Nachkriegszeit und nach der historischen Wende 1989/1990 gemischt: Forscher, Mediziner und Regierungen arbeiten auf der einen Seite weltweit eng zusammen,

um die Pandemie mit geeinten Kräften zu besiegen oder zumindest in den Griff zu bekommen, mit in Eiltempo entwickelten Impfstoffen und nie gekannten Schutzmaßnahmen. Abermillionen auf der ganzen Welt nehmen schwerste Einschränkungen ihres Lebens in Kauf, um sich und andere, vor allem die Schwächsten, Alte, Kranke, zu schützen. Ein beispielloser Akt gegenseitiger Hilfe und Solidarität.

Auf der anderen Seite sehen wir einen Wettlauf um die Vakzine. Tests und Schutzausrüstungen, bei dem Schwache und Arme auf der Strecke bleiben, national wie international. Staaten und selbst Regionen schotten sich gegenseitig ab. Regierende versagen auch in Deutschland vor dieser gewaltigen Herausforderung. Von der verheerenden Ignoranz des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump oder seines brasilianischen Bruders im Ungeiste, Jair Bolsonaro, nicht zu reden. Diese Krise legt schonungslos offen, was schon vorher schieflief und was an gesundheitlicher, technischer und politischer Vorsorge fehlte und fehlt. Die Pandemie hat die nationale und globale Ungleichheit verstärkt und die Reichsten - darunter Online-Großmilliardäre wie Amazon-Chef Jeff Bezos, aber auch chinesische - noch reicher und Arme noch ärmer gemacht. Unter den Folgen leiden vor allem die, denen es schon vorher schlecht ging. Und zu viele halten sich aus Eigensinn nicht an die solidarischen Schutzauflagen. »Die Pandemie hat das Beste, aber auch das Schlechteste der Menschheit zum Vorschein gebracht«, sagt WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebrevesus.

Die bittere Ironie ist, dass die Pandemie ausgerechnet die kommunistischen Diktatoren in China, woher das Virus kam, mit ihren staatskapitalistischen Konzernen stärkt, ökonomisch wie politisch. Auch in anderen Ländern triumphieren autoritäre Führer, weil sie vermeintlich energischer auf die Bedrohung

reagieren als zaudernde Demokraten. In ihrem Gefolge wächst in den liberalen Ländern die Sehnsucht nach starken Führungsgestalten. Die hohen Zustimmungswerte für den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zeugen davon. Im Schatten der Krise gehen zudem andere Konflikte und Kriege weiter: in Syrien, in Jemen, in der Ukraine, der Putin erneut mit Einmarsch droht, und damit dem gesamten Westen.

Aus all diesen Gründen spricht wenig dafür, dass die Welt nach Corona eine andere, bessere sein wird. Und doch gilt es, die positiven Zeichen und Ansätze zu nutzen und weiterzuentwickeln, wenn es um die noch größere globale Herausforderung geht, den Klimawandel: die Bereitschaft zur nationalen und weltweiten Solidarität, zur Umstellung des eigenen Lebens, zu weniger Ausbeutung der Natur und des Menschen, auch zur Wertschätzung der Kultur, die so viele so schmerzhaft vermissen. Wenn davon nur ein wenig erhalten bliebe, wäre schon viel gewonnen.

Hoffnung geben besonders die USA, die lange Zeit am stärksten unter der Pandemie und dem politischen Versagen litten. Joe Biden, ein alter weiser Mann, gewählt gegen die verkörperte Unvernunft in Gestalt von Donald Trump, hat in Windeseile all das umgekehrt, was dieser angerichtet hatte. Er ist dabei, die Nation, die so lange Bannerträgerin der Demokratie und der Freiheit war, wieder zu einen und wieder zum Vorbild für die Welt zu machen. Er macht Mut, den Amerikanern, aber auch uns zerstrittenen Europäern. Geschichte kann gemacht werden, auch ohne Revolutionen, ohne überschießende Träume: mit dem Stimmzettel, mit vereinten Kräften.

2

Von Musik bis Soziokultur – Die Pandemie frisst sich durch

Mit Beiträgen von:

Ellen Ahbe, Stephan Behrmann, Melanie Bernstein, Theresa Brüheim, Johann Hinrich Claussen, Manuel Dengler, Amelie Deuflhard, Stefan Eckstein, Moritz Eggert, Guido Evers, Felix Falk, Lena Falkenhagen, Michael Freundt, Nina George, Tilo Gerlach, Marc Grandmontagne, Ludwig Greven, Barbara Haack, Harald Heker, Christian Höppner, Martin Hufner, Kristian Jarmuschek, Hans Jessen, Urs Johnen, Maike Karnebogen, Susanne Keuchel, Ulrich Khuon, Boris Kochan, Eckart Köhne, Andreas Kolb, Birgit Lengers, Gerald Mertens, Mara Michel, Jens Michow, Thomas Negele, Sebastian Nordmann, Christoph Palmer, Matthias Pannes, Urban Pappi, Sascha Rex, Barbara Schleihagen, Berndt Schmidt, Dagmar Schmidt, Pamela Schobeß, Alexander Skipis, Robert Staats, Benjamin Strasser, Birgit Maria Sturm, Sylvia Willkomm, Sandra Winzer und Marc Wohlrabe

In Zeiten der Distanz sozial, solidarisch und systemrelevant bleiben Ein Lagebericht zum Theater während der Pandemie

Ulrich Khuon und Birgit Lengers — Politik und Kultur 4/2020

Die ungeheure Dynamik der Entwicklung der letzten Tage ist beispiellos: Vor zwei Wochen habe ich dem russisch-deutschen Ensemble zur Premiere von »Decamerone« – was man als Ironie des Schicksals interpretieren könnte – noch über die Schulter gespuckt, drei Tage danach wurde das Deutsche Theater fürs Publikum geschlossen und eine weitere Woche später alle Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt. Morgen verliert an Gültigkeit, was heute maßgeblich war und gestern noch undenkbar erschien. Es geht, wie Angela Merkel es formuliert, darum, »in der Lage zu lernen«. Deshalb können heute kaum valide Einschätzungen darüber erfolgen, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft haben wird. Was man jedoch schon jetzt angesichts der auf unbekannte Zeit geschlossenen Häuser sagen kann, ist, dass der Effekt gewaltig sein wird - und zwar auf unterschiedlichen Ebenen: psychologisch, ökonomisch und gesellschaftspolitisch.

Keine andere Kulturform ist wie das Theater betroffen, da hier soziale und physische Nähe systemimmanent sind: Theater als Kunstform entsteht und existiert in der unmittelbaren zwischenmenschlichen Interaktion, in leiblicher Kopräsenz. »Soziale Distanz« wird folglich zum Todesurteil. Das bedeutet, dass wir unsere zentrale Aufgabe, ein

soziales und ästhetisches Zentrum der Städte zu sein, nicht mehr wie gewohnt ausüben können. Wir arbeiten entgegen unseren Energien gerade am eigenen Verschwinden bzw. »under cover« weiter – vorübergehend natürlich. Das ist schwer auszuhalten, weil wir alle große Lust haben und unsere Häuser darauf ausgelegt sind, mit dem Publikum als Kollektiv in einen direkten Dialog zu treten. Diese Kunstproduktion und -präsentation muss nun kalkuliert runtergefahren werden. Das muss sehr gut kommuniziert und abgestimmt werden mit Wissenschaft und Politik, mit den anderen Häusern und Kollegen und natürlich mit den eigenen Mitarbeitern und Gästen.

Andererseits ist es wichtig, in der gesellschaftlichen Wahrnehmung präsent und handlungsfähig zu bleiben, alternative Formate zu entwickeln und die Planungen für die Zeit nach der Krise voranzutreiben. Zunächst muss die Kommunikation intern und extern in den digitalen Raum verlegt werden. Alle Theater denken über Möglichkeiten nach, Inhalte digital zur Verfügung zu stellen, ob live gestreamt oder über Aufzeichnungen. Viele praktizieren dies schon, es gibt auch meist spontan entstandene Formate in den sozialen Medien. Das sind natürlich keine Einnahmequellen, sondern vor allem experimentelle Lebenszeichen, um mit unserem Publikum in Kontakt zu bleiben. Wir sind jetzt aufgefordert, auch angesichts der brachliegenden kreativen Ressourcen, über andere, virtuelle Bühnen und Kommunikationsformen nachzudenken. Wie können beispielsweise Festivals und internationaler Austausch im Netz stattfinden?

Wir lernen als Gesellschaft gerade, wie man über Distanz zusammenhalten kann – sozial, kreativ und solidarisch zu sein. Doch nicht nur im jetzigen Ausnahmezustand müssen die Theater ihre Souveränität behalten, sondern auch die Zeit nach der Krise müssen wir mitdefinieren können. Um diese Handlungsfähigkeit zu bewahren, müssen Strukturen und Arbeitsplätze während der Schließung erhalten bleiben. Finanziell kann man die Folgen berechnen, öffentlich getragene Theater müssen 11 bis 22 % ihres Etats selbst aufbringen, und diese Summe fällt jetzt weg. Bei den Privattheatern und den Freien Gruppen ist der Anteil dramatisch höher.

Je länger die Schließung dauert, desto gravierender sind die finanziellen Einbußen, die Letztgenannten trifft es ohne öffentliche Förderungen und größere Rücklagen ganz unmittelbar und existenziell. Natürlich ist jedes Theater aufgefordert, Einbußen zu minimieren, aber ich halte es für wichtig, dass die öffentlich finanzierten Theater sowohl an ihre festen wie auch ihre freien Mitarbeiter die Zusage geben, zu ihren Verabredungen zu stehen, und auch dort, wo juristische Lücken sind, kulant zu sein. Kulanz hat politische Signalwirkung.

Zugleich ist es wichtig, dass die Politik mit Nothilfen, Ausfallhonoraren und Fonds dem Theater unterstützend zur Seite steht. Politisch stimmen die Signale optimistisch: Staatsministerin Monika Grütters hat sich entsprechend geäußert, auch die Minister auf Bundes- und Länderebene beziehen in ihren derzeitigen Statements Kulturschaffende mit ein. Das zeigt: Die Kultur ist im Bewusstsein. Entscheidend ist jedoch, dass die Kulturpoli-

tik jetzt, wo Rettungspakete in Milliardenhöhe verabschiedet werden, um die Wirtschaft und das Gesundheitssystem zu stabilisieren, mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen deutlich macht, dass Kunst kein verzichtbares Luxusprodukt ist. Theater ist für eine Kulturnation systemrelevant.

Gerade in der Krise ist das Theater unverzichtbar. Wie keine andere Kunstform ist es trainiert, produktiv Routinen zu unterbrechen und einen Diskurs- und Möglichkeitsraum zu eröffnen, um Gesellschaft ästhetisch zu reflektieren und neu zu entwerfen. Im Augenblick sind die Theater zwar selbst beim Proben, Produzieren und Präsentieren unterbrochen, was für alle Beteiligten eine herausfordernde Lernerfahrung ist. Doch Kulturschaffen zeigt sich nicht nur in Produktionen. Theatermacher denken, lesen, diskutieren, schreiben, planen, konzipieren und erfinden weiter, spielen Utopien und Dystopien durch und setzen sich dabei mit dem, was gerade geschieht und alle überfordert, auseinander. Kunst kann einerseits produktive Distanz und andererseits Empathie herstellen. Beides werden wir dringend brauchen, wenn wir uns mit den gesellschaftlichen Konsequenzen auseinandersetzen. So wie gerade im globalen Kampf gegen den gemeinsamen Feind sehr unterschiedliche politische Kulturen sichtbar werden, so bietet diese Pandemie den Feinden einer offenen Gesellschaft. den Kritikern der Globalisierung, der europäischen Idee, den Gegnern von Freiheitsrechten, offenen Grenzen und Liberalismus neuen Stoff. Das kann gefährlich werden für die Demokratie. Hier braucht es starke Gegenstimmen und künstlerische Visionen. Jetzt ist die Stunde der Exekutive, aber nach der Krise wird das Theater unverzichtbar für die Gesellschaft sein. Deshalb muss die Politik es ietzt unterstützen.

Devise: Spielbereit seinWie ist es um die deutschen Bühnen bestellt?

Marc Grandmontagne — Politik & Kultur 3/2021

Die Situation im Monat vier des zweiten Corona-Lockdowns ist eine Zumutung, keine Frage, auch wenn andere an dieser Stelle mehr Grund zur Klage hätten: Freie und selbständige Künstlerinnen und Künstler, Szenografinnen und Szenografen, freie Gruppen und Kollektive und all jene, die mit mehr Herzblut als Geld Theater produzieren oder Musik machen. Aber auch für Theaterverlage und Autorinnen und Autoren ist es eine schwierige, teils existenzgefährdende Zeit. Sie alle sind mit den öffentlichen Theatern, Konzerthäusern und Opern, auch den Privattheatern verbunden - keine Produktion eines Hauses kommt ohne sie aus: Ohne Autorin oder Autor kein Stück, ohne Verlag keine Bühnenrechte, ohne Szenografinnen und Szenografen kein Bühnenbild oder Kostüm und ohne Künstlerinnen und Künstler geht sowieso gar nichts. Dabei ist die Situation für die »institutionalisierte« Darstellende Kunst zunächst deutlich besser: Die öffentlichen Häuser arbeiten dank öffentlicher Förderung weiter. Durch die Ausweitung der Kurzarbeit und den Übertrag der Kurzarbeit auf die Theater und Orchester mittels Tarifvertrag können auch zum ersten Mal in diesem Bereich signifikant Schutzmaßnahmen getroffen werden. Auch die Privattheater sind in Kurzarbeit, zudem stellt der Bund dankenswerterweise über das Programm Neustart Kultur Hilfsgelder zur Verfügung, von dem auch Privattheater und Gastspielhäuser profitieren können. Die Länder und Kommunen haben ebenfalls in den letzten Monaten Hilfsprogramme aufgelegt, um Schäden zu verhindern. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern haben wir hier eine bessere Situation. Allerdings gibt es auch noch viel zu tun: Manches ruckelt mehr schlecht als recht in diesen Programmen, viele potenzielle Antragstellerinnen und -steller sind durch formale Kriterien ausgeschlossen, weil das Haushaltsrecht, zumal des Bundes, teils unüberwindliche Hürden aufstellt. Bei so manchen kommt gar nicht erst etwas an und wir alle haben in den letzten Monaten gelernt, dass eine der größten Hausaufgaben die ist, unsere staatlichen Sozialsysteme mit den Komplexitäten künstlerischer Erwerbsbiografien von Freien und Selbständigen zu versöhnen.

Jenseits dessen wird im Rahmen des Möglichen noch geprobt, damit sich der Vorhang hebt, sobald es wieder losgehen kann. Spielbereit sein lautet die Devise. Wann genau das wieder möglich sein wird, ist völlig unklar. Und genau das muss sich ändern. Seit die Pandemie ausgebrochen ist, haben die Theater und Orchester, aber auch der Bühnenverein, den politischen Kurs mitgetragen und unterstützt. Ein leistungsfähiges Gesund-

heitssystem ist kein Gut, was man so einfach aufs Spiel setzt. Allerdings drängt sich allmählich der Verdacht auf, dass es an einem Plan fehlt, wie die jetzige Situation wieder beendet werden kann. Auch der dafür notwendige Mut ist nirgendwo ersichtlich. Die Impfungen schreiten (zu) langsam voran, Virusmutationen werden uns auch zukünftig begleiten. Umso mehr müssen alle Register gezogen werden, um schrittweise Normalisierung zu ermöglichen: Neben der AHA+L-Regel wird zu wenig getestet und während in anderen Ländern seit Monaten Schnelltests in Massen zur Verfügung stehen, wird in Deutschland lieber darüber diskutiert, warum das nicht sinnvoll ist, da die Fehlerquote höher ist als bei PCR-Tests. Am Ende steht und fällt alles mit den meist noch analogen Kapazitäten der Gesundheitsämter, weil deren Digitalisierung nicht entschieden genug vorangetrieben wurde (und wird), und dank des nimmermüden Einsatzes von Datenschützern ist die teure Corona-Warn-App der Bundesregierung vollkommen ungeeignet, das zu leisten, was sie soll. Ob das alles zu Ende gedacht ist, kann man sich fragen. Und so verharren wir spielbereit, mit hochgerüsteten Lüftungssystemen, komplexen Hygienekonzepten und Bergen von Neuproduktionen und müssen mit ansehen, wie die Kollateralschäden in der Gesellschaft langsam, aber sicher den Nutzen der Pandemiebekämpfung zu überwiegen beginnen. Es ist Zeit für einen Plan und mehr Mut zur Differenzierung, wo die wirklichen Infektionsquellen lauern.

Die Theater brauchen jetzt PlanungssicherheitWie geht es weiter mit unseren Bühnen?

Melanie Bernstein — Politik & Kultur 6/2020

Die Krise um die Ausbreitung des Coronavirus betrifft das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland und der Welt. Angesichts der bestehenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung liegt es natürlich in der Natur der Sache, dass Kulturbetriebe unmittelbar betroffen sind, da sich hier Abstandsregeln nur schwer einhalten lassen. Eine Theateraufführung kann nicht im Homeoffice stattfinden. Jeder Kulturbetrieb lebt davon, dass Menschen in ihrer Freizeit gemeinsam Schönes genießen möchten und dazu natürlich auch finanziell in der Lage sein müssen. Beides, die Möglichkeit zum kulturellen Genuss, aber auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind derzeit akut bedroht.

Seit vielen Jahren engagiere ich mich neben meiner Arbeit als Abgeordnete des Deutschen Bundestages ehrenamtlich als Vorsitzende des Programmbeirats für das »Kleine Theater am Markt« in Wahlstedt. Die Spielzeit im Kleinen Theater beginnt jedes Jahr im Herbst und endet im April/Mai. Somit waren auch wir von der sofortigen Einstellung des Spielbetriebes nach Veröffentlichung des entsprechenden Erlasses des Landes Schleswig-Holstein betroffen. Frei verkäufliche Veranstaltungen und auch sämtliche Theaterabende im Rahmen unseres Schauspiel-Abos mussten ausfallen.

Die Planung der Spielzeit für die Saison 2020/2021 war zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen, das Programmheft wäre unter normalen Umständen heute bereits gedruckt und versandt. Karten für die folgende Spielzeit verkaufen wir traditionell ab dem 1. Iuni eines jeden Jahres – persönlich im Theater oder in zunehmendem Maße über unsere Internetpräsenz. Die Fragen, die mich und alle anderen ehrenamtlich Engagierten in erster Linie beschäftigen, sind: Wie geht es nun weiter? Reicht es, den Vorverkauf auf September zu verschieben? Können wir unser Theater zum Herbst wieder wie gewohnt öffnen? Mit welchen langfristigen Folgen müssen wir rechnen?

Wir brauchen vor allem Planungssicherheit: Für uns, für unsere Zuschauer, aber auch für unsere Partner, wie die Technikfirma, die für Licht und Ton sorgt. Das gilt natürlich auch für unseren hauptamtlichen Bühnenmeister, für die Agenturen, mit denen wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten, und natürlich für die vielen Künstler, die bei uns auftreten und die uns besonders am Herzen liegen. Wie also geht es im Herbst weiter? Im Grunde gibt es nach meinem Verständnis zwei Möglichkeiten:

Die Einrichtung eines Spielbetriebs mit Hygieneauflagen

Unser Haus hat 400 Plätze. Bei Einhaltung der momentan überall gültigen Hygieneregelungen – 1,5 Meter Abstand, »Einbahnstraßenregelung« in den Gängen, getrennter Einund Ausgang – könnten wir noch ca. 60 Karten pro Vorstellung verkaufen, unser Haus also nicht einmal zu einem Viertel auslasten. Damit wäre für uns keine einzige Veranstaltung auch nur annähernd kostendeckend durchführbar. Das ist die Realität.

Für die Vorstandsmitglieder des Vereins würde das unter Umständen eine Haftung mit ihrem Privatvermögen nach sich ziehen. Wie soll man unter diesen Umständen und mit dieser »Gefahr im Verzug« Menschen finden, die sich ehrenamtlich engagieren und die Strukturen weiterhin aufrechterhalten? Für diese Fragen habe ich und haben wir bis dato keine zufriedenstellende Lösung gefunden.

Absage der Veranstaltungen bis auf Weiteres

Wie jedes Gastspielhaus optionieren bzw. buchen wir unsere Veranstaltungen ein bis anderthalb Jahre vor dem Tag der Aufführung. Für die kommende Spielzeit sind damit bereits viele Verträge unterschrieben. Eine Absage der Saison wäre also – ohne eine behördliche Anordnung, die uns die Öffnung des Theaters untersagt – mit der Zahlung von Konventionalstrafen verbunden. Auch dies stünde einem künftigen kostendeckenden Betrieb des Theaters natürlich entgegen.

Beide Alternativen, also der Betrieb mit dem Wissen, dass am Ende der Spielzeit ein großer finanzieller Verlust zu verbuchen wäre oder die Zahlung der Konventionalstrafen im hohen fünfstelligen Bereich, wären finanziell kaum zu verkraften. Dabei wollen wir doch öffnen! Es ist uns klar, dass wir der Kultur nur dann eine wirkliche Perspektive bieten können, wenn wir allen, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, die Ausübung ihres Berufes zu fairen und sicheren Bedingungen ermöglichen. Der Erhalt der Strukturen und der Schutz unserer Künstlerinnen und Künstler müssen für uns an erster Stelle stehen!

Diese traurige Faktenlage führt mich zu folgenden Überlegungen: Bisher hat das Kleine Theater in Wahlstedt eine Auslastung von über 90 %. Viele unserer Zuschauerinnen und Zuschauer sind über 60 Jahre alt und gehören damit zur definierten Risikogruppe, die wir besonders vor einer Corona-Infektion schützen müssen. Wird unser Publikum wie gewohnt von unserem Angebot Gebrauch machen oder wird sich angesichts des gesundheitlichen Risikos das Kartenkaufverhalten ändern? Werden Theaterbesuche langfristig geplant? Macht das Angebot von drei Schauspielabonnements weiterhin Sinn?

Unsere nächste Spielzeit ist fertig konzipiert. Für den Fall, dass wir alle Veranstaltungen durchführen können, stellt sich die Frage, ob gebuchte Produktionen bis dahin realisiert und aufgeführt werden können. Proben waren jetzt für eine lange Zeit unmöglich, die finanzielle Situation der Agenturen und Tourneetheater ist zum Teil mehr als angespannt. Wie sollen wir in einer solch ungeklärten Situation einen Kartenvorverkauf starten?

Unser Ziel muss es sein, die kulturelle Infrastruktur langfristig zu sichern und dafür zu sorgen, dass Theater und Spielstätten finanziell in die Lage versetzt werden, den Spielbetrieb auch unter eingeschränkten Rahmenbedingungen und einer deutlich reduzierten Auslastung durchführen zu können. Dafür setze ich mich auch auf der politischen Ebene ein.

Das Kleine Theater am Markt bietet seinen Besuchern ein abwechslungsreiches Programm mit etwa 60 Vorstellungen – darunter drei Schauspielabonnements mit insgesamt

14 Vorstellungen sowie zusätzliche Kabarett-, Musical-, A-capella- und Musikveranstaltungen mit namhaften Einzelkünstlern und Ensembles. Unser Publikum kommt aus ganz Schleswig-Holstein, vor allem jedoch aus dem ländlichen Raum zwischen Hamburg, Lübeck und Kiel.

Was uns ausmacht, ist, dass wir hochwertige Theatergastspiele und Produktionen auf dem Land anbieten, für die man nicht mit dem Auto in die nächste große Stadt fahren muss. Der öffentliche Nahverkehr bietet oft keine passenden Verbindungen nach den Vorstellungen zurück nach Hause.

Auch durch meine Arbeit für das Kleine Theater in Wahlstedt bin ich also täglich sehr konkret von den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich betroffen und im ständigen Gespräch mit Kulturschaffenden, Agenturen und anderen Kulturinstitutionen. Ich kenne die Probleme der Theaterbranche, vor allem die der Theatergastspiele, sehr gut. Meine Erfahrungen aus diesem Bereich fließen natürlich in meine Arbeit im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag ein. Meine hier dargelegten Punkte klingen nicht sehr optimistisch. Ich kann nur dafür werben, dass wir alle gemeinsam ein Bewusstsein entwickeln, dass das Wort »Krise« tatsächlich auch verinnerlicht wird. Kennzeichen einer solchen ist, dass wir eben härter als sonst arbeiten müssen, um Erreichtes zu sichern, dass wir gemeinsam kämpfen müssen, um unsere lieb gewonnenen Einrichtungen zu bewahren, und dass wir gemeinsam über diese nicht leichte Zeit kommen. Wie das im Einzelfall funktionieren kann, ist eine Frage, für deren Beantwortung ich für jeden konstruktiven Vorschlag dankbar bin.

Zurückgewinnung von Zuschauern

Berndt Schmidt im Gespräch mit Hans Jessen — Politik & Kultur 3/2021

Expertinnen und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen haben ein gemeinsames modulares Konzept mit Blick auf eine kontrollierte Rückkehr von Zuschauern und Gästen zu Veranstaltungen entwickelt. Das Diskussionspapier »Schrittweise Rückkehr von Zuschauern und Gästen – Ein integrierter Ansatz für Kultur und Sport« wird von mehr als 40 führenden Einrichtungen und Organisationen aus den Bereichen Kultur und Sport unterstützt. Darunter auch der Friedrichstadt-Palast Berlin. Der Intendant Berndt Schmidt gibt im Gespräch mit Hans Iessen Auskunft.

Herr Schmidt, der Friedrichstadt-Palast ist eine Bühne des Landes Berlin. Bedeutet das finanzielle Sicherheit in der Krise? Traditionell erwirtschaften Sie 80 % des Etats durch eigene Einnahmen. Die fehlen jetzt – insgesamt 24 Millionen aus den letzten zwölf Monaten. Wurde das durch Geld aus öffentlichen Kassen kompensiert – oder mussten Sie Kosten reduzieren z.B. durch Entlassungen?

Die 24 Millionen fehlen uns, allerdings: Wir sind schon kurz nach Einstellung des Spielbetriebs, Ende März 2020, in Kurzarbeit gegangen – dann übernimmt die Bundesagentur für Arbeit die Gehälter. Wir hatten deutliche Einspareffekte, die man zu den fehlenden Millionen in Relation setzen muss. Bisher sind wir ohne Entlassungen durchgekommen, allerdings besetzen wir derzeit frei werdende Stellen nicht neu. Staatliche Bühnen stehen durch ihre Gesellschafter finanziell anders und besser da als freie und private Bühnen. Für die gibt es zwar auch Fördertöpfe, aber man muss schon sagen, dass die staatliche Trägerschaft ein Vorteil ist.

Sie haben sich zusammengeschlossen mit Dachverbänden des Sports und der Gastronomie und ein Diskussionspapier vorgelegt: »Rückkehr von Zuschauern und Gästen – Ein integrierter Ansatz für Kultur und Sport«. Wie kam dieses ungewöhnliche Bündnis zustande?

Aus Perspektive der Bühnen betrachtet: Berufssportler – das sind nicht nur Fußballer, sondern auch Basketballer, Wintersportler, Ringer und viele andere – durften schon kurz nach Ende des ersten Lockdowns wieder unter Normalbedingungen trainieren, wenn PCR-Corona-Screenings installiert waren. Wir haben gesagt: Unsere Tänzerinnen und Tänzer sind auch Berufssportler. Profitanz ist Profisport. Wenn Tänzerinnen und Tänzer oft mit 35 oder 40 ihre aktive Karriere beenden, weil es nicht mehr geht, dann haben sie ihre

Körper geschunden wie Leistungssportler. Wir wollen, dass für sie die gleichen Bedingungen gelten. Deswegen haben wir die seit einem Jahr im Berufssport erprobten Konzepte auf den Tanz übertragen. Zweiter Verbindungspunkt: Indoor-Sportveranstaltungen etwa im Handball oder Basketball weisen Parallelen auf zu kulturellen Indoor-Veranstaltungen wie etwa Theater oder Oper. Also versuchen wir auch da, ähnliche Regelungen zu finden. Besucher sind Besucher, da muss es Regeln geben für An- und Abreise.

Von wem ging die Initiative für diese Kooperation aus? Wer ist auf wen zugegangen?

Wir haben festgestellt, dass sich in der Tanzwelt kaum etwas bewegte. Es gab eine Art Schockstarre nach der ersten Welle. Dann kamen unglaublich kulturfeindliche Vorschläge, die unsere Kunst gar nicht mehr erlaubt haben. Abstände von drei bis sechs Metern zwischen den einzelnen Tänzern wurden diskutiert. Auf diese Weise kann ich vielleicht ein Cardio-Training machen, aber überhaupt nicht choreografisch arbeiten, in einen Riesenballettsaal kriegen Sie vielleicht acht Leute. Wir wunderten uns, dass es da überhaupt nicht weiterging und haben uns entschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Sechs Institutionen haben sich zusammengeschlossen: Staatsballett Berlin, Volksbühne, Sasha Waltz & Guests, Hebbel am Ufer, Friedrichstadt-Palast, Maxim Gorki Theater. Wir sind zu Professor Wohlfarth an der Charité, dem Arzt der Olympiamannschaft. Er hat uns Dr. Kainzinger empfohlen, der für den Leistungssport, die großen Profiligen, Gesundheitskonzepte entwickelt hatte. Mit ihm haben wir vier Monate lang Transfermöglichkeiten für den Tanz erarbeitet. Das »Berliner Modell Tanz«, mit dem arbeiten wir jetzt im Probenbetrieb auf der Bühne.

Ihre jetzige Initiative heißt: »Zurückgewinnung von Zuschauern«. Ist das, nach dem Konzept für die Tänzer und Tänzerinnen, nun der Hygieneplan fürs Publikum?

Richtig. Für alle, die auf der Bühne arbeiten, machen wir regelmäßige PCR-Tests in enger Taktung. Das kann ich mit Gästen natürlich nicht machen. Das Diskussionspapier ist ein schrittweises Konzept. Die Basisstufe gilt für nicht so große, nicht besonders gut belüftete Räume, mit Auslastungen von 20 bis 30 % bei durchgehender Maskenpflicht.

Die nächste Stufe betrifft große Räume mit leistungsfähigen Lüftungsanlagen, die Frischluft zuführen. Solche Räume können mit 30 bis 40 % ausgelastet werden. Wenn man das in der 3. Stufe mit Antigen-Schnelltests kombiniert, könnte man dort bis hin zur Vollauslastung Publikum zulassen.

Die Schließungen der Kultureinrichtungen wie auch der Gastronomie wurden allerdings damit begründet, dass das Infektionsrisiko in körperlicher Nähe bei An- und Abfahrt bestehe. Das bekommen Sie mit Ihrem Konzept doch aber nicht in den Griff?

Stimmt, die Politik setzt im Moment auf Mobilitätseinschränkung. Die Leute sollen zu Hause bleiben, man möchte ihnen gar keine Anreize geben, das Haus zu verlassen. Aber ich denke, allen ist klar, dass solche Konzepte nicht ewig durchzuhalten sind. Man kann das nicht noch drei oder vier Monate durchziehen, die Leute würden irgendwann doch auf die Barrikaden gehen. Man muss jetzt Angebote machen - unser Vorschlag sieht übrigens nicht vor, abrupt damit anzufangen. Allen ist klar, dass solche Öffnungsschritte nicht vor April möglich sein werden. Im April wissen wir auch mehr über die Mutanten des Virus, wir können dann auch vergleichen mit Österreich, wo ja bei einer höheren Inzidenz

gelockert werden soll. Unsere Initiative wirbt auch dafür, mehr zu betrachten als nur die Inzidenz. Man könnte auch einen komplexeren Modus machen, in dem neben der Inzidenz auch die Impfquoten und die Auslastung des Gesundheitssystems und die Todesfallquoten erfasst werden. Wenn diese Indikatoren in gefährliche Richtungen weisen, ist klar, dass man die Öffnungsschritte wieder zurücknehmen muss. Unser Konzept lautet nicht: Wir machen jetzt auf und nie wieder zu, sondern: Wenn es Spielräume gibt, spielen wir, wenn die Spielräume eng werden, dann geht's nicht mehr.

Wie sind die Reaktionen aus der Politik auf Ihre Initiative? Bislang fährt die Politik, wie schon angesprochen, mehrheitlich einen eher rigiden Kurs der Mobilitätsreduzierung und hält die Kultureinrichtungen geschlossen.

Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer gehört eher zur vorsichtigen Seite, aber dennoch möchte er natürlich Kultur im verantwortungsvollen Rahmen ermöglichen. Seine Kulturverwaltung war beteiligt an der Entwicklung des »Berliner Modell Tanz« und steht dazu. Klaus Lederer, der zurzeit ja auch Vorsitzender der Kultur-Ministerkonferenz ist, steht nach meinem Eindruck auch hinter unserem Öffnungskonzept. Er scheint im Moment abwartend, weil er auch nicht weiß. wie die Gefährlichkeit der Mutationen sich entwickelt. Aber er unterstützt das Konzept, weil er weiß, dass wir in der Kultur wieder etwas machen müssen -immer unter der Voraussetzung, dass die Entwicklung der Pandemie diese Spielräume auch hergibt. In Berlin sind wir insofern auf der sicheren Seite, als wir Theaterleiterinnen und -leiter im Gespräch mit dem Kultursenator gemeinsam erklärt haben, dass wir vor Ostern sowieso nicht an den Start gehen. Faktisch bedeutet das wohl bis nach den Osterferien, bis dahin sind es von heute aus rund zwei Monate.

Sie verfolgen auch die Diskussion zwischen Wissenschaft und Politik über den Umgang mit der Pandemie. Eine Gruppe von Fachwissenschaftlern wirbt für die »No-Covid-Strategie«. Sie besagt, dass zunächst durch eine längere Restriktionsphase die Inzidenz unter 10 gebracht werden müsse, ehe Lockerungen möglich wären – ansonsten drohe ein ewiges Lockdown-Jo-Jo zwischen Öffnungen und Schließungen. Wie nehmen Sie diese Diskussion wahr? Wenn das eine Strategie gewesen wäre ab März/April 2020, hätte ich gesagt: Das ist extrem klug. Im vierten Monat eines zweiten Lockdowns im Februar 2021 mit solchen Konzepten zu kommen, ist wirklichkeitsfremd. Deutschland hat neun Nachbarstaaten mit sehr unterschiedlichen Corona-Konzepten. Die Grenzen sind und bleiben durchlässig. Es gibt Berufspendler und Warenverkehr. Inzidenzen unter 10 sind Labor-Überlegungen. Ich kann dem Gedanken eigentlich viel abgewinnen. Ich kenne die Interviews der Virologin Professor Brinkmann dazu. Kluge Überlegungen – vor einem Jahr wäre es machbar gewesen. Im letzten Sommer waren wir fast an dem Punkt, im Osten war Deutschland annähernd coronafrei, man hätte die Möglichkeit nutzen können, um durch geeignete Maßnahmen eine zweite Welle zu verhindern. Jetzt haben wir in iedem kleinen Ort Corona, deswegen glaube ich, die Fixierung auf die Inzidenz wird nicht mehr lange zu halten sein, ich vermute, wir werden spätestens im Frühiahr andere Entscheidungsmatrixen haben, die nicht allein auf Inzidenzen beruhen. Wenn wir sagen: Unter 10, würde das doch bedeuten, dass Theater in diesem Jahr gar nicht mehr aufmachen.

Wie sieht die Perspektive für Ihr Haus, den Friedrichstadt-Palast, aus, wenn – aus welchen Gründen auch immer –

Ihr Modell der stufenweisen Öffnung doch nicht realisiert werden kann?

Ich denke, dass es gemacht werden muss. Ich habe den Eindruck, dass in der Mehrzahl der Bühneneinrichtungen die Leute es nicht hinnehmen würden, wenn sie deutlich über ein Jahr geschlossen wären. Sie würden irgendwann revoltieren. Ich kenne Theaterleiter, die berichten, dass in ihren Ensembles langsam die Stimmung kippt. Dort finden auch Polarisierungen statt: zwischen denen, die vorsichtig sein wollen, weil sie Angst um die Gesundheit haben, und anderen, die sagen: »Lasst uns die Bühne kapern, wir machen einfach wieder auf. Wir haben ein Recht zu spielen.« Die Politik muss nach meinem Eindruck ietzt etwas machen. Wenn sie sagen würde: »Wir bleiben jetzt zu bis August«, also praktisch die Spielzeit aufgeben - ich glaube, die Leute würden das nicht akzeptieren. Wir sprechen ja nicht von Vollauslastung, aber man muss Angebote machen. Es darf nicht daran scheitern, ein paar Hundert Leute in große Säle hereinzulassen. Oder wenn ietzt Museen offen wären: Selbst wenn in eine große Ausstellungshalle nur 50 Leute dürften – dann ist das eben so. Aber ich hätte doch das Gefühl: Ich tue etwas für meinen Intellekt, für meinen Geist. Konkret für uns als Friedrichstadt-Palast: Wir denken, dass das erste halbe Jahr sehr wackelig würde und haben uns entschlossen, erst im August mit einer neuen Produktion wieder zu öffnen, die wir aber ab April bis Juli produzieren wollen. Wir wären ab dann im Probenbetrieb unter den oben skizzierten sicheren Bedingungen und würden im August anfangen zu spielen. Insofern sind wir raus aus der Problematik: sofort aufmachen. Aber ich als Staatsbürger und Kulturschaffender sage: Es muss ein kulturelles Angebot geben. Nullkommanull geht nicht. 100 % geht auch nicht. Vielleicht geht 50 % im Moment noch nicht mal. Aber irgendetwas muss gehen.

Wir brauchen Scham und Ironie

Ulrich Khuon im Gespräch mit Ludwig Greven — Politik & Kultur 3/2021

Ludwig Greven spricht mit dem Intendanten des Deutschen Theaters Berlin per Zoom über Perspektiven für die Bühnen nach der Pandemie und die Empfindsamkeit von Künstlerinnen und Schauspielern.

Sie seien eigentlich zu nett für einen Intendanten, schrieb die Süddeutsche Zeitung zu Ihrem 70. Geburtstag Ende Januar. Müssen Sie als Vertreter der deutschen Bühnen lauter werden, um sich und der Kultur in der Corona-Krise Gehör zu verschaffen?

Eruptive Menschen haben vielleicht kurzfristig mehr Erfolg. Aber ich glaube, dass sich meine ruhigere Art auch in dieser Krise bewährt hat. Seit Beginn der Pandemie vor einem Jahr haben wir als Deutscher Bühnenverein und als Intendanten unablässig unsere Forderungen vorgebracht und einiges erreicht, z. B. dass wir im vergangenen Sommer spielen durften. Der Minilockdown im November allerdings hat nur uns und den Gastronomen geschadet, ohne etwas zu bewirken. Tagsüber war die Hölle los, um 18 Uhr gingen die Rollläden runter. Davor haben wir gewarnt, aber die Politik hat anders entschieden. Nun ist praktisch die halbe Spielzeit weg.

Auch bei der vorsichtigen Öffnungsperspektive wird der Kulturbereich wie-

der hintenangesetzt. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will z. B. erst die Läden und Gärtnereien öffnen.

Was diejenigen, die die Macht besitzen, wirklich denken, kann man in diesen Tagen gut erkennen. Eine Oualität und Eigenart der Künste ist ihre Machtlosigkeit. Die Kultur hat eine leise Stimme. In einer Gesellschaft. in der nur gehört wird, wer am lautesten schreit, kommen wir gegen die Tourismusund Autoindustrie nicht an. Aber schon Bertolt Brecht hat gesagt, dass das weiche Wasser den mächtigen Stein besiegt. Darauf vertraue ich. Es hat immer wieder Phasen gegeben, in denen die Kultur unter Druck stand. Doch seit dem Krieg ist sie in Wellenbewegung erstarkt – bis Corona kam. Bis dahin waren die Theater und Opernhäuser so stabil wie nie zuvor, auch weil es der öffentlichen Hand gut ging. Es gibt kein anderes Land mit einer so ausgebauten, mit der Freien Szene verknüpften Theaterlandschaft. Langfristig macht es sich bezahlt, hartnäckig zu bleiben und auch mal Umwege zu gehen.

Immerhin bekommen die Theater großzügige finanzielle Unterstützung.

Die Politik schützt uns dadurch, wenn auch unterschiedlich. Und uns schützt, dass wir feste Häuser haben. Es ist schwerer, diese zu zerstören als Gruppen, denen man nur für bestimmte Zeiträume Zuwendungsgarantien gibt. Dass die Kultur aber bei der Öffnungsstrategie wieder ganz an den Schluss gestellt wird, ist ein Debakel. Dabei werden wir von Wissenschaftlern gestützt, die bestätigen, dass vom Theaterbesuch so gut wie keine Infektionsgefahr ausgeht.

Was bewirkt es bei den Schauspielerinnen und Schauspielern, bei den Dramaturginnen und Regisseuren, wenn sie über Monate allenfalls virtuell auftreten und inszenieren können?

Die Künstlerinnen und Künstler sind so zerrissen wie die übrige Gesellschaft auch. Ihnen fehlt ihr Wirkungsraum, gleichzeitig haben sie Ängste. Ich beobachte in meinem Ensemble alle Schattierungen von »ich will gar nicht mehr raus« bis »ich will morgen auf die Bühne«. Wenn man viel zu Hause ist, wächst die Angst. Man kann sie gut bearbeiten, wenn die Praxis gelingt. Seit dem Lockdown bin ich jeden Tag im Theater. Wenn ich merke, dass die Hygiene- und Abstandsregeln funktionieren, macht mich das vertrauensvoller, als wenn ich nur daheim wäre und ab und zu auf den Balkon ginge. Für Künstler ist ihre Arbeit noch existenzieller als in vielen anderen Berufen. Aber da sie, wie Martin Walser mal gesagt hat, besonders typische Menschen sind, sensibler, hellhöriger, sind viele mit Blick auf das Virus auch ängstlicher. Meine Hauptaufgabe ist im Moment dafür zu sorgen, dass wir nicht auseinanderstreben, sondern handlungsfähig bleiben. Viel zu kommunizieren und durch Konzepte, die gut funktionieren, Ruhe reinzubringen. Wir proben. Jetzt müssen wir es nur noch aufführen dürfen.

Machen Sie Schnelltests bei den Proben?

Damit fangen wir gerade an. Wir haben Inszenierungen auf Abstand gemacht, wir tauschen die Luft aus. Die Tests steigern das Sicherheitsgefühl, auch deshalb machen wir das. Aber die Hygieneregeln sind wichtiger.

Die angestellten Schauspieler der großen Häuser müssen anders als freie Darsteller und Künstler nicht um ihre Stellen und Existenz bangen. Fühlen Sie sich auch für die verantwortlich?

Als Deutscher Bühnenverein haben wir ab der ersten Minute an die Theater appelliert, juristisch abgesichert: Zahlt eure Gastdarstellerinnen und Gastdarsteller, mit denen ihr Verabredungen habt, bezieht euch nicht auf höhere Gewalt. Wenn man in einem Vertragsund Vertrauensverhältnis ist, muss man auch entsprechend handeln. Die Solidargemeinschaft mit denen, mit denen wir arbeiten, nehmen wir ernst. Die meisten Theater haben das gemacht. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Das ist allerdings auch ein Grund, weshalb wir darauf drängen, wieder spielen zu dürfen. Sobald wir Stücke ansetzen können, können wir auch wieder Verträge mit freien Künstlerinnen und Künstlern und Sängerinnen und Sängern machen.

Weil Sie sie brauchen?

Es gibt mehr Menschen, die Kunst machen wollen als an Theatern, Konzert- und Opernhäusern spielen können. Aber das darf man nicht ausnutzen. Die tiefe Zerstrittenheit von etablierten Häusern und der Freien Szene in den 1990er Jahren war unfruchtbar und zerstörerisch. Das haben wir gemeinsam verbessert. Heute ist es viel durchlässiger. Wir müssen daran arbeiten, schnell wieder dahin zu kommen.

Welche finanziellen Auswirkungen hat die Schließung für Ihr Haus?

Wir haben deutlich weniger eingenommen. Dafür haben wir eine Ausgleichszahlung vom Berliner Senat bekommen. Es gibt jedoch Häuser, z.B. in München – à propos Söder –, denen mitgeteilt wurde, dass sie weniger Zuschuss bekommen. Wir werden die Folgen der Pandemie noch über Jahre spüren. Wir müssen um jedes Haus kämpfen. Die großen sind nicht gefährdet. Umso wichtiger ist, auch nach Kiel, Konstanz oder Dessau zu schauen.

Welche Erfahrungen nehmen Sie mit aus dem Lockdown? Was werden Sie auch in Zukunft nutzen?

Neugier und Beweglichkeit. Die sind immer gefragt, aber in den Routinen werden sie oft verschüttet. Mit unseren Streams, die immerhin kostenpflichtig sind, haben wir ein Publikum erreicht über Berlin hinaus, das wir sonst nicht bekommen würden. Das merken wir auch an den Reaktionen. Nicht mehr, als wenn wir real spielen würden, aber es spricht sich rum. Wir haben digitale Abendaufführungen gemacht mit Nachgesprächen über Zoom, mit einer ungeheuren Resonanz. Viele Theater haben diese digitale Beweglichkeit nicht nur als Notnagel entdeckt, sondern als Option erkannt, ästhetisch wie strukturell. Wir haben gelernt, Routinen zu durchbrechen. Das werden wir nicht wieder verlernen.

Aber es ersetzt nicht die festen Häuser?

Nein, das ist, als wenn man an einem künstlichen Herz hängt. Das eigentliche Herz schlägt woanders. Aber selbst Opernintendanten, die sonst drei Jahre an einer Aufführung arbeiten, haben gesagt, mal schnell reagieren zu müssen, hat etwas Erfrischendes.

Verändert es die Ästhetik des Theaters, wenn man für ein Online-Publikum inszeniert?

Bei einigen Aufführungen haben wir uns sehr ans Filmische angenähert, bei anderen nicht. Da hat sich die Spielweise nicht verändert. Schauspieler spielen nicht anders, wenn sie kein Publikum haben, aber sie sind befreiter, wenn es wieder atmet.

Das Virus wird bleiben, es kann jederzeit eine neue Pandemie kommen. Werden Sie auf Dauer mit Hygieneregeln arbeiten müssen? Oder hoffen Sie, dass das irgendwann entfällt?

Ich bin da nicht so pessimistisch. Wenn wir alle durchgeimpft sind, wird es vielleicht im nächsten Jahr wieder eine gewisse Normalität geben, mit halbwegs vollen Häusern. Doch es wird nicht alles weg sein. In der »Pest« von Albert Camus verschwindet der Erreger irgendwann, aber er bleibt in den Ritzen und Vorhängen. Die nicht sichtbare Gefahr wird uns nicht verlassen. Eine Grunderfahrung des Menschen ist, dass Tod und Krankheit nie verschwinden. Wer einmal einen nahestehenden Menschen verloren hat. der wird das nicht wieder los. Der weiß, dass alles gefährdbar ist, von heute auf morgen, dass wir verletzlich sind. Die Scheinstärke hinter sich zu lassen, ist gut.

Werden Sie diese Erfahrungen, das Leid, die Vereinsamung, künstlerisch aufgreifen?

Selbstverständlich. Wir haben intern diese gemeinsame Erfahrung stark besprochen, Schmerz, Angst, Verzweiflung, auch mit Soziologen und Psychologen. Als Intendant verstehe ich mich ein Stück weit auch als Seelsorger. Das Tolle ist: Wenn es keine Krisen gäbe, gäbe es keine Kunst. Sie ist das krisenverarbeitende Medium schlechthin. Auch die Komödie, das Lachen ist Trost. Wir brauchen, wie Michael Maar schreibt, Scham und Ironie, sonst sind wir Dampfplauderer.

Wir müssen unsere Relevanz klarer behaupten

Amelie Deuflhard im Gespräch mit Ludwig Greven — Politik & Kultur 3/2021

Ludwig Greven spricht mit der Intendantin der Hamburger Spielstätte Kampnagel für freie Kultur, Amelie Deuflhard, über Lehren aus dem Lockdown und wie Online-Angebote neues Publikum verschaffen können.

Kampnagel ist wie alle Bühnen seit November wieder dicht, wann es erneut losgehen kann, ist offen. Haben Sie sich an den Krisenmodus gewöhnt?

Der erste Lockdown war ein Schock. Als der zweite kam, dachten wir, das können wir schon. Aber es geht jetzt in Richtung Depression wegen dieser langen zähen Ungewissheit. Das zieht meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Künstlerinnen und Künstler ganz schön runter. Von den Künstlerinnen und Künstlern sind praktisch alle, mit denen wir arbeiten, freischaffend. Bei ihnen geht es an die Existenz, zumindest haben sie existenzielle Sorgen. Die Corona-Hilfen fangen nicht alle auf, viele freie Künstler fallen durch das Raster, wenn sie noch jung sind, wenn sie erst vor Kurzem eingewandert sind oder wenn sie eine Fluchtgeschichte haben. Trotzdem leben wir in Deutschland immer noch auf der privilegierten Seite der Welt.

Was fehlt Ihnen selbst?

Am meisten fehlt mir das öffentliche Leben. Freunde kann man weiter sehen, einzeln. Aber ich bin normalerweise extrem viel unterwegs, fahre auf Festivals, zu Kongressen, politischen Tagungen. Ich treffe viele Menschen in der Welt, in der Stadt oder bei uns auf Kampnagel. Jeden Abend öffnen sich hier die Türen. Dass das alles fehlt, daran kann ich mich nur ungern gewöhnen. Aktuell machen wir viele Online-Veranstaltungen. Die haben eine sehr gute Resonanz, aber sie schaffen keine Live-Begegnung.

Was macht es mit den Künstlern, wenn sie nur virtuell auftreten können?

Einige entwickeln Ideen, wie sie trotzdem ihr Publikum erobern. Eine Band z. B. macht Konzerte in einem Bus, da darf immer ein Zuschauer rein. Die Wohnzimmerkonzerte nutzen sich allerdings ab. Viele Künstlerinnen und Künstler machen Streaming-Angebote. Auch wir entwickeln viele Dinge für die Zukunft, die auch oder nur digital nutzbar sind. Dennoch: Bühnenkünstler brauchen die reale Interaktion mit dem Publikum. Und auch für die Zuschauer ist es etwas anderes, im Theater oder Konzertsaal zu sitzen oder sich zu Hause eine abgefilmte Aufführung anzusehen. Wobei das Livestreaming gewissermaßen das neue Live ist. Allein die Vorstellung, dass das, was ich aufführe, in derselben Sekunde beim Zuschauer ankommt, erzeugt

ein anderes Gefühl als bei einer Aufzeichnung. Trotzdem kann das die echte Aufführung nicht ersetzen.

Auch die Zuschauer bleiben alleine – die prägende Erfahrung in dieser Krise.

Wir Bühnen stehen in der Pandemie auf der Blacklist der besonders gefährlichen Orte ziemlich weit oben, obwohl Studien eher das Gegenteil belegen: Theater sind ziemlich sichere Orte. Aufführungen sind Versammlungen. Dort trifft man Menschen, die man kennt und die man nicht kennt. Das ist einer der Gründe, warum man zu Kulturveranstaltungen geht. Man verabredet sich und geht hinterher zusammen noch einen Wein trinken, um sich auszutauschen. Das fehlt total. Man sieht den Menschen an, dass sie zu einsam sind.

In Supermärkten dürfen sie sich treffen.

Es ist kontraproduktiv, einen Bereich gegen den anderen auszuspielen. Letztendlich haben wir alle gemeinsam ein Ziel – die Pandemie einzudämmen, und dafür sind eben auch Maßnahmen wie die Schließung von Veranstaltungsorten notwendig. Supermärkte sind keine Versammlungsorte. Versammlungen haben eine Kraft, etwas Subversives. Menschen kommen zusammen, debattieren, vielleicht nicht nur über die gesehene Aufführung, sondern auch über Politik. Viele Diktaturen sehen Kulturveranstaltungen deshalb als gefährlich an. Ich glaube nicht, dass das bei uns jemand aktiv denkt. Aber symbolpolitisch könnte es eine Rolle spielen.

Auch bei den Öffnungsplänen steht die Kultur hinten an. Geöffnet werden sollen die Bühnen erst, wenn alle Läden wieder offen sind.

Es nagt an den Kulturschaffenden, dass die Häuser, in denen sie auftreten, immer die ersten sind, die zugemacht, und die letzten, die wieder aufgemacht werden. Genauso wie die Aussage, dass wir nicht systemrelevant seien. Für mich ist es keine Frage, dass die Menschen Kultur genauso brauchen wie andere Sachen. Sich an Orten zu treffen und Dinge zu sehen, die unterhalten, die aufrütteln und aufklären über das, was in der Welt geschieht, das ist für mich absolut relevant und überlebensnotwendig. Künstler leisten wichtige Beiträge zu Diskursen. Sie sind unverzichtbar, gerade weil sie oft gesellschaftskritisch sind.

Wahrscheinlich ist genau das das Subversive der Kultur, dass sie nicht in eine Verwertungslogik passt, sondern einen Wert für sich hat.

Nicht ieder Künstler will das System verändern. Doch der interessante Punkt ist, ob die potenzielle Absicht, das System zu sprengen, systemrelevant sein kann. Dialektisch betrachtet, sind Menschen, die unser System infrage stellen, enorm wichtig. Wir brauchen Künstlerinnen und Künstler, die über andere Systeme nachdenken. Wir glauben, wir sind eine Kulturnation. Aber Kultur scheint weniger wichtig zu sein als Konsum. Im zweiten Lockdown blieben die Läden zunächst offen, um das Weihnachtsgeschäft zu retten, aber alle Kulturstätten wurden geschlossen. Am Ende hat beides nicht funktioniert. Weder wurde das Virus gestoppt noch der Kommerz gerettet.

Andererseits leiden auch andere extrem unter der Krise. Nehmen sich Kulturschaffende zu wichtig?

Die, die in der Kultur am meisten klagen, sind die, die ihre Privilegien nicht verloren haben. Den alleinigen Fokus, wir sind die Allerwichtigsten, uns darf man auf keinen Fall schließen, halte ich für falsch. Viele Menschen, nicht nur Künstler, haben gerade sehr reale Existenzängste. Am härtesten trifft es die,

die ohnehin prekär leben, auch in der Kunst. Den fest angestellten Darstellerinnen, Musikern, Tänzerinnen passiert erst mal nichts, außer dass ihre gewohnte künstlerische Tätigkeit eingeschränkt ist.

Interessant finde ich die unterschiedlichen Wertigkeiten, die sich im zweiten Lockdown gezeigt haben. Zugesperrt wurde als Erstes das Vergnügen, das Sinnstiftende, die direkte Kommunikation. Der Konsum durfte erst mal weiterlaufen. Über diese Priorisierung sollten wir uns Gedanken machen, statt sie nur zu beklagen.

Wenn die Bühnen irgendwann wieder öffnen dürfen: Was wird von den Erfahrungen der Pandemie und dieser tiefen gesellschaftlichen Krise bleiben? Was kann, was muss man daraus lernen?

Ein wichtiger Teil wird sein, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir noch klarer unsere Relevanz behaupten können. Kulturschaffende haben sich lautstark über Schließungen beklagt, aber ich habe von keiner Bewegung von Zuschauerinnen und Zuschauern etwas mitbekommen, die gesagt haben, wir können ohne euch nicht leben.

Online schon.

Zum Glück, aber nicht für alle Menschen sind wir so wichtig, wie wir es gern wären. Das heißt, wir müssen noch genauer schauen, wie wir zukünftig auch für diejenigen relevant sein können, die nicht zum Stammpublikum der Hochkulturinstitutionen zählen. Nach dem ersten Lockdown war mein erster Gedanke: Wie können wir unsere Bedeutung als gesellschaftlicher Kulturort behaupten, wenn wir nicht mehr spielen und Publikum nicht direkt erreichen können? Wir machen inzwischen viele digitale Projekte, aber ohne unmittelbaren Austausch. Die Interaktion fehlt.

Das Virus mit seinen Mutanten wird bleiben. Es kann irgendwann die nächste Pandemie kommen. Werden Sie in Zukunft alle Aufführungen auch digital produzieren?

Nicht alle. Aber ganz sicher werden wir zukünftig auf die Möglichkeiten des Digitalen nicht mehr verzichten. Unser Programm ist online auch für diejenigen zugänglich, die uns analog aus unterschiedlichen Gründen nicht besuchen können, und schafft so eine große, auch internationale Reichweite. Im Februar findet unser Festival FOKUS TANZ statt, das sich mit dem Genre Videotanz beschäftigt – also Tanz explizit für die Kamera und nicht für die Bühne. Damit beschäftigen sich Choreografinnen und Choreografen eigentlich schon, seitdem es den Film gibt. Aber ich denke, viele Künstlerinnen und Künstler werden generell ganz anders über Aufzeichnungen ihrer Arbeiten nachdenken. Wie macht man die so, dass es quasi zum künstlerischen Stilmittel wird? Ich habe selbst in den vergangenen Monaten auch sehr viel über digitale Zukunftstools gelernt und wie wir die in unserem Programm nutzen können. Wir haben eine App entwickelt, mit der man sich auf einem Spaziergang rund ums Kampnagel-Gelände Augmented-Reality-Videos anschauen kann, die per Bilderkennung an markierten Punkten auf dem Handybildschirm aufpoppen. Das Publikum ist also wieder vor Ort und hat die Bühne buchstäblich in der Hand.

Live-Auftritte haben dennoch eine andere Ausdrucksstärke und Präsenz, sie sind im Grunde jeweils ein Unikat. Geht das nicht verloren, wenn man alles auch als Konserve produziert? Es wäre ein attraktiver Gedanke, die Live-

Auftritte jeden Abend neu aufzuzeichnen, um sie parallel zu streamen, aber das wäre natürlich ein ungeheurer Aufwand. Das wird keiner machen, schon gar nicht in Krisenzeiten, wo uns praktisch alle Einnahmen fehlen. Niemand will mittelfristig das Live-Erlebnis ersetzen, aber die digitale Bühne erreicht auch ein neues Publikum. Menschen z.B., die in anderen Städten wohnen und nicht extra anreisen wollen oder können, Menschen, die krank sind, eine Behinderung haben, jemanden pflegen, die keine Zeit haben und viele andere mehr. Die können sich unsere Programme dann anschauen, wann es ihnen am besten passt. Aber die Akteure auf der Bühne brauchen weiter die vierte Wand, das Publikum und dessen unmittelbare Reaktion, und die Zuschauer die Begegnung nach der Vorstellung im Fover oder im Restaurant. Beides ist unersetzlich. Das fehlt auch mir viel mehr als z.B. das Reisen.

Die Krise fördert die soziale Ungleichheit. Digitale Kulturangebote, die umsonst sind oder deutlich weniger kosten als der normale Eintritt, ermöglichen dagegen Menschen, die es sich sonst nicht leisten können oder wollen, den Zugang. Hoffen Sie auch dadurch auf neue Publika?

Ja. Wenn unser Programm im Internet zugänglich ist, können es selbst Menschen auf anderen Kontinenten sehen. Bislang hat man international immer nur an Tourneen gedacht. Kulturinstitutionen aus aller Welt könnten auch kooperieren, indem sie gegenseitig ihre Programme auf den jeweiligen Webseiten zugänglich machen und so quasi digitale Gastspiele ermöglichen.

Aber dann braucht niemand mehr hinzugehen.

Ich bin überzeugt, dass wir uns damit nicht abschaffen. Wenn man die Digitalisierung der Kultur innovativ und gut betreibt, wird das nicht die Theater, Konzert-, Ballett- und Opernhäuser sterben lassen. Das Fernsehen

hat ja auch nicht die Kinos abgelöst und die Schallplatte nicht Konzerte überflüssig gemacht. Im Gegenteil schafft es zusätzliche Publika. Bei einem virtuellen Gemeinschaftsprojekt hatten wir Zuschauer in 40 Städten. Das hätten wir sonst nie.

Wann rechnen Sie wieder mit vollen Sälen, wenn Sie öffnen dürfen?

Das wird länger dauern. Im vergangenen Sommer war selbst das Viertel der Plätze, das wir belegen durften, gerade so besetzt. Die Verunsicherung und die Angst sind groß. Wir haben aber auch viele Veranstaltungen Open Air auf unserem Außengelände angeboten, da war der Andrang riesig. Das planen wir auch in diesem Jahr.

Arbeiten Sie und Ihr Team daran, die Corona-Zeit künstlerisch zu verarbeiten?

Natürlich. Die Künstler, mit denen wir arbeiten, sehen das allerdings unterschiedlich. Manche wollen von Corona nichts mehr wissen, die haben keine Lust, sich damit auseinanderzusetzen. Andere sagen, wir können uns gar nichts anderes vorstellen. Oft wird es eher subkutan in Stücke und Aufführungen einfließen.

Vorerst geschlossen Uns fehlt das Publikum im Saal – das menschliche Gefühl, das Miteinander

Sebastian Nordmann im Gespräch mit Sandra Winzer — Politik & Kultur 3/2021

Sandra Winzer spricht mit Intendant Sebastian Nordmann über neue digitale Formate, den Zauber von Live-Aufführungen, das Projekt #Freiraum und Solidarität in der Kunstszene, 200 Jahre Konzerthaus Berlin und anderes mehr.

Herr Nordmann, »Vorerst geschlossen« – diese beiden Wörter liest man zuerst, wenn man den Online-Auftritt des Konzerthauses Berlin aufruft. Wie geht es Ihnen damit? Beschreiben Sie bitte die aktuelle Situation in Corona-Zeiten.

»Vorerst geschlossen«, so wie wir es online schreiben, ist eigentlich zu kurz gefasst. Aktuell sind wir für Publikumsverkehr geschlossen. Digital findet ja unheimlich viel im Haus statt. Wir produzieren Streams, arbeiten an digitalen Formaten wie Rundgängen oder Mitmachprogrammen für Kinder. Konzertstreamings sind wichtig, auch, um international Zuschauerinnen und Zuschauer erreichen zu können.

Aber: Uns fehlt das Publikum im Saal – das menschliche Gefühl, das Miteinander. Der Applaus oder auch Ruhemomente zwischen zwei Noten, in denen das ganze Publikum den Atem anhält. Das schmerzt und wir werden kämpfen müssen, all das nach Corona zurückzuholen.

Die Atmosphäre im Saal kann man digital nicht ersetzen. Dennoch ist in den vergangenen Monaten viel Neues entstanden. Zu welchen (digitalen) Alternativen hat Sie die Pandemie bewegt?

Schon im März 2020, mit dem ersten Lockdown, haben wir alle Stühle ausgebaut und Künstlerinnen und Künstler im Großen Saal musizieren lassen. Musik vor dem »leeren Saal«, quasi als Sinnbild. Das war eine Art Initialkonzert mit einer starken Bildsprache. Digitale Kulturformate, die auch langfristig funktionieren, müssen aber noch weitergedacht werden. Gerade, wenn sie Gefühle transportieren sollen. Mit unserem digitalen Online-Angebot »#konzertZUhaus« haben wir unterschiedliche Formate gebündelt: Vermittlung für Kinder, Führungen durchs Haus, Playlists usw. Entscheidend dabei ist: Wir leiden nicht nur – wir erfinden uns neu.

Das Konzerthaus am Gendarmenmarkt ist ein prachtvoller Bau mit eigener Ausstrahlung. Spielt auch das eine Rolle für Sie beim Thema »Präsenzkonzert vs. online«? Rezipieren die Menschen anders?

Unbedingt. Jeder, der schon mal zu Hause 45 Minuten lang eine Symphonie am Rechner gehört hat, merkt, dass man ständig abge-

lenkt ist. Handyklingeln, Essen, Kühlschrank, ein Kind kommt rein ... das ist etwas anderes, als wenn man konzentriert mit vielen im Saal sitzt. Das beginnt mit dem Gemurmel im Saal am Anfang des Konzerts. Es folgt das Einspielen des Orchesters. Abläufe, die Menschen helfen, runterzufahren und den Alltag auszuschalten. In der schnellen Zeit, in der wir leben, ist ein Konzerthausbesuch immer auch ein »Nur-auf-die-Musik-Konzentrieren«. Alles andere wird ausgeblendet. Das ist, finde ich, am Rechner fast nicht möglich.

Sind die digitalen Formate demnach nur Ersatz für das analoge Konzert? Oder können Sie sich vorstellen, sie weiterzuführen?

Unbedingt weiterführen. Die Pandemie ist ein starker Katalysator in Bezug auf die Digitalisierung. Dass wir digitale Streaming- und Vermittlungsangebote umsetzen müssen, wussten wir schon länger. Sie aber in einer solchen Geschwindigkeit, binnen eines Jahres, auf die Beine zu stellen und zu finanzieren – das hatten wir nicht erwartet. Jedes Online-Konzert braucht außerdem einen visuellen Mehrwert. Das kann nicht nur eine Kamera mit einer Totalen sein. Man braucht eine Regisseurin, einen Schnitt, einen Tonmeister. Ein hoher Anspruch, den man binnen kürzester Zeit zur Perfektion treiben musste, damit die Konzertbesucherinnen und -besucher treu bleiben. Ich glaube, dass uns dieser digitale Antrieb guttut. Wir werden weiterhin ein Konzerthaus mit 650 analogen Veranstaltungen im Jahr sein. Zusätzlich aber werden wir digital streamen und eigene Formate entwickeln, die es im Analogen nicht gibt. Es geht nicht um digitale Kopien von analogen Konzerten, sondern um eigene Ideen.

Das Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt für neue Ideen zu öffnen, dafür stehen Sie schon länger. Sie haben die »Mittendrin-Konzerte« ins Leben gerufen, bei denen das Publikum zwischen den Musikerinnen und Musikern sitzt. Auch das Virtuelle Konzerthaus. Jetzt folgte ein neuer Vorschlag: Sie möchten nach dem Lockdown das Konzerthaus der Freien Szene für eine geraume Zeit zur Verfügung zu stellen: »Freie Räume für Freie Szene«. Das ist ein ungewöhnlicher Schritt – was hat Sie zu diesem Vorschlag bewegt?

Wir alle haben miterlebt, wie schwer freie Musikerinnen und Musiker durch die Krise kommen. Wir fühlen und leiden mit. Das Konzerthaus Berlin ist als Institution einigermaßen abgesichert. Wir fühlen uns verantwortlich für die Musikerinnen und Musiker, die wir sonst engagieren: Solisten, Ensembles, Orchester, Chöre ... ihnen wollen wir die Hand reichen. Durch #Freiraum können die finanziellen Einbußen der Krise zwar nicht ersetzt werden. Wir wollen aber ein Zeichen der Solidarität setzen. Deswegen stellen wir den Raum zur Verfügung. Sämtliche Konzerteinnahmen gehen an die Ausführenden.

Ist das Angebot noch aktuell? Damals haben Sie ja sicher noch nicht mit der Länge des aktuellen Lockdowns gerechnet ...

Unser Angebot gilt nach wie vor. Ursprünglich sollten die Konzerte im Februar/März stattfinden. Durch den verlängerten Lockdown haben wir sie in den Juni verlegt. Die letzten Termine werden gerade vergeben. Wir waren von der Resonanz überwältigt. Mehr als 500 Bewerbungen sind eingegangen. Das ist toll, es zeigt, dass das Projekt den richtigen Nerv trifft und dass die Hilfe wirklich gebraucht wird. Die Berliner Szene ist unglaublich vielfältig. Jeder Antrag war großartig, am liebsten hätten wir noch mehr Musikerin-

nen und Musikern Konzerte zur Verfügung gestellt. Wir hoffen sehr, dass die Konzerte dann im Juni wieder analog mit Publikum stattfinden können.

Höre ich da raus – eine freie, lebendige Szene ist keine Konkurrenz zu großen Spielstätten wie Ihrer, sondern Ergänzung der Kulturszene? Durch das Projekt befürworten Sie ja quasi eine Verschmelzung der beiden Sphären.

Mit der Freien Szene kooperieren wir schon seit vielen Jahren. 300 Veranstaltungen sind nicht durch unser Orchester, sondern durch Veranstalterinnen, Musiker, Ensembles gefüllt. Mit dem Projekt #Freiraum wollen wir vor allem auch politisch ein Zeichen setzen. Häuser, die können, sollten Ausfallhonorare zahlen oder Räume zur Verfügung stellen. Uns hat das unser Schirmherr, der Kultursenator Klaus Lederer, bewilligt und möglich gemacht.

Sollte der Lockdown aufgehoben werden – wie kurzfristig könnten Sie ein Programm auf die Beine stellen? Wären Sie bereit für den Neustart?

Ja. Wir überarbeiten permanent unser Hygienekonzept. Wie viele Musikerinnen und Musiker dürfen auf der Bühne sein? Welchen Abstand müssen sie haben? Darf gesungen werden? Wie werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getestet? Wie gelingt Publikumsverkehr? All das diskutieren wir kontinuierlich. Das Ziel muss immer sein: Wenn wir öffnen dürfen, wollen wir auch wirklich öffnen können. Aktuell peilen wir Mitte April an, nach Ostern. Darauf arbeiten wir hin.

Jetzt ist in diesem Jahr die Jubiläums-Saison dran unter dem Motto: »Alles bleibt anders« ... Was bedeutet das? »Alles bleibt anders« lautete das Motto für das Jubiläum. Zum damaligen Zeitpunkt war es nicht auf Corona bezogen. Jetzt aber passt es natürlich perfekt. Wir wollen zum Ausdruck bringen, dass eine Jubiläums-Saison auch ein Blick nach vorne sein sollte. Wir feiern nicht nur 200 Jahre Rückblick, sondern bleiben in Bewegung. Nun konnten wir viele Kompositionsauftragswerke nicht spielen. Die holen wir 2021/2022 nach und verlängern die Jubiläums-Saison. Wir möchten vielen Musikerinnen, Komponisten, Ensembles die Chance geben, ihre Werke, die sie für das Jubiläum geplant haben, auch aufzuführen.

Online sprechen Sie davon, auch die bewegte Geschichte des Hauses zu inszenieren, sprich: Bomben, Feuer, Wiederaufbau etc. Werden Sie auch die Corona-Pandemie durch eine Inszenierung aufgreifen?

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an. Digital ja, daran arbeiten wir gerade. Mehr kann ich noch nicht verraten. In unserer 200-jährigen Geschichte wird das Jahr der Pandemie aber eine ganz besondere Rolle spielen. Alles bleibt anders. Wir hoffen z.B., dass wir im Mai den Freischütz gemeinsam mit arte aufnehmen können, haben außerdem ein Open Air und eine Gala organisiert. Florian Illies wird einen Text zur 200-jährigen Geschichte vorlesen. Wir haben viel vor und hoffen, dass das auch alles stattfinden kann. Die Krise wird dabei definitiv sichtbar werden – auch digital soll man sehen, was passiert ist in dieser Zeit.

Ende des Sommers 2019 ist bekannt geworden, dass Ihr Vertrag bis 2024 verlängert wird. Als dann die Pandemie so heftig einschlug – gab es Momente, in denen Sie diesen Schritt bereut haben? Nein, ganz ehrlich – daran habe nie gedacht. Ich war zu diesem Zeitpunkt bereits seit zehn Jahren an Bord. Vielmehr habe ich Dankbarkeit empfunden, dass ich das Haus und das Orchester durch all die gemeinsamen Jahre

so gut kenne und nun durch die Krise hindurchsteuern kann. Ein persönlicher Neuanfang in der Krise wäre viel schwieriger gewesen, weil man die Bedingungen eines fremden Hauses nicht kennt. So aber konnten wir schnell handeln. Eine Taskforce bilden, aus Orchester, Personalrat, Leitung. So ist uns auch schnell der Umstieg ins Digitale geglückt. Bei all der Unruhe in Bezug auf die Finanzen bleibe ich als langjähriger Intendant vielleicht auch gelassener. Die Vertragsverlängerung hat mich insofern eher positiv beeinflusst.

Was hat das Konzerthaus in Corona-Zeiten finanziell getragen – sind es die Abonnenten?

Ja, auf jeden Fall. Die Abonnenten hatten ja schon ihr Abonnement bezahlt. Fast 90 % haben ihr Abo in Gutscheine umgewandelt und wollten ihr Geld nicht zurückhaben. Das war eine riesige Hilfe. Aber auch das Land Berlin hat uns unheimlich unterstützt und unsere Schulden, die wir im letzten Jahr gemacht haben, ausgeglichen. Das hat Entlastung geschaffen. Ansonsten wären wir mit einem riesigen Rucksack losmarschiert, hätten sparen müssen und Dinge nicht umsetzen können. Jetzt aber können wir nach der Krise quasi bei null starten, ohne Millionen-Minus im Rücken.

Herr Nordmann, wenn Sie sich einen idealen weiteren Verlauf wünschen könnten. Wie ginge es weiter mit dem Konzerthaus Berlin?

Ich wünsche mir, dass wir unser Stammpublikum halten. Dass das Vertrauen in große Veranstaltungen und den großen Musiksaal nicht verloren geht. Die Lust auf klassische Musik soll die Angst, in einen Saal zurückzukehren, überwinden. Ich wünsche mir gleichzeitig, dass wir durch die neuen digitalen Formate auch ein neues Publikum gefun-

den haben. Und dass sie auf analoge Konzerte Lust machen. Unser Haus ist kein Elfenbeinturm für ein paar wenige. Wir stehen für ieden offen und bieten viele spannende Konzertformate. Ich wünsche mir außerdem sehr. dass wir in der Kultur weiterhin Brücken bilden – auch zwischen Staaten. Das betrifft insbesondere das Touring. Tourneen haben durch ihren Umwelteinfluss einen negativen Touch bekommen. Gleichzeitig ist der Austausch zwischen Kulturnationen unglaublich wichtig. Trotzdem befürworte ich aber natürlich, dass man hier runterfahren und die Umwelt im Blick behalten muss. Wir müssen vernünftig mit unseren Ressourcen umgehen. Und zum Schluss wünsche ich mir, dass nach Corona kein Verdrängungswettbewerb entsteht, à la »nur der Stärkere gewinnt«. Die kulturelle Vielfalt in Deutschland ist großartig, in vielen Orten gibt es Konzerthäuser, Opern, Theater. Wir dürfen nicht den Fehler machen, bei der Kultur als Erstes zu sparen. Es darf nicht passieren, dass am Ende nur noch Konzerthäuser in drei großen deutschen Städten stehen und unter Tourismusfaktoren abgerechnet wird. Vielfalt muss aus dem Wunsch heraus erhalten bleiben, dass Bildung und Kultur wichtig sind.

Arbeitsfähigkeit der Tanzszene erhalten

Michael Freundt — Politik & Kultur 3/2021

Die große Verzweiflung der Tanzschaffenden wächst, inzwischen melden zahlreiche Tanzschulen Insolvenz an – immer dramatischer werden die Nachrichten aus der Tanzszene, welche die Geschäftsstelle des Dachverband Tanz erreichen. Einzelne stellen ihre Existenz zur Disposition. Orte, die seit Jahrzehnten Gemeinschaft stiften, werden geräumt. Auch wenn die Hilfsprogramme viele erreichen, Frust und Drohungen der Nicht-Geförderten werden drastischer, mit Grund.

Hinzu kommt, dass Tanzen in den letzten Monaten als ebenso gefährlich wie Singen und Musizieren eingeschätzt wurde, ohne allerdings auf vergleichbare Expertisen wie in der Musikermedizin verweisen zu können. Und wenn Tanzschaffende lange Zeit nicht trainieren, proben, aufführen können – ruht ihr Körper, verlieren sie ihr künstlerisches Instrument.

Zugleich ist die Hoffnung groß, dass es mit den Hilfsprogrammen aus Neustart Kultur gelingt, die Arbeitsfähigkeit der Tanzszene zu erhalten.

Im Mai entwickelten die gemeinnützige Kulturorganisation Diehl+Ritter, das Nationale Performance Netz und der Dachverband – drei Institutionen, die bereits Tanzförderprogramme Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien betreuen – das Konzept einer koordinierten Bundestanzför-

derung. Vorausgegangen war eine umfangreiche Studie der regionalen Tanznetzwerke und des Dachverbands, die die Verluste von Tanzschaffenden, Tanzensembles, Spielstätten und Tanzschulen bei einem Lockdown zwischen März und Juli mit 130 Millionen bezifferte. Diese Studie und weitere Recherchen wurden Ende April im Arbeitskreis Tanzförderung Stadt-Land-Bund vorgestellt. Der Arbeitskreis, welcher bereits 2013 etabliert wurde und mehrfach im Jahr die Fachbereiche der Kulturämter, Länderreferate und Förderinstitutionen des Bundes verbindet, analysierte den Bedarf vor Ort und gab Empfehlungen für Hilfsprogramme im Tanz. Drei aufeinander abgestimmte Förderprogramme stärken seit Juli 2020 den Tanz in der Corona-Krise: »Tanzpakt Reconnect« fördert den Erhalt von künstlerischen und Produktionsstrukturen. »Stepping Out« bringt Choreografien von den Bühnen in den Stadt- oder digitalen Raum und »Dis-Tanzen« fördert Reflexions- und Rechercheprojekte von Tanzschaffenden und unterstützt Sonderprojekte von Tanzschulen. Die drei Programme wurden aus Neustart Kultur mit 20 Millionen Euro ausgestattet angesichts des Bedarfs nur ein Bruchteil des Notwendigen und zugleich über Juryverfahren möglichst passgenau eingesetzt, als Hilfen in der Gegenwart, aber auch zur Neuaufstellung für die Zukunft.

Diese Mittel, weitere Programme in Neustart Kultur und das Instrument der Kurzarbeit an den Stadt- und Staatstheatern haben bis heute wichtige Strukturen im Tanzbereich -Tanzschaffende und Ensembles - erhalten. Ietzt muss das zweite Neustart-Programm schnellstens wirksam werden. Es braucht für die kommenden Monate eine bundesweite Strategie, wie die Theater wieder öffnen können, Tanzkunst und Tanzvermittlung wieder auf die Bühne und in die Tanzschulen kommen. Und jetzt muss der Dialog beginnen, wie Städte, Länder und der Bund gemeinsam die Kultur erhalten. Im Februar haben wir begonnen, diese Themen im Arbeitskreis Tanzförderung am Beispiel des Tanzes zu diskutieren.

Wir müssen reden!Wie kann der Freien Szene jetzt geholfen werden?

Stephan Behrmann — Politik & Kultur 5/2020

Die zurückliegenden Wochen sind geprägt von dramatischen Entwicklungen, die Europa und die Welt so in den letzten Jahrzehnten nicht zu bewältigen hatte. Die fast vollständige Stilllegung des öffentlichen Lebens in Deutschland und weiten Teilen Europas bedeutet eine gewaltige Zäsur für die gesamte Gesellschaft. Die Künste sind ein unverzichtbarer Teil dieser Gesellschaft. In allen Sparten - unabhängig davon, ob institutionell oder frei - ist der Shutdown eine unmittelbar spürbare Bedrohung der Existenz. Die Freie Szene ist besonders hart getroffen, weil die Akteurinnen und Akteure nicht durch eine Institution aufgefangen werden und es ihnen auch im »normalen Betrieb« nur eingeschränkt möglich ist, nennenswerte Rücklagen zu bilden.

Die Bundes- und Landespolitik hat in den ersten Tagen der Krise beeindruckend schnell reagiert. Jetzt, einige Wochen später, ergibt sich ein differenzierteres Lagebild und die anfängliche Zuversicht vieler Kunstschaffender ist einer großen Verunsicherung gewichen. Das hat einerseits mit einer grundsätzlichen Sorge zu tun, dass die in den Künsten gewachsenen Strukturen im Zuge einer neuen gesellschaftlichen Prioritätensetzung perspektivisch unwiederbringlich verloren gehen. Die Verunsicherung hat andererseits mit den Hilfsmaßnahmen selbst zu tun, mit

ihrer Umsetzung und mit zahlreichen Regelungslücken. In der Diskussion, die im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 22. April 2020 geführt worden ist, gibt es durchaus positive Signale. Es deutet sich die Bereitschaft an, Soloselbständigen. Freiberuflerinnen und Freiberuflern zu ermöglichen, im Rahmen der Soforthilfe von Bund und Ländern persönliche Lebenshaltungskosten geltend zu machen - nach dem Modell Baden-Württembergs. Das ist eine zentrale Forderung der Allianz der Freien Künste mit ihren 18 Mitgliedsverbänden aus dem Bereich der Freien Szene. Darüber hinaus wichtig war die Feststellung im Ausschuss, dass die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse (KSK) bei der Gewährung von individuellen Hilfen für Kunstschaffende wie sie der Freistaat Bayern jüngst auf den Weg gebracht hat - nur ein Kriterium unter mehreren sein kann, da dadurch viele soloselbständige Kunstschaffende leer ausgehen, die nicht Mitglied in der KSK sein können.

Gleichzeitig offenbarten sich in der Ausschuss-Diskussion nach wie vor gravierende Missverständnisse über die Position der Freien Szene sowie die Konsequenzen, die sich bei der praktischen Umsetzung der Hilfsmaßnahmen für die Kunstschaffenden ergeben. Die Rückmeldungen der Freien Szene zum Sozialschutzpaket gründen weder auf emo-

tionalen Vorbehalten gegenüber dem SGB II, noch geht es um eine Sonderrolle der Künste. Das von uns ausdrücklich empfohlene Modell in Baden-Württemberg ist keine Sonderlösung für die Kunstschaffenden, sondern gilt für alle Freiberuflerinnen, Freiberufler und Soloselbständigen. Dass die vereinfachte Grundsicherung für einzelne Akteurinnen und Akteure eine hilfreiche Überbrückung darstellen kann, lässt sich nicht bestreiten. Aber für die Mehrheit der freiberuflichen und soloselbständigen Kunstschaffenden ist die Grundsicherung nicht das passende Instrument zur Existenzsicherung. Dafür gibt es handfeste Gründe.

In der Grundsicherung wird die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit der freiberuflichen Kunstschaffenden stark eingeschränkt und reglementiert, denn trotz der durch Corona bedingten Vereinfachungen sind die umfassenden Rechenschaftspflichten über persönliche und betriebliche Vorgänge keineswegs außer Kraft gesetzt. Ja, die Vermögensprüfung ist ausgesetzt, und es gibt auf den ersten Blick großzügige Freigrenzen beim Vermögen. Aber große Unsicherheit besteht nach wie vor darüber, was als Vermögen anzurechnen ist. Problematisch ist auch die Verrechnung von Einkommen, Kunstschaffende haben häufig eine stark schwankende Einkommenssituation. Honorare werden oft erst Wochen nach erbrachter Leistung bezahlt, Tantiemen in unregelmäßigen Abständen, Stipendien und Preisgelder nach schwer planbaren Juryentscheidungen. Bei allen Zahlungseingängen, die sich auf früher erbrachte Leistungen beziehen, gilt das Zuflussprinzip, wonach die Einkünfte mit der Grundsicherung zu verrechnen sind. Hinzu kommt eine große Rechtsunsicherheit in den Jobcentern. Hier gibt es in der Praxis eine regional sehr unterschiedliche Auslegung der Verwaltungsvorschriften. Diese ungeklärten Detailfragen und

die uneinheitliche Handhabung sorgen für eine große Unsicherheit bei den Künstlerinnen und Künstlern, das hat nachhaltige Auswirkungen auf ihre unternehmerische Praxis.

Ein weiterer Punkt ist der bürokratische Aufwand. Es macht wenig Sinn, in eine längere Diskussion über die Frage zu verfallen, wie viele Seiten ein Antrag auf Grundsicherung umfasst. Allerdings sind es deutlich mehr als fünf, und es kommen eine Reihe von Anlagen hinzu sowie eine nach wie vor umfassende Offenlegungspflicht zu Konten und Vermögensverhältnissen - auch des Partners oder der Partnerin in der sogenannten Bedarfsgemeinschaft. An dieser Stelle wird die Kompensation unverschuldeter, krisenbedingter Honorareinbußen aus künstlerischer Tätigkeit quasi privatisiert. All diese Einwände, die sich im Detail auch weiter konkretisieren und belegen lassen, machen deutlich, dass es sich bei der Grundsicherung keinesfalls um ein einfaches, schnelles und unbürokratisches Verfahren handelt.

Mit Blick auf die aktuelle Situation bleibt der Ruf nach einer bundesweit einheitlichen Anpassung der Soforthilfe des Bundes – orientiert am Baden-Württemberg-Modell – auf der Agenda. Hier darf der Ball nicht zulasten der Freischaffenden und Soloselbständigen zwischen Bund und Ländern hin und her gespielt werden.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer dringender Forderungen. Bei vom Bund geförderten Kulturprojekten braucht es eine zusätzliche krisenbedingte Anpassung der Förderrichtlinien, z.B. eine Aussetzung der Premierenpflicht, die Möglichkeit, in bereits geförderten Projekten Ausfallhonorare zu zahlen, zusätzliche Kosten von Projektverschiebungen geltend zu machen, Projekte in das kommende Wirtschaftsjahr zu verschieben etc. Klar ist, dass die Krise bis weit in das kommende Jahr reichen wird. Im Hinblick auf die bereits jetzt drohenden finanziellen

Engpässe bei der kommunalen Versorgung braucht es darüber hinaus eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen zur langfristigen Sicherung der kulturellen Infrastruktur, beispielsweise durch einen Kulturinfrastrukturfonds, wie ihn der Deutsche Kulturrat in die Diskussion bringt.

In Zeiten sich häufender Positionspapiere, Petitionen und offener Briefe empfehlen wir dringend einen großen Runden Tisch der Kultur für einen offenen und direkten Austausch der Politik mit allen wichtigen Interessenvertretungen, Netzwerken und Stakeholdern und natürlich der Vertretungen von Bund, Ländern und Kommunen – auch zu der Frage, wie eine schrittweise Öffnung des Kulturbetriebs organisiert werden kann. Wir müssen reden!

Rasender StillstandFreie Szene: Hilfssysteme radikal vereinfachen

Stephan Behrmann — Politik & Kultur 3/2021

Ja, die Kulturmilliarde war wichtig und dass eine zweite Milliarde kommen wird, ist gut. Ja, in der Überbrückungshilfe III werden die Künste inzwischen gesehen, auch das Bewusstsein, dass bei den Soloselbständigen etwas passieren muss, ist inzwischen stärker vorhanden als noch vor Monaten. Aber die Probleme sind dabei mitnichten vom Tisch. Viel zu lange hat es gedauert, bis die Interessenvertretungen durchgedrungen sind. Noch immer fallen zu viele durch das Raster und selbst für die, die Zugang zu staatlichen Hilfen haben, hören die Probleme nicht auf.

Seit fast einem Jahr befinden sich alle -Geförderte und Ungeförderte - in einem ermüdenden Mahlstrom: Den Förder-Dschungel durchforsten, die Widersprüche zwischen Pressemitteilungen und FAQ erforschen, eigene Umsätze berechnen, mit Außenständen jonglieren, Steuerberatung konsultieren, die Künstlersozialkasse kontaktieren, mit Interessenvertretungen sprechen, auf die Möglichkeit der Antragstellung warten, Anträge stellen, die FAQ screenshotten, weil sie sich vermutlich bald schon wieder geändert haben werden, auf die Bewilligung warten, auf Geld warten, mit Sorge vor Rückforderungen leben, Veranstaltungen umplanen, Hygienemaßnahmen vorbereiten, Veranstaltungen erneut umplanen, Geld zurücklegen, Geld lieber nicht zurücklegen, nochmals Beratung suchen, widersprüchliche Auskünfte erhalten, Verwendungsnachweise erstellen, Sachberichte schreiben, Nebenjobs organisieren, Nebenjobs machen, parallel die Kinder ganztags betreuen und alles wieder von vorne. Das Zermürbende hat am Ende wenig mit der Pandemie selbst zu tun, sondern vor allem mit einem viel zu komplizierten Apparat und mit Systemen, für die die Arbeitsrealität der Selbständigen, der hybrid Arbeitenden und der kleinen, freien Unternehmen nach wie vor etwas Fremdes ist. Die überbordende Bürokratie der Corona-Hilfen ist eine gigantische Vernichtungsmaschine für Zeit, Energie und Zuversicht.

Das gilt für die Kunstschaffenden. Aber das gilt in gleichem Maße auch für die Politik und die Verwaltung, die sich zunehmend in ihren selbst geschaffenen Konstrukten verheddern. Die Komplexität der Systeme - insbesondere bei den Wirtschaftshilfen - versetzen auch die Interessenvertretungen in ein merkwürdiges Dilemma. Je mehr die Szene-Vertretungen gehört werden, je öfter die Rechtsgrundlagen der Fördersysteme infolgedessen richtigerweise angepasst werden, desto unübersichtlicher wird es. Die Politik ist inzwischen durchaus zugänglich; es gibt beachtliche Lernkurven und viel ehrliches Bemühen. Aber all das mündet nie in Vereinfachung, sondern immer in einer noch weiteren Verkomplizierung. Die Systeme und unser Denken, wie Hilfen konstruiert werden, brauchen eine radikale Vereinfachung. Die Hilfen sind letztlich vom Misstrauen bestimmt, von der Sorge, dass es Mitnahmeeffekte bzw. einen unberechtigten Zugriff auf Steuergelder gibt und dass Ungleichheiten entstehen. Der Witz ist: Mitnahmeeffekte und Ungleichheiten gibt es trotz der Komplexität der Systeme.

Im Grunde braucht es in Ausnahmesituationen einen Vertrauensvorschuss und die Grundannahme, dass es denen, die die Hilfen in Anspruch nehmen, nicht um Bereicherung und persönliche Vorteilnahme geht, sondern darum - ohne Berufswechsel -, durch die Krise zu kommen. Es braucht Hilfen, die grundsätzlich von der Praxis ausgehen und nicht von den Haushaltsordnungen. Mit Blick auf die Zukunft sollten wir bereits in der Krise mit einer kritischen Durchsicht unserer Haushaltsordnungen und Förderverfahren beginnen. Ähnliches gilt für unsere sozialen Sicherungssysteme, die noch immer weitgehend aus der Logik des Normalarbeitsverhältnisses gedacht sind. Mehr als zuvor braucht es einen breiten ressort- und branchenübergreifenden Dialog, auch unter Einbeziehung der Interessenvertretungen. Bei dieser Gelegenheit reden wir dann auch noch einmal über die Behauptung, die Kunst gehöre zum Bereich Freizeitgestaltung.

Das Publikum macht die MusikDie Auswirkungen des Coronavirus auf den Musikbereich

Andreas Kolb — Politik & Kultur 4/2020

»Das Coronavirus ist auch ein Angriff auf ein Lebensmodell der vielen Künstlerinnen und Künstler, die die Kulturnation Deutschland ausmachen und prägen«, sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters Mitte März der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Künstlern sind die Musikerinnen und Musiker, weil sie sich in Komponisten, Interpreten sowie Instrumental- und Musikpädagogen gliedern. Besonders betroffen sind die Aushilfen an Orchestern, die nicht auf einer festen Stelle sitzen, und die Freiberufler – eine Gruppe, deren Zahl in den vergangenen vier Jahrzehnten enorm zugenommen hat.

Der Autor sieht das Geschehen aus der Sicht des Redakteurs der Musikfachzeitschrift neue musikzeitung (nmz) und hat die Folgen des Shutdowns des Musiklebens daher hautnah miterlebt. Gleichzeitig mit den Konzertabsagen und Schließungen von Musikschulen und Musikhochschulen kamen die ersten Hilferufe an die Politik: Die Forderungen reichen von Nothilfefonds, Grundsicherungsaufstockung bis zum temporären Grundeinkommen. Und alles muss schnell gehen, sonst bricht der Musikbereich weg. Zu Recht, denn die Erfahrungen vergangener Jahre zeigen es schmerzvoll: Was weg ist, ist weg. Ebenfalls unmittelbar betroffen sind die Verlage und deren Mitarbeiter. Massive Umsatzeinbrüche, Homeoffice und Kurzarbeit waren die Folge. Mit Vehemenz wurden daher Forderungen an die Politik laut. »Wir sind irritiert und auch enttäuscht«, so Detlef Kessler, Inhaber und Geschäftsführer des AMA Verlags in den ersten Tagen der Krise, »dass die Politiker aus Bund, Ländern und Gemeinden sich nicht sehen und hören lassen, sondern vielmehr die verunsicherte Kulturszene alleine lassen und keine Wegweiser und keine Mutmacher sind, um vielleicht mit Zuschüssen für den Mittelstand zu helfen, damit die gesamte Kulturszene nicht in Gefahr gerät, kaputtzugehen.« Diese erste Enttäuschung ist inzwischen etwas abgemildert, denn Bundesregierung und Länder haben diverse Nothilfepakete auf den Weg gebracht, von denen auch die Kulturwirtschaft profitieren soll.

Barbara Scheuch-Vötterle, Verlegerin beim Bärenreiter Verlag, betont, dass »kurzfristig die derzeitige Praxis, Veranstaltungen abzusagen, zwar zu unmittelbaren Umsatzeinbußen führt, dennoch sind wir der Meinung, dass diese Maßnahmen notwendig sind, damit Gesellschaft und Wirtschaft diese Phase bestmöglich bewältigen. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht allerdings eine bundeseinheitliche Regelung, die Veranstaltern und Künstlern Sicherheit im Umgang mit der Situation bietet, die für alle Beteiligten neu ist.«

1719 in Leipzig gegründet und heute in Wiesbaden beheimatet, ist Breitkopf & Härtel der älteste Musikverlag der Welt. Der geschäftsführende Gesellschafter Nick Pfefferkorn legt Wert darauf, »dass mit der Lockerung der Zugänglichmachung von Kurzarbeit schon mal ein wesentlicher Schritt getan ist. Ich kann mir vorstellen, dass für viele Kollegen/-innen im Verlags- und Handelsbereich auch kurzfristige Liquiditätshilfen essenziell sein werden«.

Johannes Graulich, Geschäftsführer beim Carus-Verlag in Stuttgart, stößt ins gleiche Horn: »Der Kulturbereich benötigt weiterhin auf allen Ebenen eine breite Unterstützung, sodass wir in Deutschland Qualität und Quantität an musikalischen Angeboten behalten können. Ganz konkret muss es aktuell darum gehen, dass die Ausfälle von Konzerten und Aufführungen für Künstler und Veranstalter nicht existenzgefährdend sind.«

»Eine ähnlich deutliche und flächendeckende Anerkennung des Stellenwerts unserer Branche haben wir selten erlebt«, meint Barbara Haack, Verlagsleiterin der ConBrio Verlagsgesellschaft und Herausgeberin der nmz, in ihrem Editorial zur nmz-Ausgabe April 2020 zu den Reaktionen aus der Politik und vonseiten der Öffentlichkeit. Haack weist darauf hin, dass es die Verlagsbranche bereits in den letzten zehn Jahren nicht leicht gehabt habe: »Finanzkrise, Urheberrechtsverletzungen, VG-Wort-Urteil, zuletzt der Datenschutz, der Zeit und Geld gekostet hat.« Doch sie bekräftigt auch den Willen des Verlagshauses, die Leser der nmz weiterhin monatlich mit Nachrichten, Hintergründen und Berichten aus Musik, Musikwirtschaft und Kulturpolitik zu beliefern.

Inzwischen hat die Bundesregierung ein etwa 40 Milliarden schweres Programm fertiggestellt, das auch den vielen Soloselbständigen in Kunst, Kultur und Medien helfen soll. Monika Grütters spricht von einem

»Rettungsschirm gerade auch für den Kulturbereich«. Auch zahlreiche Bundesländer setzen eigene Soforthilfen auf. Neben staatlicher Hilfe gab und gibt es eine große Welle der Solidarität. Für den Musikbereich sind hier Initiativen der GEMA, der GVL oder der Deutschen Orchester-Stiftung zu nennen. Mit Umfragen versuchen der Deutsche Musikrat, das Musikland Niedersachsen oder auch die Gewerkschaft ver.di Fakten und Bedarfe zu ermitteln.

In den Musikschulen, kommunal oder privat, werden in diesen Tagen neue Wege des Musikunterrichts erprobt. So melden sich etwa Dozentinnen und Dozenten per Mail, Skype und WhatsApp bei ihren Schülern, um sie beim Üben zu Hause zu unterstützen, neue Hausaufgaben zu geben und ihre Fragen zu beantworten. »Lasst uns weiter zusammen Musik machen«, heißt hier die Devise. Zusammen mit Vereinen, Tanzschulen, Fitnessstudios machen einzelne Schulen Aufklärungsarbeit, um mögliche Kündigungen zu vermeiden.

Es stellt sich auch die Frage, was die Pandemie mit der Kunst macht, konkret mit der Musik. Wird der Konzertbetrieb wieder aufs heutige Level »hochfahren«? Welche Konzertveranstalter, Ensembles und Häuser sind womöglich Opfer der Krise geworden?

Und was ist mit dem Publikum? Etliche Bemühungen um neue Konzertvermittlungsformate wie Livestreams und Podcasts oder audiovisuelle Tonträger machen es offensichtlich: Das Konzerterlebnis ist durch ein virtuelles nicht zu ersetzen. Ohne Zuhörer ist die Musik nichts.

Musikschulen und Covid-19: virtuell, virulent, virtuos, vivace Corona drängt Musikschulen in die digitale Welt

Matthias Pannes — Politik & Kultur 4/2020

»Und Musikschulen werden geschlossen.« Als die Bundeskanzlerin am 16. März diesen Beschluss - in der Aufzählung der zu schließenden Einrichtungen erst nach den Bordellen, aber immerhin von ihr explizit genannt verkündete, war mir völlig klar, dass dies nicht eine kurze Unterbrechung von Unterricht sein würde, etwa so, wie wenn ein Wasserschaden ein Musikschulgebäude unbenutzbar gemacht hätte, sondern dass es sich um nichts Geringeres als um eine Zeitenwende im Musikschulwesen handeln würde, um den Beginn einer Umwertung der Werte. Ein Kairos, der blitzartig die bisher bedächtigsystematische Auseinandersetzung mit digitalen Angebotsformen, Materialien, Methoden und Techniken in ein kreativ-chaotisches Suchen nach geeigneten Plattformen, Tools, Apps und Programmen transformieren würde. Die enormen »Nebenwirkungen« dieser Pandemie setzen Musikschulen als immer schon lernende und reformfähige Organisation der kommunalen Bildungslandschaft nunmehr einem ebenso rasanten wie für die Zukunft grundlegenden Wandel aus: Die große Vielfalt der Akteure ringt ebenso kontrovers wie kreativ mit der Spannweite unterschiedlicher Kompetenzen, Einstellungen, Befindlichkeiten und Temperamente in bewegter Diskussion um das richtige Ziel, das richtige Maß und den richtigen Weg

in der notwendig digitalen Entwicklung von Musikschulen – oder über einen vor Ort zu findenden, vielleicht dann einrichtungsweit auszuhandelnden Kompromiss: von der spielerisch-anarchischen Graswurzelbewegung einer zunehmenden Zahl innovativer Lehrkräfte, als Early Birds oder Digital Natives, über die Ordnungs- und Strukturierungsbemühungen des Führungspersonals gegenüber Eltern und Politik, Schülerinnen und Schülern sowie Unterrichtenden bis hin zu den sich für die Rettung und Bewahrung tradierter Werte und der Alleinstellungsmerkmale des konventionellen musikpädagogischen Bildungssettings an der Musikschule verantwortlich Fühlenden, die damit aber nicht zwangsläufig in die Ecke Ewiggestriger zu stellen wären und auch nicht schablonenhaft nur in der älteren Generation zu vermuten sind.

In einer derartigen Krise gilt es umso mehr, zur eigenen Zukunft aufzubrechen und diese zu gestalten zu versuchen. Victor Hugos Aphorismus mag hier leiten, wenn man die Gefahr der existenziellen Bedrohung überwunden haben wird: »Die Zukunft hat viele Namen – für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.« Die Zukunft der Musikschule ist hybrid: Unterricht von Lehrkräften mit Schülerinnen und Schülern wird

als Kern von Musikschularheit weiter bestehen und unverzichtbar bleiben – aber er wird auch grundlegend durch Implementierung von Online-Features und Nutzung digitaler Werkzeuge verändert werden. Individualisierung und Emanzipation des Lernens, Umgang mit Heterogenität und Partizipation, Augmented Reality und innovative Formen von auch nonverbaler - Kommunikation und Verfügbarkeit von Wissen, spielerische Vermittlungs- und Aneignungsmethoden, kreative Prozesse und Produkte und letztlich eine stärker inklusive Ausrichtung des Bildungsorganismus Musikschule werden eine wesentlich stärkere Rolle spielen. Diese Aspekte und Faktoren werden nach den ungeheuren Herausforderungen, die Covid-19 aktuell und in naher Zukunft für die einzelnen Menschen, für unsere Gesellschaft und deren demokratische wie soziale Verfasstheit sowie für die zur Krisenbewältigung systemrelevanten Infrastrukturen derzeit mit sich bringt, beim »Hochfahren« des öffentlichen Lebens an Bedeutung in Kultur- und Bildungseinrichtungen, in der Musikschule, gewinnen. Vor allem deshalb, weil Sensibilität, Achtsamkeit, Wertebewusstsein, Kreativität, Ausdrucksfähigkeit und neu wahrgenommene Selbstwirksamkeit für ein Koordinatensystem unserer mitmenschlichen Positionsfindung nach dem Corona-Armageddon in allen Konstellationen menschlicher Existenz überlebenswichtig werden.

Die apokalyptischen Bedrohungen der Gegenwart gilt es jedoch zuerst abzufangen – sowohl für die einzelnen Lehrkräfte wie für die Musikschulen, an denen sie tätig sind und weiter tätig sein wollen. Hier sind die wegbrechenden Einnahmen aus Gebühren bzw. Entgelten für die einzelne Einrichtung noch nicht seriös zu beziffern – Insolvenzrisiken bestehen aber durchaus zumindest für das Drittel der VdM-Musikschulen, das in privatrechtlich organisierter Träger-

schaft aufgestellt ist. Hier sind aufgrund der Gemeinnützigkeit in der Regel kaum Rücklagen gebildet; gleichwohl sind die laufenden Kosten für den Betrieb weiterhin zu finanzieren. Für diese Betriebsformen sind die erweiterten Möglichkeiten der Kurzarbeit nutzbar.

Unterrichtsausfall über einen längeren Zeitraum führt zu Einnahmeausfall, egal ob durch Gebührenerstattung oder durch Kündigung der Unterrichtsverträge. Die Auffangversuche durch digitale Angebote zur Abwendung von Kündigung oder Erlöschen gegenseitiger Leistungs- und Vergütungsansprüche – sowohl im Verhältnis Musikschule und Nutzer wie im Verhältnis Honorar-Lehrkraft zur Musikschule – gelten nur dann als Unterrichts-Surrogat, wenn eine Einwilligung der Gebühren-/Entgeltpflichtigen hierzu vorliegt.

Am Ende der Vergütungskette stehen die freiberuflichen Lehrkräfte mit Unterrichtstätigkeit auf Honorarbasis, die personell einen zahlenmäßig hohen Anteil am Musikschulangebot bestreiten, wenn auch die Anzahl der erteilten Jahreswochenstunden durch diese Gruppe in Relation zur Gesamtstundenzahl gegenüber Angestellten etwas niedriger liegt. Hier zeigt sich die Berechtigung des Stuttgarter Appells des VdM aus 2017 mit der Forderung nach mehr Anstellungsverhältnissen in den Musikschulen. Honorarkräfte fallen als Selbständige wie als Künstlerinnen und Künstler unter den Rettungsschirm des Bundes wie unter das entsprechende Nothilfepaket des jeweilig zuständigen Landes, die notabene - Pressemeldungen von Staatsministerin Monika Grütters zufolge vermutlich kumulativ angewendet werden können sollen, was aber zu verifizieren wäre. Honorarkräfte dürfen hierbei aber nicht durch das Raster von Ressortzuständigkeiten fallen: freiberufliche Musikpädagoginnen und -pädagogen sind nicht deshalb weniger Künstler, weil Musikschulen nicht bei Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

ressortieren; Honorarkräfte an Musikschulen sind nicht deshalb weniger selbständig und dem unternehmerischen Risiko ausgesetzt. weil sie ihre freie Unterrichtstätigkeit an einer kommunalen oder in kommunaler Unterhaltsverantwortung stehenden Musikschule ausüben. Musikschulen haben auch in dieser schwierigen Zeit ein Interesse daran, mit diesen oft langiährig freiberuflich »an« einer Musikschule Tätigen weiter in Verbindung zu bleiben, für die Zeit nach Corona, mit ihrer Kenntnis der Situation vor Ort, mit ihrer Erfahrung bezüglich wirksamer Unterrichtsgestaltung. Vor allem auch, um gemeinsam mit den angestellten Lehrkräften den Schülerinnen und Schülern bei Wiederöffnung der Musikschulen sofort weiterhin eine fundierte, qualitativ gute Bildungsleistung gewährleisten zu können und dazu in der Zeit der Schließung die Bindung von Schülern/Nutzern wie von Lehrkräften an die Musikschule nicht abreißen zu lassen.

Tötet das Virus den Jazz?Viele Musikerinnen und Musiker stehen in der Corona-Krise vor dem Aus

Urs Johnen — Politik & Kultur 4/2020

»Jazz is not dead, it just smells funny – Jazz ist nicht tot, er riecht nur komisch.« So amüsant dieses Bonmot von Frank Zappa sein mag – die aktuelle, durch die rasante Ausbreitung des neuartigen Coronavirus verursachte Krise lässt ernste Befürchtungen aufkommen, dass der Spaß für viele Jazzmusikerinnen und -musiker bald vorbei sein wird.

Abgesagte Messen wie die jazzahead! in Bremen oder die Musikmesse in Frankfurt, geschlossene Konzertorte und auf unbestimmte Zeit verschobene Veranstaltungen: Von der Corona-Krise sind Großveranstaltungen genauso betroffen wie unzählige Jazzclubs und Kleinkunstbühnen. Die Kulturbranche ächzt, und gerade die überwiegend freiberuflichen Jazzmusikerinnen und -musiker werden von den verhängten Maßnahmen hart getroffen und in ernste wirtschaftliche Bedrängnis gebracht. Manche Existenz steht vor dem finanziellen Abgrund. Kurzfristig bedeuten die Absagen und Schließungen für nahezu sämtliche Kunst- und Kulturschaffenden de facto ein Berufsverbot. Unmittelbar betrifft das nahezu alle Jazzmusiker und -lehrende in Deutschland. Über die mittel- und langfristigen Auswirkungen kann zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden. Auch wenn die häusliche Isolation dazu führt, dass neue Formen der künstlerischen Produktion und der pädagogischen Arbeit ausprobiert werden, so stehen zahllose Einzelkünstlerinnen und -künstler, Ensembles, aber auch Veranstaltungsorte und Labels vor dem Ruin.

Gerade die freischaffenden Akteurinnen und Akteure der ohnehin unterfinanzierten Jazzszene geraten wie viele andere selbständige Kunst- und Kulturschaffende durch absagebedingte Verdienstausfälle unmittelbar in wirtschaftliche Bedrängnis. Ein Blick in die von der Bundesregierung finanzierte Jazzstudie 2016 schafft beklemmende Gewissheit: Die Hälfte der Jazzmusikerinnen und -musiker in Deutschland verfügt über ein Jahresbruttoeinkommen von weniger als 12.500 Euro - nicht musikalische Tätigkeiten inbegriffen. Dass bei einem Bruttoverdienst knapp über dem Existenzminimum kaum Rücklagen gebildet werden können, sodass bereits einzelne Gagenausfälle erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz haben können, liegt auf der Hand. Aktuell iedoch brechen in vielen Fällen sämtliche Einnahmen weg, und das obendrein plötzlich und auf unabsehbare Zeit.

Angesichts der Krise ist die Solidarität inner-wie außerhalb der Kulturszene groß. So werden Spenden- und Hilfsaktionen ohne Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Genres gestartet. Damit selbständige Kunstund Kulturschaffende aber trotz gravierender Einnahmeausfälle Mieten zahlen und laufen-

den Verbindlichkeiten nachkommen können, ist in ganz besonderem Maße die Politik gefragt. Sie muss verhindern, dass etliche Akteurinnen und Akteure der ohnehin unterfinanzierten Jazzszene in die Privatinsolvenz gehen müssen. Der zu befürchtende Schaden wäre nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die deutsche Kulturlandschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt immens.

Die aktuelle Situation erfordert in nie dagewesenem Maße Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger. Es wäre fatal, Lösungen nur für eine Sparte oder ein Genre zu suchen. Auch für Kunst- und Kulturschaffende müssen in erster Linie übergeordnete Zusammenschlüsse wie der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Musikrat und die Allianz der freien Künste die Interessen der verschiedenen Bereiche gemeinsam vertreten. Allein die Allianz der freien Künste etwa vertritt mit den in ihr zusammengeschlossenen 18 Bundesverbänden über 250.000 selbständige Kunstund Kulturschaffende, die ein Schicksal teilen: Die absagebedingten Verdienstausfälle sind existenziell bedrohlich und können von sehr vielen nicht aus eigener Kraft abgefangen werden.

Nach ersten Schätzungen der Deutschen Jazzunion besteht allein für die mehr als 5.000 ausübenden Jazzmusikerinnen und -musiker in Deutschland ein Kompensationsbedarf von mindestens 7,5 Millionen Euro, um zumindest einen Teil der Verdienstausfälle in den zunächst von den staatlichen Beschränkungen betroffenen sechs Wochen auszugleichen und die individuelle Liquidität aufrechtzuerhalten. Für die gesamte Breite der selbständigen Kunst- und Kulturschaffenden aller Sparten rechnet der Berufsverband für diesen Zeitraum mit einem akuten Bedarf von mindestens 85 Millionen Euro, wobei es nur um ein Abfangen der gröbsten sozialen Härten

geht, und nicht um einen realen Verlustausgleich. Gerade in Kombination mit der von der Bundesregierung geplanten Grundrente, die aufgrund der zu hohen Zugangsbarrieren in Form des vorgesehenen Mindestjahreseinkommens unzählige Jazzmusikerinnen und -musiker auszuschließen droht - zeigt sich die Dringlichkeit der politischen Aufgabe, Kunst- und Kulturschaffende aus der nach wie vor überwiegend prekären wirtschaftlichen Lage herauszuführen. In der aktuellen Krise wird besonders deutlich, welche enormen gesellschaftlichen Verwerfungen entstehen, wenn ganze Berufszweige, die zweifelsohne unverzichtbare Beiträge für den Zusammenhalt einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft leisten, nicht in der Lage sind, soziale Härten aus eigenen Kräften abzufedern. In dieser Hinsicht kann der sorgenvolle Blick auf die drohende Altersarmut vieler Jazzmusikerinnen und -musiker in der momentanen Lage einzig durch die globale Bedrohung und den Kampf gegen Covid-19 relativiert werden. Ein schwacher Trost.

Die Verbesserung der sozialen Lage der Jazzmusikerinnen und -musiker und aller anderen Kunst- und Kulturschaffenden in Deutschland aber bleibt über die Corona-Krise hinaus eines der dringlichsten Anliegen, mit denen sich die Kultur- und Sozialpolitik auf Bundesebene zu befassen hat. Der Jazz in Deutschland steht trotz der aktuellen existenziellen Bedrohungen für viele seiner Akteurinnen und Akteure sicher nicht vor dem Aus. Jazz ist nicht tot, sondern quicklebendig - und auch die Corona-Krise wird er überstehen. Damit die Jazzszene aber weiterhin und auf lange Sicht ein lebhafter und international anerkannter Bestandteil der Kulturnation Deutschland sein kann, bleibt viel zu tun!

Nicht allein auf Improvisation bauen Die Lage deutscher Jazzmusiker

Urs Johnen — Politik & Kultur 3/2021

»Zum Glück können Jazzmusikerinnen und -musiker improvisieren.« So etwas höre ich in letzter Zeit immer wieder. Obwohl derartige Bemerkungen auch von Menschen geäußert werden, die selbst Teil der Jazzszene und damit nicht verdächtig sind, uns Musikerinnen und Musikern Böses zu wünschen, so entbehrt dieses romantische Bild des »Lebenskünstlers« angesichts der Corona-Pandemie doch nicht einer gehörigen Portion Zynismus.

Aus wissenschaftlicher, aus gesellschaftlicher - ja, sogar aus berufspolitischer Sicht mag es eine interessante Frage sein, ob Jazzmusikerinnen und -musiker, weil sie das Improvisieren gelernt und perfektioniert haben, besser mit der Corona-Krise zurechtkommen als andere Menschen. Doch kann dies ernsthaft der Anspruch sein? Kann es der Anspruch einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft an sich selbst sein, dass eine ganze Berufsgruppe nur durch Improvisation über die Runden kommen kann? Sollten nicht gerade Menschen, die ihren ureigenen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander zum Lebenszweck erheben, in schweren Zeiten auf die Solidarität der Gesellschaft zählen können – auf die Solidarität eben iener Gesellschaft, in deren Dienst sie sich stellen, und zwar Letzteres meist zum Preis der wirtschaftlichen Prekarität? Ganz abgesehen davon, ob die musikalische Improvisationskunst nicht am Ende vielleicht eben doch nur ein anspruchsvolles Handwerk ist, und keine »Lebenskunst«.

Fakt ist jedoch: Bei vielen Kunstschaffenden kommen die staatlichen Corona-Hilfen nicht an. Die Situation im föderalen Deutschland gleicht einer Lotterie - abhängig von der Meldeadresse greifen zum Teil völlig unterschiedliche Regeln und Rahmenbedingungen bei den finanziellen Nothilfen. Denn die nach wie vor völlig unzulänglichen Bundeshilfen werden erfreulicherweise aus Landesmitteln aufgestockt - nur eben nicht überall. Wer etwa in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen gemeldet ist, kann von Glück reden und seine Lebenshaltungskosten im besten Fall aus den staatlichen Hilfen finanzieren. Die meisten anderen aber haben Pech gehabt und schauen aufgrund der in unserem Beruf kaum unmittelbar zuzuordnenden Betriebsausgaben in die Röhre.

Dieses Problem besteht natürlich nicht nur für Jazzmusikerinnen und -musiker, sondern betrifft spartenübergreifend alle diejenigen, deren unternehmerisches Handeln sich nicht auf Gewinnmaximierung, sondern Finanzierung eines kreativen Outputs fokussiert. Denn gerade in diesen Lebens- und Arbeitskonzepten sind finanzielle Rücklagen die Ausnahme und zugleich fliegen die meisten Akteurinnen und Akteure »unter dem wirtschaftlichen Radar«. Die Lage ist dramatisch. In der Pandemie ist deshalb nicht nur spartenübergreifende, sondern mehr denn je internationale Solidarität gefragt. Eine aktuelle Umfrage zur Situation der Jazzmusikerinnen und -musiker in ganz Europa zeigt, dass wir alle im selben Boot sitzen: Europaweit spielt kaum noch jemand Konzerte, nur 40 % der Befragten gehen davon aus, ihren Beruf mit Sicherheit weiter ausüben zu können.

Doch es gibt zumindest in einer Hinsicht Hoffnung, Angesichts der existenziellen Krise eines milliardenschweren Wirtschaftszweigs - nämlich der gesamten Kulturwirtschaft in Deutschland, in dessen Zentrum wir Kunstschaffenden und Kreativen stehen -. sehe ich auch in Politik und Gesellschaft ein neues Bewusstsein erwachen. Dieses neue Bewusstsein betrifft nicht allein den gesellschaftlichen Stellenwert von Kunst und Kultur (Stichwort »Systemrelevanz«), sondern auch die Lebensrealität von Hunderttausenden Soloselbständigen in Deutschland mit ihren höchst individuellen und oftmals hvbriden Erwerbskonzepten. Und mit dem Bewusstsein wächst auch das Verständnis dafür, dass es maßgeschneiderte Lösungen für Kunst- und Kulturschaffende in der Corona-Krise braucht, um eine dauerhafte Schädigung unserer stolzen Kulturnation abzuwenden. Mit einem »one size fits for all«-Ansatz ist jedenfalls kaum jemandem geholfen.

Wichtig erscheint mir mit Blick auf eine Zeit nach der Krise für den Jazzbereich vor allem eines: Die vielen kleinen, ehrenamtlich getragenen und aus kommunalen Mitteln finanzierten Veranstaltungsorte und Konzertreihen in unserer Szene müssen auch bei absehbar knapperen Gemeindekassen verlässlich finanziert werden. Denn nur so können wir Musikerinnen und Musiker wieder in die Lage versetzt werden, unsere Brötchen zu

verdienen. Allein auf die hohe Kunst der Improvisation zu bauen, wäre wohl selbst für die schwer unterzukriegende Jazzszene ein Todesurteil.

Die eigentliche Krise kommt noch Komponisten in der Corona-Krise

Moritz Eggert — Politik & Kultur 3/2021

Als Vertreter der kompositorisch Schaffenden dieses Landes weiß ich, wie unterschiedlich Lebensmodelle sein können. Das Klischee einer Künstlerin, die in stiller Abgeschiedenheit ihre Streichquartette zum eigenen Vergnügen schreibt – wenn sie die Muse küsst –, und der daher die Pandemie relativ wenig ausmacht, wird nur in den wenigsten Fällen zutreffen. Tatsächlich sind die meisten Kolleginnen und Kollegen so vielfältig unterwegs, wie auch die Kultur unseres Landes vielfältig ist. Daher wird jeden die momentane Situation unterschiedlich hart treffen.

Klassische Auftragskomponistinnen und -komponisten in sowohl »U« als auch »E« mussten natürlich erleben, dass fast alle Liveaufführungen ausfielen oder verschoben wurden. In der Regel wurden schon zugesagte Auftragshonorare zwar bezahlt, doch ohne Liveaufführungen kann nicht die Aufmerksamkeit generiert werden, die für Folgeaufträge so wichtig ist. Gerade vielversprechende Karriereanfänge sind somit auf nach wie vor unbestimmte Zeit »eingefroren«, wogegen die schon etablierten Namen es etwas besser haben. Das hat viele in eine Schaffenskrise geworfen, da sie oft nicht mehr wissen, »wofür« sie eigentlich komponieren, wenn jedes Konzert bis zuletzt ungewiss ist. Viele Werke mussten auf den letzten Drücker für kleinere Besetzungen umgeschrieben werden. Das schützt aber nicht immer vor einem Ausfall, denn auch das adaptierte Konzert kann von heute auf morgen als nicht mehr durchführbar gelten. Die sogenannte »Freie Szene« erwies sich hier teilweise flexibler in der Durchführung von coronagerechten Aufführungen als die subventionierten Häuser, weil der Aufwand und die Anzahl der beteiligten Personen geringer sind.

Kommerzielle Arbeit wie beispielsweise für Film- oder Computerspielmusik traf es bisher etwas weniger hart, da die Film- und Computerspielindustrie nach wie vor einen großen Bedarf hat und weiter produziert. Im Moment ist das sogenannte »Home-Entertainment« vermutlich so wichtig wie noch nie zuvor, daher muss auch weiterhin viel Musik geschrieben werden. Aber ob das so bleibt und ob die in Deutschland so wichtige Basis der öffentlich-rechtlichen Sender nach Corona mit denselben Etats weiterarbeiten kann, ist ungewiss. Auch die fehlende Kinoauswertung macht Sorgen, da sie doch einen nicht unwesentlichen Teil der Einnahmen ausmacht. Auch hier sind die »Etablierten« besser dran als der junge Nachwuchs im Moment finden nur wenige Festivals und Fachmessen statt, und dann auch nur online, sodass man schwer wichtige Kontakte knüpfen kann, die auf persönlichen Begegnungen beruhen.

Ganz besonders hart hat es die große Zahl der Kolleginnen und Kollegen getroffen, die live auftreten und beispielsweise ihre eigene Musik spielen. Ihr Einkommen ist ausschließlich an den Live-Auftritt gebunden, sowohl in »U« als auch »E« gab es hier massivste Einbrüche. Viele mehrgleisig arbeitende Komponistinnen und Komponisten sind zudem in ihren Brotarbeiten auf die eine oder andere Weise von Jobausfällen und Kürzungen betroffen, das fängt schon bei den Studierenden an, denen das studienermöglichende Zubrot als z. B. Kellner oder Kellnerin komplett wegfällt.

Das mit Abstand größte Problem sind iedoch die Tantiemen, die zum größten Teil über die GEMA eingenommen werden. Die GEMA kann nur ausschütten, was sie einnimmt, und das meiste nimmt sie über Livemusik ein. Es ist hierbei wichtig zu verstehen, dass gestreamte Konzerte – die ja als Ersatzveranstaltungen momentan zuhauf stattfinden – gar nicht oder nur mangelhaft und in geringen Dimensionen lizensiert werden. Wo eine Aufführung mit Orchester z.B. 300 Euro einbringen kann, ist dieselbe Aufführung online vielleicht nur 30 Cent oder gar nichts wert. Die allermeisten Auftragshonorare sind ohne GEMA-Einnahmen zu niedrig kalkuliert. Wenn die Tantiemen also ausbleiben, erfolgt spätestens Ende 2021 – wenn die GEMA-Auswertung des Jahres 2020 beendet ist - ein böses Erwachen beim Lesen der Kontoauszüge. Gekoppelt mit den zu erwartenden Kürzungen und Sparmaßnahmen allerorten »nach« Corona, baut sich also für die Riege der komponierenden Zunft in diesem Land langsam, aber sicher ein vorhersehbares Horrorszenario auf, vor dem man nicht früh genug warnen sollte.

Gemeinsam allein feiernDie Berliner Clubszene streamt täglich ihr Programm

Pamela Schobeß im Gespräch mit Theresa Brüheim — Politik & Kultur 4/2020

Pamela Schobeß ist seit über 20 Jahren Clubbetreiberin. Gemeinsam mit Lars Döring bietet sie im »Gretchen« auf dem Dragoner Areal in Berlin-Kreuzberg ein alternatives Kulturprogramm mit Livekonzerten und Clubnächten. Mitte März musste diese Berliner Institution wie alle anderen Clubs, die gemeinsam die weltbekannte Clubkultur der Hauptstadt ausmachen, zur Eindämmung der Corona-Pandemie schließen. Schnell kam man in Zusammenarbeit mit Arte concert, radioeins und dem Label Suol zur täglichen Live-Übertragung von Konzerten und DJ-Sets aus den Clubs in die Wohnzimmer.

Die Berliner Clubs sind seit dem 13. bzw. 14. März geschlossen. Das gilt auch für Ihren Club, das Gretchen in Berlin-Kreuzberg. Was bedeutet diese Schließung für Sie konkret?

Konkret: Von einem auf den anderen Tag null Einnahmen. Wir bekommen, im Gegensatz zu staatlichen Kultureinrichtungen, keinerlei Förderungen. Unsere einzige Einnahmequelle sind unsere Kulturveranstaltungen. Finden die nicht statt, kommt kein Geld rein. Gleichzeitig haben wir aber natürlich laufende Kosten wie Miete, Personal oder Versicherungen. Branchentypisch agieren auch wir – bezogen auf unsere Kosten- und Erlösstruktur – im Grenzkostenbereich, erzielen nur minimale

Gewinne, die immer gleich zurück ins Programm fließen. Wir haben also keine finanziellen Rücklagen, weil diese Art des Kulturbetriebs das einfach nicht hergibt. Die Schließung bedeutet schlicht, dass wir – ohne Hilfen – innerhalb von vier Wochen ruiniert sind und unser Gretchen verlieren werden. Und genauso wird es vielen anderen Clubs und Livemusikspielstätten auch ergehen.

Die Berliner Clubs, Veranstalterinnen und Künstler haben sich schnell solidarisch gezeigt und feiern seit dem 18. März online auf der Plattform UnitedWeStream weiter. Wie geht das genau? Was gibt es unter unitedwestream.berlin zu sehen?

Wir haben uns gedacht, wenn die Menschen nicht mehr zu uns in die Clubs kommen dürfen, dann kommen wir einfach zu ihnen nach Hause. Wir streamen nun jeden Tag aus einem anderen Berliner Club von 19 bis 0 Uhr live in die Wohnzimmer dieser Welt. Die Künstlerinnen und Künstler spielen in gewohnter Umgebung, allerdings in etwas ungewohnter Atmosphäre. Sie sind beim Auflegen ganz allein mit dem Kamerateam, wissen aber, dass ihnen viele Menschen via Internet zugucken und zuhören. Großartig ist in diesem Zusammenhang die tolle Gemeinschaftsarbeit aller Berliner Clubs. Uns geht

es aber auch darum, möglichst schnell und unkompliziert, Spendengelder zu sammeln, um denjenigen Clubbetreiberinnen und -betreibern zu helfen, die am Ende des Monats nicht über ausreichend Liquidität verfügen, ihre Miete zahlen zu können.

Der Eintritt an der Tür entfällt. Deshalb rufen Sie zu Online-Spendensammlungen auf, aber nicht nur für die Berliner Clubs ...

Uns ist natürlich völlig klar, dass wir Clubbetreiberinnen und -betreiber nicht die Einzigen sind, denen es schlecht geht. Deshalb spenden wir wiederum 8 % der gesammelten Gelder an den Stiftungsfonds Zivile Seetnotrettung weiter.

Wieso ist es wichtig, gerade jetzt die weltbekannte Berliner Clubkultur hochzuhalten?

In immer mehr Ländern wird das öffentliche Leben eingeschränkt und die Menschen können so auch nicht mehr Kultur in ihrer vollen Bandbreite erleben. Die vielfältige und kleinteilige Berliner Clubkulturszene ist legendär, symbolisiert Freiheit und zieht jedes Jahr viele Menschen an. Berlinerinnen wie Touristen. Die soziale Komponente ist bei einem Clubbesuch sehr hoch. Zum einen geht es natürlich darum, Musik zu genießen. Zum anderen sind aber auch die sozialen Kontakte im Club wichtig für die Menschen. Der Austausch, das gemeinsame Erleben. Die Forderung nach »social distancing« ist natürlich aus gesundheitlicher Perspektive völlig richtig. Für viele Menschen ist das aber psychisch nicht einfach. Tatsächlich versammeln sich nun viele Menschen virtuell bei unseren Streams und wissen, dass sie nicht allein sind. So können wir in der aktuellen Situation mit UnitedWeStream immerhin im Internet den einmaligen, verbindenden Vibe der Stadt Berlin präsentieren.

Was fordern Sie als Clubcommission jetzt von der Politik?

Wir fordern und brauchen dringend sehr schnell eine Art Rettungsschirm, der aus Zuschüssen bestehen muss und nicht kreditbasiert sein darf. Wir kleinen und mittelständischen Kulturbetriebe können diese Krise ohne finanzielle Zuschüsse nicht überstehen. Die gesamte Clubkultur steht vor einer existenziellen Krise: Die temporäre Schließung von Musikspielstätten führt unweigerlich zur Insolvenz der meisten Clubs. Ein Zusammenbruch dieses Kulturzweiges bringt übrigens auch die gesamte Verwertungskette zum Straucheln. Ein Verlust der vor allem kleinen Clubs und Musikspielstätten wird sich kulturell verheerend auf den gesamten (Live-) Musiksektor für die nächsten Jahre auswirken. Mit dem Fehlen dieser Bühnen, in Metropolen wie Berlin oder im ländlichen Raum, ist auch der gesamte musikalische Nachwuchs in Gefahr. Viele Menschen sind von der Corono-Krise - neben den gesundheitlichen Gefahren – wirtschaftlich betroffen. Trotzdem gibt es Unterschiede bezüglich der Auswirkungen. Produzierendes Gewerbe kann Ausfälle in der Produktion später kompensieren, indem sie z. B. zusätzlich Nachtschichten einlegen und so den Produktionsausfall nachholen. Sie können so den Verlust der Einnahmen wieder aufholen. Musikspielstätten funktionieren anders. Unsere Gäste können später nicht doppelt so oft ausgehen, sie müssen ja auch arbeiten. Können unsere Besucherinnen und Besucher jetzt also längere Zeit nicht in unsere Clubs kommen, werden sie das später nicht nachholen können.

Alle Konzerte, die jetzt ausfallen, müssen in den Herbst oder sogar auf nächstes Jahr verschoben werden. Da nehmen sie dann aber den Platz eines anderen Konzerts ein. Statt zwei Konzerte – eins jetzt und eins im Herbst – gibt es also nur eins insgesamt. Der aktuelle Verlust unserer Einnahmen ist dem-

entsprechend nicht nachholbar. Und eben weil wir Kulturprogramme kuratieren, vielfach musikalische Nischen abdecken, junge Talente fördern und nicht den Mainstream bedienen, bleibt bei unserer Kosten-Erlös-Struktur nichts übrig, um Kredite abzuzahlen.

Was jungen Menschen fehlt

Marc Wohlrabe im Gespräch mit Maike Karnebogen — Politik & Kultur 3/2021

Schwitzende Menschen gedrängt auf einer Tanzfläche? In der aktuellen Situation unvorstellbar. Ob es Alternativen gibt und ein kontrollierter Club- und Festivalbesuch illegalen Veranstaltungen vorbeugt, darüber spricht Maike Karnebogen mit Livekomm-Vorstand und Clubcommission-Co-Gründer Marc Wohlrabe.

Herr Wohlrabe, Sie arbeiten in den Verbänden der Clubkultur. Wie steht es aktuell um die Clubs und Musikspielstätten und welche Öffnungsperspektiven sehen Sie in diesem Jahr?

Ich kann nicht verzeichnen, dass wir schon reihenweise Insolvenzen in unserem Bereich haben – dabei spreche ich explizit für die Clubkultur und Musikspielstätten, nicht für Großraumdiskotheken, Mehrzweckhallen etc. Das nehme ich als Zeichen, dass trotz aller Hakeligkeit die Hilfen, die die einzelnen Betreiber und Mitglieder in unseren Verbänden stellen können, fließen. Das Wichtigste war für uns immer, die Firma bzw. die Clubkulturstätte zu erhalten - mit dem Wissen, dass es sehr schwer wird, in dieser langen Phase der Pandemieeinschränkungen die Teams und die Versorgung der Künstler aus den Budgets dieser Kulturstätten mitzufinanzieren. Alle Kulturbereiche haben sich letzten Sommer und Herbst, oder auch bis zu-

letzt, mit Hygienekonzepten beschäftigt. Es gibt Papiere ohne Ende, Kontakte zu Wissenschaftlern, Expertisen über Lüftungssysteme, Crowd-Management, Zugangsbeschränkung. Viele Betreiber sagen: »Lasst es uns doch bitte versuchen« – mit den entsprechenden Beschränkungen und einer gewissen Mindestanzahl an Personen. Es wäre ein wichtiges Signal, dass bestimmte Stätten und Kulturbereiche wieder starten können. Wir setzen darauf, dass mit den steigenden Temperaturen draußen Veranstaltungen ermöglicht werden. Daher drängen wir darauf, dass die Politik den Bitten der Veranstalter und der Gastronomie entgegenkommt und die Verwaltungen ermöglichen, großzügigere Schallschutzausnahmen in diesem ganz besonders schwierigen Jahr zuzulassen.

Voraussichtlich wird es noch eine lange Zeit dauern, bis Clubs wieder im Normalbetrieb öffnen können. Junge Menschen möchten aber nicht so lange darauf verzichten – wo suchen sie sich Alternativen zum Feiern im Club?

Im Unterschied zu Kinos oder gesetzten Orten zeichnet sich der Clubkulturbereich dadurch aus, dass sich die Besucher dort bewegen. Das hat normalerweise etwas sehr Positives – in der Dynamik und Zwischenmenschlichkeit, in dem Raum- und Musik-

erlebnisgefühl. Man kann Leuten spontan begegnen. Man kommt sich nahe. Im besten Fall steht man schwitzend zusammen auf der Tanzfläche und entwickelt ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das diesen Kulturbereich ganz besonders auszeichnet. Das ist jetzt so nicht möglich und kann auch nicht ersetzt werden. Viele werden versuchen, sich zu Hause ein bisschen dieses Gefühl wieder zu holen. Und auch, wenn alle die Kontaktbeschränkungen kennen, bezweifele ich, dass diese überall eingehalten werden. Da müssen wir uns nichts vormachen. Ich glaube, dass die meisten Menschen das nicht auf so viele Monate mehr durchhalten. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Nicht alle haben eine Familie zu Hause. Für viele ist diese Kultur die Familie, die sie haben. Und die ist jetzt schon lange weg.

Sie sagten es gerade, nicht jeder hält sich daran. Man hört immer wieder von illegalen unkontrollierten Partys, bei denen Schutzmaßnahmen nicht eingehalten werden. Wäre es Ihrer Meinung nach besser, den Clubbesuch zu ermöglichen, um somit eine gewisse Kontrolle zu haben?

Aus der Sicht der Verbände können wir nur dafür werben. Man kann grundsätzlich auf die Maßnahmen hinweisen und sich auch empören, dass es sehr unsozial und gefährlich ist, wenn Menschen sich nicht an die vorgegebenen Regelungen halten. Trotzdem ist die Realität, dass sich eine signifikante Anzahl von Leuten irgendwo immer trifft. Wir glauben, dass die offiziellen Orte, die bekannten Veranstalter mit den ausprobierten Hygienekonzepten hier ein wichtiges und nützliches Ventil darstellen können und so zum Teil verhindert werden kann. dass die Leute illegale Veranstaltungen besuchen. In Berliner Parks z. B. wissen wir, dass das schon letzten Sommer so war. Ich glaube, dass sich ab April, Mai sehr viele junge Leute nicht mehr zurückhalten werden. Das kann man verdammen. Aber ich prognostiziere es aus dem Wissen heraus, was jungen Menschen jetzt gerade schon so lange fehlt, und der Erkenntnis, dass sehr wenig junge Menschen im Verhältnis zu anderen Altersgruppen wirklich erkranken. Ein richtiges Konzept wäre, den erprobten Veranstaltern Hand in Hand diese Räume zu ermöglichen, sodass unter möglichst gesicherten Umständen und einer organisierten Kontaktrückverfolgung Veranstaltungen draußen stattfinden können.

Es geht um Nähe Die Clubszene in Berlin

Pamela Schobeß — Politik & Kultur 3/2021

Unsere Clubs sind seit einem Jahr pandemiebedingt im Dauer-Lockdown. Nur die Sommermonate brachten einigen ein bisschen Licht: Außenflächen konnten bespielt werden. Kleine Bühnen für einige Künstlerinnen und Künstler, die sich so wieder vor einem Publikum präsentieren konnten. Aber Abstandsregeln und Distanz töten Clubkultur. Clubkultur hat eine hohe soziale und gesellschaftliche Relevanz. Neben der Musik geht es um Nähe. Das hohe Infektionsrisiko in Innenräumen hat schon früh den Verdacht nahegelegt: Die Clubs werden in dieser Pandemie die Letzten sein, die wieder öffnen können. Eine Perspektivlosigkeit, von der nicht nur die Clubbetreibenden, DJs und Bands sowie unsere Mitarbeitenden betroffen sind, sondern eben auch unsere Communities. Über digitale Angebote versuchen wir weiterhin, Musikerinnen und Musikern Bühnen und unserem Publikum ein Kulturprogramm zu bieten. Wir streamen DJ-Sets und Konzerte – aber Clubkultur ist »erleben«. Das analoge Live-Erlebnis ist durch nichts Digitales zu ersetzen. Hinter den Clubs stehen Menschen, die mit viel Leidenschaft ihre Programme kuratieren, sorgfältig Künstlerinnen und Künstler auswählen, bewusst Nachwuchs fördern, neuen Musikstilen eine Plattform bieten und so die Entwicklung von experimentellen musikalischen Strömungen

erst möglich machen. Anders als viele andere Bühnen sind unsere Clubs nicht staatlich subventioniert. Wir müssen wirtschaftlich arbeiten, um unsere Programme möglich zu machen. Viele von uns hatten schon vor der Pandemie keine Rücklagen, da jeder Euro zurück in die Musik fließt. Ohne Spenden aus unseren Communities hätten die meisten Clubs die ersten Monate der Pandemie wirtschaftlich nicht überstanden.

Zuschussprogramme und Förderungen halten uns aktuell über Wasser. Verlieren wir unsere Orte, bricht eine fragile Infrastruktur zusammen. Die bekannten und erfolgreichen Musikerinnen und Musiker fallen nicht als Stars vom Himmel. Sie brauchen unsere Bühnen, um sich auszuprobieren und ihren Weg zu finden. So viele Mitarbeitende und Soloselbständige sind von unseren Orten abhängig. Und nicht nur junge Menschen brauchen unsere Nächte, um sich frei zu fühlen.

Im Augenblick stehen wir in den Startlöchern: Wir hoffen auf den Sommer und die Open-Air-Saison. Dass auch wir Hygienekonzepte können, haben wir im letzten Jahr bewiesen. Aber am Ende brauchen wir Möglichkeiten, auf Distanz zu verzichten und Nähe wieder zuzulassen. Neben den fortscheitenden Impfungen können uns Schnelltests helfen, eine Art »safe bubble« herzustellen. Sobald Schnelltests in ausreichendem Maß zur

Verfügung stehen, muss auch Clubkultur wieder in all ihren Facetten möglich sein. Ein Licht am Ende des Tunnels.

Wir werden aber auch dann noch auf finanzielle Unterstützung angewiesen sein. Auch wir müssen unsere Programme ähnlich wie Theater oder Opernhäuser planen. Touren mit Bands benötigen eine Vorbereitungszeit von sechs bis neun Monaten. Im Gegensatz zu Theatern und Opernhäusern bieten wir außerdem an jedem Abend ein neues Programm mit ständig wechselnden Acts.

Es wird dauern, bis wir wieder zu einer Art Normalität zurückgekommen sein werden. Und vielen wird das finanziell nicht eigenständig gelingen, da die Umsatzrenditen bei kleinen Clubs und Livespielstätten zu niedrig sind. Wenn wir weiter Bühnen für den Nachwuchs haben, musikalische Nischen bedienen und Experimentierräume bieten wollen, benötigen wir dabei finanzielle Unterstützung.

Von 100 % auf null vor einem Jahr war schmerzhaft, aber mehr oder weniger einfach. Von null auf 100 % wird seine Zeit brauchen.

Die Vielfalt unseres Kulturangebots steht auf dem Spiel Die Corona-Pandemie trifft die Veranstaltungswirtschaft besonders hart

Jens Michow — Politik & Kultur 5/2020

Kein Konzert des New York Philharmonic, des Boston Symphony Orchestras oder auch von Lady Gaga und Elton John wäre denkbar ohne die Arbeit der Konzertveranstalter und Vermittler. Sie tragen das Risiko, dass ihre Künstler selbst bei verlustreich laufenden Veranstaltungen die vereinbarten Honorare erhalten. Und sie tragen alle Kosten der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen. Dazu zählen Reise- und Hotelkosten, die Erfüllung der immer umfangreicher werdenden technischen Anforderungen, die Werbungskosten und Anzeigen, die Kosten der Anmietung der Spielstätten sowie Personalkosten und viele weitere. Veranstalter, aber auch die zur Veranstaltungswirtschaft zählenden Künstleragenturen, die nicht nur für den »Verkauf« von Künstlern an Veranstalter zuständig sind, sondern es auch als ihre Aufgabe betrachten, die Traditionen und Besonderheiten der einmaligen deutschen Kulturszene zu schützen und zu pflegen, sind Motor für den Aufbau neuer Talente und Garanten der Vielfalt unseres Kulturangebots.

Veranstalter und Vermittler sind aber auch Auftraggeber einer großen Zahl von Dienstleistungsbetrieben, deren Inhaber und Arbeitnehmer von dem Stattfinden von Veranstaltungen wirtschaftlich abhängig sind. Gemäß der ersten im Jahr 2015 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie zur deut-

schen Musikwirtschaft leben von der Veranstaltungswirtschaft rund 32.600 Erwerbstätige. Dabei handelt es sich um rund 30.000 abhängig bzw. geringfügig Beschäftigte. Auch die indirekten Ausstrahlungen von Veranstaltungen sind, wie sich aus der Studie ergibt, insbesondere im Bereich des Musiktourismus erheblich: So summieren sich z. B. die durch Musikveranstaltungen induzierten Ausgaben in Städten und Gemeinden auf rund 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Infolge der Schutzmaßnahmen vor der Infektionsgefahr durch das Coronavirus und die angeordneten Veranstaltungsverbote ist nicht nur das Geschäft der Konzert- und Festivalveranstalter sowie Vermittlungsagenturen, sondern auch aller von ihnen wirtschaftlich abhängigen Dienstleister ebenso wie der Spielstättenbetreiber vollständig zum Erliegen gekommen. Seit dem 8. März 2020 gibt es in Deutschland ein Veranstaltungsverbot, welches vorläufig mindestens bis Ende August 2020 andauern wird. Allerdings wird man bei realistischer Betrachtung wohl davon ausgehen müssen, dass bis Ende des Jahres Veranstaltungen mit geringfügigen Ausnahmen nicht stattfinden werden.

Vorweg: Veranstalter haben absolutes Verständnis dafür, dass Veranstaltungen momentan in gewohnter Form untersagt sind und dass der Schutz der Gesundheit der Be-

völkerung uneingeschränkten Vorrang haben muss. Dennoch muss die Veranstaltungswirtschaft als wesentlicher Teil des Kulturbetriebs unseres Landes darauf hinweisen, dass ein Großteil ihrer Unternehmen befürchtet, die aktuelle Krise wirtschaftlich nicht zu überstehen. Damit wird die Vielfalt des gewohnten Kulturangebots auf deutschen Bühnen erheblichen Schaden nehmen, sofern entstandene und noch entstehende Schäden nicht kompensiert werden.

Zunächst besteht ein aktuelles, aber eigentlich lösbares Problem nicht nur der Veranstalter, sondern z.B. auch der Theater, Filmtheater, Spielstättenbetreiber, Messeveranstalter und zahlreicher anderer Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft darin, dass in der Pressekonferenz der Bundeskanzlerin am 8. April 2020 zwar erklärt wurde, dass »Großveranstaltungen« weiter verboten bleiben. Bis heute ist allerdings nicht klar, wann es sich um eine »Großveranstaltung« handelt. Die Definition soll den einzelnen Bundesländern überlassen bleiben. Aber nur Schleswig-Holstein hat bisher angekündigt, dass Veranstaltungen von bis 1.000 Besuchern erlaubt seien, wobei allerdings Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden müssen. Diese sind aber weder in Schleswig-Holstein noch in anderen Bundesländern konkretisiert worden. Dabei würden viele der bereits angekündigten Veranstaltungen in Musikclubs, aber auch kleinere Comedy-Veranstaltungen und Schauspiel- oder Musicaltourneen stattfinden können, wenn sich die Länder zu den Voraussetzungen endlich geäußert hätten. Aber es besteht momentan völlige Unsicherheit darüber, zu welchen Konditionen dies möglich sein könnte. Wir hören aus der Politik nur, dass Hygienevorschriften eingehalten werden müssen. Wie die aussehen sollen, weiß niemand. Natürlich muss klar sein. dass, wenn zwischen zwei Besuchern stets eineinhalb Meter Platz bleiben muss, nur je-

der dritte Platz und jede zweite Reihe besetzt werden kann. Man mijsste für ein Konzert mit 1.000 Besuchern eine Halle mit einer Kapazität für 3.000 bis 4.000 Personen mieten. Das rechnet sich nicht und ist auch nicht durchführbar. Solange es keine klaren Ansagen vonseiten der Politik gibt, müssen Veranstaltungen im Vorverkauf gehalten werden, weil die Verträge mit den Künstlern, dem Veranstaltungsort, den beteiligten Dienstleistern, vor allem aber dem Publikum gültig bleiben. Veranstalter können Veranstaltungen, die voraussichtlich nicht stattfinden dürfen, nicht einfach absagen, da sie sonst von Künstlern und beauftragten Dienstleistern, nicht zuletzt aber auch von den Karteninhabern auf Vertragsbruch in Anspruch genommen werden könnten.

Die Veranstaltungswirtschaft ist durch die Auswirkung der Krise im Vergleich zu der produzierenden Wirtschaft besonders hart betroffen, da es sich bei Konzerten oder sonstigen Veranstaltungen um »hochverderbliche Ware« handelt. Veranstaltungen sind Fixgeschäfte, die vertragsgemäß ausschließlich am angekündigten Termin stattfinden können. »Nachholkonzerte« gibt es nicht, sondern es handelt sich dabei um neue Veranstaltungsangebote, mit deren Durchführung alle Vorkosten erneut anfallen. Veranstalter bieten nicht, wie z.B. Autohersteller, ein Produkt an, welches in einem halben Jahr noch genauso viel wert ist. Der Veranstalter hat für jede abgesagte Veranstaltung bereits kostenintensive Leistungen erbracht, die nach Ablauf des Konzerttages nichts mehr wert sind. Ein weiteres Sonderproblem besteht ferner darin, dass der Vorverkauf für Veranstaltungen inzwischen vollständig zum Erliegen gekommen ist. Und niemand sollte erwarten, dass die Nachfrage nach Konzerten ab September auch nur annähernd den gewohnten Umfang erreichen wird. Derzeit ist es bereits ausgeschlossen, Veranstaltungen für die Zeit

nach dem Shutdown zu planen. Viele Hallen lassen sich für die kommenden Monate gar nicht mieten, weil die Betreiber zunächst Klarheit haben wollen, wie es weitergeht.

Der Bund hat ein beeindruckendes millionenschweres Soforthilfeprogramm aufgelegt. Aber die Maßnahmen helfen in der Notsituation, in der sich die Veranstaltungswirtschaft derzeit befindet, leider nur in Ausnahmefällen. Der Gewinn von Veranstaltern beträgt gemäß einer Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) aus dem Jahre 2009 durchschnittlich 7 bis 8 % ihrer Einkünfte. Die Rückzahlungsverpflichtung von Krediten in aktuell benötigter Höhe können daher – vor allem angesichts der entstehenden Schäden – nur wenige Unternehmen seriös eingehen. Von 9.000 Euro Soforthilfe lässt sich allenfalls die Büromiete für die kommenden Monate zahlen. Laufende Betriebskosten und vor allem die Verbindlichkeiten, die für die Vorkosten jedes ausgefallenen Konzertes entstanden sind, können damit nicht kompensiert werden. Oft reichen die Soforthilfen nicht einmal für die Zahlung der Mitarbeitergehälter, die zumeist nicht in Kurzarbeit geschickt werden können. Denn die Veranstalter brauchen aktuell für die Rückabwicklung der ausfallenden Konzerte sogar mehr Personal. Daher unterscheidet sich die Problemlage im Veranstaltungsbereich erheblich von der Situation vieler anderer Wirtschaftsbereiche.

Das Überleben der meisten Unternehmen der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft wird nur durch besondere Hilfsmaßnahmen gesichert werden können. Dazu haben die Verbände der Musikwirtschaft ein Papier vorgelegt, mit dem der konkrete Bedarf des gesamten Wirtschaftszweiges – und damit auch der Künstler – dargelegt wird. Es bleibt zu hoffen, dass die Musikwirtschaft im Allgemeinen und die Veranstaltungswirtschaft im Besonderen bei den vielen Forderungen aus allen Bereichen der Wirtschaft nicht ein wei-

teres Mal als ein Bereich behandelt wird, der »am ehesten verzichtbar« ist. Wer diese Auffassung vertritt und nicht erkennt, dass den Kulturschaffenden und damit den Veranstaltern – ganz schnell geholfen werden muss, muss wissen, dass er zukünftig auf einen großen Teil der bisher gewohnten Musikangebote in Musikclubs, Festivals und Theatern verzichten muss. Er sollte sich darüber im Klaren sein, welchen Schaden der Kulturbetrieb damit nehmen wird.

Zwischen Lockdown und LockerungWie die Corona-Krise den professionellen Orchester- und Konzertbetrieb trifft

Gerald Mertens — Politik & Kultur 5/2020

Seit Mitte März 2020 ist bundesweit der Musikbetrieb zum Erliegen gekommen. Der durch das Coronavirus bedingte Aufführungsstopp betrifft alle gleichermaßen: Konzert- und Opernhäuser, öffentliche und private Veranstalter, Kirchen und Clubs, Klassik ebenso wie Rock und Pop. Der brutale, maximale Einschnitt in eine äußerst lebendige und vielfältige Szene ist der größte seit Einstellung des Spielbetriebs von Orchestern und Theatern im zu Ende gehenden Zweiten Weltkrieg im September 1944.

Der Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft schätzt den Schaden für 2020 auf 5,5 Milliarden Euro. Eine Summe, die nicht unrealistisch ist, denn inzwischen sehen sich alle öffentlichen und privaten Konzertveranstalter mit dem abrupten, vorzeitigen Ende der Saison 2019/2020 konfrontiert. Auch immer mehr Festspiele und Festivals haben die Hoffnung für einen regulären Sommerbetrieb aufgegeben, allen voran die Bayreuther Festspiele und das Schleswig-Holstein Musikfestival. Mehrere Hundert Musikfestivals in Deutschland bieten jedes Jahr zahlreiche Auftrittsmöglichkeiten für Orchester, Kammermusik und sonstige Gruppen. Auf einen Schlag alles weg. Ebenso trifft es große, beliebte Open-Air-Veranstaltungen aller Stilrichtungen von den Berliner Philharmonikern in der Waldbühne über Klassik OpenAir in Nürnberg, Leipzig, München oder Berlin bis zum längst ausverkauften Rockfestival in Wacken.

Während die rund 10.000 fest angestellten Mitglieder der Konzert- und Theaterorchester und Klangkörper des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunächst sozial halbwegs abgesichert sind, teilweise auch über befristete Kurzarbeit, ist der Einschnitt für die über 54.000 in der Künstlersozialkasse registrierten freiberuflichen Musikerinnen und Musiker umso dramatischer. Von heute auf morgen brachen ihnen alle Einnahmequellen gleichzeitig und für mehrere Monate weg: keine öffentlichen Auftritte mehr, keine Unterrichtstätigkeit mehr an Musikschulen und Musikhochschulen oder im privaten Bereich, keine Aushilfstätigkeiten bei Berufsorchestern, Absagen aller Kirchenkonzerte und sonstigen Auftritte. Bund und Länder haben zwar mit verschiedenen Programmen versucht, Freiberuflern und Soloselbständigen zu helfen. Doch entweder waren die Töpfe bald leer oder gingen an den besonderen Bedingungen freischaffender Musikerinnen und Musiker vorbei. Hier ist zu hoffen, dass das angekündigte Nachsteuern der Kulturminister der Länder und der Kulturstaatsministerin noch zu Verbesserungen führt. Während es in bestimmten Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft nach mehrwöchigem

Lockdown seit Ende April erste Lockerungen gibt, wartet der gesamte Musikbereich hierauf noch sehnsüchtig. Mutig und zuversichtlich - was bleibt auch anderes übrig? - verkünden Orchester, Konzert- und Opernhäuser ihre Pläne für die Spielzeit 2020/2021. Kein Veranstalter kann jedoch Anfang Mai sicher prognostizieren, wie es ab September wirklich weitergeht. Können internationale Dirigenten und Solisten bis dahin wieder reisen? Sind Konzertreisen und Tourneen wieder möglich? Haben wir einen Plan B? Eine große Herausforderung für die künstlerisch Verantwortlichen, für Marketing und Kartenvorverkauf. Solange es kein wirksames Medikament und keine Impfung gegen das Coronavirus gibt, ist weiter mit Beschränkungen zu rechnen. Diese betreffen sowohl den präventiven Schutz des Publikums, aber auch den der Ausführenden. Während man für das Publikum bestimmte Hygienevorkehrungen, Einlass- und Abstandsregeln umsetzen kann, ist das auf der Bühne ungleich schwieriger. Orchester und Chor auf der Bühne, aber mit Mundschutz? Vor allem für Bläser und Sänger kaum vorstellbar. Orchestermitglieder im engen Graben des Opernhauses? Ballett und Chorsänger in Aktion auf der Bühne? Diese Unsicherheiten und Fragen bereiten allen Beteiligten gegenwärtig große Sorgen. Denn eines ist klar: Für ein paar Monate lässt sich der Lockdown irgendwie überbrücken, für eine ganze Spielzeit eben nicht. Die gleichen Fragen und Probleme betreffen auch alle Akteure der Freien Szene, den Profi- wie den Laienbereich, unabhängig von der jeweiligen musikalischen Stilrichtung.

Wenn man den zahlreichen Herausforderungen der Corona-Krise etwas Positives abgewinnen will, dann das:

 In der großen Solidaraktion #Musiker-Nothilfe der Deutschen Orchester-Stiftung unter Schirmherrschaft von

- Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Dirigent Kirill Petrenko wurden von Orchestern, Solisten aus Klassik, Pop und Jazz, Dirigenten, Publikum und Musikliebhabern innerhalb von nur fünf Wochen über 1,3 Millionen Euro gesammelt und an besonders betroffene freischaffende Musikerinnen und Musiker aller Stilrichtungen ausgezahlt. Diesen Zusammenhalt, diese Solidarität, dieses Bewusstsein innerhalb der professionellen Musikszene und ihren Wert für die Gesellschaft auch nach der Krise als Chance zu nutzen, ist eine große, aber auch schöne Herausforderung.
- 2. Erstmals scheint einer breiteren Öffentlichkeit bewusst geworden zu sein, auf wie viel Selbstausbeutung und Prekariat freischaffender Musikerinnen und Musiker ein lebendiges Musikleben in Deutschland eigentlich beruht. Auch diese Erkenntnis gilt es, nach der Krise in konkretes politisches Handeln zur besseren sozialen Absicherung und für intelligentere Förderprogramme in der Freien Szene umzusetzen. Hierfür bedarf es eines konstruktiveren Dialogs zwischen Bund und Ländern als in der Vergangenheit.

Erfolge nicht verspielenOrchester zwischen Lockdown und Lockerung

Gerald Mertens — Politik & Kultur 3/2021

Mitte März 2021 blicken auch die professionellen Orchester und Rundfunkklangkörper in Deutschland auf ein Jahr Corona-Krise zurück. Ein Jahr zwischen Lockdown und Lockerung. Im Rückblick ein extrem heterogenes Jahr: ein Sowohl-als-auch, ein Einerseitsandererseits.

Einerseits: Die Orchester, Chöre und Big Bands der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten konnten in dieser Zeit ihre Stärken ausspielen. Zwar mussten sie wie alle anderen auch ihren Konzertbetrieb vor Publikum im Saal zeitweise einstellen. Gleichzeitig konnten sie die Produktionskapazitäten und Ausspielwege ihrer Häuser über Fernsehen, Hörfunk und digitale Kanäle voll ausnutzen. Noch nie konnten die Klangkörper derart viele Menschen über all diese Wege erreichen. Die vier WDR-Ensembles z.B. absolvierten von Beginn der Pandemie bis Dezember 2020 in Konzertsälen 27 Auftritte vor Publikum und weitere 23 ohne Publikum – mit Livestream -, zwölf Auftritte in Autokinos sowie zahlreiche weitere Auftritte in Kirchen, Schulen und Kindergärten. Mit über 250 Hauskonzerten bei Abonnentinnen wurde sogar noch die Kundenbindung gestärkt. Die aufgezeichneten Livestreams wurden über 350.000 Mal abgerufen; in dieser kurzen Zeit eine extrem hohe Reichweite. Andererseits: Bei den institutionell geförderten Theater- und Kon-

zertorchestern stand im ersten Lockdown der Betrieb von Mitte März bis Mitte Mai weitgehend still. Mit den ersten Lockerungen waren bis zum Ende der Spielzeit viel Flexibilität und Improvisationskunst gefragt: Orchesterbesetzungen wurden ausgedünnt, um die Abstandsregeln auf der Bühne einzuhalten, neue Konzertspielpläne mit kleiner besetzten Werken aufgestellt, Bühneninszenierungen coronakonform umgestaltet. Um die Frage, wie viel Publikum unter Coronabedingungen mit oder ohne Maske in die Säle gelassen werden dürfe, tobten heftige Diskussionen. Die Bandbreite lag in etwa zwischen bis zu 50 % Platzauslastung im Schachbrettmuster - Konzerthaus Dortmund - und bei nur maximal 200 Plätzen, versuchsweise 500, in bayerischen Veranstaltungsstätten - unabhängig von ihrer Gesamtgröße.

Seit April 2020 wurde vor allem den kommunalen Theatern und Orchestern analog zum öffentlichen Dienst erstmals ermöglicht, Kurzarbeit einzuführen. Im ersten Lockdown waren rund 60 Orchester in Kurzarbeit, im zweiten Lockdown ab November 2020 über 100. Unter den gegebenen Umständen hat sich die Kurzarbeit bewährt: Kein Orchester ist in seinem Bestand gefährdet, alle Arbeitsplätze sind bislang erhalten geblieben. Am stärksten betroffen waren und sind die freien Orchester und die freischaffenden Mu-

sikerinnen und Musiker, die durch viele Förderraster fielen. Anfang 2020 befand sich der Orchester- und Musikbetrieb in Deutschland auf Erfolgskurs. Es wäre fatal, die Pandemie als Musikerin oder Orchester irgendwie zu überleben, um dann anschließend unter gravierenden Kürzungen öffentlicher Kulturausgaben leiden zu müssen. Damit die Kultur- und Orchesterszene an alte Erfolge anknüpfen kann, ist eine Weiterentwicklung der Kulturförderung dringend notwendig. Die Deutsche Orchestervereinigung fordert daher ein auf mehrere Jahre angelegtes Bundesprogramm zur direkten Stützung kommunaler Kulturhaushalte nach dem Abklingen der Pandemie mit einer Zweckbindung für kommunale Theater, Orchester, Museen und Bibliotheken, Diese Bundesmittel sollten nur dann gewährt werden, wenn sich Kommunen ihrerseits verpflichten, den Kulturhaushalt stabil zu halten.

Zudem müssen von der Pandemie besonders betroffene freischaffende Berufsmusikerinnen und -musiker kurzfristig Hilfe erhalten. Dazu gehört, in der Künstlersozialversicherung befristet höhere Nebenverdienste jenseits von Minijobs zuzulassen, ohne den Künstlerstatus und die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse infrage zu stellen. Außerdem muss der Zugang zur Arbeitslosenversicherung für Selbständige verbessert werden. Dazu gehört auch die Erweiterung in Form eines Kurzarbeitergelds für Zeiten mit geringer oder keiner Beschäftigung.

GVL Schnelle Hilfe in der Not

Guido Evers und Tilo Gerlach — Politik & Kultur 5/2020

In den vergangenen Wochen ist das kulturelle Leben vielerorts zum Stillstand gekommen –und damit sind auch die Einnahmen der Kulturschaffenden schlagartig versiegt. Konzerte wurden abgesagt, Filmaufnahmen gestrichen, Plattenläden geschlossen. Für viele Künstler, die oftmals »von der Hand in den Mund leben«, ist dies eine existenzielle Situation. Als Verwertungsgesellschaft für ausübende Künstler, Labels und Veranstalter haben wir als eine der ersten Organisationen finanzielle Überbrückungshilfen für in Not geratene Berechtigte bereitgestellt.

Noch bevor es zum Shutdown in Deutschland kam, hatten insbesondere Musiker und Schauspieler mit ersten, teils gravierenden Umsatzeinbußen zu kämpfen. Wir wollten von Anfang an unsere Solidarität mit den Künstlern zeigen und haben binnen wenigen Tagen eine Corona-Nothilfe auf die Beine gestellt: 250 Euro, die im Rahmen einer sozialen Zuwendung sofort an freiberufliche und befristet beschäftigte Berechtigte mit Produktions- und Veranstaltungsausfällen überwiesen werden - über 7.000 Berechtigte haben bereits davon profitiert. Als ein weiteres Zeichen der Solidarität erfolgt die Finanzierung paritätisch aus Mitteln der Hersteller und Künstler.

Wir wollten jedoch noch mehr Hilfe leisten und haben uns kurzfristig entschieden,

ergänzend zur Soforthilfe und den regulären Verteilungen der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) Vorauszahlungen für Hersteller und Künstler in die Wege zu leiten. Das alles geschah gleichzeitig mit der Umstellung unserer 180 GVL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter auf mobiles Arbeiten, Bereits im März 2020 überwiesen wir unseren Herstellern die ersten Vorauszahlungen, um dem akuten wirtschaftlichen Druck auf die unabhängigen Labels entgegenzuwirken. Im Mai erhalten auch unsere selbständigen Künstler, die besonders hart von der Corona-Krise getroffen sind, Vorschusszahlungen. Dabei handelt es sich insgesamt um hohe zweistellige Millionenbeträge.

Auch wenn wir unser Möglichstes tun, um unseren Berechtigten kurzfristig zu helfen, dürfen wir nicht vergessen: Die aktuellen Entwicklungen im deutschen Kulturbereich werden auch nicht spurlos an der GVL vorbeigehen. Je nach Dauer des Lockdowns rechnen wir derzeit mit erheblichen Einnahmerückgängen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Wiedergabe und bei den werbefinanzierten Privatsendern, die im schlimmsten Fall bis zu 50 % unserer Jahreserlöse im laufenden Jahr 2020 ausmachen könnten – Geld, das unseren Berechtigten bei der Verteilung 2021 fehlen wird.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Eilmaßnahmen die finanziellen Einbußen von ausübenden Künstlern und Labels natürlich nicht nachhaltig abfedern können. Insbesondere Vorauszahlungen, die mit zukünftigen Verteilungen verrechnet werden, helfen zwar sofort, reichen aber nicht dauerhaft zum Leben. Vor diesem Hintergrund beteiligen wir uns aktiv an gemeinsamen Initiativen der Kultur- und Kreativwirtschaft, um die Politik bei der Entwicklung und Umsetzung geeigneter staatlicher Hilfsmaßnahmen zu unterstützen, die direkt bei den Kulturschaffenden ankommen und auch nachhaltig die kreative Vielfalt in Deutschland sichern.

GEMA Kerngeschäft am Laufen halten

Harald Heker — Politik & Kultur 5/2020

Unter dem Dirigat der Pandemie lernen wir derzeit im Stakkato-Takt, unser Leben neu zu organisieren. Von den strikten Maßnahmen zum Gesundheitsschutz werden Gesellschaft und Wirtschaft mit Wucht getroffen. Das gilt in besonderem Maße für die Welt der Musik, wo mit dem Stillstand ein beträchtlicher Teil der kreativen Wertschöpfung zum Erliegen gekommen ist.

Als Treuhänderin, die im Auftrag von Komponisten und Textdichtern deren Rechte wahrnimmt, ist die GEMA verlässliche Begleiterin selbstverständlich auch in der Krise. Frühzeitig haben wir alle Kräfte darauf ausgerichtet, unser Kerngeschäft am Laufen zu halten. Dass wir die planmäßigen Ausschüttungen an unsere Mitglieder in der ersten Jahreshälfte vollständig sicherstellen konnten, war ein wichtiger Schritt. Doch das allein wird viele Musikschaffende nicht über die schwere Zeit des Lockdowns tragen. Noch bis mindestens Ende des Sommers bleiben Deutschlands Musikbühnen verwaist. Sportereignisse und Volksfeste müssen ausfallen. Auch in den zahllosen geschlossenen Clubs, Bars und Restaurants im Land erklingen vorerst keine Melodien mehr.

Wenn aber öffentlich keine Musik genutzt wird, fließen auch keine Einnahmen dafür an die Schöpfer und Verleger der Werke. Mit dem kulturellen geht folglich ein erheblicher materieller Schaden einher, den wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern können. Die GEMA hat deshalb eine Art Schutzschirm aufgespannt, der die staatlichen Programme für Künstler flankiert. Bis zu 40 Millionen Euro stellen wir unseren besonders betroffenen Mitgliedern zur Existenzsicherung zur Verfügung – eine Akuthilfe, die inmitten einer Saison der Konzertabsagen gern angenommen wird.

Viele wertschätzende Reaktionen zeigen uns, dass die GEMA ihrem Auftrag als Solidargemeinschaft auch in dieser Krisenzeit vollauf gerecht wird. Dies wird im kommenden Jahr weiterhin der Fall sein, wenn Musikautoren die Einbrüche im Veranstaltungsmarkt und sicher auch bei Auftragsarbeiten deutlich zu spüren bekommen dürften. Doch nicht nur unter Musikschaffenden, sondern ebenso bei jenen, die Musik nutzen, ist die finanzielle Bedrängnis groß. Als Lizenzgeberin übernimmt die GEMA in der Corona-Krise auch gegenüber ihren Kunden Verantwortung. Wer sein Geschäft oder Lokal nicht betreiben darf, dem erlassen wir daher derzeit pragmatisch die Lizenzgebühren.

Die Pandemie ist ein Stück ohne Partitur. Für diese Situation gibt es keine Noten. Wir müssen uns dem Rhythmus beugen, den das Virus vorgibt, und als Gesellschaft gemeinsam improvisieren. Was Hoffnung macht: Überall im Netz blüht nun die digitale Musikkultur auf, ob Wohnzimmerkonzerte auf Instagram oder ganze Festivals in der virtuellen Sphäre. Diese Zeit nimmt uns Liebgewonnenes, aber sie gebiert auch neue Chancen für Urheber. Ihre Musik wird in der Zurückgezogenheit zum starken Band zwischen Menschen – zu einem Gut von in jeder Hinsicht essenziellem Wert.

Der künstlerische Wert des AnalogenÄsthetische Probleme der digitalen Transformation von Kunst

Martin Hufner — Politik & Kultur 5/2020

Ohne Publikum scheint alle Kunst verloren. Das lässt sich in der aktuellen Extremsituation der globalen Corona-Pandemie wie unter Laborbedingungen, bei dem dem Publikum der Zugang zu Konzerten, Theatern, Museen, Opernhäusern oder Clubs verwehrt ist, beobachten.

Dies machten eklatant die sogenannten Geisterkonzerte deutlich, bei denen die musikalischen Akteure so tun, als spielten sie ein ganz normales Konzert - nur eben ohne nennenswertes Publikum - wie sie zu Beginn der Corona-Krise noch - in der vagen Vermutung, dass Musiker gegen das Virus immun sein könnten – zu sehen waren. Das Konzert von James Blunt in der – bis auf die anwesenden Musikerinnen und Musiker - leeren Elbphilharmonie im März strahlte so eine vollkommen aseptische und zugleich bedrückende Glätte aus, bei der die von Computertechnik gesteuerten Lichtanlagen einer Musik ihre ganze seelenlose Maschinenwirklichkeit entgegenstellten. So absurd wie aus einem Zukunftsroman wirkte es, gerade so, als spielten hier menschliche Klangsklaven zur Ergötzung von Robotern. Und irgendwo an irgendwelchen Endgeräten - Computer, Smartphone, Smart-TVs - saßen dann noch irgendwelche beinahe überflüssig wirkende Kunstverbraucher. In Erinnerung an einen italienischen Fussballtrainer eines großen

deutschen Vereins könnte man schlicht sagen: Halle leer, Kunst tot. Kunst ohne Publikum scheitert.

Das Publikum ist offensichtlich eben nicht nur da, für den Kunstgenuss zu bezahlen und die Akustik von Räumen zu verbessern, das Publikum ist ein zwingend nötiger Resonanzraum zur Konstitution von Kunstwerken – so wie die Architektur in Museen für die dort jeweils präsentierte Kunst ja auch (oder die Gestaltung von Kunsträumen an sich). Hinzu treten bisweilen als lästig empfundene zusätzlich ausgelöste Sinnesempfindungen, die durch olfaktorische Dunstglocken erzeugt werden. Im engen Club müffelt das Vergnügungsvolk tratschend, im Kammermusiksaal raschelt es zum Grundrauschen bei 4711, Tosca und Eternity. Und selbst hustende, den Blick verstellende Lebewesen fehlen einem plötzlich ebenso wie im gleichen Geist kontemplativ sich der Kunst Hergebende, die mit geschlossenen Augen im Konzertsaalsitz versinken.

Die Musik ist noch einmal mehr betroffen, weil sie eine Live-Kunstform ist. In Zeiten von Abstandhalten und Kontaktvermeidung zeichnet sich ab, dass eine Transformation des analogen Konzertes in die digitalen Medien gar nicht so einfach zu vollziehen ist. Es handelt sich dabei um ein Phänomen, das offenbar mit gemeinschaftlicher Wahr-

nehmungstätigkeit vor allem bei Live-Situationen zu tun hat, denn beim Radio- oder CD-Hören tritt dieses Phänomen nicht in Erscheinung, genau so wenig wie bei komplex produzierten Videoclips und Studioaufnahmen, die ja explizit für die Solo-Wahrnehmung hergestellt werden. In einer Zeit wie der jetzigen fällt dieser Umstand besonders auf, weil Konzerte im herkömmlichen Sinne aktuell nicht mehr stattfinden können. Das Konzert in den digitalen Raum zu verlegen, mit einzelnen Menschen vor Bildschirmen. bereitet dagegen wenig Freude, es verkleinert das Kunsterleben zu einer Geste und die Kunst zu ästhetischen Kriimeln. Der Eindruck, es handle sich musikalisch wie ästhetisch »nur« um eine Probensituation, ist offensichtlich. Die Art und Weise, wie die Musizierenden vor den Kameras »Aufregung« empfinden, ist eine jeweils sehr andere. Für die Künstlerinnen und Künstler wie für das Publikum. Die ganze Welle von gestreamten Wohnzimmerkonzerten hat regelmäßig den Charme eines musikalischen Homeoffice bei reduzierter Selbstpflege und -achtung.

Die in Berlin arbeitende Harfenistin Kathrin Pechlof benennt das Problem in einem Instagram-Posting präzise, wenn sie sagt, dass sie es in den letzten vier Wochen sehr vermisst habe, für ein Publikum zu spielen und mit diesem gemeinsam Konzerte zu erleben. Die virtuelle Version eines Konzertes werde für sie niemals die spirituelle Erfahrung eines gemeinsamen Konzerts mit Publikum ersetzen können.

Das Publikum macht die Musik! Es schadet natürlich nicht, wenn man neue Wege sucht, neue Konzertsituationen zu gestalten, aber für eine angemessene Rezeption von Musik ist das offenbar gar nicht so hoch zu bewerten. Interessant wird es bei neuen Mischformen wie sie bei der Aufführung der reduzierten Bach'schen »Johannes-Passion« am Karfreitag in der Thomaskirche in Leip-

zig entstanden, bei dem man notgedrungen auch Streams von fremden Orten einband, und das alles zeitgleich über Internet und öffentlich-rechtliche Rundfunkstationen übertragen wurde – mit Chorälen zum Mitsingen in der eigenen Stube. Das hat eine durchschlagende Kollektivsituation erzeugt, der sich wahrscheinlich niemand entziehen konnte, der dieses Ereignis miterlebt hat. Eine einmalige und in dieser Form unwiederholbare und unwiederbringliche Erfahrung.

Es geht definitiv mit mehr Besuchern

Manuel Dengler im Gespräch mit Ludwig Greven — Politik & Kultur 10/2020

Mitte September versammeln sich fröhlich gestimmte Menschen bei schönstem Sonnenschein vor einer Schlossruine im Städtchen Frevenstein, eine Autostunde von Berlin entfernt, um Operettenlieder zu hören, aufgeführt vom Brandenburger Festspielorchester mit einer Sängerin aus Frankreich und einem kanadischen Sänger. Es ist erst das sechste von eigentlich 42 geplanten Konzerten der Festspiele. Statt 350 dürfen nur 130 Zuhörer kommen, das Orchester wurde von 40 auf 10 Musiker verkleinert. Aber die Bewohner freuen sich, in diesem Corona-Spätsommer an diesem schönen Ort Musik genießen zu können, und die freiberuflichen Musiker, endlich wieder einmal auftreten zu dürfen. Am allermeisten aber freut sich Festspielleiter Manuel Dengler, der selbst dirigiert und sich bis zur letzten Sekunde mit dem Präsidenten Walter Schirnik um die Organisation bis zum Ticketverkauf kümmert.

Als Sie zu Jahresbeginn die Intendanz der Brandenburger Festspiele übernahmen, hatten Sie sicher eine Menge Pläne, nicht ahnend, dass die Pandemie kurz danach alles über den Haufen werfen würde.

So ist es. Ich war schon seit Mitte 2018 in diversen Vorläuferstrukturen aktiv, und wir haben langfristig auf unsere Premierenspielzeit

in 2020 hingearbeitet. Seit Januar bin ich nun Intendant der Brandenburger Festspiele, die wir in professioneller Struktur neu aufgestellt haben. Unser Ziel: Wir wollen ein landesweites Kulturfestival als echtes Landesfestival etablieren mit ganzjährigen Veranstaltungen, genreübergreifend mit dem Fokus Klassische Musik und mit Spielorten jeglicher Art: Schlösser, Industriedenkmäler, in der Natur. Die Programme entwickeln und setzen wir mit lokalen Partnern um. So wollen wir lokale und regionale Potenziale mit künstlerischen Mitteln erzählen. Programm-Highlights sind internationale Stars, kombiniert mit Brandenburger Künstlern, in, aus und für die einzelnen Regionen. Für die lokale Verankerung sorgt unser Festspielrat. Für den konnten wir zahlreiche Landräte, Bürgermeister, Kulturdezernenten und kulturelle Akteure in ganz Brandenburg gewinnen. Dem Kuratorium gehören neben Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, dem Pianisten Christoph Eschenbach und Sarah Wedl-Wilson, der neuen Rektorin der Hochschule für Musik Hanns Eisler, Personen aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen an. In jeder Hinsicht war das also eine Premierenspielzeit.

Aber dann kam die Pandemie.

Damit war alles auf null gesetzt. Unsere schönen Pläne waren dahin. Wir mussten alle lan-

ge vorbereiteten Konzerte absagen oder verschieben. Keiner wusste, wie es weitergeht. Wir haben uns dann zusammengesetzt, mit den Behörden und den lokalen Partnern gesprochen und überlegt, was unter den veränderten Bedingungen überhaupt möglich wäre. Eine Idee war, andere Formate zu finden und einen Truck als mobile Bühne übers Land zu schicken, um in einzelnen Orten Auftritte unter freiem Himmel von diesem Lkw aus möglich zu machen. Das gelang erstmals Anfang Juni, weitere Veranstaltungen ab Ende Juli folgten. Von den geplanten 42 Konzerten werden wir bis Jahresende ein gutes Dutzend abhalten können, allerdings mit sehr reduzierter Zuhörerzahl und wesentlich kleineren Ensembles, Dafür müssen zum Teil die Stücke neu arrangiert werden. Alles große Herausforderungen für unser kleines Team.

Welche Auswirkungen haben die Absagen und das arg reduzierte Programm für Ihren Etat?

Das lässt sich schwer beziffern, denn die Bedingungen ändern sich immer noch ständig. Ein Beispiel: Für ein Musikausbildungsproiekt bekommen wir Fördermittel aus einem Programm der BKM. Diese Mittel müssen in diesem Jahr 2020 ausgegeben werden und können nicht ins nächste Jahr mitgenommen werden. Dem steht aber die Auflage aus dem Brandenburgischen Bildungsministerium entgegen, dass Kinder im Schulunterricht nicht singen dürfen. Vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hingegen wurden Laienchöre aufgefordert, wieder ihren Probenbetrieb aufzunehmen. Da unser Projekt aber an den Schulunterricht gekoppelt ist, können wir das nicht wie geplant durchführen. Da muss es unbedingt einheitlichere Regelungen geben.

Grundsätzlich setzt sich unser Etat aus Geldern der Landesregierung, aus Förderprogrammen, von Stiftungen, Sponsoren, Landkreisen und Kommunen zusammen. Gerade als neues Festival kann man häufig erst im Laufe des Programms Sponsoren und Unterstützer gewinnen. Das wurde natürlich extrem durch Corona beeinträchtigt, viele Unternehmen müssen ihre Gelder beisammenhalten. Von Stiftungen und der öffentlichen Hand haben wir sehr viel Entgegenkommen erfahren, teils haben wir Extrafördermittel erhalten, wenn Gelder an anderer Stelle nicht abgerufen wurden. Trotzdem sind wir hochgradig auf Einnahmen aus den Ticketverkäufen angewiesen, die nun extrem reduziert ausfallen.

Wie viele feste und freie Mitarbeiter haben Sie jetzt, und wie viele wären es ohne Corona gewesen?

Unser Festival lebt durch unsere Kooperationspartner, die teils in eigenen Strukturen finanziert sind oder sich in viel Fleißarbeit ehrenamtlich für unsere gemeinsamen Projekte einsetzen. Unser Kernteam ist klein – aktuell sind wir zu dritt. Es war geplant, noch zwei weitere Mitarbeiter im Verlauf dieses Jahres einzustellen, was aber vor dem Hintergrund der finanziellen Gesamtlage und der Auflagen der Agentur für Arbeit – Stichwort Kurzarbeitergeld – nicht möglich war.

Was bedeuten die Absagen für die meist freien Musiker und die Veranstaltungsorte?

Für die Musiker sind das herbe Einschnitte, weil einige leider doch durch das Raster der Hilfsmaßnahmen fallen oder diese zu gering ausfallen. Deshalb versuchen wir, so viele Konzerte wie möglich durchzuführen, soweit das für uns tragbar ist. Für die Veranstaltungsorte ist es in den meisten Fällen einfach sehr schade, wenn eine lang geplante Veranstaltung nicht stattfinden kann – besonders, wenn viel Herzblut durch ehrenamtliche Arbeit drinsteckt.

Wie sehen Ihre Planungen für 2021 aus? Rechnen Sie damit, dass es dann noch Beschränkungen geben wird?

In Brandenburg sind die Corona-Fallzahlen aktuell zum Glück recht überschaubar. Das stimmt uns optimistisch, dass wir 2021 wieder mehr Besucher erwarten können. Wir planen fürs erste Halbjahr Veranstaltungen, die sich kostenmäßig günstig realisieren lassen, und legen größere Projekte in die Open-Air-Saison. Allerdings muss man sehen, dass es im Sommer ohnehin schon ein großes Angebot gibt und man sich nicht gegenseitig als Kulturschaffende unnötig Konkurrenz macht. Das benötigt eine gute Abstimmung und hoffentlich neue Zusammenarbeit.

Kooperieren Sie mit Festspielen in anderen Ländern? Wie haben die reagiert?

Unser Fokus liegt darauf, dass wir uns erst mal in unserem Einzugsgebiet gut verwurzeln und mit den hiesigen Akteuren zusammenarbeiten. Wir haben aber auch länderübergreifende und internationale Kooperationen für die nächsten Jahre geplant und sind hier teils auch schon in der Projektentwicklung. Gleich zu Beginn der Pandemie haben sich 40 Festivals in Deutschland im Forum Musik Festivals organisiert und gemeinsam Forderungen an die Bundesregierung und die Länder gestellt. Infolge gab es zahlreiche Online-Sitzungen, in denen wir uns über Hygienekonzepte und alle Konsequenzen für Festivals ausgetauscht haben. Das habe ich als sehr gewinnbringend empfunden. Allerdings stellt man auch hier fest, dass trotz dieses großen Engagements leider wenige Forderungen besonders auf Bundesebene umgesetzt wurden.

Die Reaktionen der Festivals waren sehr unterschiedlich, da die Finanzierung sehr unterschiedlich gelöst ist und man bei aller Kreativität im Leitungsteam doch immer davon abhängig ist, was finanziell getragen werden kann.

Die Pandemie hat immerhin dazu geführt, dass vielen bewusst geworden ist, wie unverzichtbar Kultur und Musik gerade in Krisenzeiten sind.

Es fällt mir schwer, das positiv zu werten, da die Folgen der Corona-Krise katastrophal sind. Viele Kreative sind emotional und psychisch in sehr bedenkliche Zustände geraten. weil von heute auf morgen völlig unklar ist. wie sich die Umstände von teils jahrzehntelanger Arbeit in Zukunft gestalten werden. Ich bin überzeugt, dass Kultur ein unglaubliches Aktivierungspotenzial besitzt und ein wichtiger Motor gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Allerdings glaube ich, dass sich das Bewusstsein für die Unverzichtbarkeit von Kultur, wie wir es gerade wahrnehmen. auch wieder ganz schnell verflüchtigen kann. Es liegt an uns Kulturschaffenden, unabhängig von einer Pandemie, Kultur stärker zu politisieren - ohne politische Couleur - und gesellschaftliche Relevanz zu schaffen. Nähe in Zeiten von notwendiger Distanzierung zu generieren ist eine Riesenherausforderung.

Waren und sind die Beschränkungen aus Ihrer Sicht alle notwendig und berechtigt?

Die Pandemie hat die gesamte Weltbevölkerung vor eine nicht gekannte individuelle und kollektive Verantwortung gestellt. Ich bin kein Virologe und kann daher nur schwer beurteilen, welche Maßnahmen im Einzelnen gerechtfertigt waren und sind. Allerdings stimmt es mich schon nachdenklich, dass man mit nur 80 Personen im Konzertsaal sitzt und anschließend beim Italiener um die Ecke sich mit genau diesen 80 Personen zu bereits 70 speisenden Gästen dazusetzen darf. An dieser Stelle merkt man, dass die Lobby der Kultur im Verhältnis zu anderen Branchen schwach ist. Bei Kulturveranstaltungen hat man in der Regel ein sehr verantwortungsvolles Publikum und gute Möglichkeiten, Hygienekonzepte konsequent umzusetzen. Das geht definitiv mit mehr Besuchern, als es derzeit an vielen Stellen erlaubt ist. Sonst läuft das alles in einen wirtschaftlichen Irrsinn solch außergewöhnlichen Bühne groß. So erreichen wir Menschen, die sonst eher Berührungsängste mit Kulturveranstaltungen haben, und holen sie in ihrer Lebenswelt ab.

Wie sind Sie auf die Idee mit dem Musik-Truck gekommen?

Für uns war klar: Wenn die Menschen nicht zur Musik kommen dürfen, bringen wir die Musik zu den Menschen. Auf einer mobilen Bühne Musik zu machen ist ja nichts ganz Neues, auch andere Veranstalter haben das aufgegriffen. Ende Mai sind wir auf unsere Partner zugegangen und haben das Konzept vorgestellt. Innerhalb von weniger als zwei Wochen haben wir alles umgesetzt und den Brandenburger Festspieltruck ins Elbe-Elster-Land geschickt. Das war nur möglich, weil alle von Landrat über Sparkasse bis hin zu Polizei und Ordnungsamt gemeinsam an einem Strang gezogen haben und ermöglicht haben, dass wir verschiedene Kulturhaltestellen anfahren und mit einem Flügel Klaviermusik präsentieren konnten. Wir haben zahlreiche interessierte Regionen für weitere Kulturhaltestellen und sind in konkreter Planung. Aber auch da hängt ein Rattenschwanz an Finanzierungsfragen und Genehmigungen dran.

Werden Sie die mobile Bühne auch nach der Pandemie einsetzen?

In Zukunft möchten wir den Truck als mobile Akademie nutzen, um verschiedene Vermittlungsangebote besonders im ländlichen Raum zu ermöglichen. In Brandenburg haben wir keine Musikhochschule, die Kluft zwischen musischer Erziehung und der professionellen Ebene ist häufig sehr groß. Außerdem wollen wir noch stärker lokalen Künstlern gemeinsam mit international bekannten Künstlern eine Bühne geben. Die regionale und mediale Aufmerksamkeit ist bei einer

Die lange Wertschöpfungskette der Musik in den Blick nehmen

Christian Höppner im Gespräch mit Hans Jessen — Politik & Kultur 3/2021

Welche weiteren Auswirkungen bringt die Corona-Pandemie in der Musikszene mit sich? Wie geht es jetzt weiter mit Musikveranstaltungen? Welche politischen Forderungen gilt es zu verdeutlichen? Hans Jessen spricht über dies und mehr mit dem Generalsekretär des Deutschen Musikrates Christian Höppner.

Herr Höppner, wenn man die Mitglieder all der Vereine zusammenzählt, deren Dachorganisation der Deutsche Musikrat letztlich ist, kommt man auf die gewaltige Zahl von 14 Millionen Menschen, die so oder so der Musik verbunden sind. Welche Bandbreite ist das, nicht alle werden Corona-Folgen gleichermaßen erleben, gibt es eine »Betroffenheitshierarchie«?

Eine Betroffenheitshierarchie trifft es schon: Je weniger sozial abgesichert, desto heftiger betroffen. Das trifft auf die Soloselbständigen zu, aber auch die freien Ensembles. Das gilt gleichfalls für die Amateurmusik, wo auch Übungsleiter in ihrer Arbeit betroffen sind. Die Bandbreite der Mitglieder im Deutschen Musikrat reicht von der professionellen Musikszene und dem Amateurmusikleben, den Landesmusikräten, den Dachverbänden der Musikwirtschaft sowie den einzelnen Genres bis hin zu den Gewerkschaften und der ARD. Schon vor Corona standen vie-

le Kreativschaffende mit ihrer sozialen Absicherung auf wackeligen Füßen, heute sind sie mit am stärksten von den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen betroffen. Corona hat das Fenster noch mal geöffnet für den Blick auf diese soziale Schieflage, nicht nur im Musikbereich. Diese war schon vorher da, aber Corona ist zum Brandbeschleuniger geworden, sodass sich manche inzwischen die existenzielle Frage stellen: »Bin ich in meinem Beruf noch richtig?«

Der Deutsche Musikrat hat als erste größere spartenspezifische Kulturorganisation schon vor einem Jahr, im März 2020, Alarm geschlagen, auf die Auswirkungen der Pandemie für die Musikszene hingewiesen und finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Haushalten gefordert. Wie sehen Sie die Lage heute, ein Jahr später? Inwieweit sind die Forderungen erfüllt – oder hat sich die Situation noch verschärft?

Es ist ein unglaubliches Bündel von ausdifferenzierten Hilfsprogrammen entstanden. Wenn ich allein an die 60 Teilprogramme von Neustart Kultur denke: Das ist insgesamt ein erfolgreich aufgelegtes Programm, wenngleich noch ergänzungsbedürftig in Einzelbereichen. Der Kulturstaatsministerin ist es

gelungen, dafür eine weitere Milliarde aus dem Bundeshaushalt zu bekommen, das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Aber eine Forderung, die wir vor einem Jahr aufstellten – das befristete Grundeinkommen als eine Art fiktiver Unternehmerlohn im Sinne rascher und unbürokratischer Hilfe – , die erweist sich in der politischen Debatte auch heute noch als eine Art »emotionaler Brandbeschleuniger«, Trotzdem hat diese Forderung noch einmal den Fokus auf die sozialen Nöte gerichtet, und in abgewandelter Form wurde auch danach gehandelt - die pauschalierten Überbrückungshilfen einiger Länder gingen in diese Richtung. Einzelne Länder wie Bayern und Baden-Württemberg haben entsprechende Hilfen aufgelegt, es ist auch in den Forderungskatalog der Länderwirtschaftsminister eingeflossen, was ein guter Treiber für diese Dehatte war.

Politischer Höhepunkt war die einstimmige Forderung des Bundesrats im Juni 2020. Mit den pauschalierten Betriebskostenzuschüssen der Neustarthilfe für Soloselbständige im Rahmen der Überbrückungshilfe III wurde nun endlich von Bundesseite ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die Beträge sind allerdings viel zu gering. Den Höchstsatz von 7.500 Euro für sechs Monate werden angesichts der vorausgesetzten Umsatzgrößen aus dem Jahr 2019 vermutlich nur wenige freiberufliche Musikerinnen und Musiker erhalten. Da erst seit Mitte Februar diese Hilfen beantragt werden können, ist es allerdings verfrüht, jetzt schon eine gründliche Bewertung vorzunehmen. Die Forderung nach dem fiktiven Unternehmerlohn bleibt aus zwei Gründen brandaktuell: Zum einen wird sich die Coronasituation vermutlich noch länger hinziehen, auch wenn wir auf ein baldiges Ende hoffen: zum anderen wird es mit Abflauen des Infektionsgeschehens nur schrittweise Öffnungen geben. Überdies

brauchen die Akteure der Kulturszene Zeit, um wieder hochfahren zu können. Das Publikum wird wegen der Corona-Ängste auch nicht von heute auf morgen wieder zu den Kulturorten pilgern. Wenn wir nicht bald das Signal eines schrittweisen Plans für die Öffnung setzen, müssen wir in Anbetracht der besonders prekären Situation der Soloselbständigen noch mal neu über pauschalierte Hilfen für einen längeren Zeitraum nachdenken.

Im Sommer 2020 waren Sie noch optimistisch und gingen von einer Wiederaufnahme von Musikveranstaltungen nach der Sommerpause aus. Es kam anders – wie hat die zweite Welle und das faktische Lockdown-Jo-Jo seitdem die Musikszene und -branche betroffen?

Zum einen sind es existenzielle Sorgen, die nicht nur einzelne Personen betreffen, sondern die Musikwirtschaft als solche. An der dramatischen Lage der Musikverlage wird zum Beispiel die lange Wertschöpfungskette in der Musikwirtschaft deutlich. Keine Aufführungen bedeuteten keine Investitionen in Noten und Instrumente, keine Einnahmen aus Kompositionsaufträgen, Aufführungen, Verwertungsrechten. Die Musikverlage sind Teil unserer kulturellen DNA, die mit ihrer Arbeit neben den wirtschaftlichen Aspekten einen erheblichen Beitrag zu der kulturellen Vielfalt in unserem Land beitragen. Der politische Wille, diese Zusammenbrüche zu verhindern, ist da – aber das ganze Überbrücken ist immer auf den nächsten Moment gerichtet. Im Grunde ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir überlegen müssen: Wie richten wir uns auf ein Leben mit Corona bzw. vergleichbaren Herausforderungen, auch wenn sich das keiner wünscht, ein? Das sind dann sehr grundsätzliche Fragen: Welche kulturelle Infrastruktur wollen wir? Welche Art kultureller Vielfalt wollen wir? Was priorisieren wir? – Letztendlich auch in politischen Entscheidungen. An solchen Diskussionen mangelt es derzeit.

Wie bewerten Sie die Reaktionen der politischen Institutionen in Bund, Ländern und Kommunen auf die Notlage? Im Bundestag beklagt die Opposition, dass im Februar noch immer an der Auszahlung der Novemberhilfen gearbeitet wird. Sind die besonderen Bedingungen der Arbeit im Kultursektor noch immer nicht auf allen staatlichen Ebenen angekommen?

Sehr unterschiedlich. Der Bund hat, mit Ausnahme von Wirtschaftsminister Altmaier, gut vorgelegt, die Länder hinken teilweise hinterher. Die kulturelle Infrastruktur wird jetzt vor allem für die politischen Akteure auf allen föderalen Ebenen in ihrer Vielfalt sichtbar, wie das vor Corona nicht immer der Fall war. Eine Chance, diese kulturelle Vielfalt durch konkrete Mittelfrist-Perspektiven, wozu auch die dringend notwendige soziale Absicherung Kreativschaffender gehört, zu erhalten und auszubauen. Der mancherorts verengte Blick auf die Tagesaktualität und ausufernde Bürokratie sind Stolpersteine auf diesem Weg.

Welche Forderungen stellen Sie an die verschiedenen politischen Entscheidungsebenen? Lassen sich überhaupt konkrete Forderungen stellen? Im Moment kann ja niemand absehen, wie die Pandemie und die Restriktionsmaßnahmen sich in den nächsten Monaten weiterentwickeln?

An erster Stelle steht die Selbstverpflichtung der Länder und Kommunen, die kulturelle Vielfalt und deren Infrastruktur zu sichern und Perspektiven zu geben. Der Deutsche Musikrat hat gemeinsam mit den Landesmusikräten bereits im Juni 2020 von

den Länderparlamenten gefordert, durch eine Verpflichtungsermächtigung die Haushaltsansätze für den Bereich der Kultur aus dem Jahr 2020 auf drei bis vier Jahre fortzuschreiben. Das hätte den großen Vorteil, über das Superwahljahr mit einer Bundestags- und sechs Landtagswahlen zu kommen mit gesicherten Haushaltsansätzen für die dann folgenden Jahre. Wir müssen leider davon ausgehen, dass die öffentlichen Haushalte in eine so dramatische Situation geraten, wie wir sie im Nachkriegsdeutschland noch nicht kannten. Es steht zu befürchten, dass alles, was nicht niet- und nagelfest ist, gestrichen oder radikal gekürzt werden wird.

Deshalb brauchen wir solche Sicherungsinstrumente, damit ein Grundpfeiler unseres Zusammenlebens, die kulturelle Vielfalt, nicht wegbricht. Bekenntnisse zur Bedeutung unseres Kulturlebens sind gut und wichtig, reichen aber in dieser beispiellosen Krise nicht, um die wachsende Diskrepanz zwischen Sonntagsrede und Montagshandeln aufzuhalten. Die Finanzierung des öffentlichen Kulturlebens muss sich konkret in den Haushaltsplänen auf allen föderalen Ebenen widerspiegeln. Das erfordert auch die Bereitschaft der Politik, hier Prioritäten zu setzen. Es ist in diesem Superwahljahr eigentlich schon fünf nach zwölf für diese Festlegung. Hier müssen vor allem die Kommunen gegenüber den Ländern im Hinblick auf die Finanzierungsbedarfe Druck machen - Kultur findet ja wesentlich auf kommunaler Ebene statt.

Gibt es eigentlich, neben den existenziellen sozialen und ökonomischen Notlagen, über die wir gesprochen haben, auch so etwas wie positive Auswirkungen der Krise, wenn man das nicht zynisch versteht – die Pandemie als Lernprovokation? Ihr Musikerkollege Daniel Hope hat mit den im Fernsehen übertragenen

Hauskonzerten »Hope at home« ein ganz neues Format geschaffen, von dem er Teile auch zukünftig nutzen will.

Daniel Hope hat das auch genial kommuniziert, und er ist nicht allein: Ich kenne viele andere, ob im Amateur- oder professionellen Bereich, die solche Wege gehen. Vor einigen Tagen hat mir die Bratschistin Tabea Zimmermann von ihren Erfahrungen mit neuen Formaten erzählt: Da wird ein Hausflur zum Treffpunkt gemeinsamer Hausmusik. Diese Beispiele sind faszinierend und berührend.

Ich wünsche mir, dass das Thema Digitalisierung, das in Politik und Gesellschaft ja weitgehend in Hinblick auf technologische Aspekte diskutiert wird, mehr unter der Frage steht: Was bietet uns der digitale Raum. was können wir da ausprobieren? Das hat durch Corona auf jeden Fall einen Schub bekommen. Zu bedenken ist allerdings, dass bislang die Mehrzahl der digitalen Formate nicht monetarisiert werden können. Das bedeutet, dass die Musikerinnen und Musiker zwar Aufmerksamkeit bekommen, aber keine Vergütung – und daran mangelt es derzeit doch zentral. Ich denke, dass nach Corona das Kulturleben auch anders aussehen wird. Was nicht heißt, dass es »digitaler« wird oder dass wir zurückkommen zum alten analogen Kulturerleben – ich glaube, es wird ein Miteinander beider Formen geben.

Darauf bin ich gespannt, aber auch aus der Überzeugung, dass das analoge Kulturerleben durch nichts wird ersetzt werden können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir das, was Kultur bedeutet, komplett virtualisieren können. Und ich würde es mir auch nicht wünschen. Kultur lebt von der unmittelbaren Begegnung.

Amateurmusik bündelt Kompetenz in neuem Netzwerk

Benjamin Strasser — Politik & Kultur 4/2021

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen zu spüren. Sie fordern uns, machen uns betroffen, lassen uns bisweilen verzagen. Gerade im Amateurmusikbereich fehlt den Menschen die sonst so kraftspendende Musik und das musikalische Gemeinschaftserlebnis. Nach einem Corona-Jahr des musikalischen Verzichts ist der Bedarf an Ermutigung, Beratung und Unterstützung im Bereich der Amateurmusik besonders groß.

Mit dem Förderprogramm »Neustart Amateurmusik« greift der Bund den stillgestellten Chören und Orchestern bei der Bewältigung der Corona-Folgen unter die Arme. Schwerpunkt des Förderprogramms ist ein neu geschaffenes Kompetenznetzwerk aus 20 neuen Mitarbeitenden. Das Team arbeitet seit dem 1. Februar 2021 daran, die ehrenamtlichen Strukturen im Amateurmusikbereich bei der Beratung zu Corona-spezifischen Fragen zu unterstützen. Dazu berät das Kompetenznetzwerk Orchester- und Chorleitungen, ehrenamtliche Vorstände und Musizierende bei der Entwicklung und Umsetzung von Hygienekonzepten. Es bereitet die wissenschaftliche Studienlage etwa zur viel diskutierten Aerosolforschung auf, erstellt hilfreiches Material und gibt Inspiration zu kreativen Lösungen in Pandemiezeiten – beispielsweise durch die Erarbeitung von Konzepten

zur sicheren Wiederaufnahme von Proben. Der Politik steht das Netzwerk mit konkreten Empfehlungen zu Öffnungsperspektiven als verlässlicher und kompetenter Partner zur Verfügung, um den musikalischen Neustart voranzutreiben.

Genau diese Hoffnung wollen wir stiften. Aus den vielen Zuschriften der letzten Monate, den rührenden Hilfegesuchen, ist deutlich geworden: Die Pandemie kann das ehrenamtliche Engagement und Herzblut für das gemeinsame Musizieren unterbrechen, aber nicht in die Knie zwingen. Seit mehreren Monaten beschäftigt uns die Frage: Wie kann ein Neustart der Amateurmusik gelingen? Neben der Bereitstellung von Informationen wurde die Notwendigkeit deutlich, Kräfte und Wissen zu bündeln, sich stärker zu vernetzen.

Für die Wiederbelebung des musikalischen Schaffens und des sozialen Zusammenhalts in der Amateurmusik ist auch eine Ausschreibung für eine direkte Projektförderung an den Start gegangen. Musikensembles konnten sich bis zum 31. März 2021 mit einem beispielgebenden Projektvorhaben um eine Förderung von bis zu 10.000 Euro beim BMCO-Projektbüro oder auf die Durchführung einer Zukunftswerkstatt mit kompetenten Workshopleitenden bewerben, welche mit bis zu 2.000 Euro gefördert werden kann.

Für die Kommunikation konkreter Tipps, praktischer Empfehlungen und Handreichungen, etwa zum sicheren Proben in Pandemiezeiten, steht neben dem erwähnten Netzwerk auch die digitale Wissensplattform frag-amu. de bereit. Dieses kostenlose »Wikipedia der Amateurmusik« bietet sich gerade in der Krise an, um die vielen Ehrenamtlichen zu entlasten, indem es organisatorische, juristische und andere coronarelevante Fragen des aktuell erschwerten musikalischen Alltags beantwortet. Im Kompetenznetzwerk sowie auf frag-amu.de werden Erfahrungen und Kompetenzen gebündelt. So soll vorhandenes Fachwissen allen Musizierenden zur Verfügung gestellt werden.

In Anbetracht der aktuellen Lage ist das übergeordnete Ziel des gemeinsamen Engagements: das Chor- und Ensemblemusizieren trotz Corona schnellstmöglich und zugleich sicher wieder zu ermöglichen. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass die Amateurmusik in der Diskussion um Öffnungsperspektiven endlich auch Gehör findet. Wir waren die Ersten, die schließen mussten, jetzt steht zu befürchten, dass wir die Letzten sein werden, die wieder öffnen dürfen. Dem Breitensport gelingt es aktuell besser als uns, sich Gehör zu verschaffen. Unser Ziel als Bundesmusikverband Chor und Orchester ist es, stärker in die Pläne der Öffnungsszenarien involviert zu werden.

Zum Abschluss aber noch ein positiver Effekt von Corona: Die Arbeit unseres Kompetenznetzwerks zeigt eine völlig neue Dimension der Zusammenarbeit in unserem Verband, die wir mit weiterer Hilfe des Bundes gern weiterentwickeln wollen. Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen der Chorund Orchestermusik arbeiten plötzlich ganz konkret an gemeinsamen Themen. Diese Dynamik – etwa in Form der gemeinsamen Redaktionsarbeit an einer digitalen Plattform für alle Amateurmusizierende – sollte un-

bedingt genutzt und langfristiger gesichert werden. Für das Förderprogramm Neustart Amateurmusik wurden insgesamt 2 Millionen Euro aus dem Zukunftsprogramm Neustart Kultur I bereitgestellt. In Anbetracht einer zweiten Kulturmilliarde ist es unser Anspruch, klarzumachen, dass wir seit fast einem Jahr gar nicht mehr musizieren. Gemeinsames Musizieren zu fördern, bedeutet allerdings in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft von morgen zu investieren. Nach der Krise werden wir mehr Musik brauchen. Daher sollte es in unser aller Interesse liegen, die Amateurmusik als kulturell bedeutsames Fundament unserer Zivilgesellschaft deutlicher wertzuschätzen - auch finanziell.

Von Wunden. Und Wundern. Die aktuelle Situation von Autorinnen und Autoren während der Corona-Pandemie

Nina George — Politik & Kultur 4/2020

Jana* weint sonst nie. Sie ist das, was man früher patent nannte, und heute: Prototyp einer Berufsschreibenden, die ihr Einkommen nicht aus Verkäufen erzielt – das ist für kaum 10 % unserer Zunft möglich –, sondern aus multiliterarischen Tätigkeiten. Alleinerziehende Mutter von zwei Jungs. Schriftstellerin. Coach, die Schreibkurse leitet, zwei Literaturzirkel managt, Lesungen moderiert und selber Lesungen gibt.

Es fing an mit der Leipziger Buchmesse. Dann wurden zwölf Lesungen abgesagt. Die Kurse. Die Buchclubs, alle Moderationen. Die Sommerakademie, die sie leiten sollte. Das Honorar bringt sie sonst bis in den Herbst. Keine Ausfallhonorare, für jeden ist es jetzt ein Desaster, kaum jemand kann es sich leisten, großzügig zu sein.

Diese Frau weinen zu hören. Während einer ihrer Jungs während des Homeschoolings kreischt, der andere johlt, es ist zu eng für drei. Und jetzt noch Amateurlehrerin spielen, schreiben sollte sie doch. Sie fängt sich, sagt rau: »Und wozu?« Es spricht sich herum, dass Verlage die Programme abschreiben. Erscheinungen um ein Jahr verschieben. Oder ganz absagen. Manuskriptankauf stoppen. Jana hätte sich gewünscht, ihr Verlag spräche mit ihr. Und sei es darüber, dass niemand weiß, was wird, bei geschlossenen Buchhandlungen, die zwischen 40 und 80 % Umsatzver-

lust vermelden. Und es wird nicht bei diesem einen Shutdown bleiben, das muss jedem klar sein.

Manche Buchläden sind trotzdem reaktionsstark. Nehmen Amazons Ankündigung, seltener Bücher zu liefern und Vorbestellungen einzuschränken, als »Jetzt erst recht!« Drehen Video-Lyrik-Quickies, bauen Räder zu Lastkarren um, teilen auf Instagramstorys mit Autorinnen. Und: »Seit die Drogerie und der türkische Lebensmittelladen als Abholstelle für Lieferungen fungieren, geht es. Fast besser als vorher.« Kleine Wunder: Kleinstadtsolidarität im Systemcrash.

Lesen erlebt digital eine Lockdown-bedingte Renaissance. Nur vermehrt via E-Book-Piraterie, Flatrates und Onleihe, Günstig soll es sein, das Vademecum gegen Budenkoller, nachvollziehbar. Und so rasseln die ietzt eh schon vernichteten Honorare weiter in den Keller. Jana sagt: »Egal. Vielleicht ist das die beste Leseförderung. Und danach sagen alle: Boah, sind Bücher geil.« Danach. An das Danach denkt sie nicht, es wird verheerend sein. Hoffnung und Wunder sind dennoch unsere Lieblingsplots. Berühmte Kollegen, wie Mario Giordano, lesen Anfänge aus Neuerscheinungen nicht ganz so berühmter Kolleginnen vor, um sie sichtbar zu machen. Joanne Harris twittert täglich frische Luft aus ihrem Garten. Stephen King beschimpft treu

Donald Trump. Abgesagte Preisverleihungen gehen online, es wird vor dem Bildschirm einander zugeprostet, man kommt sich näher als zuvor, aus Namen werden Menschen. Wunder Solidarität. Was sonst, wie sonst wollen wir miteinander leben?

Andreas* weint nicht. Man hört es an seinem Atem, dass er um Luft ringt. Er ist Kinderund Jugendbuchautor und hat, wie die meisten seiner Zunft und wie 2018 eine Umfrage des Netzwerks Autorenrechte ergab, jährlich rund 42 Lesungen. Diese sind die entscheidende Einkommensquelle. Er liest an Schulen, zwei Sessions pro Tag, früh die Kleinen, mittags die Größeren. Ihm werden 14.000 Euro fehlen, er hat sich die E-Mail-Adresse von dem VG-Wort-Sozialfonds schon hingelegt. Es ist ihm peinlich, Notfall zu sein. Er hat drei Kinder. Seine Verlage stellen Lehr- und Amüsementsmaterial online umsonst zur Verfügung. Eine große Geste, ja, ob es dafür Honorar gibt, mag er nicht fragen, es erscheint ihm egoistisch. Sein Handy pingt. Die Whats-App der Nachbarin, bittebitte, könne er Online-Lesungen für Fünf- bis Achtjährige machen, sie sei heiser vom Vorlesen. Er wird es machen, natürlich, gratis. »Vielleicht sind das die letzten Momente«, sagt er, »dass ich als Autor arbeite.« Gebraucht zu werden, ohne entsprechend bezahlt zu sein: Das kennen wir.

Katja* überlegt, bei der Spargelernte zu jobben. Sie hat ihr Residenzstipendium nicht antreten dürfen, für das sie unbezahlte Auszeit von ihrem Teilzeitberuf für drei Monate nahm. Und jetzt weder das Stipendiumsgeld erhält noch in ihren Job zurückkann. »Alles wird sich ändern«, sagt sie. »Wir werden andere Augen bekommen. Wir werden gesehen haben, wer wir sind, und wer wir sein können.«

Konservativ überschlagen fallen von März bis Mai 2020 deutschlandweit 4.000 Lesungen weg. Wenn man die Hochrechnung des Netzwerks Autorenrechte zugrunde legt, ist das ein Ausfall von sieben Millionen Euro brutto für Schriftsteller und Schriftstellerinnen. Der VS Bayern hat derweil 3.200 Euro Durchschnittsverlust für acht Wochen ohne Auftritte ermittelt. Pro Person.

Von Moderatorinnen reden wir nicht, von den Pressefotografen, von den Bühnentechnikerinnen, von den Gastronomien der Veranstaltungsorte. Nicht von all dem, was an Kultur außerdem hängt als nur die Kultur selbst. Oder doch. Reden wir darüber. Dass wir schnell in der Finanzhilfe sein müssen, doch langsam und genau im Umbau unserer Leben, der jedem bevorsteht.

Diese epochale Ruptur im Selbstverständnis der Weltgesellschaft kann nur bewältigt werden, wenn der innere Resonanzraum bereit dafür ist. Es wird die Kunst, die Kultur, das Wissen, die freie Presse, die Literatur sein, die uns – auch – über diese verwundete Zeit tragen kann.

*Vornamen auf Wunsch der Interviewpartner und -partnerinnen geändert.

Das Buch fällt durch das Raster Corona als kritischer Einschnitt für die Buchbranche in Deutschland

Lena Falkenhagen — Politik & Kultur 4/2020

Deutschland Anfang März 2020: Da war die Welt noch in Ordnung. Mit der Absage der Leipziger Buchmesse 2020 änderte sich das schlagartig, denn dieser Schritt überzeugte nicht alle Teilnehmer der Buchbranche. Manche fanden den Schritt völlig übertrieben – immerhin galt Covid-19 ja noch als »etwas schlimmerer Schnupfen«, für andere kam er zu spät. Ausgaben waren bereits getätigt: Programmhefte gedruckt, Hotelzimmer und Züge oder Flüge gebucht. Ausnahmslos alle waren enttäuscht, denn die Buchmesse ist eins der Highlights des Bücherjahres.

Jetzt, zwei Wochen nach dem Termin, an dem die Leipziger Buchmesse hätte stattfinden sollen, bestreitet wohl niemand mehr die Sinnhaftigkeit dieses Schritts. Über die Ausfälle der Verlagsverkäufe rund um dieses frühjährliche Großereignis der Buchbranche wurde bereits viel gesprochen, unter anderem unter #bücherhamstern, #virtuellebuchmesse, #onlinebuchmesse ..., die Hashtags in sozialen Medien waren zahlreich. Unter allen wurde digital gelesen, wurden Bücher vorgestellt und diskutiert.

Als Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller erreichen mich immer mehr angsterfüllte Schicksale meiner Mitglieder. Je nachdem, wie viele Lesungen das betroffene Mitglied geplant hatte, ob es im Theaterbereich – als

Autorin, Übersetzer, Übertitlerin – arbeitet oder als zweites Standbein Lektorate oder Übersetzungen für Kleinverlage anfertigt, häufen sich auch hier die Ausfälle. Die Bandbreite der unmittelbaren Auswirkungen ist immens – die Betroffenen berichten von Honorarausfällen zwischen 20 und 80 %. Viele wissen nicht, wie sie bereits im April oder Mai ihre Miete bezahlen sollen, geschweige denn, wie es weitergeht.

Mittelfristig gesehen, sind die Schäden schwerer zu beziffern. Das Messeprogramm hat keine Sichtbarkeit erfahren. In einigen Buchhandlungen werden diese Programme bereits vollständig an die Verlage remittiert, um Kosten zu sparen. Verlage selbst haben begonnen, Neuerscheinungen ins Herbstprogramm zu schieben – wo diese Bücher wiederum auf ein bereits durchgeplantes Programm treffen. Ganz zu schweigen davon, dass in vielen Werkverträgen zumindest eine Zahlungsrate an die Veröffentlichung des Buches geknüpft ist und so ein Loch in der Jahresplanung der Autoren entsteht.

Mit der sozialen Isolation, der wir uns zum Reduzieren der Infektionsrate unterziehen, wächst auch das Bedürfnis nach E-Books. Man sollte meinen, es würde in Zeiten des häuslichen Rückzugs und Kontaktverbots wieder mehr gelesen. Tatsächlich hat nun der Hauptlieferant von E-Books in Deutschland, Amazon, die Bestellung wegen des Virus für Bücher bis Anfang April zurückgestellt – oder genau genommen »Haushaltswaren, Sanitätsartikel oder andere Produkte mit hoher Nachfrage« priorisiert. Das Buch fällt durch alle Raster.

Buchhandlungen und Verlage reagieren schnell und bieten den Direktversand an – doch diese Kanäle müssen sich die Kunden mühselig erschließen. Die Bücher haben de facto keine Sichtbarkeit mehr. Es entsteht eine Art »unsichtbares Programm«, das publiziert wurde, aber kaum Verkäufe verzeichnet.

Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller unterstützt seine Mitglieder im Augenblick durch Handreichungen über die Dokumentierung von Ausfällen, Kontaktadressen für schnelle Hilfen und natürlich den Kontakt mit Politik und Presse. Unser Vorteil ist, dass wir die ver.di hinter uns wissen, die die Bedürfnisse der Soloselbständigen und Freien an das Kanzleramt kommuniziert. Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, versprach schnelle Hilfen, die Programme werden hoffentlich schnell umgesetzt.

Ich fordere von der Politik eine zügige und unbürokratische Bereitstellung von Mitteln. Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Übersetzerinnen und Übersetzer in Deutschland sind, wie so viele Selbständige auch, unverschuldet in eine tiefe Krise geraten. Die Besonderheit des Kultursektors ist iedoch, dass Kreative oft so prekär leben, dass sie keine Rücklagen bilden können. Die Vergabe von Krediten an Kreative sehe ich kritisch. In vielen Fällen wird das die Insolvenz der Betroffenen nur verzögern. Schnelle Unterstützungsgelder werden gebraucht, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Viele Angebote, gerade Lesungen und Diskussionsrunden, werden nun in den digitalen Raum verlegt. Das ist ein guter Schritt, um die Sichtbarkeit der Kultur auch in Kontaktverbotszeiten

herzustellen und neue Räume zu erschließen. Diese Lesungen müssen aber vergütet werden – sei es von den Verlagen, die jetzt wie »selbstverständlich« von den Autorinnen und Autoren verlangen, Online-Lesungen abzuhalten.

Stand heute – 25. März 2020 – hat sich die Situation weiter verschärft. Honorarverträge werden ausgesetzt, Großverlage drücken selbst etablierten Autorinnen und Autoren die Honorare für noch abzuschließende Werkverträge für 2021. Dies geschieht mit Hinweis auf die Unwägbarkeiten durch Corona. Ein solches Verhalten empfinde ich als empörend unsolidarisch.

Hier nimmt der Abwärtstrend der Autorenhonorare, der sich in den letzten Jahren ausmachen lässt, eine Beschleunigung an, die in der Branche einen langfristigen Schaden hinterlassen wird.

Was ist uns Literatur wert?

Nina George im Gespräch mit Theresa Brüheim — Politik & Kultur 9/2020

Wie hart trifft die Corona-Krise Autorinnen und Autoren? Was leistet der Lesungsfonds des Fördervereins Buch? Wie ist es aktuell um den europäischen Buchmarkt bestellt? Welchen Wert messen wir als Gesellschaft Literatur bei? Die Schriftstellerin, Vorstandsmitglied des Fördervereins Buch und Präsidentin des European Writers' Council Nina George gibt Theresa Brüheim Antwort auf diese Fragen und mehr.

Frau George, in Politik & Kultur 4/2020 haben Sie zu Beginn der Corona-Krise in einem eindrücklichen Beitrag die aktuelle Situation von Autorinnen und Autoren geschildert. Wie ist die Situation heute, vier Monate später?

Die Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet: Autorinnen und Autoren von Genreliteratur, Sachbüchern, Kinder- und Jugendbüchern, aber auch Hochliteratur leben sehr stark von Kontaktveranstaltungen. Sie sind auf Lesereisen, die ein bis zwei Jahre dauern können, angewiesen, das macht den Großteil ihres Einkommens aus. Bereits seit Monaten fallen Veranstaltungen aus, auch, weil seitens der Buchhandlungen kein Investitionsvolumen mehr vorhanden ist. Denn die sind mit 30 bis 80 % Umsatzverlust in den Sommer gegangen. Viele Autorinnen und Autoren sind so an ihr Existenzminimum

geraten – zusätzlich zu der Unsichtbarkeit im Markt: Rund ein Drittel der geplanten Neuerscheinungen werden um eine Saison geschoben - oder sogar ganz abgesagt. Das trifft auch Übersetzerinnen und Übersetzer. Ein weiterer, verzögerter Verlust ist seitens der Verwertungsgesellschaften erwartbar viele zahlungspflichtige Institutionen, Copyshops, Hotels oder Händler hatten geschlossen, und der VG-Wort-Scheck wird die kommenden Jahre sicher niedriger ausfallen. Literaturagenturen suchen zwar immer noch neue Stimmen und verkaufen weiterhin Stoffe, aber mit deutlich gesunkenen Vorschüssen. Wir beobachten auch die unangenehme Usance, dass mit Corona-Verlusten Honorare gedrückt werden, frei nach dem Motto: »Seien Sie froh, dass wir Ihnen trotzdem einen Auftrag geben.«

In der Zwischenzeit wurde das Konjunkturprogramm Neustart Kultur auf den Weg gebracht. Wie beurteilen Sie es aus Ihrer Perspektive als Autorin?

Grundsätzlich ist das stark zu begrüßen! Es ist eine Geste der Wertschätzung, die auch marktaffine Kultur, Literatur und ihre Urheberinnen umfasst, weil verstanden wurde, dass Berufsurheberinnen und Kulturarbeiter existenzielle Verluste hatten. Wie weit uns dieses für die Autorinnen und Autoren, par-

don, eher schmale Paket bringen wird, darüber bin ich mir nicht sicher: Denn das Volumen unserer Ausfälle ist rund drei- bis viermal höher als die zur Verfügung gestellten fünf Millionen Euro via Deutscher Literaturfonds. Das am 20. August lancierte »Verlagsund Buchhandlungspaket« von 20 Millionen Euro für den Ausbau digitaler Vertriebswege sowie Druckkostenzuschüsse ist großzügiger. und kann über 1.000 Titel fördern. Ich hätte mir jedoch »faire Vertragspraxis inklusive Garantiehonorare für Autoren und Übersetzerinnen« als zentrale Förderbedingung gewünscht, Fakt ist: Das Virus ist keine Fiktion. Niemand kommt hier ohne Verluste raus. Weder ohne finanziellen Verlust noch den von etwas Tiefgreifenderem: das Vertrauen in die menschliche Begegnung.

Das Netzwerk Autorenrechte, das 2016 auf Ihre Initiative gegründet wurde, hat im Mai einen zwölfteiligen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Eine Maßnahme ist, einen Lesen!-Fonds zu gründen. Inwieweit war dies die Vorlage für den neu eingerichteten Lesungsfonds des Fördervereins Buch?

Dies war eine hervorragende Vorlage. Aber ich bin auch sehr erfreut, dass sich insgesamt vier Maßnahmen aus unserem Vorschlagskatalog beim Deutschen Literaturfonds und beim Deutschen Übersetzerfonds wiedergefunden haben. Neben dem Lesen!-Fonds sind das: die Förderung von Online-Lesungen, digitale Programme in den Schulen und erweiterte Stipendienprogramme. Letzteres ist vor allem für die Übersetzerinnen und Übersetzer wichtig: Denn es gilt jetzt, Stimmen aus weniger geschriebenen Sprachen sowie kleineren Märkten zu fördern, damit wir weiterhin diese Diversität Europas aufrechterhalten! Es ist uns gelungen, durch den Maßnahmenkatalog rechtzeitig Impulse zu Förderungsmöglichkeiten zu setzen – auch beim BKM.

Der angesprochene Lesungsfonds fußt auf der Spende von 250.000 Euro der Bonnier Verlage an den Förderverein Buch, um Honorare für Veranstaltungen, die von Buchhandlungen organisiert werden, zu finanzieren.

Das war eine historische Aktion. Ich hatte in einem Artikel im Börsenblatt Verlage und Buchhandel zur Solidarität mit Autorinnen und Autoren aufgerufen. Denn die meisten von uns haben rein gar nichts von der Soforthilfe des Bundes, da unsere Betriebskosten so marginal sind – unser Betrieb ist unser Kopf. Wir brauchen Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten und für den konkreten Verdienstausfall. Das nahm der CEO von Bonnier, Christian Schumacher-Gebler, Ende Juni zum Anlass, um sich an mich als eine Vertreterin des Netzwerks Autorenrechte zu wenden. Bonnier wollte gern Autorinnen und Autoren unterstützen, aus einem Topf, der sich aus der Mehrwertsteuersenkung ergab. Also haben wir Vorschläge ausgearbeitet - letztlich wurde unsere Lieblingsidee, der Förderfonds für Lesungen, durch den Autoren, der Buchhandel und Leser profitieren, umgesetzt. So können Autorinnen und Autoren in Würde Geld mit ihren Büchern verdienen.

Ausschließlich Buchhandlungen können sich bewerben, und sich aber einen Partner suchen, z.B. eine Schulaula, Bibliothek, Galerie oder einen Open-Air-Veranstaltungsort. Die Honorare werden nach der Bewilligung sofort ausgeschüttet.

Wie ist die Umsetzung bisher gelaufen?

Wir haben bisher 234 Autorinnen und Autoren, Übersetzer, Illustratorinnen gefördert – viele bereits zwei- oder dreimal, und 174 Buchhandlungen, drei Dutzend davon mehrmals. Wenn die Taktung so weitergeht, haben wir Mitte September unsere anvisierten 430 bis 460 Veranstaltungen möglich gemacht. Wie schrieb es eine Buchhändlerin: »Sie ma-

chen Mut, gerade uns kleinen Buchhandlungen, wieder Kulturinseln zu schaffen«. Wir nehmen folglich gern noch Spenden an.

Was ist noch dringend zu tun, um die vielfältige Buchbranche in Deutschland weitergehend zu unterstützen und zu erhalten?

Wir müssen darüber sprechen, was uns Literatur grundsätzlich wert ist. Dabei denke ich zunächst an die digitalen Vertriebs- und Umsatzmodelle; wir haben einen Anstieg der elektronischen Leselust während der Pandemie beobachtet, durch Zulauf zu Flatrate-Modellen, zur elektronischen Ausleihe, zu Piraterie – und vergleichsweise gering im Kaufmarkt. Diese fragmentierten, niedrigen Erlöse waren vor der Pandemie schon, freundlich gesagt, überschaubar und ersetzen den Verlust im Printmarkt nicht. Die Buchbranche muss sich kritisch selbst betrachten, ob sie weiterhin Flatrate- oder Null-Euro-Promotion-Angebote anbieten möchte, die teilweise auch als Panikreaktion auf das Buchbranchenkarussell resultierten. Das Tempo im Markt hat sich unglaublich erhöht: Inzwischen sind es nur drei bis sechs Wochen, in denen sich ein Buch etabliert haben muss, sonst geht es direkt wieder runter von den Tischen. Wollen wir als Buchbranche so weitermachen, mit Dumping im Digitalen, der kannibalistischen Bedienung eines überdrehten Printmarktes, und dann noch ohne gemeinsame Vergütungsregeln? Ich hoffe sehr auf eine autorenfreundliche Neujustierung in dieser Zäsur.

Wir müssen zudem eine Priorität auf Leseförderung setzen, und auch die Instrumente dazu couragiert weiterentwickeln. Das ist sicherlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die man nicht mal eben mit einer Werbekampagne lösen kann. Da muss man an verschiedenen Punkten ansetzen: Bringt die Bücher in jede Familie, bringt Autorinnen in die Schulen, und bringt das Zielgruppen-Denken auf Realitätsfaktor 2020. Wo sind Bücher für türkischsprachige Kinder, für syrische, englischsprachige? Eine Langzeitaufgabe ist auch die Haltung, wie wir mit Kunst- und Kulturschaffenden in Deutschland umgehen. In den nächsten 20 Jahren müssen wir uns darum kümmern, Wertschätzung herzustellen. Ein Blick nach Frankreich würde dabei nicht schaden.

Wenn wir über Frankreich hinaus zu den europäischen Nachbarn blicken. Wie ist die Situation?

Als European Writers' Council haben wir die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Autorinnen und Übersetzer im europäischen Buchsektor in einer Umfrage in 24 Ländern untersucht. Dabei wurde deutlich, dass die Situation im östlichen und südlichen Europa dramatischer ist. Dort gibt es zumeist keine Hilfsprogramme. In Skandinavien gibt es teilweise andere Systeme, die Freiberufler zugewandter auffangen. In Norwegen hat der Staat anlässlich der Schließungen von Bibliotheken den Etat zum Ankauf und Vertrieb von E-Books in der elektronischen Leihe erhöht. Davon haben Autorinnen, Verlage und Leserinnen etwas. In Italien wurde beschlossen, in 2020 rund 28.000 Originaltitel weniger zu publizieren, gleichzeitig wurde im März ein Gesetz zur Förderung des Lesens und der Literatur erlassen. Das nenne ich Entscheidungskraft. In Frankreich gibt es ein kleines Staatsprogramm für Autorinnen und Autoren, die sich für einen monatlichen Zuschuss zwischen 400 Euro bis 1.000 Euro bewerben können.

Was bedeutet das Geschilderte in der Konsequenz für den europäischen Buchmarkt?

Es gibt Schätzungen der Federation of European Publishers (FEP), dass sich der europäische Buchmarkt in zwei bis schlimms-

tenfalls fünf Jahren wieder erholen wird und der Stand von 2019 wiederhergestellt ist. Wir haben sonst jährlich 600.000 Neuerscheinungen in ganz Europa – und Deutschland ist »Einkaufsland«, viele unserer Kolleginnen verdienen hier mit Lizenzen mehr als in ihren Heimatländern. En gros werden wir in Europa 100.000 bis 150.000 weniger Originaltitel veröffentlichen.

Da stehen auch jeweils 150.000 verlorene Existenzen dahinter. Wir benötigen einen europaweiten Buch- und Bildungspakt. Während der Pandemie wurde deutlich, wie anfällig der Mensch ist, märchenhaften Theorien mehr zu trauen als unabhängigen Medien und der Wissenschaft. Dem müssen wir entgegensteuern.

Ich möchte uns nicht romantisieren, doch mit einer Hoffnung enden: Autorinnen und Autoren sind resilient. Wir bleiben an unserer Aufgabe: die Welt anders zu erzählen, als es Nachrichten oder Twitter tun. Andere Liebe, anderer Hass; Resonanzräume schaffen, von den Brüchen, Nöten und Wundern berichten, die der Mensch braucht, um zu wissen, wer er sein kann. Wir schreiben folglich weiter.

Schriftsteller gehen bei den Bundeshilfen oft leer aus Neustart Kultur unterstützt Verlage und Buchhandlungen direkt

Lena Falkenhagen — Politik & Kultur 3/2021

Im März 2020 verfasste ich einen Artikel für »Politik und Kultur«, um zu schildern, wie es den Schriftstellerinnen und Schriftstellern in Deutschland mit der Corona-Pandemie ging. Ich schrieb damals: »Ich fordere von der Politik eine zügige und unbürokratische Bereitstellung von Mitteln. Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Übersetzerinnen und Übersetzer in Deutschland sind, wie so viele Selbständige auch, unverschuldet in eine tiefe Krise geraten.«

Diesen Text könnte ich heute beinahe unverändert wiederverwenden. Zwölf Monate Pandemie liegen hinter uns, fünf Buchmessen wurden abgesagt, und noch immer verkennen die meisten Coronahilfspakete die Lebens- und Verdienstwirklichkeit der oft soloselbständigen professionellen Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Ich schätze, dass der Anteil jener, die tatsächlich Hilfe erhalten, wegen der Einschränkungen und Bedingungen im einstelligen Prozentbereich liegt. Allein einige Hilfen der Bundesländer erreichten Hilfebedürftige.

Das Programm Neustart Kultur der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien unterstützt glücklicherweise die Verlage und Buchhandlungen direkt. Schriftstellerinnen sind in ihrer Förderung aber immer noch abhängig von Veranstaltungen Dritter. Das erste Förderprogramm wurde gut abgerufen, im

Sommer fanden Lesungen statt; die zweite Auflage scheitert jedoch genau an der Möglichkeit, die Veranstaltungen im Lockdown tatsächlich durchzuführen. Die Mittel werden nicht mehr abgerufen. Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS in ver.di) organisiert daher die VS-Onlesung auf der Streamingplattform twitch von Anfang bis Ende vollständig digital – mit großem Erfolg.

Ich habe gerade für den Spiegel die Kalkulation aufgestellt, dass im Jahr 2020 deutschlandweit – konservativ kalkuliert – 20.000 bis 25.000 Lesungen ausgefallen sind. Wenn man für diese Lesungen das vom VS empfohlene Mindesthonorar von 300 Euro ansetzt, dann sind im letzten Jahr durch die Hygieneverordnungen rund um die Pandemie ca. sechs bis acht Millionen Euro ausgefallen, die den Autorinnen und Autoren niemand ersetzt. Ich schätze, dass der Ausfall sogar über zehn Millionen Euro liegt.

Bereits im Sommer 2020 haben über 50 % der deutschen Verlage Titel verschoben, 36 % der Verlage ganz abgesagt. Meist trifft es die Kaum- oder Unveröffentlichten. Mit jedem verschobenen oder abgesagten Buch wird aber auch eine Zahlungsrate an den Autor, die Autorin verschoben oder abgesagt. Die Perspektiven für die nächsten Jahre bleiben düster, denn die Buchbranche hat einen or-

dentlichen Dämpfer erfahren. Neueinsteigerinnen und Jungautoren haben es schwer, einen Verlag zu finden, da die Verlage auf sich gut verkaufende Profis setzen. Die gesunkenen Verkäufe 2020 – im Schnitt 2,3 % – und 2021 bedeuten auch geringere Tantiemenzahlungen sowie geringere Vorschüsse für neue Bücher in den nächsten Jahren.

Der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller fordert von der Politik eine sinnvolle, unbürokratische und vor allem direkte Wirtschaftshilfe auch für soloselbständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die als Unternehmerlohn angerechnet werden kann: entweder prozentual 80 % vom durchschnittlichen Monatseinkommen 2019 – parallel zum Kurzarbeitergeld für Angestellte –, oder als schnellen und unkomplizierten Fixbetrag, z. B. wie in Baden-Württemberg die 1.180 Euro.

Zudem muss das Urhebervertragsrecht angepasst werden, damit Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihre Rechte mithilfe ihrer Verbände besser durchsetzen können. Leider sieht der Entwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht diese Verbesserung der Situation der Urheberinnen und Urheber nicht vor.

Es darf gelesen werden Ein kleiner Verlag in der Corona-Krise

Barbara Haack — Politik & Kultur 9/2020

Verleger, Lektor, Redakteur, Autor – oder auch Vertriebsmitarbeiter, Anzeigenleiter oder Buchhalter: Die meisten Menschen, die in einem oder für einen Verlag arbeiten, tun dies aus Leidenschaft und mit großer Freude. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die eine oder andere Freude allerdings ein wenig geschmälert, vor allem in den kleinen oder kleineren Verlagen: VG-Wort-Urteil, Urheberrechtsdebatte, kostenaufwendige neue Datenschutzregeln - und ganz schlicht: die Digitalisierung waren Herausforderungen, denen sich zu stellen war. Die Corona-Pandemie hat einige Herausforderungen teils drastisch intensiviert, andere erst geschaffen. Was genau macht Verlagen, seien es (Fach-) Buch- oder Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, das Leben derzeit schwer? Hier ein Kurzbericht aus der Sicht eines kleinen Verlags, der sowohl Musik- und Kulturfachbücher als auch Zeitungen und Zeitschriften herausgibt.

Medien leben – unter anderem – von der Werbung. Wenn Kultur nicht mehr stattfindet, wird sie auch nicht beworben. So einfach ist das. Das Problem betrifft im Übrigen auch die Tageszeitungen – und Ähnliches spielt sich sicher in anderen Fachbereichen, wie z. B. dem Sport, ab. Zudem sind auch solche Kulturunternehmen oder -institutionen, die noch aktiv sein dürfen, derzeit sehr zurückhaltend mit der Anzeigen- oder Beilagen-

schaltung. Damit fällt ein wesentlicher Umsatzbereich - schmerzhaft spürbar - weg. Und man muss kein Hellseher sein, um zu prognostizieren, dass die Kultur noch lange nach Corona finanziell leiden wird. Nach der letzten Finanzkrise 2008/2009 war es nicht anders. Die Hilfen von Land und Bund greifen durchaus, aber womöglich nicht weit genug: Der Zuschuss vom Bund half zur ersten Überbrückung. Ein gewährter Kredit von der KfW-Bank kann Liquiditätsprobleme mildern oder auch Investitionen ermöglichen. Allerdings galt: Wollte man die angekündigten günstigen Konditionen - zehn Jahre Laufzeit, günstiger Zins - in Anspruch nehmen, musste der Mehrheitsgesellschafter persönlich für den Kredit haften und damit seine Alterssicherung zur Disposition stellen.

Die Senkung der Mehrwertsteuer kam überraschend – und sie ist zweischneidig: Angesichts der Buchpreisbindung wäre eine Minderung des Verkaufspreises zugunsten der Käufer ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Wohl kaum ein Verlag hat die Ummeldung seiner Preise im VLB vollzogen, um dem Endnutzer einen kleinen Preisvorteil zu verschaffen. Tatsächlich verdient der Verlag also mit jedem verkauften Buch etwas mehr. Allerdings war die buchhalterische Umstellung, in kürzester Zeit zu vollziehen, ebenso ein nicht zu unterschätzender Mehraufwand, vor

allem wenn man bedenkt, dass mit dem Jahr 2021 alles wieder rückgängig gemacht werden muss.

Mit der Pandemie war in allen gesellschaftlichen Bereichen ein »digitaler Schub« zu beobachten. Noch mehr Menschen als vorher werden in Zukunft erwarten, ihr Buch, ihre Zeitung oder Zeitschrift auch digital lesen zu können. Für kleine Unternehmen waren nutzerfreundliche Apps, möglichst mit zusätzlichen digitalen Angeboten wie Filme oder Podcasts, in der Vergangenheit schwer zu finanzieren. Die Schere zwischen den großen Medienunternehmen und kleinen Fachverlagen wuchs in dieser Hinsicht. Hier liegt eine große Hoffnung im Programm »Digital Ietzt« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, das gerade kleinen Unternehmen den Weg in die digitale Welt mit weiteren Investitionshilfen ebnen will. Zu hoffen ist, dass hier nicht nur spektakuläre Innovationen gefördert werden, sondern auch intelligente, nutzerbezogene Projekte, die ein Verlag vielleicht schon länger in Planung hatte und die er durch dieses Programm nun endlich auch umsetzen und damit die Erwartungen seiner Zielgruppen erfüllen könnte.

Nicht unerwähnt soll die Konzentration auf den Online-Handel bleiben: Während die Buchhandlungen geschlossen waren - und so mancher wohl auch mehr Zeit zum Lesen hatte -, wurden mehr Bücher im Internet bestellt. Amazon gilt als großer »Pandemie-Gewinner«. Seine Marktmacht konnte der Internetriese in dieser Zeit aushauen. Für die Vielfalt des Buchmarktes und der Verlagslandschaft in Deutschland ist dies sicher keine gute Nachricht. Je mehr ein einzelner Anbieter den Markt bestimmt, desto größer wird die Gefahr, dass alles, was nicht Mainstream mit hoher Auflage ist, nach und nach nicht mehr angeboten wird. Auch hier wäre eine Unterstützung sinnvoll: allerdings nicht nur - aber vielleicht auch - durch die Politik, vor allem aber auch durch die Leser, die ihre Bücher ebenso gut online beim örtlichen Buchhändler bestellen und den Nachteil in Kauf nehmen könnten, dass das Paket dann vielleicht ein oder zwei Tage später ankommt. Mehr Marktmacht für einen »Intermediär« wie Amazon bedeutet auch, dass dieser die Konditionen bestimmen kann. Die Verschiebung des Buchverkaufs in die Onlineshops, so ist im Börsenblatt Ausgabe 31.2020 zu lesen, »sei für die Marktakteure mit einer Umsatzverlagerung auf weniger profitable Kanäle verbunden (höhere Lieferkosten, niedrigeres Preislevel)«.

Immerhin: Auch in Pandemie-Zeiten kann und darf gelesen werden. Bücher- und Zeitungsanbieter haben es da immer noch besser als z.B. Konzertveranstalter. Es ist auch an den Verlagen, jetzt Produkte zu entwickeln, die in dieser Zeit vielleicht mehr denn je gewünscht oder gar gebraucht werden. Damit erhöhen sie womöglich ihre Systemrelevanz.

Was ist uns Kultur wert?Vom großflächigen Verschwinden der Literatur aus dem öffentlichen Leben

Alexander Skipis — Politik & Kultur 4/2020

Gerade in Krisenzeiten beweist sich, welchen Wert eine Gesellschaft der Kultur beimisst. Das zeigt die aktuelle Corona-Krise, deren wirtschaftliche Auswirkungen auch zur kulturpolitischen Frage werden. Wie viele Kultur- und Kreativbranchen ist auch die Buchbranche von den Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus schwer betroffen. Zuerst die Absage der für Mitte März geplanten Leipziger Buchmesse - der wichtigsten öffentlichen Plattform für Neuerscheinungen und das Lesen im Frühjahr. Dann die Streichung von immer mehr Literaturveranstaltungen, von der Lit. Cologne bis zur Autorenlesung in der Buchhandlung vor Ort. Und schließlich vor zwei Wochen die Anordnung von flächendeckenden Ladenschließungen, die in allen Bundesländern bis auf Berlin und Sachsen-Anhalt auch Buchhandlungen umfassen und zu massiven Umsatzeinbrüchen in der gesamten Branche führen werden. Es hängt jetzt ganz entscheidend davon ab, wie gut es gelingt, die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen der Corona-Krise auf die Buchund andere Kreativbranchen abzufedern. Der deutsche Buchmarkt ist der zweitgrößte Buchmarkt weltweit und in seiner Oualität und Vielfalt vorbildlich. Mit der Existenz von vielen kleinen wie großen Buchhandlungen und Verlagen steht ein elementarer Teil des kulturellen Lebens auf dem Spiel.

Die Buchbranche trägt solidarisch alle bisher von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise mit. Denn ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen ist jetzt unumgänglich, um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und damit die Gesundheit gerade der Schwächeren in der Gesellschaft zu schützen. Das großflächige Verschwinden der Literatur aus dem öffentlichen Leben sowie die massiven zu erwartenden Umsatzausfälle im Buchhandel haben aber gravierende wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Buchbranche.

Mit der Absage der Leipziger Buchmesse wie auch allen anderen internationalen Buchmessen konnten die Verlage nicht, wie sonst im März üblich, ihre Frühjahrsprogramme einem breiten Lesepublikum und der interessierten Öffentlichkeit vorstellen und damit für den Einkauf ihrer Titel werben. Die ersten Auswirkungen zeigen sich bereits: Bestellungen der Händler beim Zwischenbuchhandel und den Verlagen gehen zurück, weil sie mit einer geringeren Nachfrage rechnen. Die Folge: Verlage riskieren, auf ihren Auflagen sitzen zu bleiben, Autorinnen und Autoren werden unweigerlich weniger verdienen.

Die umfassenden Ladenschließungen potenzieren das Problem um ein Vielfaches und bedrohen die gesamte Wertschöpfungskette Buch. Mieten, Rechnungen und andere Fix-

kosten sind weiterhin zu begleichen, während ein Großteil des Geschäfts ausfällt - und das in der traditionell umsatzstarken Vor-Osterzeit. Allein für die Ladenmieten der Buchhandlungen in Deutschland fallen nach unseren Schätzungen zusammengerechnet Kosten von 15 Millionen Euro pro Monat an. Insgesamt rechnen wir pro Schließungsmonat mit einem Umsatzverlust von einer halben Milliarde Euro für Handel und Verlage, Für die größtenteils Klein- und Kleinstunternehmen sowie soloselbständigen Autorinnen und Autoren geht es inzwischen um die Existenz. Aber auch die wenigen größeren Unternehmen der Branche sind von massiven wirtschaftlichen Einbußen betroffen. Die Umsatzrenditen in der Branche sind so gering. dass viele Unternehmen nur schmale oder gar keine Finanzpolster haben und in Liquiditätsengpässe kommen werden. Zwar verkaufen fast alle Buchhandlungen seit Langem Bücher auch online, bauen ihre Lieferdienste aus und finden aufgrund der aktuellen Lage neue, kreative Wege zu den Kundinnen und Kunden. Das alles wird aber nicht ausreichen, um die zu erwartenden finanziellen Einbußen auszugleichen.

Bund und Länder haben sehr schnell mit einem umfangreichen Soforthilfe-Paket reagiert, um gerade Kleinstunternehmen und Selbständige zu unterstützen. Vor allem die nicht rückzahlungspflichtigen Zuschüsse sind für kleine Buchhandlungen und Verlage wichtig und können existenzentscheidend sein. Dank gilt hier allen beteiligten politischen Verantwortlichen und besonders Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die sich sehr für die besonderen Belange der Kulturund Kreativwirtschaft eingesetzt hat. Es ist jetzt wichtig, dass Verlage, Buchhandlungen, Autorinnen und Autoren schnell und unbürokratisch an die zugesagten Mittel gelangen. Und gerade die mittelgroßen Unternehmen, die nicht von den Soforthilfen für Kleinbe-

triebe profitieren können, benötigen ebenfalls dringend praktikable Unterstützungsleistungen. Darüber hinaus regen wir weiterhin an, gesundheitspolitisch vertretbare Ausnahmeregelungen für Buchhandlungen von den Ladenschließungen zu prüfen, etwa einheitlich geltende Genehmigungen, um Liefer- und Abholservices für Bücher einzurichten. Wir erleben gerade eine nie dagewesene Krisensituation. Von uns allen, von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist jetzt solidarisches Handeln nötig. Auch die Kultur benötigt Solidarität – denn ohne die Unterstützung der Politik droht mit dem Verschwinden von vielen Buchhandlungen, Verlagen sowie anderen Kulturschaffenden und -einrichtungen ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft verloren zu gehen.

Wir brauchen geöffnete geistige Tankstellen Die Situation im Buchhandel

Alexander Skipis — Politik & Kultur 3/2021

In den vergangenen zwölf Monaten waren die Türen der Buchhandlungen in vielen Bundesländern fast ein Drittel der Zeit über geschlossen, Rund 16 Wochen, in denen sich Menschen Bücher zwar liefern lassen oder sie kontaktlos abholen konnten, die Buchhandlungen als Ort des kulturellen und gesellschaftlichen Austauschs, der Inspiration und Beratung aber nicht erreichbar waren. Das belastet nicht nur die Unternehmen der Buchbranche wirtschaftlich zunehmend auch unsere Gesellschaft kann nicht mehr länger auf ihre geistigen Tankstellen verzichten. Deshalb brauchen wir jetzt eine Perspektive für eine baldmögliche Wiedereröffnung der Buchhandlungen.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie groß gerade auch in Krisenzeiten das Bedürfnis der Menschen nach Büchern ist und welche unverzichtbare Rolle die Buchhandlungen als Anbieter geistiger Grundversorgung spielen. Bücher geben Halt und bieten Orientierung, sie helfen Menschen dabei, herausfordernde Zeiten durchzustehen. Sie sind in der Lage, Denkanstöße zu geben und die Debatten mitzugestalten, die unsere Gesellschaft gerade jetzt für die Zeit während und nach der Pandemie führen muss.

Zwar nutzen viele Menschen die Lieferund Abholmöglichkeiten der Buchhandlungen oder bestellen online. Aber die Umsatz-

entwicklung zeigt, dass ein großer Teil der Käufe nicht getätigt wird: Im Januar 2021 gingen die Umsätze im stationären Handel um 48,9 % zurück, selbst das Online-Geschäft und weitere Buchverkaufsstellen dazu genommen, fehlen im Vergleich zum Vorjahresmonat 19,7 % des Umsatzes. Für die Buchhandlungen kommt erschwerend hinzu, dass die Umsätze hinter verschlossener Ladentüre teuer erkauft sind: Die Bearbeitung von Bestellungen und die Organisation von Abholservices und Bringdiensten erfordern deutlich mehr Ressourcen als das Ladengeschäft. Eine Branche, in der die Umsatzrenditen sehr gering sind, kann solche Einschränkungen nicht auf Dauer stemmen. In vielen Fällen wird die Situation bald existenzbedrohend, sodass Insolvenzen nicht auszuschließen sind.

Bund und Länder haben die Buchbranche im vergangenen Jahr mit Soforthilfen, Notfallkrediten und Förderungen, etwa im Rahmen des von Kulturstaatsministerin Monika Grütters initiierten Programms Neustart Kultur, unterstützt. Dafür sind wir den Regierungen sehr dankbar. Verlage und Buchhandlungen sind aber auch weiterhin auf die Unterstützung der Politik angewiesen, um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen überstehen zu können. Worauf es aber vor allem ankommt, ist, dass Buch-

handlungen so früh wie möglich wieder öffnen dürfen – unter Einhaltung der bewährten Abstands- und Hygieneregeln. Die Buchbranche unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder von Anfang an, ein konsequentes Vorgehen ist richtig und notwendig, um das Coronavirus nachhaltig in den Griff zu bekommen. Aber eine Öffnungsstrategie, die die besondere Rolle des Buchhandels berücksichtigt, ist jetzt für die Buchbranche wie für die Gesellschaft gleichermaßen wichtig, um gemeinsam verantwortlich den Ausweg aus der Pandemie und die Zeit nach Corona gestalten zu können.

VG Wort Autoren sind auf Vergütungen angewiesen

Robert Staats — Politik & Kultur 5/2020

Die VG Wort ist von den Auswirkungen der Corona-Pandemie – wie kann es anders sein – in vielerlei Hinsicht betroffen. Natürlich sind, wie bei fast allen Einrichtungen, eine Vielzahl von organisatorischen Maßnahmen erforderlich, um den täglichen Betrieb so gut wie möglich aufrechterhalten zu können. Dass dies bisher gelungen ist, liegt vor allem an dem engagierten Einsatz aller Mitarbeitenden. Daneben hat die Krise aber auch zu weiteren Herausforderungen geführt, auf die kurz eingegangen werden soll.

Die Hauptausschüttung der VG Wort soll – wie üblich – im Sommer 2020 durchgeführt werden. Das ist immer ein Kraftakt, in diesem Jahr aber in besonderer Weise. Denn vieles ist nicht so wie sonst. Dennoch ist es ein erklärtes Ziel, die Ausschüttungen an alle Berechtigten rechtzeitig vornehmen zu können. Und hieran arbeiten alle Mitarbeitenden, völlig unabhängig, ob sie in der VG Wort sind oder zu Hause am Laptop sitzen. Denn allen ist bewusst, dass es gerade in diesem »Krisenjahr« auf die Hauptausschüttung besonders ankommt.

Die sozialen Unterstützungseinrichtungen der Verwertungsgesellschaften wurden in der Vergangenheit gelegentlich kritisiert, weil sie einen Anteil der Einnahmen nicht unmittelbar an die Berechtigten ausschütten, sondern sie – unter bestimmten

Voraussetzungen – bedürftigen Urheberinnen und Urhebern zukommen lassen. Gerade in der Corona-Krise zeigt sich, wie wichtig diese solidarischen Einrichtungen sind. Der Sozialfonds der VG Wort hat als Soforthilfe aufgrund der Corona-Krise ein beschleunigtes Verfahren eingeführt, bei dem bedürftige Wahrnehmungsberechtigte ein zinsloses Darlehen bis zu 1.000 Euro erhalten können. Noch viel wichtiger aber werden die Unterstützungseinrichtungen sein, wenn es um die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Krise in den nächsten Jahren geht. Hier wird mit einem deutlichen Anstieg der Anträge zu rechnen sein.

Derzeit wird gelegentlich die Frage an die VG Wort herangetragen, ob sie aufgrund des Shutdowns Onlinenutzungen von Sprachwerken erlauben kann; teilweise wird dies von der Annahme begleitet, dass derartige Nutzungen vergütungsfrei möglich sein sollten.

Grundsätzlich ist bei der VG Wort – anders als bei anderen Verwertungsgesellschaften – die Lizenzierung von Onlinenutzungen nur eingeschränkt möglich, weil ihr die erforderlichen Rechte im Wahrnehmungsvertrag nicht eingeräumt werden. Die Vergabe von Nutzungsrechten ohne vertragliche Grundlage ginge aber von vornherein ins Leere und wäre für die Nutzer ohne Wert. Die VG Wort wird gleichwohl die Corona-Krise zum An-

lass nehmen, intern mit ihren Berechtigten zu prüfen, ob die Wahrnehmung von zusätzlichen Nutzungsrechten sinnvoll sein kann.

Onlinenutzungen sind teilweise auch aufgrund von gesetzlichen Schrankenregelungen erlaubt, wie es insbesondere im Bildungsund Wissenschaftsbereich der Fall ist. Soweit hier rechtliche Spielräume bestehen, ist die VG Wort gerne bereit, kurzfristig pragmatische Lösungen zu finden. So konnten der Gesamtvertrag mit der Kultusministerkonferenz zum innerbibliothekarischen Leihverkehr sowie Einzelverträge mit Dokumentenlieferdiensten dahingehend erweitert werden, dass die von Bibliothek zu Bibliothek versandten Dokumente für einen befristeten Zeitraum bis zum 31. Mai 2020 per E-Mail an die Endnutzer weitergeleitet werden dürfen.

Eine vergütungsfreie Nutzung kann die VG Wort weder bei einer Lizenzierung noch bei der Wahrnehmung von Vergütungsansprüchen im Zusammenhang mit Schrankenregelungen erlauben. Dagegen spricht zunächst die Stellung der VG Wort als Treuhänderin der Urheber und Verlage. Es wäre aber auch rechtspolitisch ein falsches Signal, auf angemessene Vergütungen zu verzichten. Autorinnen und Autoren sowie ihre Verlage erleiden in diesen Zeiten ganz erhebliche wirtschaftliche Verluste. Gerade sie sind auf Vergütungen – nicht zuletzt über Verwertungsgesellschaften - dringend angewiesen. Es ist deshalb in hohem Maße problematisch, wenn die Corona-Krise dafür ausgenutzt werden sollte, rechtspolitische Ziele durchzusetzen, die auf einen vergütungsfreien Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken hinauslaufen. Dem steht es selbstverständlich nicht entgegen, mit Vergütungsschuldnern, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, kulante Stundungs- und Abzahlungsregelungen zu vereinbaren.

Analog geschlossen, digital offenDeutsche Bibliotheken

Barbara Schleihagen — Politik & Kultur 3/2021

Das Türschild »analog geschlossen, digital offen« auf der Webseite des Verbundes der Öffentlichen Bibliotheken Berlins bringt die aktuelle Situation nicht nur der Berliner, sondern fast aller öffentlichen Bibliotheken auf den Punkt. Mit dem verschärften Lockdown wurden in fast allen Bundesländern öffentliche Bibliotheksgebäude für den Publikumsverkehr erneut geschlossen - wissenschaftliche Bibliotheken dürfen fast überall den Leihbetrieb fortführen, mancherorts beschränkt auf Prüfungsvorbereitungen. Ausnahmen bilden Hamburg und Bremen, wo die Bibliotheken mit eingeschränkten Öffnungszeiten sowie begrenzter Personenanzahl und Aufenthaltsdauer zugänglich sind. Die der Risikogruppe zugehörigen Mitarbeitenden wurden weitgehend aus dem Kundenservice abgezogen.

Die digitalen Angebote – E-Books, E-Audios, Lern- und Bildungskurse, Zeitungen, Zeitschriften, Datenbanken, Musik- oder Filmstreaming – wurden im letzten Jahr in vielen Bibliotheken auf- und weiter ausgebaut und stehen Bibliothekskunden jederzeit zur Verfügung. Mit einem kostenlosen Probe-Online-Ausweis können digitale Angebote befristet getestet werden. Im Jahr 2020 legte die »Onleihe« mit rund 46 Millionen Ausleihen in öffentlichen Bibliotheken um 23,9 % zu und die Nutzerzahlen wuchsen um 19,8 %.

Veranstaltungen finden online statt: Recherchetrainings für Schulklassen, Bilderbuchkinos, Debattentraining, Spiele- und Bastelnachmittage, Workshops zur Medien- und Datenkompetenz oder Schreibwerkstätten. Einige Bibliotheken entwickelten sich auch digital zu »Dritten Orten« mit Treffs für Senioren, Gesprächsgruppen für das Deutschlernen oder Buchklubs.

In Zeiten von Homeschooling und Homeoffice bleiben die analogen Bibliotheksbestände wichtig: Dort, wo die kontaktfreie Abholung vorbestellter Bücher und anderer Medien – »Click & Collect« – angeboten wird, wird es rege genutzt. Die Rückgänge der Ausleihzahlen liegen für 2020 jedoch zwischen 20 und 40 %.

Bibliotheken haben ihre vielfältigen Angebote je nach Infektionsgeschehen planbar und flexibel an die lokalen Vorgaben angepasst. Dazu wurden Stufenmodelle erarbeitet, die schrittweise von der analogen Schließung mit digitalen Angeboten über den kontaktlosen Bestell- und Abholservice, der begrenzbaren Ausleihe und Rückgabe vor Ort, der Öffnung von Arbeits- und Sitzplätzen bis zum Angebot analoger Veranstaltungen mit Hygienekonzepten und digitaler Kundenregistrierung reichen. Für ihren personalintensiven Dienstleistungsbetrieb benötigen sie jedoch planbare Öffnungsperspektiven und

ausreichend Vorlaufzeit, um Besuchern jederzeit einen sicheren Aufenthalt zu ermöglichen. Für eine Reihe von Bibliotheken erfolgten seitens der Träger bereits Etatkürzungen in Höhe von 20 bis 50 %.

Der Deutsche Bibliotheksverband (dbv) begrüßt die finanzielle Förderung der Bundesregierung durch Neustart Kultur, die viele Bibliotheken in die Lage versetzt, digitale Angebote auf- und auszubauen. Um dies flächendeckend zu ermöglichen, muss jedoch nochmals nachgelegt werden. Bibliotheken werden damit als Einrichtungen resilienter und können unabhängig von physischer Öffnung ein noch vielfältigeres digitales Kulturund Bildungsangebot machen. Der dbv fordert, dieses Angebot mit einer gesetzlichen Regelung auch für den Verleih von e-Medien abzusichern.

Dennoch sollen alle Menschen ihre Bibliothek so bald wie möglich auch wieder als unterstützenden gesellschaftlichen Begegnungsort ihres Alltags nutzen können. Durch ihre vielfältige Programm- und Veranstaltungsarbeit ist sie essenziell für das kulturelle Leben in vielen Kommunen. Ihre wachsende Bedeutung als Treffpunkt zeigt sich in höheren Besucherzahlen und steigender Aufenthaltsdauer. Daher muss ihre schrittweise Öffnung als außerschulische kulturelle Bildungseinrichtung an die von Schulen und Kitas gekoppelt sein. Sobald es die Gefährdungslage zulässt, muss auf dem Türschild wieder »analog und digital offen« stehen.

CoroniadeBildende Kunst braucht mehr solide Unterstützung

Dagmar Schmidt — Politik & Kultur 4/2020

Das Jahr hatte gut begonnen. Die Vorbereitungen für die Ausstellung in Florenz liefen reibungslos. Die Werke waren fast fertig. Der Transport war beauftragt, die Reise zur Betreuung des Auf- und Abbaus organisiert. In der Woche vor der Abreise würde der Ferienworkshop am Gymnasium in der Landeshauptstadt allen Beteiligten noch viel Spaß machen. Wie in den letzten Jahren würden viel Leidenschaft und Idealismus die Vorbereitung sichern: Die Experimente mit den aus Naturmaterialien selbst hergestellten Malfarben waren schon im letzten Jahr ein voller Erfolg. In der gleichen Woche wäre am Abend noch die Vernissage im Landesmuseum, in dem in der aktuellen Ausstellung eine gar nicht umfangreiche, aber besondere Installation beigesteuert würde. Und nach Italien würde es arbeits- und ereignisreich weitergehen. Zwei Residenzstipendien würden Herausforderungen an interessanten Orten bringen und neue Impulse setzen. Ein Katalog würde erarbeitet, gedruckt und öffentlich präsentiert werden. Andere, zeitgleiche Projekte sind ausgesetzt, die Wohnung wegen nicht ausreichender Stipendienhöhe für die Zeit des Stipendienaufenthalts bereits untervermietet. Bestens organisiert, eigentlich.

Das Coronavirus kam schleichend näher, zuerst die Bilder aus den gespenstisch leeren, chinesischen Millionenstädten in den Medien, dann fassungsloses Beobachten der immer größer werdenden roten Kreise auf Landkarten, die die Anzahl der Infizierten und der Verstorbenen darstellten, schließlich Europa, Italien betroffen, Lombardei gesperrt, Italien geschlossen.

Absage der Ausstellung in Florenz, nach erstem Schock die Auftragsstornierung beim Spediteur, Stornierung von Reise und Hotel nicht mehr möglich. Corona in Deutschland angekommen, erste Ausgangsbeschränkungen, Absage der Ausstellung im Landesmuseum. Vielleicht verschoben, der Ausstellungsbeitrag bleibt gleich in der Kiste. Anruf des Stifters des einen Residenzstipendiums: Sie wollten das Stipendium ausfallen lassen, weil ihr Ziel, öffentliche Wirksamkeit, durch die Ausgangsbeschränkungen nicht erreicht würde. Schulen geschlossen, Absage des Ferienworkshops. Komplettausfall des Honorars und der Auslagen für Materialien. Wie die laufenden Kosten für Ateliermiete, Materialrechnungen, Steuervorauszahlungen begleichen? Alleinverdiener für drei. Woher die Miete zum Wohnen und für das Wenige zum Leben nehmen?

Zurückgeworfen auf Punkt Null, Zeit nachzudenken. Liegen gebliebene Arbeiten erledigen, Werkverzeichnis vervollständigen. Ausschreibungen checken. Doch was davon wird wirklich stattfinden? Eine Werkabbildung in

den Vernissagenverteiler senden, mit der Bitte zum Kauf. Mal abwarten, was passiert. Nachrichten hören. Online sein. Zwei Verkäufe, eine Anfrage für einen Workshop, irgendwann nach der Krise. Gehört, es könnte Darlehen geben. Aber inzwischen wird klar: Die Ausfälle jetzt sind nicht aufgeschobene Einnahmen, sondern werden auch später nicht ausgeglichen. Wie also Kredite zurückzahlen? Gehört, es könnte Hilfen für Soloselbständige geben, auch für Kunstschaffende. Das Jahr wird unterdurchschnittlich werden. Dabei hatte es so gut begonnen ...

Diese Geschichte schildert eine aktuell tvpische Situation bei Bildenden Künstlerinnen und Künstler. Durch die Corona-Pandemie brechen viele der sowieso prekären und wechselhaften Künstlereinkommen komplett ein. Honorare werden wegen abgesagter Kurse, Workshops, Führungen, Performances, Ausstellungen und anderer Veranstaltungen nicht oder nur reduziert gezahlt, durch abgesagte Ausstellungen und Kunstmessen entfallen die dort üblichen Verkäufe. Aufenthaltsstipendien und internationale Künstleraustausche sind abgesagt. Es entfällt die bisher übliche öffentliche Bühne für Folgeaufträge, Bestellungen und Nachbuchungen. Jetzt schon fehlen die Äquivalente für die laufenden Kosten - Ateliermiete, Nebenkosten etc. Die ganzen wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich erst in Wochen oder Monaten zeigen. Denn die unverzichtbare, über Jahrzehnte gewachsene Infrastruktur für die Präsentation, Vermittlung und den Handel der Bildenden Kunst - Galerien, Kunstvereine, Museen, Kultureinrichtungen - ist genauso stark betroffen. Auch hier wird vieles nur durch großes Engagement und Herzblut mit kleinem Budget möglich gemacht. Auch hier, wie bei den meisten Kunstschaffenden. gab es kaum Möglichkeiten, Rücklagen oder krisenfeste Budgets zu bilden, auf die jetzt zurückgegriffen werden könnte.

Wie kann es weitergehen? Egal wie groß die Überbrückungsfonds für Coronabedingte Ausfälle auch werden, sie werden nur das Nötigste abdecken können. Die Krise zeigt. wie dünn das Eis in Kunst und Kultur wirklich ist. Nach der Krise muss es noch mehr als zuvor darum gehen, auch für Künstlerinnen und Künstler auskömmliche Einnahmen zu ermöglichen: Ausstellungsvergütungen als selbstverständliche Leistung, Kunst am Bau bei allen Baumaßnahmen der öffentlichen Hand, Konjunkturprogramme für Kunst und Kultur, Förderstrukturen über alle Karrierestufen und Generationen hinweg, auskömmliche Honorare für künstlerische Leistungen aller Art – ein sicheres Einkommen eben. Die Krise zeigt deutlich, dass die von uns allen so geliebte und gewünschte Vielfalt der Kunst und Kultur mehr solide Unterstützung braucht.

Professionelle Arbeit professionell vergütenDie Situation in der Bildenden Kunst

Dagmar Schmidt — Politik & Kultur 3/2021

Auch für Bildende Künstlerinnen und Künstler ist der lange Lockdown eine existenzielle Herausforderung: Die Aufträge bleiben aus, neue Projekte sind nur schwer zu akquirieren bzw. planbar, Nebenjobs, ob im künstlerischen oder nichtkünstlerischen Bereich, sind vielfach weggebrochen. Die Neustarthilfe für Soloselbständige geht zwar in die richtige Richtung, wie sie konkret ausgestaltet ist, ist bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung aber noch nicht bekannt. Die Bundeshilfen gehen vor allem deswegen zumeist an Kunstschaffenden vorbei, weil deren Einkommen allgemein so gering sind, dass sie als anteilige Referenzgröße kaum etwas bringen. Von Anfang an fehlte es bei den Bundeshilfen an einem Unternehmerlohn, einer berufsgerechten Einkommensausfallhilfe.

Aber vor allem vermissen wir das: Den künstlerischen Diskurs, der mit der analogen Präsentation und Rezeption von Werken verbunden ist. Wir hoffen, dass die Forderung nach einer schrittweisen Wiedereröffnung von Kunstorten Gehör findet. In Kunstvereinen, Galerien, Offspaces und Museen hat Abstand schon immer Tradition – zum Schutz der Exponate und aus Respekt vor dem Kunstgenuss anderer Kunstbetrachtender. Strenge Hygienevorschriften sind problemlos umsetzbar. Und wir erwarten, dass der Wert der Kunst und die Arbeits- und Einkom-

mensbedingungen freischaffender Künstlerinnen und Künstler nun dauerhaft ein größeres Gewicht in der öffentlichen Diskussion erfahren. Die Sicherung ihres Einkommens gehört für eine Kulturnation verbindlich zur Daseinsvorsorge.

Abgesehen von Nachbesserungen in den Corona-Hilfen erwarten wir, dass Lehren gezogen werden aus der Zeit des Corona-Brennglases. Und die müssen sich auch im nächsten Koalitionsvertrag widerspiegeln. Konkrete Maßnahmen zur Sicherung des künstlerischen Einkommens sind zu vereinbaren - die Zeit der ehrenamtlichen Arbeit für Ruhm und Ehre muss auch für Bildende Künstlerinnen und Künstler ein Ende finden, ihre Leistungen sind wie in anderen Kunstsparten grundsätzlich angemessen zu vergüten. Dies ist in allen Förderrichtlinien der öffentlichen Hand und letztlich auch im Urheberrechtsgesetz zu verankern. Ich verweise auf unsere aktualisierte »Leitlinie Ausstellungsvergütung«. Im Urheberrecht ist bei der Umsetzung der DSM-Richtlinie zu gewährleisten, dass Urheberinnen und Urheber selbstverständlich auch für die digitale Nutzung ihrer Werke angemessen vergütet werden. Die Förderung freien Kunstschaffens ist auszubauen, besonders geeignet sind hier Stipendien und Projektzuschüsse. Wir fordern einen deutlichen Aufwuchs des Budgets der Stiftung Kunstfonds. Es sind

funktionierende Regelungen für den Zugang von Soloselbständigen zu den sozialen Sicherungssystemen zu treffen: Die Grundsicherung ist radikal zu reformieren, pandemiebedingte Erleichterungen beim Zugang sind zu verbessern und untaugliche Einschränkungen freiberuflicher Selbständiger abzubauen. Das Gesetz zur Einführung der Grundrente muss nachgebessert werden, damit mehr Künstlerinnen und Künstler etwas davon haben. Über ein Modell für eine Sicherung bei Einkommensausfällen ist zu diskutieren.

Und dann gibt es da noch die langfristige Perspektive, die Zukunft: Hier brauchen wir Rahmenbedingungen, die einen freien, einen von reinen Marktmechanismen befreiten kunst- und kulturwissenschaftlichen Diskurs zulassen. Dazu gehört auch eine spartenspezifische Strukturförderung. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Der GAUDie Verkäufe in Galerien sind auf null gefallen

Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm — Politik & Kultur 4/2020

»Wir sind gerade mit der Galerie umgezogen, haben uns mit den Künstlern auf die Eröffnung gefreut. Wir haben so viel investiert – alles für die Katz.« »Ich war bei unserer Partnergalerie in Wien, um Arbeiten für ein Projekt auszuwählen. Als die Grenzschließung bekannt wurde, habe ich Österreich fluchtartig verlassen. Nun bin ich zwei Wochen in Quarantäne.« »Wir haben eine Ausstellung mit Dutzenden Schülern eines bedeutenden deutschen Künstlers organisiert. Ein Riesenaufwand. Niemand kommt, niemand kauft.« Solche Zurufe erhalten wir täglich zuhauf.

Mit der Absage sämtlicher anstehender Kunstmessen nahm der Shutdown seinen Lauf. Das gesamte öffentliche Kulturleben mit seinen Institutionen liegt im Koma. Aber im Gegensatz zu den Museumsdirektoren erhält der Galerist kein Gehalt, im Gegensatz zu den Künstlern ist er nicht günstig pflichtversichert.

Digitale Auftritte sind nun auf dem Vormarsch. Online Viewing Rooms kursieren und ermöglichen zumindest eine virtuelle Präsenz der Galerien und ihrer Künstler. Neue Ideen, Kunstwerken im Netz und auf Social Media verstärkt eine Plattform zu schaffen, werden erprobt und weiterentwickelt. »Emerging Artists« jedoch, oder Künstler, deren Arbeiten einen intensiven Vermittlungsaufwand erfordern, bedürfen der physischen

Präsenz, der Erfahrung und Kommunikation in der analogen Welt. Der Ausstellungsraum – in einem Museum, einer Galerie oder temporär auf einer Messe – ist für jeden bildenden Künstler mehr als ein Sehnsuchtsort. Er ist essenziell. Über 4.000 Ausstellungen – Eintritt kostenlos – werden von Galerien jährlich für etwa 11.000 in- und ausländische Künstler auf eigenes wirtschaftliches Risiko organisiert. Galerien stehen zu ihren Künstlern nicht bloß in einer kommerziellen, sondern in einer nahen, persönlichen Beziehung. So befördern sie im Wechselspiel miteinander öffentliche Anerkennung und wirtschaftlichen Erfolg für ihre Arbeit.

Außenstehende machen sich nicht klar, dass Kunstverkaufen alles andere als ein einfaches Geschäft ist. Befeuert von Medienberichten – die primär die spektakulären Umsätze der internationalen Auktionshäuser oder der Blue-Chip-Galerien in den Blick nehmen – hat sich das Klischee vom reichen Galeristen in steter Partylaune tief eingebrannt. Die Realität sieht anders aus: Die Hälfte der Galerien in Deutschland erwirtschaftet zwischen 50.000 und 200.000 Euro Umsatz – nicht: Gewinn! – im Jahr; nur 14 % erreichen die Schwelle über 500.000 Euro.

Die Finanzkrise 2008 hatte heftige Auswirkungen auf den Kunstmarkt. Peer Steinbrück, der es wissen muss, hat als Erster pro-

gnostiziert: Die Corona-Krise wird schlimmer. Und in der Tat: Die Verkäufe sind auf null gefallen. Rücklagen sind bei den vielen kleinen und mittelständischen Galerien so gut wie nicht vorhanden. Die festen Kosten laufen weiter, Mitarbeiter kommen bestenfalls in Kurzarbeit, Überbrückungskredite – sofern greifbar – werden einen Schuldenberg akkumulieren, der nach der abflauenden Pandemie nicht abschmelzen kann.

In dieser Situation ist das jüngst von der Bundesregierung geschmiedete Maßnahmenpaket für Akteure der Kreativwirtschaft hilfreich. In den kommenden Wochen werden die bereitgestellten Zuschüsse für die ersten drei Monate nach dem Stillstand hoffentlich von vielen Galerien beantragt. Die Stundung von Steuern und Künstlersozialabgaben, die Mäßigung des Insolvenzrechts, ein erhöhter Mieterschutz und weitere Ladungen der »Bazooka« sind vorübergehend sinnvoll, aber am Ende ein Tropfen auf den heißen Stein. Operation gelungen, Patient tot? Was kann die (Kultur-)Politik tun? Die Corona-Katastrophe stellt auch für Politiker eine extreme Herausforderung dar. Mit der EU-Ratspräsidentschaft in wenigen Monaten sind Einflussmöglichkeiten verbunden. In Deutschland wurde dem Kunsthandel 2014 als einzigem Kulturwirtschaftszweig die ermäßigte Mehrwertsteuer entzogen. Es folgte ein heftiges Galeriensterben. Hier eine Korrektur vorzunehmen, wäre ein echtes Zeichen der Würdigung der Leistung der Galerien für unser Kulturleben. Und: Es wäre für die Zeit nach den Corona-Soforthilfen eine substanzsichernde Lenkungsmaßnahme mit dem Ziel einer indirekten, langfristigen Förderung der Galerien.

Die Kulturpolitik ist im Bereich der bildenden Kunst auf Institutionen und Urheber fixiert. Der Kunstmarkt wird als dritte schützenswerte Säule nicht nur ausgeblendet, sondern er wurde in den letzten Jahren durch eine Vielzahl an neuen Gesetzen und Regu-

larien extrem strapaziert. Ressentiments und Projektionen scheinen hier die Feder geführt zu haben. Aus dem Raubbau an den zeitlichen und wirtschaftlichen Ressourcen folgte, dass über 80 % der Galeristinnen und Galeristen nicht noch einmal diesen Beruf ergreifen würden – so das bittere Ergebnis einer Umfrage unter Berliner Galeristen im Herbst 2019.

Galerien spielen gegenüber der Kunst eine ähnliche Rolle wie der Verlagsbuchhandel gegenüber der Literatur. Letzterer wird von der Kulturpolitik gefördert. Galerien nicht. Das sollte, müsste sich ändern, wenn der Wille zur Existenzsicherung der Künstler ernst gemeint ist und nachhaltig sein soll.

Die Frankfurter Galerien um den Dom begingen ihre Frühjahrseröffnungen analog und geschlossen ohne Publikum. Durch ihre großen Schaufenster kann jeder die Ausstellungen fast vollständig sehen. Und das Licht bleibt jetzt – obwohl sich abends niemand mehr auf den Straßen bewegt – etwas länger an.

Lights on – Unlock! Deutsche Galerien und Kunsthändler

Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm — Politik & Kultur 3/2021

Galerien trotzen der kulturellen Verödung in der Pandemie mithilfe digitaler Formate zur Präsentation ihres Programms. Und das Licht bleibt an! Mit oft großen Fensterfronten ermöglichen sie dem Kunstfreund im kalten Lockdown wenigstens von der Straße aus einen Blick in ihre Ausstellungen.

Doch die Galerienszene ist insgesamt beschädigt. Im Kunstmarkt sind primär die Auktionshäuser ohne Blessuren durch die Krise gekommen, denn sie handeln mit etablierter Kunst und sind im Online-Handel schon lange erfahren. Relevanz und Wert eines Kunstwerkes von Beuys stehen außer Frage. Bei jungen, unbekannten Künstlern muss dieser Prozess durch Galerien erst in Gang gebracht werden – und das ist rein digital kaum möglich.

Alle Events, die für Publizität und zur Verkaufsanbahnung notwendig sind – Kunstmessen, Biennalen, Vernissagen, Atelierbesuche, Meetings mit Sammlern und andere kommunikative Akte – wurden abgesagt, verschoben, auf fast null reduziert. Den Galeristen ist die Berufsausübung quasi unmöglich geworden, auch wenn sie im letzten Jahr ein paar Monate öffnen durften. Hier werden die Defizite der November- und Dezemberhilfen offenbar. Denn der Kreis der »indirekt« vom Lockdown betroffenen Unternehmen wurde so eng definiert, dass in Existenznot ge-

ratene Galerien durch das Netz dieser Wirtschaftshilfe fallen. Das Galerienförderprogramm aus dem Projekt Neustart Kultur der Kulturstaatsministerin ist im zweiten Jahr der Pandemie eine große Hilfe – und erstklassig organisiert von der Stiftung Kunstfonds. Für rund 400 Galerien ist die Finanzierung mindestens einer Ausstellung gesichert – das Programm kommt also auch den Künstlern zugute.

Das Neustart-Investitionsprogramm kam für Galerien ebenfalls in Betracht. Es bot die Finanzierung von Hard- und Software für digitale Kunstvermittlung, die jetzt so notwendig geworden ist. Jedoch wurden Galerien zuhauf abgelehnt, weil sie nicht als GmbH oder GbR firmieren. Das Förderkonzept ließ außer Acht, dass im Kunstmarkt überwiegend Einzelkaufleute tätig sind: über 75 %. Ein hilfreiches Programm wurde durch eine sinnlose Formalie konterkariert. Hier ist dringend Nachbesserung nötig, denn der Ausschluss von Galerien ohne Rechtsform ist schlicht diskriminierend.

Unsere Galerienstudie hatte für 2020 bereits einen durchschnittlichen Umsatzrückgang von 30 % ermittelt. Prognose für das zweite Pandemiejahr: 40 %. Betroffen ist auch das Personal, das sich fast durchweg in Kurzarbeit befindet. Galerien werden nun Überbrückungshilfe III beantragen, die bei Um-

satzverlusten greift. Doch der Zuschuss zu den Fixkosten ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es bedarf also zusätzlich eines veritablen Investitionsprogramms. Ansonsten: Lockdown geht, Knockdown kommt, Dauerdown bleibt.

Der deutsche Kunstmarkt wurde in den letzten Jahren mit rigorosen Gesetzen, bürokratischem Ballast und Abgabepflichten überschwemmt. Österreich zeigt, wie das nötige Empowerment durch Politik geht. Dort wurde die Mehrwertsteuer für gewerbliche Kunstverkäufe auf sagenhafte 5 % gesenkt. Galerien hierzulande sind mit 19 % Besteuerung jetzt einem noch krasseren Wettbewerb in der EU ausgesetzt. Die Chance, dieses Thema in der Ratspräsidentschaft auf die Agenda zu setzen, wurde von Deutschland verspielt.

Unser Mantra – weil es für Galerien am wichtigsten ist – bleibt: Die Wiedereinführung der ermäßigten Umsatzsteuer. Darüber hinaus sind bessere Infrastrukturen für die Revitalisierung des gesamten Kulturmarktes im Rahmen eines Masterplanes nötig. Etwa durch die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse bei gleichzeitiger Deckelung der Verwerterabgabe auf maximal 3 %.

In diesen Masterplan sollten Anreize für den »Kulturkonsum« einfließen, damit die Kulturwirtschaft wieder auf die Beine kommt. Der Kauf von Kunstwerken und Büchern, Tickets für Konzerte, Museen, Kinos und Theater, für Gestreamtes und live Erlebtes: All dies sollte steuerlich absetzbar sein – wie Werbungskosten oder Handwerkerrechnungen. Kultur wird nämlich von allen, Jung und Alt, Arm und Reich, konsumiert. Wo aber Konsum ist, da wächst die Produktion auch. Und diese Produktion – Kultur – wollen wir endlich wieder sehen.

VG Bild-Kunst Ausschüttungen haben Priorität

Urban Pappi — Politik & Kultur 5/2020

Die in der Verwertungsgesellschaft (VG) Bild-Kunst vereinten Urheberinnen und Urheber schaffen visuelle Werke. Alle sind mehr oder minder stark von der Corona-Pandemie betroffen. Während eine Minderheit die Zeit der Abgeschiedenheit nutzt, um neue Werke zu konzipieren oder zu schaffen, brach einer Mehrheit schlicht ihr wirtschaftliches Tätigkeitsfeld weg. Man denke nur an die Filmdrehs, die flächendeckend abgesagt wurden.

Natürlich haben wir im ersten Augenblick überlegt, wie die VG Bild-Kunst schnell helfen kann. Vorschüsse auszuzahlen kam nicht in Betracht. Das sieht unser Verteilungsplan mit gutem Grund nicht vor, da die Zahlungen an die Mitglieder von Jahr zu Jahr stark schwanken und nicht voraussehbar sind. Auch verfügt die Bild-Kunst als Treuhänderin nicht über eigenes Vermögen, über das sie hätte frei verfügen können. Das Sozialwerk der Bild-Kunst wiederum verfügte nur über geringe finanzielle Reserven - die Zuwendungen speisen sich aus Abgaben der Mitglieder selbst. Eine Auszahlung der Reserven an alle hätte dem Einzelnen weniger als 50 Euro gebracht. Eine Auszahlung der Reserven unter bestimmten Förderbedingungen hätten wir kurzfristig nicht verwalten können. Das Sozialwerk beschäftigt eine Mitarbeiterin und lebt im Übrigen vom Engagement einer Handvoll gewählter Vergabebeiräte.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die VG Bild-Kunst eine mitgliederstarke Verwertungsgesellschaft mit einem sehr kleinen Verwaltungsapparat ist. Nur etwas mehr als 50 Personen zählt die Belegschaft. Sie kümmert sich um die Belange von 63.000 Mitgliedern. Die niedrige Mitarbeiterzahl steht natürlich in Korrelation zu den niedrigen Einnahmen, die die VG Bild-Kunst erzielt: Jährlich sind es etwa 45 Millionen Euro. Und diese Einnahmen sind nicht in Stein gemeißelt: Wo Galerien keine Kunstwerke verkaufen, fällt keine Folgerechtsvergütung an. Wo die Industrie keine Smartphones verkauft, fällt keine Privatkopievergütung an.

Welchen Beitrag kann die VG Bild-Kunst in der Krise leisten? Einerseits haben wir unsere Priorität ganz auf die Ausschüttungen gelegt. Momentan überweisen wir jede Woche reguläres Geld auf die Konten unserer Mitglieder - in den letzten vier Wochen waren es mit Kraftanstrengung allein 18 Millionen Euro. Andererseits richten wir unseren Blick schon auf die Zukunft: Denn die Corona-Pandemie wird den Kulturbetrieb nicht nur kurzfristig beeinträchtigen. So stärken wir unser Kultur- und unser Sozialwerk finanziell und administrativ, um die erwartbare Steigerung an Anträgen gut bewältigen zu können. Die VG Bild-Kunst trägt natürlich auch Verantwortung gegenüber ihren

Geschäftspartnern. So haben sich viele Museen dazu entschlossen, die Zeit der Schließungen ihrer Häuser mit digitalen Formaten zu überbrücken, also z. B. mit virtuellen Ausstellungsrundgängen. In Absprache mit dem Deutschen Museumsbund bieten wir einfache Lizenzen für die notwendigen Onlinerechte an.

Wie geht es weiter? Wir hoffen, den Vereinsbetrieb im Herbst wieder hochfahren zu können. Die Mitgliederversammlung wurde vom Juli auf den Dezember verschoben. Außerdem gilt es, die Chancen der Umsetzung der neuen EU-Urheberrechtsrichtlinie vom letzten Jahr nicht aus den Augen zu verlieren. Insbesondere die neue urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Plattformbetreibern könnte dem Kulturbetrieb in Deutschland perspektivisch dringend benötigte neue Mittel verschaffen.

Es geht um die Zukunft Der Weg zurück zur Normalität in Museen ist noch weit

Eckart Köhne — Politik & Kultur 5/2020

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten mussten die Museen über mehrere Wochen hinweg schließen, Veranstaltungen absagen und den Publikumsbetrieb einstellen. Im Gegenzug ist eine höchst kreative digitale Museumslandschaft entstanden, die den Kontakt in die Gesellschaft aufrechterhält. Mit zahlreichen digitalen Angeboten, wie virtuellen Ausstellungsrundgängen, digitalen Sammlungen, Podcasts, Online-Spielen und vielem mehr haben sie der Öffentlichkeit den Zugang zu musealen Inhalten bewahrt. Dabei haben Häuser aller Größen und Sparten mitgewirkt, darunter viele, die auf diesem Gebiet bisher am Anfang standen.

Die Krise zeigt deutlich, welche Chancen sich für die Zukunft ergeben, aber auch, welche Herausforderungen gemeistert werden müssen. Mehr und mehr wird sichtbar, welche Folgen die Corona-Pandemie hat. Oft viel zu knapp kalkulierte Budgets lassen sich bei wegbrechenden Einnahmen nicht halten. Das angestellte Personal ist tariflich abgesichert, nicht aber die freien Mitarbeitenden, die in ihrer Existenz bedroht sind. Gespart werden muss an den freien Mitteln, gerade die Kreativität und die aktuellen Projekte werden also besonders leiden.

Die Bundesregierung sowie die Bundesländer haben die Dringlichkeit der Situation erkannt und bereits umfassende Hilfen realisiert. Es muss das gemeinsame Ziel aller Akteure sein, langfristig negative Folgen für die Musemslandschaft in Deutschland zu vermeiden. Die Existenz der Institutionen muss über die Krise hinaus gesichert werden wie auch die Existenzgrundlage aller extern für die Museen arbeitenden Personen und Firmen.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Deutsche Museumsbund die Sofortmaßnahmen Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Hilfsangebote und Fördermaßnahmen der Bundesregierung sowie Soforthilfeprogramme für Soloselbständige und Kleinunternehmen der Bundesländer. Mit Sorge betrachten wir jedoch die in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlichen Hilfsprogramme. Aktuell besteht für Kultureinrichtungen und kulturwirtschaftliche Betriebe bei der jeweiligen Unterstützung ein spürbarer Unterschied zwischen den Bundesländern.

Bund und Länder haben sich über erste Lockerungen des Shutdowns im Zusammenhang mit dem Coronavirus verständigt. Der Deutsche Museumsbund erwartet, dass in den kommenden Wochen Schritt für Schritt Museen wieder geöffnet werden dürfen. Museen können auf langjährige Erfahrungen beim Besuchermanagement zurückgreifen und mithilfe verschiedener Maßnahmen eine Öffnung unter Einhaltung von Abstands-

und Hygieneregeln gewährleisten. Die Umsetzung all dieser Maßnahmen bedeutet für die Museen eine zusätzliche finanzielle Belastung. Einem erhöhten Personalbedarf, um Abstands- und Hygieneregeln umsetzen zu können, geringeren Einnahmen bei reduzierten Besucherzahlen sowie dem Ausfall von Veranstaltungen muss Rechnung getragen werden. Wir fordern die Politik sowie die Träger daher auf, die Museen bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen finanziell zu unterstützen.

Befinden wir uns auf dem Weg zurück zur musealen Normalität? Sicherlich nicht. Die Einschränkungen durch die Maßnahmen gegen Covid-19 werden uns noch Monate oder Jahre begleiten. Zudem zeigen uns vorangegangene Epidemien wie SARS, dass Pandemien auch in Zukunft immer wieder auftreten können. Hierfür sind neue, mittel- und langfristige Strategien notwendig. Angesichts dieser Perspektiven fordern wir die gesellschaftlichen Akteure, die Museumsträger und damit die politischen Entscheider dazu auf, bereits heute mit einer tiefgreifenden Debatte über die zukünftige Rolle der Museen zu beginnen.

Museen sind Orte der Bildung. Viel zu oft werden sie auf eine unterhaltende Funktion reduziert, auf Ausstellungen und Events. Museen sind auch viel mehr als nur Kunst. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen an der Schnittstelle zu Universitäten und zur Forschung Wissenschaft aus erster Hand. Wer über die Öffnung der Schulen diskutiert, kann dies nicht tun, ohne auch die Öffnung der Museen mitzudenken. Ziel muss es sein, Bildungs- und Kulturpolitik endlich sinnvoll zu verknüpfen und die Museen zu einem Ort zu machen, an dem ein generationenübergreifender Bildungsdiskurs stattfindet. »Lifelong Learning« und »Citizen Science« dürfen keine bloßen Schlagwörter mehr sein.

Museen leisten diese Bildungsarbeit oft nur unter großen Schwierigkeiten. Gerade in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit sind viele Mitarbeitende nicht fest angestellt, sondern als sogenannte »freie Mitarbeiter« tätig. Die Covid-19-Krise hat gezeigt: Dies kann so nicht bleiben. Kontinuierliche Bildungsarbeit verlangt sichere Arbeitsplätze. Hierfür bedarf es einer Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, damit auch die notwendigen politischen Weichen gestellt werden können.

Museen sind wichtige Orte im öffentlichen Raum. Hier begegnen sich Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund von Kunst, Kultur, Geschichte, Naturkunde und Technik. Als nicht kommerzielle »Third Places« und urbane Kristallisationspunkte gehören Museen zu jeder zukunftsorientierten Stadtentwicklungsplanung. Wir sehen in der Krise, wie die Bevölkerung nach Orten der Begegnung sucht. Angesichts dieser Funktion von Museen sollte ihre rasche Wiedereröffnung höchste Priorität haben.

Museen sind Teil einer globalen Welt. Sie sind mit Partnerinstitutionen weltweit vernetzt. Die Debatte um Obiekte aus kolonialen Kontexten hat gezeigt, welch hoher moralischer Anspruch an die Museen gestellt wird, Ungerechtigkeiten kolonialer Zeiten aufzudecken und wo möglich zu heilen. Wir akzeptieren dies, erwarten im Gegenzug aber auch, dass diese Ansprüche für alles öffentliche Handeln gelten. Wir fordern eine europäische und internationale Solidarität, um die Folgen von Covid-19 zu meistern. Wir sehen die aktuelle Situation als Anlass, auch das globale Zusammenleben des 21. Jahrhunderts auf den Prüfstand zu stellen, denn heutige Krisen lassen sich nur meistern, wenn Gerechtigkeit und Solidarität das weltweite Handeln bestimmen. Museen leisten ihren Beitrag zu dieser Diskussion, wie die Debatte um die Weiterentwicklung ihrer ICOM-Definition gezeigt hat.

Kultur ist der Schlüssel Museen bringen wieder Leben in den öffentlichen Raum

Sylvia Willkomm — Politik & Kultur 3/2021

Die aktuelle Schließung der Kultureinrichtungen bedeutet für die Museen jeden Tag eine weitere Verschärfung ihrer seit Monaten angespannten Situation. Viele Häuser sind wegen ausbleibender Einnahmen in ihrer Existenz bedroht, Planungsunsicherheit behindert wichtige Arbeitsprozesse, und fehlende Perspektiven stellen nicht nur Institutionen, sondern auch Menschen vor zunehmende Herausforderungen. Die Lage ist ernst.

Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas, sie verschärft bestehende Herausforderungen für Museen und löst wichtige Debatten aus, wie die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle der Museen, aber auch des gesamten Kulturbereichs. Wir haben erlebt, dass der gesamte Kultursektor von der Politik als Freizeitbereich subsumiert wird. Viel zu oft werden Kultureinrichtungen auf eine unterhaltende Funktion reduziert und erfahren nicht die angemessene Wertschätzung. Dabei sind sie als Erlebnis- und Bildungsorte für eine positive gesellschaftliche Entwicklung unverzichtbar.

Wir beobachten ein fehlendes Verständnis für die Rolle der Museen und ihre Aufgaben. Daher ist es unsere Verantwortung, Lobbyarbeit zu betreiben, den Fokus auf aktuelle Herausforderungen zu legen und eine Öffnungsperspektive für die Museen zu fordern. Dabei hat die Gesundheit der Bevölkerung selbstverständlich oberste Priorität. Wir sind jedoch überzeugt, dass Museen keine Orte mit einem erhöhten Infektionsrisiko sind.

Museen können, wie viele andere Kultureinrichtungen auch, auf langjährige Erfahrungen beim Besuchermanagement zurückgreifen, sie bieten vielfach Online-Tickets für festgelegte Zeitfenster, eine Begrenzung der Besucherzahlen, verfügen über große Räume, kluge Wegführungen, Lüftungsanlagen. Mit strengen Abstands- und Hygieneregeln sowie Maßnahmen zur Kontaktnachverfolgung ermöglichen Museen sowohl Besucherinnen und Besuchern als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen sicheren Aufenthalt. Dies belegen auch Studien, wie die aktuelle Modellberechnung der Technischen Universität Berlin (siehe bit.ly/3dH1qx5). Forscher des Hermann-Rietschel-Instituts haben für verschiedene Innenräume eine Ansteckungsrate berechnet.

Das Ergebnis belegt – bei der Einhaltung von strengen Hygiene- und Abstandsregeln – für u. a. Museen, Opern und Theater eine geringe Ansteckungsrate. Wir fordern von den politischen Entscheidungsträgern, diese Daten bei den Öffnungsstrategien zu berücksichtigen und auch dem besonderen Schutz der Kultureinrichtungen nach dem neuen Infektionsschutzgesetz Rechnung zu tragen. In diesem Sinne muss der aktuelle Vor-

schlag, die Öffnung von Kultureinrichtungen an die Wiederöffnung des Handels und der Gastronomie zu koppeln, noch einmal geprüft werden.

Es geht schließlich um weit mehr als um die schnellstmögliche Wiedereröffnung der Kulturinstitutionen. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Denn nach der Krise wird es eine Diskussion geben, wie wir wieder Leben in die Städte und Gemeinden, in den öffentlichen Raum bringen, wie wir wieder eine lebendige Gemeinschaft fördern. Und ein Schlüssel dafür heißt: Kultur!

Langersehnte Freude Über die wohltuende Erfahrung eines Ausstellungsbesuchs

Johann Hinrich Claussen — Politik & Kultur 3/2021

Ich war vor Kurzem in einer Ausstellung. – So fängt man normalerweise keinen Text an. Denn erstens beginnt man niemals auch nur irgendeinen Text mit dem Wörtchen »ich«, und zweitens ist dies ja eigentlich gar keine Nachricht. Aber dies sind eben keine normalen Zeiten – und wir sollten uns auch nicht daran gewöhnen. Deshalb ist es im Moment durchaus eine sensationelle Meldung, dass ausgerechnet ich, aber leider alle anderen nicht, in eine wunderschöne Kunstausstellung gehen durfte. Selbstverständlich hatte ich ernsthafte berufliche Gründe dafür, zudem wurden sämtliche denkbaren Hygienemaßregeln von uns eingehalten.

Da viele wahrscheinlich nicht mehr genau wissen, wie das so ist, wenn man sich eine Ausstellung anschaut, erzähle ich, was ich erleben konnte. In der Guardini-Stiftung am Anhalter Bahnhof, die mit staunenswerter Regelmäßigkeit und bei begrenzten Ressourcen Wunderbares möglich macht, ist zurzeit die Ausstellung »Ich zeichne die Zeit, du malst den Moment« von Ulrike Seyboth und Ingo Fröhlich installiert. Aber leider nicht zu sehen. Obwohl, wenn man sich an den großen Fensterflächen im Erdgeschoss die Nase plattdrückt, kann man immerhin einen Eindruck gewinnen und erahnen, was einem da vorenthalten ist. Ulrike Seyboth malt, und Ingo Fröhlich zeichnet. Beide sind miteinander verheiratet. Jeder hat ein eigenes Atelier, eigene künstlerische Themen und Aufgaben. Aber regelmäßig nutzen sie gemeinsame Arbeitsaufenthalte fern ihrer Heimat Berlin – in Frankreich, Italien, der Schweiz oder Brandenburg –, um in großer Nähe oder sogar im selben Raum zu arbeiten. Ich weiß von keinem anderen Künstlerpaar, dem so etwas möglich ist: wo nicht die eine dem anderen dient – so das übliche Modell in der klassischen Moderne – oder wo beide zu einem Projekt verschmolzen sind – wie bei Christo und Jeanne-Claude.

Nun haben sie gemeinsam mit der Kuratorin Frizzi Krella ausgewählte Arbeiten aus zehn Jahren in den klaren, offenen Räumen der Guardini-Stiftung aufgehängt. Manche der hellen, glühend roten Malereien von Ulrike Seyboth kannte ich schon. Aber nicht ihre Exkursionen ins Blaue und schon gar nicht ihre ganz neuen Collagen, in die sie zum Teil Stücke von verworfenen Gemälden hineingerettet hat. Von Ingo Fröhlich kannte ich einige der kleinen und größeren Bleistiftzeichnungen. Aber jetzt sah ich zum ersten Mal, wie er die Wände einer Galerie in eine Zeichnung verwandelt hatte. In die Bilder der einen wie des anderen kann ich mich versenken: in die Farbtupfer, -wolken und -ströme der einen und in die Linien, Wellen und Strudel des anderen. Hier aber konnte ich sie zusammenschauen, die eine und den anderen, mich von einem zum anderen führen lassen, Bezüge erahnen, ohne dass sie von einem Konzept vorgezeichnet wären, einem künstlerischen Gespräch ohne Worte zuhören. Als ich mich von den beiden verabschiedet hatte und wieder im bitteren Berliner Winter stand, merkte ich, wie gut mir dieser Besuch getan hatte, wie ich innerlich aufgetaut war.

Meines Glücks schäme ich mich keineswegs, aber einen Schmerz empfinde ich, dass bisher fast nur ich diese Ausstellung sehen konnte. Die Eröffnung war für Anfang Dezember geplant gewesen, Anfang März sollte Schluss sein. Danach soll es eigentlich nach Sens in Frankreich gehen. Doch die Türen blieben und bleiben geschlossen. Planungen wurden versucht und wieder verworfen. Es ging den beiden wie allen anderen Künstlern auch: so viel Schönes, so viel Arbeit, so viel Vergeblichkeit. Dabei gibt solch ein Ausstellungsbesuch eine langersehnte Freude, eine dringend benötigte Hoffnung, eine heilsame Erinnerung daran, warum das Leben sich lohnt – Empfindungen, die man braucht, wenn man eine lange Notzeit überstehen soll. Und dass sich ein solcher Besuch hygieneregelkonform gestalten ließe, dürfte doch längst klar sein.

Es ist dringend geboten, dass den Verantwortlichen mehr und anderes einfällt, als auf die Pandemie nur mit wieder und wieder verlängerten Verboten zu reagieren. Längst hat sich eine Einsamkeit und Traurigkeit über das Land gelegt, die Menschen auf andere Weise krank macht. Ich habe es kürzlich in einer Kirchengemeinde erlebt. Sie hatte zu einer musikalischen Abendandacht eingeladen. Die Kirche stand offen, die erlaubten Plätze waren allesamt besetzt. Die Pastorin wusste, wie sie uns mit Worten aufhelfen konnte. Ein Geiger zeigte endlich wieder einmal, was er und was die Musik vermag. Da war plötzlich ein lange vermisster Zauber im Raum. Aber

vorher und nachher bemerkte ich bei denen, die ich kannte und mit denen ich sprach, eine tiefe, dunkle Müdigkeit.

Normalerweise schaufeln wir um diese Zeit riesige Datenmengen durch unser Netz Corona versus Design

Boris Kochan im Gespräch mit Theresa Brüheim — Politik & Kultur 4/2020

Wie spürt der vielfältige und kleinteilige Designbereich die unmittelbaren ersten Auswirkungen der Corona-Pandemie? Theresa Brüheim spricht mit Designer, Agenturinhaber und Präsident des Deutschen Designtages Boris Kochan.

Herr Kochan, Sie sind selbst Inhaber einer Marken- und Designagentur. Welche konkreten Auswirkungen hat die Corona-Pandemie?

In den letzten Tagen haben wir mitgefiebert, dass unser Kunde Studiosus seine 2.000 überall auf der Welt verteilten Studienreisenden wieder heil nach Hause zurückbringt ... normalerweise schaufeln wir um diese Zeit bereits riesige Datenmengen durch unser Netz in der Münchner Hirschgartenallee, um nicht nur die neuen Titelseiten der Kataloge zu gestalten und zu produzieren. Doch natürlich ist nichts so wie sonst: Die touristischen Grundlagen für die im Sommer erscheinenden über 1.000 Seiten Fernreisen-Kataloge lassen sich aktuell nur schwer bestimmen - welches Hotel, welches Restaurant existiert z.B. in Indien im Herbst dieses Jahres noch, wie werden sich die Preise entwickeln? Wie weit können wir das Erscheinen der neuen Programme verzögern, um nicht nach der Krise ohne Produkt dazustehen ... was unweigerlich die nächste, dann

endgültig existenzielle Krise nach sich ziehen würde: Ohne buchbare Angebote kann niemand die nach Krisen schnell wiederauflebende Reiselust befriedigen. Nicht sehr viel anders sieht das in anderen Branchen aus.

Wir erleben bei unseren Auftraggebern durchgehend eine große Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und Kunden fast alle haben ihre Tätigkeit weitestgehend ins Homeoffice verlegt. So auch wir: Alle Abläufe werden aktuell neu erprobt, vieles ist erst einmal sehr ungewohnt, langsamer. Zugleich gibt es eine riesige Solidarität unter den Menschen bei uns und mit den Mitarbeitern auf Auftraggeberseite und bei unseren Leistungspartnern, eine große Bereitschaft zum Verzicht und zur Einschränkung. Und zur Mitgestaltung. Strategische Beratung, das gemeinsame Drübernachdenken, wie sich Kommunikation verändern muss, sind jetzt die entscheidenden Themen in der Zusammenarbeit. Die konkrete Umsetzung muss zunächst warten, bis wir wieder alle etwas klarer sehen. So gibt es natürlich leider auch bei uns Kurzarbeit. Ob wir weitere Hilfen in Anspruch nehmen müssen, können wir derzeit noch nicht abschätzen.

Sie sind Präsident des Deutschen Designtages. Welche kurz- und mittelfristigen Folgen können Sie zum

aktuellen Zeitpunkt für den gesamten Designbereich absehen?

Wir haben in diesen Tagen einen ersten Lagebericht zur Branche auf unserer Webseite designtag.org veröffentlicht. In Kürze erscheint ein dort abonnierbarer neuer Newsletter, der die beeindruckende Vielzahl von Initiativen in der Branche und die staatlichen Hilfsangebote dokumentiert sowie sich systematisch mit der Welt nach Corona – oder besser: einer Welt mit Corona – beschäftigt. Es ist absehbar, dass diese Krise massive wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen haben wird und damit die gesamte Designbranche umfassend betrifft und verändert. Design ist immer am Menschen orientiert, auf ihn bezogen und bezieht seine Bedeutung für die Wirtschaft aus der systematischen Adaption gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Designbranche ist gerade in ihrer kaum überblickbaren Diversität – sowohl was die Beschäftigungsformen betrifft wie auch die Aufsplitterung in kaum mehr überblickbare Teildisziplinen - schwer zu greifen. In dieser Vielfalt und Kleinteiligkeit, vom Soloselbständigen über den Minijobber zu den unzähligen Kleinstunternehmen, von der klassisch mittelständischen Struktur zu den in Unternehmen und Organisationen anderer Branchen Beschäftigten, liegt das besondere Potenzial, aber umgekehrt auch die besondere Anfälligkeit bei Krisen.

Weil sich die Gesellschaft in nicht vorhersehbarer Geschwindigkeit verändern wird, wird sich auch diese Branche fundamental ändern ... und es werden ganz viele auf der Strecke bleiben, wenn jetzt nicht massiv unterstützt wird.

Die Konsequenzen der Pandemie sind insbesondere für die zahlreichen Freiberuflerinnen und -berufler im Design weitreichend. Was kann jetzt für sie getan werden?

Die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder erscheinen uns als durchaus geeignet, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in einem ersten Schritt einzudämmen – wenn sie denn tatsächlich unbürokratisch und schnell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus braucht es aber unbedingt strukturelle Förderungen, die den radikalrasanten Umbruch in der Branche abfedern und damit das Potenzial erhalten: Eine zunehmend digitalisierte Gesellschaft braucht die Vermittlung und Übersetzung, braucht vertrauensbildende, am Menschen orientierte Schnittstellen, neudeutsch User Interfaces genannt. Der Deutsche Designtag wird zu den notwendigen Unterstützungen Vorschläge erarbeiten und auf die Politik und die Ministerien zugehen.

Was fordern Sie jetzt von der Politik?

Sosehr ich den Föderalismus als Idee schätze, sosehr ist er in einer solchen Krise kontraproduktiv - zumindest in der gelebten Form. Es ist hervorragend, wenn es die kleine Einheit gibt und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Dies trägt entscheidend zur Identifikation mit den politischen Vertretern und den Institutionen bei. Iedoch: Die Unübersichtlichkeit der Maßnahmen und Förderungen ist eine Bankrotterklärung dieses gelebten Systems. Die notwendige Bürokratie droht sich mit sich selbst zu beschäftigen. Abhilfe schafft nicht die absolute Zentralisierung oder die eine starke Frau – oder das Alpha-Männchen –, es braucht nur endlich moderne Formen des Regierens, bei denen Beteiligung und Ausgleich föderalistisch systematisch gewollt sind. Und mit guter Technik bzw. Software und gutem Design wäre es sogar möglich, dass diese Abstimmungen deutlich schneller und effizienter vonstattengehen als heute.

Das Potenzial von Kreativen muss zum Hochfahren der Wirtschaft genutzt werden

3 Fragen an Boris Kochan — Politik & Kultur 7-8/2020

Wie ist die aktuelle Lage des Designbereichs in Deutschland? Was hat sich verändert?

Vielleicht sei mir hierzu erst einmal der andere Blick erlaubt, ein kleines Um-die-Ecke-Denken. Denn: Gibt es spannendere Zeiten als jetzt? Die Pandemie und die massiven Folgen des Shutdowns sind die wohl größte weltweite gesellschaftliche Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur für die Politik und die Wirtschaft ganz allgemein sondern auch für die grundsätzliche Ausrichtung von Unternehmen und Organisationen, von Institutionen und Behörden. Für Produkt- und Dienstleistungsentwicklung genauso wie für die Kommunikation - Vermittlungs- und Übersetzungsfähigkeit wird dringend gesucht! Die Sehnsucht nach Qualitätsmedien ist deutlich gestiegen, nach jenen, die mit Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit ihren tatsächlichen Wissensstand vermitteln und genauso authentisch sagen, was sie nicht wissen. Design ist da mittendrin, als Methode, um rasch zu ganzheitlichen Erkenntnissen zu kommen, als Werkzeug, um z.B. ganz praktische Lösungen für marken- und pandemiegerechte neue Wegeleitsysteme zu entwickeln. Die funktionieren, nicht lästig sind und auch noch gut aussehen. Oder dabei zu helfen, wie Platz geschaffen wird und trotzdem ein Gefühl von Nähe und Gemeinschaft

möglich bleibt. Super gerne würde ich jetzt also sagen: Uns im Design geht es prima, wir werden gebraucht, mehr denn je.

Leider nur mussten die Auftraggeber, um überhaupt zu überleben, ihre Kosten massiv kürzen, sodass die Designbranche als eine der ersten von den Einsparungen betroffen war und sich diese Krise nun ganz systematisch ins Gebälk der Designunternehmen und die Rücklagen der Freiberufler frisst ... jeden Monat werden diese, so es sie denn gab, geringer. Im Ergebnis werden wir auch in der Designwirtschaft damit rechnen müssen, dass von den 360.000 Designerinnen und Designern viele arbeitslos werden oder als Soloselbständige den vereinfachten Zugang zu ALG II nutzen müssen. Dabei ist abzusehen. dass dies alles nicht von vorübergehender Natur ist, sondern ein bis weit ins nächste Jahr hineingehender Zustand bleibt - wenn das denn reicht.

Wie beurteilen Sie als Präsident des Deutschen Designtags das Kultur-Konjunkturpaket der Bundesregierung? Werden Designerinnen und Designer damit ausreichend unterstützt?

Mich beeindruckt die Geschwindigkeit und die Massivität, mit der diese Regierung versucht, sich den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzustellen. Dass es mit Neustart Kul-

tur im Rahmen eines Förderprogramms der Bundesregierung erstmals ein spezifisches. ganz eigenes Programm für die Kultur- und Kreativwirtschaft gibt und damit die Forderung des Designtags und der anderen Sektionen im Deutschen Kulturrat nach einem Infrastrukturfonds erfüllt wurde, ist absolut zu begrüßen. Für den Designbereich ist bisher nicht abschätzbar, inwieweit die gerade bei Der Beauftragten für Kultur und Medien in Ausarbeitung befindlichen Förderrichtlinien tatsächlich hilfreich für die Unternehmen und Menschen in unserer Branche sind. Wir hoffen sehr, dass die privatwirtschaftlichen Strukturen des Designs hier eher positiv gesehen werden, weil Investitionen in unsere Branche ganz häufig weitere Investitionen und eine Wiedererholung des privaten Konsums nach sich ziehen. Design sitzt gerne zwischen allen Stühlen, fühlt sich in der damit verbundenen Variabilität und Multikonnektivität wohl - steht damit aber immer auch in der Gefahr, zwischen den Stühlen und Rastern hindurchzufallen.

Was fehlt noch? Was fordert der Deutsche Designtag jetzt?

In normalen Jahren erwirtschaftet die Designwirtschaft rund 20 Milliarden Euro. Schon der im Auftrag von Der Beauftragten für Kultur und Medien und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vom Prognos-Institut entwickelte Bericht zur »Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft« spricht von Einbußen zwischen 22 bis 38 % im Designmarkt. Der Mittelwert entspräche bereits einem Ausfall von sechs Milliarden. Die gerade in Auswertung befindliche Umfrage des Designtags bei den Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) der Branche ergibt ein noch dramatischeres Bild, die Ausfälle liegen zwischen 30 und 80 % der Honorarumsätze. Wir brauchen deswegen langfristige, nachhaltige, zuverlässige und

unbürokratisch zu erhaltende Unterstützungen für die Soloselbständigen ... auf welchem Weg auch immer. Die Soforthilfen waren für Teile der Freiberufler und Kleinstunternehmen eine gute Idee. Der vereinfachte Zugang zu ALG II, wenn er denn wirklich so wäre, wie sich das der Staatssekretär Wolfgang Schmidt vom Finanzministerium zum Auftakt des »Kulturpolitischen Salons«, dem neuen Diskussionsforum vom Deutschen Bühnenverein, Deutschen Kulturrat, Deutschem Theater Berlin und Deutschlandfunk Kultur, vorgestellt hatte, auch.

Darüber hinaus schlagen unter anderem wir ein Förderprogramm vor, um das Potenzial von Kreativen wie Designern und Architekten zum Hochfahren der Wirtschaft zu nutzen und so die KMU ganz allgemein wie die Designwirtschaft zugleich zu unterstützen. Sozusagen eine Art Design-Prämie analog zur E-Prämie für die Neuanschaffung von Elektroautos: Designing Future für KMU – ein Zuschuss zur Etablierung von Design als Instrument für Produkt- und Serviceinnovationen in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung sowie zur Markenprofilierung und Unternehmenstransformation. Solche Angebote gibt es schon lange für KMU zur Nutzung von Unternehmensberatungen für betriebswirtschaftliche Fragestellungen. Im Bundesland Berlin gab es bereits erfolgreiche Programme des Wirtschaftssenats, mit denen die Designkompetenz von KMU gleichermaßen gefördert wurde wie die Kreativwirtschaft.

Um es einmal kurz zu sagen: Förderprogramme für die Designbranche lassen sich ganz leicht so gestalten, dass sich der Effekt für die Gesamtwirtschaft verdoppelt und verdreifacht!

Sich neu und anders erfinden Zur zwiespältigen Situation der Designwirtschaft

Boris Kochan — Politik & Kultur 3/2021

»Weniger. Langsamer. Nachhaltiger. Bewusster. Persönlicher.« So beschreibt der Münchner Modedesigner Adrian Runhof seine Folgerungen aus Pandemie und Lockdown und kündigt eine im Sommer erscheinende Kollektion »in limitierter Auflage, in entspannter Preislage und in zeitlosem Design« an, die jeden Sale – zumal mitten in der Saison – überflüssig macht. »Und erst wenn diese Kollektion verkauft ist, machen wir die nächste.«

Mit diesen wenigen Zeilen lässt sich die gesamte Bandbreite tiefgreifender Problemlagen und pragmatisch-kreativer Lösungsorientierung der Designwirtschaft erahnen. Das seit Gründung im Jahr 2000 weltweit äußerst erfolgreiche Modelabel »Talbot Runhof« fertigt seine Kollektionen in eigenen Ateliers in Deutschland – die Abendmode wird unter anderem von Lady Gaga, Angelina Jolie, Anna Netrebko und Julia Roberts getragen. Die Krise zwingt auch ein derart renommiertes und international vernetztes Designunternehmen zum neu Denken – und zwar weit über den Tag hinaus.

Die ihre Produkte selbst oder über Händler vertreibenden Labels und Studios beschäftigen nur einen überschaubaren Teil der rund 360.000 Designerinnen und Designer in Deutschland, die weitaus überwiegende Zahl ist entweder soloselbständig-freiberuflich oder in den 60.000 überwiegend

kleinen oder mittleren Designbüros unterschiedlichster Ausrichtung und Kommunikations- und Produktdesignagenturen tätig. Nur wenige profitieren vom Online-, Gameund Versandboom, die weitaus überwiegende Anzahl beklagt – erwartungsgemäß und vom Designtag bereits im Mai 2020 vorausgesagtsich steigernde, sehr erhebliche Einbußen. Die allermeisten Soloselbständigen bestätigen einen Honorarrückgang eher oberhalb von 60 %, bei den klein- und mittelständischen Unternehmen liegt der Rückgang im Durchschnitt bei mindestens 30 %. Diese Größenordnung wird von den Ergebnissen der von Ernst & Young im Auftrag von 32 der größten europäischen Verwertungsgesellschaften herausgegebenen Studie »Rebuilding Europe« und dem von der Prognos AG veröffentlichten Themendossier zur Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft bestätigt. Und auch die Perspektiven sind düster - das für viele schon nicht auskömmliche Honorarniveau von 2019 wird sich sicher nicht in 2021 und wohl auch nicht in 2022 wieder herstellen lassen.

Eine nicht unerhebliche Zahl von Freiberuflern hat – zumindest bis auf Weiteres – aufgegeben und sich umorientiert. Viele konnten aufgrund noch zu Ende zu führender Aufträge und ausstehender Zahlungen, finanzieller Rücklagen und großer Sparsam-

keit im letzten Jahr überleben. Das föderalistische Überbrückungshilfe-Chaos – wohne in Hamburg und nicht in Niedersachsen! hat trotz allem einigen Soloselbständigen geholfen, aber die weit überwiegende Zahl von Gestaltern geht bis heute leer aus. Oder erhält Hilfen, die zum Leben gerade in den designaffinen und -förderlichen Metropolen bei Weitem nicht reichen. Ein schwer verdaulicher Exodus von Kompetenz ist kein Szenario mehr, sondern Wirklichkeit. Auch bei den Designunternehmen hat ein langwährender Substanz- und Wertverlust eingesetzt, der nicht nur die Designwirtschaft relevant schwächen wird. Sondern tiefe Spuren überall da hinterlassen wird, wo Design als fundamentaler Bestandteil der Strategie, als wesentliches Element für betriebsinterne oder -übergreifende Kooperation, zur alleinstellenden Positionierung wie als kulturell-methodischer Ansatz begriffen wird. Also eigentlich überall da, wo Unternehmen, Organisationen und Institutionen sich erfolgreich im Wettbewerb bewegen – Apple lässt grüßen.

Dabei befindet sich die Branche durchaus in einem Zwiespalt – ist sie doch gewohnt mit Unvorhergesehenem und komplexen Problemlagen umzugehen. Und sich immer wieder neu und anders zu erfinden. Dies gelingt auch in dieser weltweit einmaligen Krise einigen – siehe Talbot Runhof. Für viele andere ist die aktuelle Gesamtlage wie auch die Perspektive allerdings - mehr als unverschuldet! - derart desolat, dass es endlich eine branchenspezifische Berücksichtigung der Kultur- und Kreativwirtschaft auch bei den Unterstützungsprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) braucht. Ein Spitzengespräch mit Peter Altmaier wurde vielfach eingefordert hoffentlich war die Zusage an die Präsidentin des Deutschen Kulturrates, Susanne Keuchel, beim letzten Wirtschaftsgipfel nicht nur ein Lippenbekenntnis.

Denn neben der pandemiebedingten Wirtschaftskrise sind die schon vorher für die Designbranche mehr als prägenden Herausforderungen Digitalisierung, Klimakrise und Globalisierung Aufgabe genug. Nur ein kleines Beispiel: In den kommenden Jahren werden immer mehr Designlabels ihre Kollektionen digital entwerfen – vor allem für die Nutzung in virtuellen Showrooms.

Mit CGI-Models wird es möglich. Kleider mit nur einem Klick auf die virtuellen Charaktere zu ziehen. Das ist natürlich deutlich umweltschonender und krisenflexibler als die komplexen Prozesse von Musterware, Models, Fotografie usw. Und sehr schnell kommunizierbar auf Instagram und Co. Andere Länder fördern solche Entwicklungen gerade ietzt massiv und unterstützen Design-Innovationen – ohne allzu komplizierte Antragswege und -bedingungen. Eigentlich wäre es ganz einfach, wenn, ja wenn nur die Wirtschaftsförderung vom hohen Förderungsross der früher als einzig systemrelevant anerkannten, gerne multinational agierenden Konzerne heruntersteigen würde. Denn die Zukunft ist nicht schneller, größer, weiter sondern kleiner und weniger, näher und direkter, nachdenklicher und nachhaltiger und bewusster und persönlicher.

Kultur.Gut Mode reflektiert und visualisiert Zeitgeist

Mara Michel — Politik & Kultur 6/2020

Sie kommuniziert ihrem Gegenüber – so wie die Kunst, Musik und Literatur – Denken, Fühlen und Haltung der Träger und wie sie gesehen sein wollen. In unserem Land derzeit mehrheitlich uniformiert, korrekt, unauffällig, beliebig bis hinein in die Politik. Eben nicht als Kultur.Gut.

Dabei stehen die ca. 40,000 Kreativschaffenden der Branche am Anfang einer komplexen Wertschöpfungskette, die als Wirtschaftsfaktor einen Umsatz von mehr als 35 Milliarden Euro pro Jahr generiert und über 135.000 Beschäftigte zählt. Hinzu kommen 65 Milliarden Euro Umsatz und Hunderttausende Arbeitsplätze im stationären und Online-Einzelhandel. So wie getragene Mode gesellschaftliche Haltungen und Einstellungen kommuniziert, spiegelt sie mit ihrem wirtschaftlichen Verhalten unsere sozialpolitische Gesellschaft: Sie hat seit Jahrzehnten ein besinnungsloses Hamsterrad losgetreten, das sich immer schneller drehte und drohte, sich ungebremst zu überschlagen mit den einwöchig wechselnden Billigangeboten an den Endkunden. Masse statt Klasse.

Corona hat alle Player der Wertschöpfungskette in der Mode- und Textilbranche kalt erwischt: die Designer, Firmen, Industrie, Messeveranstalter, Produzenten, Transporteure, den Handel und Einzelhandel sowie am Ende der Kette den kaufenden Kunden. Ein Virus hat mitten im getriebenen Sein weltweit abrupt die Bremse gezogen und kopfüber stürzt die Branche in ein tiefes Loch und wirkt paralysiert. Es sind nicht die acht Wochen Auszeit, die eine Starre auslösen: Es ist ein ganzes Jahr, das versinkt und die Branche in ein prekäres Aus fallen lässt. Alle Beteiligten in der Wertschöpfungskette sind davon getroffen und betroffen.

Die Designer zuallererst. Sie werden entlassen, weil ihre Arbeit nicht gebraucht wird, da alle Messen gestoppt sind und keine Order generiert werden kann. Als Freelancer bekommen sie keine Aufträge mehr. Fatal, da die freischaffenden Mode- und Textil-Designerinnen und -Designer bei uns ohnehin nicht als Partner auf Augenhöhe gesehen werden, nicht als kompetente Berater eher als emotional betonte Spinner, für abstruse Unterhaltungssendungen missbraucht und oft als nicht ernst zu nehmende Exoten vorgeführt. Diejenigen, die in Firmen eingebunden sind, müssen Masse produzieren, die nicht verkauft – am Ende einer Saison tonnenweise verbrannt wird. Zeit zum Nachdenken und Zeit für den Wandel.

Zwei Jahre im Voraus bedienen die Kreativen mit ihrem Wissen und Können die Farbenund Garnbranche, ein Jahr im Voraus die Materialien- und die Modefirmen. Was sie entwerfen und als Prozess begleiten, wird in Pro-

totyp-Kollektionen umgesetzt, auf Messen gezeigt, dort von Einkäufern geordert, danach in der ganzen Welt produziert, um von dort als fertige Textilien wieder zurückgebracht zu werden. Erst jetzt wird der Handel bedient und kann der Endkunde einkaufen.

Das Zusammenbrechen und Unterbrechen der Kette, die bisher mit maßloser Gier einem »Mehr, Schneller, Besser, Größer« nachjagte, führt durch Corona zu einer erzwungenen Stille. Die Chance und Zeit für: schnelleres Verstehen der Notwendigkeiten, Mut finden für neues Denken, um den Wandel herbeizuführen – nachhaltiger, langsamer, individueller, rücksichtsvoller, empathischer, zusammenhaltend. Das ist die andere Seite der Pandemie.

Schon lange keimen neue Gedanken und die Sehnsucht nach mehr Zeit, nach Entschleunigung, nach Spiritualität, nach Individuellem, nach Wertigkeit, nach weniger Erlebnis-Hecheln, Urlaubs-Fluchten, Abgerufensein, Omnipräsentsein – eben nach gesellschaftlichem Zusammenhalt, mehr Ruhe, Besinnung und Haltung, ohne Alltagshektik und Getriebensein.

Jetzt ist Entschleunigung nicht mehr nur ein sehnsüchtig gebrauchtes Wort und eine Jahrhundertaufgabe für ein neues nachhaltiges Verhalten, sondern ein aufgezwungener Fakt infolge der Pandemie. Die Endkunden machen es vor. Natürlich hatte der Einzelhandel gehofft, nach Wiedereröffnung einen Ansturm an Kunden zu bekommen – es ist nicht passiert. Die Home-Zeit hat andere Prioritäten gesetzt. Familie ist wichtiger, Zeit zum Nachdenken hat Besinnung auf das Wesentliche erzeugt. Alle haben aufgeräumt. Auch im Kleiderschrank. Noch ein Teil? – Nein!

Der Einzelhandel muss den fehlenden Umsatz mit neuen Wegen ausgleichen. Mehr mit dem einzelnen Kunden kommunizieren. Digital und analog. Mehr Mode zulassen und anbieten. Natürlich haben die Firmen gehofft, dass der Einzelhandel Orderware nicht storniert. Es passiert jedoch – ein Jahresverlust für die Industrie, die längst die produzierte Ware im Lager hat. Wer keine Rücklagen hat und keine Unterstützungsprogramme nutzen kann, stirbt jetzt.

Wie gehen wir in unserem Berufsverband VDMD mit der Pandemie um? Der erste und laufende Schritt war und ist Informationen über Unterstützungsprogramme des Bundes und der Länder zu vermitteln und beim Ausfüllen derselben zu helfen. Der zweite Schritt ist die Lobbvarbeit in Politik, Industrie und Medien. Wir arbeiten daran, als Beratende von der Branche abgeholt zu werden. Die Firmen sollen vom Bund finanziell unterstützt werden, wenn sie unsere Kompetenz abholen. Beratung auch für kleine Firmen bezahlbar machen. Das ist das Ziel. Der dritte Schritt würde sich als Folge einstellen: Kreativschaffende erfahren Wertschätzung, Augenhöhe und adäquates Honorar. Homeoffice wird ein von Vertrauen getragenes Arbeitsmodell. Unsere Umwelt wird bewusster wahrgenommen und es wird liebevoll mit ihr umgegangen. Die Gier nach Mehr weicht einem bewusst nachhaltigen Konsum. Das Über- und Gegeneinanderschlagen von Jahres-Messe-Terminen wird entzerrt und neu geregelt. Online und analog. Weltweit denken wir die Spiralen unseres Handelns vor und beziehen Sozio-Kultur-Denken und -Handeln ein.

Mode wird Kultur.Gut. Ich bin und bleibe Optimist: Ja, wir lernen aus der Pandemie.

Mode-Kultur Modedesign: Mut haben, wieder regional zu produzieren

Mara Michel — Politik & Kultur 3/2021

In einem langen Gespräch mit Wolfgang Grupp, Inhaber der nachhaltigen Firma Trigema, durfte ich seinen Kernsatz erfahren: Ein Unternehmer muss Verantwortung übernehmen für alles, was er tut. Nicht das Mehr darf Ziel sein, sondern Tiefe in der Qualität. Auch in Corona-Zeiten ist er seinem Prinzip treu geblieben und hat seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weder entlassen noch in Kurzarbeit geschickt. Fazit: Also, geht doch? Leider offensichtlich nicht.

Zu viele Textilfirmen benutzen die Pandemie, um von ihren bereits vorhandenen Problemen abzulenken und trennen sich von Mitarbeitern, um nicht an Profit zu verlieren. Am meisten betroffen sind davon die Designabteilungen und die Freelance-Designerinnen und -Designer. Sie sind mit ihrer Kreativarbeit der Anfang der Liefer- und Wertschöpfungskette. Der kaufende Kunde selbst das Ende des langen und verknoteten Fadens. Sterben uns die Designerinnen und Designer in Mode und Textil also weg? In Weiterführung gewohnter Haltungen und Wege der Industrie: Ja. Was ist zu tun?

Den Mut haben, wieder regional zu produzieren, kleine Mengen zu wagen: statt 10.000 der Stückzahlen, die am Ende dem Feuer anheimgegeben werden, weil sie niemand braucht; statt Rabattschlachten und Black Fridays, einen Dienstag in der Woche

für nachhaltige Produkt-Qualität einführen, einen Dienstability-Day mit dem Mut zum echten Preis.

Sich abgewöhnen, mit dem Gehirn der Kunden denken zu wollen. Stattdessen dem neuen Kaufverhalten der Bevölkerung vertrauen. In Drittländern mit erzielten Euro-Überschüssen menschenwürdige Betriebe aufbauen mit der Unterstützung zu dauerhaft nachhaltiger Selbsthilfe. So wäre eine Marge da, mit der auch die Designabteilungen und Freelancer honoriert werden können für Mode-Kultur statt Bekleidung.

Und der Handel? Er möge sich dringend die Krämer-Mentalität abgewöhnen und statt der »Nur-Produkte« die Dienstleistung nach vorne bringen. Voll Freude und Elan die Digitalisierung anpacken, um mit den Kunden zusammen im Internet spazieren zu gehen. Das Internet zum gemeinsamen Abenteuerurlaub werden lassen. Internetbestellungen nicht mehr mit Verpackungsmüll verschicken, sondern im örtlichen Einzelhandel abholen lassen. So geht Dienstleistung inklusive nachhaltigem Handeln. Auch die dadurch ansteigenden Verkäufe kommen den Designerinnen und Designern zugute. Und bis dahin?

Designerinnen und Designer goes LABEL, heißt, sie sind gezwungen, eigene Marken aufzubauen – und da kommt die Politik ins Spiel. Hier lohnt sich nachhaltige Förderung. Bedeutet: Bestandsfirmen fördern, die fünf Jahre lang die Produktionskosten der Designerware übernehmen für den Neustart Kultur, einfache Wege zulassen in den Arbeitsagenturen für fünf Jahre Grundeinkommen über 1.500 Euro.

Verbände fördern, die das nötige Knowhow vermitteln. Diesen kreativen – im Übrigen alle der Nachhaltigkeit verpflichteten – kleinen Labels wieder den Zugang zur Künstlersozialkasse ermöglichen, wie es noch vor acht Jahren 30 Jahre lang von Beginn an möglich war.

Für die dafür ausstehenden Gespräche mit Politikerinnen und Politikern habe ich viel gelernt aus dem neuen Buch »Die Stunde der Politik« von Günther Bachmann, der 20 Jahre lang Generalsekretär des Rats für nachhaltige Entwicklung war. Die Politikerinnen und Politiker hören zu und ich bin mir sicher, dass sie sich auch der Kraft bewusst werden, Innovationen sinnvoll zu steuern, und das nachhaltig.

Bitte bloß nicht zurück zur Normalität Über ethisch vertretbare Zukunftsvisionen

Stefan Eckstein — Politik & Kultur 3/2021

Jedediah Purdy, amerikanischer Jurist und Autor, beschreibt in seinem aktuellen Buch »Die Welt und wir«, wie eine am Gemeinwohl orientierte Politik sich fragen muss, was sie unter Wohlstand versteht und woran sie den Wert des Lebens bemessen will. Obwohl es in diesem Buch um amerikanische Landschaften geht, lassen sich vor allem die geschichtsund gesellschaftstheoretischen Überlegungen zu einem lebenswerten Planeten auf den Rest der Welt übertragen.

Weltweit gibt es eine immer größer werdende Bereitschaft, sich dem Problem des Klimawandels und den Herausforderungen sozialer Art zu stellen. Unsere zukünftigen Lebensstile sind nicht nur Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, sondern mehr denn je fordert die Öffentlichkeit Problemlösungen durch politisch-institutionelle Akteure.

Design ist Impulsgeber

Es ist uns abhandengekommen – das gemeinsame Denken und Agieren von Designern, Ingenieuren, Stadtplanern und Wissenschaftlern über die Welt von morgen. Einerseits entstehen unter ethisch-kulturellen Aspekten Visionen, wie der Verband Deutscher Industrie Designer e.V. (VDID) in seinem ethischen Manifest der Industriedesigner proklamiert, andererseits schaffen Unternehmen neue technische Realitäten.

Designern kommen als Impulsgebern und Kommunikatoren in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Wissenschaftlern die Aufgabe des Hinterfragens und Aufzeigens zu, um ethisch vertretbare Zukunftsvisionen zu gestalten und gegenüber der Politik sichtbar zu machen.

Design ist Wirtschaft

Für das durch die Corona-Krise geprägte Jahr 2020 gehen laut Monitoringbericht der Kultur- und Kreativwirtschaft die Umsatzprognosen in der Designwirtschaft von einem Minus von bis zu 38 % aus. Eine Blitzumfrage unter VDID-Mitgliedern ergab, dass Aufträge entweder auf unbestimmte Zeit verschoben oder ganz gestrichen wurden. Auch eingeschränkte Akquisemöglichkeiten lassen viele Designer am Fortbestand ihrer Unternehmen zweifeln. Aber für unsere Zukunft sind motivierte und leistungsfähige kreative Menschen wichtig. Die Lage ist mehr als prekär!

Design ist Politik

Designer entwerfen nicht nur Gegenstände, sondern initiieren und begleiten gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse. Welcher Wandel ist notwendig? Wie kann ein zukünftiges Gesellschaftsmodell aussehen, denn unser heutiges ist nicht zukunftsfähig. Durch neue Formen

der Wissensproduktion und gesellschaftlicher Teilhabe können Kultur, Bildung, Wissenschaftler, Unternehmen und Zivilgesellschaft der Politik Prototypen liefern, auf deren Basis neue Lösungsansätze entwickelt werden können. Design schafft durch mutige Entwürfe der Zukunft neue Realitäten in unserer Welt.

Politik ist Design

Wir benötigen Visionen. Wir benötigen neue Denkstrukturen, die nicht nur die Technologie, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellen, denn die Erde wird von uns allen genutzt. Wir brauchen den Willen der Politik, Zukunft zu gestalten und nicht darauf zu setzen, dass alles so wie vor Corona wird! Die Zukunft des Designs ist die Zukunft der Gesellschaft.

Perspektiven schaffenDie Filmbranche nach einem Jahr Corona-Pandemie

Thomas Negele — Politik & Kultur 3/2021

Als am 13. März 2020 ein Bündnis aus Filmverbänden auf Initiative der SPIO vor den Folgen der Corona-Pandemie für die Branche warnte, zeichnete sich eine dramatische Lage ab. Ein Jahr später hat sich das Bild leider weiter verdüstert. Jüngst hat eine EY-Studie gezeigt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft mit einem Minus von 200 Milliarden Euro in Europa eine der am schwersten betroffenen Branchen ist. Knapp ein Drittel der Einnahmen sind durch die Pandemie weggebrochen. Auch die gerade erschienene zweite Ausgabe der Betroffenheitsstudie des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft bestätigt diese Zahlen und die schweren Schäden der Filmwirtschaft. Geschlossene Kinos, abgesagte Filmstarts und verschobene Drehs - kein Bereich bleibt ausgenommen. Oder wie es schon in der ersten Betroffenheitsstudie hieß: 98 % der Filmwirtschaft sind von den Pandemiefolgen betroffen.

Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen persönliche Schicksale von Filmschaffenden, Produzentinnen, Verleihern und Kinobetreiberinnen. Sie zeichnen aber auch eine tiefgreifende Veränderung der Wertschöpfungsketten in der Filmwirtschaft ab. Die mittelständischen Unternehmen der Filmwirtschaft bluten aus. Sie haben keine oder weniger Einnahmen, und die Produktions-

und Unterhaltungskosten sind durch die notwendigen Hygienevorschriften gestiegen. Diesen wirtschaftlichen Druck werden die wenigsten aushalten können. Die schlichte Rechnung einer Fixkostenerstattung für die Zeit der Schließung greift daher auch zu kurz.

Die Folgen für die Filmwirtschaft sind tiefgehender: Die Abhängigkeit vieler Filmschaffender, Produktionsunternehmen und Filmdienstleister von wenigen Auftraggebern wird steigen. Diese Entwicklung müssen wir im Blick behalten, ihr etwas entgegensetzen.

Ein Lichtblick ist der unermüdliche Einsatz von Kulturstaatsministerin Monika Grütters. Mit der Verdoppelung der Kulturmilliarde ist eine wichtige Stütze gestärkt worden. Diese Hilfen haben die gesamte Branche im Blick und kommen da an, wo sie dringend gebraucht werden. Auch das Bundeswirtschaftsministerium sollte insbesondere mit Blick auf den Stolperstart der Überbrückungshilfen die erfolgreichen Programme stärken. »Digital Jetzt« ist besonders nachgefragt – auch in der Filmbranche. Eine Aufstockung der Mittel ist dringend geboten.

Hoffnung macht die Branchensolidarität, die sich in den schwierigen Monaten gezeigt hat. Trotz Planungsunsicherheit und massiv eingeschränkten Besuchermöglichkeiten haben Verleihunternehmen über den Sommer Top-Filmstarts angesetzt und beworben. Viele mussten erneut verschoben werden. Mit diesen Investitionen dürfen die Verleihunternehmen nicht alleine gelassen werden. Auch sie müssen an den Überbrückungshilfen partizipieren können, damit Kinofilme weiter möglich sind.

Wir werden uns noch auf harte Monate einstellen müssen. Nur wenn es eine Perspektive für die Zeit danach gibt, werden die notwendigen Einschnitte weiter Akzeptanz finden. Wichtig ist, die Öffnungsperspektive zu konkretisieren. Die Mutationen des Coronavirus gebieten es, auch bei weiter sinkender Inzidenz mit Vorsicht zu handeln. Diese Vorsicht darf uns aber nicht lähmen. Sie darf uns nicht daran hindern, eine Öffnungsstrategie für verschiedene Szenarien zu entwickeln. Und wir müssen an den technischen und medizinischen Lösungen weiterarbeiten. Die Hygienekonzepte haben im letzten Sommer den Praxistest bestanden. Ein weiteres Auf- und Zusperren von risikoarmen Kulturorten nützt der Pandemiebekämpfung wenig und schadet der Akzeptanz. Eine durchdachte und abgewogene Öffnungsstrategie gibt den Unternehmen etwas mehr Planbarkeit. Und Hoffnung in einer für uns alle dramatischen Zeit.

Über den Berg sind wir dennoch nichtFür die Film- und Fernsehwirtschaft wurde viel erreicht

Christoph Palmer — Politik & Kultur 3/2021

Als es im März 2020 in Deutschland zum ersten Lockdown kam, wurde sehr schnell deutlich: Die gesamte Bandbreite der Kulturwirtschaft in Deutschland wird durch die Corona-Pandemie schwer in Mitleidenschaft gezogen. Dies schloss auch den Bereich der Film- und Fernsehproduktion ein. So wurden in diesen Wochen zahlreiche Produktionen unterbrochen oder sogar eingestellt, nahezu die gesamte deutsche Kinoproduktion kam zum Stillstand, Die Produktionswirtschaft stand vor dem Problem, dass Covid-19-bedingte Drehunterbrechungen nicht über Versicherungen abgedeckt werden. Jeder weitere Drehtag wurde damit zu einem existenziellen Risiko für Produzentinnen und Produzenten, denn der überwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägten Branche fehlt das finanzielle Fundament, um solche Risiken allein zu schultern. Kurzfristig verhandelte Unterstützungsleistungen mit den Sendern sollten zudem nicht unverändert fortwähren.

Verglichen mit der Ausgangssituation im Frühjahr 2020 hat sich inzwischen – auch durch das Engagement der Produzentenallianz – einiges bewegt. Bereits Ende März erreichte die Produzentenallianz im Rahmen kurzfristig angesetzter und virtuell stattgefundener Tarifverhandlungen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di so-

wie dem Bundesverband Schauspiel Bühne, Film, Fernsehen, Sprache (BFFS) einen wichtigen Meilenstein: einen branchenbezogenen Kurzarbeits-Tarifvertrag für Filmproduktionen und Filmproduktionsunternehmen.

Zudem intensivierte die Produktionswirtschaft die Forderung nach einem Ausfallfonds, der Produktionsunternehmen im Falle Coronabedingter Drehunterbrechungen unterstützt. Ein Ergebnis davon war die Einrichtung des Ausfallfonds I durch den Bund im September 2020. Dieser deckt allerdings nur Kino- und High-End-Serien-Produktionen ab. Damit blieb der wirtschaftlich weitaus größere Bereich der Fernsehproduktion zunächst weiter ungeschützt, weshalb in der Folge die Produzentenallianz ab August 2020 massiv auf die Etablierung eines Ausfallfonds II drängte. Der Ausfallfonds II ist nun seit Januar 2021 - rückwirkend für November 2020 - aktiv und kann von Produktionsunternehmen über ein Anmeldeverfahren genutzt werden. Beide Ausfallfonds sind für die Branche von großer Bedeutung, da sie den existenziellen Druck für viele Unternehmen mildern können.

Auch auf die Frage, wie am Drehort zu verfahren ist, entwickelte die Branche zügig eine Antwort. Die Produzentenallianz brachte dazu bereits im Mai 2020 einen Leitfadenentwurf ein, damit Produktionen unter strengen hygienischen Auflagen weiterlaufen können. Teile dieses Leitfadens wurden schließlich von der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) in ihren Arbeitsschutzstandard übernommen. Dieser Arbeitsschutzstandard wird seither immer wieder an die aktuelle Situation angepasst und gibt Produzentinnen und Produzenten eine wichtige Orientierung bei der Planung von Produktionen unter besonderen hygienischen Sicherheitsmaßnahmen.

Insgesamt konnte in den vergangenen Monaten also einiges für die Produktionswirtschaft in Deutschland erreicht werden, was dazu geführt hat, dass wieder deutlich mehr produziert wird als noch zu Beginn der Pandemie. Wir sind jedoch längst nicht über den Berg. Die Filmförderungsanstalt des Bundes. die Sender und die Verleiher haben infolge der Covid-19-Pandemie mit knappen Mitteln zu kämpfen, weshalb die Finanzierung ausreichend budgetierter Filme schwieriger geworden ist. Und wie der neuerliche Lockdown zeigt, bleibt die Situation für Unternehmen fragil. So, wie auch andere Branchen, müssen Produktionsunternehmen deshalb angemessen an staatlichen Hilfsprogrammen partizipieren können. Die Abwicklung der Maßnahmen lässt teilweise zu wünschen übrig. Hier muss Deutschland besser werden. Außerdem belastet die ausgebliebene Erhöhung des Rundfunkbeitrags - und damit mögliche Kürzungen im Programm – zusätzlich die Branche. Schließlich sind die öffentlich-rechtlichen Sender ein großer Auftraggeber. All das macht das Jahr 2021 für die Produktionswirtschaft nicht einfacher.

Spielend leicht in der Krise? game – Verband der deutschen Games-Branche

Felix Falk — Politik & Kultur 3/2021

»Spiele-Boom während der Pandemie« oder »Corona hebt Gaming-Aktien auf ein neues Level« – so lauteten im vergangenen Jahr viele der Überschriften von Artikeln, die von Gaming während der Corona-Krise handelten. Es war von Nutzerrekorden und steigenden Umsatzzahlen die Rede. Schnell entstand der Eindruck, dass die Games-Branche einer der großen Profiteure der Corona-Pandemie sei. Doch ist sie das wirklich? Ganz so einfach ist es nicht.

Außer Frage steht, dass im vergangenen Jahr mehr Menschen Computer- und Videospiele gespielt haben als je zuvor. Durch das gemeinsame Spielen sind Freunde und Familien in Kontakt geblieben. Sie haben sich beim Spiel mit Gleichgesinnten ausgetauscht, konnten trotz Ausgangssperren den eigenen vier Wänden zumindest digital entfliehen und trotz abgesagter Urlaubsreisen fremde Welten entdecken.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat bereits im März 2020 prominent dafür geworben, zu Hause zu bleiben und gemeinsam Games zu spielen. Und das taten die Menschen. In Deutschland hat rund ein Viertel der Gaming-Fans häufiger mit Familie und Freunden gespielt. Die weltgrößte Plattform für PC-Spiele »Steam« hat bereits zu Beginn der Pandemie neue Rekorde vermeldet und diese später immer wieder über-

troffen: Allein am 4. April 2020 waren weltweit über 24,5 Millionen Menschen gleichzeitig auf der Plattform aktiv.

Auch der Blick auf die Umsatzzahlen zeigt, dass Millionen Menschen gespielt haben, um der Pandemie »spielerisch« zu entfliehen. In Deutschland ist der Markt allein im ersten Halbjahr 2020 um 27 % auf 3,7 Milliarden Euro gewachsen. Selbst für den an Wachstum gewöhnten Markt eine besonders starke Entwicklung.

Also, alles bestens? Fast. Die Games-Branche ist mit ihrer Widerstandsfähigkeit, Innovationskraft und Flexibilität besser als viele andere Wirtschaftszweige durch die Krise gekommen. Dabei hat sicherlich geholfen, dass Games als einziges Medium schon immer digital waren.

Die Innovationskraft zeigt sich beispielsweise an der gamescom, die 2020 als eines der wenigen internationalen Mega-Events komplett digital stattgefunden hat. Obwohl die Hunderttausenden Menschen vor Ort in Köln fehlten, verfolgten Millionen gamescom-Fans aus über 180 Ländern das digitale Programm. Weitere Beispiele für die Innovationskraft sind digitale Spiele im Bereich der digitalen Bildung, das Aufbauen engagierter Communities oder das Ausleben von künstlerischer Kreativität im digitalen Raum. Doch egal wie innovativ und digital –

zur Wahrheit gehört eben auch, dass viele Games-Unternehmen 2020 mit Herausforderungen zu kämpfen hatten, wie Projektverschiebungen, Zurückstellungen von Investitionen oder dem Wegbrechen von Finanzierungsquellen. Ausgefallene Events führten zu deutlich weniger Austausch mit der Community, Geschäftspartnern und Finanzierern. Die negativen Effekte drohen zudem erst verzögert besonders sichtbar zu werden.

Gerade in der klein- bis mittelständisch geprägten deutschen Games-Branche konnten außerdem nur wenige Studios von den Milliardenumsätzen weltweit profitieren. Deshalb ist es weiterhin von höchster Bedeutung, dass wir als Games-Standort Deutschland international aufholen. Die jüngst eingeführte Games-Förderung des Bundes ist hierfür ein entscheidender Faktor.

Die Corona-Pandemie hat also andere Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft härter getroffen als die Games-Branche. Doch auch an ihr geht sie nicht folgenlos vorbei. Trotzdem ist es richtig, den Blick weiter nach vorn zu richten, Neues zu probieren und mutig zu sein, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Die Games-Branche spielt dabei ganz vorne mit.

Auch die kulturelle Bildungslandschaft braucht Unterstützung! Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass die Arbeit schnell wieder aufgenommen wird

Susanne Keuchel — Politik & Kultur 4/2020

Die Corona-Krise bedroht den Bereich freigemeinnütziger Organisationen der kulturellen Bildung und der kulturellen Jugendarbeit in ihrer Existenz. Freischaffende oder in kleinen Agenturen und Vereinen arbeitende Kultur-, Medien-, Musik-, Spiel-, Tanz-, Theater- und Zirkuspädagoginnen und -pädagogen sowie Kultur- und Medienschaffende sind unmittelbar von Einnahmeausfällen und Insolvenz betroffen, beispielsweise durch das Wegbrechen ihrer Honorare für kulturpädagogische Angebote im Ganztag und anderen Bildungseinrichtungen.

Gemeinnützig und mischfinanziert

Das Gros ist abhängig von öffentlichen Mitteln und verfügt über keine finanziellen Reserven, um Einnahmeverluste auch nur für kurze Zeit aufzufangen. Unterstützungsprogramme in Form von Krediten helfen hier nicht, da die Akteure als Empfänger öffentlicher zweckgebundener Mittel keine Gewinne oder Rücklagen erwirtschaften können.

Kulturelle Bildungseinrichtungen, wie Musik- oder Jugendkunstschulen, sind zudem angehalten, Eigenmittel in Form von Teilnehmergebühren aufzubringen. Eine weitere Finanzierungssäule sind Projekte in kommunalen, landesweiten oder bundesweiten Förderprogrammen wie z. B. »Kultur macht stark«. Hier herrscht Unsicherheit, wie

mit schon bewilligten Projekten oder vereinbarten Honoraren etc., die nicht stattfinden können, verfahren wird.

Eine Querschnittsaufgabe

Kulturelle Bildung liegt in der Zuständigkeit verschiedener Ressorts wie Jugend, Bildung und Kultur. Damit besteht die Gefahr, dass Akteure bei konkreten Hilfsprogrammen einzelner Ressorts oft aus dem Blickfeld geraten. Auch ist das Feld stark auf der kommunalen Ebene verankert. Hier gibt es noch wenige Erkenntnisse darüber, ob und wie Kommunen in der aktuellen Krise unterstützen können.

Der Bundesdachverband Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) führt derzeit eine Umfrage seiner Mitglieder zu Folgen der Corona-Krise durch. Es wird schon jetzt davon ausgegangen, dass die Infrastruktur dieses für Gesellschaft, Kultur und Bildung unverzichtbaren Handlungsfeldes in großen Teilen zerstört werden könnte, wenn Rettungsmaßnahmen nicht schnell, ausreichend und langfristig greifen.

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche auch in Corona-Zeiten

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass die kulturelle Bildungslandschaft schnell ihre reguläre Arbeit wieder aufnehmen kann. Denn zum Alltag zurückzukehren heißt auch

zur »Kultur« zurückzukehren. Schon jetzt wären digitale kulturelle Bildungsangebote für junge Menschen in Zeiten des Kontaktverbots wünschenswert. Obwohl viele Träger fördertechnisch und infrastrukturell noch nicht für digitale Angebote ausgerichtet sind, kann hier aktuell viel ehrenamtliches Engagement beobachtet werden, z.B. das Medienprojekt Wuppertal mit seinem Aufruf zu »Corona Diaries«. Hier werden junge Menschen motiviert, mit der Kamera aktuelle Ereignisse ihres Lebens in Form eines digitalen Tagebuchs der Krise zu dokumentieren. Einzelne Musik- und Jugendkunstschulen entwickeln erste digitale Angebote. Auch wirken Musikschullehrer beispielsweise an einer bundesweiten Initiative einer Balkonmusikaktion nach italienischem Vorbild mit.

Soforthilfe-Forderungen an die Politik

Allgemein muss sichergestellt werden, dass bei unterstützenden Maßnahmen Akteure der kulturellen Bildung nicht in die Kompetenzmühlen zwischen Bund, Land und Kommune oder den Ressorts Kultur, Jugend, Bildung geraten. Im Rahmen der Soforthilfe bedarf es eines großzügigen Handlungsspielraums in der Ausschöpfung des Haushaltsrechts und Anpassung der Förderregularien, z.B. Stornierungsgebühren bzw. Ausfallhonorare als förderfähig anzuerkennen, Fristen der aktuellen Situation anzupassen, keine Rückforderung von Projektmitteln für Veranstaltungen, die nicht stattfinden können, bzw. unkomplizierte Anerkennung alternativer digitaler Formate und damit verbundener Durchführungskosten. In Teilen wird dies schon von einzelnen Fördergebern, wie beispielsweise dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand praktiziert.

Für Freiberufler und freie Träger bedarf es zudem existenzsichernder Soforthilfemaßnahmen aufgrund wegfallender Honorare und Teilnehmergebühren. Hier gilt es zu prüfen, ob die schon auf den Weg gebrachten Hilfemaßnahmen von Bund und Ländern wirklich kompatibel für das spezifische Feld der kulturellen Bildung sind.

Kombinierter Hilfe- und Zukunftsfonds für nachhaltige Struktursicherung

Da aktuell keiner weiß, wie lange die Einrichtungsschließungen andauern, müssen Einnahmeverluste auch langfristig kompensiert werden. Es ist sicherzustellen, dass die aktuellen umfangreichen Soforthilfemaßnahmen nicht dazu führen, dass künftige Fördermaßnahmen infrage gestellt werden. Denn speziell das Feld der kulturellen Bildung ist auf Finanzierung durch zusätzliche Projektmittel angewiesen. Eine sinnvolle Maßnahme wäre die zeitnahe Implementierung eines Zukunftsfonds, der finanziellen Ausgleich für Ausfälle von Teilnahmegebühren ermöglicht und zugleich Experimentierraum für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der kulturellen Bildung schafft, wie beispielsweise die schon lange geforderte Fortbildungsoffensive für aktuelle Ouerschnittsthemen wie Diversität, Digitalität etc. Die seit einiger Zeit in der kulturellen Bildung geforderte Digitalisierungsoffensive könnte ebenfalls Gegenstand eines solchen Zukunftsbzw. Transformationsfonds sein. Aufgrund der Coronavirus-Krise wird verstärkt mit digitalen Formaten experimentiert. Eine zeitnahe Fördermaßnahme zur systematischen Umsetzung »kontaktarmer« analog-digitaler Aktivitäten käme nicht nur den Trägern, sondern auch jungen Menschen in der aktuellen Situation zugute. Das Einrichten eines kombinierten Hilfe-und Zukunftsfonds, der Experimentierraum für eine Reorganisation der kulturellen Bildungslandschaft in analog-digitale zeitgemäße Strukturen ermöglicht, wäre dann nicht nur eine Notmaßnahme, sondern eine Investition in die Zukunft.

Krisengebeutelte Kulturelle Bildung nachhaltig stützen Viele Organisationen sind existenziell bedroht

Susanne Keuchel — Politik & Kultur 3/2021

Eine bittere Erkenntnis der Krise ist: Die Belange der Kinder und Jugendlichen haben in unserer Gesellschaft oft keine Stimme. Eine weitere: Dies gilt offenbar in Krisenzeiten auch für Kulturelle Bildung und das entgegen dem Trend der letzten Jahre, wo sich unterschiedliche Ressorts auf Bundes-, Landesund kommunaler Ebene vielfach engagiert haben für den Ausbau des Ganztags, Bildungsgerechtigkeit, Diversität, Demokratie und vieles mehr. Allerdings wurde dies in Form zeitlich befristeter Förderprogramme umgesetzt - der immense Zuwachs an Projekten und Aufgaben wurde nicht flankiert durch einen entsprechenden infrastrukturellen Aushau.

Bedrohung an verschiedenen Fronten

Daher sind aktuell viele Organisationen existenziell bedroht, da sie durch das Raster der Rettungsschirme fallen, aufgrund ihrer Mischfinanzierung aus infrastrukturellen, projektspezifischen Fördermitteln und der Erwirtschaftung von Eigenmitteln. Die Kooperationen mit Schulen sind vielfach eingefroren, was paradox ist, verfügen doch kulturelle Bildungseinrichtungen über Räume und Personal, die in der Krise hätten genutzt werden können, um analoges Lernen in kleinen Schülergruppen unter Hygieneschutzkonzepten zu ermöglichen. So hat-

ten es auch die Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (bkj), die Theater, Museen und Bibliotheken der Politik vor den Schulschließungen im November letzten Jahres angeboten.

Die projektspezifische Expansion hatte zudem viele zeitlich befristete und freie Arbeitsverhältnisse zur Folge, die nun ebenfalls durch Rettungsraster fallen, beispielsweise nicht über Kurzarbeit abgesichert werden können. Der fehlende Beschäftigungsmarkt führt aktuell zu einer Umorientierung vieler Freischaffender. Damit besteht die Gefahr, eine Vielzahl an qualifizierten Kräften zu verlieren. Auch die fördertechnische Verankerung in verschiedenen Ressorts gereicht der Kulturellen Bildung aktuell eher zum Nachteil, da beobachtet werden kann, dass sich Ressorts bei der Vielzahl an Notleidenden zunächst nicht um Querschnittsbereiche, sondern vor allem um ihre »ureigenen« Strukturen kümmern.

Forderungen an die Politik

Zu wünschen ist also keine Rückkehr zum Prä-Corona-Zustand, sondern aus der Krise zu lernen und Kulturelle Bildung krisenfest aufzustellen. Der Dschungel projektspezifischen Auswuchses ist in eine flächendeckende, nachhaltige kulturelle Bildungslandschaft zu überführen. Dies bedingt einen

politischen Paradigmenwechsel in der Förderung: Statt Eltern über Gebühren an der Mitfinanzierung des Musikinstrumentenunterrichts, des Kindertheaterbesuchs etc. zu beteiligen, sollte ein gemeinwohlorientierter Ansatz im Sinne der kulturellen Daseinsvorsorge verfolgt werden, der Kooperationen der Kulturellen Bildung mit Kitas, Schulen, Vereinen etc. dauerhaft fördert und infrastrukturell angemessen ausstattet. Dies kann nur in ressortübergreifenden Allianzen gelingen.

Dieser Ausbau zu nachhaltigen Strukturen sollte dem digitalen Wandel Rechnung tragen: Auch kulturelle Bildungseinrichtungen und Vereine benötigen in Analogie zum Digitalpakt Schule eine Digitalallianz Bildung, die neben Technik und Administration, Fortbildungen und Freiraum zur Entwicklung neuer Formate fördert. Ziel sollte eine zeitgemäße Kulturelle Bildung sein, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht: Denn es gilt einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit zu leisten, angesichts der enormen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in der aktuellen Krise.

Soziokultur arbeitsfähig halten Bund und Länder reagieren mit einer Vielzahl an Hilfsprogrammen

Ellen Ahbe — Politik & Kultur 4/2020

Wie den Unternehmen des Handels, der Gastronomie und des Tourismus zieht das Veranstaltungs- und Kontaktverbot auch der Soziokultur den Boden unter den Füßen weg. Dies unter der prekären Bedingung, dass die Akteure der Soziokultur sich bereits seit Jahrzehnten selbst ausbeuten. Nicht profitsondern ideell und gemeinnützig orientiert, sind sie zudem gesetzlich an der Bildung von Rücklagen gehindert und sie müssen einen Großteil ihrer selbst erwirtschafteten Eigenmittel für Grundkosten aufbringen. Sie sind also besonders hart betroffen.

Die Leistungen der soziokulturellen Zentren als »Role Models« und Energiequellen einer offenen, demokratischen Gesellschaft sind unverzichtbar. Ob in den Problemquartieren der Großstädte oder in strukturschwachen ländlichen Gebieten: Nach der Krise werden sie von den Menschen, die deren Folgen bewältigen und wieder Fuß fassen wollen, als Orte der Kultur und Kommunikation dringender denn je gebraucht. Bislang erhalten sie aber aus keinem der Hilfsprogramme und keiner der sonstigen Maßnahmen ausreichend Hilfe in ihrer Not. Diese muss jetzt sehr schnell und unbürokratisch erfolgen.

Sowohl unsere Datenerhebung aus 2019 als auch eine aktuelle Umfrage, an der sich fast alle unserer 566 Mitgliedseinrichtungen beteiligten, zeigen: Die Lage ist äußerst ernst. Mehr als ein Drittel der Zentren sieht seine Existenz unmittelbar bedroht. Erste Einrichtungen haben bereits ihre Schließung angekündigt.

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum von einem Monat ab dem 15. März 2020. Sie zeigen, dass der landesweite Shutdown fundamental die kaum vorhandenen Reserven der soziokulturellen Zentren und Initiativen angreift. Als unmittelbare Auswirkung von Covid-19 sind mindestens 8.000, wahrscheinlicher aber nahe 13.500 Veranstaltungen von Absagen betroffen. Unter anderem ie nach Dauer der Kontaktsperre lassen sich voraussichtlich nur zwischen 2.300 und 4.800 Veranstaltungen und kontinuierliche Angebote wie Kurse und Workshops verschieben. Dabei haben größere Zentren auch die größeren Chancen, Veranstaltungen später nachzuholen. Die durch die kleineren Zentren geleistete Nachbarschaftsarbeit entfällt hingegen meist ersatzlos. Mehr als zwei Drittel der befragten soziokulturellen Zentren verfügen für den Fall von Betriebsschließungen auf behördliche Anordnung über keine Versicherung. Sie müssen den finanziellen Verlust selbst tragen. Je Einrichtung wird er sich auf durchschnittlich 20.500 Euro, insgesamt auf mehr als 8 Millionen Euro belaufen. Die Verluste entstehen hauptsächlich aus fehlenden Eintrittsgeldern

und Kursgebühren, aber auch aus entfallenden Mieteinnahmen. Beinahe zwei von drei Zentren bangen zudem um ihre Projektförderungen. Es handelt sich hier um ein Gesamtvolumen von fast 19 Millionen Euro. Der Gesamtbetrag der Betriebs-, Gemein- und Personalkosten beläuft sich laut »Statistik 2019« auf jährlich 150 Millionen Euro. Das sind fast drei Viertel der Gesamtausgaben. Nur ca. 70 Millionen Euro davon sind über institutionelle Förderung gedeckt.

Das heißt: 80 Millionen Euro müssen über Eigenmittel bzw. Projektmittel gestemmt werden. Für jeden Monat bedeutet das Kosten in Höhe von ca. 6,7 Millionen Euro. Wegen der finanziellen Einbußen fehlt also vor allem für Betriebs-, Gemein- und Personalkosten die Deckung. Der Mittelwert der Unterdeckung liegt bei knapp 13.000 Euro pro Einrichtung, die Gesamtsumme voraussichtlich bei nahezu knapp 5 Millionen.

Das führt zu Rupturen in der Beschäftigungssituation. In soziokulturellen Zentren sind nur 10 % der Akteure versicherungspflichtig angestellt, davon wiederum nur ein Viertel mit Vollzeitstellen und die anderen mit Teilzeitstellen in Mini- und Midijobs oder im Ausbildungsverhältnis. Das Kurzarbeitergeld greift hier entweder gar nicht oder nicht existenzsichernd, denn 75 % der Stellen werden mangels ausreichender finanzieller Mittel nicht tariflich vergütet. In der jetzt akuten Situation behelfen sich Zentren mit weiteren Stundenkürzungen und mit der Anordnung von Urlaub. 33 Einrichtungen müssen bereits zum jetzigen Stand Entlassungen vornehmen. Nur 27 Einrichtungen können das Modell der Kurzarbeit nutzen. Aufgrund der gegebenen prekären Ausgangslage müssen die betroffenen Mitarbeiterinnen zusätzlich Transferleistungen beantragen.

Um die für die Soziokultur mit Sicherheit ernst bleibende Lage wenigstens abzumildern, plädieren wir vor allem für folgende Sofortmaßnahmen: Bereits bewilligte bzw. in Aussicht gestellte Projektförderungen werden – bei entsprechenden Modifizierungen der Förderbedingungen und Kompensationsmaßnahmen durch die Antragsteller – in voller Höhe ausgezahlt. Zur Aufrechterhaltung der Strukturen wird der Nothilfefonds »GAP« eingerichtet, mit dem subsidiär zu allen anderen Hilfsprogrammen der Länder und Kommunen die Bedarfe für Grundkosten, aktivitätsbezogene Kosten und Personalkosten abgefangen werden können. Werden diese beiden Empfehlungen nicht aufgegriffen, bedeutet das einen soziokulturellen Kahlschlag.

Ein Auf und AbWann dürfen soziokulturelle Zentren wieder öffnen?

Heike Herold und Georg Halupczok — Politik & Kultur 3/2021

Das letzte Jahr war für die soziokulturellen Zentren gekennzeichnet durch ein Auf und Ab, durch ein »Fahren auf Sicht«. Nach einem ersten Lockdown folgte eine Phase der Teilöffnung im Sommer und Anfang Herbst 2020, um dann ab November – wie alle anderen Kultureinrichtungen auch – für Besucherinnen und Besucher zu schließen. Aufgrund der nur schleppend anlaufenden Impfungen und der neu aufgetretenen Mutationen des Virus herrscht Unsicherheit darüber, wann und unter welchen Bedingungen mit einer Aufhebung des zweiten Lockdowns gerechnet werden kann.

Bisher hat es glücklicherweise noch keine signifikant auftretenden Insolvenzen bei soziokulturellen Zentren gegeben. Fördermaßnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen haben dazu nicht unwesentlich beigetragen. Festzuhalten ist dabei, dass nur ein geringer Teil der soziokulturellen Zentren tatsächlich komplett geschlossen haben. Der überwiegende Teil ist für das Publikum zwar persönlich nicht mehr erreichbar, aber mit digitalen Diskussionen, Workshops, Blogs, Streamings, Podcasts und ähnlichen Formaten wird weiterhin Kontakt zum Publikum und zu den Nutzerinnen und Nutzern gehalten. Allein die inklusive Arbeit hat es schwer mit der digitalen Teilhabe. Darüber hinaus wird die Zeit aber auch genutzt, um Renovierungsarbeiten durchzuführen, die technische Infrastruktur zu erneuern und zu ergänzen oder neue Konzepte für die weitere Arbeit zu entwickeln.

Noch ist nicht absehbar, wann die soziokulturellen Zentren - und die Kultureinrichtungen insgesamt – wieder öffnen können. Was fehlt und was die Situation für die Akteure so lähmend macht, ist die mangelnde Planungssicherheit. Solange es keine ausreichende Impfquote, keine funktionierende Kontaktverfolgung, keine flächendeckend verfügbaren Schnelltests und keine wirkungsvollen Maßnahmen gegen die unberechenbare Entwicklung von Covid-Mutation gibt, ist das beste Mittel die Kontaktreduktion, das haben wir gelernt. Wir stehen hinter diesen Maßnahmen. Damit die Gesellschaft aber nicht weiter auseinanderbricht und die kulturelle Infrastruktur erhalten bleibt, wird endlich ein Stufenplan notwendig, und zwar nach überall in Deutschland einheitlich angewendeten Kriterien.

Für die soziokulturellen Zentren bedeutet das, Honorarbeschäftigte – Technikerinnen und Techniker, Künstlerinnen und Künstler, Kulturvermittlerinnen und -vermittler und viele mehr – bald wieder anzuheuern, Veranstaltungen zu planen und entsprechende Verträge abzuschließen, die Häuser unter den geltenden Hygieneschutzbedingun-

gen herzurichten und in Kontakt zu ihrem Publikum zu treten, um Vertrauen für eine sichere Umgebung aufzubauen. Sollte es dafür Belüftungsanlagen brauchen, werden klare Richtlinien und weitere Finanzmittel notwendig sein, um adäquat handeln zu können. Die bisherigen Erfahrungen mit den Hygienekonzepten sind gut und effektiv. Darauf kann aufgebaut werden. Keines der soziokulturellen Zentren – und das gilt wohl für den gesamten Kulturbetrieb – war verantwortlich für die Infektionsverbreitung. Und das soll auch so bleiben.

Zusammenleben. Zusammenhalten.Volkshochschularbeit in Zeiten einer Pandemie

Sascha Rex — Politik & Kultur 4/2020

Das Jubiläumsjahr 100 Jahre Volkshochschule ist gerade erst kurze Zeit vorüber als weite Teile des öffentlichen Lebens und auch der Weiterbildungslandschaft heruntergefahren werden. Bundesregierung und Bundesländer haben aufgrund der Corona-Pandemie nun auch Schließungen von Volkshochschulen angeordnet. Bereits laufende Präsenzangebote wurden deshalb unterbrochen und geplante Kurse konnten gar nicht erst starten. Diese Situation ist für alle Bürgerinnen und Bürger absolut neuartig. Deshalb wird es sicherlich einige Zeit in Anspruch nehmen, alle anstehenden Probleme zu regeln und auf alle Fragen eine Antwort zu finden.

Neben Teilnehmenden, die nun nicht mehr zum Lernen und zum Austausch in die Volkshochschulen kommen können, und Mitarbeitenden, die nun vielfach von zu Hause aus arbeiten müssen, betrifft die aktuelle Lage insbesondere die große Gruppe der freiberuflichen Lehrkräfte, die eine tragende Säule der Weiterbildung sind. Volkshochschulen und ihre Verbände haben sich auch in der Vergangenheit schon für eine Verbesserung der sozialen Lage der Kursleitenden gegenüber der Politik eingesetzt.

Angesichts massenhaft drohender Honorarausfälle wird das Problem in diesen Tagen erst recht akut. Ulrich Aengenvoort, Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV), sagt den Betroffenen deshalb die Unterstützung zu: »Der derzeitige Unterrichtsausfall an Volkshochschulen bedroht Tausende freiberufliche Kursleiterinnen und Kursleiter in ihrer Existenz. Wir setzen uns gegenüber der Politik mit großem Nachdruck dafür ein, dass die Einnahmeausfälle kompensiert werden. Wir lassen unsere Lehrkräfte nicht im Regen stehen. Denn ohne sie ist Volkshochschule nicht denkbar.«

Die laut vernehmbaren Hilferufe von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen finden offenbar im politischen Raum Gehör, tragfähige Lösungskonzepte werden mit Hochdruck erarbeitet, die den Fortbestand der Strukturen und die wirtschaftliche Existenz betroffener Lehrkräfte sichern helfen. Dass auch Kultur und Weiterbildung über die Zeiten der Krise gerettet werden müssen, wird nicht infrage gestellt. Große Teile der deutschen Bevölkerung sind durch behördliche Anordnung gezwungen zu Hause zu bleiben. Eine große Chance, diese Zeit für das Lernen zu nutzen. Viele Volkshochschulen haben bereits digital gestützte Bildungsangebote aufgesetzt und damit eine Möglichkeit geschaffen, trotz aller Einschränkungen wenigstens einen Teil des Kursbetriebs zu kompensieren. Kursleitende erhalten jetzt besonderen Support, damit sie ihre Kurse online anbieten und so ihre Honorare sichern können.

Seit 2015 verfolgt der DVV gemeinsam mit den vhs-Landesverbänden die Strategie der »Erweiterten Lernwelten«. Zunehmend werden digital gestützte Lernangebote entwickelt und Kompetenzen im digitalen Wandel vermittelt. Volkshochschulen werden hinsichtlich ihrer Organisationsentwicklung begleitet und darin unterstützt, die digitale Transformation aktiv zu gestalten. Denn gesellschaftliches und privates Leben sowie Arbeit und Bildung erfahren durch Digitalisierung und Technologisierung tiefgreifende Veränderungen. Mit der vhs.cloud unterstützt der DVV seit zwei Jahren die Volkshochschulen darin, Lehr- und Lern-Settings mithilfe digitaler Instrumente sinnvoll zu ergänzen und zu bereichern. Für online-gestützte Kurse bietet die vhs.cloud ein vollständiges Lernmanagementsystem. Volkshochschulen können einfach neue Kurse anlegen und so ihr Kursangebot erweitern. Zudem fördert die vhs.cloud den Austausch von Volkshochschulen bundesweit. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, online einfach mit Kolleginnen und Kollegen, Kursleitungen und Kursteilnehmenden zu kommunizieren. Mehr als 700 Volkshochschulen sind derzeit in der vhs.cloud aktiv.

Der stetige Anstieg der Kommunikation innerhalb der vhs.cloud zeigt, dass sie ein ideales Tool ist, um von überall Arbeitsprozesse abzustimmen und die eigene Weiterbildungseinrichtung voranzubringen. Mithilfe der vhs.cloud können Volkshochschulen, vhs-Landesverbände und der DVV Weiterbildung ortsunabhängig anbieten.

Angesichts der derzeitigen Situation haben viele Volkshochschulen zusätzliche Online-Kurse eingerichtet. Auf der zentralen Webseite volkshochschule.de werden alle Online-Lernangebote seit vergangener Woche übersichtlich dargestellt, um ortsunabhängiges Lernen unkompliziert zugänglich zu machen.

Volkshochschulen müssen keine »Corona-Ferien« machen. Sie haben mit der vhs.cloud einen Innovationsvorsprung erreicht, mit dem sie ihr selbstgestelltes Motto »Wissen teilen« auch aktuell digital einlösen können.

7	1	7	
1.	4	- /	

2. Kapitel: Von Musik bis Soziokultur – Die Pandemie frisst sich durch

3

Rundfunk – mehr als nur Berichterstatter

Mit Beiträgen von:

Reinhard Bärenz, Thomas Bellut, Tom Buhrow, Yvette Gerner, Kai Gniffke, Hans Dieter Heimendahl, Thomas Kleist, Joachim Knuth, Manfred Krupp, Stefan Raue, Patricia Schlesinger, Reinhard Scolik, Ricarda Wackers, Katja Wildermuth und Karola Wille

Bayerischer Rundfunk - Phase I

Reinhard Scolik — Politik & Kultur 4/2020

Es muss damals das gewesen sein, was man heute oft einen »Gänsehautmoment« nennt: Als im Jahr 1517 zum wiederholten Male die Pest in der Stadt München wütete, beschlossen die Fassmacher, die »Schäffler«, die Münchner Bevölkerung mit einem Tanz zu erheitern – so die Legende. Die Menschen sahen die Tanzenden und fassten selbst Mut, wieder auf die Straße zu gehen. So entstand aus einem kulturellen Akt heraus, dem Tanz, nach langem Schrecken wieder öffentliches Leben. Und eine Tradition war geboren, der »Schäfflertanz«.

Die Frage, die mich umtreibt: Wann wird es wieder so sein, dass sich die Menschen nach Corona wieder auf die Straßen trauen und dem Beispiel der Schäffler von damals folgen? Ich hoffe sehr, dass diesem befreienden »Ausbruch« aus der Quarantäne – wann auch immer er sein wird – dann ein »Aufbruch« für den Kulturbetrieb in Deutschland und in Bayern folgt.

Doch vor dem Wunsch steht die Wirklichkeit für die Kulturschaffenden und -institutionen, zu denen ich ausdrücklich auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zählen möchte – mit seinen Klangkörpern, seiner Vielzahl an Produktionen, insbesondere in den Bereichen Fiktion, Dokumentarfilm, Literatur, Hörspiel und Medienkunst, mit seinen Kulturangeboten für Kinder sowie mit Kul-

turpartnerschaften in Stadt und Land. Auch den Bayerischen Rundfunk hat die Corona-Krise bereits schmerzlich getroffen: So mussten wir nach Auftreten erster Krankheitsfälle im Sender gleichsam über Nacht unsere Kulturwelle Bayern 2 mit unserer Infowelle B5 aktuell zusammenlegen, um den Sendebetrieb aufrechterhalten zu können. Und die Produktion unseres wöchentlichen Kulturmagazins »Capriccio« im BR Fernsehen mussten wir vorübergehend einstellen.

Umgekehrt gesehen: Wir haben es geschafft, trotz aller von Corona verursachten Hürden, das Programm in weiten Teilen aufrechtzuerhalten, Highlights dieser Schätze aus Audio, Video und Online hat der BR für sein Publikum in der BR-Mediathek und auf einer Sonderseite »Kultur & Corona« zusammengestellt. Gleichzeitig schaffen wir auch Neues: Aktuell sind wir im Austausch mit uns besonders verbundenen Künstlerinnen und Künstlern, Verlagen und Institutionen in Bayern, die vorerst nicht mehr auftreten können, um ihnen im BR eine prominente, oft virtuelle Ersatzbühne zu bieten, vom täglichen »Corona-Tagebuch« über Konzert-Streams bis hin zur Lesung von der Couch und Aufzeichnungen unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen. BR KLASSIK hat bereits herausragende Künstler gewonnen - darunter Weltstars wie Jonas Kaufmann oder Lang

Lang unter dem Label #MusikBleibt. Ein positives Zeichen für gemeinsames Handeln trotz Distanz: Die Kultur- und Musikwelt lebt auch in der Isolation.

In dieser beispiellosen Situation, in der das Coronavirus das öffentliche Leben lahmlegt, wollen wir als öffentlich-rechtliche Programmmacher dazu beitragen, weiterhin so viel Kultur wie möglich für alle nach Hause zu bringen, das Kulturleben aufrechtzuerhalten und zu stärken. Sobald die Krise vorbei ist, möge es so sein, wie legendenhaft damals bei den Schäfflern im München des Jahres 1517 mit ihrem Tanz: Dass die Kunst und die Kultur die Menschen wieder in das öffentliche Leben zurückführen.

Bayerischer Rundfunk - Phase II

Katja Wildermuth — Politik & Kultur 3/2021

Wie wichtig ist uns die Kultur? Diese Frage muss sich die Gesellschaft nach fast einem Jahr Corona-Krise stellen. Ein Jahr, das für viele Kulturschaffende wirtschaftlich verheerend war. Für den BR steht die Antwort fest, schließlich haben wir den Auftrag, die Menschen im Land umfassend mit vielfältigen Angeboten rund um das Thema Kultur zu versorgen.

Aus diesem Grund hat der BR sein Engagement für die Kultur bereits mit dem ersten Lockdown sogar verstärkt. So hat der Programmbereich Kultur innerhalb kürzester Zeit eine eigene digitale Plattform ins Leben gerufen, die »BR KulturBühne«. Unter br.de/ kultur bringt sie den Menschen in Bayern den Konzertsaal, die Theater- oder Opernbühne nach Hause. Mit dem Angebot hat der BR einen Nerv getroffen. Institutionen, aber auch einzelne Künstlerinnen und Künstler »senden« dort ihre Wohnzimmerkonzerte oder lesen aus ihren Werken. Auch Museen und Bühnen, die auf digitale Ersatzformate ausweichen, finden hier einen festen Platz – das Münchner Gärtnerplatztheater, das auf der KulturBühne seine aktuelle Spielzeit eröffnet hat, genauso wie kleinere Spielstätten wie die Marionettenbühne in Lindau. Seit dem Start am 7. April 2020 ist die BR KulturBühne zu einer Ersatzbühne für viele tolle künstlerische Angebote geworden.

Auch darüber hinaus engagiert sich der BR in der Krise: Trotz coronabedingter Einschränkungen ist es dem Bereich Hörspiel und Podcast gelungen, nahezu alle Produktionen im Audiobereich aufrechtzuerhalten. Hunderte Kreative – allen voran Autoren, Schauspielerinnen, Regisseure, Musikerinnen und Sprecher aus der Freien Szene – konnten auf diese Weise weiter beschäftigt werden. Als die geplante Uraufführung des Theaterstücks »M – eine Stadt sucht einen Mörder« im Münchner Residenztheater pandemiebedingt ausfallen musste, brachte der BR das Stück als eigens realisierte Audiofassung ins Radio.

Zudem hat der BR mehrere Zehntausend Euro in Sonderprojekte investiert, um Künstlerinnen und Künstlern sowie Verlagen die Möglichkeit zu geben, sicht- und hörbar zu bleiben. Dazu gehören etwa die Podcast-Staffeln »Sommerlesungen« und »Herbstlesungen«: Schauspieler und Sprecherinnen, die gerade ihren Beruf nicht ausüben können, lesen aus Werken von Schriftstellern, die gerade nicht auf Lese-Tour gehen können, und bekommen neben einer Vergütung wertvolle öffentliche Aufmerksamkeit. Auf diese Weise bleibt die Kultur trotz Krise weiter sichtbar und lebendig.

Das gilt auch für die Musik. So verzeichnete unser Online-Angebot BR-Klassik.de in den Lockdown-Monaten deutlich erhöh-

te Zugriffszahlen. In zwei großen Benefizaktionen warben die Klangkörper des BR und freie Künstlerinnen und Künstler erfolgreich um Spenden für den Nothilfefonds der Deutschen Orchesterstiftung. Eigentlich für Festivals in Bayern geplante Kammerkonzerte holte BR-Klassik spontan ins Studio, Seit März 2020 hat BR-Klassik sechs »Geister-Konzerte« mit freien Musikerinnen und Musikern veranstaltet. 18 weitere aufgezeichnet, einige davon als Videostream. Und auch die Popkultur wird vom BR gezielt unterstützt. Ein aktuelles Beispiel ist die Aktion »Gemeinsam lauter«, die für regionale Bands und DJs Auftrittsmöglichkeiten schafft - auf BR-Digitalplattformen genauso wie im Radioprogramm oder auch in der BR-Mediathek.

Mit all diesen Initiativen versucht der BR das Kultur- und Klassikleben trotz schwierigster Produktionsbedingungen und allgemeiner Mittelknappheit zu unterstützen – gerade weil wir die Vielfalt auch während der allgemeinen Beschränkungen aufrechterhalten und abbilden wollen.

Deutschlandradio - Phase I

Stefan Raue — Politik & Kultur 4/2020

Wer hätte es noch vor wenigen Wochen gedacht, dass das reiche kulturelle Leben in Deutschland - wenn es auch vielleicht nicht ganz zum Erliegen kommt - aber doch für eine Zeit den Atem anhält? Dass es für Künstlerinnen und Künstler Realität wird, vor leeren Rängen aufzutreten, wenn die Veranstaltung überhaupt noch stattfinden kann? Mehr denn ie sind in dieser Zeit die Medien gefordert, nicht nur relevante und verifizierte Informationen, sondern auch Kultur zu den Menschen zu bringen. Als Unterhaltung, als Zerstreuung, als Anregung, vielleicht auch als Trost. Gerade der Hörfunk in seiner klassischen Form und Oualität, aber inzwischen auch mit den neuen Möglichkeiten, die das Internet bietet, kann nun zeigen, dass er ein Medium ist, das Menschen eng verbindet,

Deutschlandradio als nationaler Hörfunksender mit seinen Programmen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova hat selbst frühzeitig bis Mitte Mai alle eigenen Veranstaltungen abgesagt oder ohne Publikum stattfinden lassen. Eine schmerzliche Entscheidung, die wir uns nicht leicht gemacht haben.

Nachdem Deutschlandfunk Kultur bereits den Preis der Leipziger Buchmesse und den dreistündigen »Bücherfrühling« von der Messe ins Radio geholt hat, werden auch weiterhin im laufenden Programm trotz geschlos-

sener Veranstaltungsstätten viele aktuelle Kulturereignisse zu hören sein. Die Klangkörper der Rundfunk Orchester und Chöre GmbH, bei denen Deutschlandradio Hauptgesellschafter ist, dürfen bis voraussichtlich 19. April keine öffentlichen Auftritte absolvieren. Aufzeichnungen hochkarätiger Musikereignisse vom Deutschen Symphonie-Orchester Berlin (DSO), dem Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin (RSB), dem Rundfunkchor Berlin und vom RIAS Kammerchor Berlin bleiben dafür weiterhin fester Bestandteil in den Programmen von Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk. Klassiker wie das »Raderbergkonzert« im Deutschlandfunk und das »Debüt im Deutschlandfunk Kultur«, die normalerweise vor Publikum im Kammermusiksaal im Kölner Funkhaus bzw. in der Philharmonie in Berlin aufgezeichnet werden, realisieren wir fürs Erste als Studioaufzeichnungen. Zusätzlich zu diesen Konzerten wird in zahlreichen Sendungen verstärkt beleuchtet, welche Konsequenzen die Ausbreitung des Coronavirus für die Kulturlandschaft hat, aktuell und perspektivisch. Die Musikabteilung von Deutschlandfunk Kultur etwa plant für Anfang April eine ganze Woche lang kleine Ensembles einzuladen, um unkonventionelles Repertoire, mutige Zusammenstellungen und aufschlussreiche Musiker-Konstellationen aufzuzeichnen.

Anspruchsvolle Hörspiele und aufwendige Features sind seit Gründung der Programme von Deutschlandradio wichtiger und wesentlicher Bestandteil unseres täglichen Angebots. Daran halten wir auch in diesen krisenhaften Zeiten fest, mehr noch: Wir bauen es aus. Das Hörspiel- und Featureportal von Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Kultur bietet mit »ZuhauseBleiben: Zeit für Hörspiel und Feature« zusätzliche Dokus, Krimis, Literatur und Klangkunst zum Hören und zum Download. Auch die Kindersendung Kakadu von Deutschlandfunk Kultur öffnet die Schatzkiste. Täglich gibt es online ein Hörspiel sowie die regelmäßigen Podcasts für junge Hörerinnen und Hörer, in denen erforscht und erklärt wird. Am 18. April startet das große Thomas-Pynchon-Hörspielprojekt, eine Koproduktion mit dem SWR: Erstmals wird die Hörspielfassung des Romans »Die Enden der Parabel« im Radio zu hören sein. Im Deutschlandfunk beginnt die 14-stündige Produktion mit einer langen Hörspielnacht.

Jenseits davon greifen wir mit einem Sonderprogramm die aktuellen Entwicklungen auf. Wir müssen und wollen vor dem Hintergrund der Pandemie flexibel sein, aber unser kultureller Anspruch bleibt gleich: hoch und verlässlich, auch in Krisenzeiten.

Deutschlandradio - Phase II

Hans Dieter Heimendahl — Politik & Kultur 3/2021

Kulturberichterstattung nimmt in den Programmen von Deutschlandradio einen großen Raum ein. Im Deutschlandfunk berichtet »Kultur heute« werktäglich aktuell aus der Kultur, in Deutschlandfunk Kultur blickt »Fazit« jeden Tag auf die Kultur vom Tage, »Der Kompressor« verfolgt die Popkultur, die »Tonart« berichtet werktäglich über Themen aus Musikszene, Kulturpolitik und Musikwirtschaft, ebenso wie das wöchentliche »Musikiournal« und die »Musikszene« im Deutschlandfunk. Schließlich spielt die Kultur auch in der tagesaktuellen Magazinsendung »Studio 9« auf Deutschlandfunk Kultur eine prominente Rolle. Nimmt man allein diese zwei Programme in den Blick, ergeben sich sieben Stunden Fachsendungen täglich, zuzüglich der Themenplätze für Kultur in den aktuellen Strecken sind es über 30 einzelne Themen in der Kulturberichterstattung pro Tag.

In unseren Programmen waren die Pandemie, der Lockdown und insbesondere auch die aktuellen Auswirkungen und möglichen Folgen für die Kultur sehr präsent. Gespräche mit betroffenen Leiterinnen und Leitern von Orchestern, Theatern oder Galerien, Reportageserien von betroffenen Institutionen und Gespräche mit Kulturschaffenden über ihre Lebenssituation haben in großer Zahl stattgefunden und ein differenziertes Bild vermittelt. Die Maßnahmen zur Unterstützung der

Kultur des Bundes wie der Länder haben wir in Diskussionsrunden erörtert, mit Betroffenen besprochen und verglichen und die Aufgaben, die auf die Kulturetats in der Zukunft zukommen, mit Kulturpolitikern analysiert. Das Thema war also Thema. Aber wir haben auch nach neuen Wegen gesucht, Künstlerinnen und Künstler unmittelbar im Programm zu Wort kommen zu lassen, um sie zu hören, aber auch, um sie finanziell auf diese Weise immerhin im kleinen Maßstab unterstützen zu können. So haben wir beispielsweise in »Fazit« mit der Reihe »Was mich tröstet« freie Künstler und Künstlerinnen eingeladen, uns Sprachnachrichten zu senden, die wir veröffentlicht und honoriert haben.

Darüber hinaus haben wir produziert bis an die Grenze des organisatorisch Möglichen. Wir haben Räume umgewidmet, um unter Wahrung von vernünftigen Hygieneregeln weiterhin Features und Hörspiele produzieren – und unser hohes Produktionsniveau halten zu können. Wir haben Preisen wie dem der Leipziger Buchmesse ein neues, temporäres Zuhause gegeben und so versucht, kulturelles Leben nicht der Pandemie anheimzugeben. Als Ersatz für Konzerte, die vor Publikum nicht stattfinden konnten, haben wir sie für das Radio produziert, in unserem Kammermusiksaal im Kölner Funkhaus und in Berlin »Funkhauskonzerte« ver-

anstaltet, häufig sogar live übertragen. Einige Konzerte von Festivals, die abgesagt werden mussten, haben so bei uns stattfinden können. Etwa vom »Heidelberger Frühling« oder vom Festival »Spannungen« in Heimbach. Mit unseren Ensembles, dem Deutschen Symphonie-Orchester DSO, dem Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin RSB, dem Rundfunkchor Berlin und dem RIAS Kammerchor haben wir auf diese Weise immerhin Teile der geplanten Saison im Radio stattfinden lassen können. Für diese »Geisterkonzerte« haben wir eine eigene Webseite gebaut und sie unter dem Titel »Unsere Mikros – Ihre Konzerte« leicht auffindbar gemacht. Da viele Ensembles für Neue Musik über eigene Produktionsstudios verfügen, haben wir sie eingeladen, unter der Überschrift »Aus den Werkstätten Neuer Musik« mit Gesprächen und Konzerten Gast in unserem Programm zu sein. Unser Festival für Neue Musik »Ultraschall Berlin« schließlich, das wir gemeinsam mit dem RBB immer am letzten Januar-Wochenende veranstalten, haben wir – durch große Mengen von Schnelltests - fast im gewohnten Umfang ohne Publikum für das Radio ermöglicht. Damit haben wir zwar nicht die Zahl von Originalkonzerten in unseren Programmen erhöhen, aber fast aufrechterhalten können. Damit ist aus unserer Sicht viel gelungen - den Kolleginnen und Kollegen sei Dank!

Hessischer Rundfunk - Phase I

Manfred Krupp — Politik & Kultur 4/2020

Gerade in diesen unsicheren Zeiten haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einen besonderen Informations- und Integrationsauftrag. Und gerade in solchen Zeiten erfreuen wir uns, wenn wir unsere Arbeit konsequent machen, besonderer Wertschätzung. In hohem Maße zählt dazu das Kulturangebot des Hessischen Rundfunks, Kultur schafft Identität und Gemeinschaft. Sie vermittelt in Krisen Vertrautes und gibt Menschen ein Gefühl von Heimat und Sicherheit. Kultur spielt im Hessischen Rundfunk eine tragende Rolle, nicht erst seit Corona. Wir richten zurzeit den hr strategisch neu aus, um dem digitalen Wandel und der veränderten Art und Weise Rechnung zu tragen, wie Menschen Medien nutzen. Ziel unserer Kulturberichterstattung und der Kulturformate ist es, auch künftig mit Qualitätsinhalten medienübergreifend möglichst viele Hessinnen und Hessen zu erreichen. Damit einher geht ein erweiterter Kulturbegriff. Viele Menschen suchen und nutzen Kultur, verstehen den Begriff aber heute umfassender – und unterschiedlicher denn je. So haben sich in den vergangenen Jahren viele kulturelle Erlebniswelten ausdifferenziert. Auch dem begegnen wir in unserer Neuausrichtung. Und in der aktuellen Lage.

Bereits früh, als die Corona-Krise Deutschland erreichte und die Leipziger Buchmesse abgesagt wurde, haben hr2-kultur und andere ARD-Kultursender linear und digital ein virtuelles Angebot auf die Beine gestellt, um Besucherinnen und Besuchern, Verlagen und Autoren eine Alternative zu bieten. hr2-kultur begleitet auch Veranstaltungen in Hessen, die dem Virus zum Opfer gefallen sind, wie »LiteraTurm« und »Frankfurt liest ein Buch«. hessenschau.de bietet z. B. eine Übersicht über die vielen hessischen Museen, die virtuell zu besuchen sind.

Im hr wurden strukturelle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Produktion von Kultursendungen in dieser Krisenzeit so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus organisiert hr2-kultur Videolesungen von Kulturprominenten, die aus ihren aktuellen Büchern lesen. Sie sind als virtuelle Literaturplattform unter hessenschau.de zugänglich und im Radio. Für April sind weitere Projekte geplant. Sie ergänzen das ohnehin breite Angebot an Podcasts und Lesungen, die in der ARD-Audiothek zu finden sind.

Kontinuierlich erweitert wird derzeit das Bildungsangebot »Wissen plus«. hr.de stellt hier ein breites Spektrum an Inhalten für Kinder und Erwachsene zur Verfügung, das digitales Lernen ermöglicht und Neugier und Interesse an Wissensthemen befriedigt. Materialien zum Selbstlernen sind hier ebenso zu finden wie Kinderhörspiele, Sendungen zu

Biologie, Geschichte oder Wirtschaft, Funkkolleg-Reihen oder auch der Zugang zum Hessischen Bildungsserver und dem multimedialen Bildungskanal »ARD alpha«. Wir bieten in der ARD-Audiothek und -Mediathek von klassischen Kultursendungen wie »hauptsache kultur« bis hin zu Dokumentationen und Reportagen, Features und Hörspielen ein unterhaltendes, qualitätsvolles Angebot. Auch wenn Livekonzerte derzeit nicht möglich sind, so sind doch Konzertmitschnitte von hr-Bigband und hr-Sinfonieorchester online und auf ihren YouTube-Kanälen barrierefrei zugänglich, Gemeinschaftsstiftend sind auch Sendungen wie »hessen@home«, in der Moderator Tobi Kämmerer Hessinnen und Hessen in seinem Wohnzimmer per Videotelefonie zusammenschaltet.

All diese On-Demand-Angebote werden gerade in dieser Zeit, in der viele im Homeoffice oder unfreiwillig zu Hause sind und Zerstreuung suchen, von immer mehr Menschen für sich entdeckt und genutzt. Hier zeigt sich das große Vertrauen, das die Menschen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Und es erweist sich nachdrücklich, wie wichtig Kultur und unsere kulturellen Angebote für Gesellschaft und Demokratie sind.

Hessischer Rundfunk - Phase II

Manfred Krupp — Politik & Kultur 3/2021

Inzwischen ist es ein Jahr her, dass ich eine Opernaufführung besucht habe und vor vier Monaten durfte ich zuletzt ein faszinierendes Konzert live mit anderen Menschen erleben. Und wenn man mich vorher gefragt hätte, wie ich so lange ohne größere Kulturveranstaltungen überleben könnte, hätte ich gesagt: Das geht doch gar nicht!

Seit vergangenem Jahr lernen wir, dass es gehen muss - aber nur einerseits. Denn andererseits haben wir auch gelernt, dass die Bewältigung der Corona-Pandemie der Kultur trotz aller Einschränkungen auch einen Schub gegeben hat, den vorher wahrscheinlich niemand für möglich gehalten hatte. Im vergangenen Jahr ist so viel gewachsen, so viel Neues entstanden, ist so viel Energie und Kreativität geflossen, um den Menschen die Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Die Leute können nicht ins Theater? Dann kommt das Theater zu ihnen! Keine Konzertbesuche möglich? Dann den Laptop aufklappen und zu Hause zuhören. Klar, das ist nicht das Gleiche wie ein persönlicher Besuch im Konzerthaus.

Kultur ist elementar für unseren Zusammenhalt, sie gibt den Menschen etwas, regt sie zum Nachdenken an oder schenkt ihnen Entspannung. Wer das vorher nicht wusste, müsste es nach inzwischen einem Jahr Zwangspause verstanden haben.

Daher haben wir im Hessischen Rundfunk weiterhin ein Angebot - sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Künstlerinnen und Künstler, Konzerte unseres Sinfonieorchesters und unserer Big Band mit externen Musikern: nicht nur eine Bereicherung für unser Publikum, sondern auch für das Repertoire und unsere Klangkörper. Ein 24-Stunden-Comedy-Marathon, im hr-Fernsehen und der ARD-Mediathek übertragen: Ablenkung für vom Homeschooling geplagte Eltern und ihre Kinder - und eine dringend benötigte Bühne für diejenigen, deren »richtige« Bühnen seit Monaten geschlossen sind. Selbst Fastnacht, also bodenständige Regionalkultur zu Hause? Ja, aber nur mit Sendungen, in denen die Künstlerinnen und Künstler eine dringend benötigte Auftrittsmöglichkeit bekommen.

Corona nervt alle. Für die Kulturszene ist diese Pandemie aber existenzbedrohend. Daher betreten wir im hr seit einem Jahr Neuland, entwickeln neue Formate, spielen in kleinerer Besetzung als bisher und geben den Kulturschaffenden eine Plattform und dem Publikum das, was es derzeit so schmerzlich vermisst. Viele kulturelle Sehnsüchte konnten durch die Pandemie nicht erfüllt werden, aber dafür wurde neuen Erfahrungen zumindest ein Raum gegeben. Wir werden bestimmt etwas von dem, was wir in den ver-

gangenen Monaten entwickelt haben, auch weiterhin beibehalten. Dass Kultur wichtig ist, hört man derzeit an jeder Ecke. Dass die aktuelle Situation uns aber zu einem »Jetzt erst recht!« auffordert – das setzen wir ganz konkret um. Lesungen, Hörspiele, Podcasts, Konzerte – vieles davon steht immer noch in ARD-Audiothek und -Mediathek bereit und erreicht so mehr Menschen, als dies mit einer einmaligen Aufführung gelungen wäre.

Trotzdem: Dem Publikum fehlt dabei das Gemeinschaftserlebnis. Und so freue nicht nur ich mich darauf, wenn endlich die Bühnen wieder öffnen und die Säle ausverkauft sind.

Mitteldeutscher Rundfunk – Phase I

Karola Wille — Politik & Kultur 4/2020

»Miteinander leben« – so lautet der publizistische Leitgedanke des Mitteldeutschen Rundfunks für 2020. Unser Ziel zu Beginn des Jahres: den Zusammenhalt der Gesellschaft zu befördern, Gespräche anzustoßen, gerade da, wo Gräben immer tiefer zu werden scheinen. Nun kam mit der Corona-Krise eine ungeahnte Herausforderung für all das, was uns als Gesellschaft ausmacht. Gemeinwohl und Gemeinsinn werden auf den Prüfstand gestellt und sind zugleich entscheidend für die Bewältigung der Krise.

Medien als Faktor freier und individueller Meinungsbildung und als kulturelles Bindeglied tragen in dieser historischen Zeit eine ganz besondere Verantwortung. Dieser stellt sich der MDR und geht auf die Bedürfnisse der Menschen in dieser außergewöhnlichen Situation ein. So erfüllt er zunächst das Grundbedürfnis nach vertrauenswürdigen Informationen mit einem umfassenden Angebot in Radio, Fernsehen und Netz. Mit aktuellen und verlässlichen Nachrichten, mit Hintergründen und Servicesendungen ist der MDR mehr denn je ein fester Anker für die Menschen unserer Gesellschaft.

Zugleich haben die Menschen angesichts eingeschränkter Begegnungsmöglichkeiten ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft. Als öffentlich-rechtlicher Rundfunk wollen wir auf die besondere Situation mit kulturellen Ereignissen und Begegnungen virtueller Art antworten, auch unter Einbeziehung der regionalen Kreativwirtschaft. Wir wollen Kunst und Kultur ein Zuhause zu geben – wenn Museen, Konzertsäle, Clubs, Theater geschlossen bleiben. Aus »miteinander leben« wurde daher im MDR »miteinander stark«: Abstand halten und gerade jetzt Zusammenhalt sichern.

Beispiel Leipziger Buchmesse: Nach der Coronabedingten Absage hat der MDR das Bühnenprogramm federführend für die ARD ins Netz und Radio verlegt – mehr als 13 Stunden Literatur per Video-Livestream im Netz sowie über die ARD-Kulturradios und deren digitale Plattformen. Unterstützt wurde die ARD-weite »virtuelle Buchmesse« vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und der Leipziger Buchmesse. Alle Gespräche gibt es zum Nachschauen im Online-Spezial buchmesse.ard.de.

Unter dem Titel »Corona Creative« hat der MDR darüber hinaus zu einem Ideenwettbewerb für dokumentarische Kurzformate zur Corona-Krise aufgerufen und hierfür einen Sonderetat zur Verfügung gestellt. Aus den einzelnen Beiträgen entsteht die »Corona Rolle«, die wir im MDR-Fernsehen zeigen und in der ARD-Mediathek sowie im You-Tube-Kanal mdr.dok einstellen wollen. Der Musiklandschaft Mitteldeutschlands geben

MDR Kultur und MDR Klassik eine besondere Plattform. So werden Stücke von Musikern, Bands und Ensembles prominent im Programm platziert und hervorgehoben – z. B. durch Features und Künstlergespräche. Aber auch Studiosessions werden aus den Archiven geholt und gespielt. Am Abend präsentieren beide Programme ausschließlich Konzerte mitteldeutscher Ensembles. Sie setzen damit ein klares Zeichen, dass die Kulturschaffenden der Region auch in der Krise nicht vergessen werden.

Sowieso ist Kultur jetzt eine wichtige Hilfe. Auf mdr-kultur.de, in der MDR-Kultur-App und bei MDR Kultur auf Facebook gibt es Buch-, Film- und Serientipps, Hörspiele und Podcasts, bis hin zu Konzerten und Museumsbesuchen, die man zu Hause genießen kann. MDR Kultur hat »Lies das!« – den neuen Podcast für Kinder- und Jugendbücher bei mdrkultur.de und in der ARD Audiothek – ins Leben gerufen. Die Literaturredaktion bietet damit wöchentlich Unterstützung bei der Lektüre-Auswahl für junge Leser.

Denn Kultur muss auch in Krisenzeiten für jeden zugänglich sein. Der MDR sieht sich als verlässlicher Partner der mitteldeutschen Kulturszene – »miteinander leben« – das gilt jetzt ganz besonders!

Mitteldeutscher Rundfunk – Phase II

Reinhard Bärenz — Politik & Kultur 3/2021

Jahrestage sind geeignet, kollektiv innezuhalten und Geschehenes zu reflektieren. Dies gilt auch für den Jahrestag, den wir aktuell begehen und auf dessen Anlass wir alle gerne verzichtet hätten. Am 22. März 2020 beschließen Bund und Länder aufgrund des besorgniserregenden Anstiegs von Ansteckungen mit Sars-Cov-2 strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen.

Deutschland geht in den ersten Shutdown der Covid-19-Pandemie. Bereits kurz davor wird die Leipziger Buchmesse als erstes großes nationales Kulturereignis von der Virusverbreitung überrollt und muss abgesagt werden. Damit die Autorenschaft nicht heimatund die Leserschaft inspirationslos in diesen Frühling 2020 gehen müssen, erfindet MDR Kultur die »Virtuelle Buchmesse«, realisiert sie innerhalb einer Woche als großen digitalen Liveevent für die ganze ARD und setzt damit ein Zeichen des Schulterschlusses mit der Kreativszene, dem viele in diesem Jahr folgen werden.

Die WDR Kulturambulanz, die BR Kultur-Bühne, Kultur trotz Corona vom NDR oder der SR Corona Culture Club, diese und viele andere Formate bestätigen die enge Verbindung der öffentlich-rechtlichen Sender mit der Kulturszene im ganzen Land. Hier zeigt sich bereits im Kleinen die Stärke von kreativen Kulturräumen im Netz. Mitten in der Pandemie trifft die ARD dazu eine weitere wichtige Entscheidung. Im November 2020 wird das Konzept für ein innovatives, digitales Kulturangebot mit Fokus auf eine junge Zielgruppe mit Sitz beim Mitteldeutschen Rundfunk verabschiedet.

Das Angebot will einerseits das bestehende Portfolio im Kulturbereich ergänzen und andererseits den Kulturschaffenden des Landes eine neue, große Plattform geben. Neben einem suchmaschinenoptimierten Netzangebot für den mobilen Bildschirm liegt der Schwerpunkt des Konzepts auf Produktion neuer Kulturformate für die digitale Welt, insbesondere die Mediathek und Audiothek der ARD. Die Stärken der ARD im Kulturbereich, nämlich inhaltliche Exzellenz, die regionale Kompetenz durch ein föderal gut aufgestelltes Redaktionsnetzwerk und die langjährigen, vertrauensvollen Kulturpartnerschaften in den Regionen werden hier unter Berücksichtigung digitaler Publikationsstrategien in einem neuen Angebot zusammengeführt. Künftig soll es mit der neuen GSEA Kultur einen gemeinsamen digitalen Kulturraum geben - in Zusammenarbeit mit ZDF und Deutschlandradio und in enger Partnerschaft mit der Kulturszene.

Mit diesem Beschluss zeigt sich die ARD erneut als verlässlicher Partner der Kulturschaffenden im Land und setzt darüber hinaus mit der Standortentscheidung beim Mitteldeutschen Rundfunk ein Zeichen für eine längst überfällige verstärkte Wahrnehmung des Ostens als starke Kulturregion in Europa.

Dass in dieser Situation ausgerechnet Sachsen-Anhalt, als einziges Land, durch die Ablehnung der KEF-Empfehlung zum neuen Rundfunkbeitrag dieses engagierte Kulturprojekt hart abbremst, könnte man als Treppenwitz der Mediengeschichte sehen, wenn es nicht so enttäuschend für hochmotivierte Kolleginnen und Kollegen wäre, die das Projekt mit mir im MDR vorantreiben, und für die tolle kreative Zusammenarbeit mit vielen Kulturschaffenden, die bereits große Erwartungen und Hoffnungen in dieses Angebot stecken.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein am Gemeinwohl orientiertes und gesellschaftlich beauftragtes Rundfunksystem vor allem für die Kultur ist. Die Unterstützung, die die Sender der an der Existenz angegriffenen Kreativlandschaft haben zukommen lassen, zeigt, dass die Verantwortlichen ihren Auftrag verstanden haben.

Norddeutscher Rundfunk – Phase I

Joachim Knuth — Politik & Kultur 4/2020

Es ist eine außergewöhnliche Situation, in der wir uns gerade befinden. Die Welt, wie wir sie kannten, scheint stillzustehen. Probleme, die unsere Gesellschaft noch vor einigen Wochen diskutiert hat, sind im Angesicht der Corona-Krise in den Hintergrund gerückt. Eine globale Gemeinschaft ordnet sich einem einzigen Thema unter; konzentriert sich auf ein einziges Problem.

Meiner Wahrnehmung nach kommt den öffentlich-rechtlichen Sendern in diesen Zeiten eine besondere Rolle zu. Denn in einer Krise, die jedes Individuum in seiner Freiheit beschneidet und die zwischenmenschliche Distanz zur obersten Handlungsmaxime erklärt, ist der Wunsch nach Gemeinsinn und Verbindendem groß wie nie. Und wir verbinden die Menschen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erweist sich gerade jetzt als ganz wesentlicher gesellschaftlicher Faktor, als »Vertrauensspeicher«, der Handlungsfähigkeit und Normalität suggeriert. Oder anders ausgedrückt: So lange um 20 Uhr noch die Tagesschau läuft, gibt es keinen Grund zur Panik.

Aber schon nach wenigen Tagen in dieser Krise war und ist deutlich zu spüren, dass es den Menschen jetzt nicht ausschließlich um die Versorgung mit Informationen, Hintergründen und Nachrichten geht. In der verordneten Isolation fehlt ja nicht nur das ge-

sellschaftliche Miteinander, sondern auch die vielfachen Anregungen, die man aus der Teilhabe an Schule, Arbeit, Sport und einem breit gefächerten Kulturangebot zieht. Konzerte, Theater, Lesungen und Gottesdienste – all dies bricht auf einmal weg. Ein Problem nicht nur für Kulturschaffende, sondern auch für Kulturliebende.

Um diese Lücke zu füllen, bietet der Norddeutsche Rundfunk viel Neues an. Mit der Aktion »Kultur trotz Corona« haben unsere Kulturredaktionen in Hörfunk, Fernsehen und online eine Bühne für norddeutsche Künstler und Künstlerinnen geschaffen. Musiker, Autoren, Schauspieler oder Poetry-Slammer - alle sind eingeladen, sich selber zu filmen und so auch in Corona-Zeiten ihre Kunst zu präsentieren. Das jeweilige Video wird dann für alle Nutzer auf der Seite ndr. de/kulturtrotzcorona, sowie auf allen Social-Media-Kanälen des NDR zu sehen sein. Die NDR Radioprogramme und das NDR Fernsehen senden ausgewählte Auftritte. Auf der Plattform spielt beispielsweise Alan Gilbert, Chefdirigent des NDR Elbphilharmonie Orchesters auf seiner Bratsche, Nils Landgren hat ein Stück mit seiner roten Posaune exklusiv aufgenommen, die Sängerin Anna Depenbusch singt und spielt dabei auf der Ukulele. Und auch norddeutsche Theater beteiligen sich inzwischen an der Aktion.

Kultur frei Haus gab es in der ARD mit dem »LieferService« von Schauspieler, Musiker und Regisseur Jan Josef Liefers. Als Gastgeber präsentiert er den Zuschauerinnen und Zuschauern ebenfalls von zu Hause Unplugged-Versionen und Clips, die ihm Künstlerinnen und Künstler per Video geschickt haben und interviewt die Interpreten.

Auch Kindern und Jugendlichen bieten wir in dieser Phase vielseitiges Programm an, Beliebte Fernsehserien für unterschiedliche Altersgruppen sollen helfen, die Zeit der Schulschließungen etwas abwechslungsreicher zu gestalten. Zahlreiche Bildungsangebote sollen das Lernen zu Hause unterstützen. Und vorgelesen wird natürlich auch, Gemeinsam mit dem SWR hat der NDR mit bekannten Kinderbuchautorinnen eine ganz besondere Aktion unter dem Motto »live gelesen mit ...« gestartet. Aus ihren privaten Wohnzimmern lesen Autorinnen wie z.B. Kirsten Boie, Isabel Abedi oder Antje von Stemm eine Stunde lang aus ihren Büchern für Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren vor. In einer Fragerunde im Anschluss stehen sie den Jungen und Mädchen Rede und Antwort.

Wer es ganz klassisch mag, kann sich schließlich auf das »Konzert des Tages« freuen, das der NDR jeden Tag online anbietet. Das NDR Elbphilharmonie Orchester hat Höhepunkte aus seiner Auftrittsgeschichte herausgesucht, sodass man diese nun auch außerhalb seines berühmten Wohnzimmers im Hamburger Hafen hören kann.

Wenn die Kultur verstummt, fehlt einer Gesellschaft ein elementares Bindeglied. Wir sehen es als eine unserer Aufgaben an, in dieser Zeit fortlaufend neue Wege und Möglichkeiten zu suchen, um die Norddeutschen trotz allem mit Kulturangeboten und Kulturschaffenden zu verbinden.

.....

Norddeutscher Rundfunk - Phase II

Joachim Knuth — Politik & Kultur 3/2021

Es sollte ein großes musikalisches Fest werden, ein magischer Moment zu einem besonderen Jubiläum: 75 Jahre NDR Elbphilharmonie Orchester. Dutzende Musikerinnen und Musiker und hunderte Konzertbesucherinnen und -besucher hatten sich auf diesen Abend gefreut. Am Ende war der große Saal der Elbphilharmonie fast leer, die Pulte standen weit auseinander. Wir waren froh, dass überhaupt gespielt werden konnte, nachdem ein Mitglied des Orchesters positiv auf Corona getestet worden war. Mit großen Anstrengungen konnten wir das Konzert mit der Solistin Iulia Fischer und dem Solisten Daniel Müller-Schott zumindest per Livestream und am darauffolgenden Abend im Fernsehen in die Wohnzimmer der Menschen bringen.

Dies ist nur ein Beispiel für Hunderte Kulturveranstaltungen im Norden, die abgesagt werden mussten, ohne Publikum stattfanden oder grundlegend verändert wurden – mit verheerenden Folgen für Künstlerinnen und Künstler. Der NDR leistet während dieser schwierigen Phase als Kulturveranstalter einen wichtigen Beitrag – etwa durch anhaltende Auftrittsmöglichkeiten für freie Solistinnen und Solisten mit den Orchestern und der Bigband des NDR. Darüber hinaus initierten die Mitglieder der Ensembles selbst eine umfangreiche Spendenaktion für die Deutsche Orchesterstiftung, zudem betei-

ligte sich der NDR durch nicht abgerufene Ticketrückerstattungen am Elbphilharmonie Hilfsfonds für freischaffende Musikerinnen und Musiker.

»Kultur hält zusammen« ist der Name einer Hamburger Initiative, mit deren Unterstützung die Vielfalt der Hamburger Kulturlandschaft erhalten bleiben soll. Der NDR ist Medienpartner. Die Initiative trägt aus meiner Sicht einen sehr treffenden Titel: Denn Kunst und Kultur konstituieren eine demokratische Gesellschaft – indem sie für Diskurs und Austausch sorgen, für wechselnde Perspektiven, für menschliche Nähe.

Drei Beispiele: Während der Weihnachtszeit schenkten Schauspielerinnen und Schauspieler des Hamburger Thalia Theaters den Hörerinnen und Hörern von NDR Kultur einen persönlichen Auftritt am Telefon – und damit Momente der Nähe zwischen Theaterleuten und ihrem Publikum, die einander dringlich vermissen. Zudem sendet die Musikredaktion von NDR Kultur verstärkt Titel von Musikerinnen und Musikern aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein, wovon diese finanziell profitieren. Und in »NDR Kultur à la carte Extra« lädt unser Kulturprogramm jede Woche norddeutsche Musikerinnen und Musiker ins Studio; sie spielen live für unser Publikum im Radio und im Netz - erhalten dafür eine Gage – und geben Auskunft über ihre persönliche Situation während der Pandemie.

Der Literatur widmen der NDR Hörfunk. das NDR Fernsehen und seine Onlineangebote besondere Aufmerksamkeit. 250 Buchrezensionen sendete allein NDR Kultur im vergangenen Jahr und beauftragte gemeinsam mit den anderen ARD-Kulturprogrammen zudem 40 neue Erzählungen bei deutschen Autorinnen und Autoren für das bundesweit ausgestrahlte ARD-Radiofestival der Kulturprogramme. Das breite literarische Programmportfolio des NDR ergänzen nun frische non-lineare Angebote, wie der erfolgreiche Literatur-Podcast »eat.READ.sleep«. Und es kommen weitere Reihen hinzu: wie der Podcast »Land in Sicht, Bücher zum Überleben« oder das Online-Literaturformat »Reh und Rakete« mit Julia Westlake.

In einer krisenhaften Zeit, die auch für den NDR vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht keine einfache ist, stehen wir zu unserem Kulturauftrag – und zu den Künstlerinnen und Künstlern im Norden. Unsere Programme investieren in neue lineare und nonlineare Kulturformate und werden noch in diesem Jahr ihre kulturjournalistische Expertise und programmliche Stärke in einem neuen crossmedialen Programmbereich Kultur bündeln. Das gemeinsame Ziel: mit neuen, gemeinsam entwickelten Angeboten mehr Menschen erreichen.

Mit Beethoven, Brahms und Tschaikowsky sandte das NDR Sinfonieorchester vor 75 Jahren eine musikalische Botschaft in die Welt, eine Botschaft der Hoffnung auf kulturellen Wiederaufbau. Die Corona-Krise hat uns eindringlich vor Augen geführt, wie wertvoll Kunst und Kultur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind. Die Kultur im Norden begegnet der Pandemie mit Fantasie, Improvisation und Kreativität. Wir als NDR verstehen uns als verlässlichen Partner in herausfordernder Zeit.

Radio Bremen

Yvette Gerner — Politik & Kultur 3/2021

In den vergangenen zwölf Monaten war unser Alltag und damit auch das kulturelle Leben durch coronabedingte Einschränkungen bestimmt. »Eigentlich« wollten wir Konzerte, Theater, Lesungen, Kinos etc. viel häufiger besuchen, als es möglich war. Wir mussten uns neu orientieren, neue digitale Möglichkeiten finden, die dieses »eigentlich« unnötig machen – nicht nur privat, sondern gerade auch als Sender.

Als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt haben wir den Auftrag, Menschen und Meinungen zusammenzubringen, den Zusammenhalt zu fördern. Oft geschieht dies in Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden, bieten Kunst und Kultur doch vielfältigste Möglichkeiten, sich mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinanderzusetzen, sind Theater, Konzertsäle und Museen Orte der Begegnung. Für die schwierige - häufig existenzbedrohende - Situation, in der sich Kunstund Kulturschaffende aktuell befinden, haben wir großes Verständnis, weshalb Radio Bremen in den vergangenen Monaten viel für die freie Musik- und Kulturszene in der Region getan hat. So hat unsere Hörfunkwelle für neue Kultur und Unterhaltung, Bremen Zwei, mit Orchestern, Bands, Künstlerinnen und Künstlern Konzerte produziert und diese per Livestream zu den Menschen nach Hause übertragen. Bremen Zwei weist

aktuell einmal pro Stunde auf (Online-)Aktionen, Events etc. von Kulturschaffenden aus Bremen, Bremerhaven und der Region hin.

Das junge crossmediale Angebot Bremen Next hat im Sommer 2020 verschiedene Podcasts für ein kleines Publikum vor Ort auf die Bühne gebracht und sie live gestreamt. Unter anderem hat Bremen Next bekannten DJs und Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern aus der Region die Möglichkeit gegeben, per Livestream bei den Fans zu Hause für Partystimmung zu sorgen.

Alle Radio-Bremen-Programme geben seit Beginn der Pandemie den Kulturschaffenden aller Couleur in vielen Beiträgen und Interviews eine Plattform und eine Stimme für ihr Anliegen. In diesem Zusammenhang möchte ich nur einige der Beiträge erwähnen: So die Streamingverknüpfungen mit den Bremer Philharmonikern und der Deutschen Kammerphilharmonie, die Unterstützung des Kultursommers »Summarum« und – ganz aktuell – unser Beitrag zu dem bundesweit einmaligen Projekt »Club100«, ein Zusammenschluss aus Veranstaltern und Clubs, die unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen Kultur auf die Bühne und ins Internet bringen.

Die Pandemie verlangt von uns einiges an Kreativität, um neue Fäden zwischen der Szene und dem Publikum zu spinnen. Durch die Übertragung von Livekonzerten, die Un-

terstützung von (virtuellen) Veranstaltungen oder durch Beiträge über lokale Künstlerinnen und Künstler leistet Radio Bremen einen Beitrag, um auf die Situation der Branche aufmerksam zu machen und ihr eine Bühne zu bieten. Eine digitale Plattform schafft das umfangreiche Angebot in der ARD-Audiothek und der -Mediathek. Unserem gesellschaftlichen Auftrag folgend, suchen wir neue Wege, wie der »eigentlich« geplante Konzert- oder Theaterbesuch durch das Programm von Radio Bremen doch möglich wird. Das stärkt nicht nur Anbieter von Kunst und Kultur, sondern bietet auch ein Hör- und Sehvergnügen sowie die Möglichkeit für kulturellen Input, für Anregung und Dialog für und mit unserem Publikum.

Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase I

Patricia Schlesinger — Politik & Kultur 4/2020

Es ist keinen Monat her, da gab es auf die Frage »Was machen wir denn heute Abend?« allein in Berlin mehrere Hundert attraktive Antworten. An jedem Tag, an jedem Abend kehrten Zehntausende aus Sälen, Zimmern, Arenen, aus Orten der Kultur in ihren Alltag zurück, bereichert in vielfältiger Weise.

Tempi passati. Die tägliche, unmerkliche und uns so unverschämt selbstverständlich erscheinende Bereicherung unserer Gesellschaft durch Kultur, Künstlerinnen und Künstler ist zum Erliegen gekommen. Stille liegt über der Stadt, die Menschen bleiben zu Hause, notgedrungen. Sie müssen sich neu orientieren.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk versteht sich in der gesellschaftlichen Normalität als Säule unserer Demokratie. In dem Ausnahmezustand, den wir jetzt erleben, kommt ihm eine zusätzliche Aufgabe zu: die Lücken zu schließen, die Corona im kulturellen Leben aufreißt. Das machen wir.

»Der rbb macht's« heißt unsere Initiative, weil die Instanzen von Kunst und Kultur so vieles nicht mehr machen dürfen. Am Anfang der Krise gab es erste Gespräche zwischen unseren Fachleuten und den unterschiedlichen Kulturträgern: Praktisch in letzter Minute konnten wir vor leerem Saal Bizets »Carmen«, dirigiert von Daniel Barenboim, aus der Staatsoper Unter den Linden live strea-

men, wenige Tage später wäre das nicht mehr möglich gewesen. Als die auferlegte Vereinzelung begann, trafen sich - mit gebührendem Abstand - im Konzerthaus am Gendarmenmarkt Musikerinnen und Musiker von Weltrang, um ebenfalls live für ihr Publikum zu spielen: Lang Lang, Avi Avital und Daniel Hope im Videostream. Das Schlosspark Theater spielte »Schmetterlinge sind frei«, das Hans Otto Theater bereitet sich derzeit auf »Die Mitwisser« vor, die Philharmoniker steuerten bereits Berio und Bartók bei. Wir freuen uns, dass Lutz Seiler bei rbbKultur im Radio seinen neuen und bereits preisgekrönten Berlin- und Nachwende-Roman »Stern 111« liest. Wir folgen dankbar mit der Kamera exklusiven Einladungen zu Führungen in die Museen der Region, vom Barberini in Potsdam, wo uns Claude Monet in einer wunderbaren Ausstellung erwartet, bis zu den klassischen Statuen im Alten Museum am Lustgarten. In leeren Clubs, in denen sonst die Jugend der Welt ins Schwitzen (und Schlimmeres) kommt, werfen DIs die Licht- und Soundanlagen an, um ihre Sets bei Radioeins zu streamen. Und weil die Fitnesscenter schließen mussten, gibt es zu alledem noch zweimal am Tag Sport mit Übungsleitern aus hiesigen Vereinen, dazu Märchen für die Kinder und Filmklassiker für Cineasten, deren Kinoabende nun ebenfalls ausfallen.

Der rbb macht's und das Publikum dankt den beteiligten Künstlerinnen und Künstlern, den Institutionen und Häusern auf seine Weise: 160.000 Zuschauerinnen und Zuschauer bei »Carmen«, 25.000 bei der ersten Museumsführung und 35.000 beim ökumenischen, beim evangelisch-katholisch-jüdischmuslimischen Gottesdienst in der Gedächtniskirche – denn auch der gehört dazu.

Wir können uns dem Dank nur anschließen. Denn ohne die Protagonisten, die Talente, die Stars der Kultur, ohne die Opernintendanten, Museumsdirektorinnen und Club-Chefs könnten wir dieses Geschenk der Bereicherung nicht weitergeben. Die Zusammenarbeit ist denkbar schnell, unkompliziert und partnerschaftlich, sie ist ermutigend und beflügelnd in der Krise. Wir sind sehr froh, dem deprimierenden »Fällt aus« und »Abgesagt« jetzt ein »Findet statt!« entgegensetzen zu können: im Radio, im Fernsehen, im Netz. Und deshalb gilt weiter: Der rbb macht's.

Rundfunk Berlin-Brandenburg – Phase II

Patricia Schlesinger — Politik & Kultur 3/2021

Man kann es nicht schönreden: Die Kultur leidet. Die Umsatzverluste der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland durch Corona gehen in die Milliardenhöhe. Im zweiten Jahr der Krise kämpfen Kulturschaffende in allen Sparten mehr denn je um das Überleben – vor allem finanziell, aber auch psychisch. Im Kulturmagazin »rbb Kultur« vom 30. Januar 2021 beschreibt Regisseur Barrie Kosky, der Autorin Charlotte Pollex bei den Proben zur »Dreigroschenoper« am Berliner Ensemble besuchte, diese Arbeit für sich und sein Team beglückt als »medizinisch für die Seele. Das ist ein Paradies.« Auch wenn es noch keinen Premierentermin gibt.

Mit der innovativen Platzierung des rbb Kulturmagazins im Vorabendprogramm hatte der rbb sich bereits vor Corona vorgenommen, ein breites Publikum für Kultur zu begeistern, indem man es dorthin mitnimmt, wo sie entsteht. Im vergangenen Jahr konnte man dann bewundernd beobachten, dass sich die schwer getroffene Kulturszene in einer Metropole wie Berlin und einer kulturell so erschlossenen Region wie Brandenburg mit seinen Bühnen, Festivals und Orchestern allen Einschränkungen zuwider nicht geschlagen geben wollte und will und wie vital Kultur trotz Corona ist. Es wird geprobt, musiziert, gefilmt, fotografiert, geschrieben, kuratiert, gemalt, inszeniert, Lesungen, Konzerte

und Theateraufführungen gestreamt – und der rbb ist dabei. Das überraschendste Ergebnis ist, dass der rbb mehr Kulturberichterstattung gesendet hat und sendet als zuvor, und zwar auf allen Ausspielwegen. Manches wie der neu entstandene, gemeinsame literarische Podcast vom Literarischen Colloquium Berlin und rbbKultur, »weiterlesen«, wird sicher die Krise überstehen.

Denn auch als Kulturanbieter ist der rbb noch aktiver geworden. In unserer Region ist der Wunsch, Kultur zu erleben, sehr groß. Nach dem beeindruckenden Erfolg des Streamings von »Carmen« aus der publikumsleeren Staatsoper Unter den Linden im vergangenen Jahr wurde nun am 13. Februar 2021 die Premiere von Leoš Janáčeks Oper »Jenůfa«, in Zusammenarbeit mit dem BR, 3sat, Unitel und Mezzo TV, im rbb-Radio, auf rbbKultur und im Livestream auf rbbkultur.de gefeiert. Damit streamte der rbb bereits zum dritten Mal unter dem Motto »Der rbb macht's« aus der Staatsoper in die Wohnzimmer der Berlinerinnen und Brandenburger.

Der rbb bringt jedoch nicht nur per Übertragungen in Radio, Fernsehen und Online Konzertsaal und Opernbühne zum Publikum, sondern präsentiert unter anderem mit interaktiven 360-Grad-Rundgängen auch aktuelle Ausstellungen und Museen im Netz. Der rbb-Beitrag zur Beschäftigung von Künstlern

und Freischaffenden in diesen Zeiten besteht maßgeblich darin, weiter zu drehen. Ob »Tatort« und »Polizeiruf«, die Vorabendserie »WaPo Berlin«, die Primetime-Serie »Die Heiland« oder neue Miniserien – der rbb ermutigt und ermöglicht Dreharbeiten, indem er die zur Wahrung aller Sicherheitsmaßnahmen am Set erforderlichen Maßnahmen anteilig bezahlt hat und bezahlt – nicht unerhebliche, im Etat natürlich nicht vorgesehene Mehrkosten. Der rbb geht auch im zweiten Corona-Jahr den oben skizzierten Weg zwischen Kulturberichterstattung und Kulturangebot, um Kultur und Kulturschaffende zu unterstützen. Getragen von der Hoffnung, wenigstens die eine oder andere Leerstelle im gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu füllen.

Saarländischer Rundfunk – Phase I

Thomas Kleist und Ricarda Wackers — Politik & Kultur 4/2020

Im Sendegebiet des Saarländischen Rundfunks schreitet die Verbreitung des Coronavirus schnell voran. Die hoheitlich verfügten Kontaktbeschränkungen, die seit dem 20. März 2020 gelten, treffen das Kulturleben ins Mark. Für den Saarländischen Rundfunk bedeutet dies: keine eigenen SR-Veranstaltungen, keine Kooperationen mit saarländischen Kultureinrichtungen und keine Sendemitschnitte mehr, also nichts von dem, was das saarländische Kulturleben bisher bereichert hat. Die Deutsche Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern (DRP) hat seit dem 13. März 2020 ihren Spielbetrieb zunächst bis Mitte April eingestellt. So bitter es ist aber die Gesundheit und Sicherheit unseres Publikums, der freien Künstlerinnen und der eigenen Mitarbeiter geht allem anderen vor.

Dennoch findet in den Programmen des Saarländischen Rundfunks weiterhin Kultur statt: SR 2 KulturRadio ist dabei der Partner der Kulturtreibenden im Lande. In der aktuellen journalistischen Berichterstattung werden die Themen aufgegriffen, die in der Branche aktuell sind: die große Solidarität innerhalb der saarländischen Jazzszene, die Sorgen und Nöte der freien Künstler, die Reaktion der saarländischen Buchhändlerinnen auf die Krise, die Sonderprogramme, die Gemeinden und Kulturinstitutionen im Netz bereitstellen, wie etwa das »digitale, kleine

Ersatzprogramm« des Saarländischen Staatstheaters, die Frage, was mit Kunsttransporten passiert, wenn Ausstellungen plötzlich nicht stattfinden, und wie das Land Luxemburg seine Kunstszene in der Krise unterstützt. Ziel ist es, die Lage der Künstlerinnen und Künstler und der Kultur ins öffentliche Bewusstsein zu heben und die Hörerschaft dafür zu sensibilisieren.

Schon bevor der Shutdown kam, hat SR 2 KulturRadio für die virtuelle Buchmesse des MDR sein Programm geändert und Teile des Sonderprogramms live aus Halle übertragen. Und als die DRP nicht mehr spielen durfte, schüttelte Solist Lars Vogt mit SR 2-Moderator Roland Kunz zwei berührende Solo-Rezitals ohne Publikum und mit erläuternden Gesprächsanteilen aus dem Ärmel.

Die coronabedingten Produktionsausfälle im Jazzbereich haben zur Folge, dass ab April eine neue Sendereihe unter dem Titel »Fokus: Jazz aus dem Saarland« aus der Taufe gehoben wird. Über das Jahr werden starke Konzertmitschnitte von regionalen Musikerinnen und Musikern wiederholt, was diesen in medialer und finanzieller Hinsicht zugutekommt.

Beim Kabarett gehen die Kolleginnen gemeinsam mit den Künstlern kreativ mit der Krise um. Der traditionsreiche »Gesellschaftsabend« muss gezwungenermaßen ohne Publikum auskommen und soll als reines Radio-Experiment am 28. März auf Sendung gehen.

Für diejenige Zielgruppe, die an guter Popmusik interessiert ist, bietet die Hörfunkwelle SR1 zunächst bis Ostern die Höhepunkte der Konzertreihe SR1 Unplugged als Couch-Konzerte im Radio an. Dabei handelt es sich um Konzertabende mit bislang 15 Künstlerinnen und Künstlern, unter anderem Max Giesinger, Johannes Oerding, Alexa Feser, Lewis Capaldi, Anna Loos und Clueso. Die Hörerinnen und Hörer erleben auf diese Weise die intime Atmosphäre in Studio Eins auf dem Saarbrücker Halberg im eigenen Wohnzimmer.

Im dritten Fernsehprogramm des Saarländischen Rundfunks stehen diverse hochwertige Dokumentationen und Reportagen bereit, um etwaige Sendeausfälle mit bildstarken Inhalten aufzufangen, darunter Arte-Produktionen über das Vermächtnis der Zisterzienser.

Die Stärke und die Wirkkraft der Landesrundfunkanstalten der ARD liegt, das zeigen die Beispiele eindrucksvoll, im »Zuhause«, also ganz nah bei den Menschen vor Ort, dort, wo die Kultur ihre Wurzeln hat. Insoweit ist die aktuelle Krise nicht nur eine Bewährungsprobe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern eine Chance, seine Herkunft und seine Identität eindrucksvoll zu demonstrieren.

Saarländischer Rundfunk – Phase II

Thomas Kleist und Ricarda Wackers — Politik & Kultur 3/2021

Die Zuschauerplätze in den Theatern leer, die Kunst in den Museen für das Publikum unerreichbar und Künstlerinnen und Künstler ohne Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten – diese nie gekannte Situation stellt auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem gesetzlich verbrieften Kulturauftrag eine Herausforderung und moralische Verpflichtung dar. Hier ist er gefordert in seiner Doppelrolle: Als Medium, das die Probleme der künstlerisch tätigen Menschen und Institutionen in der Berichterstattung in die Öffentlichkeit bringt, und als Kulturfaktor, der das genuine Erschaffen von Kunst und Kultur ermöglicht.

Der crossmedial aufgestellte Kulturbereich des SR (Hörfunk, Fernsehen, Online) hat in den zurückliegenden Monaten versucht, diesen Spagat mit viel Elan und im Rahmen des Möglichen zu bewältigen. Sowohl im Fernsehmagazin »Wir im Saarland – Kultur« als auch auf SR 2 KulturRadio und in den Social-Media-Kanälen wurde kontinuierlich und umfassend in Beiträgen, Interviews und Kommentaren über die unterschiedlichen Facetten der Corona-Auswirkungen auf die Kultur berichtet. Dabei kommen und kamen die zum Teil prekäre Lage von Künstlerinnen und Künstlern, Veranstaltern, Bands, Ensembles etc. zur Sprache, aber auch konstruktive Ansätze, mit denen der Krise begegnet

wurde und wird. Neben der Produktion von Einzelporträts von Künstlerinnen und Künstlern in ihrer jeweiligen persönlichen Situation wurden – um nur einige Beispiele zu nennen – Gespräche mit den führenden Köpfen der kulturellen Institutionen des Landes geführt, der stärker als bisher zutage tretende Konflikt zwischen freier und subventionierter Kulturszene journalistisch aufgearbeitet oder auch eine Sendereihe über Exponate von Museumsausstellungen, die nicht eröffnet werden konnten, programmiert.

Die journalistische Berichterstattung wurde und wird flankiert von der unmittelbaren. Unterstützung regionaler Kulturveranstaltungen und Festivals, die zu einem großen Teil ohne die Hilfe des SR gar nicht hätten stattfinden können. So etwa das »Bundesfestival junger Film« und das Nachwuchsfilmfestival Max Ophüls Preis, die beide ausnahmslos im Internet und teilweise im SR Fernsehen stattgefunden haben. Auch das »Hemmersdorf Pop Festival« hätte ohne Hilfe der ansässigen Landesrundfunkanstalt nicht umgesetzt werden können. Hinzu kommen zahlreiche Video-Livestreams und Radioübertragungen von Konzerten etwa des rundfunkeigenen Klangkörpers, der Deutschen Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern, des Saarländischen Staatsorchesters, regionaler Bands und Ensembles und - ein besonderes Highlight – das Videostreaming des Weihnachtsmärchens des Saarländischen Staatstheaters »Donkey der Schotte und das Pferd, das sich Rosi nannte«. Während der Weihnachtszeit war es für Kinder und ihre Familien einen ganzen Monat lang unter anderem in der ARD-Mediathek abrufbar. Zu erwähnen ist auch die Preisverleihung des zweisprachigen und grenzüberschreitenden Festivals »Primeurs« für frankofone Gegenwartsdramatik, die ins Radio verlegt wurde, um sie überhaupt stattfinden lassen zu können.

Fazit: Der SR pflegt als kleine Landesrundfunkanstalt von jeher enge Verbindungen in die Kulturszene des Landes, und die Corona-Krise hat diese direkten Kontakte noch vertieft.

Südwestrundfunk - Phase I

Kai Gniffke — Politik & Kultur 4/2020

Leere hat sich ausgebreitet. Eine Krankheit schafft es, unsere Gesellschaft seit Wochen zu lähmen. Und statt zu kämpfen, soll der richtige Umgang sein, dass sich jeder zurückzieht in sein privatestes Umfeld. Was uns verbindet, ist plötzlich gefährlich, und die Welt bleibt stehen. Am meisten verunsichert uns die Ungewissheit, wie lange sich das Leben so einengen lässt.

Viel wurde schon gesprochen und geschrieben über Kleinkunst ohne Publikum, über finanziell klamme Clubbetreiber, über den Stillstand der Kultur. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk verändert sich in diesen Tagen. Wir mussten im SWR »Tatort«-Produktionen unterbrechen, auch Serien können erst mal nicht weitergedreht werden. Jedes Unternehmen ist verantwortlich für die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Frage stellte sich auch für den SWR und die gesamte ARD: Wie können wir gewährleisten, dass wir arbeitsfähig bleiben und trotzdem alle schützen?

Die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in den vergangenen Wochen gewachsen. Bei uns suchen die Menschen Informationen, was die Ausbreitung des Coronavirus angeht. Und gleichzeitig sind wir ein wichtiger Tagesbegleiter, der die Lücken einnimmt, die Freunde, Hobbys und schlicht der Alltag lassen: Wir springen ein, wenn es um den Schulersatz geht, haben unser Fernsehprogramm am Vormittag umgestellt und geben Bildung einen starken Platz. Wir legen beim Thema Information nach, machen Sondersendungen und Liveblogs im Internet. Wir merken, dass die Menschen genau das gerade brauchen. Zu dieser Lücke gehört auch die Kultur. Darum arbeiten wir intensiv an gemeinsamen Projekten, zusammen mit Musikern, mit Theatern und anderen Kulturbetrieben. Das Spannende daran: Es sind keine Einbahnstraßen. Wer das Publikum braucht. der findet es in diesen Tagen bei uns im Internet, Radio und Fernsehen. Was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, findet bei uns eine Bühne. Wir sind schnell dabei, von gemeinsamen Werten, gemeinsamer Kultur zu sprechen. Heute zeigt sich, welche Kraft wirklich darin steckt. Kultur ist nicht nur Oper oder Galerie, zu unserer Kultur gehören auch Brauchtum, Mode oder Straßenmusik in der Fußgängerzone.

Unsere Kulturlandschaft in Deutschland wird von Corona herausgefordert. Die Nachwirkungen werden noch lange zu spüren sein, ein Ende ist bisher nicht absehbar. Zu unserem großen Schmerz müssen wir beispielsweise auch Veranstaltungen wie die Schwetzinger SWR Festspiele absagen. Aber wo immer möglich, wollen wir in der kommenden

Zeit auch dort für Ersatz sorgen, beispielsweise Konzerte vor leeren Rängen übertragen und damit paradoxerweise zu Hause viel mehr Menschen erreichen als sonst. Es sind neue Wege, die wir an vielen Stellen gehen, und auch das braucht ein wenig Zeit, um sich einzuspielen. Das kann kein Ersatz sein für das echte Leben, es geht darum zu überbrücken. Mut kann uns machen, dass so viele Menschen verantwortungsvoll mit der Situation umgehen.

Wovon ich überzeugt bin, ist die Kraft, die auch aus dieser Herausforderung wachsen wird. Gerade in der Kultur wird diese Erfahrung von Isolation, von Einsamkeit zu ganz neuen Ideen führen. Und so können wir uns heute schon freuen auf all das, was nach dem Moment der Leere kommt. So wie wir jetzt abbilden, was uns lähmt, werden wir im SWR und der ARD in der Zukunft zeigen, wie Strom und Bäche vom Eise befreit werden. Goethes Osterspaziergang beschreibt genau das Gefühl, was uns nach Corona hoffentlich alle erfasst.

Südwestrundfunk - Phase II

Kai Gniffke — Politik & Kultur 3/2021

Goethes Osterspaziergang muss noch ein wenig warten. Mit Versen daraus und dem dort geschilderten verheißungsvollen Gefühl hatte ich vor gut einem Jahr die Stimmung beschrieben, die uns nach Corona hoffentlich alle erfasst. Aber, wie sagt man so schön und durchaus pragmatisch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Strom und Bäche sind zwar noch nicht vom Eise befreit. Im Tale grünet aber trotzdem Hoffnungsglück.

Hoffnung, die bitter nötig ist nach einem Jahr Corona-Frust. Jubiläen sind meist ja etwas sehr Schönes, gehören gefeiert. Im Fall des »Corona-Jubiläums« jedoch nicht. Die traurige Ironie dabei wäre sowieso: Selbst wenn wir diesen Jahrestag hätten feiern wollen – es wäre gar nicht möglich gewesen. Keine Konzerte, keine Partys, keine kulturellen oder gesellschaftlichen Festlichkeiten. In diesem einen Jahr ist die Sehnsucht nach echten Begegnungen, nach Erlebnissen im Theater, in Ausstellungen, in Clubs und auf Konzerten immer größer geworden. Die Sehnsucht nach der Vielfalt der Kultur und ihrer verbindenden Kräfte.

Dabei dürfen wir immer noch nicht vergessen: Für viele von uns ist es eine Sehnsucht nach Leichtigkeit. Für mehr als eine Million Kulturschaffende in Deutschland ist Corona aber nach wie vor der bedrohliche Entzug ihrer Lebensgrundlage.

Im SWR und in der ARD sind wir uns von Beginn an unserer besonderen Rolle in der Corona-Zeit bewusst gewesen: Indem wir diese Sehnsucht in der Gesellschaft mit unserem Programm stillen. Indem wir Verantwortung gegenüber der Kulturszene übernehmen, sie auch finanziell unterstützen und die kulturelle Vielfalt stärken. Mit großen multimedialen Schwerpunkten in allen Programmen, wie »#Zusammenhalten für die Kultur«, aber auch mit einzelnen Beiträgen, Porträts oder Reportagen über die Kulturschaffenden. Wir berichten über die Notsituation und sind Kulturproduzent. Damit kommen wir gleichermaßen unserem Kultur- und unserem Informationsauftrag nach.

»Weiterspielen!« heißt beispielsweise unsere Konzertreihe von SWR2, eine Verbindung von Livemusik und Talk. Freiberufliche Musikerinnen und Musiker spielen Konzerte, es treffen sich dazu Gäste aus dem Kulturleben zum Gespräch. Das Jugendradio »Dasding« hat Newcomerinnen und Newcomern extra Sendezeit zur Verfügung gestellt und ihre Darbietungen natürlich honoriert. Ebenso gab es Bühnen für Kulturschaffende bei SWR1, SWR3 und SWR4. Wir haben den Wettbewerb »Klangspektrum BW« unterstützt – 1.000 freie Musikerinnen und Musiker haben jeweils 1.500 Euro für ihre Einreichung bekommen. Mit rund 67,5 Stunden Musik und

Videos am Stück ist daraus ein Mega-Clip entstanden – inklusive Weltrekordversuch.

Diese Lust auf Kultur im SWR Fernsehen, im Radio, online oder auch gemeinsam mit dem SWR Symphonieorchester steckt an. Nach einem unserer Berichte hat sich ein Hörer bei uns gemeldet. Er habe sich entschlossen, bis auf Weiteres 10 % seines Nettogehalts an den Nothilfefonds der Deutschen Orchester-Stiftung zu spenden und so auch dazu beizutragen, dass Künstlerinnen und Künstler durch die Krise kommen. Wie war das noch bei Goethe? Im Tale grünet Hoffnungsglück ...

Westdeutscher Rundfunk - Phase I

Tom Buhrow — Politik & Kultur 4/2020

Freie Künstlerinnen und Künstler, Theater, Opernbühnen und Museen, Kinos - sie alle werden durch die Covid-19-Krise vor eine gigantische Herausforderung gestellt. Kultur lebt vom gemeinsamen Erleben. Und dieses Miteinander liegt durch die aktuelle Krise am Boden. Nicht etwa, weil es kein Bedürfnis nach Kultur gäbe. Werfen Sie nur einen Blick in die sozialen Medien: Menschen setzen sich allein zu Hause ans Klavier oder an die Gitarre und streamen ihre Musik ins Netz; in Italien singen die Menschen vom Balkon herab miteinander. Kultur ist, ebenso wie verlässliche Information, ein entscheidendes Element unseres Zusammenlebens. Ein Bedürfnis, das auch ein Virus nicht aufhalten kann.

Die ARD legt großen Wert darauf, die vielen Facetten von Kultur in ihrem Programm zu zeigen und zu ihrer sinnstiftenden Funktion beizutragen. In der Corona-Krise haben wir die Verantwortung, eine neue Brücke zu schlagen zwischen Kulturschaffenden und Kulturliebhabern. Dafür haben die ARD-Sender verschiedene Aktionen gewählt: Sei es der MDR, der die Leipziger Buchmesse ins Programm geholt hat, nachdem die Messe abgesagt werden musste, sei es der rbb mit Übertragungen von gefährdeten Kulturevents.

Auch im WDR finden unsere Redaktionen ganz neue Wege, z.B. mit der »WDR 3 Kulturambulanz«. Diese Plattform soll ein Forum

bieten für Künstlerinnen, Autoren und Kulturschaffende in NRW, z.B. wenn namhafte Autorinnen und Autoren im Homeoffice aus ihren Werken lesen. Unter #alleinimmuseum auf dem Instagramkanal @wdr3_im_museum können sich unsere Nutzerinnen und Nutzer mitnehmen lassen auf einen Rundgang durch verwaiste Museen. Von der Bundeskunsthalle in Bonn bis zum Zentrum für internationale Lichtkunst in Unna haben wir bei vielen Institutionen - trotz Schließung offene Türen eingerannt. Mit weiterlachen. de schafft der WDR eine digitale Bühne für Kabarettistinnen und Comedians – und zu guter Letzt bereiten wir ein Experiment vor: Henry David Thoreaus »Walden« als digitales Schwarmhörspiel, bei dem die Nutzerinnen und Nutzer ihren Teil zum großen Ganzen beitragen können.

Mit all dem wollen wir ein wenig Balsam auf die Seelen derjenigen geben, denen die aktuelle Situation Angst oder Sorgen bereitet. Aber uns ist nicht nur wichtig, dass die Kultur ihren Weg zu den Menschen findet – wir wünschen uns auch, dass die Kulturschaffenden heil aus dieser Krise herauskommen. Aus diesem Grund haben wir schnell in verschiedene Richtungen Signale gesetzt: Wir haben der Produzentenallianz, deren Mitglieder so wundervolle Spielfilme und Dokumentationen zu unserem Programm beitra-

gen, schnell Unterstützung zugesagt. Ebenso wie unseren freien Autorinnen und Autoren und den Musikverlagen.

Alle Anstrengungen, die wir momentan machen, machen wir unter erschwerten personellen Bedingungen. Auch in den Sendern fordert Corona Tribut. Außenübertragungen sind weitgehend unmöglich, ebenso große Studioproduktionen. In den Sendern wechseln sich Teams ab, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Die gute Nachricht ist: Wir senden nach wie vor für die Menschen im Land. Wie viel wir unter diesen Bedingungen leisten können, müssen wir von Woche zu Woche neu bewerten – und hoffen dabei auf das Verständnis der Nutzerinnen und Nutzer.

Ein Gedankenanstoß zum Schluss. Vielleicht wird unser Miteinander, das zuletzt unter Hass und Spaltung so gelitten hat, an dem neuen Wir-Gefühl in Zeiten von Corona ein wenig genesen. Dieses Wir-Gefühl entsteht, wenn man sich aufmerksam zuhört. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen andere niederbrüllen, möchte ich einen Wunsch äußern: Nutzen wir die viele Zeit zu Hause, um das Zuhören wieder zu entdecken. Vielleicht werden wir dann in einigen Monaten zurückblicken und merken, dass unser Miteinander ein anderes geworden ist – und hoffentlich ein besseres.

Westdeutscher Rundfunk – Phase II

Tom Buhrow — Politik & Kultur 3/2021

»Der Betriebsarzt ist mittlerweile praktisch Teil unseres Ensembles - er gibt uns den Takt vor für das, was geht und was nicht«. Das sagt Peter Mönkediek, Solotrompeter in unserem Sinfonieorchester. In der Konsequenz heißt das: Statt der geplanten zweiten Sinfonie von Gustav Mahler, ein Werk für großen Chor und das gesamte Orchester, gibt es jetzt Lieder von Alma Mahler, die eine erheblich kleinere Besetzung fordern. Mehr kleine Produktionen statt weniger großer, das ist der Weg, den das Orchester gerade geht. Immer mit dabei ist der Orchesterwart, der mit dem Zollstock die Abstände misst. So herausfordernd die Situation für die Musikerinnen und Musiker ist: Es ist ein Privileg, dass sie überhaupt spielen können, im Gegensatz zu unzähligen Kolleginnen und Kollegen in aller Welt.

In der Corona-Krise haben wir wie unter einem Brennglas gesehen, wo die Schwächen in unserer Gesellschaft liegen – und die Stärken. Sicher ist: Die Kultur gehört zu unseren großen Stärken. Und der öffentlichrechtliche Rundfunk trägt einen großen Teil dazu bei. Denn in Zeiten geschlossener Theater, Musiksäle und Museen unternehmen wir besonders viel, um Kultur zu den Menschen nach Hause zu bringen: mit Konzerten im Livestream, Lesestunden, Hörspielen oder neuen Musikkompositionen, im linearen Programm und auf den digitalen Plattformen.

Ein paar Beispiele aus dem WDR: Der Westart-Lieferservice bringt Kultur live und real in die Vorgärten, Hinterhöfe und Treppenhäuser. Er liefert Lesung, Konzert oder Kunstwerk frei Haus zu den Menschen in den Dörfern und Städten unseres Landes. Ab März geht die Aktion in die nächste Runde. Auch das Sinfonieorchester war im Sommer unterwegs. Peter Mönkediek hat uns geschildert, wie das Orchester seine Abonnentinnen und Abonnenten besucht und in kleinen Ensembles Mini-Open-Air-Konzerte gegeben hat.

Der Lohn: Es gab kaum Kündigungen, obwohl der Konzertbetrieb eingestellt ist. Außerdem wird heute so gut wie jedes Konzert gestreamt, früher war das eher die Ausnahme. Seit Beginn der Pandemie haben wir fast 40 »Geisterkonzerte« der vier WDR-Ensembles digital und auf WDR 3 verbreitet. Zusammen kommen die Projekte der Klangkörper allein bei Facebook und YouTube auf über 15 Millionen Videoabrufe.

Die WDR-3-Kulturambulanz ist eine ständig wachsende Streaming-Plattform für Musik, Theater und Literatur. Das Kölner Schauspiel ist mit »Don Karlos« dabei, die Leverkusener Jazztage bieten den Fans unterschiedlichste Stilrichtungen, rockpalast@kulturambulanz produzierte »Corona Sessions« unter anderem mit Doro Pesch und »Fortuna Ehrenfeld«. Sie finden dort Lesun-

gen mit Ann-Kathrin Kramer, Jan Costin Wagner oder Bibiana Beglau. Überhaupt hat das Vorlesen in den vergangenen Monaten eine Renaissance erlebt: Auf die WDR-5-Fortsetzungslesungen von Klassikern der Weltliteratur – von Jane Austens »Stolz und Vorurteil« bis hin zu »Die Silvesterglocken« von Charles Dickens – haben wir sehr viele begeisterte Rückmeldungen unserer Hörerinnen und Hörer bekommen, die uns von einem großen Suchtfaktor dieser Lesungen berichtet haben.

Auch wenn wir es uns noch nicht richtig vorstellen können: Irgendwann wird die Zeit geschlossener Kultureinrichtungen vorbei sein. Dann sehen wir uns wieder: im Theater, im Museum, bei Diskussionen, bei Konzerten. Wir werden um viele Ideen und Erfahrungen reicher sein, können Kunst und Kultur noch individueller und vielfältiger präsentieren. Und unser Trompeter Peter Mönkediek kann wieder das tun, was er an seinem Beruf am meisten liebt: »Live spielen vor Publikum bleibt für uns Musiker immer das Wichtigste«.

ZDF

Thomas Bellut — Politik & Kultur 3/2021

Tanz, Musik, Theater, Kino - Kultur lebt von Gemeinschaft, vom sozialen Erlebnis. Die Pandemie hat das öffentliche Kulturleben fast zum Erliegen gebracht. Und damit auch die Rolle von Medien als Vermittler und Bewahrer kultureller Leistung neu definiert. Von heute auf morgen entfielen die meisten kulturellen Events – und damit ein wesentlicher Teil der Inhalte unserer Kulturberichterstattung. Das ZDF hat ausführlich über die prekäre Situation der Kulturschaffenden in dieser Zeit berichtet. Aber schnell war klar: Die Menschen brauchen den medialen Zugang zu Kultur mehr denn je. Und umgekehrt braucht die Kultur mehr denn je Plattformen, um die Menschen zu erreichen.

Die digitale Welt als ein eigener kreativer Entfaltungsraum spielt dabei eine besondere Rolle. Mit seinem 2019 gestarteten digitalen Angebot ZDFkultur konnte das ZDF schnell auf zahlreiche gefestigte Partnerschaften mit bedeutenden Bühnen, Museen, Klangkörpern sowie Solistinnen und Solisten aufbauen und ihnen auch während des Lockdowns Präsenz und Aufmerksamkeit ermöglichen. So hat unsere Digitale Kunsthalle seit Beginn der Pandemie sieben neue Ausstellungen eröffnet. Das interaktive Literaturangebot »Dein Buch« nahm rund 120 neue Titel in sein Repertoire auf. Die Menschen begeisterten sich immer mehr für unsere Kulturangebote: Die Sich-

tungen von ZDFkultur-Inhalten in der Mediathek stiegen um 45 %, der Facebook-Account des Angebots wuchs fast um das Fünffache – mit zuletzt durchschnittlich sieben Millionen Videosichtungen im Monat.

Im TV haben unsere Kulturmagazine der Berichterstattung über die negativen Corona-Folgen für die Branche ganz bewusst die schönen Seiten der Kultur und damit auch ein Stück Hoffnung entgegengesetzt. Das Kulturmagazin »aspekte« verließ das Fernsehstudio und öffnete für das Publikum geschlossene Kulturorte wie das Neue Museum in Berlin oder die Staatsbibliothek. Dazu kamen digitale Sonderformate wie die »Hauskonzerte«. In der 3sat-Kulturzeit-Reihe »Kultur trotzt Corona« traten über 80 freie Künstlerinnen und Künstler auf. Auf dem »Digitalen Blauen Sofa« fanden Gespräche mit mehr als 100 Autorinnen und Autoren im Rahmen der Frankfurter Buchmesse statt.

Aus dem Theater an der Wien wurde »Fidelio« bei Arte übertragen. Wir sind dabei nicht nur der Vermittler, der Kultur und Publikum – auch in dieser begegnungsarmen Zeit – zusammenbringt. Wir schaffen Auftrittsmöglichkeiten, damit Einkünfte, wenigstens für einige Künstlerinnen und Künstler. Und auch das gehört zu unserem Beitrag für die Kulturlandschaft: Wir produzieren weiter Filme und Serien. Mit Produktionen wie

»Drinnen« oder »Liebe.Jetzt!« haben wir gemeinsam mit Kreativen und Produzentinnen und Produzenten schnell neue fiktionale Erzählformen etabliert. Das ZDF vergibt auch aktuell in gewohntem Umfang Aufträge an Produktionsfirmen. Der Sender beteiligt sich mit bis zu 50 % an zusätzlichen Kosten bei Drehunterbrechungen infolge der Corona-Krise – wenn diese nicht vom Ausfallfonds II der Länder abgedeckt werden. Die zusätzlichen Kosten etwa für neue Hygienemaßnahmen übernimmt das ZDF voll.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei – das wissen die Kulturschaffenden wohl am besten. Auch deshalb machen wir in diesem Jahr weiter. Ein Beispiel: In legendären Clubs treten Newcomerinnen und Newcomer aus Pop und Rock für das neue Dokuformat »Stay Live« auf. Die Konzerte werden den Beteiligten kostenfrei zur weiteren Nutzung überlassen.

Wir können nicht im Ansatz ersetzen, was an Kulturleben mindestens zeitweise verloren geht. Aber wir können ein Angebot aufrechterhalten, das es den Menschen ermöglicht, Kultur wenigstens mittelbar zu erleben.

3. Kapitel: Rundfunk – mehr als nur Berichterstatter

4

Religionsgemeinschaften als Kulturorte

Mit Beiträgen von:

Theresa Brüheim, Johann Hinrich Claussen, Hannes Langbein, Aiman Mazyek und Christian Stäblein

Nächster sein Im Wartezimmer der Corona-Pandemie

Christian Stäblein — Politik & Kultur 5/2020

Nächster sein. In Ernst Jandls aus dem Jahr 1968 stammenden Gedicht »fünfter sein« wird die prototypische Situation im Wartezimmer beim Arzt ebenso knapp wie elementar aufgegriffen. Fünfter, vierter, dritter, zweiter, »nächster sein« – gemeint ist die schlichte Reihenfolge der Wartenden, die nacheinander aufgerufen werden und ins Behandlungszimmer gehen. Auf einer zweiten Ebene thematisieren die Worte »nächster sein« en passant, worum es in der Antwort auf Krankheit stets auch geht: zum Nächsten werden, und zwar in diesem übertragenen Sinn: solidarischer, fürsorgender, zuhörender Mitmensch werden, ja sein.

Das Wartezimmer ist ein mit ambivalenten Gefühlen und Gedanken gefüllter Zwischenort. Hier wird geschwiegen, manchmal aber auch lange geredet. Hier wird gebangt und erzählt. Hier wird gehustet und - wenn möglich - seit jeher auf Abstand gesessen. Das Wartezimmer ist der Ort, an dem sich die Fragen nach Integrität, nach Identität, vor allem auch die Frage nach einem Sinn der Krankheit und nicht selten die nach einem Sinn des Lebens aufdrängen. Zeit genug ist ja in der Regel. Und - mit Ausnahme vielleicht gerade jetzt, wo auch die Wartezimmer aus dem Gebot der Eindämmung des Virus heraus eher leer sind - sind genug andere da, Nächste, mit denen das alles besprochen sein mag. Sinnfragen bedürfen der Kommunikation, ja, möglicherweise stellt der Sinn sich überhaupt erst so ein. Nicht zuletzt in dieser Hinsicht sind wir, so mein Eindruck, derzeit mit der Krise auch in einer Art kollektivem Wartezimmer, ein andauernder Ausnahmezustand, der uns vor zentrale Fragen stellt, die fast rund um die Uhr debattiert werden: in Talkshows, in Sonderausgaben, in Themensendungen, in Gottesdiensten. Fast könnte man frei nach Jandl über die ins Mark treffenden Identitäts- und Sinndiskurse dieser Wochen sagen: Tür auf, eine raus, eine rein. Ich nenne fünf Fragen, die unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten betrifft. Und dann, wenn Sie so wollen. sind wir dran - oder Nächste bzw. Nächster.

5 - Die Schmerzen der anderen

Zum Klassiker in der Wartezimmersituation gehört es, einander die Krankheiten und Gebrechen zu zeigen. Man will sich nicht anstecken, aber doch durchaus erfahren, was der andere hat. Die eigene Betroffenheit kann so artikuliert und zugleich für die Leiden des anderen Empathie entwickelt werden. Die Einsicht, meinen Nächsten geht es ähnlich, genauso oder gar noch schlechter, führt dazu, dass sich die eigene Betroffenheit relativiert. In der Corona-Krise ist dieser Effekt im kollektiven gesellschaftlichen Wartezimmer gerade beson-

ders wichtig. Allzu schnell werden die vielen anderen Betroffenen aus dem Blick verloren. Dazu gehören nicht nur die, die schlicht an anderen Krankheiten als Covid-19 erkrankt sind. von Krebs- über Herz- bis zu Influenza-Patienten. Dazu gehören erst recht die vielen mittelbaren Corona-Betroffenen: von der Schule - Stichwort: Bildungsnot - über die Familien - Stichwort: häusliche Gewalt - bis zum Sport - Stichwort: Insolvenzen im Profisport jenseits des Fußballs, von der Geschäftswelt -Stichwort: Rezession - bis zum für unsere Gesellschaft essenziellen Kulturbereich: Theater, Konzerte, Großevents, Museen, Galerien, Opern. Viele, ja, fast alle sind mittelbar von der Krise betroffen. Auf die Zukunft hin gerechnet verstärkt sich dieses Bild noch: Eine Rezession und eine mit ihr verbundene Zunahme von Armut verschlechtert konkret die Gesundheitssituation eines Teils der Gesellschaft. Armut ist das größte Gesundheitsrisiko. Insofern sind die Debatten um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus von elementarer Bedeutung. Sie müssen sein. Nur wenn im Zwischenraum Wartezimmer auch die Schwächeren zu Wort kommen. gibt es eine faire Chance auf einen solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger erlebe ich in diesem Zusammenhang sehr verantwortungsbewusst, gerade weil keine politische Entscheidung zu irgendeinem Zeitpunkt »alternativlos« ist. Die Stunde der Exekutive darf unter diesen Prämissen niemals ein autoritärer Alleingang sein. Schmerzen sind im Leben oft sehr ungleich verteilt. Eine Krise führt das vor Augen und macht uns, wenn es gut geht, sensibler für den Schmerz der anderen.

4 - Die Behandlung: Die Vielfalt der Hypothesen und ihr Rahmen

Im Wartezimmer unterliege ich meist einem doppelten Gedanken im Blick auf die medizi-

nische Expertise. Ich wünsche mir eine Anweisung, die hilft und gesund macht. Und ich weiß, dass medizinische Kunst, von der Diagnostik bis zum Therapieansatz, eine hermeneutische Wissenschaft ist. Es gibt mehr als eine Meinung, ja, es gibt meist ziemlich viele. Neben der klaren Ansage lockt deshalb die zweite Meinung.

Zu den für die Mündigkeit unserer Gesellschaft aussagekräftigen Momenten in der Ausnahmesituation gehört die Auseinandersetzung zwischen den Expertinnen und Experten. Wenn der Bonner Virologe einen anderen Ansatz, eine andere Infektionshypothese und auch andere Maßnahmen vorschlägt als der Hamburger oder der Berliner Kollege, ist das eine wichtige Grundlage dafür, dass sich die Gesellschaft verantwortlich, weil innerhalb einer prinzipiellen Pluralität überaus bewusst, mit der Krisensituation auseinandersetzt. Gerade die Krise ist der Bewährungstest für die Akzeptanz von Vernunft und Argumentationsregeln innerhalb eines Gemeinwesens. Hierbei sind die Bereiche Kunst und Religion besonders gefragt. Denn sie bürgen für die Weite und den Freiheitsraum der Argumentation und ihrer zugrunde liegenden Wirklichkeitsmodelle. Kunst und Religion sind auch für den Austausch der hermeneutischen Modelle zum Verständnis und zur Bekämpfung einer Krankheit wesentliche Ressourcen. Im Bild gesprochen: Es gibt nur wenige Wartezimmer, in denen nicht Exponate bildender Kunst aufgehängt sind.

3 – Das Ziel im Umgang: Integration oder Exklusion

Zwei Pole werden in der Wartezone der Corona-Krise im Blick auf ihre Bearbeitung immer wieder diskutiert: Herdenimmunität oder Eindämmen und Stoppen der Virusverbreitung. Es sind die zwei klassischen Pole im Umgang mit Krisen: Integration oder Exklusion. Beide Strategien bergen ihre Gefah-

ren. Bei der Integration droht das unkontrollierte Beherrschtwerden durch das Virus. Bei der Exklusion bleibt – neben dem dauernden Zweifel an der erfolgreichen Umsetzung – die stete Bedrohung: Das Virus kann ständig zurückkehren. Die Integration basiert letztlich auf dem Prinzip des Annehmens der Krankheit. Sie ist in der Welt, sie muss mit bestmöglicher Hilfe durchgestanden werden. Die Exklusion basiert auf dem Prinzip des Ablehnens, des Kampfes gegen die Krankheit. Sie ist zwar in der Welt, aber sie soll wieder aus der Welt.

Beide Strategien gehören zum Menschsein – und beide Strategien haben auf dem Weg der menschlichen Entwicklung viele Erfolge vorzuweisen. Die Integration als Prinzip macht den Menschen grundsätzlich entwicklungsfähig. Zugleich bleibt er auf diesem Weg endlichkeitsbewusst. Erst der Mensch, der sein Sterben annehmen kann, kann leben. Die Exklusion von Krankheiten als Prinzip – Stichwort: Impfung – hat Dauer, Zahl und Qualität menschlichen Lebens deutlich erhöht. Allerdings hat es nicht den Sinn für die eigene Endlichkeit gestärkt. Dieser drängt sich durch die Wahrnehmung der Krise mit Macht wieder nach vorne.

Es macht wenig Sinn, die Strategien Integration und Exklusion im Umgang mit Krankheit gegeneinander auszuspielen. Hilfreich ist aber das Gespräch, das vor Augen führt, dass beide Strategien ihren guten Grund haben. Und: Ob Integration oder Überwindung, wenig ist so schön, wie im Wartezimmer von der Krise zu erzählen, die ich hinter mir habe. Gehabte Schmerzen, die hab ich gern, das wusste schon Wilhelm Busch.

2 – Der Sinn der Krise: Protest oder Veränderung

Womit wir bei einem Hauptfokus der gegenwärtigen Krisenbewältigung sind. Wie geht es danach weiter? Schon seit den ersten Pan-

demiewochen begleiten uns spannende Szenarien, welche guten, stärkenden Impulse für eine bessere Gesellschaft in der Krise verborgen lägen. Der Verzicht werde einen neuen Sinn für Entschleunigung, einen klareren Blick auf das Wesentliche, eine größere Achtsamkeit für den Nächsten, ein Mehr an Aufmerksamkeit und Kommunikation und nicht zuletzt einen Schub in der Digitalisierung mit sich bringen. Die Krise bekomme so ihren Sinn. In der Tat: Nach der Krankheit, das nehme ich mir bei jedem Arztbesuch neu vor, werde ich weniger Süßes essen, mehr Sport treiben, öfter Pausen machen und mehr zuhören. Umgekehrt – auch das ist aus der Verzichtssituation individuell so vertraut wie kollektiv – ist die Vorfreude während des Ausnahmezustands groß, hinterher zumindest manches nachholen zu können, was nun versäumt wurde. Der ausgefallene Theaterbesuch, die abgesagte Geburtstagsfeier – all das werde ich mir doch von einer Krankheit nicht vorschreiben lassen, »Gebt uns unser Leben zurück«, diese Formulierung war für mich bisher der stärkste Protest gegen die Krise und dabei bis in die Wortwahl hinein vom »Zurück« geprägt. Der Protest gegen die Krise findet die Stärkung des Lebenssinns im Gewohnten, die Krankheit, die mir vorführt, was mein Leben ausmacht, und es wieder schätzen lehrt. Das Prinzip Veränderung findet den Sinn der Krise hingegen im Entdecken, was im bisherigen Leben offenkundig falsch war. Nun ist die Chance da, das zu ändern. »Wer sie jetzt nicht ergreift, hat nichts begriffen« - auch diesen Satz hört man öfter im Wartezimmer.

Ähnlich wie bei der Frage nach Integration oder Exklusion sind die Pole dieser Bewältigungsstrategien nur die Leitplanken. Wir bewegen uns in der Regel dazwischen. Dabei sind die Kommunikationsräume Kunst und Religion von besonderer Bedeutung. In der Kunst lässt sich die ambivalente Kon-

vulsion von Protest und Veränderung besonders gut zum Ausdruck bringen. Harmonie und Dissonanz bedingen einander, Katharsis und Unterhaltung bilden oft ein Zwillingspaar, das da zur Darstellung kommt, wo Freiheit eröffnet und Verstörung zugelassen wird. Und: Kein Psalm, der nicht die Ambivalenz der Welterfahrung in sich trägt: Die Anfechtung der Situation und die Zuwendung Gottes.

1 - Nächster sein: Gott und die Krise

In angemessener Kürze soll die Gottesfrage in der Krise angesprochen werden. Sie verbirgt sich, ja, sie grundiert die Frage nach dem Sinn. Will Gott uns, mir mit einer Krise etwas zeigen? Das pädagogisierende Gottesbild hinter dieser Frage lässt mich zurückschrecken. Andererseits: Der Gott, der ausschließlich als durch die Krise Mitgehender gedacht wird, wirkt erschreckend ohnmächtig. Auch das Gottesbild selbst verdient Beachtung in der Krise, weil es als Bild zerbrechen muss. Eine existenzielle Krisenerfahrung: Der lebendige Gott trägt und befreit, fordert und erlöst -als der ganz und gar Liebende. Wenn Krisen etwas mit Gottesbildern machen, dann das: Sie verlebendigen. Aus der Vorstellung eines Gottes wird das lebendige Gegenüber, das anspricht und – Gott sei Dank – ständig angesprochen werden kann. Mit Jandl haben wir nun im Wartezimmer gesessen. So ist unsere gesellschaftliche Situation natürlich nicht. Wir sind eine liberale Gesellschaft im vorübergehenden Ausnahmezustand, dabei, wie wir ietzt erleben. sehr stabil und wenig bis gar nicht darauf gepolt, bloß untätig zu warten. Es gibt genug zu tun: als Erstes in der Begleitung der Kranken und Sterbenden. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit, unsere Liebe. In ihnen begegnet uns Gott. Sie sind dran und dann wir. Weil wir ihre Nächsten sind. Und ja: Hinter dem Sinn wartet Segen.

System(ir)relevant Der Beitrag von Kultur und Religion zum gesellschaftlichen Leben

Johann Hinrich Claussen — Politik & Kultur 6/2020

Nicht nur ein fataler Virus hat sich bei uns ausgebreitet. Mit ihm sind auch neue Wörter bei uns heimisch geworden. Eines von ihnen ist besonders bedenklich, weil es erstens ausgesprochen hässlich ist und zweitens so schnell eine solche Macht erlangt hat. Es stammt - das festzustellen ist kein Zeichen von Fremdenfeindlichkeit – aus den USA. Deutschland ist ja sprachlich vor allem eine Importnation. Das fiese Wörtchen, das ich meine, heißt: »systemrelevant«. Wie ein überaus scharfes Messer schneidet es aus dem dichten gesellschaftlichen Gewebe die wenigen Institutionen und Berufsgruppen heraus, auf die in einer Krise auf gar keinen Fall verzichtet werden darf. Jedes vor allem finanzielle Mittel ist gerechtfertigt, sie am Leben und Arbeiten zu erhalten. Denn sie allein, so behauptet es dieses Adjektiv, sind für das Überleben des Systems relevant. Alle anderen eher nicht so.

Das mag für eine zeitlich begrenzte Quarantäne nachvollziehbar und legitim sein. Es schadet aber nicht, sich zu vergegenwärtigen, wo dieses Wort denn herkommt. Das deutsche »systemrelevant« ist eine Übertragung von »systemically important«. Dieses hat in den USA eine lange Vorgeschichte: Immer wenn extreme finanzpolitische und finanzwirtschaftliche Krisen ausbrachen, wurde danach gefragt, welche Bank, Firma oder staat-

liche Einheit zu groß und zu wichtig war, als dass sie hätte bankrottgehen dürfen. Würde ihre Pleite so viele andere, eigentlich gesunde Institutionen mit sich in die Pleitereißen, dass am Ende das Wirtschaftssystem als Ganzes in den Abgrund stürzen könnte? Merke: Auch in der Finanzwelt gibt es Infektionsraten! Seinen größten Auftritt bisher hatte »systemically important« 2007 bei der schlimmsten aller Finanzkrisen und diente damals zur Rechtfertigung dafür, allerlei unsolide geführte Banken mit Unmengen von Steuergeldern vor dem Kollaps zu retten. Wohl dem, der sich dieses Adjektiv ans Firmenschild kleben kann!

Dann kam Corona, und »systemrelevant« erhielt neue Ausbreitungsmöglichkeiten. Um die Gesundheit des Volkes, die Arbeitsfähigkeit des medizinischen Betriebs sowie die öffentliche Ordnung zu schützen, wurden die allseits bekannten Professionen und Institutionen als »systemrelevant« markiert und von den üblichen Einschränkungsregeln ausgenommen. Dass dies sinnvoll war, dürfte sich gezeigt haben. Je länger die Corona-Krise aber anhält, umso deutlicher werden die fatalen Nebenwirkungen dieser semantischen Pille. Da ist zunächst die Blickverengung. Man muss sich nicht über Niklas Luhmanns Systemtheorie habilitiert haben, um zu ahnen, dass moderne Gesellschaften nie

nur ein System darstellen, sondern dass sie im Gegenteil aus verschiedensten Teilsystemen bestehen, die miteinander in Wechselwirkung stehen. Das zweite Problem ist ein undurchschauter Autoritarismus. Denn wer bestimmt eigentlich, wer für eine Gesellschaft relevant oder irrelevant ist? Wo und wann wäre darüber je demokratisch gestritten worden? Manche Auswahl mag selbstevident gewesen sein, aber nicht jede.

Die Teilsysteme Kultur und Religion jedenfalls mussten die Erfahrung machen, von einem Tag auf den anderen für irrelevant erklärt zu werden. Mehr noch: Plötzlich galten sie nicht mehr als Ouellen des Schönen und Guten, sondern als Gefahrenherde. Auch dafür gab es natürlich epidemiologische Gründe. Doch längst hat sich gezeigt, was verloren geht, wenn es keine Konzerte in Kirchen oder Philharmonien, keine Theatervorstellungen und Gottesdienste, keine Seelsorge und keine Literaturlesungen, keine Begegnungen in Kultur- und Gemeindehäusern mehr gibt. In einem System, in dem all dies nicht relevant wäre, möchte man nicht leben. Dann lieber bewusst und mit Stolz »systemirrelevant« sein! Vielleicht aber hat die Corona-Krise darin ein Gutes, dass sie das Bewusstsein dafür weckt, wie gut, heilsam und lebensnotwendig – um am Schluss ein paar schöne deutsche Adjektive zu verwenden das ist, was Kultur und Religion zu einem gesellschaftlichen Leben beitragen können.

Kirchen für Künstler Gottesdienste bieten Auftrittsund Verdienstmöglichkeiten für Kunstschaffende

Hannes Langbein im Gespräch mit Theresa Brüheim — Politik & Kultur 7-8/2020

Kirchen sind Kulturorte und in der Corona-Krise einer der wenigen regelmäßig geöffneten Veranstaltungsorte. In rund 20.000 deutschen Kirchen findet jeden Sonntag ein Gottesdienst statt; das bietet wöchentlich Tausende Möglichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende, auch inmitten der Pandemie aufzutreten. Die Idee ist nicht neu, doch die »Kunde« muss noch weiter gestreut werden. Dies tut Hannes Langbein im Interview mit Theresa Brüheim.

Herr Langbein, Sie sind Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO). Was machen Sie in dieser Funktion genau?

Als Kunstbeauftragter der Landeskirche bin ich dafür zuständig, Gemeinden und kirchliche Institutionen bei der künstlerischen Neugestaltung z. B. von Kirchenfenstern oder Altären zu beraten. In der Regel initiiert der Kunstbeauftragte in solchen Fällen einen Wettbewerb und unterstützt die Gemeinden darin, den Radius der künstlerischen Auswahl zu weiten und die beste Lösung zu finden. Auch die Künstlerseelsorge zählt zu meinem Arbeitsbereich. Darüber hinaus gibt es traditionelle Veranstaltungsformate in meinem Aufgabenbereich wie den ökumenischen Aschermittwoch der Künstler und den Kunst-

gottesdienst »Mein Psalm«, das ist ein Lyrikformat. Natürlich gehört auch die Kulturpolitik mit zu meinen Aufgaben: Der Kunstbeauftragte muss die gesellschaftliche und kulturpolitische Entwicklung im Blick haben und in Absprache mit der Kirchenleitung kommentieren.

Aktuell haben Sie gemeinsam mit dem Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Johann Hinrich Claussen, die Initiative »Kirchen für Künstler« initiiert. Was steht dahinter?

In der Corona-Krise sind Künstlerinnen und Künstler in akute Not geraten; sie haben Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten verloren. Kirchen bieten immer schon Auftrittsmöglichkeiten – nämlich in den Gottesdiensten. Kirchen zählen zu den großen Kulturträgern des Landes: In Deutschland gibt es um die 40.000 katholische und evangelische Kirchen. Schätzungsweise 20.000 halten jeden Sonntag einen Gottesdienst ab, das sind 20.000 potenzielle Auftrittsmöglichkeiten.

Traditionell sind Gottesdienste durch unterschiedliche Kunstformen wie z.B. Musik und Lesungen geprägt. Es bieten sich vielfältige Möglichkeiten, Künstlerinnen und Künstler zu beteiligen: Man kann Musiker, Sprecher, Schauspieler oder Performer ein-

laden. Das geschieht in ganz vielen Kirchen schon, das ist nichts Neues. Aber oft fehlt auf beiden Seiten – sowohl bei den Kirchengemeinden als auch bei den Kunstschaffenden – das Bewusstsein dafür. Gottesdienste erfahren durch Künstlerinnen und Künstler eine ästhetische Aufwertung; umgekehrt können sie auftreten und verdienen. In St. Matthäus, unserer Kirche im Berliner Kulturforum, beteiligen wir regelmäßig Solisten an unseren Gottesdiensten – für viele ist es in diesen Tagen der erste Auftritt vor Publikum seit Ausbruch der Corona-Pandemie.

Wie ist die Resonanz aus den Landeskirchen dazu?

Alle Kunst- und Kulturbeauftragten der Landeskirchen haben sich der Initiative angeschlossen. Sie tragen das alle mit und in ihre Landeskirchen hinein. Ich erhalte auch persönliche Rückmeldungen. Aber es gibt noch keinen flächendeckenden Überblick. Wir streuen die Kunde noch weiter.

St. Matthäus ist Kulturkirche. Wie sieht ein Gottesdienst bei Ihnen aus?

In allen Gottesdiensten beziehen wir einen musikalischen Solisten ein. Das heißt, ein freier Musiker - ein Sänger oder ein Instrumentalist- wirkt gemeinsam mit dem Kantor. Ab und an vergeben wir auch Kompositionsaufträge. In anderen Formaten wie dem iährlichen »Mein Psalm«-Gottesdienst, unserem Lyrikformat, wird ein Lyriker eingeladen, einen Psalm neu zu schreiben. Das hat lange Tradition. In diesem Jahr war das Steffen Popp. Anfang August wird die Tänzerin Claudia de Serpa Soares aus dem Sasha-Waltz-Ensemble im Rahmen unseres LABO-Ra-Werkstattgottesdienstes im Dialog mit dem aktuellen Ausstellungsraum von Leiko Ikemura performen. Unsere Gottesdienste finden immer in Rauminstallationen von Künstlern statt.

Aktuell hat die japanische Künstlerin Leiko Ikemura einen coronaspezifischen Raum geschaffen: In der Mitte des Raumes liegt eine Skulptur, Memento Mori, die uns an die Vergänglichkeit erinnert; um sie herum gruppiert ist der Gottesdienstraum, der nun ganz anders aussieht als sonst.

Aktuell darf im Gottesdienst aufgrund der Ansteckungsgefahr nicht gesungen werden. Ein Stück Kultur wurde dem Gottesdient somit temporär genommen. Ist »Kirchen für Künstler« auch ein Versuch, der Gemeinde ein anderes Stück Kultur zurückzugeben?

Im Moment sind die Gottesdienste ästhetisch verarmt. Das zentrale Element – der Gemeindegesang – findet aus nachvollziehbaren Gründen nicht statt. Es entsteht dadurch eine große Lücke: zum einen, was die Beteiligung der Gemeinde angeht, zum anderen, was die Schönheit der Gottesdienste betrifft. Diese Leerstelle wollen wir durch das Einbeziehen von Künstlerinnen und Künstlern füllen. An dieser Stelle reichen sich Religionsund Kunstfreiheit quasi die Hand.

Oft haben Kirchengemeinden ein schmales Budget. Inwieweit können Künstlerinnen und Künstler fair entlohnt werden?

Zur Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern gehört auch, nicht nur über die Bezahlung nachzudenken, sondern ein Honorar zu zahlen. Der Umfang liegt natürlich in der Obhut der Gemeinden. Das ist auch Verhandlungssache zwischen Kirchengemeinden und Künstlern. Neben der Aufwendung der eigenen Mittel bietet sich die Möglichkeit, eine extra Kollekte für die am Gottesdienst beteiligten Künstler zu sammeln. Das hat Tradition. Außerdem können sich Kirchengemeinden auch Partner bzw. Sponsoren suchen, die bei dieser schönen Aufgabe helfen.

Viele Freitagsgebete in Moscheen bleiben weiter aus Islam-Praktizieren in der Corona-Pandemie

Aiman Mazyek — Politik & Kultur 10/2020

Die Verschiebung des Ramadans aufgrund der Corona-Pandemie war eine Diskussion, die es einigen Medien durchaus wert war, zu verbreiten. Ich fand diese Diskussion ein Stück weit belustigend. Es zeigt einmal mehr, wie wenig manche bereit sind, die Dinge zu Ende zu denken. Aber es eröffnete auch uns Muslimen, sich über den Heiligen Monat Ramadan in Corona-Zeiten hinaus, der Gaben dieses Monats nochmals bewusster zu werden. Dabei spielt der Verzicht auf Essen und Trinken für eine bestimmte Zeit am Tag eine eher untergeordnete Rolle, sprich eine mittlere und vor allem vermittelnde Rolle. Denn das Fasten soll den Weg zum spirituellen Schatz des Ramadans weisen: dem Heiligen Monat, an dem der Koran herangesandt worden ist, dem Monat der Barmherzigkeit und Vergebung, dem Monat des Gebets, des Koranlesens, des innigen Gespräches mit Gott. Selbstverständlich wollen Muslime dies vorzugsweise in der Moschee ausüben, aber in Corona-Zeiten machten wir unsere Wohnzimmer zu Moscheen innerhalb unserer Familien, nachdem wir gemeinsam das Fasten mit ihnen gebrochen haben.

Kein Muslim, gerade jene, die aufgrund der islamischen Bestimmungen nicht zu fasten brauchen bzw. dürfen – das sind z.B. Kranke, Wöchnerinnen oder Schwangere –, würde freiwillig auf diesen wesentlichen Teil

des Ramadans verzichten, in Corona-Zeiten erst recht nicht. Sie wissen genau, auch wenn sie aus gesundheitlichen Gründen nicht fasten können bzw. dürfen, der Heilige Monat Ramadan ist mit seinen Gaben, mit dem Geschenk Gottes vollends da und sie mittendrin. Und warum ausgerechnet in diesen schweren Zeiten darauf verzichten? Das klingt in der Tat wie ein schlechter Witz. Man würde ja auch nicht eine Verschiebung des Sommers anmahnen, nur weil die Sonnenschirme ausverkauft sind, oder den Juden die Verschiebung ihres Pessach-Festes nahelegen, nur weil sie nicht in die Synagoge gehen können, oder schließlich die Christen anweisen, Karfreitag und Ostern auf Weihnachten zusammenzulegen, weil - so hoffen wir alle bis dahin die Gotteshäuser wieder geöffnet sein könnten?

Und ja, die Entscheidung des Vorstandes des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) in Abstimmung mit Verwaltung und Politik, die Moscheen in der Pandemie erst mal zu schließen, war eine schwere Entscheidung. Sie erfolgte aber nach Absprache mit den Islam-Gelehrten – noch bevor übrigens die meisten Bundesländer dazu Verordnungen erlassen hatten. Später leiteten wir dann eine vorsichtige Öffnung ein, die mit einem strikten Hygiene- und Abstandskonzept einhergeht. So ist es bis heute.

Und die Religion stand uns auch hier immer Pate. Denn unser Prophet sagte schon: »Wenn Sie von einem Ausbruch der Pest in einem Land hören, betreten Sie es nicht: aber wenn die Pest an einem Ort ausbricht, während Sie sich dort befinden, verlassen Sie diesen Ort nicht.« Kann also die Kraft des Gebetes allein eine Pandemie stoppen? Der Prophet Muhammad macht damit deutlich, dass Gebet und physische Eindämmung zusammengehören und zusammengedacht werden müssen. Die Aussetzung der Gottesdienste in den Moscheen bedeutet einen ungeheuren Eingriff in die Religionsfreiheit - ein Grundrecht. Es geht um eine temporäre Hinnahme von gewaltigen Einschnitten in der religionsgemeinschaftlichen Praxis und Ausübung. So ist das bis heute, so war das im Ramadan, der in diesem Jahr vom 23. April bis zum 24. Mai ging, und so ist dabei vieles anders geworden: Gemeinschaftliche Iftare, das Fastenbrechen im großen Kreis, die Koranlesungen in der Moschee, die Pflicht- und Freitagsgebete in der Moschee bleiben aus oder werden nur unter strengen, dem Gesundheitsschutz dienenden Vorgaben umgesetzt.

Es gab übrigens in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder Pandemien, bei denen Gebete, Freitagsgebete, ja selbst die Hadj, die Pilgerfahrt, ausgesetzt werden mussten, das gehört auch zu unserer Geschichte, aber nicht in diesem weltweiten Ausmaß. So sehr uns jeder Tag ohne den Gang zur Moschee schmerzt, ist jeder dieser Tage gleichsam ein gewonnener Tag im Kampf gegen die Ausbreitung der durch das Coronavirus verursachten lebensbedrohlichen Krankheit. Dies ist derzeit eine große Prüfung für die Gemeinde. Wir sehen diesen Kampf als unsere religiöse und zugleich bürgerliche Pflicht. Aber wir verzichten nicht auf den Gottesdienst und die Gebete als solches, wir machen unsere Wohnungen zu den Orten der Anbetung, zu Orten des Lernens und der

Gebete, wenngleich es keine Substitution des Gottesdienstes in der Moschee darstellt. schon gar nicht das Gemeinschaftliche ersetzt. Viele Moscheen stehen zudem derzeit auch vor großen finanziellen Schwierigkeiten, weil sie stets auf Spendensammlungen zum Freitagsgebet und vor allem auch im Ramadan angewiesen sind. Diese Spenden fallen nun fast komplett aus. Moscheen und deren Verantwortliche haben sich besonders verantwortungsvoll in der Corona-Zeit erwiesen, sie sind in den Stadtteilen und für unsere Gesellschaft unverzichtbare Institutionen der Wohlfahrt, Seelsorge und sozialen Integration mit großer gesellschaftlicher Relevanz.

Für diese großartige Arbeit zollt die Gesellschaft ihnen großen Respekt und Anerkennung. Dies ist inzwischen auch in der Politik angekommen. So schreibt der Bundesinnenminister Horst Seehofer in einem Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: »Die Religionsgemeinschaften haben gute Konzepte, dass der Schutz des Lebens für alle die oberste Maxime ist. Wenn wir in allen Bereichen so verantwortlich, solidarisch und besonnen vorgehen, werden wir Erfolg haben.«

Christen an Ostern, Juden an Pessach und Muslime im Ramadan, alle mussten und müssen in diesen Tagen auf gemeinsame Gottesdienste und Feiern im Familien- und Freundeskreis verzichten. Trotzdem oder gerade deswegen haben die Religionen erkannt, dass die Einschränkungen in höchstem Maße sozial sind, weil sie aus der Barmherzigkeit und zum Schutz des Lebens geschehen.

Wissenschaft und Virologen bestätigen leider, dass die Entwicklungen und Zahlen der Corona-Pandemie in Deutschland weiterhin kritisch sind. Infizierte in geschlossenen Räumen ohne Luftzirkulation und -austausch können virushaltige Tröpfchen ansammeln, bis die Konzentration für eine Infektion aus-

reicht. Abstandhalten böte in solch einem Fall nur bedingt Schutz. Der ZMD empfiehlt deshalb, auch weiterhin die Gemeinschaftsgebete, mindestens aber die Freitagsgebete, und Festgebete auszusetzen oder unter den oben erwähnten strengen Hygiene- und Abstandsregelungen durchzuführen. Die Verhältnismäßigkeit der Gebote muss dabei stets geprüft werden im Kontext der Grundrechte, der religiösen Vorschriften und des aktuellen Pandemieverlaufes und dabei immer wieder aufs Neue abgewogen werden.

Kultur versus Religion?Jetzt keine unnötigen Konflikte ausfechten!

Johann Hinrich Claussen — Politik & Kultur 12/2020-1/2021

Gegen Kirchenkritik habe ich nichts einzuwenden, häufig versuche ich mich selbst darin. Doch vor Kurzem hat mich ein zorniger Protest wirklich verstört. Denn er kam aus einer Richtung, mit der ich jetzt gar nicht gerechnet hätte. Kaum hatte die Regierung die neuen Restriktionen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen, forderten einige Journalisten, aber auch eine Schriftstellerin – und in ihrem Gefolge viele Freunde der kräftigen Meinungskundgabe in Kommentarspalten und sozialen Netzwerken –, dass die Kirchen sofort auf ihre Gottesdienste verzichten müssten. Alles andere wäre unsolidarisch und ungerecht.

Die zweite Welle der Pandemie versetzt viele Menschen in Angst, die Maßnahmen dagegen stoßen auf erhebliche Kritik. Das kann ich nachvollziehen. Dass gerade Kultureinrichtungen schließen müssen, tut mir und vielen in meiner Kirche weh. Wir sind ja auch selbst betroffen: Unsere gesamte Kulturund Bildungsarbeit ist nicht mehr möglich. Dabei gehört sie zum Kern unseres Selbstverständnisses. Froh war ich immerhin zu lesen, dass wir zumindest Gottesdienste feiern können. Vor einem halben Jahr war es für uns andersherum: Wir durften keine Gottesdienste feiern, aber Bau- und Getränkemärkte waren offen. Damals hatten wir auf elementare Rechte verzichtet, um - nach damals bestem

Wissen und Gewissen – unseren Beitrag zu leisten. Dafür haben wir jedoch heftige Kritik erfahren. Jetzt finden wir uns ohne eigenes Zutun auf der anderen Seite wieder: Wir bleiben offen, Kultureinrichtungen aber nicht. Wir feiern Gottesdienste und werden nun dafür kritisiert: Wie man es macht, macht man es falsch.

Ich habe diese neue Kritik als unfair empfunden. Befremdet hat mich vor allem eine semantische Verschiebung: Für mich ist Religionsfreiheit ein Menschen- und ein Grundrecht, für manche Kritiker aber ein »kirchliches Privileg«, das sich überlebt habe. Ist das nicht ein gefährliches »Framing«? Man macht aus einem Grundrecht ein Privileg für wenige seltsame Leute - z.B. Christen, also einen ungerechten Luxus, den man nach Belieben abschaffen kann oder vielleicht sogar muss? Was geschieht, wenn man andere Grundrechte einem solchen »Framing« unterzieht? Gegenwärtig erleben wir, wie bedroht die Religionsfreiheit ist. Wir sehen das in Deutschland besonders bei den bedrohten Synagogen. In Europa ist zudem eine deutliche Zunahme an Angriffen auf Kirchen zu beobachten, vor allem in Frankreich. Der islamistische Terrorakt in der Kathedrale von Nizza sollte nicht zu schnell vergessen werden. Das Recht, seine Religion frei – unter Einhaltung aller Hygieneregeln – auszuüben, ist ein Indikator für

die Humanität einer Gesellschaft. Dazu gehört nicht nur der Gottesdienst im engeren Sinn, sondern genauso die Seelsorge, also der Zugang von Seelsorgerinnen und Seelsorgern zu Altenheimen, Krankenhäusern oder Behinderteneinrichtungen. Die Grundrechte – dazu gehören auch die Kunstfreiheit, die Versammlungsfreiheit – sind elementare Säulen unserer Verfassung, die sich verändern, aber ihre hohe Geltung nicht verlieren dürfen. Wir Kirchenleute dürfen uns auf dem Grundrecht der Religionsfreiheit allerdings nicht ausruhen. Wir müssen mit unserer Arbeit zeigen, warum es dieses Grundrecht gibt, z. B. durch unsere Seelsorge.

Sich selbst und andere zu stärken, ist eine zentrale Aufgabe der Gottesdienste gerade im Advent. Er wird anders sein als in den vergangenen Jahren: stiller, ernster, vielleicht auch inniger. Er würde damit zurückkehren zu seinen Anfängen. Denn ursprünglich ist der Advent eine Zeit der Fokussierung und Konzentration, des Wartens, bis daraus irgendwann die Vorweihnachtszeit wurde, Wochen einer atemlosen Zerstreuung. Jetzt könnten unsere Adventsgottesdienste eine kostbare Gelegenheit sein, zur Besinnung zu kommen.

Zum Schluss: Der christliche Kult hat viel mehr mit Kultur zu tun, als manche meinen. Das zeigt sich gerade jetzt. Wir bemühen uns, den Künsten in unseren Gottesdiensten einen Ort zu bieten. Das ist kein Ersatz für ausgefallene Veranstaltungen, das lindert auch die wirtschaftliche Not nicht, selbst wenn wir angemessene Honorare zahlen. Aber ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit ist es doch. Gerade jetzt sollten wir keine unnötigen Konflikte ausfechten. Vielmehr sollten wir - die Religionsgemeinschaften, die Künste, die Gesellschaft insgesamt - versuchen, diese Krise gemeinsam zu überwinden. Denn wir durchleben harte und besonders für viele Künstlerinnen und Künstler schlimme Zeiten.

5

Die Kommunen, unmittelbar betroffen

Mit Beiträgen von:

Jörg Freese, Stefan Genth, Katrin Göring-Eckardt, Ludwig Greven, Ingrid Hartges, Klaus Hebborn, Uwe Lübking, Ulf Meyer, Ulrich S. Soénius und Olaf Zimmermann

Ein Virus lähmt die Kulturstadt Köln: Schnelle Hilfe und Unterstützung sind nötig

Ulrich S. Soénius — Politik & Kultur 4/2020

Es erscheint wie in einem Science-Fiction-Roman: Ein Virus grassiert und sorgt für den völligen Verlust von Kultur. Den Menschen entschwindet schleichend der Sinn für das »Gute, Schöne, Wahre«. Die Kulturmetropole Köln versinkt in völliger geistiger Demenz und die Bewohner verlieren so den Sinn für gesellschaftspolitische Relevanz – Szenen, wie aus Ray Bradburys »Fahrenheit 451« treten vor das geistige Auge.

Stopp! So weit sind wir noch nicht, es gilt in schweren Zeiten den Sinn für die Realität zu bewahren. Die ist aber in Köln und in der Region, im ganzen Land, an einen schmerzlichen Punkt angekommen. Mit der zunehmenden Aufgabe von sozialen Räumen mussten immer mehr Spielstätten, Clubs, Galerien, Museen, Bibliotheken und Archive ihre Pforten schließen – das Gebot des Abstands ist das wirksamste, auch nicht zu kritisierende Mittel zur Eindämmung der Infizierung mit dem Coronavirus. Wer abends durch die Straßen geht oder mit dem Fahrrad fährt, erlebt eine leere und ruhige Stadt, die das einstige Herz, die Kultur, so schmerzlich vermisst. Kultur verbindet die Menschen – dies wird jetzt mehr als deutlich. Es ist ein schwacher Trost, dass es alle trifft.

So entsteht zumindest kein Verteilungskampf um die letzten Besucher, aber es geht allen an die Existenz. Langsam dämmert es den Verantwortlichen, dass gerade Künstler und Kreativunternehmer in teilweise prekären Verhältnissen leben und ohne Nebenverdienst nicht überleben. Immer mehr Schauspieler, Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller, aber auch Clubbesitzer, DJs, Requisiteure, Designer und Werbefachleute stehen mit einem Mal vor der Sorge, die nächste Miete oder den laufenden Kredit nicht zahlen zu können. Kleinstunternehmer, Soloselbständige, wie auch immer die Bezeichnungen sind diejenigen, die mit ihrer Kunst und Kreativität vielen so viel geben, haben auf einmal nichts. Auch mittelgroße und große Unternehmen bleiben nicht verschont.

Das Literaturfestival Lit.Cologne, 111.000 Besucher in 2019, muss verschoben, zahlreiche Konzerte in der Lanxess-Arena, weltweit auf dem dritten Platz mit 1,03 Millionen verkauften Tickets in 2019, müssen abgesagt oder verlegt werden. Eine Terminverschiebung in den Herbst erlebt die ArtCologne, die weltweit älteste Messe für zeitgenössische Kunst, Kinos, Konzerte, Lesungen, Kunsthandel – alles ist nicht mehr. Manche Events harren der Dinge – die c/o pop mit jährlich 35.000 Besuchern soll Ende April stattfinden. Solange kein offizielles Verbot erlassen wird, muss Norbert Oberhaus, Geschäftsführer und Gründer, am Programm festhalten, verbunden mit allen finanziellen Risiken. Selbst bei einer Verschiebung droht Ungemach: »Wenn die Clubs wegbrechen, fehlen uns die Auftrittsorte.« Um aus der Lähmung herauszukommen, bedarf es schneller und unbürokratischer Hilfe. Bund und Land NRW stellen, auf den letzten Drücker, Sofortmittel für kleine Unternehmen zur Verfügung. Hoffentlich kommt das Geld schnell an. NRW-Kultusministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen verkündet Unterstützung für notleidende Künstler und erhält bestehende Förderzusagen aufrecht.

Letzteres hält auch die Stadt Köln ein, wie Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach bestätigt. Sie kündigt zudem an: »Als einer der wichtigsten Bausteine wird ein Notfallfonds als städtisches Soforthilfeprogramm ins Leben gerufen, der geförderten freien Kultur-Betrieben und Kultur-Vereinen helfen soll, aus einer wirtschaftlichen Notlage wegen Corona herauszufinden.« Hilfe naht, denn die Verantwortlichen wissen, dass die Kultur zur DNA der Stadt gehört. Manfred Janssen, Geschäftsführer von KölnBusiness, der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, hat das Beratungsangebot ausgeweitet: »Es wird mit Hochdruck auf allen Ebenen an konkreten Maßnahmen gearbeitet, damit Kultur und Kreativwirtschaft das Stadtbild auch zukünftig beleben.« Bei der IHK Köln laufen die Drähte heiß - neben vielen Förderanfragen wird Aufklärung erbeten. was denn Kultur- und Kreativunternehmen in Zeiten von »Schutzverordnungen« noch dürfen. Einem Filmstudiobetreiber konnte so ermöglicht werden, Dreharbeiten durchzuführen.

Was kommt danach? Öffentliche Institutionen können die Krise überbrücken mit digitalen Angeboten, die später hoffentlich bleiben. Auch Künstler und Kreativunternehmer wählen die digitalen Netzwerke, um ihre Werke und Produkte weiterhin anzubieten. Mit Gutscheinen werden Vorauszah-

lungen eingesammelt. An Solidarität mangelt es nicht – Prominente rufen dazu auf, gekaufte Tickets nicht zurückzugeben. Aber reicht das? Wichtig ist, dass wir alle als Publikum und Konsumenten den Sinn für die Kultur nicht verlieren und dies Künstler und Kreativunternehmer spüren lassen. Nur so kann eine Kulturstadt wieder aus dem Tiefschlaf erweckt und die Krise überwunden werden. Zudem gilt, weitere Kreise der Bevölkerung für die Kultur neu zu begeistern – dann kann aus der Krise auch eine Chance erwachsen.

Innenstädte müssen Orte des Gemeinwesens sein

Katrin Göring-Eckardt im Gespräch mit Ludwig Greven — Politik & Kultur 2/2021

Ludwig Greven spricht mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag über den Gegensatz von Stadt und Land und eine gemeinsame Initiative zur Belebung der Stadtund Ortszentren.

Sie kommen aus der thüringischen Kleinstadt Friedrichsroda.

Ich bin dort nur geboren. Aufgewachsen bin ich in Gotha, das ist allerdings auch wie eine Kleinstadt, sie ist seit 1990 deutlich geschrumpft.

Nun wohnen und arbeiten Sie in Berlin. Fühlen Sie sich da wohler?

Ich lebe auch in Erfurt, meinem Wahlkreis, und manchmal in einer 2.000-Einwohner-Gemeinde in Brandenburg. Auf der einen Seite bin ich eine Landpomeranze. Ich finde es total schön, sofort im Grünen zu sein, ohne lange Anfahrt, und habe 25 Jahre in einem Dorf gewohnt, aber immer in der Nähe einer Stadt. Mein Leben hat den großen Vorteil, dass ich beides habe. In der Stadt ist das Tolle, dass man häufig kurze Wege hat zur Kultur, zum Café, zu vielen Menschen. In der Stadt ist man meistens mit Leuten zusammen, die ähnlich ticken wie man selbst. Auf dem Land und in Kleinstädten hingegen trifft man oft auf Menschen, die völlig anders sind als man selbst. Das ist gelegentlich auch eine Herausforderung. Aber mir tut das unheimlich gut. Bei dem Leben im Büro, das ich durch meinen Job zu einem großen Anteil führe, ist es hilfreich, wenn mich die Nachbarin fragt, ob ich Eier brauche, oder im Garten etwas zu einer Rede von mir sagt.

Also brauchen wir eine Ausgewogenheit von Stadt und Land?

In Deutschland spielen zum Glück Stadt und Land beide eine große Rolle. Wenn wir beides im Blick behalten, sichert das auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist viel die Rede vom Gegensatz zwischen Stadt und Land, von Heimatverbundenen und Heimatlosen, im Grunde ein uraltes Thema. Sind Städte per se unbehauste Orte?

Auf dem Land muss man damit leben, dass die Nachbarinnen und Nachbarn genau wissen, wann man aufsteht, welche Klamotten man trägt, wer zu Besuch kommt. Im Positiven heißt das, man achtet aufeinander; im Negativen vielleicht auch mal Kontrolle. In der Stadt ist es anonymer, aber nicht unbedingt unbehauster. In meinem Berliner Kiez habe ich Orte, von denen ich sagen würde, sie gehören zu meiner Heimat dazu. Das Café um die Ecke zum Beispiel.

Also ein Leben auf dem Dorf in der Großstadt?

Dort treffe ich Menschen, die ich kenne oder nicht kenne, aber immer wieder sehe. Den Typen am Nebentisch allein mit seinem Laptop. Irgendwann nickt man sich zu. In der Stadt fühlen sich allerdings auch viele Menschen unfassbar einsam. Das ist eine Frage an die Stadtgesellschaft und auch an die Politik, wie wir dieser großen Einsamkeit gerade jetzt durch die Corona-Beschränkungen begegnen. Immer mehr Menschen leben allein. Für das Gemeinschaftsleben muss es deshalb Orte der Begegnung geben, gerade auch in der Stadt.

Städte waren schon immer Motoren der Entwicklung, Labore, in denen Minderheiten einen anderen Lebensstil ausprobieren können. Auf der anderen Seite haben Metropolen oft etwas Beherrschendes. Die Provinz fühlt sich zurückgesetzt.

In Städten entwickeln Menschen kreative neue Ideen, Dinge krachen aufeinander, Reibung entsteht und damit auch Wärme. Da wachsen Sachen, die vielleicht erst in fünf oder zehn Jahren Platz in der Gesellschaft haben. Andere werden nie en vogue. Von diesen Experimentierfeldern haben wir alle etwas. Das geht in der Stadt leichter als auf dem Land.

Aber dort wird dann auf eine abgehobene urbane Elite geschimpft.

Ich teile dieses Bild nicht. Auf dem Land erlebe ich viele Menschen, die etwas bewegen wollen, die unter schwierigen Bedingungen Projekte aufstellen, wo sie sich oft die Mitwirkenden nicht aussuchen können. Das führt dazu, dass solche Projekte häufig vielfältiger und kreativer sind. Und Leute sagen: Ich habe auf dem Land mehr Luft und Raum zum Denken. Sie gehen für immer oder ein

paar Jahre dorthin oder sie teilen ihr Leben auf, wie ich, zwischen Stadt und Land. Aber wie soll ich ins Theater, wenn der letzte Bus um 18 Uhr fährt? Als Politik tun wir gut daran, wenn wir den ländlichen Raum nicht als strukturschwach ausbluten lassen. Das haben wir gerade in Ostdeutschland an vielen Stellen.

Was heißt das konkret?

Wir müssen in guten Nahverkehr, Breitbandausbau und die Gesundheitsversorgung investieren. Wir Grüne wollen ein neues Programm »Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle«, mit Geld von den Ländern und vom Bund, das Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, neue Chancen gibt. Urbanität ist spannend, aber gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass es auch auf dem Land Geschäfte und Kultur gibt und man gut von A nach B kommt. Die politischen Entwicklungen in den USA, aber auch in Frankreich lehren uns das.

Mit dem Einzelhandels-, dem Hotelund Gaststättenverband und dem Deutschen Kulturrat haben Sie eine Initiative zur Rettung der Innenstädte gestartet. Wieso machen die Grünen das jetzt zu ihrem Anliegen?

Brenzlig ist die Lage der Innenstädte schon länger: Große Ketten verdrängen die alteingesessenen kleinen Läden um die Ecke, die Mall am Stadtrand und der Onlineriese ziehen die Kundschaft aus der Stadtmitte. Corona hat noch deutlicher gezeigt, was wir durch die zunehmende Verödung der Innenstädte und Ortszentren an sozialem Zusammenhalt und Kultur verlieren. Ich möchte, dass wir, wenn wir aus der Krise herauskommen, wissen, in welcher Art von Stadt wir künftig leben wollen. Schon während des ersten Shutdowns im Frühjahr 2020 fand ich spannend, was sich dadurch verändert, dass auf

einmal Stille in den Städten herrschte. In Berlin wohne ich in der ehemaligen Einflugschneise des Flughafens Tegel und war froh. dass ich plötzlich auf dem Balkon sitzen und mich mit Leuten unterhalten konnte, ohne dauernd unterbrochen zu werden. Die Innenstädte haben sich beruhigt, nicht nur vom Lärm. Überall sind Pop-up-Radwege entstanden, weil die Leute gemerkt haben, dass das Rad viele Vorteile hat – auch den, dass man ietzt nicht eng beieinander in Bussen und Bahnen unterwegs ist und dass es häufig schneller geht. Wir sind plötzlich draußen an Orten, wo wir nicht konsumieren, sondern uns treffen und spazieren gehen, manche mit der Thermoskanne. Manchmal ist das ein wenig wie Bullerbü. Aber wir alle wollen ia auch, dass das Café um die Ecke wieder aufmacht und wir bald wieder ins Kino und Konzerte gehen können. Wir spüren, was uns die Innenstädte wert sind: als Orte des Zusammenseins und des Entdeckens

Stattdessen wird der Lockdown immer wieder verlängert.

Deswegen müssen wir jetzt alles daran setzen, Pleiten zu verhindern. Und deswegen braucht es endlich unbürokratischere, faire und verständliche Hilfen, die alle Betriebskosten abdecken und einen Unternehmerlohn für Soloselbständige. Inzwischen sind viele Programme zu unübersichtlich. Eine einheitliche Anlaufstelle, die z.B. den Kulturschaffenden die notwendigen Informationen, Beratungen und Hilfen anbietet, würde helfen.

Was wollen Sie längerfristig erreichen?

Ich möchte, dass Innenstädte Orte des Gemeinwesens sind. Dass man sie so menschen-, kind- und generationengerecht wie möglich gestaltet. Dass Autos nicht mehr Raum bekommen als Kinder zum Spielen und Erwachsene zum Umhergehen. Es gibt viele

interessante Beispiele dafür, dass Stadtentwicklung auch etwas mit Zusammenleben zu tun hat. Auch in strukturschwachen Gegenden und Kleinstädten, wo sich die Leute keine Karte für die Oper in der nächsten Großstadt leisten können. Innenstädte und Ortskerne müssen wieder lebenswertere Orte werden. Darum wollen wir mit einem Städtebau-Notfallfonds die Abwärtsspirale, die mit Leerstand kommt, verhindern; Digitalisierungsideen, die kleinen Läden helfen oder Verkehr ökologisch machen, mit 290 Millionen Euro unterstützen und mehr in die Begrünung von Städten investieren.

Aber wieso gemeinsam mit dem Handel und der Gastronomie?

Weil auch sie erkennen, dass wir nur gemeinsam mit Kultur und Politik Innenstädte attraktiv halten können. Ich war erfreut, dass auch diese Verbände sagen: Autofreie Innenstädte sind für uns wichtig. Auch im Handel und der Gastronomie wird in der Krise über die Zukunft nachgedacht.

Gegen die Online-Konkurrenz wird der stationäre Handel aber auch in verkehrsberuhigten Innenstädten schwer bestehen können. Wie können, wie sollen die künftig aussehen?

Wohnen, Leben, Arbeiten müssen wieder zusammenpassen. Das Modell ist die Stadt der kurzen Wege wie in Kopenhagen, wo man das Gute am städtischen und ländlichen Leben zusammenbringt und Geschäfte, soziale Einrichtungen und Kultur auch ohne Auto erreichen kann. Ein kleines Beispiel: Man könnte städtische Büchereien auch sonntags öffnen. Die sind ja längst mehr als nur Buchausleihen, sondern Orte der Kultur und der Begegnung. Man könnte Museen für ein breiteres Publikum zugänglicher machen. Wir brauchen mehr Grünflächen, wo Bänke stehen, wo man einfach sein kann und sich trifft. Mit

mobiler Kultur und mobilen Angeboten. In manches wird man investieren müssen. Aber ein Spielemobil etwa kostet nicht viel.

Ein gewaltiges Problem ist die Explosion der Mieten und Grundstückspreise. Für Familien, Alleinerziehende und Studenten ist das Leben in Großstädten kaum noch bezahlbar. Auch kleinere Geschäfte geben deshalb auf zugunsten großer Ketten. Was wollen Sie dagegen tun?

Wenn man will, dass Menschen in den Innenstädten wohnen und Kultureinrichtungen und Geschäfte erhalten bleiben, müssen wir das Mietrecht ändern und die horrenden Mieten stoppen. Der Gewerbemietbereich ist Wilder Westen. Wir brauchen da endlich eine Reform, nicht nur pandemiebedingte Erleichterungen. Und mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit könnte eine Vielzahl bezahlbarer Wohnungen entstehen. Auf der anderen Seite stehen ietzt viele Büros leer, weil die Pandemie gezeigt hat, dass die Mitarbeitenden gar nicht mehr dahin müssen, jedenfalls nicht jeden Tag. Da entsteht eine ganz neue Dynamik. Werden das riesengroße superteure Lofts oder Wohnungen, die bezahlbar sind? Wir müssen eine gute Mischung hinbekommen und dafür sorgen, dass in leer stehende Bürogebäude und Geschäfte soziale Träger, Clubs oder Kulturstätten einziehen. Kommunen können bei der Umwandlung von Büros steuernd eingreifen, über das Baurecht und kommunale Vorkaufsrechte. Kommunen können also mehr tun und besonders wichtige Bereiche sozusagen kuratieren. Das sollten wir stärken.

Also Innenstädte wieder als öffentliche Räume, nicht bloße Geschäftsund Büroviertel?

Wir müssen Stadtplanung neu denken. Wenn wir wollen, dass Menschen wieder in die In-

nenstädte ziehen, muss man Räume schaffen, wo sie sich auch außerhalb ihrer Wohnungen aufhalten wollen. Wir schlagen neben besserem Schutz von Kultur, mehr Grünflächen und rad- und fußgängerfreundlichen Verkehrskonzepten vor, dass es mehr Vernetzungsinitiativen gibt. Das wird in manchen Städten schon erprobt. Innenstadtkümmerinnen und -kümmerer, die Branchen und Akteure zusammenbringen und unter Einbeziehung der Menschen vor Ort neue innovative Ideen anstoßen.

Städte sind in Beton gegossen. Häuser und Straßen lassen sich nicht so schnell verändern.

Im Osten sind im Rahmen eines großen Programms Plattenbauten zurückgebaut worden. Stadtplanerinnen und -planer haben da viel Fantasie, die muss man nutzen. Dafür müssen wir auch Geld in die Hand nehmen und mit den Bewohnerinnen und Bewohnern überlegen, wie sich die Innenstädte entwickeln sollen. Auch die Bauwirtschaft ist längst kreativ. Sie sagt, Beton wird in der Zukunft nicht mehr der Baustoff sein, sondern Holz. Das hat ein riesiges Potenzial für den Klimaschutz.

Wie wichtig ist das Kulturleben für eine Stadt?

Wie wichtig es ist, erleben wir umso mehr, seit wir es vermissen. Kultur ist nicht nur eine Beigabe, sie macht uns als Gesellschaft aus und hält uns den Spiegel vor. Dass wir sie zurzeit nur am Bildschirm erleben, ist ein Riesenverlust. Auch dafür müssen wir Räume erhalten und schaffen.

Europäische Städte waren oft auf Kirchen ausgerichtet. Welche Rolle spielen Gotteshäuser heute noch in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft? Sie sind immer noch zentrale Orte der Begegnung. In der einen Kirche wird etwas für die religiöse Erbauung getan, in der anderen etwas für Kultur, in manchen wird Essen an Obdachlose ausgegeben oder es treffen sich Leute dort. Mir ist es wichtig, dass Kirchen schnell wieder geöffnet werden, wenn die Infektionslage es zulässt. Und als Christin hoffe ich, dass Orte des Gebets und des Gottesdienstes bleiben.

So retten wir unsere Innenstädte!

Vier Fragen an Stefan Genth, Ingrid Hartges und Olaf Zimmermann — Politik & Kultur 2/2021

Am 11. November 2020 haben Bündnis 90/ Die Grünen, HDE, DEHOGA und Deutscher Kulturrat gemeinsam zehn Forderungen zur Rettung der Innenstädte an die Bundesregierung vorgelegt.

Hier schildern die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Verbände ihre unterschiedliche Motivation zur Beteiligung und ihre individuellen Perspektiven auf das gemeinsame Anliegen.

1. Was macht für Sie die deutsche Innenstadt aus?

Stefan Genth: Innenstädte stehen für ein lebendiges Treiben und die Begegnung untereinander. Sie sind Kommunikationsorte mit einem vielfältigen Angebot. Dazu gehören insbesondere die Geschäfte des Einzelhandels, aber auch die Gastronomie, die vielen privaten und öffentlichen Dienstleistungen, Kultur- und Bildungsangebote. Für eine wachsende Zahl von Bewohnern prägt auch das Wohnen die Innenstädte.

Ingrid Hartges: Innenstädte sind die Herzen unserer Städte, sie sind beliebtes Ausflugsziel für die Menschen aus den Regionen wie für Touristen aus aller Welt. Bestenfalls sind sie attraktive »Marktplätze«, die ein vielfältiges und buntes Angebot von Einzelhandel und Gastronomie bieten. Zur Attraktivitäts-

steigerung der Innenstädte tragen insbesondere Baudenkmäler, Theater, Kinos und Museen maßgeblich bei. Neben den Säulen Handel und Gastronomie sind Architektur, Kunst und Kultur prägend für erfolgreiche Innenstädte. Gute Innenstadtpolitik zeichnet sich zudem durch eine intelligente Verkehrspolitik sowie vernünftige Sauberkeits- und Sicherheitskonzepte aus.

Olaf Zimmermann: Die Innenstadt ist das Herz jeder Stadt. Sie versorgt Bewohner und Gäste mit Waren und Dienstleistungen, mit Begegnung und Austausch, mit Bildung und Kultur. Gerade auch der Kultur-Einzelhandel wie Buchhandlungen, Galerien oder Musikgeschäfte, Dritte Orte wie Museen und Bibliotheken, Kultur- und Kunstvereine, Musikschulen, Geschichtswerkstätten und besonders Künstlerinnen und Künstler prägen unsere Innenstädte. Zusammen geben sie ihr ein individuelles Gesicht.

2. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation deutscher Innenstädte?

Stefan Genth: Der erste und zweite Lockdown haben dafür gesorgt, dass kein innerstädtischer Händler ohne Sorgen ist. Viele stehen am Rand ihrer Existenz, sind unverschuldet in Not geraten. Aktuell sind die deutschen Innenstädte daher in großer Gefahr. Doch von

den Auswirkungen der Pandemie sind sie unterschiedlich stark betroffen. Die Situation und Perspektive der Innenstädte hängt auch von ihrem Branchenmix, dem Flächenmanagement, ihrer baulichen Attraktivität und ihrer Erreichbarkeit mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln ab. Wichtig ist auch eine intensive Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Verantwortungsträgern. Alle müssen sich gemeinsam dem Ziel der vitalen Innenstädte verschreiben. Ansonsten wird es aufgrund der tiefgreifenden Metamorphose der Innenstädte schwer werden.

Folgende Herausforderungen stellen sich aktuell den Innenstädten, die sich schon immer weiterentwickelt und den sich stetig verändernden Anforderungen angepasst haben: Handel und Innenstädte sehen sich mit der Digitalisierung konfrontiert, einer Herausforderung mit bislang nicht dagewesener Dynamik und Geschwindigkeit. Die Pandemie hat diesen gesellschaftlichen Trend erheblich beschleunigt. Online-Shopping und Homeoffice stellen Innenstädte in ihrer Eigenschaft als Konzentration hochrangig zentraler Funktionen infrage. Die vergangenen Monate haben jedoch gezeigt, dass den Menschen dabei viel Lebensqualität verloren geht. Daher ist es so wichtig, dass Innenstädte und innerstädtische Händler eine Perspektive erhalten. Und das geht in der pandemiebedingten Existenznot in vielen Fällen nur mit staatlicher Unterstützung - auch bei der Digitalisierung.

Ingrid Hartges: Bereits vor Corona gab es kleine wie große Städte, um deren Zukunft man sich ernsthafte Sorgen machen musste. Corona hat diesen Negativtrend beschleunigt. Die oben genannten Leistungsträger, die für Vielfalt und Attraktivität der Innenstädte stehen, sind seit einem Jahr massiv von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie betroffen. Aktuell wissen

wir nicht, wie viele diese dramatische Krise überleben werden. Den verfehlten Entwicklungen der Vergangenheit muss dringend entgegengesteuert werden. Die aktuelle Situation hat einmal mehr verdeutlicht, dass Menschen fehlen, die in den Zentren wohnen. Von elementarer Bedeutung wird es sein, ob es gelingt, wieder eine Angebotsvielfalt zu schaffen. Auch jeder Bürger ist gefordert, sein Einkaufsverhalten zu überprüfen und die kleinen und mittelständischen Betriebe vor Ort neu wertzuschätzen. Große Onlineplattformen leisten definitiv keinen Beitrag zur Attraktivität der Innenstädte.

Olaf Zimmermann: Menschen ziehen aus den Innenstädten weg, die Mieten sind schlicht unbezahlbar, auch viele kleinere Gewerbetreibende können sich die Mieten nicht mehr leisten – die Corona-Krise verstärkt diese Tendenzen noch einmal radikal. Schon vor der Krise konnten oft nur die großen Geschäftsketten sich den Platz in den Einkaufszonen noch leisten. Egal ob in Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig, Essen, München - schon jetzt sehen die Innenstädte viel zu gleich aus. Aber ietzt, im Lockdown ist die abnehmende kulturelle Vielfalt in unseren Zentren unübersehbar, ein schmerzlicher Verlust, der beim Gang durch die Innenstädte selbst körperlich spürbar ist.

Wir müssen unsere Innenstädte jetzt aktiv gestalten und für ein partizipatives Miteinander umdenken, denn die Veränderungen stehen unabwendbar bevor. Kultureinrichtung und Kultureinzelhandel sind die Seele der Innenstädte. Aber nur gemeinsam mit der Gastronomie und dem anderen Einzelhandel werden wir die Innenstädte am Leben halten können.

Außerdem braucht es wieder mehr Dritte Orte abseits des Konsums in den Zentren, in denen wir einander begegnen können. Wenn sich bestimmte soziale Gruppen in bestimmten Vierteln vornehmlich ansiedeln, dann fungieren die Innenstädte oftmals als einer der wenigen Orte, die für alle da sind. Ihnen kommt eine wichtige Funktion für kulturelle Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu.

3. Aus welchem Grund unterstützt Ihre Organisation den Forderungskatalog zur Rettung der deutschen Innenstädte?

Stefan Genth: Die Innenstädte gehören zur DNA des Handels. Mit ihrer Vielfalt und ihren Händlern sind sie nicht aus dem Stadtbild wegzudenken. Die Entwicklung der Innenstädte ist uns daher seit jeher eine Herzensangelegenheit. Bereits weit vor der Pandemie haben wir z.B. die Allianz für Innenstädte zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund gegründet. Diese gute und vertraute Partnerschaft gibt uns Zuversicht, dass die notwendigen Maßnahmen vor Ort auch tatsächlich umgesetzt werden. Wir unterstützen die Rettung der Innenstädte aber auch, weil ein hohes Maß an Identifikation mit der eigenen Stadt verbunden ist. Sollte diese Identifikation leiden. könnten sich Stadtbewohner ein Stück weit von ihrer eigenen Stadt entfremden. Das darf nicht passieren.

Ingrid Hartges: Wer eine Verödung der Innenstädte verhindern will, muss jetzt handeln. Attraktive und liebenswerte Innenstädte zu schaffen – das ist unser gemeinsames Ziel. Für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze und für die Gesellschaft. Für die Menschen, die dort wohnen, und für die Gäste, die diese Städte besuchen. Dabei müssen wir alle an einem Strang ziehen. Wenn Kultureinrichtungen aus den Städten verdrängt werden, bekommen das unsere Betriebe voll zu spüren. Ohne Veranstaltungen kein Eventcatering. Ohne Theater, Konzerthäu-

ser, Museen keine Restaurantbesuche und Hotelübernachtungen. Ohne Gastronomie als Frequenzbringer und Impulsgeber keine belebte Innenstadt. Ohne pulsierende Städte kein Tourismus. Das hängt alles zusammen. Mit seinen 2.4 Millionen Beschäftigten und 220.000 Betrieben trägt das Gastgewerbe maßgeblich zur Attraktivität der Innenstädte bei. Das Gastgewerbe hat eben nicht nur eine hohe Bedeutung als Wirtschaftsfaktor und Jobmotor, sondern auch eine hohe Relevanz für die Gesellschaft. Mit unseren Restaurants, Wirtshäusern, Kneipen und Bars bieten wir wertvolle Plätze der Begegnung, der Kommunikation, des Miteinanders. Wir sind die öffentlichen Wohnzimmer der Gesellschaft. Das Gastgewerbe steht für Lebensfreude und Lebensqualität und steigert sie – auch und gerade in den Innenstädten.

Olaf Zimmermann: Bei der Rettung der Innenstädte geht es nicht nur um wirtschaftliche Existenzen, sondern auch um die Diversität unserer Kultur und damit um den Erhalt unserer lebenswerten Heimat. Kunst und Kultur sind die zentralen Pfeiler unseres gesellschaftlichen Lebens. Ohne sie gibt es weder Vielfalt noch Leben in den Innenstädten. Schon immer haben Kunst und Kultur den Diskurs angeregt.

4. Was fordert Ihre Organisation konkret zur Rettung deutscher Innenstädte?

Stefan Genth: Wie eine gute Politik für attraktive Innenstädte aussieht, haben wir in unserem 11-Punkte-Plan und unserer Forderung nach einem Innenstadtfonds festgehalten. Es muss an diversen Stellschrauben gleichzeitig gedreht werden, und zwar im richtigen Takt. Was es braucht, sind kreative Entwicklungskonzepte sowie eine aktive Leerstandsbekämpfung und Ansiedlungspolitik. Zukunftsfähige Innenstädte müssen

aber auch verloren gegangene Nutzung wieder in die Stadt zurückholen, wie z.B. die smarte Produktion oder das Wohnen. Hierzu bedarf es gesetzlicher Änderungen etwa der Lärmvorschriften, um diese neue funktionale Körnung zu ermöglichen. Fest steht: Die deutschen Innenstädte brauchen gezielte staatliche Unterstützung in Form eines Innenstadtfonds. Ohne eine entsprechende finanzielle Flankierung in Höhe von 500 Millionen Euro werden etliche Stadtzentren nicht zu retten sein.

Ingrid Hartges: Es braucht ganzheitliche, mutige und kreative Konzepte für die Zukunft. Erste Schritte sind gemacht. Die Rettung der Innenstädte ist auf die politische Tagesordnung gerückt. Jetzt darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Den starken Worten müssen noch stärkere Taten folgen. Sehr positiv bewerten wir, dass kurz vor dem Jahreswechsel noch - wie vom DEHOGA seit Monaten intensiv gefordert - gesetzlich klargestellt wurde, dass die eingeschränkte Nutzbarkeit von gemieteten oder gepachteten Gewerbeflächen aufgrund der Corona-Pandemie eine Störung der Geschäftsgrundlage darstellt. Mit Blick auf die verheerenden Folgen der Corona-Pandemie für Handel, Kulturund Veranstaltungswirtschaft wie für Gastronomie und Hotellerie geht es kurzfristig darum, das Überleben der Betriebe zu sichern. Die zugesagten Hilfen müssen jetzt schnell und in ausreichendem Umfang bei allen notleidenden Betrieben ankommen. Zeitgleich müssen innovative Konzepte zur Belebung der Innenstädte entwickelt werden - dies im Dialog mit den lokalen Playern. Behördliches Handeln muss konsequent der Maxime folgen: Wie können wir helfen? Was können wir möglich machen, damit Handel, Restaurants und Cafés sich entfalten können? Vorbildlich waren hier die unbürokratischen Genehmigungsverfahren zur Vergrößerung der Außenflächen der Restaurants und Cafés nach dem ersten Lockdown. Stadt- und Kommunalparlamente sind gefordert, auch für gute Rahmenbedingungen einzutreten, dazu zählen Sauberkeit, Sicherheit, Erreichbarkeit und gute Zufahrtsmöglichkeiten. Im konstruktiven Miteinander von Kommunalpolitikern und den maßgeblichen Akteuren, die prägend, wertvoll und unverzichtbar für die Innenstädte sind, sind zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln. Dabei von elementarer Bedeutung ist ein professionelles Stadtmarketing.

Olaf Zimmermann: Insbesondere ist es wichtig, dass die wirtschaftliche Erholung nach Abklingen der Pandemie befördert wird. Nicht nur gegen das Ladensterben, sondern auch gegen die kulturelle Verödung muss stärker angekämpft werden. Dafür müssen die Bundes- und Landeshilfen deutlich aufgestockt und verstetigt werden. Gemeinsam mit dem örtlichen Handel und der Gastronomie setzen wir uns für eine Zukunft der Innenstädte ein.

Zurück in die Zukunft?Wie lebt es sich in der Post-Corona-City? Ausblick auf die Stadt nach der Krise

Ulf Meyer — Politik & Kultur 3/2021

Wenn die Corona-Pandemie vorbei ist, kehren Gesellschaft und Architektur dann zum Ausgangspunkt von 2020 zurück oder wird die Entwicklung beweisen, dass nicht jeder Trend reversibel ist? Wird es eine Post-Corona-Architektur geben? Hat das Arbeiten im Homeoffice so viele Freunde gewonnen, dass sich die großen Bürohäuser zu Wohnhäusern umnutzen ließen?

Leere Geschäfte und Büros, aber volle Radwege: Die Corona-Krise hat die europäischen Innenstädte verändert. Warenhäuser, Malls und Einkaufsstraßen sind leergefegt. Ein Drittel aller Nicht-Lebensmittelhändler ist ökonomisch bedroht, die Innenstädte veröden. Die Stadt als Einkaufs- und Bürostandort verliert an Bedeutung. Wird der durch den boomenden Internethandel bewirkte Ladenleerstand dazu führen, dass wieder mehr Wohnungen in der Innenstadt geschaffen werden? Bietet die Krise also Chancen zur Belebung der Innenstadt? Wenn die Innenstadt als Wohnort wiederentdeckt wird, muss soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas folgen. Das Homeoffice hat durch die Pandemie einen Durchbruch erleht. Über 70 % der Deutschen arbeiten laut Eigenaussage gern von zu Hause aus. Infolge der Pandemie werden deshalb viele Bürogebäude von Leerstand bedroht sein. Unflexible Grundrisse werden den Ansprüchen der modernen Arbeitswelt und

dem Image vieler Firmen nicht mehr gerecht. Der Rückgriff auf vorhandene Gebäude könnte zu Entspannung im Wohnungsmarkts führen, ohne dass nachverdichtet werden muss und Grünflächen bebaut werden. Bürogebäude eignen sich gut zur Umnutzung in Wohnraum, da sich Gebäudetiefe und Raumhöhe meist nicht von Wohngebäuden unterscheiden. Durch Teilabbrüche, Aufstockungen und Modernisierungen können so ineffiziente Bürogebäude in effiziente Wohngebäude umgewandelt werden.

Die Krise hat bewiesen, dass Büroarbeit nicht in der Innenstadt stattfinden muss. Videokonferenzen und digitales Arbeiten haben teilweise Tauglichkeit bewiesen und Großraumbüros sind unattraktiver geworden. Werden künftig nur noch vereinzelte Treffen oder Projektarbeiten, bei denen man sich in die Augen schauen will, in Büros abgehalten? Ist die tägliche Anwesenheit aller Beschäftigten an einem Ort unnötig geworden? Wenn das Home(-office) der Zukunft angenehm sein soll, gehört ein wohngesundes Umfeld und ein ergonomischer Arbeitsplatz dazu.

Angesichts von flächendeckendem Homeoffice und Homeschooling-Gebot wurde deutlich, wie wichtig Wohnumfeld, Nahversorgung, Parks und städtische Plätze sind. Grünanlagen und öffentliche Räume machten die Pandemie erträglicher. »Pop-Up-Stra-

ßenlokale« und »Pop-Up-Radwege« wurden zu interessanten Beispielen des »taktischen Urbanismus«. Innenraumfunktionen dehnen sich in den Außenraum aus. Das lange propagierte Ziel der »Stadt der kurzen Wege« ist hingegen in eine Krise geraten: Vorbehalte gegenüber Dichte in Städten sind gewachsen. Die Sorge um Hygiene und Gesundheit könnte zur Rückkehr nach Suburbia führen.

Auswirkungen auf die Architektur

Schlaglichtartig hat die Gesundheitskrise gezeigt, wie wichtig gut gestaltete Freiräume in Städten und direkt vor der (Balkon-)Tür als Dachgärten, Balkone, Loggien und Sky-Gardens sind - und wie essenziell es ist, auch mit den Mitteln der Architektur Generationen zusammenzubringen. Die deutsche Bevölkerung wird im Jahr 2040 im Durchschnitt 48 Jahre alt sein. In der Architektur driften Iung und Alt auseinander und leben in »Bubbles«. Mehrgenerationen-Wohnen ist deshalb ein neuer Typus, der im Ein- oder Mehrfamilienhaus seinen Ursprung fand, in dem Großeltern, Eltern und Kinder zusammengewohnt haben. Die Vereinsamung schreitet voran, die Wohnfläche pro Kopf ist hoch und es herrscht eine Diskrepanz bei Angebot und Nachfrage von Wohnraum. Beim »integrierten Wohnen« leben Junge und Alte, Familien und Alleinstehende in einer Wohnanlage zusammen. Es wirkt gegen die Individualisierung und Vereinsamung im Alter. Dieses Zusammenführen von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen soll nachbarschaftliche und soziale Kontakte anregen als Antwort auf die Individualisierung und den demografischen Wandel.

Freiflächen als neues Facebook – Der öffentliche Raum im 21. Jahrhundert

Heute ist zwar jedermann durch Technologien und soziale Medien miteinander ver-

bunden, aber echte Interaktion findet seltener statt. Große öffentliche Räume waren vor der Pandemie die Orte, an denen Feste gefeiert wurden, sozialer und wirtschaftlicher Austausch stattfindet. Freunde aufeinandertreffen und Kulturen sich vermischen. Wenn öffentliche Räume gut funktionieren, dienen sie als Bühne des Lebens. In Zeiten der Pandemie gewannen Freiflächen in der Stadt an Bedeutung, denn für viele sind sie die einzige Möglichkeit für soziale Interaktion. Es sind die öffentlichen Räume, die eine Stadt und ihre Lebensqualität ausmachen. Funktionierende öffentliche Räume tragen dazu bei, dass Mechanismen, die sonst auf Facebook und Co stattfinden, auch in der Realität funktionieren.

Die Architektur heute ist fest im Griff der Pandemie, Die Zunahmen der Single-Haushalte in Deutschland und das Ende des sozialen Wohnungsbaus trieben Architekten und Bauherren – und die ganze Gesellschaft – um. Baugruppen haben sich als neue, erfreuliche Form von Bauherrenschaft für moderne Wohnformen etabliert. Die Wiederentdeckung von Holz als tragendem Baumaterial auch für städtische Bauaufgaben und die Renaissance des modularen Bauens sind Trends, die Städte in Zukunft stärker prägen werden. Dem Ziel, Niedrig-, Null- oder sogar Plus-Energiehäuser zu bauen, kommen Entwerfer näher. Licht, Luft und Sonne - dieser Schlachtruf der Moderne wird heute auf angenehmes Tageslicht und gute Raumluft bezogen. Neue Entwürfe verwischen die Grenzen zwischen Gebäude und Landschaft. Dächer und Fassaden selbst können Vegetation tragen und mit »grünen Haaren« Kühle, Habitat und Feinstaubfilterung in Städten befördern.

»Grüne« Gebäude müssen nicht »grün« aussehen, um eine gute Umwelt-Performance zu haben. Nutzungsneutralität von Grundrissen spielt ebenfalls eine wichtige Rolle für

langlebige Gebäude. Platzsparend zu wohnen ist nur sinnvoll, es kann angesichts des Bedürfnisses nach Abstand in Städten auch hygienisch geboten sein. Angesichts knapper Mittel und Ressourcen sind kostengünstiges Bauen und das Recycling von Bauteilen Gebote der Stunde. Würde der massenhafte Einsatz von intelligenten Baustoffen und -komponenten die Probleme vergrößern oder lösen helfen? Liegt im autochtonen Bauen, das aus dem örtlichen Klima und Material schöpft, ein Schatz, den es zu heben gilt, oder ist das eine romantische Vorstellung? Natur gilt mehreren Ansätzen der Post-Corona-Architektur als Vorbild: Manche ergreifen die Flucht aus der Dichte der Stadt aufs Land. Verschwendung und Müll kennt der natürliche Kreislauf nicht. Ließe sich auch in der Architektur ein Weg von der Wiege bis zur nächsten Wiege finden? Sind Verzicht und Subsistenz gangbare Wege für das Wohnen in der Stadt im Tinv House oder mit Selbstversorger-Garten auf dem Dach oder hinter dem Haus?

Krankheit und Architektur

Als vor hundert Jahren die Moderne in der Architektur ihren weltweiten Siegeszug begann, gehörten Krankenhäuser und Sanatorien zu ihren überzeugendsten Bautypen. Denn hier zeigte sich, dass die streng geometrischen Gebäude mit ihren Glasfassaden für üppiges Tageslicht, weißen Räumen und breiten Dachterrassen zum Kampf gegen die Tuberkulose taugten. Sie wurden konzipiert, um Genesung zu fördern, die Architektur war selbst Teil der Heilung, ein medizinisches Instrument. Die schnelle Verbreitung der modernen Architektur war auch eine Folge der Angst vor Krankheiten. Weiße Wände, kahle Böden und saubere Metallarmaturen standen für Sauberkeit und Hygiene. Auch nachdem der Tuberkulose-Impfstoff die Pandemie zum Ende brachte, blieb der Zusammenhang zwischen Moderne, die als »Krankenhausarchitektur« erblühte, und Gesundheit und Hygiene bestehen.

Im Gegensatz zur luftigen Leere der Moderne wird der für die Corona-Quarantäne benötigte Raum defensiv gestaltet. Klebebänder und Plexiglaswände unterteilen die Welt in kleine Zonen, weite Räume werden vermieden. Durch die Quarantäne haben Bewohner die Grenzen ihrer Wohnungen genauer kennengelernt. Akustische Privatsphäre ist wichtiger geworden, wenn die Familie den ganzen Tag in einer Wohnung zusammenlebt. Das Loft-Living hat seinen romantischen Touch eingebüßt – wegen des Mangels an Privatsphäre und Möglichkeiten, in einen anderen Raum zu ziehen.

Wenn Bars, Cafés und Geschäfte keinen Ausweg bieten, werden die Grenzen des eigenen Zuhauses umso spürbarer. Es gibt nur noch privaten oder öffentlichen Raum, aber kein Zwischenprodukt. Die Quarantäne macht uns zu Entdeckern des Vertrauten. Für die Stadtbewohner des 21. Jahrhunderts bilden Kopfhörer, Smartphone, Laptop und Ladekabel das Existenzmaximum.

Die kollektive Erfahrung, monatelang im Haus zu bleiben, beeinflusst die Zukunft der Architektur. Nicht die saubere, weiße Glätte der Moderne, sondern ein Versteck, das voller Erinnerungen an den Rest der Welt ist, dient als Raum für den sozialen Winterschlaf.

Anstatt die hygienische Moderne zu reproduzieren, zieht die »1,5-Meter-Gesellschaft« improvisierte Linien und Barrieren.

Schutzschirm auch für die Kultur Stadtkultur bewahren

Klaus Hebborn — Politik & Kultur 4/2020

Die Kultur ist nicht nur baulich oder durch die Vielfalt ihrer Angebote prägend für das Stadtbild und das Leben in der Stadt. Jeder und iede ist - in welcher Form auch immer -kulturell aktiv und nimmt am kulturellen Leben vor Ort teil. Kulturpolitik und die Förderung von Kultur sind seit jeher ein unverzichtbarer Teil integrierter Stadtpolitik und kommunaler Daseinsvorsorge. Knapp die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben für die Kultur in Deutschland werden von den Kommunen geleistet. Vor allem die größeren Städte verfügen über eine ausdifferenzierte kulturelle Infrastruktur, die wesentlich durch öffentliche Einrichtungen, wie z.B. Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen oder Volkshochschulen, aber auch durch eine Vielzahl freier und privater Kultur geprägt wird. Kultur in der Stadt ist mehr als Kultur von der Stadt. Die Kulturangebote der Städte strahlen in das Umland hinaus und sind vielfach prägend für die ganze Region. Sie tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb der (Stadt-)Gesellschaft bei.

Angesichts dieser zentralen Rolle der Kultur sind ihre Akteure und Infrastruktur – öffentliche wie insbesondere freie – staatlicherseits in der gegenwärtigen Krisensituation zu schützen. Es muss verhindert werden, dass Strukturen unwiederbringbar wegbrechen.

Staatliche Unterstützung für die Kultur

Der Kulturbereich ist von den mit der Corona-Pandemie verbundenen Restriktionen massiv betroffen. Die Kultureinrichtungen sind komplett im Sinne eines »Shutdowns« geschlossen. Die Versammlung von Menschen auch zu kulturellen Zwecken ist zur Verhinderung der weiteren Verbreitung des Virus untersagt. Vorstellungen und Angebote fallen aus. Einnahmen fehlen nahezu vollständig, die Kosten für Personal, Miete, den Betrieb, Steuervorauszahlungen, Versicherungen etc. laufen jedoch unvermindert weiter. Die Einrichtungen rutschen in kurzer Zeit in ein erhebliches Defizit, das deren Existenz bedroht. Bei den staatlichen und kommunalen Einrichtungen werden die öffentlichen Träger die Defizite tragen müssen, verbunden mit der Folge, dass die kommunalen Haushalte belastet und es je nach Lage zu nicht unerheblichen Einschränkungen der Kulturförderung kommen kann.

Noch kritischer sieht die Lage bei den Einrichtungen der Freien Szene aus. Hier wird vielfach ökonomisch am Limit gearbeitet. Sie geraten bereits nach kurzer Zeit der Schließung in eine existenzbedrohende Lage. Gleiches gilt auch für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die in Deutschland in den Bereichen Design, Architektur, Film, Verlagswesen,

Software und dergleichen zunehmend einen erheblichen Anteil des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet und einen bedeutenden Bestandteil unserer Wirtschaft darstellt. Die Kulturwirtschaft ist von der Struktur ein Branchenkomplex, der durch Mikrounternehmen und freiberufliche Büros geprägt ist. Er ist ebenso anfällig für kurzfristige Liquiditätsengpässe durch wegbrechende Aufträge und zurückgehende Geschäftstätigkeit.

Vor diesem Hintergrund sind jetzt kurzfristige staatliche Hilfen dringend gefordert. Die Kultur mit ihren öffentlichen und freien Einrichtungen sowie Unternehmen ist systemrelevant. Die Hilfen müssen schnell, unbürokratisch und zielgerichtet an die Empfänger geleitet werden, um Liquidität zu sichern, soziale Härten nach Möglichkeit zu vermeiden und damit Existenzen und Strukturen für die Zukunft zu sichern. Aus kommunaler Sicht ist dies besonders dringlich, denn in den Kommunen werden sich ansonsten die Folgen zeigen – politisch, kulturell, gesellschaftlich und finanziell.

Die Dringlichkeit der Unterstützung ist in der Politik, aber auch in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen angekommen. Vonseiten der Kulturverbände ist ein spezifisches, auf den Kultur- und Medienbereich ausgestaltetes Förder- und Unterstützungsprogramm gefordert worden. Dazu wird es seitens des Bundes wohl nicht kommen; vielmehr arbeitet die Bundesregierung an einer Gesamtstrategie, die auch Akteuren und Einrichtungen im Kulturbereich zugutekommen soll. Dieses Vorgehen ist nachvollziehbar und der bessere Weg gegenüber einem »Sonderprogramm Kultur«, das Fragen der Rechtfertigung und der Gleichbehandlung anderer Bereiche, wie z.B. des Sports, nach sich ziehen würde. Wichtiger als Sonderprogramme erscheint, dass alle Hilfs- und Unterstützungsleistungen zielgerichtet und den besonderen Bedingungen des Kulturbe-

reiches entsprechend schnell und unbürokratisch an die notleidenden Selbständigen gebracht werden. Die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung tragen einer ersten Einschätzung Rechnung. Ein wichtiger Schritt ist ein 50-Milliarden-Euro-Programm für Soloselbständige, zu denen viele Künstlerinnen und Künstler zählen sowie Klein-bzw. Kleinstunternehmen, die im Kulturbereich besonders zahlreich sind. Mit dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung für einen befristeten Zeitraum oder die Aufhebung von Einschränkungen, wie das vorherige Aufbrauchen bestehender Rücklagen, wird der besonderen Situation von Künstlerinnen und Künstlern Rechnung getragen. Auch die im Mietrecht vorgesehenen befristeten Änderungen können Kultureinrichtungen über diese schwere Zeit helfen. Auch die Unterstützungsmaßnahmen der Länder gehen in die gleiche Richtung. So hat z.B. das Land Nordrhein-Westfalen eine Soforthilfe für Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen auf den Weg gebracht.

Kommunale Maßnahmen

Die Kommunen werden im Zuge der von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen durch Einnahmeausfälle, z.B. in der Gewerbesteuer, einen gewaltigen Teil der Kosten zu tragen haben. Sie können darüber hinaus einen wirksamen Beitrag zur Stabilisierung und zum Erhalt ihrer kulturellen Infrastruktur vor Ort leisten. Viele Städte werden ihre bereits bewilligten bzw. derzeit noch in Prüfung befindlichen Förderungen auszahlen, auch dann, wenn Veranstaltungen und Proiekte ausfallen oder verschoben werden. Geprüft werden sollte, ob bereits zugesagte institutionelle Förderungen für mehrere Ouartale gleichzeitig ausgezahlt werden können, um die Liquidität der Einrichtungen zu sichern. Die Stadt Köln hat z.B. angekündigt, so zu verfahren und von kommunaler Seite

Liquiditätshilfen aufzustocken. Eine wichtige kommunale Maßnahme ist, den Künstlerinnen und Künstlern dabei zu helfen, an den Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern zu partizipieren und sie als »Lotse« durch die verschiedenen Programme zu begleiten.

Solidarität des Publikums

Auch das Publikum von Kulturveranstaltungen und Events kann einen solidarischen Beitrag zur Unterstützung leisten: Die Veranstalter der Coronavirus-bedingt abgesagten Lit.Cologne haben appelliert, ihre Tickets bis zum neuen verschobenen Termin des Literaturfestivals zu halten. Angesichts der geschätzt etwa 80.000 abgesagten Veranstaltungen in Deutschland könnten solche Solidaraktionen spürbar helfen und dazu beitragen, Insolvenzen und Existenznot zu verhindern.

Die gegenwärtige »Abwesenheit« von Kultur könnte ihre Relevanz und Bedeutung erhöhen und deutlich machen, welche Konsequenzen ein Verlust an Kultur bedeutet. Von daher besteht die Hoffnung, dass die Kultur die Krise übersteht und gestärkt aus ihr hervorgeht. Und Hoffnung ist vor allem das, was wir derzeit brauchen.

Eine Perspektive für die Kultur in den StädtenDeutscher Städtetag fordert den Erhalt der kulturellen Infrastruktur

Klaus Hebborn — Politik & Kultur 3/2021

Das kulturelle Leben in den Städten ist nach vorsichtigen Öffnungen in den Sommermonaten erneut nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Es ist nicht absehbar, wann sich das Kulturleben wieder in vollem Umfang entfalten kann. Bis in den März sind erneut die meisten kulturellen Einrichtungen geschlossen und Veranstaltungen untersagt worden. Da die Infektionsschutzregelungen rechtlich auf einen Zeitraum von vier Wochen begrenzt sind, ergibt sich für die Einrichtungen eine große Planungsunsicherheit. Manche Kultureinrichtungen haben daher bereits alle Veranstaltungen oder Aufführungen bis Ende April abgesagt.

Vor allem freie Kulturschaffende und Einrichtungen sind in ihrer Existenz gefährdet. Viele Kultureinrichtungen und Spielstätten haben ausgefeilte Hygienekonzepte entwickelt, technische Ausrüstung angeschafft und Schutzvorkehrungen getroffen. Zu diesen Investitionen kommen weiterlaufende Ausgaben für Miete und Betriebskosten bei gleichzeitig wegbrechenden Einnahmen. Finanzielle Polster - soweit überhaupt vorhanden - sind vielfach aufgebraucht. Aber auch die öffentlich getragenen Kulturinstitutionen wie Theater und Gastspieltheater, Museen, Bibliotheken oder Volkshochschulen und Musikschulen sind von erheblichen Einnahmeausfällen bei gleichzeitig steigenden Kosten

betroffen. Die Auswirkungen werden umso gravierender, je länger die Beschränkungen andauern. Bund, Länder und Kommunen sind daher aufgerufen, mit Soforthilfen und Unterstützungsmaßnahmen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich abzumildern und die kulturelle Infrastruktur zu schützen. Der Deutsche Städtetag tritt daher nachdrücklich für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur und die Unterstützung Kulturschaffender ein.

Unterstützung der Kultur längerfristig erforderlich

Die bisherigen Maßnahmen des Bundes und der Länder bieten zusammen mit vielfältiger kommunaler Unterstützung vor Ort wichtige Hilfestellungen für Kulturschaffende und Einrichtungen. Das Konjunkturpaket des Bundes zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie hat die Kommunen finanziell gestärkt. Mit dem Sonderprogramm Neustart Kultur des Bundes für den Kulturbereich, für das bundesseitig jüngst eine zweite Milliarde bereitgestellt wurde, werden vor allem freie Kultureinrichtungen als wichtiger Bestandteil der kulturellen Infrastruktur vor Ort stabilisiert. Mit den Überbrückungshilfen leistet der Bund auch eine besondere Unterstützung für Soloselbständige. Dieser Ansatz ist nachdrücklich zu begrüßen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese neuen Hilfestrukturen geeignet sind, die bisherigen Defizite in der Unterstützung insbesondere von freien Kulturschaffenden auszugleichen. Angesichts des Fortdauerns der Pandemie zeichnet sich ab, dass kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, eine zeitlich begrenzte Krise zu flankieren, allein nicht mehr ausreichend sind. Es ist von einem längerfristigen Prozess über mehrere Stufen auszugehen, der in geeigneter Weise über verlässliche staatliche Hilfen für öffentlich getragene kulturelle Einrichtungen wie für die freie Kultur begleitet werden sollte.

Auch die öffentlich getragene Kultur finanziell absichern

Die Städte und Gemeinden haben nicht nur Einnahmeausfälle und Mehrausgaben für ihre eigenen Kultureinrichtungen zu tragen, sie unterstützen darüber hinaus die freie und private kulturelle Szene subsidiär dort, wo andere Hilfsprogramme nicht greifen. Es werden Fördermittel fortgezahlt, Raummieten erlassen oder gestundet. Ausfallhonorare gezahlt oder neue Leistungen entwickelt und gefördert. Kommunale Kultureinrichtungen sind überdies Arbeitgeber für Künstlerinnen und Künstler, öffentliche Kulturförderung kommt somit mittelbar auch der freien Kultur zugute. Voraussichtlich werden sich die Folgen der Pandemie in ihrem ganzen Ausmaß erst in den kommunalen Haushalten der nächsten Jahre zeigen. Konsolidierungsmaßnahmen drohen, die Kultur als vermeintlich »freiwillige Leistung« gerät dabei zum wiederholten Male in Gefahr, in Konkurrenz zu Pflichtleistungen zu treten. Die Kommunen bekennen sich gemeinsam mit Bund und Ländern zu ihrer Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur vor Ort. Sie brauchen aber als Träger des größten Anteils der Kulturausgaben in Deutschland weitere finanzielle Unterstützung. Bei der Ausgestaltung von Neustart Kultur sollte daher eine Einbeziehung kommunaler Kultureinrichtungen vorgesehen werden.

Stufenplan für die Öffnung des Kulturbetriebs

Neben der finanziellen Unterstützung ist die wichtigste Maßnahme, Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden schrittweise die Wiederaufnahme ihres künstlerischen und wirtschaftlichen Betriebs zu ermöglichen.

Planungssicherheit kann es in der gegenwärtigen Lage nicht geben, notwendig ist aber zumindest ein gestuftes und an die jeweiligen Inzidenzwerte angepasstes Planungsszenario für die Kultur. Die Kultur-Ministerkonferenz hat dazu erste Überlegungen angestellt und auch der Stufenplan des Deutschen Kulturrates ist ein guter Ansatz für die Erarbeitung entsprechender Konzepte. Es ist bedauerlich, dass ein solches Konzept, das schon Anfang des Jahres vorgelegt werden sollte, noch immer aussteht. Es muss schnellstmöglich erstellt werden.

Die bisherige Pandemie hat gezeigt, dass die Menschen bereit und in der Lage sind, Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte und persönliche Belastungen zu tragen. Entscheidend dabei ist, dass Entscheidungen gut begründet sind und ein Weg aus der Krise aufgezeigt wird. Dies gilt in gleicher Weise für den Kulturbereich: Kultur braucht eine Perspektive, und zwar jetzt!

Finanzieller Schutzschirm für die Städte und Gemeinden Zur Situation von Kultureinrichtungen in deutschen Kommunen

Uwe Lübking — Politik & Kultur 4/2020

Viele kleine Kultureinrichtungen stehen gerade am finanziellen Abgrund. Für Künstlerinnen und Künstler geht es um die Existenz. Viele Soloselbständige aus dem Kulturbereich verfügen oft nur über ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 1.500 Euro und haben in der Regel auch keine Rücklagen. Aber auch kleinere Theater haben feste Kosten. Sie brauchen deshalb dringend Hilfe, um die großen Belastungen auszugleichen. In dem 12. Kulturpolitischen Spitzengespräch am 13. März 2020 haben Die Beauftragte für Kultur und Medien des Bundes, die Kultusministerkonferenz und die kommunalen Spitzenverbände verabredet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den wirtschaftlichen Schaden für die Kultur durch die Covid-19-Pandemie abzufedern. Es handelt sich um eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung. Bund und Länder beabsichtigen, in Abstimmung mit den Kommunen im erforderlichen Umfang Finanzhilfen und Mittel für Härtefälle, insbesondere für freie Kulturschaffende sowie private Kultureinrichtungen bzw. kulturelle Veranstaltungsbetriebe, zur Verfügung zu stellen. Die vom Bundeskabinett beschlossenen und vom Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden auch den Kulturschaffenden zugutekommen.

So kann ieder für die nächsten sechs Monate Grundsicherung (ALG II) beantragen, ohne zuerst seine Rücklagen aufbrauchen oder seine Raumverhältnisse rechtfertigen zu müssen. Es gibt einen Topf mit bislang 50 Milliarden Euro für Betriebsmittelzuschüsse, auf die auch Einzelkünstler und Kleinunternehmen zugreifen können, um Engpässe zu überbrücken. Wer keine oder bis zu fünf Mitarbeiter hat, kann bis zu 9.000 Euro für die nächsten drei Monate beantragen. Für bis zu zehn Mitarbeiter kann es bis zu 15.000 Euro geben. Hinzu kommen Schutzvorschriften, von denen auch die Kultur profitiert: keine Kündigungen wegen Mietverzug und eine gelockerte Insolvenzpflicht. Selbständige und Freiberufler, die aufgrund des Coronavirus einem beruflichen Tätigkeitsverbot unterliegen und dadurch einen Verdienstausfall erleiden, können nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) eine Entschädigung erhalten. Bei unmittelbar vom Coronavirus betroffenen Unternehmen gewähren die Finanzbehörden bis Ende 2020 Stundungen von Steuerschulden. Auch können Steuervorauszahlungen angepasst werden. Auf Vollstreckungsmaßnahmen und Säumniszuschläge wird verzichtet.

Die Kulturstaatsministerin hat noch weitere Maßnahmen angekündigt, nämlich der weitgehende Verzicht auf Rückforderungen bei einem vorzeitigen Abbruch von geför-

derten Kulturprojekten und Veranstaltungen oder die Umwidmung von Mitteln und Flexibilisierung von Förderprogrammen. Zahlreiche Bundesländer haben ebenfalls spezifische Hilfsprogramme und -maßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft beschlossen. Diese Programme sollten neben den Bundeshilfen in Anspruch genommen werden können, solange keine Überkompensation erfolgt.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) setzt sich dafür ein, dass auch die Kommunen kulturelle Einrichtungen und Kulturschaffende unterstützen, wo die Mittel des Bundes und der Länder nicht ausreichen oder Lücken bestehen. Rund 50 % der öffentlichen Ausgaben für die Kultur werden von den Kommunen aufgewendet. Dies auch deshalb, weil die Kommunen die Bedeutung der Kultur vor Ort erkannt haben. Gerade für die Attraktivität der ländlichen Räume und ihrer Gemeinden sind ein attraktives Kulturleben sowie vielfältige Möglichkeiten zur Teilnahme an Kunst- und Kulturangeboten von besonderer Bedeutung. Ein aktives Kulturleben bedeutet Lebensqualität, trägt zum Selbstwertgefühl der Menschen in den ländlichen Räumen bei, kann große verbindende Kraft entwickeln und prägt den Charakter einer Gemeinde maßgeblich mit. Dabei profitieren nicht nur diejenigen, die aktiv oder passiv am Kulturgeschehen teilnehmen, sondern die Gemeinden und die ländlichen Räume in ihrer Gesamtheit. Der DStGB hat vor Kurzem beispielsweise mit dem Bundesverband Freie Darstellende Künste und dem Dachverband Tanz darüber gesprochen, wie die Angebote gerade in den ländlichen Räumen noch gestärkt werden können. Unter der Überschrift »Wir sind längst da ...« hat der DStGB auf dem Kongress Utopia des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste darüber diskutiert, wie die freien darstellenden Künste bei ihrer Arbeit, jenseits urbaner Strukturen einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung zu leisten, unterstützt werden können. Diese Unterstützung muss auch trotz oder gerade erst recht wegen der Auswirkungen der Corona-Krise fortgesetzt werden. Denn was im Kulturbereich an gewachsenen Strukturen einmal wegbricht, lässt sich so schnell nicht wieder aufbauen. Dies hätte kaum vorstellbare Auswirkungen auf die wichtige Vielfalt der Kulturlandschaft.

Ein Problem besteht aber darin, dass die Städte und Gemeinden selber einen Rettungsschirm brauchen. Die meisten öffentlichen Einrichtungen wie Theater, Museen, Schwimmbäder sind geschlossen, Einnahmen werden nicht erzielt, aber die Kosten laufen weiter. Insbesondere die Gehälter müssen gezahlt werden. Die Gewerbesteuer wird abstürzen, der Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer wird rapide sinken. Wir brauchen deshalb auch einen finanziellen Schutzschirm für die Städte und Gemeinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass nach Beendigung der Krise das kulturelle Leben, aber auch der Sport und andere Freizeitaktivitäten in den Städten und Gemeinden wieder funktionieren.

Wege aus der Krise Kommunen sichern Kulturleben

Uwe Lübking — Politik & Kultur 3/2021

Unstreitig sind von den Folgen der Corona-Pandemie Kultureinrichtungen und die Kulturschaffenden in großem Maße betroffen. Dabei ist ein interessantes Phänomen festzustellen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat immer wieder betont, dass Kunst und Kultur das Leben in den Städten und Gemeinden bereichern und prägen und einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt leisten. Auch seitens der Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden wird auf die Bedeutung der Kultur und die Folgen des Lockdowns hingewiesen. Bei der Diskussion um Öffnungen muss man aber feststellen, dass Kultur nicht den immer wieder herausgestellten Stellenwert zu haben scheint. Vielmehr taucht die Kultur nicht z.B. bei den Bildungsinstitutionen auf, sondern rangiert in der Diskussion scheinbar nach Friseuren, Einzelhandel oder Gaststätten. Richtig ist, dass die Kultur in einer derartigen Krise nicht in einem »Elfenbeinturm« sitzen kann, Man kann nicht Museen, Theater, Kinos, Clubs oder Konzerthäuser offenlassen, während der Rest des Lebens stillgelegt ist. Auf der anderen Seite dürfen die kulturelle Vielfalt und Reichweite von Kunst und Kultur, insbesondere der kulturellen Bildung, nicht verloren gehen, zumal viele kulturelle Einrichtungen und Akteure Konzepte und Lösungen entwickelt haben.

Richtigerweise hat die Politik reagiert und hilft mit finanziellen Programmen, um Schaden von der Kultur abzuwenden. Der Bund stellte eine Milliarde Euro zur Verfügung, um überwiegend privat finanzierten Kultureinrichtungen eine Zukunftsperspektive zu bieten. Mit einem Anschlussprogramm für das Rettungsprogramm Neustart Kutur werden weitere Mittel von einer Milliarde Euro zur Unterstützung der Kulturschaffenden bereitgestellt. Auch die Bundesländer haben Unterstützungsprogramme aufgelegt.

Im Verhältnis zu Bund und Ländern stemmen die Kommunen als sogenannte freiwillige Leistung mit rund 45 % den größten Anteil der öffentlichen Kulturfinanzierung. Sie sichern damit die kulturelle Infrastruktur, also Theater, Orchester, Bibliotheken, Museen, soziokulturelle Zentren, Programmkinos, freie Gruppen oder die Clubszene als wichtigen Teil des städtischen Kulturlebens. Ob dies auch in den kommenden Jahren der Fall sein wird, bleibt ungewiss. Steigende Ausgaben und schwindende Einnahmen treffen in der Corona-Krise insbesondere auch die Kommunen. Die Corona-Pandemie hat zu einem massiven kommunalen Finanzeinbruch geführt. Die finanzielle Unterstützung der Kommunen im Jahr 2020 eröffnete den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, ihre Kulturförderung fortzuführen und die kulturelle Infrastruktur zu erhalten. Die Folgen dieser Pandemie auszugleichen, wird aber ein Marathonlauf werden. Die Städte und Gemeinden werden auch in den kommenden Jahren unter massiven Mindereinnahmen leiden. Länder und Bund stehen daher in der Pflicht, mindestens auch für die Jahre 2021 und 2022 einen Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen aufzuspannen. Die Kompensationszahlungen müssen dabei neben den Gewerbesteuerverlusten auch die Mindereinnahmen bei den gemeindlichen Anteilen an der Einkommens- sowie der Umsatzsteuer berücksichtigen. Anderenfalls wird es unweigerlich zu Einschränkungen der kommunalen Leistungen kommen, wovon auch der Kulturbereich nicht verschont bleiben würde.

Die coronabedingten Einschränkungen haben aber auch zu einem Innovationsschub in der Kultur geführt, insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Dieser Schub sollte für die Zeit nach der Krise für die Weiterentwicklung kultureller Angebote genutzt werden, auch um neue Publikumsgruppen zu gewinnen. Die digitalen Formate können das unmittelbare Kulturerleben aber nicht ersetzen. Von daher ist es wichtig, die Kultur bei den Öffnungsstrategien nicht nur ihrer Bedeutung nach entsprechend zu berücksichtigen, sondern auch die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, das vielfältige Kulturangebot in unserem Land zu erhalten.

Landkreise jetzt für das »Danach« stark machen Kommunale Kultureinrichtungen sind systemrelevant

Jörg Freese — Politik & Kultur 4/2020

Natürlich kämpft das Coronavirus nicht gegen die Kultur, ebenso wenig gegen die Wirtschaft, den Sport oder die Politik: Nein, es greift Gesundheit und Leben an. Aber die Kultur und die in der Kultur tätigen Menschen sind durch die Folgen der Epidemie massiv betroffen. Dies stellt ein gesamtstaatliches Thema dar, und es ist gerade für die Landkreise eine erhebliche Herausforderung.

Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf das öffentliche wie das private Leben, auf die Aufgaben der öffentlichen Hand, auf Wirtschaft und Kultur und auf alles, was unser gesellschaftliches Zusammenleben angeht: Und damit sind wir bei der Kultur. Daher stellen sich die Landkreise nicht nur ihren auf den ersten Blick vordringlichen Aufgaben als Gesundheitsamt oder allgemeine Ordnungsbehörde, sondern auch den dahinterliegenden, grundlegenden gesellschaftlichen Herausforderungen. Es gilt, auch die immateriellen Grundlagen zu sichern, indem z.B. Kulturschaffende sowie die entsprechenden Dienste und Einrichtungen über die Krise hinweg wirtschaftlich und strukturell gesichert werden. Nach der Krise muss es ein »Danach« für diese Kulturlandschaft geben – und das so kraftvoll wie möglich.

Das Coronavirus zeigt die Verletzlichkeit der Menschen insgesamt und jedes Individuums, aber auch unseres gesellschaftlichen

Zusammenlebens auf. Sogar Experten der Wirtschaft fragen sich auf einmal, ob Grenzen der Globalisierung erreicht sein könnten. Es könnte wohl sinnvoll sein, bestimmte Produkte nicht ausschließlich an völlig anderen Teilen der Welt produzieren zu lassen. All dies gilt für die Kultur in ganz anderer Weise. Denn zwar leben wir richtigerweise von und unter kulturellen Einflüssen aus der ganzen Welt. Diesen Einfluss dürfen wir nicht einschränken, er gefährdet nichts und niemanden und bereichert uns alle. Aber Kultur und kulturelles Leben findet insbesondere in lokalen und regionalen, in überschaubaren Räumen statt. Das Leben in Landkreisen und in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist mindestens so bunt, vielfältig und divers wie das Leben in Großstädten - und wie das Leben an sich. Aber allen Landkreisen in Deutschland ist gemein, dass der Erhalt der kulturellen Infrastruktur und der Schaffenskraft der Künstlerinnen und Künstler sowie aller Kulturschaffenden zentrale Bedeutung hat. Dabei lassen sich zwei wesentliche Bereiche unterscheiden:

Kommunale Einrichtungen der Landkreise

Hierbei handelt es sich z.B. um Musikschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, soziokulturelle Einrichtungen und vieles mehr. Hier gibt es schon jetzt in den Verwaltungen Beratungen über den finanziellen Ausgleich von entgangenen Einnahmen, über den Einsatz des fest angestellten Personals – ggf. an kurzfristig notwendigen anderen Einsatzorten oder Ähnliches. Diese Themen werden die Landkreise vor große Herausforderungen stellen, insbesondere finanzieller Art. Aber sie dürften keine existenzielle Bedrohung für diese Einrichtungen darstellen.

Wesentliches Problem im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen und Diensten ist allerdings der Umgang mit den auf Honorarbasis beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jeder Einzelfall ist anders, daher nur einige verallgemeinerungsfähige Aussagen hierzu: Der Deutsche Landkreistag hat die entsprechenden Fachverbände – Verband deutscher Musikschulen, Deutscher Volkshochschulverband usw. – nachdrücklich darin unterstützt, damit die auf Bundesebene getroffenen Regelungen gerade auch die betroffenen Honorarkräfte an diesen kommunalen Einrichtungen mit egünstigen.

Hier konnten wir auf die Unterstützung der Kulturstaatsministerin wie auch des Bundesarbeitsministers und weiterer Verantwortlicher in der Bundesregierung zählen. Dennoch muss weiter konkret in den Landkreisen daran gearbeitet werden, wie die Honorarkräfte, auf deren Arbeit wir in unseren Einrichtungen auch in Zukunft angewiesen sein werden, gehalten werden können und ihr wirtschaftliches Auskommen auch über eine Schließungszeit hinweg gesichert bleibt.

Kulturschaffende

Ein noch schwierigeres Feld sind diejenigen Künstlerinnen und Künstler, andere Kulturschaffende und auch Kultureinrichtungen, die im Regelfall keine direkte kommunale Unterstützung bekommen. Selbst wenn sie in Kulturentwicklungsplänen und kulturellen Bestandsaufnahmen der Landkreise auf-

geführt sind, ist es schwierig, hier kurzfristig eine Unterstützung zu realisieren, die über den Schutzschirm des Bundes z.B. für Soloselbständige hinausgehen. Hierdurch können aber Institutionen nicht gesichert werden. Daher müssen entsprechende Konzepte der Landkreise, die gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und den jeweiligen Landesregierungen erarbeitet werden, in diesen Fällen greifen. Ziel muss es sein, neben den betroffenen Menschen auch den Erhalt der Einrichtungen an sich zu ermöglichen und anschließend für die Zukunft »post Corona« fit zu machen. Für das kulturelle Leben in den Landkreisen ist gerade diese Szene von besonderer Bedeutung.

Wichtige kulturelle Substanz Landkreise brauchen eine lebendige Kulturszene – auch nach der Pandemie

Jörg Freese — Politik & Kultur 3/2021

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit der erste Fall einer Covid-19-Erkrankung in Deutschland aufgetreten ist, kurz danach entstanden dann im Kreis Heinsberg sowie im Landkreis Tirschenreuth erste »Hotspots«. Vielleicht ist es bezeichnend, dass der ländliche Raum als Erstes betroffen war. Daher ist es sinnvoll, gerade auch einen Blick auf die Situation von Kunst und Kultur in den Landkreisen zu werfen.

Der Künstler im ländlichen Raum, der in der Großstadt erfolgreich ist, gut verdient und sich ein Refugium auf dem Lande geschaffen hat, der ist nicht allzu häufig anzutreffen. Tatsächlich gibt es im ländlichen Raum viele Kulturschaffende, die auch in normalen Zeiten nicht üppig von ihrer Profession leben können. Häufig üben sie auch weitere Tätigkeiten aus. Für Kultureinrichtungen gilt dies in ähnlicher Weise. Sie sind selten besonders profitabel, oft brauchen sie in nennenswerter Größenordnung öffentliche (kommunale) Unterstützung.

Mit den Lockdowns sind die Möglichkeiten zu Auftritt oder Ausstellung genauso wie der Tourismus faktisch weggebrochen. Im Gegensatz zu anderen Branchen ist das Internet auch keine Möglichkeit, einen teilweisen Ausgleich zu schaffen. Die Landkreise und ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden bemühen sich nach Kräften, trotz

der auch für ihre Haushalte schwierigen Situation den Künstlerinnen und Künstlern Perspektiven und vor allem Unterstützung zu geben. Denn Kunst und Kultur bestimmen ganz wesentlich das Wesen eines Landkreises.

Die gerade in ländlichen Räumen teilweise erschreckend hohen Infektionszahlen haben auch gezeigt, dass das Virus kein Problem allein der Ballungsräume ist. Man kann lange darüber streiten, ob kleine Konzerte oder die Ausstellung eines Malers oder einer Bildhauerin als Pandemietreiber gelten müssen. Solange nicht hundertprozentig klar ist, was genau gefährlich ist und was nicht, müssen wir leider weiter mit solchen »Schrotschüssen« leben.

Daher sind Öffnungsszenarien wichtig, wie es auch im aktuellen Papier des Deutschen Kulturrates vom 8. Februar gefordert und von den Kulturministern der Länder konkretisiert wird. Thesen und Empfehlungen des Kulturrates sind auch von den Landkreisen zu unterstützen.

Über die Adressaten gilt es allerdings noch zu diskutieren: In den Ländern sind es nicht die Kulturminister allein, die über Öffnungen entscheiden. Und im kreisangehörigen Raum haben in erster Linie die Landkreise mit ihren Gesundheitsämtern die schwierige Aufgabe, über lokale Maßnahmen zu entscheiden, soweit dies überhaupt

kommunaler Gestaltung zugänglich ist. Dieser Aufgabe stellen sich die Landkreise mit dem Blick auf die hohe Relevanz von Kunst und Kultur für die dort lebenden Menschen und ihre Gäste. Denn eine Erfahrung aus der Pandemie ist schon jetzt, dass die Menschen die Bedeutung der Kultur durch ihr monatelanges Fehlen noch mehr zu schätzen wissen.

Fazit: Für die Landkreise ist es wichtig, die kulturelle Substanz zu erhalten und sobald wie irgend möglich und epidemiologisch verantwortbar auch Kunst und Kultur endlich wieder Möglichkeiten zur Betätigung zu geben. Denn auch in den Landkreisen will niemand, dass wir ein Volk von Auslieferungsfahrern und Usern der Plattform-Ökonomie werden.

6

Hilfen der Länder

Mit Beiträgen von:

Theresia Bauer, Tina Beer, Andreas Bovenschulte, Carsten Brosda, Angela Dorn, Ludwig Greven, Benjamin-Immanuel Hoff, Barbara Klepsch, Stefan Laurin, Klaus Lederer, Bettina Martin, Johann Michael Möller, Isabel Pfeiffer-Poensgen, Karin Prien, Rainer Robra, Sven Scherz-Schade, Manja Schüle, Bernd Sibler, Christine Streichert-Clivot, Björn Thümler und Konrad Wolf

Eine nie zuvor erlebte Katastrophe Corona verursacht auch im Südwesten verheerende Schäden in der Freien Kulturszene

Sven Scherz-Schade — Politik & Kultur 4/2020

Rollladen heruntergelassen, Veranstaltungsplakate sind mit »Abgesagt« überklebt. Am KOHI Kulturraum e.V., einem kleinen soziokulturellen Zentrum in Karlsruhe, klebt ein Zettel, dass derzeit Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verboten sind. Weiter heißt es: »Support your Club!«, gefolgt von dem Aufruf, dass Unterstützer am besten festes und damit regelmäßig zahlendes Mitglied im Verein werden sollten. Denn wenn in den Corona-Wochen die Einnahmen wegbrechen, könnte im KOHI, wo ansonsten Poetry Slams und Livemusiken »abseits etablierter Kulturstätten« aufgeführt werden, bald die finanzielle Not ausbrechen. Schmerzhaft ist es vor allem für die Künstlerinnen und Künstler. die hätten auftreten sollen. Ob sie oder das KOHI Unterstützung von Stadt, Land, Bund bekommen - alles offen!

Viele Freischaffende der Darstellenden Künste sind in eine schwere Katastrophe geraten. »Besonders hart trifft es wohl das ohnehin oft schwach gestellte Kinder- und Jugendtheater, das seine Einnahmen aus Verpflichtungen an Kindergärten, Schulen und Bibliotheken generiert«, vermutet Alexander Opitz, Geschäftsführer beim LaFT – Landesverband Freie Tanz- und Theaterschaffende Baden-Württemberg e.V. Hoch emotionale Telefonate hat Opitz in diesen Tagen zu führen. Es herrscht Verzweiflung, Tränen

fließen. Weil die Veranstaltungen von Landesseite aus verboten werden, haben die Anbieter, sprich die Freischaffenden, kein Anrecht auf Ausfallzahlungen. »Das ging noch am Anfang, als der eine oder andere Veranstalter von sich aus abgesagt hat«, sagt Opitz. Angst und Ungewissheit grassieren, was noch kommen wird. Die Verordnung zum Infektionsschutz gilt in Baden-Württemberg vorerst bis zum 15. Juni, kann frühestens ab 19. April beendet, aber ebenso auch über den Sommer hinaus ausgeweitet werden. Der entsprechende Erlass in Rheinland-Pfalz gilt zunächst bis Ende der Osterferien, kann jedoch ebenfalls verlängert werden.

»Die wenigsten unserer Branche verfügen über Rücklagen«, sagt Astrid Sacher, Erste Vorsitzende beim laprofth – Landesverband professioneller freier Theater Rheinland-Pfalz e.V. Laut Zahlen der Künstlersozialkasse beträgt das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der Freiberufler in den Darstellenden Künsten 18.000 Euro. Selbst in normalen Monaten heißt das, ständig von der Hand in den Mund zu leben. »Mit günstigen oder auch zinslosen Krediten wäre wahrscheinlich kaum jemandem unserer Mitglieder geholfen«, sagt Astrid Sacher im Hinblick auf Forderungen an die Politik, die in den kommenden Tagen konkret formuliert werden müssen. Der Staat hat den Kulturschaffenden Un-

terstützung in Aussicht gestellt. Wobei der rheinland-pfälzische Kulturminister Konrad Wolf bei allen Bemühungen um Härtefallregelungen für Kultureinrichtungen und -veranstalter die Belange der freien Künstlerinnen und Künstler lieber an die Bundesebene weiterreichte, so zumindest sein Statement vom 12. März: »Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Gruppe bei den Unterstützungsmaßnahmen des Bundes besonders in den Blick genommen wird.« Die Hoffnungen liegen hier also auf der Kulturstaatsministerin der Bundesregierung, Monika Grütters, und dem vom Deutschen Kulturrat angeregten Nothilfefonds. Unterdessen forderte der laprofth umgehend Soforthilfe und schrieb in einer Pressemitteilung: »Während sich die Freie Szene andernorts stark über Fördermittel finanziert, leben die Akteur*innen hierzulande in erster Linie vom Spielen - von Abendkasseneinnahmen und Gastspielhonoraren. Das bedeutet: Nachhaltig existenzsichernd wirken nur solche Hilfen, die auf Rückzahlungspflicht verzichten.«

Als starkes Zeichen wurden im Südwesten spontane Solidaritätsaktionen wahrgenommen. Für ihre freiberuflichen Kolleginnen und Kollegen zahlten beispielsweise die Mitglieder des SWR Symphonieorchesters 20.000 Euro in den von der Deutschen Orchestervereinigung eingerichteten Hilfsfonds ein. Der SWR-Orchestervorstand hoffte damit in den ersten Tagen der Corona-Einschränkungen auch, dass das gute solidarische Vorbild Nachahmer findet. Ähnlich appellierte auch die INTHEGA, die Interessengemeinschaft der Städte mit Gastspieltheater e.V., an ihre Mitglieder und an Veranstalter, mit Anbietern von Gastspielen fair und solidarisch umzugehen. Die Spielstätten in den Kommunen sollten versuchen, abgesagte Veranstaltungen zu verlegen, Neuabschlüsse zu ermöglichen oder nach Möglichkeit Ausfallhonorar zu zahlen. Rückmeldungen, ob der Appell erfolgreich war, hat die INTHEGA noch nicht. Geschäftsführer Bernward Tuchmann: »Die Kämmerer sollten diese Solidarität zulassen und dazu sind diese oft auch bereit, wenn die Bürgermeister sich deutlich positionieren.« In Stuttgart etwa hatte Kulturbürgermeister Fabian Mayer die Stuttgarter gebeten, keine Abonnement- oder Eintrittskarten für ausgefallene Vorstellungen zurückzufordern, um vor allem den privaten Theatern und Konzertbetrieben zu helfen. Ob all so was Früchte trägt, wird man allerdings erst zur Bilanz am Jahresende sehen.

In den ersten Corona-Tagen hat sich Alexander Opitz vom baden-württembergischen LaFT mit Ad-hoc-Vorschlägen vollkommen zurückgenommen. Umso konkreter hat der Verband währenddessen eine Strategie erarbeitet, die sich an »Projekte« einerseits und an »Gastspiele« andererseits richtet. Es erging ein Schreiben an alle Künstlerinnen und Künstler, nicht nur Mitglieder, sondern an alle. Der LaFT fungiert in Baden-Württemberg als Vermittler der Fördergelder des Landes für die gesamte Freie Szene. Die Freischaffenden sollen in den kommenden Tagen Rückmeldung über ihre konkret weggefallenen Aufträge im Zeitraum bis 31. Mai geben, die Anzahl der beteiligten Personen -Techniker, Darsteller etc. - und die vereinbarten Honorare benennen und zudem Kopien der Verträge einreichen. Der LaFT prüft diese dann, um unterm Strich eine belastbare Schadenssumme nennen zu können, »Oh und wie viel ieder Einzelne als Entschädigung ausgezahlt bekommen kann, ist noch völlig unklar«, sagt Opitz. Vielleicht 50 %, vielleicht mehr, vielleicht weniger? »Vom Land hieß es, dass die Künstlerinnen und Künstler nicht im Stich gelassen werden, deshalb erwarte ich hier entsprechend Unterstützung«, so Opitz. Es würde den Staat im Nachhinein umso teurer kommen, wenn

von den schätzungsweise 250 freien Gruppen, Einzelkünstlerinnen und -künstlern im Land bestimmt 50 bis 70 Konkurs anmelden müssten.

Bei Projekten bestehen Förderungen in der Regel bis zur Generalprobe und die Gruppen müssen nachweisen, dass sie das Geld bis dahin ordnungsgemäß verwendet haben. Premieren, die nun, weil sie in die Corona-Wochen fallen, nicht stattfinden können, sind ein Problem. Sie fallen aus. Aber die Projektgelder an sich sind damit nicht in Gefahr. Der LaFT will für solche Projekte beim Land eine Art »Premieren-Durchführ-Fonds« für die Zeit nach Corona beantragen. Es braucht Geld, um im Herbst oder später nochmals zu proben und Reise-, Übernachtungskosten und Honorare zu finanzieren, um dann die Aufführung zu realisieren. Es wäre unsinniger Kulturverlust, fertig geprobte Produktionen nicht zu zeigen. Opitz schätzt für diese Projekt-Unterstützung landesweit 250.000 Euro. Was den Bereich Gastspiele angeht, übersieht man die Zahlen noch nicht. Betroffen sind Große wie Kleine: Schauspielgruppen, Tanzcompagnien, Solopuppenspieler etc. Alexander Opitz ist seit 2002 LaFT-Geschäftsführer: »Eine solche Katastrophe habe ich noch nie zuvor erlebt.«

Illegal 2020 In NRW ist das kulturelle Leben durch die Corona-Epidemie zum Erliegen gekommen

Stefan Laurin — Politik & Kultur 4/2020

Das Ende des kulturellen Lebens in NRW kam nicht auf einen Schlag. Je mehr sich die Seuche ausbreitete, umso strenger wurden die von der Landesregierung und den Städten erlassenen Regeln. Am 10. März, einem Dienstag, beschloss die Landesregierung das Verbot aller Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern. Noch am Samstag zuvor waren im Mönchengladbacher Stadion die Mannschaften von Borussia Mönchengladbach und Borussia Dortmund vor 60.000 Zuschauern nur wenige Kilometer entfernt vom Kreis Heinsberg, dem deutschen Epizentrum der Corona-Epidemie, gegeneinander angetreten. Das Gesundheitsamt der Stadt hatte sich, unterstützt vom Landesgesundheitsministerium und gegen den Rat von Experten und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) für die Austragung des Spiels entschieden. Nun wechselte das Land den Kurs. Damals glaubten einige Theater und Konzerthäuser noch, von der Entscheidung nicht betroffen zu sein, weil sie weniger als 1.000 Plätze hätten. Ein Irrtum: Die Gesundheitsämter der Städte setzten sich schnell durch. Ab jetzt, das machten sie klar, würde Sicherheit den Vorrang haben.

Im Laufe einer Woche beschloss eine Stadt nach der anderen immer strengere Regeln für Konzerte und Kleinkunstbühnen. Die Kneipen und viele Clubs hatten noch geöffnet, als Konzerte auf Auftritte abgesagt wurden. Am 13. März schloss das Land dann all seine Theater und Museen. Die Städte folgten ihm schnell. 5.000 Kultureinrichtungen im Land wurden nun geschlossen, Festivals und Konzerte abgesagt. Der Vorhang war gefallen. King Corona hatte die Kultur besiegt.

Yilmaz Dziewior, der Direktor des Kölner Museum Ludwig, erfuhr an diesem Freitag um 17:55 Uhr von der Entscheidung des Landes: »Ich musste als Erstes an unsere Aufsichten denken, denn die sind bei einer Fremdfirma und nicht bei der Stadt angestellt. Sie werden nur nach geleisteten Arbeitsstunden bezahlt.« Gemeinsam mit der Stadt fand sich schließlich eine soziale Lösung.

Die Schließung aller Museen findet Dziewior richtig: »Wir alle müssen unsere Sozialkontakte auf das Nötigste reduzieren. Kunst ist, auch gesellschaftlich, sehr wichtig. Aber momentan sind andere Dinge noch wichtiger und die müssen am Laufen gehalten werden.« Nicht nur der Normalbetrieb sei nun zum Stillstand gekommen. »Wir haben die Ausstellung: »Mapping the Collection« und den Wolfgang-Hahn-Preis verschoben.« Der kulturelle Shutdown, da ist sich der Museumsdirektor sicher, wird auch finanzielle Folgen haben: »Alle, auch wir, werden große Einbußen haben.«

Das sieht auch der Bochumer Comedian Hennes Bender so. Er wurde von dem Shutdown überrascht: »Mit so etwas hat wohl niemand gerechnet. So was kennt meine Generation nur aus Filmen.« Für ihn und andere selbständige Künstler werden die Konsequenzen hart sein: »Wir sind Freiberufler. Wenn wir nicht arbeiten, verdienen wir nichts. So einfach ist das.« Bender nutzt die auftrittsfreie Zeit, um an zwei Ruhrgebiets-Asterix-Bänden zu arbeiten und Podcasts, unter anderem mit Torsten Sträter, zu machen. »Da das aber im Moment jeder Kollege bedient, fürchte ich, dass bald eine Übersättigung eintreten wird.«

Mareile Blendl ist Schauspielerin. Die Düsseldorferin hat nicht nur Probleme mit dem kompletten Ausfall ihrer Einnahmen: »Ich vermisse alles, sogar das Textlernen! Und an ein Set zu kommen, neue Kollegen kennenzulernen, mit einem Team zu arbeiten, Mittagspause zu machen, im ICE zu Theatervorstellungen anzureisen und das Gemurmel aus dem Publikum, bevor im Theatersaal das Licht ausgeht und diese ganz bestimmte Konzentration einsetzt, wenn eine Vorstellung beginnt.« Ihre größte Befürchtung ist, dass es zuerst all diese »kleinen, feinen Proiekte trifft, in denen so viel Herzblut steckt«. Das seien oft Lebenswerke, in die Begeisterung und Mut investiert wurden. »Dass ausgerechnet ihr Mut jetzt so vielen Kulturschaffenden zum Verhängnis wird, das nehme ich dem Virus echt persönlich.«

Das Land NRW teilt auf Anfrage dieser Zeitung mit, dass es zu verhindern gilt, dass die Corona-Pandemie zu einer Krise der Kultur führe. Dafür wurde viel Geld in die Hand genommen: Das Landeskabinett hat die rechtlichen Grundlagen für einen übergreifenden Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro geschaffen, um Einnahmeverluste aufgrund der Corona-Krise abzufedern und Liquiditätshilfen zu geben. Mit einer Soforthil-

fe in Höhe von zunächst fünf Millionen Euro unterstützt die Landesregierung freischaffende, professionelle Künstler, die durch die Absage von Engagements in finanzielle Engpässe geraten. Sie erhalten eine existenzsichernde Einmalzahlung in Höhe von bis zu 2.000 Euro.

Das Kulturministerium hofft, »dass die Auswirkungen auf die Kulturszene mit den auf Landes- und Bundesebene getroffenen Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden können«. Die Künstler und ihr Publikum werden diese Hoffnung teilen. Wie die Wirklichkeit aussehen wird, bleibt abzuwarten.

Bis zur Rosenblüte ist es noch weitKultur in Mitteldeutschland in Zeiten der Quarantäne

Johann Michael Möller — Politik & Kultur 4/2020

Heute Morgen hat mich mein Newsportal daran erinnert, dass es Zeit sei, die Rosen zu beschneiden. Man schaut in diesen Tagen fast ungläubig auf eine solche Nachricht, die sich da zwischen Infektionsraten und Ausgangssperren hindurchgeschmuggelt hat. Offenbar geht das Leben doch weiter, wenigstens beim Frühjahrswachstum. Was soll man sonst auch erwähnen, es ist ja längst alles gesagt zu Corona, zum Shutdown und dazu, dass die Virologen jetzt das Regiment übernommen hätten. Man ist trotzdem erstaunt, wie geduldig viele doch vieles ertragen, was vor Kurzem noch unvorstellbar gewesen wäre.

Wir putzen jetzt unsere Vitrinen, sagt mir die Leiterin des Städtischen Museums von Aschersleben, Luisa Töpel, Es ist Tag Eins der Schließungsverordnung für die Museen und viele andere öffentliche Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt und die Mitarbeiter reiben sich selbst noch die Augen. »Wir von der Kultur«, sagt Luisa Töpel, »denken im Moment selbst nicht an die Kultur. Wir kümmern uns um das, was liegen geblieben ist«. Für sie als einzige festangestellte Fachkraft im Haus, die auch noch zuständig ist für das Stadtarchiv und das Kriminalpanoptikum, kommt das Allheilmittel Homeoffice nicht infrage. »Wir treffen uns jeden Morgen beim Frühstückskaffee und überlegen, was wir tun können und vor allem: für wen.« »Wundervolle Zeiten« sollte die Sonderausstellung heißen, deren Eröffnung für Ende April vorgesehen war. Davon kann keine Rede mehr sein. In eigens gebauten Wunderkammerschränken wollte man zeigen, welche kulturellen, historischen und architektonischen Werte in der Stadt gewachsen sind. Doch die Luft ist raus, sagt Luisa Töpel und sie wirkt erstaunlich gefasst.

Die Situation im Museum von Aschersleben ist keine Ausnahme in diesen Tagen. In anderen Häusern sieht es nicht besser aus. Der Publikumsverkehr ruht. Das kulturelle Leben ist wie ausgeknipst. Ob sie nicht besser die Möglichkeiten im Netz für einen virtuellen Auftritt nutzen könne, will ich wissen. Luisa Töpel bleibt skeptisch. Für manche ihrer Kollegen sei das jetzt das Allheilmittel. »Aber was ist ein Haus ohne seine Besucher?« Und dann fügt sie hinzu: »Ein Museum braucht seine Objekte – und ich brauche sie auch.«

Viele sehen das anders. Für sie ist das Netz die Chance, überhaupt sichtbar zu bleiben in dieser Zeit des Verschwindens. Das Kunstmuseum Moritzburg in Halle ist ein Vorreiter dieser Entwicklung. Dort hatte man mit der Retrospektive des Fotografen Karl Lagerfeld einen spektakulären Coup gelandet, der in allen wichtigen Feuilletons weit über Deutschland hinaus große Beachtung fand.

Nach nur einer Woche musste man die Ausstellung wieder schließen. Für den Direktor Thomas Bauer-Friedrich, der um diesen Erfolg lange gekämpft hatte, ein bitterer Augenblick. Dann startete er kurz entschlossen den Hashtag #closedbutopen und stellte die Bilder seiner Ausstellung ins Netz. Dort kann man sie jetzt betrachten, die großformatigen Fotografien Karl Lagerfelds, Videos, Hintergrundinformationen und das ganze Begleitmaterial. Wann er sein Haus wieder öffnen kann, ist ungewiss. Das Schicksal von Museen, das sieht Bauer-Friedrich realistisch, steht im Augenblick nicht im Zentrum des öffentlichen Interesses, Seine Warnung gleichwohl: Gerade Kultureinrichtungen gehen kaputt, wenn sie zu lange geschlossen bleiben.

Diese Sorge geht um in der rührigen Kunsthalle Talstraße in Halle nur wenige Kilometer weiter die Saale hinab. Dort hatte man sich mit den Arbeiten des berühmten Modefotografen Guy Bourdin die Komplementärausstellung zur Moritzburg überlegt. Doch im Gegensatz zu den großen Häusern, die sich in der Regel über öffentliche Haushalte finanzieren, leben Einrichtungen in freier Trägerschaft von Projektmitteln und eigenen Erlösen. Die Situation sei existenzbedrohend, sagt der Vorsitzende des Trägervereins Talstraße, Matthias Rataiczyk. Auch er wiederholt einen Satz, den man in diesen Tagen immer wieder zu hören bekommt. Wenn freie Einrichtungen erst einmal geschlossen seien, bestünde die Gefahr, dass sie nicht wieder aufmachen. Die Angst jedenfalls geht überall um, dass es als Folge der Corona-Krise zu einer Umverteilung der Mittel kommen könnte – auch zulasten der Kultur.

Trotzdem ist die Haltung beeindruckend, mit der viele Kunstschaffende auf den Stillstand reagieren. Der renommierten Schmuckund Objektkünstlerin Margit Jäschke ist mit

der Internationalen Miinchner Handwerksmesse in diesem Jahr ihre zentrale Ausstellungsplattform weggebrochen. Die dortige Sonderschau »Schmuck« gilt als die wichtigste Ausstellung ihrer Art. Von ihr gehen seit Jahren die stilprägenden Impulse für die Schmuckkunst aus. »Von dort«, sagt Jäschke, »habe ich immer wichtige Impulse bekommen und dort habe ich meine Sammler und Galeristen getroffen: dort finden auch Verkäufe statt.« Ein halbes Jahr hat sie auf diese Messe hingearbeitet. Die Stücke sind da, die Käufer fehlen. Das ist wie ein GAU, meint sie. Aber Künstler seien im Umgang mit solchen Situationen geübt, sie stünden ja meist am unteren Ende der Nahrungskette. Ihre Hoffnung setzt sie ietzt auf ihre Galeristen in Wien, München, den Niederlanden oder Paris und darauf, dass es nach der Krise weitergeht. Sie wolle Wertschätzung, keine Almosen, meint sie fast ärgerlich: »Ich kaufe meine Brötchen ja auch nicht, um dem Bäcker zu helfen.«

Immerhin, für selbständige Künstler gewährt Sachsen-Anhalt als eines der ersten Bundesländer jetzt eine finanzielle Soforthilfe von 400 Euro pro Monat. Man merkt, dass der Kultusminister dort direkt in der Staatskanzlei sitzt. Auch die umtriebige Kunststiftung des Landes hat sofort reagiert. Sie will rund um die Uhr für alle Künstler erreichbar sein und ihre Förderanträge beschleunigt entscheiden. »Wir bringen die Kunst jetzt zu Ihnen«, heißt die Idee, mit der die Kunststiftung ihre Stipendiaten weiterhin präsentieren will.

Und die Rosen? Im weltberühmten Rosarium von Sangerhausen im Südharz werden sie jetzt beschnitten. Auch dieser einzigartige Ort musste jetzt schließen. Aber bis zur Rosenblüte ist es zum Glück doch noch weit.

Alles bricht weg Die Freie Szene in Berlin und Hamburg bangt um ihre Existenz, arbeitet aber unter Corona-Bedingungen weiter

Ludwig Greven — Politik & Kultur 4/2020

Amelie Deuflhard, Intendantin von Kampnagel, der größten Hamburger Spielstätte für experimentelles Theater, Tanz und Weltmusik in einer ehemaligen Kranfabrik, hat schon Tage und Wochen voller Krisenberatungen hinter sich. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Gerade kommt sie aus einer Videokonferenz mit 60 ihrer 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als ich sie am Handy erwische, ist sie kurz Luft schnappen und bittet, am nächsten Tag wieder anzurufen. »Ich kann nicht mehr reden.« Am Morgen darauf wirkt sie trotz aller Anspannung keineswegs niedergeschlagen, aber äußerst besorgt. »Wir fahren bislang alles so herunter, dass wir im Mai wieder starten könnten. Aber ich fürchte, wir werden wie andere auch alle Veranstaltungen mindestens für Mai absagen müssen.« Vielleicht auch das Sommerfestival im August.

Sie sorgt sich um die Künstler, wie sie über die Runden kommen sollen ohne Einnahmen, da nun alle Bühnen, alle Spielstätten wegen Corona geschlossen und alle Auftritte, alle Aufführungen und Festivals für die nächste Zeit abgesagt sind. Aber natürlich auch um ihr Haus, weil die Programme oft lange Vorlaufzeiten haben. »Egal was wir machen, es ist verkehrt: Wenn wir alles abblasen, können wir im Herbst das Programm vergessen. Wenn nicht, bleiben wir auf den Kosten sitzen. Wir reden deshalb mit den Künstlern, um

Lösungen zu finden. Unsere Strategie: möglichst nichts absagen, sondern auf die nächste Saison verschieben.«

Das hat auch mit der Rettungspolitik der Hansestadt zu tun. Kultursenator Carsten Brosda (SPD) hat sofort zugesichert, dass nicht nur die freien Künstler wie andere Freiberufler, wie Betriebe und große Unternehmen Soforthilfen des Senats von 25 Millionen Euro und KfW-Kredite bekommen sollen, zusätzlich zu den Bundesmitteln, sondern dass auch die Projektförderungen neben den institutionellen bestehen bleiben, selbst wenn vorerst keine Aufführungen stattfinden können. »Drei, vier Monate können wir so überbrücken. Aber wenn es länger dauert? Und was wird aus den Kreativen aus aller Welt? Bei uns treten Gruppen aus Chile oder Nigeria auf. Auch an die muss man denken. Wer zahlt denen ihre Verdienstausfälle?«, fragt sich die Kampnagel-Chefin ratlos.

Die schon immer prekär lebenden Freien nicht nur in Hamburg trifft es oft mehrfach. Viele geben Kurse, machen Workshops, halten Vorträge oder unterrichten an der Volkshochschule. Auch das ist alles weg. »Da geht nichts mehr«, sagt Deuflhard. Theater-Restaurants, Clubs, Musikkneipen sind ebenso betroffen, ohne die die Freie Szene nicht leben kann. »Ein Großteil der Kreativwirtschaft steht vor dem Aus. Da bricht alles weg.«

Noch härter trifft es Berlin, wo schätzungsweise 40.000 bis 50.000 Kreative ohne feste Stellen leben und arbeiten. Ein wichtiger Faktor für die weltweite Anziehungskraft der Hauptstadt und auch für die lokale Wirtschaft. Das Hilfsprogramm des rot-rot-grünen Senats für Freiberufler und freie Künstler von 100 Millionen Euro sieht man in der Szene iedoch kritisch. »Kredite sind keine Lösung«, sagt Julia Schell, Sprecherin der Koalition der Freien Szene Berlin, des Dachverbands aller Sparten. »Freie Künstler und Künstlerinnen können keine Rücklagen bilden und die Zinsen nicht zahlen. Was wir brauchen, sind Zuschüsse ohne Einzelnachweise, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Der Nachweis einer künstlerischen Vita muss genügen.«

Genau solche Detailprüfungen und seitenlange Antragsformulare sehen jedoch die Vorgaben von Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) vor. Die Künstler sollen nachweisen oder glaubhaft machen, dass der in Aussicht gestellte Zuschuss von bis zu 5.000 Euro pro Person zur Sicherung der beruflichen bzw. betrieblichen Existenz erforderlich ist: sie müssen zudem zuvor Gelder aus den Hilfsprogrammen des Bundes und aus sozialen Sicherungen wie Kurzarbeitergeld, auf die sie in der Regel gar keinen Anspruch haben, oder Grundsicherung beantragen. Überdies soll dies später überprüft werden, um Über- oder Doppelkompensationen zu vermeiden. »Hartz IV ist kein Weg«, erwidert Schell. »Die Jobcenter sind zu und ohnehin überlastet. Die Anträge müssten erst geprüft werden, die Kulturschaffenden müssen aber jetzt ihre Mieten und sonstigen Verpflichtungen zahlen. Außerdem gefährdet Hartz IV spätere Rentenansprüche. Und Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen bekämen womöglich Probleme bei ihrem Aufenthalt.« Die Freie Szene Berlin unterstützt deshalb die Forderung des Deutschen Kulturrates nach

einem Grundeinkommen für alle Künstler. »Das gäbe den Freien die größte Sicherheit. Dann können wir Kunst für alle gerne auch kostenlos ins Netz stellen«, sagt Schell. Die Künstler müssen außerdem Mieten für Projekt- und Übungsräume, für Studios und Ausstellungsflächen zahlen. Auch dafür müsse es Bestandsschutz geben wie für Privatwohnungen.

Neben der akuten Bewältigung der Krise machen sich viele Künstler schon Gedanken, wie sie sie kreativ verarbeiten können - und auf welchen Wegen, solange der Ausnahmezustand herrscht, etwa im Netz oder in den jetzt weitgehend menschenleeren Geisterstädten. »Die Freie Szene geht mit virtueller Kunst schon immer entspannter um als etablierte Theater«, sagt Janina Benduski vom Landesverband freie darstellende Künste Berlin (LAFT), »Gruppen machen z.B. künstlerische Stadtspaziergänge ergänzt mit VR/AR und überlegen jetzt, auch weitere Aufführungsformate für online zu entwickeln.« Das Festival Performing Arts Ende Mai, das Benduski als Dramaturgin und Produzentin organisiert, will sie mit ihrem kleinen Team in eine andere Form umwandeln. »Wenn wir das zum jetzigen Zeitpunkt absagen, müsste ich fast alle Mitarbeiter entlassen.« Denn im Rahmen der Projektförderung dürfte sie sie dann in Berlin, anders als in Hamburg, nicht weiter beschäftigen.

Oliver Möst, Sprecher des Netzwerks freier Berliner Projekträume und -initiativen, berichtet von Online-Eröffnungen, die jetzt schon laufen: »Künstler performen zu Hause, fotografieren ihre Arbeiten, machen Videos und Podcasts mit Klangkunst, geben Statements ab, und stellen das ins Netz. Wir schaffen dafür eine Plattform.« Ein Problem jedoch: »Die Kunsträume reflektieren in ihre jeweilige Umgebung. Das Publikum kommt von dort, etwa bei einer Installation in Marzahn. Online funktioniert das nicht.«

Auch Deuflhard bereitet mit ihrem Kampnagel-Team in Hamburg neue Kulturformen vor. »Wir könnten die ganze Stadt als Bühne nutzen, spielen und musizieren vom Balkon, wie es das auch früher schon gab, die Kunst in den öffentlichen Raum tragen.« Das Wichtigste ist ihr jedoch erst einmal, dass Kunst auch in dieser Krisenzeit als Grundversorgung und Teil der Gesellschaftspolitik betrachtet wird, und dass die Kulturschaffenden bei den Hilfsprogrammen deshalb sofort mitberücksichtigt wurden. »Das ist ein Riesenfortschritt. Vor zehn Jahren hätte es das nicht gegeben.«

Baden-Württemberg – Phase I

Theresia Bauer — Politik & Kultur 4/2020

Es ist eine in Friedenszeiten bizarre und historisch einmalige Situation: Museen, Theater, Konzerthäuser, Bibliotheken, Kleinkunstbühnen, kommunale Kinos und andere Orte des öffentlichen Kulturlebens sind seit Mitte März geschlossen. Nach der aktuellen Corona-Verordnung mussten und müssen über mehrere Wochen oder gar Monate Vorstellungen, Lesungen, Ausstellungen, Kabarett-Programme, Gastspiele und Festivals abgesagt werden, zu denen das Publikum in Scharen geströmt wäre. So paradox es ist: Genau dies gilt es derzeit zu verhindern. Wo mit Blick auf Kunst und Kultur bisher von gesellschaftlichem Kit und von sinnstiftendem Miteinander die Rede war, ist als Maßnahme gegen die rasante Ausbreitung des Coronavirus bis auf Weiteres »soziale Distanz« das Gebot der Stunde. Premieren, Ausstellungen, Events, Programmreihen und mehr, die über Monate oder gar Jahre ersonnen, geplant und einstudiert wurden, in denen das Herzblut und die Kreativität von unzähligen Kulturakteurinnen und -akteuren steckt: Alles umsonst! Selbst Proben und Trainings sind nicht mehr möglich.

Was für die Öffentlichkeit nur ein vorübergehender Verzicht auf Kulturgenuss bedeutet, ist für Kreative der Super-GAU. Die Leiterinnen und Leiter der Kultureinrichtungen, die freien Künstler und Künstlerinnen sowie in der Kreativwirtschaft Tätige fragen sich, wie und ob sie die unabsehbaren Einnahme- und Honorarverluste verkraften können. Aufträge und Engagements brechen weg. Viele Kulturinstitutionen sind in eine finanzielle Schieflage geraten, sodass ihre Rolle als Arbeit- und Auftragsgeber gefährdet ist. Darüber hinaus ist fraglich, was mit den Förder- und Sponsorengeldern passiert, die bereits in die Produktionen geflossen sind und nun ihren Verwendungszweck verloren haben.

Um das reiche und vielfältige Kulturleben zu sichern, hat die Politik erste Initiativen gestartet, um möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen. Es geht jetzt darum, für die finanzielle Existenz derjenigen einzutreten, die unter den Vorkehrungen gegen die Pandemie-Ausbreitung besonders leiden. In Baden-Württemberg verschaffen wir uns sukzessive einen Überblick über die ökonomischen Härten für die Kunst- und Kulturszene und tun alles dafür, um die gewachsene kulturelle Infrastruktur für die Zeit nach dem Virus zu erhalten und weiter handlungsfähig zu machen. Unter dem Namen »Soforthilfe Corona« hat die baden-württembergische Landesregierung schon eine Art Erste-Hilfe-Programm aufgelegt. Es richtet sich an Soloselbständige, Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten und Angehörige der Freien Berufe, zu denen auch die künstlerischkreativen zählen. Vorgesehen ist ein einmaliger, nicht rückzahlbarer Zuschuss bis zu einer Höhe von maximal 30.000 Euro für drei Monate. Soloselbständige, die durch die Corona-Krise nachweislich ab dem 11. März Einnahme- und Auftragsverluste erlitten haben, können einen Zuschuss in Höhe von 9.000 Euro erhalten.

Als ein Zeichen der Solidarität sehe und begrüße ich die vielen Spendenaktionen und private Initiativen, die etwa dazu aufrufen, Eintritte für entfallene Kulturveranstaltungen zu spenden statt zurückzuverlangen. Diesem Aufruf folgen viele und zeigen so ihre Verbundenheit mit der Kultur. Dafür bin ich sehr dankbar und verbinde damit die Hoffnung, dass unsere Gesellschaft nach der Krise nicht nur immun gegen das Virus ist, sondern auch gegen alle Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung. Um es mit dem Jubilar Friedrich Hölderlin zu sagen: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.«

Baden-Württemberg – Phase II

Theresia Bauer — Politik & Kultur 3/2021

Keine Frage, die Corona-Pandemie und ihre teilweise nicht abzuschätzenden Folgen stellen die Künstlerinnen und Künstler und die Kultureinrichtungen vor massive, oft existenzielle Herausforderungen. Viele Betroffene sind mittlerweile schon dankbar, wenigstens proben oder trainieren zu dürfen. Um das für unsere Ballettensembles zu ermöglichen, wurde der Bühnentanz zum Hochleistungssport erklärt. Bei allen Einschränkungen gelingt es unseren Institutionen dennoch immer wieder, selbst unter schwierigsten Bedingungen Herausragendes zu leisten. Ich denke hier etwa an den von der New York Times als »production of the year« geadelten Theaterparcours, an dem 2020 alle drei Sparten der Württembergischen Staatstheater mitwirkten, an Festivals, die erfolgreich digital stattfanden, oder an die vielen online eröffneten Ausstellungen wie die über Anselm Kiefer in der Kunsthalle Mannheim mit virtuellen Führungen. Es ist ein regelrechter Boom an digitalen Kulturangeboten zu verzeichnen. Hier zahlt sich aus, dass wir mit der Förderlinie »Digitale Wege ins Museum« schon vor der Pandemie stark in digitale Kompetenz investiert haben. Und weil auch nach Corona ein Teil des Publikums über das Internet ins Museum kommen wird, haben wir an den Landesmuseen 20 dauerhafte Stellen für Digitalmanagerinnen und Digitalmanager geschaffen.

Klar ist aber auch: Während die landeseigenen und institutionell geförderten Kultureinrichtungen im zweiten Lockdown über das Instrument der Kurzarbeit ihr ökonomisches Defizit auffangen können, wächst in der freien Kulturszene die Not. Ich erinnere hier an den in Baden-Württemberg im Zuge der Soforthilfe eingeführten fiktiven Unternehmerlohn – hier waren wir bundesweit Vorreiter. Auch die Bürgerschaft leistet mit Spendensammlungen für in Not geratene Kreative einen nicht geringen Beitrag. Ohne Zweifel ein Zeichen hoher Wertschätzung.

Die freischaffenden Kreativen brauchen aber nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch Arbeitsmöglichkeiten. Daher hat das Land mit rund 200 Millionen Euro an Hilfen wie dem »Masterplan Kultur BW | Kunst trotz Abstand« besonders die Soloselbständigen im Kreativbereich im Blick.

Indem Honorare gefördert wurden, regte das Land gezielt die Zusammenarbeit mit freien Künstlerinnen und Künstlern an. Laufende Ausschreibungen wie etwa der Preis für Kleinkünstlerinnen und Kleinkünstler, aber auch Einzelstipendien des Landes sind Signale, die Soloselbständigen Mut machen. Ebenso wurden die Mittel für Kunstankäufe erhöht. Auch für die Filmwirtschaft gibt es Hilfen, etwa durch die Erhöhung der Kinoprogrammpreise. Von wechselnden Jurys

wurden im Vorjahr fast 400 Kulturprojekte ausgewählt. Viele davon füllten das Vakuum auf so überraschende und neuartige Weise, dass sich die Beschränkungen letztlich als Ideengeber erwiesen.

Das oberste Ziel aller Maßnahmen ist es, die kulturelle Infrastruktur in ihrer Vielfalt und Breite zu erhalten. Daher liegt ein weiterer Schwerpunkt auf den vielfach ehrenamtlich getragenen Vereinen der Breitenkultur. So stärken wir die rund 9.000 Vereine, die vom Freiburger Institut für Musikermedizin bei ihren Hygienekonzepten beraten werden, in den Jahren 2020 und 2021 mit einer Soforthilfe in Höhe von 20 Millionen Euro.

Fieberhaft und zugleich mit Bedacht arbeitet die Kulturpolitik mit den Kulturakteuren und Fachleuten aus dem Expertenkreis Aerosole der Landesregierung an Öffnungsszenarien. Ich setze darauf, dass der erlebte temporäre Verlust gemeinsamer kultureller Veranstaltungen das Bewusstsein für die Relevanz von Kunst und Kultur steigern wird. Nicht nur, weil wir ihre Angebote dringend brauchen, um die gesellschaftlichen Erschütterungen zu reflektieren. Auch weil die Zukunft in den freien, kreativen und innovativen Impulsen der Künstlerinnen und Künstler liegt, die es nun stärker abzusichern gilt.

Bayern - Phase I

Bernd Sibler — Politik & Kultur 4/2020

Die Ausbreitung des Coronavirus bringt in allen Bereichen unseres Lebens einschneidende Veränderungen mit sich. Sie stellt auch eine enorme Herausforderung für unsere einzigartige und weltweit beachtete kulturelle Vielfalt dar. In einer humanen und demokratischen Gesellschaft müssen wir zusammenhalten und auf diejenigen achten, die besonders gefährdet sind. Daher gelten derzeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger weitreichende Einschränkungen im bayerischen Kulturbetrieb: Staatliche Theater, Konzertsäle und Opernhäuser sind geschlossen. genauso wie Museen, Sammlungen, Archive und Bibliotheken. Sämtliche öffentlichen Veranstaltungen wurden abgesagt. Mit diesen Maßnahmen hoffen wir, wertvolle Zeit im Kampf gegen das Virus zu gewinnen.

Klar ist: Der abrupte Wegfall dieser kulturellen Angebote hinterlässt eine empfindliche Lücke im gesellschaftlichen Leben. Gerade jetzt wird deutlich, wie selbstverständlich unser reiches Kulturleben bisher für uns war. Wir sehen, wie elementar wichtig alle Formen der Kultur für unser Sozialleben sind. Die Kulturszene ist deshalb trotz der Einschränkungen weiter aktiv – sie hat sich ins Digitale verlagert: Museen, Galerien, Theater und Opernhäuser stellen ihre Angebote dem Publikum über Streamingdienste, Facebook, Twitter und Instagram zur Verfügung.

Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die Pandemie weitreichende wirtschaftliche Folgen haben wird. Die notwendigen Maßnahmen stellen unsere staatlichen Einrichtungen wie auch die freien Theater, freischaffenden Schauspieler, Regisseure, Musiker, Buchhändler, Kinos und Galerien vor große Herausforderungen. Kulturschaffende und Kulturveranstalter sind durch die Absage von Veranstaltungen schwer – teilweise existenziell – betroffen.

Kunst und Kultur haben in Bayern einen zentralen Stellenwert. Wir arbeiten deshalb mit Hochdruck daran, Schutzmechanismen aufzustellen, mit denen wir nicht nur akute Nöte lindern, sondern auch die kulturelle Vielfalt für die Zukunft sichern können. Der Freistaat Bayern stellt bis zu 20 Milliarden Euro für die bayerische Wirtschaft bereit. Über das Soforthilfeprogramm »Corona« des Bayerischen Wirtschaftsministeriums stehen schnell und unbürokratisch je nach Betriebsgröße bis zu 30.000 Euro für kleine Betriebe, Selbständige und freiberuflich Tätige zur Verfügung. Dies gilt ausdrücklich auch für die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft. Über die Sozialversicherungssysteme bestehen weitere Hilfsmöglichkeiten. Daneben können Kulturschaffende über ihre Hausbank Darlehensprodukte der LfA Förderbank sowie verschiedene Bürgschaftsprogramme

beantragen. Zudem habe ich mich als Vorsitzender der Kulturministerkonferenz erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft auch in die Krisenprogramme des Bundes und insbesondere in das dortige Soforthilfeprogramm für Soloselbständige. Angehörige der Freien Berufe und Kleinstunternehmen einbezogen wird. Auch gemeinnützige Kultureinrichtungen haben wir im Fokus, Für die zahlreichen Förderempfänger bedeuten diese Zeiten eine große Unsicherheit. Wir sind dabei, flexible und gerechte Lösungen zu entwickeln, um bei der Absage und Verschiebung von Veranstaltungen existenzielle Härten zu vermeiden. Dahei werden wir natürlich auch alternative, insbesondere digitale Formate, berücksichtigen.

Ich bin überzeugt, dass wir diese schwere Zeit gemeinsam bewältigen können. Die Bayerische Staatsregierung wird sich nach Kräften bemühen, die Zukunft unserer vielfältigen Kulturszene zu sichern, denn wir werden unsere Kunst- und Kulturschaffenden nach überstandener Krise dringend brauchen: Als Brücke in die Normalität und als wertvolle Bereicherung unserer Gesellschaft.

Bayern - Phase II

Bernd Sibler — Politik & Kultur 3/2021

Hinter uns liegen fordernde und schwierige Monate. Wir alle haben gegen die Pandemie und ihre Auswirkungen auf unseren Alltag gekämpft. Und die größte Herausforderung stellt die aktuelle Situation nach wie vor für unsere Kunst- und Kulturschaffenden dar Wir hatten im letzten Sommer mit dem Abflauen der Pandemie Hoffnung geschöpft: Live-Formate wie Konzerte, Theatervorstellungen oder auch Museumsbesuche waren zwischenzeitlich unter Einhaltung strenger Hygienemaßgaben wieder möglich geworden. Mit einem Pilotversuch für die Staatsoper und zwei Konzertsäle in Bavern hatten wir zudem wissenschaftlich begleitet sicheren Kulturgenuss für größere Zuschauergruppen getestet und für Oktober weitere Öffnungen ins Auge gefasst. Doch dann hat uns das Infektionsgeschehen eingeholt. Seit November bleiben viele Bühnen leer, viele Mikrofone stumm.

Die Kunst- und Kulturszene im Freistaat hat sich in bemerkenswerter Weise gegen die widrigen Bedingungen aufgebäumt: Mit einem vielfältigen Angebot an digitalen Lösungen und mit kreativen Alternativformen holt sie die Menschen aus ihrer Isolation hinein in die Welt der Kunst und Kreativität. Dafür bin ich sehr dankbar, denn Kunst und Kultur können gerade in diesen schwierigen Zeiten eine sinnstiftende und verbindende Funktion einnehmen.

Das Kulturleben prägt das gesellschaftliche Leben in Bayern maßgeblich mit. Deshalb haben wir gleich von Beginn der Krise an alles darangesetzt, unsere Kunst- und Kulturschaffenden sowie die kulturelle Infrastruktur so gut es geht zu unterstützen. Aus unserem Spielstättenprogramm zahlen wir passgenaue Hilfen an kleine und mittlere Bühnen sowie dezentrale Kulturveranstalter aus, ebenso für gemeinnützige Laienmusikvereine. Mit dem Soloselbständigenprogramm, das unser Künstlerhilfsprogramm zu Beginn der Pandemie ablöst, ersetzen wir den sogenannten fiktiven Unternehmerlohn bis zu 1.180 Euro für Künstlerinnen und Künstler und Angehörige kulturnaher Berufe - seit Antragsstart Mitte Dezember konnten wir hier bereits rund 1.400 Anträge mit einem Gesamtvolumen von rund 3.67 Millionen Euro bewilligen. Ergänzt wird das Programm mit einem Stipendienprogramm für junge Künstlerinnen und Künstler, das in Kürze anlaufen wird

Wir wünschen uns natürlich sehr, dass wir Kunst und Kultur bald wieder uneingeschränkt vor Ort erleben können. Wann und unter welchen Bedingungen vorsichtige Öffnungen möglich sind, hängt von der weiteren Entwicklung des Pandemiegeschehens ab. Wir sind aber vorbereitet: Unter meinem Vorsitz wurden in der Kulturminister-

konferenz bereits letztes Jahr länderübergreifend Konzepte für die Kunst- und Kulturszene erarbeitet. Mit einem Stufenplan wollen wir eine Öffnung von Kunst und Kultur im Schulterschluss mit anderen Bereichen wie Einzelhandel und Gastronomie sicherstellen. Wir müssen durchhalten und geduldig bleiben, um diese Krise zu überwinden. Die begonnenen Impfungen schenken uns aber Hoffnung und Perspektive auf neue Möglichkeiten.

Berlin - Phase I

Klaus Lederer — Politik & Kultur 5/2020

Berlin vor Corona: Fünf von sieben Berlin-Besuchenden aus aller Welt kommen wegen der kulturellen Angebote in die Stadt, Berlinerinnen und Berliner nutzen ihre Kulturlandschaft ausgiebig: Museen, Theater, Clubs und eine riesige Freie Szene. Probleme gibt es, an Lösungen arbeiten wir – aber sonst pulsiert das kulturelle Leben.

Berlin mit Corona: Die Stadt steht still. zumindest, was die unmittelbare Wahrnahme auf Straßen und Plätzen angeht. Das gilt genauso für die Kultur. Sehr früh hat Berlin Bühnen. Museen und Gedenkstätten für den Besucherverkehr komplett geschlossen – stets in Abstimmung mit Intendantinnen und Leitern der öffentlichen Einrichtungen. Und auch im Bewusstsein, was das für viele kleine, private Kulturorte, Clubs und die überwiegend soloselbständigen Künstlerinnen und Künstler bedeutet: den kompletten Verlust von Einnahmen und damit verbunden existenzielle Nöte. Nahezu parallel zum »Runterfahren« haben wir begonnen, Maßnahmen zur Soforthilfe für die Betroffenen zu planen – und umzusetzen. Klar war, die Hilfe muss schnell und unbürokratisch zu denen, die sie brauchen. Und, sie muss den Spezifika der Berliner Kulturszene gerecht werden: Kaum einer ist hier in der Lage, Hilfskredite abzuzahlen. Das Liquiditätsproblem in der Corona-Krise darf kein Verschuldungsproblem für die Ewigkeit werden. Das Berliner Soforthilfeprogramm II war ein gewährter Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro für Künstler und andere Freiberufler. Anders als die Soforthilfen des Bundes und anderer Bundesländer durfte das Geld auch für die Sicherung der persönlichen – und nicht nur der wirtschaftlichen – Existenz genutzt werden. Rückmeldungen sagen uns, dass dies vielen geholfen hat, ihre Miete und Lebensnotwendiges zu bezahlen. Binnen fünf Tagen wurden so 600 Millionen Euro ausgezahlt.

Wir haben uns in der Verwaltung recht schnell darauf geeinigt, auch Verfahrensvereinfachungen im Zuwendungsrecht auf den Weg zu bringen. Mit öffentlichen Geldern geförderte Kunst und Kultur unterliegt für die Geförderten strengen Richtlinien über die Verwendung. Diesen Maßstab kann man kaum noch anlegen, wenn Einrichtungen geschlossen sind, Formate wegbrechen oder abgesagt werden. Und die Betroffenen befreit es von Unsicherheit und Sorge.

Und Berlin hat zudem eine Soforthilfe beschlossen, die dem traditionell besonders bedeutsamen und kleinteiligen privaten Kultursektor der Stadt Rechnung trägt. Diese Einrichtungen sind zwar als Wirtschaftsbetriebe organisiert, arbeiten aber regelmäßig nicht renditeorientiert. Dieser Sektor ist ohne Publikum wirtschaftlich existenziell

getroffen und wird wohl am längsten betroffen sein. Das Soforthilfepaket IV in Höhe von 30 Millionen Euro hilft kleinen und mittleren Unternehmen im Medien- und Kulturbereich, die nicht regelmäßig oder nicht überwiegend öffentlich gefördert werden. Die bisherigen Maßnahmen erreichen kleine und mittlere Medien- und Kulturbetriebe nicht oder nicht ausreichend.

Jenseits von dem, was wir getan haben, muss die Initiative der Berliner Kulturszene gelobt werden: Diverse Ideen, Angebote, Soli-Aktionen haben Kultur weiter erlebbar gemacht. Dafür, danke!

Nun wird es darum gehen, verantwortungsvoll den Weg in die Normalität zu finden. Berlin nach Corona: Es wird anders bleiben. Eine Blitzrückkehr ins Altbekannte des Berliner Kulturbetriebes wird es nicht geben. Wie genau es aussieht, vermag ich nicht zu sagen, aber ... und es ist ein großes Aber: Es gibt viel, was mich in der Krise überrascht hat und mich glauben lässt, dass wir auch Positives mitnehmen werden. Kreativität lässt sich von einem Virus nicht besiegen, Solidarität und Zusammenhalten werden gelebt, um gemeinsam zu überleben, und digitale kulturelle Ausdrucksformen boomen - zwangsläufig, und könnten auch nach Corona die Berliner Kulturlandschaft beeinflussen.

Berlin – Phase II

Klaus Lederer — Politik & Kultur 3/2021

Ein Jahr Corona-Krise heißt: ein Jahr lernen im Tempo der Pandemie. Ein Blick auf die »aktuelle Lage« ist daher nur eine Momentaufnahme. Das heißt: eine sinkende Zahl von Covid-Neuinfektionen und, zum Glück, auch Toten. Das heißt aber auch: gefährlichere Corona-Mutanten wie B.1.1.7. drohen, sich in Deutschland und in Berlin zu verbreiten. Es ist noch nicht vorbei. Leider.

Für die Kultur und ihre Perspektiven fällt Optimismus schwer: Solidarität ist gefragt – mit den Betroffenen und die Solidarität der Künstlerinnen und Künstler untereinander. Es klingt wie eine Binse, ist aber auch ein Ergebnis des Lernens: Nur gemeinsam kriegen wir den Virus besiegt, nur gemeinsam retten wir unsere Kulturlandschaft und nur gemeinsam und verantwortlich können wir Schritt für Schritt Kultur wieder ermöglichen, erlebbar machen.

Noch sind Hilfen für den Kultursektor unabdingbar. Wir werden sie weiter brauchen und weiter ausreichen, vielleicht bald nicht mehr als unmittelbar existenzsichernd, aber für einen Neustart braucht es dann einen finanziellen Anschub.

Im Prinzip sind Bühnen, Museen und Kultureinrichtungen jetzt seit einem Jahr dicht. Noch im März 2020 haben wir die Soforthilfe II auf den Weg gebracht, um Soloselbständigen und Freiberuflerinnen und Freiberuf-

lern zu helfen – darunter viele Künstlerinnen und Künstler, denen von jetzt auf gleich alle Einnahmen wegbrachen. Mit der Soforthilfe IV unterstützen wir private Kulturbetriebe, diese geht demnächst in die vierte Runde. Für 18 Millionen Euro haben wir 2.000 Corona-Stipendien ermöglicht, die zumindest Linderung verschaffen und einem Teil der Akteurinnen und Akteure erlauben, ohne Existenzangst künstlerisch zu arbeiten, dazu Projekte wie »Draußenstadt« oder den »Tag der Clubkultur«. Lebenszeichen, Immerhin.

Kulturschaffende, die in öffentlichen Einrichtungen angestellt sind, stehen besser da. Aber auch nicht gut. Sicherungsseile und -netze braucht es auch hier.

In der steten Erwartung ehrlicher Perspektiven waren wir im letzten Jahr nicht untätig: Die Kultureinrichtungen haben passgenaue Hygiene- und Schutzkonzepte erarbeitet, die einen verantwortungsbewussten Betrieb zulassen. Die Beachtung der AHA-Regeln sind für die Besuchenden von Kultureinrichtungen eine Selbstverständlichkeit. Die Nachverfolgbarkeit der Besucherkontakte wurde sichergestellt. Es wurden differenzierte Schutzkonzepte für die Beschäftigten entwickelt, an Lüftung und Belüftung gearbeitet. Alles Maßnahmen und Instrumente, die schnell reaktiviert und genutzt werden können.

Wir könnten mit außerschulischen Bildungsangeboten in Kultureinrichtungen starten, dann könnten Museen, Galerien, Gedenkstätten und Bibliotheken sowie vergleichbare Einrichtungen spätestens mit der Öffnung des Einzelhandels einen Basisbetrieb anbieten. Letztlich dürften auch Veranstaltungen in Theatern, Opernhäusern und Konzerthäusern, Kinos sowie Proben und Auftritte der Laien- und Amateurkultur möglich sein, wenn auch Betriebe der Gastronomie wieder öffnen dürfen.

Für mich ist das mehr Plan als Wunsch. Wann wir an seine Umsetzung gehen können, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Bis dahin braucht es weiter die Solidarität mit den Betroffenen und aller untereinander.

Brandenburg - Phase I

Manja Schüle — Politik & Kultur 4/2020

Deutschland steht still, um Leben zu retten. Das ist die brutale Realität im März 2020. Und wie es aussieht, wird dieser Zustand noch andauern. Eine offene Gesellschaft kann man aber nicht einfach wie eine Maschine für ein paar Wochen einmotten, um sie dann wieder neu zu starten. Mehr als 80 Millionen Menschen brauchen Lebensmittel, soziale Kontakte und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Sie brauchen aber auch Impulse für neue Gedanken, Momente des ästhetischen Genusses, das Gespräch über existenzielle Fragen. Kurz: Sie brauchen Kultur. In Zeiten der Krise mehr und drängender als vermutlich je zuvor.

Die letzten Jahre waren gefühlt eine Aneinanderreihung von Krisen: Auf die Bankenkrise folgte die Eurokrise. Auf die Migrationskrise die Rechtsextremismuskrise – die, so steht zu befürchten, viel länger andauert. Aber keine dieser Krisen hat das kulturelle Leben zum Erliegen gebracht.

Das scheint in der Corona-Krise anders zu sein: Theater, Konzertsäle und Museen sind geschlossen, öffentliche Vorträge und Diskussionsrunden sind abgesagt. Dennoch: Es gibt weiter kulturelles Leben. Es wird, glaubt man der anekdotischen Empirie, mehr gelesen denn je. Im Netz begeistern einzelne Künstlerinnen und Künstler und ganze Ensembles mit teils improvisierten, teils

hochprofessionellen Aufführungen, Museen bieten virtuelle Führungen, die öffentlich-rechtlichen Sender unterstützen, wo sie können. Das ist großartig. Allerdings erreichen viele, vor allem kleinere Initiativen (noch) nicht das Publikum, das sie verdienen. In Brandenburg versuchen wir mit dem Aufbau eines Meta-Portals die Sichtbarkeit gerade kleinerer Initiativen zu erhöhen. Ob das so wie gewünscht funktioniert, wissen wir nicht. Aber was wissen wir schon in diesen Zeiten?

Die entscheidende kulturpolitische Herausforderung ist aber eine ganz andere: die ökonomischen Folgen für Künstlerinnen und Künstler, für die Beschäftigten in Kultur und Kreativwirtschaft abzumildern. Und dafür zu sorgen, dass unser bewährtes System der kulturellen Daseinsvorsorge nicht irreparablen Schaden nimmt.

In Brandenburg haben wir sehr schnell ein Sofortprogramm aufgelegt, aus dem Selbständigen und kleinen Unternehmen unbürokratisch geholfen wird. Wir haben uns bewusst gegen ein Sonderprogramm für Kulturschaffende entschieden. Zum einen aus pragmatischen Gründen: Kleinprogramme verursachen hohe Verwaltungskosten und dauern in der Administration zu lange. Zum anderen aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen: Corona trifft alle. Fotografinnen

genauso wie Kioskbesitzer, Sängerinnen genauso wie Industriebetriebe. Solidarität in der Krise heißt für mich auch: Wir helfen allen. Dass dabei die besonderen Bedingungen künstlerischer Arbeit besonders gewürdigt werden, ist selbstverständlich.

Neben der Hilfe für Personen geht es aber auch um die Hilfe für Institutionen. Wir haben uns entschieden, bewilligte Projektfördermittel auch dann auszuzahlen, wenn Veranstaltungen wegen Corona ausfallen. Für Haushaltsrechtler mag das etwas gewagt erscheinen. Aus meiner Sicht ist es zwingend. Auch, um die Kultureinrichtungen nicht dazu zu nötigen, immer am schwächsten Glied der Kette zu sparen – das sind dann im Zweifelsfall freiberufliche Tontechnikerinnen.

Sobald Klarheit über die Details der umfangreichen Bundesprogramme herrscht – ein großes Kompliment an die Bundesregierung für die wirklich beeindruckende Arbeit der letzten Wochen! – werden wir auch in Brandenburg ein Sonderprogramm Kultur auflegen. Das Ziel: Die Fallkonstellationen abzudecken, die bei anderen Programmen durchs Raster fallen.

Nein, diese Krise ist keine Chance. Sie ist eine Katastrophe. Die Kulturpolitikerinnen und -politiker in Bund und Ländern werden daran gemessen werden, ob es ihnen in dieser historischen Situation gelingt, den drohenden kulturellen Kollaps zu verhindern.

P.S. (und ohne dass ich darum gebeten worden wäre) ein kurzer Werbeblock: Abonnieren Sie den Corona-Newsletter des Deutschen Kulturrates. Er informiert schnell, umfassend und hysteriefrei über die Probleme im Kulturbereich und die Hilfsprogramme. Danke!

Brandenburg - Phase II

Manja Schüle — Politik & Kultur 3/2021

Der Romancier Theodor Mügge hat zum Glück nie eine globale Pandemie erlebt. Er verfasste Abenteuerromane. In opulenten Bildern erzählt er im 19. Jahrhundert von spannenden Expeditionen, anstrengenden Reisen, aufregenden Erlebnissen. Wer heute an deutsche Abenteuerschriftstellerei denkt. dem fällt Karl May ein - nicht Theodor Mügge. Doch einen Ausspruch von ihm kennt womöglich jeder: »Der Mensch gewöhnt sich an alles, und es gibt nichts, wozu er nicht lachen könnte.« Ich behaupte: An einen Lockdown gewöhnt sich niemand. Und eine Kulturministerin gewöhnt sich erst recht nicht an geschlossene Theater, zugesperrte Museen und verstummte Orchester. Die Corona-Krise dauert an und sie mutet ganz besonders Kulturschaffenden und ihrem Publikum enorm viel zu. Die Einnahmen sind eingebrochen, es fehlt an Diskussion, Inspiration, Erlebnissen, Begegnungen.

Und doch: Kultur hat Zukunft – das zeigen die vielen Projekte und Initiativen im Land Brandenburg. Gemeinsam entwickeln wir Ideen, um etwas Freude ins Leben zu bringen, das durch die immer noch notwendigen Beschränkungen des öffentlichen Lebens doch sehr eingeschränkt ist. Kultur bildet, prägt und inspiriert uns – auch im Lockdown. Unsere brandenburgischen Kultureinrichtungen haben im zurückliegenden Jahr der Pan-

demie enorme Anpassungsleistungen vollbracht. Daher zählen sie für mich nach wie vor zu den sichersten Orten unseres Landes. Für mich zählen sie aber auch zu den sozialsten Orten des Landes. Sollte sich das Pandemiegeschehen entspannen, seine Dynamik verlieren, so müssen es deswegen die Kulturorte sein, die als Erste wieder öffnen dürfen.

Kultur hat Zukunft – das muss unser Mantra in diesem scheinbar nicht enden wollenden Lockdown sein. Vermutlich wird es bis Ostern weder klassische Theateraufführungen noch herkömmliche Konzerte geben. Umso wichtiger ist es, nicht nur über Zeitspannen der Schließung von Spielstätten zu diskutieren, sondern weiter Kultur leben zu lassen.

Während sich andere auf die Dauer von Schließungen verständigen, gehen wir in Brandenburg einen anderen Weg – einen Brandenburger Weg, der Gesundheitsschutz und Planungssicherheit zwar gleichermaßen wichtig nimmt, der aber auch von dem Mut getragen ist, gemeinsam etwas zu kreieren und zu entwickeln. Der Lockdown wird nicht ewig dauern. Es gibt eine Zeit danach. Deshalb ist unser »Brandenburger Weg« für die Kultur wichtig. Ein Weg, der uns über Ermöglichung nachdenken lässt, auf Präsenz und Miteinander setzt und das über die Grenzen institutioneller Kultur und Freier Szene

sowie Soloselbständiger hinweg. Entstanden ist ein gemeinsames Bekenntnis zahlreicher Kulturschaffender und Kreativer im Land Brandenburg. Sie geben ein Bekenntnis ab zum Überleben und zur positiven Kraft der Kultur in ihren vielfältigsten Formen und zur Solidarität über alle Sparten von Kultur hinweg. Der Brandenburger Weg zeigt, dass wir noch da sind, dass die Kultur noch da ist. Bleiben wir also optimistisch: Kultur hat Zukunft und sie kann jederzeit passieren.

Bremen - Phase I

Andreas Bovenschulte — Politik & Kultur 4/2020

Albert Camus' allegorischer Roman »Die Pest«, 1947 erschienen, ist während der Corona-Pandemie das Buch der Stunde. In Frankreich und Italien nahmen die Verkaufszahlen stark zu, die deutsche Übersetzung ist momentan vergriffen. In Zeiten der Verunsicherung und der Angst suchen die Menschen Orientierung, Besinnung auf das Wesentliche und eine Auseinandersetzung mit existenziellen Fragen und wenden sich verstärkt der Literatur, aber auch anderen Künsten zu.

Bücher lassen sich allein zu Hause lesen, ein Austausch mit anderen Leserinnen und Lesern ist mittels Telefon und Internet problemlos möglich. Doch die Theater als Orte der Reflexion und Versammlung sind uns in der jetzigen Krise, der schwierigsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs, verwehrt. Ebenso bleiben die Konzerthäuser, Clubs und Kinos geschlossen – bei uns in Bremen wurde z.B. die jazzahead! abgesagt.

Lesungen und Konzerte finden nicht statt, freie Schauspieler und Musiker haben momentan kaum bis keine Verdienstmöglichkeiten. Gerade in der Kultur arbeiten viele Soloselbständige, die schon in normalen Zeiten sehr wenig Geld verdienen. Laut Künstlersozialkasse lag das Durchschnittseinkommen 2019 bei 17.852 Euro. Diesen Menschen müssen wir jetzt schnell und unbürokratisch helfen – darüber herrscht Einigkeit.

Schon frühzeitig haben wir in Bremen auf die Pandemie reagiert und die Kulturschaffenden flächendeckend über Unterstützungsmöglichkeiten informiert, schriftlich und in einer intensiven Telefonkonferenz mit mehr als 50 Beteiligten. Dort haben wir auch über unsere bremischen Maßnahmen berichtet. die die Aktivitäten des Bundes flankieren. So werden für alle Zuwendungsempfänger in der Kultur, die im Jahr 2019 Mittel erhalten haben, jetzt bei Bedarf Gelder ausgezahlt, trotz noch andauernder haushaltsloser Zeit aufgrund der Bürgerschaftswahl 2019. Dazu läuft ein vereinfachtes Verfahren. Vertraglich vereinbarte Honorare werden fortgezahlt, und auch in der Projektförderung gilt Vertrauensschutz, auch wenn diese Veranstaltungen möglicherweise nicht stattfinden können.

Unser Entwurf des Kulturetats, der jetzt ins parlamentarische Verfahren geht, sieht nach Jahren der Konsolidierung aufgrund der Haushaltsnotlage nun eine substanzielle Erhöhung quer über alle Sparten vor. Wir werden nach der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft rückwirkend zum 1. Januar 2020 auszahlen. Auch dies sollte den Betroffenen helfen.

Als besonders bedrückend empfinde ich, dass die Krise vor allem solche Einrichtungen trifft, die eine hohe Eigenfinanzierungsquote haben, da eben die eigenen Einnahmen nun wegbrechen. Im Senat haben wir am 20. März 2020 ein zuschussbasiertes Förderprogramm zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise für Kleinstunternehmen beschlossen und zusätzliche Haushaltsmittel kurzfristig zur Verfügung gestellt. Dies schließt die Kulturakteure explizit mit ein.

Ich setze mich zudem dafür ein, dass wir auch den vielen gemeinnützigen Einrichtungen in der Kultur durch die Krise helfen, denn auch diese stellen einen wichtigen Eckpfeiler unserer Kulturlandschaft dar, auch wenn der Fokus zunächst richtigerweise auf denjenigen liegen muss, die aufgrund der Pandemie vor dem Ruin stehen. Fragen beantworten wir jederzeit gern.

Derzeit erlebe ich eine große Solidarität und Bereitschaft der Menschen, die getroffenen Maßnahmen mitzutragen. Das ist großartig, denn ohne diese Gemeinsamkeit können wir diese Krise nicht meistern – weder in der Kultur noch anderswo.

In Camus' Roman endet die Pest einfach irgendwann. Große Literatur macht auch Hoffnung und spendet Trost.

Bremen - Phase II

Andreas Bovenschulte — Politik & Kultur 3/2021

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es ein vorrangiges Ziel unseres Krisenmanagements, die Vielfalt der bremischen Kulturlandschaft zu erhalten, indem die Akteurinnen und Akteure abgesichert werden. In einem ersten Schritt war es geboten, existenzbedrohende Situationen für selbständige Kulturschaffende abzuwenden. Zu diesem Zweck beschloss der Bremer Senat ein »Sofortprogramm zur Unterstützung freischaffender Künstlerinnen und Künstler aufgrund der Auswirkungen der Coronavirus-Krise«. Das am 31. März 2020 aufgelegte Programm war auf individuelle Bedarfe von Kulturschaffenden zugeschnitten, für die nicht laufende Kosten das Problem sind, sondern fehlende Einnahmen.

Ohne diese Maßnahme hätten Menschen, die mangels Veranstaltungsmöglichkeit in wirtschaftliche Not geraten waren, sofort Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Für das am 31. August 2020 ausgelaufene Sofortprogramm standen in zwei Tranchen insgesamt 1,25 Millionen Euro zur Verfügung. 287 Künstlerinnen und Künstler konnten in der ersten, 182 in der zweiten Phase unterstützt werden. Wie positiv die Rückmeldungen aus der Szene waren, habe ich in zwei Videoforen erfahren, in denen bis zu 170 Kulturschaffende Fragen und Anregungen, Sorgen und Wünsche sowie

wechselseitige Unterstützungsangebote formuliert haben. Diese ebenso erstaunliche wie effiziente Vernetzung der freien Akteurinnen und Akteure geht zurück auf ein vom Senator für Kultur in den vergangenen Jahren entwickeltes Dialogformat, die Denkzellen.

An die Stelle reiner Existenzsicherung durch das Sofortprogramm ist bereits im Herbst 2020 eine Form der Unterstützung getreten, die auf künstlerische Perspektiven und einen mittelfristigen Neustart des Kulturbetriebs in Bremen setzt: eine Produktionsförderung in Gestalt von Projektstipendien für soloselbständige Kulturschaffende. Die Resonanz auf dieses der Kreativität zugeeignete Zukunftsprogramm ist bemerkenswert: Ursprünglich sollten 400 mit bis zu 7.000 Euro dotierte Stipendien für Akteurinnen und Akteure aus der Freien Szene vergeben werden – für künstlerische Arbeiten ebenso wie für Fortbildungen.

Allerdings lag eine entsprechende Zahl von Anträgen bereits zwei Wochen nach dem Start des Programms im November 2020 vor. Deshalb wurden weitere 400 Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht. Der Senat verdoppelte das Volumen somit auf 5,6 Millionen Euro. Die Kulturbehörde wird diese Form der konkreten Produktionsförderung im Bedarfsfall weiter fortsetzen. Neben dem Stipendienprogramm haben wir die Sicherstel-

lung komplementärer Mittel für Bundesprogramme wie das im Februar 2021 aufgestockte Hilfspaket Neustart Kultur in Höhe von 10 % beschlossen. Von dieser Unterstützung aus dem sogenannten Bremen-Fonds, einem milliardenschweren Konjunkturprogramm zur Bewältigung der Pandemie-Folgen, profitieren zumal freie Künstlerinnen und Künstler aus den Sparten Theater und Tanz.

Neben dem Schließen von Wirtschaftlichkeitslücken geht es der Bremer Kulturpolitik auch um einen ideellen Kapitaltransfer. der sich zwischen den Kulturschaffenden und dem notgedrungen pausierenden Publikum ereignen muss: um die beherzte Fortführung einer aus Disziplin und Solidarität. Ideenreichtum und Zuversicht gewobenen Kraftanstrengung zu einer gemeinsamen Bewältigung der Krise. Dass viele Vorhaben des Stipendienprogramms diesen konstruktiven Dialog in zukunftsträchtiger Manier aufnehmen, signalisiert die große Kreativität der hiesigen Kunstszene. Dieser Umstand macht ebenso Hoffnung wie die Öffnungskonzepte für Spiel- und Ausstellungsstätten, die wir Anfang Februar in einer Kulturministerkonferenz auf den Weg gebracht haben.

Für weitere Zuversicht sorgt in Bremen die Erfahrung, wie sehr das erwähnte Denkzellen-Dialogformat die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen selbständigen Kulturschaffenden und Senatskulturverwaltung begünstigt. Diese enge Kooperation hat überdies eine lohnende Perspektive, die eine erste Phase der Postpandemie betrifft: Im Jahr 2023 ist die Eröffnung eines Zentrums der Freien Künste geplant – im historischen Tabakquartier des Stadtteils Woltmershausen.

Hamburg - Phase I

Carsten Brosda — Politik & Kultur 4/2020

Die aktuelle Lage ist für uns alle außergewöhnlich. Die Auswirkungen für die Kultur und Kreativwirtschaft, die angestellten und freischaffenden Künstlerinnen und Künstler wollen wir so gering wie möglich halten, damit all die Kulturorte, die unsere freie Gesellschaft ausmachen, noch da sind, wenn wir diese Krise hinter uns lassen. Seitdem klar ist, dass die Kultureinrichtungen vorübergehend schließen müssen, sind wir in Hamburg mit Akteurinnen und Akteuren aus Kultur und Kreativwirtschaft im Austausch darüber, wie wir schnell und unbürokratisch helfen können. Der Senat arbeitet daher, wie auch der Bund, zahlreiche Stiftungen und Verbände, mit Hochdruck an Lösungen, die sicherstellen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen für Künstlerinnen, Kreative und Kultureinrichtungen abgefedert werden können.

Als ersten Schritt hat der Senat gleich in der Woche nach der Schließung der Einrichtungen einen Hamburger Schutzschirm mit umfangreichen Hilfsmöglichkeiten beschlossen. Darunter das Instrument der Hamburger Corona Soforthilfen, die sich auch an Künstlerinnen und Kreative richten. Mit diesem Soforthilfeprogramm, das wir zusammen mit der hiesigen Investitions- und Förderbank auflegen, soll Freiberuflern, kleinen und mittleren Betrieben, die von der coronabedingten Schließung betroffen sind, schnell und

unbürokratisch ein Zuschuss gewährt werden. Dieser staffelt sich nach der Zahl der Beschäftigten von 2.500 Euro für Soloselbständige bis zu 25.000 Euro für Betriebe mit 51 bis 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Hilfe soll den Notfallfonds des Bundes sinnvoll ergänzen. Die Behörde für Kultur und Medien schnürt zudem ein Hilfspaket im Wert von 25 Millionen Euro, mit dem wir überall dort direkt die Auswirkungen abfedern können, wo wir ohnehin schon fördernd tätig sind. Damit können wir auch über die Soforthilfe hinaus schnell und direkt z.B. Privattheatern und Clubs helfen. Weiterhin richten wir einen Nothilfefonds in Höhe von zunächst zwei Millionen Euro ein, mit dem auf Antrag Ausfälle ausgeglichen werden können, die durch andere Hilfsmaßnahmen nicht erfasst werden.

Hilfreich ist sicher auch, dass für städtische Immobilien sofort entschieden wurde, dass hier auf Antrag die Miete gestundet werden kann – ein Beispiel, dem private Vermieter folgen sollten. Außerdem hat Hamburg analog zum Steuererlass von Bund und Ländern beschlossen, dass Gewerbetreibenden auch die städtischen Gebühren erlassen oder gestundet werden können.

Wichtig ist uns auch der Beschluss, dass alle Förderzusagen, die vor der Krise gegeben wurden, natürlich weiterhin gelten, auch wenn einzelne Projekte jetzt nicht oder nur in geänderter Form realisiert werden können. Das ist vor allem für die Einrichtungen und viele in der Freien Szene ein wichtiges Signal, dass wir ihnen solidarisch weiter zur Seite stehen.

Alles das soll die Förderinstrumente des Bundes, die Kreditangebote der KfW und die Notfallfonds möglichst passgenau ergänzen. Hierzu sind wir auf allen Ebenen im engen Austausch und stimmen die Instrumente gut aufeinander ab.

Außerdem werben wir dafür, dass die Einrichtungen und Künstlerinnen und Künstler auch die Hilfen in Anspruch nehmen – wie z. B. das Kurzarbeitergeld und die Grundsicherung –, die im Bund und in unseren Sozialsystemen ohnehin zur Verfügung stehen und die jetzt auch schnell auf die aktuelle Situation angepasst und vereinfacht worden sind.

Wir werden in den kommenden Wochen immer wieder nachsteuern und ergänzen müssen. Wir machen alles möglich, was nötig ist, um möglichst gut durch diese Situation zu kommen.

Hamburg - Phase II

Carsten Brosda — Politik & Kultur 3/2021

Die wichtigste kulturpolitische Aufgabe unserer Tage liegt darin, eine Perspektive für den kulturellen Betrieb, für Künstlerinnen. Künstler und Kreative zu entwickeln. Dazu gehört zum einen, dass wir weiter Konzepte und Strategien erarbeiten, auf deren Grundlage der wiederholte kulturelle Neustart gelingen kann. Es ist zwingend, dass wir die Zukunft des künstlerischen Schaffens nicht aus dem Blick verlieren. Das Wichtigste ist, dass wir diesen Mut und das Bewusstsein nicht verlieren, für all das, was darauf wartet, von den Probenbühnen und den Probenräumen auf die Bühnen zu kommen. Zugleich aber muss es auch darum gehen, neben den ideellen auch die materiellen Grundlagen der Kultur zu sichern - unter den derzeitigen Beschränkungen ebenso wie für die Vorbereitung des Wiederbeginns.

Dafür müssen wir staatlich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Bereits im März 2020 haben wir in Hamburg die ersten Hilfspakete aufgelegt, die sich im Laufe des Jahres über verschiedene Instrumente auf rund 90 Millionen Euro aufsummiert haben, die zusätzlich in die kulturelle Landschaft geflossen sind. Es bedurfte im Hamburger Senat zum Glück keiner großen Diskussionen, dass neben der Wirtschaft auch die Kultur mit aller Kraft gestützt werden muss.

Dieser Rettungsschirm ist im engen Austausch zwischen der Behörde für Kultur und Medien und den jeweiligen Sparten konzipiert worden, die am allerbesten wissen, welche Unterstützung sie brauchen, um nicht nur ökonomisch zu überleben, sondern auch die Zuversicht nicht zu verlieren. Daher haben wir nach dem ersten Schock und den schnellen Hilfen zum Überleben Programme entwickelt, mit denen Kultur unter Corona-Bedingungen wieder möglich war: von Recherchestipendien und Gagenfonds für freie Künstlerinnen und Künstler, über Theateraufführungen auf Abstand oder zusätzliche Outdoor-Konzerte bis hin zum gesetzten Club-Abend. Das alles kostet zusätzliches Geld, das wir aufbringen müssen, um nicht bloß Stillstand abzufedern, sondern die Produktion von Kultur zu ermöglichen.

Langsam kommen mittlerweile auch die Hilfen des Bundes bei den Kultureinrichtungen und Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen an. Teilweise viel zu spät, aber immerhin zeigen die Beschlüsse zur Verlängerung und Aufstockung des Programms Neustart Kultur, dass der Bund seiner Verantwortung langfristig gerecht werden will. Das ist gut, gibt es uns vor Ort doch die Möglichkeit, ergänzende Hilfen zu entwickeln, um über das Überleben hinaus auch Perspektiven aufzuzeigen. Hamburg hat hierzu auch für 2021

und 2022 weitere Mittel in jeweils zweistelliger Millionenhöhe im Haushalt eingestellt. Geld ist das eine. Das andere, und mindestens genauso wichtig, ist, dass wir gemeinsam die Perspektive auf die Wiedereröffnung der kulturellen Angebote entwickeln. Der hohe Rang der Kunstfreiheit im Grundgesetz verlangt, dass Beschränkungen der Kultur immer nur eine absolute und zeitlich begrenzte Ausnahme sein dürfen. Deshalb ist es unabdingbar, an Öffnungskonzepten zu arbeiten, um vorbereitet zu sein, wenn die pandemische Lage sich bessert. Die Kulturminister haben hierzu einen Weg aufgezeigt. Spätestens wenn die Kaufhäuser wieder öffnen, sollen auch die Museen öffnen, und spätestens, wenn die Gastronomie öffnet, soll es auch möglich sein. Kultur wieder live mit anderen zu erleben.

Was bleibt aus dieser Zeit? Neben dem Bewusstsein, was wir gemeinsam schaffen können, eine beeindruckende Solidarität innerhalb der Kulturszene, die nicht nur die schwer auszuhaltenden Einschränkungen akzeptiert, sondern auch zusammenarbeitet, wo Hilfe notwendig und möglich ist, und auch gemeinsam laut und deutlich die Stimme erhebt, wo der Wert der Kultur verkannt wird.

Was hoffentlich auch bleibt, ist zudem das Bewusstsein für die nicht erledigten Aufgaben, die uns die Pandemie schonungslos aufgezeigt hat. Die soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler zum Beispiel muss dringend verbessert werden. Hier müssen wir Instrumente entwickeln, mit denen die Möglichkeiten der Arbeitslosenversicherungen oder des Kurzarbeitergeldes auch dort zugänglich sind, wo unsichere Arbeitsverhältnisse und schlechte Bezahlung immer noch die Regel sind.

Hessen - Phase I

Angela Dorn — Politik & Kultur 6/2020

Gerade das, was den großen Wert von Kunst und Kultur definiert, macht sie auch besonders anfällig: Sie bringen Menschen zusammen, sie leben vom direkten Austausch. Auch und gerade in der Krise sind sie unverzichtbar für eine vielfältige, offene und kreative Gesellschaft, für die Reflexion über unsere Welt und als Ausdrucksform von Menschen. Durch die harte Arbeit vieler Menschen ist in Deutschland eine einzigartige kulturelle Landschaft entstanden, die wir in dieser schwierigen Zeit erhalten wollen.

Wir haben in Hessen frühzeitig mit Liquiditätshilfen für Selbständige und Unternehmen sehr viel unternommen, um Härten abzufedern. Wir haben mit Landesmitteln die Hilfen des Bundes aufgestockt und den Bereich der kleinen Unternehmen – 10 bis 50 Beschäftigte – einbezogen, die es gerade im Kulturbereich oft gibt. Wir haben sichergestellt, dass Vereine mit wirtschaftlichem Betrieb – darunter Museen, Theater oder Musikschulen – berücksichtigt werden. Und wir haben mit einem speziellen Vereinsprogramm auch Hilfen für den ideellen Bereich von Vereinen auf den Weg gebracht.

Von Anfang an haben wir bei Fördermitteln die Spielräume der Landeshaushaltsordnung weit ausgelegt. Ausfallhonorare für Gastkünstlerinnen und -künstler sind an unseren Staatstheatern in aller Regel ohnehin Vertragsbestandteil. Und die Filmförderung HessenFilm hat für kleine und mittlere Kino-Unternehmen ein Nothilfeprogramm aufgelegt. Im nächsten Schritt geht es uns nun darum, die Phasen der schrittweisen Neueröffnung in den Blick zu nehmen und die vielen kreativen Ansätze für die Zukunft nutzbar zu machen, die im Umgang mit Corona entstehen. Dafür haben wir gemeinsam mit der Hessischen Kulturstiftung ein umfassendes Unterstützungspaket mit aufeinander abgestimmten Bestandteilen aufgelegt.

Zunächst ergänzen wir die Soforthilfen um einen Rettungsschirm für Kulturfestivals, die abgesagt oder in den digitalen Raum verlagert werden müssen. In der zweiten Phase, die wir »Übergang meistern« genannt haben, ermöglichen wir freien Künstlerinnen und Künstlern mit Arbeitsstipendien von je 2.000 Euro, neue Projekte für den Übergang aus der Pandemie-Zeit zu erarbeiten. Antragsberechtigt sind alle in Hessen lebenden und in der Künstlersozialkasse versicherten Kulturschaffenden. Falls sie Grundsicherung erhalten, werden die Zahlungen nicht darauf angerechnet.

Die dritte Phase haben wir mit »innovativ neu eröffnen« überschrieben: Hygieneauflagen und dadurch geringere Zuschauerzahlen erfordern besondere Veranstaltungsformen, bauliche Veränderungen und neue Formen

der Publikumsansprache. 500 Kinos, Musik-Locations, soziokulturelle Zentren, Bühnen und andere Spielstätten können dafür einen Pauschalbetrag von ie 18,000 Euro erhalten. Zusätzlich legen wir Projektstipendien für freie Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstler auf, die neuartige Ansätze realisieren wollen. Es stehen Mittel für 250 Gruppen in Höhe von je 18.000 Euro sowie für 1.000 Künstlerinnen und Künstler in Höhe von ie 5.000 Euro bereit. Wer in der zweiten Phase ein Arbeitsstipendium erhalten hat, kann mit den dort erarbeiteten Konzepten nun Mittel für die Realisierung beantragen; damit eröffnen wir die Möglichkeit für eine nachhaltige Förderung einmal entwickelter künstlerischer Ansätze. Und wenn hessische Kulturinstitutionen über eigene Mäzene zusätzliches Geld einwerben, können sie Künstlerinnen und Künstler direkt für Stipendien empfehlen; das Land verdoppelt dann die eingeworbenen Mittel.

Trotz vieler positiver Reaktionen: Es wird nie möglich sein, allen gleich gut zu helfen. Unser Ziel ist es, diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen, Härten abzumildern und möglichst zu verhindern, dass Menschen in Existenznot geraten. Damit unsere Kultur so vielfältig und lebendig bleibt, wie sie ist.

Hessen – Phase II

Angela Dorn — Politik & Kultur 3/2021

Die schwierige Situation für die Kulturbranche dauert nun schon fast ein Jahr. Auch wenn es inzwischen bessere Unterstützungsprogramme des Bundes gibt als zu Beginn oder sie zumindest angekündigt sind: Die Pandemie belastet die Institutionen und vor allem die freien Akteure in der Kultur.

Wir haben als Land Hessen schon im April 2020 ein Paket für Kultureinrichtungen und Kulturschaffende geschnürt, ausgestattet mit gut 50 Millionen Euro. Wir haben es damit geschafft, die in Hessen besonders reichen Festivalstrukturen zu erhalten, wir haben rund 200 Spielstätten bei Anpassungen an die Corona-Bedingungen unterstützt und vielen Freiberuflerinnen und Freiberuflern durch zwei Stipendienprogramme die Weiterarbeit ermöglicht. Dann kam der zweite Lockdown.

Wir haben deshalb nun ein zweites Kulturpaket aufgelegt. Wie schon das erste soll es möglichst passgenau die Entwicklung der Pandemie in den Blick nehmen und Bundesprogramme ergänzen, statt sie zu ersetzen. Wir schauen uns genau an, wo Lücken entstehen. Zudem haben wir die Erfahrungen mit dem ersten Paket sorgfältig analysiert. So wurden die Mittel für die in großer Zahl bereitgehaltenen Arbeitsstipendien nur zu einem kleinen Teil ausgeschöpft, obwohl sie sehr einfach beantragt werden konnten. Die

höher dotierten, aber selektiv vergebenen Projektstipendien wurden vollständig verteilt. Viele Länder haben ähnliche Erfahrungen gemacht.

Die im März startenden neuen Brückenstipendien stehen allen freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern unabhängig von einer Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse offen. Wir haben die bereitgestellten Mittel nach der Zahl bemessen, die in der ersten Runde abgerufen wurden. Und damit Künstlerinnen und Künstler leichter einen Weg durch die Vielfalt der Hilfsangebote finden, stärken wir die Verbandsstrukturen mit einem Corona-Bonus für Beratung, der die Verbände der Branche unterstützt.

Für Spielstätten und Kinos richten wir einen Fonds zur Liquiditätssicherung ein, der auch über den besucherschwachen Sommer eine Perspektive für den Erhalt der Kulturlandschaft sichert. Und weil nicht nur Künstlerinnen und Künstler Perspektiven und Auftrittsmöglichkeiten brauchen, sondern auch das Publikum hungrig ist nach Kultur, investieren wir »Ins Freie!«: mit zehn Millionen Euro für neue Auftrittsmöglichkeiten unter freiem Himmel oder in Pop-Up-Spielstätten im Sommer 2021. Denn während die Pandemie kaum Voraussagen für den Kulturbetrieb in Innenräumen zulässt, werden Open-Air-Veranstaltungen mit großer Wahrschein-

lichkeit unter Einhaltung der Hygieneregeln stattfinden können. Wir wollen helfen, bestehende Programme zu erweitern und neue Spielstätten zu schaffen, auch in Kooperation zwischen Initiativen und Kommunen.

Die Unsicherheit können wir nicht verschwinden lassen, sie liegt in der Natur der Pandemie. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir dazu beitragen, dass Kulturschaffende den langen Atem behalten, den sie so eindrucksvoll zeigen. Es gibt Hoffnung: Wir lernen immer mehr über die Verbreitung des Virus und die Impfungen kommen so voran, dass die – sicher schrittweise – Rückkehr zur Normalität am Horizont erscheint.

Mecklenburg-Vorpommern – Phase I

Bettina Martin — Politik & Kultur 6/2020

Während mehr als zwei Monate nach dem Lockdown viele Bereiche der Gesellschaft nun schrittweise zu einer neuen Normalität zurückkehren können, ist die Perspektive für die meisten Kulturschaffenden nach wie vor ungewiss. Für sie ist die Situation existenzbedrohend. Ein wichtiges Signal war es, dass nun Museen, Galerien, Gedenkstätten und Ausstellungen unter Auflagen wieder öffnen konnten. Es folgten die Kinos - alles natürlich unter Auflagen zum Hygieneschutz. Aber dort, wo die direkten Begegnungen von Menschen, die Beziehungen zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Publikum unerlässlich sind, wird es auch in den kommenden Monaten keine Normalität geben - also im Theater, in Konzert- und Opernhäusern, aber auch in den vielen Clubs und Live-Spielstätten. Wir haben in den vergangenen Wochen erfahren, dass Kultur kein Nice-to-have ist, sondern überlebenswichtig für unsere offene und demokratische Gesellschaft. Wir müssen jetzt also auch gemeinsam dafür sorgen, dass keine kulturellen Leerstellen entstehen und dass die vielfältige Kulturlandschaft, auf die wir in Mecklenburg-Vorpommern stolz sein können, diese Krise übersteht.

Die Landesregierung hat deshalb schnell reagiert und einen Schutzfonds für Kunst und Kultur in Höhe von zusätzlich 20 Millionen Euro aufgelegt. Er setzt dort an, wo die anfänglich gewährten Bundeshilfen nicht oder nur teilweise greifen. So werden Kulturträger für ihre coronabedingten Ausfälle unterstützt. Wir helfen Einzelkünstlerinnen und -künstlern mit Stipendien, die nicht von den Wirtschaftssoforthilfen profitieren sowie Einrichtungen politischer Bildung und Gedenkstätten. Damit schließen wir eine Lücke, die sich aus den Bundesregelungen ergibt.

Das ist für ein so kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern ein großer Schritt. Ziel war es von Anfang an, die Träger von Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft zu stabilisieren. Doch die Dimension dieser Krise macht auch deutlich, dass kein Bundesland die notwendigen finanziellen Hilfen allein stemmen kann. Deshalb haben sich die Kulturministerinnen und -minister der Länder mit einem Schreiben der Kultusministerkonferenz an die Bundesregierung gewandt und eine weitergehende Unterstützung für die Kultur und Kreativwirtschaft im Rahmen des Konjunkturpakets des Bundes gefordert. Die Voraussetzungen der Kulturschaffenden sind sehr divers – wir brauchen somit Ansätze, die auf diese unterschiedlichen Herausforderungen Antworten geben. Und wir brauchen Lösungen, die langfristig wirken, denn es wird leider noch lange dauern, bis wir zum Normalbetrieb zurückkehren können.

Planungssicherheit und Transparenz sind in dieser Zeit sehr wichtig. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat sich mit vielen Schreiben an die Kulturschaffenden im Land gewandt. Wir haben Fragen zur Sicherung bereits angelaufener Projekte, zur Kurzarbeit und Grundsicherung, zum Schutz des Ehrenamtes und zu digitalen Angebotsformaten beantwortet. Diesen Informationsfluss wollen wir beibehalten und nutzen dafür unser Landeskulturportal Kultur-MV.de.

Es ist großartig, wenn Kulturschaffende auf alternative Wege zurückgreifen und ihre Angebote online ausspielen. Wir fördern dieses Engagement und stellen für digitale Angebote 100.000 Euro bereit. Und: Wir bieten das Kulturportal als digitale Bühne an. Alle Künstlerinnen und Künstler können dort jederzeit ihre Beiträge vorstellen. Mit der schrittweisen Öffnung der Gesellschaft wird es in den kommenden Wochen aber auch darum gehen, alternative Möglichkeiten des »Live-Erlebens« zu entwickeln. Auch wenn es nicht dasselbe ist - mit viel Kreativität finden Künstlerinnen und Künstler Wege, wie sie mit ihrem Publikum in Kontakt bleiben – auch in Zeiten des verordneten Abstands.

Mecklenburg-Vorpommern – Phase II

Bettina Martin — Politik & Kultur 3/2021

Nach einer so langen Zeit der pandemiebedingten Einschränkungen im gesamten Kulturbereich ist die Situation für viele Kulturschaffende äußerst prekär. Wo der Kulturbetrieb sich nicht in den digitalen Raum verlagern konnte, steht er still - seit Wochen und Monaten, Künstlerinnen und Künstlern fehlt der Raum für ihr künstlerisches Tun und somit auch die Chance zum Broterwerb. Und der Gesellschaft fehlt gerade in der aktuellen Krisensituation die notwendige künstlerische Auseinandersetzung schmerzlich. Ie mehr Zeit im Lockdown verstreicht, desto klarer wird für alle: Kunst und Kultur sind kein reiner Freizeitspaß, sondern elementar für das Wohlergehen einer demokratischen Gesellschaft. Deswegen müssen kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche, Museen, Bibliotheken und dann auch Theater und Kinos fest im Blick sein, wenn die Infektionszahlen erste Öffnungsszenarien zulassen.

Gleichzeitig ist es die Aufgabe der Politik – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – Sorge zu tragen, dass diese Krise keine Löcher in unsere reiche Kulturlandschaft reißt. Vor diesem Hintergrund begann die Landesregierung früh mit der Unterstützung der Kulturschaffenden: Im April 2020 wurde der MV-Schutzfonds Kultur aufgelegt. Er ist dafür gedacht, Lücken anderer Hilfsprogramme von Bund und Land zu schließen. Wir unterstüt-

zen z.B. freie Künstlerinnen und Künstler mit einem Überbrückungsstipendium, die mangels Betriebsausgaben keine Wirtschaftshilfen erhielten. Dieses Programm wird sehr gut im Land nachgefragt, sodass wir es im Januar 2021 um weitere sechs Monate verlängert haben. Der MV-Schutzfonds Kultur basiert insgesamt auf sieben Säulen. Drei davon richten den Blick auf die kulturellen Trägerstrukturen. Die weiteren Säulen stützen Träger der Weiterbildung und der Gedenkstättenarbeit. Darüber hinaus stellt das Land die Co-Finanzierung für den Neustart Kultur bereit. Insgesamt umfassen die sieben Säulen 20 Millionen Euro. Das Feld der Hilfsempfänger kann unterschiedlicher nicht sein: Es profitieren sowohl Einzelpersonen, kleine Projekte als auch große Träger wie das Deutsche Meeresmuseum oder die renommierten Festspiele Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sind in dieser Krisenzeit im ständigen Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern von Kunst und Kultur in unserem Land. Gemeinsam mit den Intendanten der Theater beraten wir beispielsweise intensiv über gangbare Wege für die stufenweise Öffnung der Theater und Konzertsäle. Auch die Information in die Kulturszene hinein über die große Bandbreite der Fördermöglichkeiten ist wichtig. Dafür setzen wir auf eine breitgefächerte Aufklärungskampagne und arbei-

ten eng mit den Kultur-Service-Stellen zusammen. Denn die Einrichtungen brauchen Vertrauen und Wertschätzung, um an ihrer Schaffenskraft festzuhalten.

In ieder Krise steckt auch eine Chance. So wie die Pandemie die Digitalisierung der Schulen voranbringt, ermöglicht sie eine kulturpolitische Neuausrichtung. Bereits vor der Krise brachte das Land mit vielen Partnern die ersten kulturpolitischen Leitlinien auf den Weg. Diese regeln die Kooperation zwischen Kulturschaffenden und öffentlichen Institutionen neu. Ich halte es für wichtig, dass wir nun auch die Debatte darüber führen, was wir aus der Krise für die zukünftige Aufstellung des Kulturbetriebs lernen können. Denn Ziel muss es sein, den Kulturbetrieb langfristig so krisenfest zu machen, dass er in der nächsten Notlage nicht in seiner Existenz bedroht ist.

Niedersachsen – Phase I

Björn Thümler — Politik & Kultur 4/2020

Die Corona-Krise trifft die Kulturszene in Niedersachsen und im gesamten Bundesgebiet mit voller Wucht. Seit Mitte März ruht der Kulturbetrieb flächendeckend. Dies bedroht Millionen Existenzen im ganzen Land vom Bühnentechniker über die Schauspielerin, vom Musikpädagogen bis zum mittelständischen Kulturveranstalter. Ausstellungen und Aufführungen werden abgesagt, das eingegangene finanzielle Risiko schlägt voll in die Bilanzen der Theater und Museen durch. Musik- und Kunstschulen, theaterpädagogische Einrichtungen und soziokulturelle Zentren: Sie alle sind in größter Not. Themen wie Kurzarbeit und Zukunftsängste prägen die öffentliche Debatte.

Fest steht aber: In der Kulturszene werden Existenzen bereits nach kurzer Zeit des Stillstands vernichtet. Viele Kulturschaffende, gerade Soloselbständige, haben häufig schon im normalen Berufsalltag ein geringes Einkommen. Derzeit sinken für viele die Einnahmemöglichkeiten auf null. Leider kann niemand verlässlich sagen, wie lange dieser – im Sinne der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger zwangsläufig notwendige – Stillstand andauern wird.

Bund und Länder unterstützen Kulturschaffende mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Weichen dafür wurden im Rahmen der Kulturministerkonferenz am 13.

März 2020 gestellt. Inzwischen haben Bund und Länder alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu helfen. Die Abstimmung zwischen den Bundesländern ist dabei außerordentlich eng. Hier zeigt sich eine Stärke des Föderalismus, denn es fällt nicht schwer zu glauben, dass die Herausforderungen in Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin andere sind als in einem Flächenland wie Niedersachsen mit seinen Hunderten von kleinen Museen, Kulturzentren und -initiativen.

In Niedersachsen haben wir uns bei der Entwicklung der Programme eng mit den Verbänden abgestimmt, damit die Hilfe auch da ankommt, wo sie am nötigsten gebraucht wird. In Niedersachsen basiert die Landeshilfe für Künstlerinnen und Künstler auf zwei Säulen:

Die erste Säule richtet sich ausdrücklich nicht nur an gewerbliche Kleinunternehmer der Kultur- und Kreativwirtschaft, sondern auch an Soloselbständige im Kulturbereich.

Die zweite Säule richtet sich explizit an Kultureinrichtungen, die von der Bundesförderung und der Förderung für Wirtschaftsunternehmen nicht umfasst sind. Hier haben wir kleine und mittlere Kultureinrichtungen und ihre Träger, wie z. B. Vereine im Blick, die sonst durch das Raster fallen würden. Ihnen helfen wir mit Einmalzahlungen dabei, ihre Liquidität zu sichern.

In begrenztem Umfang können die Nutzer der kulturellen Angebote, die derzeit zu Hause beim Unterhaltungsprogramm an das heimische Sofa gefesselt sind, auf digitale Angebote ausweichen. Viele Einrichtungen und Einzelkünstler nutzen die Krise für Experimente im Internet. YouTube und Instagram ersetzen dem Publikum den Gang ins Museum, die Vernissage und das Bühnenspektakel. Es ist ein gutes Zeichen, dass mehr und mehr Künstlerinnen und Künstler online zur kulturellen Entdeckungsreise durch Niedersachsen einladen. Dies bietet einen Ausblick darauf, was die Digitalisierung künftig in Theatern und Museen, in der Literaturszene oder im Bereich der kulturellen Bildung möglich machen wird.

Leider wird mit Online-Angeboten bislang noch kein oder kaum Geld verdient. Es würde mich freuen, wenn zukunftsweisende Angebote hohe Klickzahlen generieren würden, um den Künstlerinnen und Künstlern ein unüberhörbares Signal zu senden: »Wir schätzen eure Arbeit! Wir stehen euch bei! Wir freuen uns darauf, wieder gemeinsam Kunst und Kultur zu genießen und miteinander zu teilen!«

Ein Sprichwort sagt, dass man vieles erst dann vermisst, wenn es nicht mehr da ist. Auch wenn wir es nur mit einer temporären Unterbrechung des Publikumsbetriebs zu tun haben, wird in diesen Tagen doch deutlich, welchen Stellenwert Kultur in unser aller Leben hat: Kultur spendet Freude, Kultur stiftet Identität, Kultur definiert Heimat. Wir wollen mit unseren Anstrengungen und gezieltem Mitteleinsatz dafür sorgen, dass die Kulturszene in unserem Land breit, lebhaft und bunt ist!

Niedersachsen – Phase II

Björn Thümler — Politik & Kultur 3/2021

Die pandemiebedingten Schließungen haben die Kultur aus ihren vertrauten Räumen vertrieben. Viele Kulturschaffende suchen alternative Wege, um sichtbar zu bleiben. Im Sommer wichen sie unter freien Himmel aus, gaben z. B. Autokonzerte oder spielten Stationstheater in Parkhäusern. Sie stellten ihre Kreativität unter Beweis, Zurzeit sind Kultureinrichtungen wieder auf unbestimmte Zeit geschlossen. Künstlerinnen und Künstler agieren vor allem in selbst geschaffenen digitalen Räumen. Diese neuen Räume bieten neue Möglichkeiten. Sie senken die Hürden für die Rezeption von Kunst, das Publikum wird breiter, die Zahl der Kritiker wächst – denn plötzlich kann jeder ein Kritiker sein. Diese Macht ist nicht mehr einzelnen professionellen Autoren vorbehalten. Jeder kann seine ganz eigene Meinung zur Darbietung in wenigen Klicks liefern. Die Kunst erobert sich ein neues, breiter gefächertes Publikum. Sie liefert sich individuellen Kritiken aus und gibt einen Teil ihrer Deutungshoheit ab, dringt dabei aber in die Mitte der Gesellschaft vor.

Der Weg in die digitalen Räume kann allerdings die Einkommenseinbußen vor allem der freien Künstlerinnen und Künstler in keiner Weise auffangen. Wir alle erleben seit Monaten, wie stark unsere bekannten kulturellen Strukturen gefährdet sind – sowohl die

Einrichtungen als auch die Kulturschaffenden selbst. Das ist der Punkt, an dem unser Landesprogramm »Niedersachsen dreht auf« ansetzt. Es bietet Soloselbständigen und Kultureinrichtungen eine Zukunftsperspektive. Denn wir wollen die Kulturszene in Niedersachsen über die Schließungen hinweg retten, wollen sie auch in den vertrauten Räumen wieder ins Spiel bringen. Herzstück des eng mit Kulturverbänden und Kulturschaffenden abgestimmten Programms ist die bis zu hundertprozentige Förderung von Verträgen mit Soloselbständigen. Rund 65 Projektanträge sind bereits zum ersten Antragsstichtag bewilligt worden, in Höhe von insgesamt rund 1,3 Millionen Euro. Weitere Anträge werden zurzeit ausgewählt. Insgesamt stehen für das Programm 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Es ist unser gemeinsames Ziel, die kulturelle Vielfalt in unserem Land über die aktuelle Krise hinweg zu retten. Dafür werden wir als Landesregierung weiter alle Anstrengungen unternehmen. Wir brauchen alle Kulturschaffenden und ihre Schaffenskraft, alle Einrichtungen und Veranstaltungsorte auch in Zukunft! Ich fürchte – ein »Nach der Pandemie« wird es so bald nicht geben. Das zeichnet sich immer deutlicher ab. Aber ich bin mir sicher: Die Krise, die wir zurzeit erleben, birgt auch Chancen. Denn sie zeigt uns, dass

wir Kunst und Kultur als wichtige Stützen unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, als wichtige Bestandteile unserer Demokratie brauchen. Und sie wird Kunst und Kultur dauerhaft verändern – denn wenn sie auch in Zukunft analoge ebenso wie digitale Räume nutzt, bleibt ihr das breite Publikum treu.

Nordrhein-Westfalen – Phase I

Isabel Pfeiffer-Poensgen — Politik & Kultur 5/2020

Überdeutlich zeigt sich in diesen Wochen die Verfasstheit der Kultur in NRW. Das unumgängliche Aussetzen aller Kulturveranstaltungen macht spürbar, wie allgegenwärtig Kunst und Kultur in unserem bisher gewohnten Leben sind. In keinem anderen Bundesland gibt es flächendeckend eine solche Dichte an Kultureinrichtungen und -initiativen aller Sparten. Umso auffallender ist ihr Fehlen. Und umso schmerzhafter wird die Kulturlandschaft aufgrund ihrer Viel- und Kleinteiligkeit getroffen. Insbesondere den kleinen Häusern, den Vereinen und privat getragenen Initiativen, den freien Ensembles und den vielen freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern fehlen Rücklagen, die sie durch diese Krise retten könnten.

Es geht nun um die Anerkennung der Lebens- und Arbeitsrealität der Kulturschaffenden. Die Überzeugung, dass Kultur kein Luxus ist, sondern Fundament und Medium einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft, gilt es gerade jetzt zu verteidigen. In enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung setzten wir alles daran, den Schaden durch gezielte, unbürokratische und wirksame Maßnahmen so gut und so schnell wie möglich zu begrenzen. In dieser Situation hat sich die Abstimmung innerhalb der neuen Kulturministerkonferenz und auf der Arbeitsebene des Kultur-

ausschusses der KMK sehr bewährt. Bereits am 20. März hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft eine existenzsichernde Soforthilfe in Höhe von fünf Millionen Euro für Künstlerinnen und Künstler eingerichtet, um die Zeit bis zum Anlaufen der großen Rettungsschirme in Land und Bund zu überbrücken. Künstlerinnen und Künstler konnten bei den Bezirksregierungen eine Einmalzahlung von bis zu 2.000 Euro beantragen und so zumindest einen kleinen Ersatz für abgesagte Veranstaltungen erhalten. Diese Mittel waren allerdings bereits Anfang April ausgeschöpft – über 17.000 Anträge gingen bei uns ein, immerhin 6.500 Anträge wurden geprüft und an über 3.000 Berechtigte konnte das Geld zeitnah ausgezahlt werden.

Über die Soforthilfe hinaus haben wir die bestehenden Förderstrukturen genutzt, um umgehend Entlastung und Sicherheit für Kultureinrichtungen und -akteure zu schaffen. So werden bewilligte und in Prüfung befindliche Förderungen in Höhe von mehr als 120 Millionen Euro ausgezahlt – auch dann, wenn die Projekte abgesagt werden müssen. Zusätzliche Ausnahmeregelungen sollen Veranstalter und Einrichtungen finanziell wie zeitlich entlasten. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten in dieser ersten, akuten Phase standen die Künstlerinnen und Künstler in NRW. Dies war nur folgerichtig, denn unser Land

wird gerade durch die freie Kulturszene geprägt. Mit dem Anlaufen der großen staatlichen Hilfsprogramme stehen freiberuflichen Künstlerinnen und Künstlern in NRW inzwischen verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung, vor allem die Corona-Soforthilfe für Soloselbständige und kleine Unternehmen der Bundesregierung. Soloselbständige erhalten eine Einmalzahlung von bis zu 9.000 Euro. Kleinunternehmen von bis zu 15.000 Euro für einen Zeitraum von drei Monaten. Beide Zuschüsse müssen nicht zurückgezahlt werden. Gegenwärtig rückt die Soforthilfe die betrieblichen Kosten in den Mittelpunkt, NRW setzt sich aber dafür ein, zusätzlich die Einkommensverluste der Solo-Künstlerinnen und -Künstler zu berücksichtigen. Auch der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung ist nicht als Almosen zu verstehen, sondern als Rechtsanspruch und Mittel zur unbürokratischen Überbrückung einer Notsituation, bis der reguläre Kulturbetrieb wieder anläuft.

Wir haben uns bewusst für Zuschüsse und gegen Kredite entschieden. Kulturangebote können nur sehr bedingt »auf Vorrat« produziert werden, was im Umkehrschluss bedeutet, dass die aktuellen Ausfälle Komplettausfälle sind. Theaterstücke, Konzerte, Tanzinszenierungen oder Ausstellungen können allein aus logistischen Gründen nicht einfach parallel zum Folgeprogramm nachgeholt werden – abgesehen davon, dass selbst die Proben aktuell gegen die unverzichtbare Regel sozialen Abstands verstoßen würden.

Kunst hat nicht die Aufgabe, die Antworten zu geben, um die wir angesichts dieser schwindelerregenden Situation gerade ringen. Aber sie schafft gedankliche Spiel- und Freiräume, das zu denken, was nicht Konsens ist, das zu erfahren, was nicht vertraut ist. Es ist eine Stärke der Kunst, jenseits der etablierten Systeme zu agieren und »dem Weltlauf zu widerstehen«, wie es Theodor

W. Adorno einmal formuliert hat. Heute, da viele bisherige Gewissheiten infrage stehen, ist die Kunst eine unverzichtbare Stimme im gesellschaftlichen Miteinander. Wir werden alles dafür tun, dass diese Stimme auch weiterhin laut gehört werden kann.

Nordrhein-Westfalen – Phase II

Isabel Pfeiffer-Poensgen — Politik & Kultur 3/2021

Mehr als ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie und trotz wichtiger Erfolge in der Impfstoffentwicklung ist die Krise nicht überstanden. Wir müssen davon ausgehen, dass die Virusmutationen eine erneute und möglicherweise deutlich schnellere Ausbreitung des Virus bewirken werden. Vor diesem Hintergrund hat die Eindämmung des Infektionsgeschehens weiterhin Priorität – selbstverständlich auch im Kulturbereich.

Und doch ist die Situation eine andere als vor einem Jahr. Die mit aus der Not geborener Eile etablierten Unterstützungsprogramme im Frühjahr 2020 konnten justiert, aufgestockt und an die konkreten Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden. Dabei spielt der kontinuierliche Austausch mit den Institutionen, den Verbänden und Kulturschaffenden eine zentrale Rolle. Er ist das ständige Korrektiv unseres politischen Handelns.

Aktuell begegnen wir als Landesregierung in Nordrhein-Westfalen der Situation auf vier Ebenen: Wir federn die Situation der Betroffenen finanziell ab; wir setzen unsere Stärkungsinitiative Kultur ungeachtet dieser Sonderausgaben planmäßig fort; wir bereiten eine verantwortungsvolle Öffnung der Kultureinrichtungen politisch und infrastrukturell vor; und wir entlasten die Kommunen, um Etatkürzungen im Kulturbereich – der ja zu 70 % in kommunaler Verant-

wortung liegt – zu verhindern. Damit möchten wir den Kulturschaffenden eine Perspektive geben und zugleich die Strukturen der Kulturlandschaft erhalten – denn Schäden an diesen, über lange Zeiträume gewachsenen Strukturen sind oft irreversibel.

Wie sieht das ganz konkret aus? Mit dem Kulturstärkungsfonds, der das Bundesprogramm Neustart Kultur gezielt ergänzt, unterstützen wir mit bis zu 80 Millionen Euro Einrichtungen, die durch die pandemiebedingten Schließungen Einnahmeausfälle erleiden. Dazu zählen Theater, Orchester und Museen in Trägerschaft des Landes und der Kommunen, soziokulturelle Zentren, Festivals, ehrenamtlich getragene Vereine, aber auch Musikspielstätten und Clubs.

Im Sommer haben wir ein Stipendienprogramm mit einem Volumen von 105 Millionen Euro aufgelegt, das es 14.500 freien Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht hat, ihre künstlerische Arbeit fortzusetzen.

Wie bereits erwähnt, werden wir unsere Kulturausgaben ungeachtet dieser Sonderzahlungen weiter steigern. Mit Beginn der Legislaturperiode hatten wir angekündigt, den Kulturetat bis 2022 um insgesamt 100 Millionen Euro auf dann 300 Millionen Euro zu erhöhen, und dabei bleibt es. Parallel dazu bereiten wir die verantwortungsvolle Öffnung der Kultureinrichtungen vor –

denn das ist die wirksamste Form, die Kulturszene zu stabilisieren. Im Kreise der Kulturminister haben wir einen Dreistufenplan entwickelt, der die Öffnung der verschiedenen Kultureinrichtungen an der der Schulen und Kitas, des Einzelhandels und der Gastronomie ausrichtet und so ihre gesellschaftliche Relevanz und Solidarität unterstreicht. Darüber hinaus haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit Belüftungskonzepten als zentralem und planbarem Faktor bei der Öffnung der Häuser befasst. Die Arbeitsgruppe hat eine Studie der Deutschen Theatertechnischen Gesellschaft in 27 Theatern und Konzerthäusern in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben. Ergebnisse sollen in einigen Wochen vorliegen.

Die Kommunen werden konkret durch den Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen, eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse und Sonderhilfen für überschuldete Kommunen unterstützt. Darüber hinaus werden wir die Kommunen in die Pflicht nehmen, indem wir auch zukünftig die Landesförderung an ihr Engagement koppeln.

Die Pandemie hat Künstlerinnen und Künstler nicht nur in eine akute Notsituation gebracht. Sie hat auch mit großer Deutlichkeit gezeigt, wie fragil die ökonomische Absicherung ihres Lebensmodells ist. Deshalb arbeiten wir im Kreis der Kulturministerinnen und -minister parallel zu den Akutmaßnahmen daran, ihre soziale Absicherung grundsätzlich zu verbessern. Hier geht es z. B. um die Rolle der Künstlersozialkasse, aber auch um den Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Denn das letzte Jahr hat uns eines gelehrt: Wir können Pandemien nicht verhindern, wohl aber Strukturen schaffen, die die Kulturszene und ihre Akteurinnen und Akteure weniger verwundbar machen.

Rheinland-Pfalz – Phase I

Konrad Wolf — Politik & Kultur 4/2020

Der gesamte Kulturbetrieb ist seit Mitte März zum Erliegen gekommen. Diese bisher einmalige Situation in der Bundesrepublik hat natürlich für viele Veranstalter sowie für viele Künstlerinnen und Künstler, vor allem für die, die als Selbständige arbeiten, massive Einnahmeausfälle zur Folge. Der Bund und die Länder haben diese kritische Situation für die Künstlerinnen und Künstler sowie die übrigen Selbständigen im Kultur- und Kreativbereich sehr schnell erkannt. Wir haben daher sofort begonnen, Nothilfeprogramme zur sozialen und betrieblichen Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern zu entwickeln und untereinander abzustimmen.

In dieser Ausnahmesituation ist deshalb mein vorrangiges Ziel, dass die dadurch entstandenen finanziellen Schäden bei den vom Land geförderten Kultureinrichtungen, Kulturveranstaltern, Künstlerinnen und Künstlern abgefedert werden und sie nicht in eine existenzgefährdende Notlage geraten.

Von zentraler Bedeutung ist sicherlich das Hilfspaket, das Bund und Länder für Soloselbständige und Kleinstunternehmen im Umfang von 50 Milliarden Euro auf den Weg gebracht haben. So erhalten Selbständige bzw. Unternehmerinnen und Unternehmer mit bis zu fünf Beschäftigten, die durch die Auswirkungen der Corona-Krise geschädigt wurden, bis zu 9.000 Euro, Unterneh-

men bis zehn Beschäftigte 15.000 Euro für drei Monate als Nothilfe. Diese Mittel werden nun schnell und unbürokratisch über die Länder ausgezahlt. Auch für die Förderpraxis in Rheinland-Pfalz habe ich wichtige Entscheidungen getroffen: Wir werden die Förderungen des Landes unverändert weiterlaufen lassen. Die Zuwendungsempfänger erhalten ihre Gelder auf der Grundlage ihrer Anträge, die sie in der Regel bereits bis Ende des letzten Jahres gestellt haben. Die Auswirkungen der Corona-Krise werden wir dann im Rahmen des Verwendungsnachweises behandeln und ausgleichen.

Ich habe weiter entschieden, dass für alle Projektförderungen des Landes der Bewilligungszeitraum bis zum Ende des Jahres verlängert wird. Damit versetzen wir die Veranstalter unbürokratisch in die Lage, Veranstaltungen nicht abzusagen, sondern zu verschieben. Und sie müssen auch keine neuen Anträge einreichen, wenn sie die Veranstaltungen verändern. Sie können also flexibel auf die neue Situation reagieren.

Was passiert, wenn Veranstaltungen und Projekte abgesagt wurden oder noch werden? Dann müsste das Land eigentlich die Förderung zurückfordern. Das wollen wir in diesem speziellen Fall grundsätzlich nicht tun. Denn bei Veranstaltungen, die abgesagt werden müssen, bleiben die Veranstalter oftmals

auf bereits angefallenen Kosten sitzen. Die Veranstalter müssen zwar versuchen, Ausgaben zu vermeiden, aber bereits getätigte und nicht mehr abwendbare Ausgaben bzw. Verpflichtungen kann der Zuwendungsempfänger im Verwendungsnachweis als Ausgaben geltend machen. In dieser Höhe braucht er die Förderung nicht zurückzuzahlen.

Auch bei den institutionellen Förderungen wollen wir unbürokratisch vorgehen. Wir werden die institutionellen Förderungen so bewilligen, wie sie im Haushaltsplan des Landes abgedruckt sind. Die Empfänger müssen jetzt keine Wirtschaftspläne aktualisieren und die Auswirkungen der Corona-Krise »einpreisen«. Sie erhalten also rasch ihre Bewilligungen und damit auch ihre notwendige Liquidität.

Erste von uns institutionell geförderte Einrichtungen haben um weitere Abschläge zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen gebeten, da die Einnahmen aus Veranstaltungen derzeit ausbleiben. Auch dafür haben wir kurzfristig Lösungen gefunden. Insgesamt zeigt sich, dass unser System gut funktioniert und dass wir – Kommunen, Bund und Länder gemeinsam – gut aufgestellt sind, diese Krise zu bewältigen.

Rheinland-Pfalz - Phase II

Konrad Wolf — Politik & Kultur 3/2021

Seit das Virus grassiert, ist allenthalben die Rede davon, dass unter Corona-Bedingungen gesellschaftliche Verhältnisse wie unter einem Brennglas sichtbar werden. Ich halte diese These für richtig und meine, dass sie ganz besonders die Verwundbarkeit des Kulturbereichs übergroß deutlich macht. Öffentlich geförderte Theater, Orchester und Museen können zwar auf Kurzarbeitergeld und sonstige Maßnahmen zurückgreifen, doch viel schwieriger sieht es derzeit aus, wenn wir die Freie Szene in den Blick nehmen. Wir reden hier von den Soloselbständigen, den unständig Beschäftigten oder den kurz befristet Beschäftigten. Sie sind in besonderer Weise von den geltenden Einschränkungen betroffen. Für sie geht es erst einmal nicht um die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen sie ihren Betrieb wieder hochfahren; für sie geht es ums nackte Überleben.

Eine vergleichbare Ausgangslage haben die vielen meist ehrenamtlich oder semiprofessionell geführten Kultureinrichtungen und -vereine. Sie alle sind in einem ländlich strukturierten Flächenland wie Rheinland-Pfalz elementarer Bestandteil unserer
Kulturszene. Und zwar deshalb, weil sie im
Verbund mit den freien Künstlerinnen und
Künstlern die kulturelle Grundversorgung
unseres Landes sicherstellen – zumeist jenseits der urbanen Lebensräume.

Um sie alle zu unterstützen, haben wir im Frühjahr des vergangenen Jahres ein mit 15,5 Millionen Euro ausgestattetes Hilfsprogramm »Im Fokus. 6 Punkte für die Kultur« aufgelegt. In sechs Teilbereichen reagieren wir mit dieser Initiative auf die Bedarfe der Freien Szene. Ganz bewusst lassen wir dabei die großen Institutionen außen vor, an deren Erhalt schon ihre jeweiligen Rechtsträger ein hohes Eigeninteresse haben. Stattdessen konzentrieren wir uns auf die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, Einrichtungen und Vereine, die in den wenigsten Fällen institutionell, in der überwiegenden Zahl allenfalls projektbezogen gefördert werden. Deren Geschäftsmodell, Einnahmen aus Auftritten zu erzielen, funktioniert unter Pandemiebedingungen nicht mehr.

Im Zentrum unseres Fokus-Programms stehen Stipendien für professionelle Kulturschaffende à 2.000 Euro. Über 2.750 haben wir seit dem Start des Programms im Mai 2020 in inzwischen drei Antragsrunden bewilligt. Wir wollen damit zweierlei: zum einen den Künstlerinnen und Künstlern finanziell unter die Arme greifen, ihnen aber zugleich signalisieren, dass wir als Land ein gesteigertes Interesse haben, dass sie weiterhin tätig bleiben. Wie das gelingt, zeigen die Beispiele, die wir auf einer digitalen Plattform einstellen, die wir »Kulturschaufenster« nennen.

Sie alle belegen eindrucksvoll, dass auch unter Pandemiebedingungen spannende und berührende Kunst geschaffen wird.

Neben diesen Stipendien gehören unter anderem Unterstützungen für Programmkinos und Kulturvereine, Aufstockungsgelder für Empfänger von Projektförderungen und eine Million Euro für Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der freien Kultur zu den Säulen des Fokus-Programms. Nach meinem Eindruck schaffen wir damit gute Voraussetzungen, dass es in Rheinland-Pfalz auch in der Nach-Corona-Zeit eine vielfältige und lebendige Kulturszene geben wird.

Saarland - Phase I

Christine Streichert-Clivot — Politik & Kultur 5/2020

Museen, Theater, Konzertsäle, Kneipen und Clubs sind geschlossen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Darunter leiden alle Kultureinrichtungen. Insbesondere für viele freiberufliche Kulturschaffende, für Künstlerinnen, für Soloselbständige und Betreiber kleinerer Veranstaltungsorte bedeutet das existenzielle Sorgen.

Aber gerade in der Krise gilt: Kultur ist der Kitt unserer Gesellschaft. Ich beobachte eine Welle der Kreativität und der Solidarität. Digitale Formate werden entwickelt, es entstehen neue Kooperationen, oft über bisher bestehende Grenzen hinweg. Und natürlich kommt es gerade jetzt auf politische Unterstützung an. Die Soforthilfeprogramme des Landes und des Bundes helfen allen, die unverschuldet in Existenznot geraten sind. In der Landesregierung habe ich erreicht, dass bereits zugesagte Projektfördermittel weiter ausgezahlt werden – auch wenn sie etwa an eine bestimmte Veranstaltung geknüpft waren, die nun nicht stattfinden kann. Außerdem werde ich mich für eine Aufstockung des Kulturetats einsetzen. Neben der Unterstützung für Künstlerinnen und Künstler sowie für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen geht es aber auch darum, neue und kreative Zugänge zu Kultur zu eröffnen. Was brauchen Kulturschaffende, um ihre Werke in den öffentlichen Raum zu bringen?

Viele Antworten finden wir in der Digitalisierung. Natürlich kann die digitale Welt die analoge nicht ersetzen. Ein Konzert live zu erleben, ein Bild im Raum auf sich wirken zu lassen, sich mit anderen über ein gerade gesehenes Theaterstück oder eine Lesung auszutauschen, bleibt etwas Einzigartiges, das nicht zu ersetzen ist.

Aber die digitalen Möglichkeiten sind ein Zugewinn, der nicht nur helfen kann, Krisen zu überwinden. Der digitale Zugang eröffnet oft einen ganz neuen Blick auf Kultur, Einrichtungen und Akteure, ermöglicht Formate, die wir so noch nicht kannten. Das kann nicht zuletzt dabei helfen, neue Zielgruppen zu erschließen.

Mit der Arbeitskammer haben wir etwa die Initiative »Support your local act, don't forget your favourite location« gegründet. Freiberufliche saarländische Musikerinnen und Musiker geben an bekannten Veranstaltungsorten Konzerte und zeichnen Filmmitschnitte auf, die online veröffentlicht werden. Künstlerinnen und Betreiber der Veranstaltungsorte erhalten eine Gage oder ein Nutzungsentgelt.

Gleichzeitig müssen sich Kulturschaffende selbst in die Lage versetzen, ihren Beruf weiterhin auszuüben. Dazu brauchen sie Schulungsmöglichkeiten, Plattformen für Austausch und Vernetzung und natürlich technisches Equipment. Gemeinsam mit dem Institut K8 haben wir deshalb das Projekt »Solidarisches Handeln in der Krise: Strukturinitiative für Kulturakteure im Saarland!« ins Leben gerufen. Es geht darum, individuelle und institutionelle Bedarfe miteinander zu verbinden, um neben Solidarleistungen konkrete Beiträge für den digitalen Strukturwandel zu entwickeln. Unser Ziel ist ein genossenschaftliches Modell eines kooperativen Solidarsystems »smart.saarland« für das Saarland.

Chancen sehe ich auch bei der kulturellen Bildung. Wollen wir Chancengleichheit und soziale Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft, so muss der Zugang zur kulturellen Bildung jedem Menschen möglich sein. Digitalisierung hilft dabei. Aus unserer heutigen Gesellschaft sind die digitalen Medien nicht mehr wegzudenken. Sie helfen uns, soziale, räumliche und zeitliche Grenzen – und eben auch die Begrenzungen der Corona-Krise – zu überwinden. Davon können wir auch nach Corona profitieren.

Saarland - Phase II

Christine Streichert-Clivot — Politik & Kultur 3/2021

Wie können nach langen Wochen des Lockdowns Öffnungsperspektiven gegeben werden? Diese Frage ist gerade auch für die Kultur wichtig. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, zunächst Museen und Galerien die Öffnung unter Auflagen zu ermöglichen, wenn sich die Pandemie-Lage weiter positiv entwickelt. Die Kulturministerinnen und -minister der Länder haben bereits eine Strategie der stufenweisen Öffnung vorgelegt, die im jüngsten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundeskanzlerin leider aber nur teilweise berücksichtigt worden ist. Eine mittelfristige Öffnungsperspektive für Kultureinrichtungen, Kunst- und Kulturschaffende ist aber dringend notwendig - auch viele Vereine wollen wissen, wie es weitergeht.

Die Lage ist und bleibt angespannt. Vielen Kulturschaffenden im Saarland, insbesondere auch soloselbständigen Kunst- und Kulturschaffenden, fehlen Einnahmen aus den vergangenen Monaten und natürlich auch ihr Publikum, das kreative Schaffen, das Auftreten und Präsentieren ihrer Arbeit. Sie sind seit Beginn der Corona-Krise stark von den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung betroffen. Unterschiede gibt es hier natürlich auch. Die großen, öffentlich geförderten Institutionen haben in der Krise naturgemäß einen Vorteil gegenüber freien Künstlerinnen und Künst-

lern, Selbständigen und Kulturvereinen. Diese unterschiedliche Betroffenheit in der Kulturlandschaft haben wir im Saarland von Beginn an berücksichtigt.

Bereits im letzten Jahr haben wir im Saarland ein Hilfspaket für die Kultur geschnürt. Zum einen haben wir dafür gesorgt, dass auch Kunst- und Kulturschaffende Zugang zu den Soforthilfen des Landes erhalten und die Zusagen der Projektförderung auch dann aufrechterhalten wurden, wenn Projekte nicht wie ursprünglich geplant durchgeführt werden konnten. Darüber hinaus haben wir ein Stipendienprogramm und den Kunstankauf für die Kunstsammlung des Landes ausgeweitet. Insgesamt haben wir für rund 125.000 Euro Werke von 71 Künstlerinnen und Künstlern erworben. Kulturvereine haben wir in großem Umfang mit der Vereinshilfe Saarland unterstützt – über 900 Vereine, insbesondere der Breitenkultur, haben davon profitiert.

Um das künstlerische Schaffen auch in der anhaltenden Krise weiter zu fördern, legen wir das Stipendienprogramm für soloselbständige Kunst- und Kulturschaffende jetzt mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Millionen Euro neu auf. Im Mittelpunkt des ersten saarländischen Kulturgipfels im Mai des letzten Jahres stand die Vernetzung der kulturellen Akteure – hieraus sind fruchtbare Kooperati-

onen entstanden, etwa zwischen der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und der Freien Szene sowie dem Saarländischen Staatstheater und dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte. An diesen Erfolg möchte ich mit einem zweiten Kulturgipfel im März dieses Jahres anknüpfen – diesmal wird es um konkrete Öffnungsperspektiven und die Bewältigung der mittel- und langfristigen Krisenfolgen gehen.

Der Lockdown darf nicht zum Dauerzustand werden – auch nicht für die Kultur. Denn Kunst und Kultur sind kein verzichtbarer Luxus, sondern Lebenselixier für eine demokratische Gesellschaft.

Sachsen – Phase I

Barbara Klepsch — Politik & Kultur 5/2020

Die Folgen der Corona-Pandemie werden die Kultur weit länger belasten als die meisten anderen Bereiche des Lebens, Wann Theater, Opernhäuser und Konzertsäle wieder bis auf den letzten Platz besetzt sein dürfen, wissen wir heute nicht. Es wird vermutlich später als früher sein, weil der Infektionsschutz es nicht erlaubt oder auch weil einige Kulturfreunde zunächst vorsichtiger bleiben. Auch die Festivalsaison, in der viele Kulturschaffende und nahe Dienstleister ihren Jahresverdienst erarbeiten, fällt dieses Jahr weitestgehend aus. Und ob in Zeiten einer angespannten wirtschaftlichen Lage Investitionen, Sponsoring und Spenden für Kultur und ihre Einrichtungen, ihre Macherinnen und Macher im gleichen Umfang wie bisher geleistet werden, muss bezweifelt werden.

Der Kultur droht, auf Dauer die Existenzgrundlage zu verlieren. In den vergangenen
Wochen wurden wichtige Förderprogramme und Hilfspakete auf den Weg gebracht.
Der Bund hat mit seinem Sofortzuschuss
für Kleinunternehmer und Soloselbständige wichtige Weichen gestellt, von denen
auch der Kulturbereich profitiert. Um die
breite kulturelle Infrastruktur und Vielfalt
jedoch zu erhalten, muss der Staat auf absehbare Zeit Theater- und Konzertbesucher
sowie Kunstförderer ein Stück weit ersetzen,
indem er Einnahmeausfälle ausgleicht. Das

können Kommunen und Länder nicht allein bewältigen. Deshalb ist die Rettung unseres kulturellen Reichtums eine nationale Aufgabe, bei der der Bund eine tragende Rolle spielen muss. Der Freistaat Sachsen leistet bereits seinen Beitrag: Ein erster wichtiger Schritt ist unser Rettungsschirm für sächsische Kulturschaffende in Höhe von knapp 10 Millionen Euro. Dieser beruht auf einer wichtigen Grundidee: Wir wollen nicht nur Geld, sondern auch Sinn für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler im Freistaat stiften.

So schaffen wir kurzfristig das Stipendienprogramm »Denkzeit«, bei dem Künstlerinnen und Künstler eine Förderung von 2.000 Euro erhalten: Wir wollen Konzepte, Ansätze und Formate fördern, die sich mit künstlerischen Mitteln theoretisch und praktisch mit den Bedarfen und Herausforderungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmezustands auseinandersetzen.

Über die Kampagne des Freistaats »So geht sächsisch.« wird Künstlerinnen und Künstlern bereits eine digitale Bühne geboten. Wir werden das Format unterstützen und neben Künstlerhonoraren auch Ausgaben für Technik ermöglichen. Für die musisch-kulturelle Bildung in der Fläche sollen in einem ersten Schritt die freien Träger eine finanzielle Unterstützung erhalten. Parallel dazu arbeitet die Staatsregierung an einem Schutzschirm

für Kommunen. Von der Corona-Pandemie sind natürlich auch unsere staatlichen Kulturbetriebe betroffen, wie etwa die Semperoper und die Staatlichen Kunstsammlungen, die gerade erst die Galerie Alte Meister wiedereröffnet haben. Nicht nur zum 500. Todestag von Raffael hing die Sixtinische Madonna mutterseelenallein in den schönen neu gestalteten Sälen.

Unabhängig davon, wann unsere Einrichtungen wiedereröffnet werden, rechne ich damit, dass dies stufenweise erfolgt. Und dabei werden sicher Maßnahmen des Infektionsschutzes eine Rolle spielen. Unsere Kultureinrichtungen wollen wieder aufmachen, wollen spielen: Sie werden sich vieles einfallen lassen, um wieder Leben in die Museen, Theater und Kulturvereine zu bekommen, da bin ich ganz sicher.

Aktuell spüre ich, dass vielen Menschen hier die Kultur im alltäglichen Leben fehlt. Auch das treibt uns an, Kulturschaffende und Einrichtungen in dieser schweren Zeit zu unterstützen – damit möglichst schnell auch ein Stück Lebensqualität für unsere Bürger zurückkehrt.

Sachsen – Phase II

Barbara Klepsch — Politik & Kultur 3/2021

In keiner der über 80 sächsischen Spielstätten hat sich in den vergangenen Monaten der Vorhang gehoben, keiner der fast 30.000 Plätze ist verkauft worden, keine Werbung hat auf die nächste Premiere hingewiesen. Unter den zwölf selbständigen sächsischen Orchestern sind Klangkörper von Weltrang. Zurzeit sind sie alle auf gleichem Stand: keine Konzerte, keine Tourneen, nur eingeschränkte Proben und deshalb Kurzarbeit. Die vielfältige und lebendige Tanzszene in Sachsen stößt an ihre Grenzen, wenn Nähe zu vermeiden ist, wenn Zuschauer nicht als Resonanzraum vorhanden sind. Ähnlich ergeht es dem Filmland Sachsen, ohne neue Produktionen in »Görliwood« und einer unsicheren Planung für die Filmfestivals. Und in Museen treten die Gemälde nur noch untereinander in Dialog. ohne das Publikum als Membran.

Die Aufzählung zeigt, wie einschneidend diese Krise ist. Sie geht in einem Kulturland an die Substanz – die der Künstlerinnen und Künstler, aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kultureinrichtungen und an die der Gesellschaft, weil Orte der sozial durchmischten Begegnung und des Dialogs verwaist bleiben. Dies gilt sowohl für die Metropolen im Freistaat als auch für kleinere Städte und die ländlichen Räume. In Letzteren ist der zeitweise Verlust noch mal stärker, weil die Bibliothek, das Heimatmuseum, das so-

ziokulturelle Angebot und die Laienmusik oft die Traditionsträger und teilweise auch die letzten verbliebenen Gemeinschaftsorte sind.

Uns ist es – soweit eine Zwischenbilanz möglich ist - mit großer finanzieller Anstrengung gelungen, die kulturelle Infrastruktur im ersten Kriseniahr zu erhalten. Neben der Unterstützung der staatlichen Betriebe konnten wir dank einer landeseigenen Förderrichtlinie Hunderten privaten Einrichtungen aus Kunst und Kultur Zuschüsse gewähren. Ergänzend zum Bundesgeld und Kurzarbeitergeld war es so möglich, dass die Einrichtungen Liquiditätsengpässe ausgleichen, Mehrausgaben und Mindereinnahmen verkraften konnten. Unsere Förderrichtlinie haben wir auf das zweite Krisenjahr ausgeweitet und für Spielstätten geöffnet, die hauptberuflich von Einzelunternehmern betrieben werden. Diese Anpassung ist nur ein Ergebnis unseres kontinuierlichen Austausches mit den Betroffenen aus Kunst und Kultur seit Beginn der Pandemie.

Aber diese Krise geht tiefer als nur an die Infrastruktur: Sie nimmt Künstlerinnen und Künstlern die Lebensgrundlage. Die emotionale, geistige Lücke können wir während der notwendigen Schließungen kaum füllen. Finanziell haben wir aber mit zusätzlichen Projektgeldern und dem Stipendium »Denkzeit« der Kulturstiftung geholfen,

über das 2.800 Freischaffende unterstützt werden konnten. Um die Substanz zu retten, brauchen wir eine Perspektive, wann Kultureinrichtungen öffnen, künstlerische Arbeiten weiter möglich sind. Die Schritte dazu sind beschrieben. Nun braucht es eine pandemische Lage, die einen dauerhaften Kulturbetrieb ohne Schließungen erlaubt. Dafür sind wir alle gefragt. Nur so können wir die schlimmen Monate der kulturellen Stille endgültig hinter uns lassen und die gerettete Infrastruktur mit neuem Leben füllen.

Sachsen-Anhalt - Phase I

Rainer Robra — Politik & Kultur 6/2020

Im Kunstmuseum Moritzburg in Halle (Saale) knallten am 7. März – wenn auch in kleinerem Kreise als sonst - noch die Korken: Mit großen Erwartungen war gerade die Ausstellung »Karl Lagerfeld. Fotografie. Die Retrospektive« eröffnet worden. Für die große Werkschau des 2019 verstorbenen Modeschöpfers lag eine Rekordzahl von angemeldeten Führungen und Besuchergruppen vor, die Medienresonanz war riesig. Doch nach nicht einmal einer Woche mussten die Türen wieder verschlossen werden. So ging es überall in Deutschland, Europa, weltweit: Mit einer nie zuvor gekannten Wucht kam die gesamte Kunst- und Kulturszene binnen Tagen zum Stillstand.

Sachsen-Anhalt hat als erstes Land spontan und unmittelbar auf diese für alle in der Kultur verhängnisvolle Situation reagiert. Kunstschaffende konnten als Soforthilfe 400 Euro beantragen. Mir war bewusst, dass diese eher symbolische Summe nur einen sehr kleinen Teil der tatsächlich wegbrechenden Einnahmen kompensiert. Dennoch ist es als Signal verstanden worden, dass die Politik die Kultur nicht aus den Augen verloren hatte. Ich konnte diesen Gedanken auch bei den Initiativen des Bundes einbringen, der seine sonst der Wirtschaft vorbehaltenen Programme erstmals auch für Soloselbständige aus der Kultur und dort aktive gemeinnüt-

zige Vereine geöffnet hat. Im Verlauf ergriffen wir weitere Maßnahmen. So wird das Zuwendungsrecht bereits mit größter Flexibilität gehandhabt und Lotto-Toto Sachsen-Anhalt hat einen Hilfsfonds über eine Million Euro für gemeinnützige Vereine und andere Träger der Kulturarbeit ins Leben gerufen. Sicher wird es aus den Etats von Land und Bund noch weitere Unterstützung für die Kultur geben. Auch die Selbsthilfeinitiativen in der Kulturlandschaft verdienen Respekt und Anerkennung.

Wichtiger aber ist es, Kultur wieder ans Netz zu bringen. Dank der niedrigen Infektionszahlen im Land und natürlich unter Berücksichtigung höchster Hygieneanforderungen dürfen seit dem 4. Mai Museen, Gedenkstätten und Bibliotheken wieder Besucher empfangen. Mit dem umfassenden Sachsen-Anhalt-Plan machen wir ab dem 28. Mai den Weg frei für die Wiederaufnahme des Spielbetriebs von Theatern, Orchestern und Kinos. Ich bin im ständigen Austausch mit den verschiedenen Akteuren aus allen Bereichen von Kunst und Kultur, die sich auch dieser Herausforderung außerordentlich kreativ stellen.

Drei erste Lehren aus der Corona-Krise: Erstens ist momentan noch nicht abzusehen, wann wir wieder in den »Normalbetrieb«, wie wir ihn kannten, zurückkehren werden. Auch 2021 werden wir wohl noch mit Restriktionen leben müssen, denn es wird noch dauern, bis ein Impfstoff massenhaft verfügbar ist. Es wird also weitere Hilfen und unbürokratische Wege geben müssen, um unsere Kunst- und Kulturszene am Leben zu erhalten. Angesichts dramatisch wegbrechender Staatseinnahmen ist dies keine triviale Aufgabe.

Zweitens erleben wir die Grenzen des Systems der Künstlersozialkasse (KSK). Für Politik und Verwaltung könnte die Zugehörigkeit zur KSK ein wichtiger Parameter zur Einordnung sein, wer hauptberuflich von der Kunst lebt. Die Zugangsvoraussetzungen sollten überdacht und vereinfacht werden.

Drittens machen wir die Erfahrung, dass digitale Formate wie Streamings oder virtuelle Rundgänge auf großes Interesse stoßen, ja weitaus mehr Menschen erreichen als durch das Live-Erlebnis. Sie werden es nicht ersetzen können, wie auch das Fernsehen nicht der Garaus für das Kinoerlebnis war. Aber wir bieten dadurch mehr Menschen die Möglichkeit, an Kultur zu partizipieren, Beispielsweise könnten einzelne Konzerte der Händelfestspiele künftig parallel gestreamt werden - warum nicht in ein Seniorenzentrum für ein gemeinsames Konzerterlebnis? So multipliziert sich Kulturgenuss. Diese Formate sollten wir unbedingt ausbauen und inhaltlich weiterentwickeln.

Die Lagerfeld-Fotoschau im Kunstmuseum Halle ist übrigens wieder geöffnet – und durch einen weltweit erreichbaren virtuellen Rundgang ergänzt worden.

Sachsen-Anhalt - Phase II

Rainer Robra — Politik & Kultur 3/2021

Mitte Januar dieses Jahres bilanzierten die Welterbestätten Sachsen-Anhalts, die kulturellen Aushängeschilder unseres Landes, eine Bilanz des Corona-Jahres 2020. Sie alle haben massive Einnahmeverluste zu beklagen. Am Bauhaus in Dessau halbierten sich die Besucherzahlen. In den Luthergedenkstätten zu Wittenberg wurden 60 % weniger Gäste registriert. Der Dom in Naumburg verzeichnete durch seine Schließung einen Verlust von einer halben Million Euro. Diese Beispiele zeigen: Die Kultur ist weiter in einer schwierigen und für viele existenziell bedrohlichen Lage.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalts hat sich seit Pandemie-Beginn dafür eingesetzt, dass die Belange der Kulturschaffenden und der kulturellen Einrichtungen erkannt und praktikable Fördermaßnahmen bereitgestellt werden. Mit unserer finanziellen Soforthilfe für Mitglieder der Künstlersozialkasse haben wir schon Ende März 2020 als erstes Land schnell gehandelt. Bei diesen Hilfsmaßnahmen wurden 917 Anträge mit einem Volumen von 366.400 Euro bewilligt.

Natürlich war dies eine eher symbolische Maßnahme, aber sie signalisierte, dass die Politik die Ängste und Sorgen der Künstlerinnen und Künstler nicht aus den Augen verliert. Wir führen mit den Kulturschaffenden im Land auch weiter intensive Gespräche und unterstützen sie bei der Inanspruch-

nahme der Milliardenhilfen, die der Bund mit seiner jetzt erfreulicherweise aufgestockten Neustarthilfe für die verschiedenen Kultursparten bereitstellt.

Im Juli 2020 hat Sachsen-Anhalt das Stipendienprogramm »Kultur ans Netz« aufgelegt, mit dem das Land Kulturschaffenden für das Erbringen einer künstlerischen Leistung einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro monatlich für die Dauer von bis zu drei Monaten gewährt hat. Insgesamt wurden 449 Anträge mit einem Gesamtvolumen von über 1,3 Millionen Euro bewilligt.

Beim kürzlichen »Kulturgipfel« unter Leitung von Ministerpräsident Reiner Haseloff mit Vertretern aus verschiedenen kulturellen Bereichen hat der Regierungschef mitgeteilt, dass dieses Stipendienprogramm ab März 2021 neu aufgelegt wird und nunmehr 4,5 Millionen Euro dafür vorgesehen sind. Darüber hinaus erhöhte das Land den Ankaufsetat für bildende Künstlerinnen und Künstler, um den künstlerischen Arbeitsprozess zu unterstützen. Zudem haben wir die Anwendung des Zuwendungsrechts flexibilisiert. Im Rahmen des rechtlich Möglichen wurden und werden für viele landesgeförderte Projekte individuelle Lösungen gefunden.

Die Kulturministerkonferenz hat kürzlich mit ihrem Beschluss »Kultur wieder ermöglichen« einen von allen Ländern getragenen Fahrplan für Lockerungen entwickelt und deutlich gemacht, dass bei allen Öffnungsstrategien der Kunstfreiheit und der besonderen Bedeutung der Kultur Rechnung getragen werden muss. In seiner Strategie für sichere und gerechte Öffnungen wird Sachsen-Anhalt bis Ende Februar die Kriterien für die Wiederzulassung des Publikumsverkehrs festlegen.

Auf keinen Fall dürfen Länder und Kommunen ihre Haushalte in den nächsten Jahren zulasten der Kultur sanieren. Mehr denn je muss im öffentlichen Diskurs bewusst gemacht werden: Kultur ist nicht das »Sahnehäubchen« obendrauf. Kultur ist essenziell und sie wird für die Zeit nach der Pandemie eine wichtige Rolle für die seelische Gesundung der Menschen spielen. Der Hunger auf Kultur ist groß.

Noch ein Wort zur Stiftung Luthergedenkstätten. Dort ist in diesem Jahr in Wittenberg eine Sonderausstellung unter dem Titel »Pest. Eine Seuche verändert die Welt« geplant. Sie soll vom 20. August 2021 an aufzeigen, welche Spuren die Pest im kulturellen Gedächtnis Europas hinterlassen hat. Ich wünsche der Stiftung sehr, dass diese Schau stattfindet, denn welches Thema könnte gegenwärtig mehr aktuelle Bezüge haben?

Schleswig-Holstein - Phase I

Karin Prien — Politik & Kultur 6/2020

Schleswig-Holstein, der »echte Norden«, ist auch ein echtes Kulturland: Die international bekannten Großveranstaltungen reichen von der NordArt über das Schleswig-Holstein Musik-Festival bis zum Wacken Open Air. Sie alle mussten in diesem Jahr abgesagt werden. Aber Schleswig-Holsteins Kulturleben zeichnet sich auch durch zahlreiche kleine Konzerte, Festivals und Ausstellungen aus. Sie spielen gerade in den ländlichen Regionen eine wichtige Rolle und sind besonders schützenswert. Denn Kultur muss für jeden zugänglich sein, unabhängig davon, wo und wie jemand lebt. Wir brauchen die Kultur, um unsere Gesellschaft in und nach der Krise zusammenzuhalten; wir brauchen sie als Anstoß für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und Innovationen. Kultur ist ein Fundament, kein Ornament. Sie ist gesellschaftsrelevant und wir müssen ihr in der Krise eine starke Stimme geben. Dabei helfen uns gute Kulturnetzwerke. Wir haben sie im Land und sie sind in der Krise noch stärker zusammengewachsen. Schon Mitte März hatte der Landeskulturverband Schleswig-Holstein einen Nothilfefonds aufgelegt, der sowohl von Spenden als auch von Beiträgen lokaler Kulturstiftungen gespeist wird und eine Nothilfe von zunächst 500 Euro pro Person ermöglichte. Anfang April hat die Landesregierung diesen Topf um zwei Millionen Euro

aufgestockt. Dank dieser »KulturhilfeSH« ist seit Anfang Mai schnell und unbürokratisch eine Unterstützung von bis zu 1.000 Euro pro Person möglich.

Bestehende Förderlücken des Bundesprogramms Corona-Soforthilfe fängt unser Landesprogramm »Soforthilfe Kultur« auf. Insgesamt kann es 25 Millionen Euro an gemeinnützige Institutionen in den Bereichen Kultur, Weiterbildung und Minderheiten ausschütten. Das Land hat zudem die Mittel für die Filmfördergesellschaft Hamburg-Schleswig-Holstein um 850.000 Euro erhöht. Die Preisgelder für den Kinopreis des Landes wurden auf 150.000 Euro verdreifacht – und erstmals auf alle Bewerber verteilt ausgeschüttet. Die Corona-Krise ist bei allen Herausforderungen aber auch eine Chance, Neues zu wagen.

Die Landesbibliothek, das schleswig-holsteinische Zentrum für Digitalisierung und Kultur, bezuschusst mit einem Förderprogramm im Umfang von fünf Millionen Euro den Ausbau digitaler Angebote von Kulturund Weiterbildungseinrichtungen. Dank solcher Formate kann das Kulturangebot auch in der Krise zumindest teilweise aufrechterhalten werden. Vor Kurzem haben wir die Kulturfinder-App vorgestellt, ein digitales Tool für alle Kultureinrichtungen in Schleswig-Holstein. Dieser kulturfinder.sh zeigt

den Nutzerinnen und Nutzern mobil auf ihrem Smartphone Kulturinstitutionen im ganzen Land.

Die vom Land geförderte neue Online-Plattform #kulturnetzSH soll jetzt und in Zukunft sichtbar machen, welche Bandbreite es im Bereich digitalen Kulturschaffens in Schleswig-Holstein gibt. Hier soll darüber hinaus eine Vermittlungsplattform für Angebote von Künstlerinnen und Künstlern, eine Fundraisingplattform für gemeinnützige Institutionen/Projekte und eine Gutscheinplattform für Kulturunternehmen entstehen.

Bei aller Freude über den Digitalisierungsschub spüren wir aber auch eine neue Wertschätzung des analogen Kulturgenusses. Er ist etwas Einzigartiges und Unersetzliches. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir jetzt beginnen, das kulturelle Leben in Schleswig-Holstein schrittweise wieder hochzufahren.

Wir werden die Kultur auf diesem Weg begleiten und ihr weiter eine starke Stimme geben. Die Krise ist nicht vorbei und die Kultur braucht auch jetzt die Unterstützung von Bund, Land und Kommunen, damit sie gestärkt in die Zukunft geht.

Schleswig-Holstein – Phase II

Karin Prien — Politik & Kultur 3/2021

Wir blicken mittlerweile auf ein ganzes Jahr zurück, das für die Kulturszene mit extremen Belastungen einherging. Nicht nur die Kunst- und Kulturschaffenden warten sehnlichst darauf, wieder aufzutreten, auszustellen und im öffentlichen Raum kreativ zu werden. Auch das Publikum sehnt diesen Augenblick herbei.

Gemeinsam wollen wir Kultur genießen, gemeinsam gehen wir aber auch durch diese Krise und schaffen Perspektiven. Mit dem Perspektivplan der Landesregierung werben wir auf Bundesebene für eine transparente Öffnungsperspektive für die Kultur. Wenn wir uns alle an die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung halten und die Inzidenz weiter sinkt, werden wir schneller öffnen können. Auch die Angst um die wirtschaftliche Existenz der Kulturschaffenden können wir gemeinsam abfedern. Land, Bund und Kommunen haben diverse Hilfen auf den Weg gebracht. Als Landesregierung haben wir uns unmittelbar seit März 2020 darum gekümmert, Einrichtungen, Vereine und einzelne Künstlerinnen und Künstler finanziell zu unterstützen.

Wir handeln dabei auf unterschiedlichen Ebenen. Mit eigenen Landesförderprogrammen helfen wir Kulturakteuren, Liquiditätsengpässe zu überwinden. Auch soloselbständige Künstlerinnen und Künstler unterstützen wir unbürokratisch. Unsere zentrale Beratungsstelle im Kulturministerium berät in allen Fragen und informiert über aktuelle Förder- und Hilfsprogramme. Mit den kulturellen Dachverbänden pflegen wir eine vertrauensvolle Dialogkultur.

Insgesamt hat der Landtag für den Kulturbereich im Laufe des Jahres 2020 knapp 44 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Etwa 14 Millionen Euro sind noch nicht fest verplant und stehen für weitere Hilfsprogramme zur Verfügung. Mit den Förderprogrammen »Soforthilfe Kultur I/II« haben wir wirtschaftliche Existenzen von Kultureinrichtungen gesichert, bisher mit 6,5 Millionen Euro. Darüber hinaus gibt es weitere Hilfen: drei Millionen Euro für Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der #KulturhilfeSH, ein separates Förderprogramm für Kinos und Schausteller, und insgesamt zehn Millionen Euro für Digitalisierungsangebote in Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Angesichts des fortgesetzten Lockdowns haben wir Stipendien auf den Weg gebracht und planen eine angepasste Weiterführung der Liquiditätshilfen für Kultureinrichtungen. Über weitere benötigte finanzielle Unterstützungsleistungen befinden wir uns im engen Austausch. Wir wollen Kultur in der Pandemie sichtbar und erlebbar machen. Die Kulturschaffenden brauchen nicht nur finan-

zielle Hilfe, sie brauchen auch ihr Publikum. Deshalb hat das Land im Sommer das »Kulturfestival Schleswig-Holstein« ins Leben gerufen. Rund 850 Künstlerinnen und Künstler sind bisher im ganzen Land aufgetreten. Alle Bühnenshows wurden auf einer eigenen Plattform gestreamt. Zudem profitierten bisher etwa 220 Firmen aus der Veranstaltungsbranche von Aufträgen im Zusammenhang mit den einzelnen Events. Weitere Veranstaltungen sind in den kommenden Monaten geplant.

Ich blicke trotz aller Härten für die Kultur optimistisch in die Zukunft. Nicht nur wegen der zielgerichteten finanziellen Hilfen und der möglichen Öffnungsperspektiven. Zuversicht gibt mir auch das neue Miteinander. Die oftmals sehr heterogen aufgestellte Szene hat sich zu neuen Allianzen zusammengefunden – in Schleswig-Holstein wurde z. B. ein Kinoverbund gegründet, um gezielt Lobbyarbeit zu betreiben. Gewachsen und gefestigt ist auch der Austausch der Kulturträger mit Politik und Verwaltung.

Die Kultur hat eine Welle der Solidarität aus der Mitte der Gesellschaft erreicht. Allein das Schleswig-Holstein Musik Festival hat 2020 durch nicht zurückverlangte Karten ausgefallener Konzerte und Spenden über eine Million Euro von seinem Publikum erhalten. Und vor allem: Wir alle wurden überrascht von unzähligen kreativen künstlerischen Formaten im Netz, aber ebenso ganz analog von ungewöhnlich charmanten Ideen in den Sommermonaten. Der Lohn dafür war ein großer Zuspruch und ganz neu gewecktes Interesse an Kunst und Kultur.

Thüringen

Benjamin-Immanuel Hoff und Tina Beer — Politik & Kultur 5/2020

Aufgrund der hohen Verbreitung des Coronavirus wurde der kulturelle Betrieb in der gewohnten Form nahezu vollständig zum Erliegen gebracht. Dies hat die kulturellen Institutionen und ihre Träger, die Beschäftigten in der Kulturwirtschaft – darunter eine große Zahl an Soloselbständigen bzw. prekär Beschäftigte, aber auch Vereine und Ehrenamtliche vor Herausforderungen bis hin zu existenziellen Nöten gestellt.

Obwohl unpolitische Politik das Bild der vermeintlich alternativlosen Entscheidungen zu oft strapazierte, gerade um finanzielle Einschränkungen des Kultursektors zu legitimieren, waren die drastischen Maßnahmen nötig, damit die Bürgerinnen und Bürger vor der Infektion geschützt werden und eine Überforderung des Gesundheitssystems vermieden wird. Bund und Länder haben ein umfassendes Bündel sich ergänzender Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Akteurinnen und Akteure, Unternehmen sowie Institutionen von Kunst, Kultur und Medien zu stabilisieren.

Wer die Maßnahmen des Bundes betrachtet, stellt sich die Frage, wo eigentlich die Kulturstaatsministerin verblieben ist. Aus dem Hause Grütters ist kein Vorschlag bekannt geworden, mit der die kulturelle Infrastruktur, insbesondere in den sensiblen Bereichen der Freien Szene, Soziokultur, Li-

teratur und Musik, kleine Verlage und Buchläden, unterstützt werden soll. Auch die Bundeskulturstiftung ist unerwartet ruhig, statt zumindest auf die Forderung des Deutschen Kulturrates nach einem Nothilfefonds für die Kultur einzugehen und einen praktikablen Vorschlag zu unterbreiten.

In der Corona-Krise scheint der »kooperative Kulturföderalismus« einseitige Aufgabe der Länder und Kommunen zu sein. Um die Kulturszene weiter zu stabilisieren, darf jetzt - und gerade in der zu erwartenden Rezession - nicht an der Kultur gespart werden. Welche kraftspendende und sinnstiftende Aufgabe die Kulturszene gerade in Krisenzeiten übernimmt, zeigen uns zahlreiche Beispiele. Notwendig ist eine Finanzgarantie für die Kultur. Verbunden mit dem Bekenntnis zu Flächentarifverträgen, Entfristungen von Arbeitsverträgen, wo es nicht künstlerisch anders geboten ist. Leer stehende Ladenflächen aufgrund von Geschäftsaufgaben müssen Künstlerinnen und Künstlern bzw. Kulturinitiativen entgeltfrei oder zu einer symbolischen Kulturmiete zur Zwischennutzung übertragen werden. Die Stadtwerke sollten die Energiekosten für diese Objekte übernehmen. In Kombination mit einem Stipendienprogramm sollten so Leerstand in Dörfern, kleinen Gemeinden und Kleinstädten vermieden und Kultur gefördert und angesiedelt werden. In ähnlicher Weise müssen kleine Kinos unterstützt sowie Verlage und Buchläden abgesichert werden.

Die Krise hat die Verletzlichkeit unserer Kultur- und Kreativwirtschaft deutlich gemacht. Nach dieser Krise dürfte niemand mehr leichtfertig die Existenz der Künstlersozialkasse (KSK) infrage stellen - es sei denn, um sie in eine allgemeine Bürgerversicherung für alle aufgehen zu lassen. Gleichzeitig müssen ihre Aufnahmebedingungen modernisiert und den veränderten Bedingungen der Kreativwirtschaft angepasst werden. Kreative im Kultur und Medienbereich sollten angesichts der Krise den Wert gewerkschaftlicher Organisierung erkennen. Die Gewerkschaft ver.di wiederum muss sich endlich wieder ihres verdienstvollen Erbes der IG Medien erinnern und zum Sprachrohr von Angestellten, aber auch Selbständigen der Kultur- und Medienszene werden. Sowohl in Arbeitskämpfen gegenüber – nicht zuletzt öffentlich finanzierten - Kulturbetrieben als auch in der Interessenvertretung der Soloselbständigen gegenüber öffentlichen und privaten Auftraggeberinnen und -gebern.

So gesehen stellen sich in der Corona-Krise alte Fragen progressiver Kulturpolitik neu und wie in einem Brennglas verstärkt.

		_	_
- 4	1	'n	
4	u	п	

6. Kapitel: Hilfen der Länder

7

Der Bund ist gefordert

Mit Beiträgen von:

Peter Altmaier, Simone Barrientos, Theresa Brüheim, Hartmut Ebbing, Erhard Grundl, Monika Grütters, Marc Jongen, Elisabeth Motschmann, Martin Rabanus, Olaf Scholz, Gabriele Schulz und Olaf Zimmermann

Corona-Krise: Kultur ist Ausdruck von Humanität

Monika Grütters im Gespräch mit Theresa Brüheim — Politik & Kultur 4/2020

Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, gibt im Gespräch Auskunft über aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung von Kultur und Medien während der Corona-Pandemie und mehr.

Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie sowohl kurz- als auch mittelfristig auf die Kulturund Medienlandschaft, Frau Staatsministerin?

Zunächst muss ich persönlich sagen: Mir zerreißt es das Herz, wenn ich sehe, wie unsere großartige Kulturlandschaft gerade zum Stillstand gezwungen ist. Kulturelle Institutionen vom Museum über den Musikclub. das Konzerthaus und Theater bis zur Oper oder Kino - fast das gesamte kulturelle Leben ist zum Erliegen gekommen. Die aktuelle Situation macht uns auf schmerzliche Weise deutlich, dass Kultur kein dekorativer Luxus ist, den man sich nur in guten Zeiten gönnt, sondern dass sie elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens und unseres Menschseins ist. Auf sie verzichten zu müssen, ist ein großer Verlust an Lebensqualität, Inspiration und Kontemplation. Aber in der jetzigen Situation ist völlig klar: Die Ge sundheit geht vor. Ich kann nur alle eindringlich auffordern, den Anweisungen der Behörden zu folgen.

Was denken Sie, wie wird sich die Situation insbesondere auf die Kultur- und Medienschaffenden auswirken?

Der Stillstand des gesellschaftlichen Lebens sorgt bei den kulturellen Einrichtungen und insbesondere bei Freischaffenden in Kultur und Medien für massive Einschränkungen bis hin zum zumeist vollständigen Einnahmeausfall. Für viele Soloselbständige, Kleinunternehmerinnen und -unternehmer oder Honorarkräfte ist dies eine dramatische, existenzbedrohende Situation. Denn oft haben sie keinerlei Rücklagen, müssen aber dennoch laufende Kosten weiter aufbringen, um nach der Krise weiter beruflich handlungsfähig zu sein. Sie müssen ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien sichern. So kommt zur gesundheitlichen Besorgnis eine akute Existenzangst. Ich habe in den vergangenen Wochen sehr, sehr viele Hilferufe aus der Branche bekommen. Ieder einzelne ist mir einmal mehr Ansporn, daran mitzuwirken, die Not abzufedern.

Angesichts der großen Dynamik der Lage ist unklar, wie lange und in welchem Umfang die Schutzmaßnahmen und die resultierenden Einschränkungen andauern. Ein paar Wochen mögen viele die Konsequenzen noch überbrücken können, deshalb haben die Bundesregierung und speziell auch mein Haus für

den Kultur- und Medienbereich bereits umfassende und sehr finanzwirksame Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Und wir arbeiten mit Hochdruck an weiteren passgenauen Unterstützungsmodellen.

Wie sehen diese aus? Welche Maßnahmen ergreifen Sie als Staatsministerin für Kultur und Medien jetzt zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie auf Kultur und Medien?

Als Allererstes habe ich sehr schnell dafür gesorgt, dass möglichst niemand, der eine finanzielle Förderung aus meinem Haus bekommt, Rückforderungen befürchten muss. Wer das Geld schon für etwas verausgabt hat, das jetzt aber nicht wie geplant stattfindet, kann es nicht zurückzahlen – das prüfen wir in jedem Einzelfall und wollen hier gute Lösungen finden. Wir gehen sogar so weit, dass wir schauen, ob die Förderkriterien Raum lassen, bereits zugesagte Mittel für sinnvolle Alternativen einzusetzen. Wo Flexibilität besteht, da werden wir sie nutzen.

Darüber hinaus überprüfen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade sämtliche Förderprogramme daraufhin, ob und inwieweit sie an die jetzigen Bedürfnisse der Kultureinrichtungen und für in Not geratene Künstlerinnen und Künstler sowie andere Freiberuflerinnen und -berufler in der Kultur- und Kreativwirtschaft angepasst werden könnten.

Vor allem habe ich intensiv die federführenden Bundesminister, vor allem den Wirtschafts-, den Finanz- und den Arbeitsminister, für die Situation in der Kultur und in den Medien sensibilisiert und vehement eine angemessene Berücksichtigung der Belange der Künstlerinnen und Künstler sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft im Maßnahmenpaket der Bundesregierung gefordert. Dies hat auch gewirkt: Wir haben jetzt Unterstützungsmechanismen, die auch den vielen So-

loselbständigen in Kultur und Medien einen schnellen und einfachen Zugang zu sozialer und betrieblicher Sicherung ermöglichen:

- 1. So sind z.B. Anpassungen für den Bezug der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch auf den Weg gebracht worden, die die Zugangsvoraussetzungen für die nächsten Monate deutlich erleichtern. Das vorhandene Vermögen muss, sofern es nicht erheblich ist, nicht angetastet werden, eine komplexe Vermögensprüfung entfällt. Der Verbleib in der Wohnung wird gesichert. Die Leistungen sollen schnell und unbürokratisch gewährt werden.
- 2. Daneben gibt es direkte Soforthilfen für Soloselbständige und kleine Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, für die Bundesmittel in Höhe von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Darunter fallen ausdrücklich auch die vielen Selbständigen und kleinen Betriebe in Kultur und Medien. Mit den Mitteln können laufende Betriebskosten, wie etwa Mieten, Leasingraten und Ähnliches, bezahlt werden.
- 3. Schließlich hat die Bundesregierung darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Schutzmechanismen beschlossen. So werden beispielsweise Mieterinnen und Mieter in den nächsten sechs Monaten vor Kündigungen bewahrt, wenn sie aktuell Schwierigkeiten haben, ihre Miete vollständig zu bezahlen. Die Stundungsregeln für Darlehen im Sinne der Schuldner sind verbessert worden. Es gibt Sonderregelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld. Und im Falle von Einkommenseinbußen können Betroffene bei der Künstlersozialkasse und bei den Finanzämtern

die Senkung ihrer Beiträge oder Steuervorauszahlungen beantragen; außerdem sind Stundungen möglich. Eine ausführliche Übersicht zur Unterstützung des Kultur- und Kreativbereichs kann auf unserer Internetseite abgerufen werden.

Wie planen Sie, besonders die Vielfalt dieses Bereiches zu erhalten?

In den letzten Jahrzehnten – insbesondere auch in den vergangenen 20 Jahren, seitdem es Den oder Die Beauftragte für Kultur und Medien gibt – ist für die Kultur bei uns im Land sehr viel erreicht worden. Das darf die Kulturnation Deutschland niemals preisgeben - erst recht nicht jetzt. Die vielen Unternehmer und Freischaffenden aus dieser Branche können sich deshalb sicher sein: Die Hilfe kommt! So schnell wie möglich, so unbürokratisch wie möglich - und im vollen Bewusstsein für den einzigartigen Stellenwert unserer Kultur- und Kreativlandschaft. Denn gerade jetzt, in dieser für uns alle bis vor Kurzem unvorstellbaren historischen Situation, brauchen wir den schöpferischen Mut und den kritischen Blick unserer Künstler, um die Krise zu bewältigen, um auch Gutes für die Zukunft daraus entstehen zu lassen. Not macht erfinderisch - das gilt ja gerade für die fantasiebegabten Künste. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Maßnahmenbündel der Bundesregierung eine Vielzahl unverschuldet in Not geratener Künstlerinnen, Kreativer, Medienschaffender und Kultureinrichtungen effektiv erreichen und ihnen damit ermöglichen, diese schwierige Phase zu überstehen.

Welchen Beitrag zur Verbesserung der Lage kann Kultur Ihrer Meinung nach aktuell leisten?

Zum einen macht uns diese Zeit deutlich, welch ein großer Schatz die deutsche Kul-

turlandschaft ist und wie privilegiert wir bis jetzt waren, daran nach Belieben teilzuhaben. Zum anderen erkennen wir: Dieses Privileg ist nicht selbstverständlich. Und da Kunst und Kultur gerade in Krisenzeiten ein wesentliches Element der mentalen Auseinandersetzung und emotionalen Verarbeitung sein können, fällt uns der zum Glück nur vorübergehende Verzicht momentan besonders schwer, erst recht, da er für die meisten Menschen mit einem hohen Grad an menschlicher Isolation einhergeht.

Aber die Kultur ist auch besonders kreativ: Zahlreiche Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler haben bereits originelle digitale Alternativen entwickelt. So können wir zumindest virtuell, zum Teil per Livestream und größtenteils kostenfrei an Konzerten, Lesungen, Opernaufführungen, Ausstellungen oder Diskussionsveranstaltungen teilnehmen. Hier entstehen quasi aus der Not heraus neue Formate, bereits bestehende digitale Vermittlungswege bekommen die verdiente Aufmerksamkeit.

Mein Dank geht an alle, die auf diesen Kanälen durch eigene künstlerische Beiträge, durch die technische Umsetzung oder durch finanzielle Unterstützung Menschen im eigenen Wohnzimmer ein wenig Freude und Genuss schenken. Wie außerordentlich wichtig vielen der Erhalt unserer großartigen Kulturlandschaft ist und welch enorme Solidarität mit den Künstlerinnen und Kreativen herrscht, zeigen die vielen auch privaten Initiativen und Spendenaufrufe, die zurzeit mit überwältigender Resonanz stattfinden. Denn jede und jeder kann einen Beitrag leisten - und sei es, indem er oder sie darauf verzichtet, den Eintrittspreis für ein abgesagtes Konzert oder Event zurückzufordern, und diesen Betrag stattdessen indirekt dem Ensemble, der Musikerin bzw. dem Sänger »spendet«. Das Ausmaß dieser Krise war bis vor Kurzem schlicht nicht vorstellbar, doch

gemeinsam können wir sie bewältigen. Dazu trägt die Bundesregierung, dazu trägt mein Haus, dazu trägt die Kultur- und Medienszene bei. Und nicht zuletzt helfen auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die ihre Kultur lieben.

Die Kultur in Deutschland ist zäh, widerstandsfähig, langlebig. Wir haben das großartige Netz unserer geistigen Tankstellen über zwei Weltkriege hinweggerettet – das tun wir jetzt erst recht! Wir alle erkennen einmal mehr: Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Kultur ist der Modus unseres Zusammenlebens. Und Kultur ist vor allem eins: Kultur ist Ausdruck von Humanität. Darauf kommt es an. Jetzt mehr denn je.

Kulturschaffende sind wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe

Drei Fragen an Peter Altmaier — Politik & Kultur 4/2020

Was ist jetzt zu tun, um die Kultur- und Kreativwirtschaft, in der zahlreiche Kultur- und Medienschaffende tätig sind, zu unterstützen? Politik & Kultur hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier drei Fragen zu diesem Thema gestellt.

Die deutsche Wirtschaft soll weitestgehend gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus geschützt werden. Ein weitreichendes Maßnahmenbündel wird Arbeitsplätze sichern und Unternehmen unterstützen. Welche Maßnahmen planen Sie insbesondere für die Kultur- und Kreativwirtschaft? Wie kann diese sowohl kurz- als auch mittelfristig unterstützt werden? Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ganz besonders geprägt von kleinen Unternehmen, Soloselbständigen und Angehörigen der Freien Berufe. Sie ist deshalb eine zentrale Zielgruppe der Soforthilfen für kleine Unternehmen, die ich gemeinsam mit Finanzminister Olaf Scholz vorgelegt habe. Die Nachricht der Bundesregierung ist: Wir lassen niemanden allein! Es gibt in Deutschland in dieser schwierigen Zeit keine Solidaritäts-Lücke. Soloselbständige und Kleinstunternehmen werden wir deshalb auch mit direkten Zuschüssen unterstützen. Diese Gelder müssen nicht zurückgezahlt werden. Bei bis zu

fünf Beschäftigten gibt es einmalig bis 9.000 Euro an Soforthilfe, bei bis zu zehn Beschäftigten sind es bis 15.000 Euro.

Insgesamt hat die Bundesregierung innerhalb kürzester Zeit einen Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen aufgespannt, der alle Branchen und Unternehmensgrößen adressiert: Von der KfW gibt es unbegrenzte Liquiditätshilfen, unbürokratisch und schnell und zu Konditionen, die wir gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) optimiert haben. Es gibt ein erweitertes Kurzarbeitergeld, einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds im Umfang von insgesamt 600 Milliarden Euro und das Sofortprogramm für die Kleinen. Jetzt, in der Krise, gilt es, sich auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen und dementsprechend zu handeln: Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Das gilt auch für unsere Volkswirtschaft. Davon lasse ich mich leiten und bin überzeugt, dass wir die Krise so gemeinsam überstehen werden.

Wie können insbesondere selbständige Kulturschaffende sowie freie Künstlerinnen und Künstler vom Bund unterstützt werden?

Kulturschaffende und Künstlerinnen und Künstler sind eine wichtige Zielgruppe unserer Soforthilfe. Jeder, der jetzt akut finanzielle Unterstützung benötigt, weil Aufträge und Kunden weggebrochen sind, die Kosten aber weiter anfallen, ist aufgerufen, diese Hilfe auch in Anspruch zu nehmen. Auf Ebene der Länder gibt es darüber hinaus branchenspezifische Programme. In den vorhandenen Kulturprogrammen von Bund und Ländern werden die Prioritäten neu gesetzt, um durch die Krise zu helfen und vorhandene Mittel umzulenken. Ich unterstütze da meine Kollegin, Staatsministerin Monika Grütters, voll und ganz in ihren Aktivitäten.

Wer zu all dem Informationen sucht, kann sich an das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes wenden. Es übernimmt aktuell eine Lotsenfunktion für die Kreativbranche. Zu den einzelnen Maßnahmen der KfW und der Bürgschaftsbanken, aber auch zu Härtefallregelungen haben wir Informationen für Künstlerinnen und Künstler, Freiberufler und Soloselbständige auf der Webseite unseres Kompetenzzentrums gebündelt: kreativ-bund.de/corona.

Welche Folgen der Corona-Pandemie kommen trotz staatlicher Unterstützung dennoch auf die Kulturund Kreativwirtschaft zu?

Das kann keiner seriös vorhersagen – weder für die Kultur- und Kreativbranche noch für den Rest der Wirtschaft. Für die Bundesregierung und das Bundeswirtschaftsministerium steht jetzt im Vordergrund, alle Unternehmen, Soloselbständigen und Freiberufler bestmöglich zu unterstützen und die Krise gemeinsam zu überstehen. Ich sehe auch, wie manche im kreativen Milieu jetzt über neue Kooperationen, neue Formen der Zusammenarbeit und neue Ideen für die Zukunft nachdenken. In Zeiten des Homeoffice erhält die Digitalisierung unweigerlich einen großen Schwung. Eine Folge der Krise könnte somit auch sein, dass am Ende gerade aus der

Kreativwirtschaft neue Impulse zum Umgang mit Krisen und für neue Modelle des Wirtschaftens und Arbeitens resultieren.

Seriös kann die finanziellen Folgen für Kultur und Medien niemand abschätzen

Drei Fragen an Olaf Scholz — Politik & Kultur 5/2020

Corona bedroht Existenzen – vor allem auch in Kunst, Kultur und Medien. Politik & Kultur erkundigt sich bei Bundesfinanzminister Olaf Scholz nach den möglichen finanziellen Folgen.

Das sogenannte Corona-Schutzschild ist das größte Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands – und doch werden gerade im Kulturund Kreativbereich die Stimmen immer lauter, dass jetzt dringend nachgebessert werden muss, um gezielter und umfangreicher zu helfen. Was gilt es jetzt zu unternehmen, um Soloselbständige, Freiberufler & Co aus Kultur und Medien deutlicher zu unterstützen?

Zunächst ist es wichtig, dass die bestehenden Hilfen genutzt werden. Gerade für den Kultur- und Kreativbereich ist die Kombination aus Soforthilfen für die Mieten des Ateliers, Studios oder Büros und andere dauerhafte Ausgaben einerseits und die erleichterte Grundsicherung für den Lebensunterhalt und die Wohnungsmiete andererseits wichtig. Manche Länder ergänzen das Soforthilfeprogramm des Bundes mit eigenen Programmen für Künstlerinnen und Künstler. Neben diesen wichtigen Unterstützungsmaßnahmen werden wir auch sehr genau sehen, wie

wir den besonders betroffenen Kultursparten mit spezifischen Angeboten helfen können, trotzdem zu produzieren und durch diese schwere Zeit zu kommen.

Wie kann eine längerfristige Unterstützung aussehen, wenn bestimmte Bereiche aus Kultur und Medien, wie z.B. Theater oder Konzerte, auf längere Sicht keine Arbeitsmöglichkeiten haben, weil die Einrichtungen aus gesundheitlichen Gründen geschlossen bleiben müssen bzw. keine Veranstaltungen stattfinden können? Leider müssen wir uns für einige Zeit auf ein Leben mit dem Virus einstellen. Es wird also eine neue Normalität geben. Daher kann derzeit niemand sagen, wie lange Theater oder andere Kultureinrichtungen geschlossen bleiben werden. Für die Beschäftigten hilft jetzt oft die Kurzarbeit, die einen Lohnersatz bietet - das hilft auch den Einrichtungen, da die Personalkosten zu großen Teilen von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Die Kredite der KfW sollen ebenfalls unterstützen, durch die Krise zu kommen. Und wir haben eine Gutscheinlösung beschlossen, damit Künstlerinnen und Künstler sowie Veranstalter jetzt nicht im großen Stil sofort alle verkauften Karten für einen Termin, der leider nicht stattfinden kann, erstatten müssen. Die ausgefallenen Konzerte und Aufführungen können also später nachgeholt werden. Über mögliche weitere Schritte sind wir mit der Kulturszene und den Verbänden im Gespräch.

Welche finanziellen Folgen für Kultur und Medien werden mittelfristig aus der Corona-Pandemie resultieren?

Seriös kann das noch niemand endgültig abschätzen. Klar ist, dass Kunst und Kultur elementar für unser Zusammenleben sind. Wir haben natürlich im Blick, dass die Corona-Krise jetzt auch Kulturschaffende und Kreative vor immense Herausforderungen stellt. Viel hängt jetzt damit zusammen, wie gut es uns gemeinsam gelingt, Neuinfektionen im Griff zu halten, um die einschneidenden Maßnahmen vorsichtig und Stück für Stück zu lockern.

Das hilft dann allen Betroffenen, auch der Kultur. Klar ist, dass wir die Corona-Krise nur bewältigen, wenn wir zusammenstehen, wenn wir solidarisch sind. Das gilt übrigens auch für die Vermieter von Kultureinrichtungen. Ich höre, dass sich viele anständig verhalten und helfen. Ich hoffe, dass das Schule macht. Für die großen finanziellen Hilfspakete brauchen wir aber auch einen Staat, der stark genug ist, denen zu helfen, die unsere Hilfe brauchen. Dafür sorgen wir. Ich bin zuversichtlich, dass unser Land, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft die Herausforderung, die diese Pandemie ist, meistern wird.

Warten auf ...Wann kommt der Kulturinfrastrukturfonds?

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 6/2020

Nicht »Warten auf Godot«, wie das berühmte Theaterstück von Beckett heißt, sondern mit »Warten auf den Kulturinfrastrukturfonds« kann die aktuelle Situation, am 27. Mai, der absoluten Deadline zur Übergabe von Politik & Kultur an die Druckerei, überschrieben werden. Wie Estragon und Wladimir, die beiden Protagonisten jenes Schlüsselwerks des absurden Theaters, das gesamte Stück hindurch auf den besagten Godot warten, so wartet die gesamte Kulturszene auf das vom Deutschen Kulturrat schon seit Anfang März geforderte und mittlerweile auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz sowie Kulturstaatsministerin Monika Grütters angekündigte Konjunkturprogramm für die Kultur bzw. einen Kulturinfrastrukturfonds.

Schnelle Soforthilfen

Nachdem im März dieses Jahres der Lockdown beschlossen wurde und fast von einem Tag auf den anderen alle Veranstaltungen abgesagt wurden, Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, soziokulturelle Zentren und viele andere Einrichtungen schließen mussten, begann die Phase der Schadenbegrenzung. Der Bund unternahm schnell Sofortmaßnahmen für geförderte Einrichtungen und Projekte. Am 13. März wurde beschlossen, dass bestehende Förderprogram-

me geschärft bzw. umgesteuert werden, um Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. Am 23. März wurden vom Bundeskabinett als Soforthilfemaßnahmen die Betriebsmittelzuschüsse für Kleinunternehmen und Soloselbständige, der Sozialschutzpakt, also die Sonderregelungen in der Grundsicherung für sechs Monate, und die Erhöhung von Schutzmaßnahmen im Mietrecht, im Insolvenzrecht und anderem mehr beschlossen.

Nachdem der Deutsche Bundestag und der Bundesrat in Windeseile diese und weitere Hilfen beschlossen hatten, konnten die Unterstützungsmaßnahmen zum 1. April in Kraft treten. Die Abwicklung der Betriebsmittelzuschüsse erfolgt über die Investitionsbanken der Länder. Berlin und Nordrhein-Westfalen hatten schon vorher Hilfsprogramme für Künstlerinnen und Künstler aufgelegt, die aber schnell überzeichnet waren.

Für Unternehmen erweist sich besonders die Flexibilisierung beim Kurzarbeitergeld als bedeutsame Maßnahme. In einer Befragung, die der Deutsche Kulturrat zusammen mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft bei Verbänden der Kulturund Kreativwirtschaft vom 20. bis 26. April 2020 durchgeführt hat, wurde auf einer Scala von 5 für sehr gut bis 1 für sehr schlecht, die Flexibilisierung beim Kurzarbeitergeld mit

einem Wert von 3,42 als beste Maßnahme eingeschätzt. Gefolgt vom Wert von 3,17 für Steuerstundungen, 3,11 für die Öffnung der Grundsicherung und 3,08 für die Zuschussprogramme für Soloselbständige und Kleinunternehmen.

Besonders erstaunt dabei das relativ gute Abschneiden der Öffnung der Grundsicherung, da gerade die Maßnahme oftmals gescholten wurde. Deutlich schlechter mit einem Wert von 2.02 schnitten die Darlehensprogramme ab, die über die Hausbanken vermittelt werden. Hier zeigt sich wieder einmal, dass bei vielen Banken nach wie vor wenig Verständnis für die Besonderheiten der Kultur- und Kreativwirtschaft besteht. Mit 2.24 wurde das Zusammenwirken von Bund und Ländern bewertet. Mehr als die Hälfte der Verbände, die geantwortet hatten, gaben an, dass ihre Mitglieder bereits Liquiditätsengpässe haben. 20 % gaben Liquiditätsengpässe für die nächsten drei Monate an.

Über die Bereitstellung von spezifischen Hilfsprogrammen für Soloselbständige über die Grundsicherung hinaus fordern die Verbände eine Nachsteuerung und Anpassung bestehender Programme bzw. ein eigenes Hilfsprogramm, das die spezifischen Besonderheiten der Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren Branchen- und Akteursstrukturen bedarfsgerecht berücksichtigt.

Die derzeitigen Bundes- und Länderprogramme sind demnach nicht für alle Wirtschaftszweige und Unternehmensformen der Kultur- und Kreativwirtschaft zugänglich bzw. werden als nicht ausreichend bewertet. So wird für einige Kleinstunternehmen und KMU festgestellt, dass diese entweder nicht den Kriterien für die Aufnahme in bestehende Programme entsprechen oder dass die Mittel aus zugänglichen Programmen aufgrund besonderer Kosten- und Personalstrukturen der Betriebe nur für einen kurzen Zeitraum ausreichen.

Sukzessive weitere Hilfsmaßnahmen

Sukzessive wurden vom Bund und den Ländern weitere Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Die Mehrzahl der Länder unterstützt Künstlerinnen und Künstler in Form von Stipendien, seien es Mikrostipendien, Arbeitsstipendien und anderes mehr. Als letztes Bundesland hat Bayern ein eigenes Unterstützungsprogramm für in der Künstlersozialversicherung Versicherte auf den Weg gebracht. Die Länder sind dabei sowohl was die Beantragung der Mittel, die Summen und die genaue Beschreibung der Zielgruppe angeht jeweils eigene Wege gegangen, sodass ein Vergleich kaum möglich ist. Darüber hinaus wurden von den Kulturministerien der Länder weitere Maßnahmen für öffentliche Kultureinrichtungen oder auch Kulturvereine auf den Weg gebracht. Einige Länder wie z.B. Hamburg oder Berlin haben ferner Unterstützungsmaßnahmen für die Kulturwirtschaft ergriffen.

Zur Sicherung der Liquidität von Veranstaltern wurde eine befristete Gutscheinlösung eingeführt, die es Veranstaltern ermöglicht, statt einer Erstattung von Eintrittsgeldern Gutscheine auszureichen. Diese Gutscheine müssen bis zum 31. Dezember 2021 eingelöst werden, sollte dies nicht gelingen, müssen die Veranstalter den Ticketpreis erstatten.

Langsame Öffnung

Als erste Kultureinrichtungen konnten Bibliotheken ab dem 17. April unter Einschränkungen wieder öffnen. Viele konzentrieren sich nach wie vor auf die Ausleihe und Rückgabe von Medien. Für den normalen Publikumsverkehr sind die meisten Bibliotheken nach wie vor noch nicht geöffnet.

Seit Ende April können Museen und Gedenkstätten ihre Tore wieder öffnen. Auch hier gelten strenge Hygienemaßnahmen. Die

Öffnung wird unter anderem durch das Programm »Neustart« des Bundes unterstützt. Hier können Zuschüsse für Schutz- und Vorsorgemaßnahmen beantragt werden. Das Programm, das im ersten Schritt mit 10 Millionen Euro ausgestattet war, war innerhalb kurzer Zeit erschöpft. Inzwischen wurde »Neustart« um zusätzliche 10 Millionen Euro aufgestockt.

Am 20. Mai wurden weitere Lockerungen von Bund und Ländern nun für Theater und Konzerthäuser beschlossen. Die Länder passen ihre Allgemeinverfügungen aktuell sukzessiv an. Großveranstaltungen sind nach wie vor bis zum 31. August 2020 untersagt. Ebenso ist noch nicht die Rede davon, Clubs oder Ähnliches zu öffnen.

Normalbetrieb noch nicht in Sicht

Auch wenn langsam immer mehr Einrichtungen und Unternehmen ihre Arbeit wieder aufnehmen, ist ein Normalbetrieb noch nicht in Sicht. Das ist auch richtig so, denn das Virus ist nicht besiegt und immer wieder flammen Ausbreitungsherde auf. Die langsame Öffnung verlangt Disziplin, Geduld und Mittel. Hygienemaßnahmen sind erforderlich, die Umstellung auf Online-Tickets verlangt teilweise zusätzliche Investitionen, Aufstockung beim Reinigungspersonal und vieles andere mehr verursachen zuerst einmal Kosten, denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen, denn viele scheuen offenbar noch den Besuch von Kultureinrichtungen.

Kulturinfrastrukturfonds

Am 30. April verabschiedete der Deutsche Kulturrat seine Resolution »Konjunkturprogramm für die Kultur«, in der er die Forderung nach einem Kulturinfrastrukturfonds konkretisierte. Unter anderem steht darin,

• dass die verschiedenen künstlerischen

- Sparten und Handlungsfelder in den Blick genommen werden müssen,
- dass sich der Fonds an Vereine, Einrichtungen, Unternehmen und Soloselbständige richten sollte,
- dass das Ziel sein soll, Kulturstrukturen zu erhalten und neue Wege zur Zukunftsfähigkeit zu ermöglichen,
- dass mit dem Kulturinfrastrukturfonds die Voraussetzungen geschaffen werden, dass jetzt und in Zukunft Umsätze im Kultur- und Medienbereich erzielt werden können, die wiederum Aufträge und Beschäftigung induzieren.

Als besonders wichtig wurde herausgestellt, dass der Kulturinfrastrukturfonds bis zum 31. Dezember 2021 angelegt und entsprechend finanziell ausgestattet ist. Im Kulturinfrastrukturfonds müssen die Mittel nach transparenten bereichs-, branchen- bzw. spartenspezifischen Kriterien vergeben werden, der Sachund Fachverstand weiterer Akteure aus der Kultur und der Kreativwirtschaft sollte dabei einbezogen werden. In der erwähnten Befragung der Bundesverbände der Kultur- und Kreativwirtschaft wurde der Kulturinfrastrukturfonds als wichtigste Maßnahme genannt, um die Kultur- und Kreativwirtschaft aus der Krise zu führen.

Aus der Bundesregierung ist zu hören, dass in der Woche nach Pfingsten, also der ersten Juniwoche, weitere Maßnahmen, so auch ein Konjunkturprogramm für die Kultur, vorgestellt werden. Es wird dann auch Zeit, denn die Soforthilfen sind bis Ende Juni befristet und viele Unternehmen, Vereine und Einrichtungen aus dem Kultur- und Medienbereich konnten mangels Passfähigkeit an den bestehenden Hilfsmaßnahmen nicht partizipieren. Sie warten dringend auf Hilfe. Hoffen wir also, dass, anders als Godot, der Kulturinfrastrukturfonds tatsächlich kommt, denn die Kultur kann nicht mehr länger warten.

Wir überprüfen die Wirksamkeit der Hilfen ständig

Vier Fragen an Olaf Scholz — Politik & Kultur 2/2021

Die Überbrückungshilfe III, von der vor allem Soloselbständige in Kunst und Kultur profitieren, ist gestartet. Politik & Kultur fragt bei Bundesfinanzminister Olaf Scholz nach.

Einfacher, umfangreicher, zielgenauer – so soll die Überbrückungshilfe III sein, die im Januar dieses Jahres gestartet ist. Damit soll der besonderen Situation von Soloselbständigen, insbesondere Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden, Rechnung getragen werden. Was können Soloselbständige jetzt genau erwarten? Was gilt es insbesondere für Kulturschaffende zu beachten?

Eines vorweg: Mir ist sehr bewusst, wie belastend die aktuelle Situation für viele Künstlerinnen und Künstler ist, die ja besonders lange von den Corona-Beschränkungen betroffen sind. Kultur ist uns allen wichtig. Nur wenn wir den Kulturschaffenden in dieser beispiellosen Krise zur Seite stehen, werden wir die einzigartige Kulturlandschaft in unserem Land erhalten. Genau dafür trete ich ein. Mit der »Neustarthilfe« haben wir eine Möglichkeit geschaffen, insbesondere Soloselbständigen zu helfen, unabhängig von der Frage, ob sie betriebliche Fixkosten geltend machen können. Gerade haben wir die Hilfe noch einmal deutlich ausgeweitet, die maxi-

male Hilfesumme haben wir auf 7.500 Euro erhöht, vom Vergleichsumsatz können nun 50 % geltend gemacht werden. Und wir haben die Neustarthilfe auch für sogenannte unständig Beschäftigte geöffnet. Insbesondere viele Schauspielerinnen und Schauspieler werden davon profitieren.

Überbrückungshilfe III unterstützt auch Unternehmen, die von den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung besonders stark betroffen sind. Es handelt sich um direkte Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Wie wollen Sie damit insbesondere die Kultur- und Kreativwirtschaft fördern?

Nicht ins Theater gehen zu können, kein Konzert zu hören, kein Museum zu besuchen oder einen Film im Kino zu sehen – all das schmerzt uns sehr. Besonders hart trifft es natürlich jene, die damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Der abermalige Lockdown war eine schwierige, aber notwendige Entscheidung, um die Infektionszahlen wieder in den Griff zu kriegen. Seit Jahresbeginn zeigt sich, dass unsere Maßnahmen wirken – die Zahlen gehen zurück. Sorge bereiten uns Meldungen über aggressivere Mutationen des Virus, da müssen wir höllisch aufpassen. Doch es gibt auch Hoffnung, weil es Impfstoffe gibt, die

uns schützen können, sobald sie in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Leider wird das noch eine Weile dauern, so lange bleibt es bei der schwierigen Lage für Kunst und Kultur. Für die Branche haben wir deshalb eine ganz gute Lösung gefunden: Wenn ein Event ausfällt, können die entstandenen Kosten übernommen werden. Und Abschreibungen werden bis zu 50 % als förderfähige Kosten bei der Überbrückungshilfe berücksichtigt. Das hilft in dieser schwierigen Lage.

In Erarbeitung ist auch ein Sonderfonds für die Kulturbranche, der Bonuszahlungen für Kulturveranstaltungen ermöglichen und das Risiko von Veranstaltungsplanungen in der unsicheren Zeit der Pandemie abfedern soll. Gibt es bereits Neuigkeiten, was genau zu erwarten ist?

Nach der Pandemie möchte ich möglichst schnell wieder kulturelle Aktivitäten ermöglichen, deshalb braucht es mehr Planungssicherheit für die Branche. Gegenwärtig arbeiten wir an einem Fonds, der zwei Elemente umfassen soll: Wir wollen kleinere Kulturveranstaltungen finanziell fördern, die aufgrund von Hygienevorgaben mit deutlich weniger Publikum stattfinden müssen und sich sonst nicht rechnen würden. Das zweite Element ist ein Fonds als eine Art Versicherung für größere Kulturveranstaltungen. Die Versicherung soll einspringen für den Fall, dass eine Veranstaltung geplant und organisiert wird, wegen Corona dann aber wider Erwarten doch abgesagt werden muss. So sollen Kulturschaffende ermuntert werden, früh genug zu planen, damit nach Ende der Pandemie Konzerte, Lesungen und Theater bald wieder stattfinden können.

Vor einem Dreivierteljahr hat Politik & Kultur Sie gefragt: Welche finanziellen Folgen für Kultur und Medien

werden mittelfristig aus der Corona-Pandemie resultieren? Damals konnten Sie dies nicht seriös abschätzen – wie sieht es heute aus?

Ich mache mich weiterhin stark dafür, dass sich die mittelfristigen Folgen in Grenzen halten. Es geht darum, das bunte Kulturleben zu erhalten, das unser Land bereichert. Allerdings gibt es keine Blaupause für die aktuellen Ereignisse und auch nicht für die umfangreichen Hilfen, die wir in der Bundesregierung auf den Weg gebracht haben. Wir überprüfen die Wirksamkeit der Hilfen ständig und passen sie, wenn nötig, an. Niemand kann heute aber seriös voraussagen, wie sich die nächsten Monate der Pandemie entwickeln werden, deshalb werde ich die Kosten nicht beziffern. Wichtig ist mir die Zusage: Wir werden alles tun, um gemeinsam vernünftig durch diese schwere Zeit zu kommen.

Hier spielt die Zukunftsmusik!Eine Milliarde für den »Neustart Kultur«

Monika Grütters — Politik & Kultur 7-8/2020

Zukunftsmusik nennen wir im Deutschen. was gegenwärtig nicht verwirklicht werden kann, aber als Möglichkeit verheißungsvoll klingt. Man braucht derzeit ein feines Gehör, um im Lärm der Gegenwart solche »Zukunftsmusik« zu vernehmen. Corona beherrscht den Alltag. Ungewissheit, wie sich die Situation entwickelt, nährt Zukunftsängste. Selbst dort, wo sonst mit Leidenschaft Kultur gelebt und Zukunftsmusik gespielt wird, gibt im Moment der Infektionsschutz den Ton an. Konzertsäle. Opern, Musikclubs, Theater und andere Kulturorte sind im Stillstand. Sie alle holen uns in normalen Zeiten heraus aus dem Alltag, hinein in eine Welt der Möglichkeiten. Kunstwerke und Kulturorte schaffen Raum für Utopien - allein schon dadurch, dass sie Menschen über alle Grenzen hinweg verbinden.

In der Dunkelheit eines Kinosaals, im Bann des Bühnengeschehens erfahren wir, dass alles anders sein könnte, als wir es wahrnehmen. Und manchmal spüren wir lesend oder lauschend, mitfühlend und mitfiebernd die Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach einem anderen Leben. Doch gleichzeitig scheint der Kunst und Kultur in diesen Corona-Zeiten genau das zum Verhängnis zu werden, was sie der Politik und Wirtschaft, der Sprache der Macht und des Geldes voraus hat: dass sie Menschen buchstäblich in Fühlung miteinander bringt. So-

lange Abstandhalten Bürgerpflicht in der Corona-Prävention ist, bleiben kulturelle Gemeinschaftserlebnisse in ausverkauften Sälen wirklichkeitsferne Wünsche – um nicht zu sagen: Zukunftsmusik ...

Was das für Künstlerinnen und Künstler, für Kultureinrichtungen und Unternehmen der Kulturbranche bedeutet, weiß ich nicht zuletzt aus den unzähligen Telefongesprächen und Briefen, in denen Betroffene mir in den vergangenen Wochen ihre Situation geschildert haben. Ich kenne die Verzweiflung. Ich kann die Existenzangst nachempfinden. Ich leide selbst – als Mensch, als begeisterte Kulturliebhaberin und als Politikerin. Ich bin in tiefer Sorge auch um die kulturelle Vielfalt, die in Deutschland über Jahrzehnte gewachsen ist, übrigens nicht zuletzt dank einer staatlichen Kulturförderung, die weltweit ihresgleichen sucht. Und doch bin ich der Meinung, dass nicht Defätismus, sondern Pragmatismus in dieser Situation die erste Geige spielen muss.

Pragmatisch schauen, was geht: Künstlerinnen und Künstler und zahlreiche Kultureinrichtungen haben mit dieser Haltung und bewundernswerter Kreativität in den vergangenen Monaten die häusliche Isolation für viele Menschen erträglicher gemacht. Wohl nie zuvor bot das Internet Kulturgenuss in dieser Bandbreite und Quali-

tät – vom Livestream-Konzert über Lesungen aus dem heimischen Wohnzimmer bis zum virtuellen Theaterabend, Über das analoge Stammpublikum hinaus dürfte dabei auch so mancher Online-Zufallsbesucher auf den Geschmack gekommen sein. Kunst jedenfalls erwies sich für viele Menschen einmal mehr als unverzichtbare Seelennahrung. Diese Wertschätzung wird sich, davon bin ich überzeugt, nach der Corona-Krise für Künstlerinnen und Künstler auszahlen. Der Hunger nach Kultur im öffentlichen Raum wird größer sein als je zuvor. Viele sehen jetzt, dass Kultur als Bildschirmerlebnis das Gemeinschaftserlebnis nicht ersetzen kann. Die Resonanz ist eben doch eine andere im öffentlichen Raum. Als Zuhörer und Zuschauer lauscht man konzentrierter, und mag die heimische Couch auch noch so beguem sein beglückender ist es. Emotionen mit anderen zu teilen.

Schauen, was geht, und tun, was getan werden kann: Diese Haltung bestimmt auch den politischen Umgang mit der Krise und ihren Auswirkungen auf Kunst und Kultur. Aus anderen Ländern blickt man durchaus mit Neid auf den Rettungsschirm aus Soforthilfen, den die Bundesregierung in Deutschland für Selbständige und Kleinstunternehmen auch der Kultur- und Kreativbranche gespannt hat – über Unterstützungsprogramme der einzelnen Bundesländer hinaus, in deren Zuständigkeit die Kultur in Deutschland liegt. Er setzt sich im Wesentlichen aus fünf Bestandteilen zusammen.

 Den Lebensunterhalt soloselbständiger Kreativer sichern der erleichterte Zugang zu einer Grundsicherung mit deutlich verbesserten Leistungen sowie eine Regelung, die es Kultureinrichtungen erlaubt, Ausfallhonorare als Kompensation für entgangene Gagen zu zahlen.

- Kulturelle Einrichtungen wie Theater können Angestellte dank der Flexibilisierung des Kurzarbeitergelds über Schließzeiten hinweg halten.
- 3. Für Betriebskosten wurden Soforthilfen bereitgestellt, von denen z.B. Buchhandlungen sowie Kino- und Musikclubbetreiber genauso profitieren wie Künstler mit eigenem Atelier.
- 4. Für gezielte Hilfsmaßnahmen zur Krisenbewältigung stehen Mittel aus meinem Kulturetat bereit, beispielsweise in einem Hilfsprogramm für freie Orchester und Ensembles oder in einem Sonderprogramm für coronabedingte Umbaumaßnahmen.
- 5. Die Gutscheinlösung als Ersatz für Tickets bei abgesagten Veranstaltungen trägt dazu bei, mit den Konzert- und Festivalveranstaltern einen weiteren Kulturbereich durch die Corona-Krise zu retten.

Zu diesen Maßnahmen kommt nun ein umfassendes »Neustart Kultur«-Programm, mit dem ich den Kulturbetrieb und die kulturelle Infrastruktur unseres Landes nach der pandemiebedingten Auszeit wiederbeleben und dauerhaft erhalten will. Für diesen »Neustart« steht aus dem Bundeskulturetat für dieses und das nächste Jahr insgesamt rund eine Milliarde Euro mehr für den Kulturbereich zur Verfügung. Das Programm ist bewusst vor allen Dingen auf die Infrastruktur ausgerichtet. Denn die Erhaltung der kulturellen Infrastruktur ist der Schlüssel, um Betriebsstätten, Arbeitsmöglichkeiten und damit Einkommen für Künstlerinnen und Künstler wie auch alle anderen im Kulturbereich Tätigen zu garantieren. Wenn die Infrastruktur wegbräche, gingen alle unsere Bemühungen um einzelne Kulturschaffende ins Leere.

Das Programm ruht auf fünf Säulen. Erstens geht es um pandemiebedingte Investiti-

onen in Kultureinrichtungen. Mit Mitteln in Höhe von bis zu 250 Millionen Euro wollen wir Kultureinrichtungen, die überwiegend privat finanziert werden, fit für die Wiedereröffnung machen. Ob Museen und Theater, Gedenkstätten und Galerien, Kinos und Musikclubs: Sie alle müssen zeitnah Hygienekonzepte und Abstandsregeln umsetzen und dafür erhebliche Summen investieren, sei es für Online-Ticketing-Systeme, für die Modernisierung von Belüftungssystemen oder eine andere Besucherführung und Bestuhlung.

Zweitens wollen wir mit 480 Millionen Euro finanzielle Unterstützung für vor allem privatwirtschaftlich finanzierte kleinere und mittlere Kultureinrichtungen und -projekte leisten. Kleine und mittlere Kultureinrichtungen haben in der Corona-Zwangspause besonders starke Einnahmeeinbrüche erlitten. Gleichzeitig laufen ihre Kosten weiter. Mit diesen Mitteln schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Kreativen aus der Kurzarbeit herauskommen und ihrer künstlerischen Arbeit nachgehen können. Außerdem wollen wir Möglichkeiten eröffnen, neue Aufträge an freiberuflich Tätige und Soloselbständige zu vergeben.

Einen Betrag von bis zu 150 Millionen Euro werden wir, drittens, für die Förderung alternativer, insbesondere digitaler Angebote bereitstellen. Denn trotz der vielfach existenzbedrohenden Folgen, die die Pandemie gerade für den Kulturbereich hat, lässt sich der Krise zumindest ein positiver Aspekt abgewinnen: Sie hat einen gewaltigen Kreativitätsschub beim Einsatz alternativer, vor allem digitaler Formate ausgelöst. Wir wollen diese Kräfte stärken, damit der Kulturbereich dauerhaft davon profitieren kann.

Viertens werden wir bei durch mein Haus bereits regelmäßig geförderten Einrichtungen coronabedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben ausgleichen, die nicht anderweitig gedeckt werden. Bei gemeinsam mit Ländern bzw. Kommunen getragenen Einrichtungen und Projekten wird der Bund seinen Anteil an der Kofinanzierung leisten. Dafür stehen 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Fünftens sind Bundeshilfen in Höhe von 20 Millionen Euro für private Hörfunkveranstalter vorgesehen. Sie sind durch das Wegbrechen der Werbeeinnahmen schwer getroffen und haben angesichts des enormen Informationsbedarfs der Öffentlichkeit unverändert hohe Personalkosten.

Alles in allem ist »Neustart Kultur« ein wichtiger und kraftvoller Schritt zur Bewahrung unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Dass im Koalitionsausschuss am Ende der harten Verhandlungen für Kultur und Medien eine Eins mit neun Nullen herausgekommen ist – das größte Konjunkturprogramm für Kultur und Medien in der Geschichte der Bundesrepublik –, offenbart den hohen gesellschaftlichen Stellenwert, den die Bundesregierung Kultur und Medien beimisst. Wir wollen unser Möglichstes dafür tun, die zerstörerischen Wirkungen der Corona-Krise zu lindern und schöpferische Kräfte zu mobilisieren – in der Überzeugung, dass wir der Kunst wie auch der Kultur- und Kreativwirtschaft iene Inspiration und Irritationen verdanken, aus denen Innovationen entstehen. in der Überzeugung also, dass gerade in der Kultur die Zukunftsmusik spielt.

CDU/CSU Neustart Kultur – ein wichtiges Zeichen

Elisabeth Motschmann — Politik & Kultur 7-8/2020

Wenn mir vor einem halben Jahr jemand vorausgesagt hätte, wir beschließen im Juli eine Milliarde Euro zusätzlich für die Kulturförderung, ich hätte ihn für verrückt erklärt. Wenn mir damals jemand prophezeit hätte, dass diese eine Milliarde dennoch nicht von allen als ausreichend empfunden wird, ich hätte die Welt nicht mehr verstanden.

Diese eine Milliarde, die immerhin rund der Hälfte des regulären Kulturetats entspricht, ist ein großes und wichtiges Zeichen der Bundespolitik an Kunst und Kultur, an Künstlerinnen, Künstler und Kreative: Wir sehen Eure Sorgen, wir haben Eure unverschuldeten Nöte im Blick. Die Corona-Pandemie hat den Kulturbereich hart getroffen. Die Lage für viele Kultur- und Medienschaffende und für die einzigartige Vielfalt der Kultur und Medien in Deutschland ist unverändert bedrohlich. Gerade für die Bühnenkünstler gilt »first in, last out« beim pandemiebedingten Stillstand.

Mit dem Rettungs- und Zukunftspaket »Neustart Kultur« reagieren wir darauf. Staatsministerin Monika Grütters und wir, Parlamentarierinnen und Parlamentarier, haben dafür intensivst gekämpft. Das Geld wird in den Erhalt der kulturellen Infrastruktur fließen. Es wird vielen Kultureinrichtungen eine Brücke bauen und die Zuversicht geben, trotz der massiven Corona-Folgen dauerhaft arbeiten zu können. Wir haben die begründete Hoffnung, dass die Kultureinrichtungen durch Aufträge möglichst viel von dem Geld an freischaffende Künstler und Soloselbständige weitergeben werden.

Die Corona-Pandemie ist eine nie dagewesene Situation. Daher kann keiner – weder BKM noch wir Mitglieder der Koalitionsfraktionen – derzeit genau wissen, wie groß der Unterstützungsbedarf in welchen kulturellen Sparten genau sein wird. Daher haben wir eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der einzelnen Förderprogramme vereinbart: Wenn z. B. die Theater nicht alle vorgesehenen Mittel abrufen sollten, können diese etwa den Kinos zugutekommen.

Der Deutsche Kulturrat hat mit seiner frühzeitigen Forderung nach einem Kulturinfrastrukturfonds wichtige Impulse für die Entwicklung dieses Hilfsprogramms ohne Beispiel gegeben. Dafür und für seinen realistischen Blick, was der Staat in dieser Krise leisten kann und was nicht, möchte ich ihm herzlich danken.

Kunst und Kultur sind keine gesellschaftliche Insel. Daher ist es mir wichtig zu betonen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft und die Kreativen nicht nur von der BKM-Milliarde profitieren, sondern auch von einer Reihe weiterer Maßnahmen der Regierungskoalition. Ich nenne nur die befristete Mehrwertsteuersenkung, die Überbrückungshilfen des Wirtschaftsministeriums für kleine und mittelständische Unternehmen oder die finanzielle Entlastung der Kommunen – die

wichtigsten Kulturträger in unserem Land! – durch den Bund. Gleichwohl sind wir nicht mit allem zufrieden. Das ungelöste Problem des »fiktiven Unternehmerlohns« – ein Begriff, den ich nicht glücklich finde – ist auch für mich eine offene Wunde. Wir können die Lebenshaltungskosten von freischaffenden Musikern oder Schauspielern leider nicht anders als über die Grundsicherung abdecken, weil sonst Soloselbständige aus allen anderen Berufsfeldern ebenfalls einen Unternehmerlohn beantragen könnten.

In unserem föderalen Deutschland sind zuerst die Länder und Kommunen für die Förderung von Kunst und Kultur zuständig. Das hat unsere kulturelle Vielfalt über Jahrzehnte stets bereichert. Wir können sie auch heute nicht aus ihrer Verantwortung für die Rettung des Kulturbetriebs entlassen. Immerhin vier von 16 Bundesländern zahlen Kulturschaffenden auch einen Unternehmerlohn.

Sehr beeindruckt hat mich die vielfach gelebte Solidarität im Kulturbereich und die überbordende Kreativität im Umgang mit der Krise. Wenn es uns gelingt, diese zu erhalten, ist mir nicht bange für die Zukunft unserer so reichhaltigen Kulturlandschaft.

SPD

Umfassende Unterstützung ist wichtig

Martin Rabanus — Politik & Kultur 7-8/2020

Während ich diese Zeilen schreibe, befindet sich die sogenannte Kultur-Milliarde in der parlamentarischen Beratung. Entsprechend dem Struck'schen Gesetz, nach dem keine Vorlage in derselben Form das Parlament verlässt, wie es Eingang gefunden hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion aktuell dabei, das seitens der BKM vorgestellte Kulturhilfeprogramm genau zu bewerten und um eigene sozialdemokratische Positionen zu ergänzen.

Der Kulturbereich ist seit Beginn der sogenannten Corona-Krise unmittelbar und stark betroffen und wird dies auf derzeit noch unabsehbare Zeit hin auch bleiben. Daher muss es, auch perspektivisch, eine möglichst umfassende Unterstützung für Kunst, Kultur und Medien geben. Unterstützung durch Zuschüsse einerseits und durch Hilfen für den Neustart des Kulturbetriebes andererseits. Daher ist es auf jeden Fall gut und wichtig, dass jetzt mit der Kultur-Milliarde ein umfassendes Programm zur Stärkung der Kulturinfrastruktur kommt. Wir als SPD-Fraktion haben uns dafür stark gemacht. Wir haben im Mai ein Positionspapier verabschiedet, in dem wir nachhaltige Lösungen rund um die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden, für Soforthilfen und Mittel zum Fortbestehen von Kultureinrichtungen vorgeschlagen haben.

Mit der Kultur-Milliarde können wir nun wichtige Impulse setzen. Die Förderung von Nothilfen und Mehrbedarfen ist der richtige Ansatz, um Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. Mit neuen digitalen Angeboten werden zukunftsweisende Akzente gesetzt. Darüber hinaus wird der Kultur- und Medienbereich auch von weiteren Maßnahmen des Konjunkturprogrammes profitieren. Beispielhaft seien hier die Senkung des Mehrwertsteuersatzes, der steuerliche Verlustvortrag und die finanzielle Überbrückungshilfe in Höhe von insgesamt 25 Milliarden Euro genannt. Die Verlängerung der vereinfachten Grundsicherung bis Ende September hilft Kultur- und Medienschaffenden, die durch die Folgen der Corona-Pandemie unverschuldet in Existenznot geraten sind. Und, die beschlossenen Entlastungen von Kommunen machen weiteren Spielraum in den Kulturhaushalten direkt vor Ort frei.

Durch die Corona-Pandemie werden jedoch gleichzeitig wie unter einem Brennglas auch strukturelle Probleme und Defizite deutlich sichtbar, die jetzt kulminieren, deren Ursprung jedoch in »Vor-Corona-Zeiten« zu suchen ist. Es zeigt sich, wie fragil der Kulturbereich ist, wie wenig Reserven es gibt, wie schnell und umfassend er durch Krisen destabilisiert wird – und wie schnell Künst-

lerinnen, Künstler und Kulturschaffende in existenzielle Nöte geraten. Daher bedarf es über die verschiedenen Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise hinaus nachhaltiger und struktureller Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung.

Und, es stellt sich die Frage nach der »kulturellen Grundversorgung«: Kultur ist mehr als Unterhaltung. Das Erleben von Kunst und Kultur ist elementares Bedürfnis des Menschen. Kultur ist ein Bindeglied zwischen verschiedenen sozialen Milieus, ermöglicht Teilhabe, stärkt den Dialog zwischen uns Menschen und fördert den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Daher müssen wir uns als Gesellschaft fragen, was zählen wir zur kulturellen Grundversorgung dazu und was soll sie uns zukünftig wert sein?

Wir bringen jetzt ein großes Konjunkturpaket auf den Weg. Nun geht es um eine Ausgestaltung der Kultur-Milliarde, die alle Kulturbereiche berücksichtigt und mit einbezieht. Welche Maßnahmen darüber hinaus notwendig sein werden, muss man im weiteren Verlauf sehen. Es gibt eben keine Blaupause für diese Situation – für keinen Bereich. Daher gilt es, die getroffenen Maßnahmen immer wieder zu evaluieren, zu prüfen und, wo nötig, nachzusteuern. Und, den Mut dabei – auf allen Seiten – nicht zu verlieren, denn der Weg ist richtig.

AfD

Exitstrategie wäre erforderlich

Marc Jongen — Politik & Kultur 7-8/2020

Wegen der Corona-Pandemie hat die Bundesregierung die Schließung fast aller Kultureinrichtungen angeordnet, kulturelle Veranstaltungen fallen schon seit Monaten aus. Viele Künstler, Veranstalter und kreativ Tätige bangen zunehmend um ihre Existenz. Mit einem »Rettungs- und Zukunftsprogramm«, das auf eine Milliarde Euro budgetiert ist, soll nun ein »Neustart Kultur« gewährleistet werden. Ging es zunächst um Not- und Soforthilfe, soll dieses Programm nun die kulturelle Infrastruktur retten. In der Tat wäre es eine Katastrophe für die Kulturnation Deutschland, wenn diese Infrastruktur dauerhaften Schaden nähme. Dass jetzt dringend geholfen werden muss, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die weit überzogenen Maßnahmen der Regierung waren, die die Notlage erst herbeigeführt haben.

Schon das Maßnahmenpaket der Notund Soforthilfe hat sich als zu wenig passförmig erwiesen, nicht zuletzt aufgrund eines »Förderflickenteppichs«, so der Deutsche Kulturrat, von Bund und Ländern. Die AfD-Bundestagsfraktion hat deshalb gefordert, die Hilfsleistungen über die Künstlersozialkasse (KSK) zu organisieren. Durch den Prüfungsablauf der KSK könnte auch einer missbräuchlichen Mittelverwendung oder Mitnahmeeffekten weitgehend vorgebeugt werden, wie sie etwa in Berlin im großen Stil zu beklagen waren. Die durch massenhaften Betrug entzogenen Gelder gingen für die wirklich bedürftigen Künstler verloren. Unser Antrag wurde von den anderen Bundestagsfraktionen, wie zu erwarten, abgelehnt.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass kulturelle Einrichtungen, vor allem auch private, in der gegenwärtigen Notlage unterstützt werden, sind sie doch nicht selbstverschuldet in diese geraten, sondern von den Behörden quasi mit Berufsverbot belegt worden. Dasselbe gilt für die vielen Soloselbständigen in der Kulturszene, an denen die meiste Hilfe zunächst vorbeigegangen war. Die staatliche Hilfe darf aber nicht zum Dauerzustand werden, ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit ist in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Mit Nachdruck wird sich die AfD gegen alle Versuche wenden, die Hilfen an bestimmte ideologische Auflagen wie Frauenquoten oder Diversity-Orientierung zu knüpfen, wie es SPD, Linkspartei und Grüne bereits gefordert haben.

Entgegen der Darstellung der Bundesregierung war es nicht das Coranavirus als solches, das zu einem Erliegen des Kulturlebens führte, sondern eine Entscheidung der Politik. Zunächst wurden viel zu lange gar keine Maßnahmen gegen die sich anbahnende Pandemie ergriffen, was den späteren Lockdown erst nötig machte. Mittlerweile wird

dieser Zustand bereits viel zu lange aufrechterhalten. Der berechtigte Unmut der Kulturund Kreativszene darüber artikuliert sich unter anderem unter dem Hashtag #firstoutlastin.

Ein wesentlicher Grund für die Zögerlichkeit der Regierung im Hinblick auf eine konsequente Exitstrategie aus dem Corona-Regime liegt darin, dass die Corona-Maßnahmen an Fragen der Verantwortung, Haftung und des Schadensersatzes aufgehängt sind, wie sie im US-Rechtssystem schon länger dominant sind. Diese Entwicklung führt zu einer verfassungswidrigen Einschränkung unserer Grundrechte. Die Bundesregierung kommt mit dem Programm »Neustart Kultur« der Forderung nach einer Exitstrategie ietzt zwar nach, die seitens der AfD-Bundestagsfraktion schon seit Wochen erhoben wird. Jeder Tag, an dem noch zugewartet werden muss, kostet aber Unsummen. Das beste Zukunftsprogramm für den Kulturbereich ist daher die raschestmögliche Öffnung der Bühnen und Veranstaltungsstätten, auf die die AfD weiterhin drängen wird.

FDP Echte Nothilfe wird gebraucht

Hartmut Ebbing — Politik & Kultur 7-8/2020

Eine Milliarde Euro mehr für die Kultur, das sind 50 % mehr bezogen auf den derzeitigen Kulturhaushalt des Bundes. Dies erfreut jeden Kulturpolitiker jeglicher politischen Schattierung. Chapeau! Ca. 500 Millionen Euro sind vorgesehen für die vielen kleineren und mittleren, privatwirtschaftlich finanzierten Kulturstätten und -projekte, die unsere bunte Kulturlandschaft so prägen. Das gefällt mir sehr gut. Gerade die privaten Einrichtungen sind durch den kompletten Wegfall ihrer Einnahmen besonders hart von der Corona-Pandemie getroffen.

Nicht überzeugt bin ich von der mit einem Viertel der Milliarde Euro geplanten Unterstützung von Investitionsmaßnahmen in Hygeniekonzepte, Online-Ticketing-Systeme und der Modernisierung von Belüftungssystemen. Analog der Pawlow'schen Bedürfnispyramide essen die Künstler und Kreativen in der Not das Brot auch ohne Butter und Käse. Diese 250 Millionen Euro fehlen an einer echten Nothilfe. Dies auch bitte nicht falsch verstehen: Die Modernisierung der Infrastruktur von Kinos, Theatern und Konzerthäusern ist dringend geboten und sollte mit einer ausreichenden Summe in den ordentlichen Kulturhaushalt des Bundes und der Länder aufgenommen werden. Leider lassen die spärlichen Informationen der Bundesregierung bisher nicht nur vieles im Unklaren,

sondern es wirkt, als ob auch weiterhin dringende Probleme nicht gelöst werden. Erneut erhalten die zahlreichen Soloselbständigen keine zielgerichtete Unterstützung. Schon die Soforthilfe, die nur für Betriebskosten, nicht aber für Lebenshaltungskosten genutzt werden durfte, verfehlte für diese wichtige Gruppe komplett ihr Ziel. Soloselbständige haben keine Betriebskosten. Ihr Anlagevermögen ist ihre Stimme, ihre Fertigkeiten als Schauspieler oder ihr Können am Instrument. Diese drastische Gerechtigkeitslücke wurde vor einigen Wochen zwar ausführlich im Kulturausschuss des Bundestages thematisiert, scheint aber von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien auch diesmal nicht ansatzweise behoben worden zu sein.

Weiterhin unklar sind zum heutigen Stand die detaillierten Vergabekriterien. Ebenso unklar ist, wer genau die Hilfsgelder verwalten und verteilen soll. Anscheinend sollen dies die Bundesverbände der Kultureinrichtungen selber vornehmen. Das gibt ein Hauen und Stechen. Mir graut es schon vor einem weiteren Bürokratiemonstrum, in welchem die gut gemeinten Konjunkturhilfen versickern. Die Corona-Pandemie trifft alle gleichermaßen. Hier einmal wäre das Gießkannenprinzip tatsächlich angebracht. Warum koppelt man die Hilfe für einzelne Kultureinrichtungen nicht einfach an den Jahresum-

satz aus 2019 und schüttet einen Prozentsatz davon einfach über das zuständige Finanzamt aus. Alle Umsatzsteuervoranmeldungen für 2019 sind bereits abgegeben. Steuernummern und Bankverbindungen bekannt, und da Ende 2019 keiner mit dieser Katastrophe rechnen konnte, ist ein Missbrauch von Fördergeldern nahezu ausgeschlossen. Dieses Vorgehen ist schnell und unkompliziert. Die Mittel stünden den Betroffenen umgehend zur Verfügung. Das Entwerfen von diversen unterschiedlichen Antragsformularen entfällt, ebenso die immer ungerechte Lösung des sogenannten Windhundverfahrens. Nicht immer ist der Schnellste auch der. der am meisten Hilfe benötigt. Und wer soll und will bei begrenzten Mitteln entscheiden. wer etwas bekommen soll?

Mit Bestürzung habe ich wahrgenommen, dass keinerlei Mittel für den enorm wichtigen Teilbereich der kulturellen Bildung vorgesehen sind. Der überwiegende Teil dieser gemeinnützigen Einrichtungen wird nicht institutionell, sondern über Projektmittel gefördert und ist daher existenziell auf laufende Einnahmen angewiesen. Es kann nicht im Sinne einer zukunftsorientierten Kulturpolitik sein, die junge Generation, die den Großteil der Corona-Hilfen zurückzuzahlen hat, hier so sträflich zu vernachlässigen. Hier gilt es, z. B. den Fonds Soziokultur gezielt zu stärken und darüber die Unterstützung der kulturellen Bildung zu gewährleisten.

Die Linke Branche steht auf tönernen Füßen

Simone Barrientos — Politik & Kultur 7-8/2020

Bemerkenswert: Nun endlich ist Kultur maßgeblich in einem Konjunkturpaket enthalten. Seit drei Monaten redet die deutsche Öffentlichkeit, reden die Verbände, reden die Fraktionen im Bundestag und den Landesparlamenten über die existenzielle und existenzbedrohende Krise der Kulturbranche. Die Linke spricht das Problem allerdings seit Jahren an, Dass Kultur- und Kreativschaffende, dass die kulturelle Infrastruktur durch die coronabedingten Maßnahmen sofort und unmittelbar in Not geriet, war vorhersehbar. Die Probleme sind durch die Politik hervorgerufen. Wir müssen also nicht nur darüber reden, was ist, wir müssen auch darüber sprechen, wie es dazu kommen konnte, dass eine ganze Branche auf tönernen Füßen stand und immer noch steht. Nur wenn wir uns der Versäumnisse bewusst sind, können wir für die Zukunft Konzepte finden, die die Kreativbranche stärken und ihr den Immunschutz geben, den sie braucht.

Eine Milliarde zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur, das ist mehr, als zu erwarten war. Die Frage, wer das Geld an wen unter welchen Bedingungen verteilt, ist noch offen. Die Verbände sollen mitbestimmen. Das ist gut. Wir werden darauf dringen, dass auch die Subkultur, die Soziokultur, dass insbesondere die Freie Szene davon profitiert. Die individuelle Existenznot der Kreativen – wer

nicht mehr am Wettbewerb um Publikum, Aufmerksamkeit und Fördergelder teilnehmen konnte, verlor Einkommen und Auskommen - ist nun zur Existenznot aller Kreativen geworden. Und zur Not der Technikerinnen und Roadies, der Veranstaltungsgastronomie und so weiter und so fort. Wer Kunst und Kultur als Beruf gewählt hat, musste immer schon wasserfest sein, er wurde oftmals im Regen stehen gelassen. Es ist die Aufgabe der Politik und unser aller Aufgabe, endlich für Regenschirme zu sorgen und danach für ein dauerhaftes Dach über dem Kopf. Kultur gehört als Pflichtaufgabe ins Grundgesetz. Aus dem Kooperationsverbot muss ein Kooperationsgebot werden.

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung fehlt immer noch eine Lösung für Soloselbständige, in jedem Bundesland gelten andere Regeln, das ist mehr als nur eine Leerstelle. Die Kulturförderung vor der Krise hat die Selbstausbeutung der Akteure immer billigend in Kauf genommen. Angemessene Gagen und Honorare, soziale Sicherheit, Planungssicherheit, ja selbst die Verpflichtung von Kommunen und Gemeinden, für künstlerische Leistungen angemessene Honorare zu zahlen: Zu oft waren das nichts als fromme Wünsche. Von Gleichstellung und Diversität ganz zu schweigen. Wer Kunst macht und von ihr leben will, darf es sich nicht leisten

können müssen. Wer vielfältige Kultur will, muss blechen, sonst gibt es nur Blech! In die Strukturen muss investiert werden, in langfristige Konzepte, in Absicherung. Künstlerinnen in Armut ist ein pittoreskes Bild für Gemäldeausstellungen, nicht ein Vorbild für die Lebenswirklichkeit von Kreativen.

In der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise liegt eine Chance. Die Kulturmilliarde kann geeignet sein, die kulturelle Infrastruktur wesentlich zu verbessern. Aber dann muss es den Willen geben, zu verändern.

Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für Kultur als Aufgabe mit Verfassungsrang. Und für ein Kooperationsgebot. Die Verbände legen seit Jahren Vorschläge auf den Tisch. Sie reichen vom Kulturgroschen bis zum Grundeinkommen, von Kulturgenossenschaften bis zu Kulturschutzgebieten, von Kunst am Bau bis zur Aufnahme von Schriftstellerinnen-Lesungen in die Curricula. Lassen Sie uns mehr Kultur wagen.

Bündnis 90/Die Grünen Ehrlich evaluieren und zügig nachbessern

Erhard Grundl — Politik & Kultur 7-8/2020

»Kulturmilliarde«, das klingt gut, klingt üppig. Tatsächlich umfasst die »Kulturmilliarde« nur ½130 des Konjunkturpakets. Der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kultur- und Kreativszene mit jährlich 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung entspricht das bei Weitem nicht.

Mit 250 Millionen Euro will die Bundesregierung Kultureinrichtungen für die Wiederöffnung fit machen. 450 Millionen Euro sollen in Erhaltung und Stärkung der Kulturinfrastruktur gehen, wobei die Mittel nach nicht nachvollziehbaren Kriterien auf Sparten aufgeteilt sind. Geld gibt es als Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen -wie Clubs, Träger von Jugendeinrichtungen, Unternehmen der Veranstaltungslogistik. Dabei werden viele Kultureinrichtungen, etwa Kinos und Theater, aufgrund der erforderlichen Abstandsregeln lang nicht die frühere Auslastung erreichen. Für andere, wie Clubs, wo Nähe unvermeidbar ist, ist fraglich, ob sie jetzt überhaupt wieder öffnen können. Zudem laufen Überbrückungshilfen nur bis Ende August. Angesichts der zu erwartenden langfristigen Ausfälle ist die »Kulturmilliarde« dann doch eher mager.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an (Solo-)Selbständigen auf. Und gerade hier zeigt das Hilfsprogramm eklatante Gerechtigkeitslücken. Es unterstützt in erster Linie Einrichtungen. Sie sollen fit werden und wieder freie Kulturschaffende engagieren, so die Rechnung der Kulturstaatsministerin. Doch das reicht nicht aus. Nicht nur, weil das Auftragsvolumen wohl kaum den Stand von Vor-Corona-Zeiten erreichen wird.

Der Fehler liegt in der Trennung von Betriebs- und Lebenshaltungskosten. Für förderungsberechtigte Unternehmen ist ein Zuschuss zu betrieblichen Fixkosten möglich. Für ihren Lebensunterhalt werden Selbständige und Freiberufler auf die Grundsicherung verwiesen. Doch sind sie nicht arbeitssuchend, sondern können nur kein Einkommen generieren, weil sie ihrer Arbeit derzeit nicht nachgehen dürfen. Anders als angekündigt, sieht auch der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung eine Vermögensprüfung vor. Sie kommt bei Altersrücklagen ab 60.000 Euro zum Tragen. Wer also für die Zukunft etwas zurückgelegt hat, um Rentenausfallzeiten zu überbrücken, wird so bestraft. Schließlich schränken bürokratische Hürden die unternehmerische Tätigkeit der Kulturschaffenden ein. Und dann ist auch noch unklar, wie ausstehende Honorare oder Einnahmen aus Verwertungsgesellschaften angerechnet werden sollen. Das Modell des »fiktiven Unternehmerlohns« dagegen, wie es Baden-Württemberg vormacht, bietet genau die unbürokratische Unterstützung, die jetzt gebraucht wird, und entlastet zudem die ohnehin klammen Kommunen. Wenn man nicht die Prekarität, sondern die Kreativität von Künstlerinnen und Künstlern fördern will, muss man diese Gerechtigkeitslücke schließen.

Bereits jetzt werden viele Hilfen nicht in Anspruch genommen, weil unklar ist, was kombinierbar ist, ab wann eine Überzahlung erfolgt ist und in welcher zeitlichen Abfolge die Programme wirken sollen. Damit sie wirken, muss aber klar sein, ob ihre Inanspruchnahme letztlich auf die Anhäufung von Schulden in der Zukunft hinausläuft.

Gut investiert ist die »Kulturmilliarde« dann, wenn sie ankommt – am besten, wie von der grünen Bundestagsfraktion vorgeschlagen – mithilfe einer zentralen Anlaufstelle, die Informationen für die Betroffenen niedrigschwellig bereitstellt. Wichtig ist es auch, ehrlich zu evaluieren und zügig nachzubessern.

Kunst und Kultur sind unverzichtbar für eine liberale Demokratie. Gerade ihre Freiheit, gegebenenfalls die fördernde Hand zu beißen, macht Kunst unverzichtbar für die offene Gesellschaft und uns alle. Bei der »Kulturmilliarde« darf es daher getrost nicht nur etwas mehr sein.

Corona: Neu starten in der Kultur Geht die Rechnung der Förderprogramme auf?

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 9/2020

Am 2. Juli war es endlich so weit: Der Deutsche Bundestag verabschiedete den Nachtragshaushalt 2020 und der Weg für den Kulturinfrastrukturfonds mit einem Volumen von einer Milliarde Euro, in Zahlen 1.000.000.000 Euro, war frei. Damit wurde ergänzend zu den bestehenden Kulturförderprogrammen der Länder sowie den Soforthilfen, die Unternehmen und Soloselbständigen aller Branchen offenstehen, ein spezielles Förderprogramm ausschließlich für die Kultur aufgelegt. Dieses Programm sollte den besonderen Anforderungen des Kultur- und Medienbereiches besser Rechnung tragen als die allgemeinen Programme des Bundeswirtschaftsministeriums.

Unter dem gemeinsamen Titel »Neustart Kultur« stehen

- bis zu 250 Millionen Euro für pandemiebedingte Investitionen,
- bis zu 480 Millionen Euro zur Stärkung der Kulturinfrastruktur,
- bis zu 150 Millionen Euro für alternative, auch digitale Kulturangebote und
- bis zu 100 Millionen Euro zur Kompensation pandemiebedingter Einnahmeverluste und Mehrbedarfe bundesgeförderter Häuser und Projekte zur Verfügung.

Von vorneherein war klar, dass die Unterstützung aus Neustart Kultur in erster Linie jenen Institutionen, Unternehmen und Organisationen zugutekommen sollte, die nicht vornehmlich öffentlich gefördert sind oder anders gesagt: Neustart Kultur richtet sich insbesondere an die Kulturunternehmen sowie die Künstlerinnen und Künstler. Es ist also in weiten Teilen ein Kulturwirtschaftsförderprogramm, das von der Kulturstaatsministerin auf den Weg gebracht wurde.

Expertise anerkennen

Die Mittelvergabe wird nicht durch Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) selbst, eine Agentur oder nachgeordnete Behörde erfolgen, sondern durch die bundesgeförderten Kulturfonds, die Kulturstiftung des Bundes sowie Verbände. Der Deutsche Kulturrat hatte diese Vergabepraxis gefordert, damit die Erfahrungen aus der Praxis und die Nähe zu den potenziell Geförderten bereits in die Entwicklung der Förderprogramme einfließen konnte bzw. kann. Denn eines ist klar, eine Milliarde Euro sind nicht nur viel Geld, sie sollen auch möglichst zielgerichtet ausgegeben werden, um dem Kulturbetrieb, wie der Name schon sagt, einen Neustart zu ermöglichen. Darüber hinaus legen BKM und Kulturstiftung der Länder ein Programm mit

Blick auf Digitalisierung zusammen auf. Innerhalb kürzester Zeit mussten während der Sommerzeit von den Fonds. Verbänden und anderen Organisationen die Förderprogramme entwickelt und mit der BKM abgestimmt werden. Erst auf dieser Grundlage kann die Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt erfolgen und danach können die Verbände und Fonds mit ihren Ausschreibungen loslegen, Erschwerend kam hinzu, dass die einzelnen Programmteile von Neustart Kultur noch vom Bundesrechnungshof mit Argusaugen beäugt und genauestens überprüft wurden und werden, jeweils mit dem Argument, dass für Kulturförderung die Länder zuständig seien.

Die Mittel vergebenden Institutionen müssen nun ihr Personal aufstocken, damit die eingehenden Anträge geprüft, die Mittel bewilligt und deren ordnungsgemäße Verwendung schließlich geprüft werden kann. Die Vergabe der Mittel soll schnell erfolgen, denn die Not im Kulturbereich ist groß. Zugleich müssen die satzungsgemäßen Statuten der vergebenden Institutionen beachtet oder gegebenenfalls angepasst werden. All dies geschieht neben dem normalen Alltagsgeschäft.

Die Verantwortung der Mittel vergebenden Organisationen ist sehr groß. Intern mit Blick auf ihr Selbstverständnis, wirtschaftlich und nicht zuletzt gegenüber dem kulturellen Bereich, den sie vertreten bzw. für den sie stehen. Den Ärger, wenn es mit der Vergabe nicht so klappt wie erhofft, werden sie abbekommen. Insofern stünde es der BKM sehr gut an, die Mittel vergebenden Organisationen als Partner und nicht als Dienstleister anzusehen. Denn ihre gewachsene Kompetenz und ihr Einsatz machen es möglich, die große Summe von einer Milliarde Euro sachgerecht zu vergeben. Dazu gehört auch, neben der Dachmarke Neustart Kultur die Mittel vergebenden Organisationen sichtbar werden

zu lassen. »Leben und leben lassen« wäre ein guter Wahlspruch für die Zusammenarbeit.

Was es schon gibt

Was bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung bereits auf den Weg gebracht wurde, ist beachtlich. Der Musikfonds, die Stiftung Kunstfonds, der Deutsche Literaturfonds, der Deutsche Übersetzerfonds sowie für den Tanzbereich der Dachverband Tanz, Diehl & Ritter sowie NPN haben die ersten Förderrunden bereits ausgeschrieben. Der Fonds darstellende Künste ist ebenso wie der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler in Abstimmungen mit der BKM, die hoffentlich Ende August abgeschlossen sind. Die Förderprogramme dieser Institutionen richten sich unmittelbar an Künstlerinnen und Künstler. Es geht darum, dass sie produzieren können, teils Konzepte entwickeln, neue künstlerische oder auch neue Wege, sich zu präsentieren, einschlagen können. Die Zielgruppe sind professionelle Künstlerinnen und Künstler, die hauptberuflich einer künstlerischen Tätigkeit nachgehen. Bei der Förderung handelt es sich um keine soziale Unterstützung, sondern um die Ermöglichung zur künstlerischen Arbeit, um weiter im Markt zu bleiben bzw. neue Arbeiten präsentieren zu können. Die genannten Institutionen verfügen über die entsprechende Expertise und Fachjurys, um eingereichte Anträge bewerten zu können.

Mittel für pandemiebedingte Investitionen von nicht hauptsächlich von der öffentlichen Hand finanzierten Kultureinrichtungen können bei der Deutschen Theatertechnischen Gesellschaft, beim Bundesverband Soziokultur, beim Deutschen Verband für Archäologie und bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Zirkuspädagogik beantragt werden. Wichtig ist hier, dass pandemiebedingte Investitionen mehr sind als Plexiglasabtrennungen im Kassenbereich von Theatern oder

Museen. Es gehören neue Leitsysteme, Informationsmaterialien und anderes mehr dazu. Gerade von diesem Programm könnten auch Impulse für weitere kulturwirtschaftliche Akteure, wie beispielsweise die Designbranche, ausgehen. Die Expertise dieser Branche sollte genutzt werden.

In der zweiten Augusthälfte wurden als direkte Impulse für Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft die Programme für Musikveranstalter, die von der Initiative Musik ausgereicht werden, sowie die für die Verlagsund Buchhandelsbranche, für die der Börsenverein des Deutschen Buchhandels verantwortlich zeichnet, bekannt gegeben. Für die Filmbranche ist die Filmförderungsanstalt Ansprechpartner für die verschiedenen Förderprogramme, angefangen vom Zukunftsprogramm Kino II bis hin zur Verleihförderung.

Weiter sind Programme in Vorbereitung, die Unternehmen, Kultureinrichtungen und -institutionen bei der Digitalisierung ihrer Angebote unterstützen sollen. Denn eines wurde in den letzten Monaten deutlich, hier ist noch reichlich Luft nach oben- gerade auch mit Blick auf die Monetarisierung von Angeboten. Denn die Anstrengungen, der Kulturwirtschaft auf die Beine zu helfen, sollten durch kostenfreie digitale Angebote nicht gleich wieder konterkariert werden.

Was fehlt?

Eine Besonderheit im Rahmen von Neustart Kultur ist die Förderung der privaten Rundfunkanstalten, die einen Ausgleich für entgangene Werbeeinnahmen in Höhe von 20 Millionen Euro erhalten. Hier stellt sich schon die Frage, warum die Fachzeitschriften aus dem Kultursektor, die von Werbeeinnahmen abhängig sind, nicht ebenfalls einen Ausgleich erhalten. Ihre Kunden sind oftmals Museen, Messen, Festivals, Verlage und andere aus der Kulturbranche, die coronabedingt

jetzt keine Anzeigen schalten, weil entweder die Veranstaltungen ganz ausfallen oder aber ihr Budget zusätzliche Werbemaßnahmen nicht zulässt. Die Fachzeitschriften und Fachzeitungen aus dem Kulturbereich sind nicht nur wichtige Multiplikatoren, sie ermöglichen den Diskurs über die verschiedenen Künste und nicht zuletzt über Kulturpolitik, der in den privaten Rundfunkanstalten zumindest keinen Platz hat. Hier sollte nachgesteuert und ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt werden.

Strukturell ist Neustart Kultur so angelegt, dass das Hochfahren des Kulturbetriebs – und zwar insbesondere des nicht hauptsächlich öffentlich geförderten Kulturbetriebs – ermöglicht werden soll. Die Erwartung ist, dass hierdurch Aufträge für jene kulturwirtschaftlichen Akteure generiert werden, die nicht unmittelbar durch Förderprogramme adressiert werden. Ob diese Rechnung aufgeht, hängt von der Wirksamkeit der Förderinstrumente und den Geförderten selbst ab. Nur wenn tatsächlich Aufträge vergeben werden, können viele in der Kultur neu starten.

Mehr als ein Lichtblick im Lockdown Zwei Milliarden für Neustart Kultur

Monika Grütters — Politik & Kultur 3/2021

Wann kann es endlich wieder losgehen? Wann können Museen, Kinos, Theater, Konzerthäuser und Musikclubs endlich wieder ihre Pforten öffnen? Wann können Künstlerinnen und Künstler, Kultureinrichtungen und Kulturveranstalter ihre Kraft endlich wieder frei entfalten?

Ich wünschte, ich könnte diese ebenso dringlichen wie drängenden Fragen, die mich seit Monaten tagtäglich in Briefen, E-Mails und persönlichen Gesprächen erreichen, mit einem konkreten, nicht allzu fernen Datum beantworten. Denn natürlich bewegen mich die Nöte und die Verzweiflung all jener, denen der wochen-, ja mittlerweile monatelange Lockdown die Existenzgrundlage und die Zukunftsperspektiven raubt. Die vielen Einzelschicksale, um die es hier geht, aber auch die geistige und seelische Verarmung, die mit dem Verstummen der Kultur zu befürchten ist, können und dürfen nicht einfach als Kollateralschaden notwendiger Infektionsschutzmaßnahmen in Kauf genommen werden. Deshalb habe ich mich von Anfang an dafür eingesetzt, dass der Kulturund Kreativbereich in größtmöglicher Form von den Corona-Hilfen der Bundesregierung profitiert. Infrastruktur sichern, damit keine Arbeitsplätze wegfallen: Dieser Anspruch hatte dabei für mich oberste kulturpolitische Priorität.

Das Zukunfts- und Soforthilfeprogramm Neustart Kultur, nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 zunächst mit einer Milliarde Euro ausgestattet, löst diesen Anspruch ein. Obwohl Kultur in Deutschland bekanntlich in erster Linie in der Verantwortung und Zuständigkeit der Länder liegt, ist das Bundeskulturressort das einzige Ressort, das ein eigenes Hilfspaket bekommen hat – eine Anerkennung der gesamten Bundesregierung für die immense Belastung, die wir der Kultur- und Kreativbranche zumuten, aber auch eine Anerkennung ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung. Mithilfe inhaltlicher Anregungen und administrativer Unterstützung von Fonds, Verbänden und weiteren Kooperationspartnern ist es ab dem Sommer 2020 gelungen, ein Programm mit rund 60 einzelnen Förderlinien aufzusetzen. Es berücksichtigt die Bedürfnisse einzelner Künstlerinnen und Künstler ebenso wie die Belange kultureller Institutionen, die ihre Häuser auf pandemiegerechten Betrieb umstellen. Die ersten Anträge konnten schon im September 2020 gestellt werden, nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates. Ohne ihre Branchenkenntnis, ohne den intensiven und engen fachlichen Austausch hätten wir so viele Förderlinien in so kurzer Zeit wohl nicht an den Start bringen können. Bereits

zum Jahresende 2020, also nach vier Monaten, war mit rund 900 Millionen Euro beinahe das gesamte Budget konkret verplant, belegt und den Fonds und Verbänden zur Verfügung gestellt. Bereits bewilligt waren 500 Millionen Euro.

Diese Zahlen und auch die Rückmeldungen der mittelausreichenden Partner belegen: Binnen kürzester Zeit hat Neustart Kultur seine Wirkung bundesweit entfaltet und stößt in der Kunst- und Kulturbranche auf enorme Resonanz. Es freut mich sehr, dass wir auf diese Weise die kulturelle Infrastruktur und damit auch Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten für Künstlerinnen, Künstler und Kreative erhalten können. Bei der ersten Auflage des Neustart-Programms 2020 war der zweite Lockdown aber natürlich nicht eingepreist. Deshalb habe ich mich mit Nachdruck für eine massive Aufstockung der Mittel eingesetzt. Mit Erfolg: Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat Anfang Februar entschieden, eine weitere Milliarde für Neustart Kultur bereitzustellen. Damit werden sich die Corona-Hilfen im Rahmen dieses Programms auf insgesamt zwei Milliarden Euro belaufen, also auf eine Summe, die dem gesamten Jahresetat der BKM entspricht! Die zusätzliche Kulturmilliarde versetzt uns in die Lage, die zum Teil immensen Mehrbedarfe zu decken, die einzelne Programmlinien bereits zum Jahresende verzeichnet haben, und gleichzeitig dort neue Mittel auszuschreiben, wo wir Bedürfnisse bisher noch nicht ausreichend berücksichtigen konnten. So ist es mir beispielsweise ein dringendes Anliegen, etwa in Form von Stipendien noch mehr direkte Unterstützungsangebote für individuell betroffene Künstlerinnen und Künstler zu schaffen.

Ihren vielfältigen Lebens- und Arbeitsformen besser als zu Beginn der Pandemie Rechnung zu tragen und passgenaue Unterstützung insbesondere auch für Soloselb-

ständige und kurz befristet Beschäftigte zu ermöglichen, war neben der Sicherung der kulturellen Infrastruktur ein weiterer kulturpolitischer Arbeitsschwerpunkt im zweiten Lockdown. Schon im Frühjahr und Sommer 2020 habe ich – so wie Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker der Länder – solche Hilfen gefordert, unter anderem im Corona-Kabinett. Mit den November- und Dezemberhilfen, besonders aber mit der Neustarthilfe im Rahmen der Überbrückungshilfe III gibt es für sie nun endlich auch eigenständige passgenaue Hilfen. Sie haben die Möglichkeit, eine Pauschale von bis zu 7.500 Euro zu beantragen - unabhängig von betrieblichen Fixkosten. Dabei werden auf meine Initiative nun auch kurz befristet Beschäftigte im Bereich der darstellenden Künste ausdrücklich einbezogen – ein wichtiges Signal gerade auch für Schauspielerinnen und Schauspieler.

Ich hoffe sehr, dass die Hilfen des Bundes der Kultur nicht nur in den nächsten Monaten das Überleben sichern, sondern dass sie auch die langfristigen Folgen der Pandemie lindern. In jedem Fall schaffen sie Bewegungsspielraum für die Kommunen, die mit 46 % den Löwenanteil der Kulturförderung in Deutschland leisten. Der Bund hat sie im Rahmen der Neustart-Hilfen in zweistelliger Milliardenhöhe entlastet, damit sie bei etwaigen Sparmaßnahmen nach dem Kassensturz am Jahresende nicht ausgerechnet bei der Kultur den Rotstift ansetzen. Auch auf europäischer Ebene habe ich mich für Verbesserungen eingesetzt: Hier ist es im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelungen, das für Kultur und Medien zentrale Förderprogramm »Kreatives Europa« ab 2021 mit rund 800 Millionen Euro zusätzlich - und das bedeutet: mit einem Etat von mehr als 2.2 Milliarden Euro – auszustatten. Darüber hinaus haben wir unter deutschem Ratsvorsitz den Rahmen für weitere Unterstützungsmaßnahmen geschaffen. Die Kultur

kann nun z.B. stärker als zuvor an anderen EU-Förderprogrammen partizipieren. Die Europäische Kommission setzt derzeit den Vorschlag zur Errichtung eines Internetportals um, das über diese Fördermöglichkeiten informiert und die Antragstellung erleichtert.

In den nächsten Wochen wird es nun vor allem darauf ankommen, konkrete Öffnungsperspektiven für Kultureinrichtungen und Kulturveranstalter zu erarbeiten. Ich appelliere an die zuständigen Länderministerinnen und -minister, dabei differenziert vorzugehen. statt großflächig an pauschalen Schließungen festzuhalten. Kultureinrichtungen waren die Ersten, die schließen mussten, sie dürfen nicht die Letzten sein, die wieder öffnen dürfen. Insbesondere für Museen gilt: Ihre Lüftungsanlagen sind in der Regel auf höchstem Niveau; außerdem haben sie hervorragende Hygienestandards erarbeitet und umgesetzt. Auch in Konzerthäusern mit guten Lüftungsanlagen ist das Ansteckungsrisiko - das haben mehrere wissenschaftliche Studien gezeigt - bei Besetzung des Saals im Schachbrettmuster und Maskenpflicht für das Publikum sehr gering. Kulturorte, die sich von Anfang an solidarisch gezeigt und wirksame Hygienekonzepte entwickelt haben, verdienen Öffnungsperspektiven, und zwar möglichst bald - zumal die Sehnsucht der Menschen nach geistigen Naherholungsgebieten wie Museen und Bibliotheken, nach kulturellen Gemeinschaftserlebnissen im Kino und bei Konzerten ebenso groß ist wie die Sehnsucht der Künstlerinnen und Künstler nach Bühne und Publikum und der Wunsch aller in der Kulturbranche Beschäftigten, mit Planungssicherheit endlich wieder an die Arbeit zu gehen.

Viele Kultureinrichtungen sind seit mittlerweile elf Monaten geschlossen. In einer europaweiten Studie hat Ernst & Young festgestellt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 31 % die mit am schwersten

getroffene Branche ist - nach der Luftfahrt, aber sogar noch vor Tourismus und Autoindustrie. Die Darstellenden Künste leiden unter einem Minus von 90 %. Deshalb müssen wir alle der Kultur wieder auf die Beine helfen. Die Mittel aus dem Soforthilfe- und Konjunkturprogramm Neustart Kultur helfen ihnen dabei, die Wiedereröffnung unter Infektionsschutzauflagen bestmöglich vorzubereiten, »In keinem Land weltweit wird die Kultur in Corona-Zeiten so üppig unterstützt«, kommentierte dies schon im August 2020 die Kulturjournalistin Maria Ossowski im rbb. »Wenn ich mit Kollegen aus Großbritannien und den USA spreche, höre ich immer wieder, wie sehr sie uns in Deutschland um die staatliche Hilfe beneiden«, sagte der Kölner Kunsthistoriker und Museumsdirektor Yilmaz Dziewior am 7. Januar 2021 in einem Interview im Kölner Stadtanzeiger, Selbst in der Washington Post wurde das Engagement der BKM für die Kultur von einem Theaterkritiker, Peter Marks, vor Kurzem ausdrücklich gewürdigt. Auf dieses Engagement können alle, die mit Kunst und Kultur ihren Lebensunterhalt verdienen, auch weiterhin zählen. Im intensiven und engen fachlichen Austausch mit dem Kulturrat und seinen Mitgliedsverbänden werden wir – und damit meine ich insbesondere auch die BKM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, die dafür seit Monaten im Dauereinsatz sind - weiterhin alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um Deutschlands kulturelle Vielfalt am Leben zu erhalten.

Lang hat's gedauert und nun geht es endlich los Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen soll Anfang Juli starten

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz — Politik & Kultur 6/2021

Ab dem 1. Juli dieses Jahres soll der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen starten. Endlich, werden viele sagen, denn seit Herbst letzten Jahres war er im Gespräch. Anfang dieses Jahres hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz in einem Interview in dieser Zeitung einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen angekündigt. Danach folgte langes Schweigen. Nur bröckchenweise drangen Informationen durch. Seit dem 26. Mai 2021 ist klar: Der Fonds kommt. Er ist mit 2,5 Milliarden Euro ausgestattet.

15 Monate Auszeit

Mit Erscheinen dieser Zeitung besteht in einigen Kulturbereichen seit 15 Monaten Auszeit. Keine größeren Veranstaltungen, kaum Live-Festivals, keine größeren Tourneen, kaum Konzerte und Aufführungen. Zwar gab es nach dem ersten Lockdown einige Lockerungsübungen und Veranstaltungen im Sommer 2020, doch seit November 2020: tosende Leere. Erst seit 20. Mai gibt es zaghafte Öffnungsansätze. Von einem flächendeckenden Kulturangebot wie vor der Pandemie kann nicht die Rede sein. Kulturstaatsministerin Monika Grütters spricht davon, dass in »normalen« Zeiten 150.000 Kulturveranstaltungen im Jahr stattfinden. Wer sich diese Zahl vor Augen führt, kann ermessen, welcher Verlust infolge der Corona-Pandemie entstanden

ist. Ein Verlust an Freude und Genuss beim Publikum, ein Verlust an Ausdrucksmöglichkeiten bei Künstlerinnen und Künstlern der unterschiedlichen Genres, ein immenser ökonomischer Verlust für die Kulturwirtschaft, Kultureinrichtungen, Kulturvereine sowie viele angrenzende Branchen.

Weiterer Baustein

Mit dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen sollen Kulturveranstalter ermutigt werden, Veranstaltungen zu planen und vertragliche Verpflichtungen einzugehen, auch wenn die Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie voraussichtlich nicht kostendeckend bzw. mit Gewinn durchgeführt werden können. Das gilt für öffentliche und öffentlich-geförderte Veranstaltungen, bei denen die öffentliche Förderung nur einen Teil der Kosten deckt und die Deckungslücke durch Eintrittsgelder erwirtschaftet werden muss. Das trifft auf privatwirtschaftliche Veranstalter zu, die die gesamten Kosten aus Eintrittsgeldern finanzieren müssen und als Unternehmen einen Gewinn erwirtschaften müssen. Ebenfalls einbezogen sind Vereine, die ihre Veranstaltungen kostendeckend durchführen müssen.

Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen knüpft damit an die Überbrückungshilfen an, die privatwirtschaftli-

chen Unternehmen in der Corona-Pandemie die Fortexistenz sichern sollten. Sie sollten insbesondere den Unternehmen ein Überwintern in der Corona-Pandemie ermöglichen. Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen setzt weiter bei Neustart Kultur an. Hier wurde speziell mit den pandemiebedingten Investitionen die Ertüchtigung von Veranstaltungsorten unterstützt und mit der Programmförderung die Erarbeitung von Programmen gefördert. Ferner unterstützt er jene Kulturveranstalter, die dank einer Länderförderung sich auf die Wiedereröffnung vorbereiten konnten.

Es ist insofern folgerichtig, dass der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen zu einem Zeitpunkt aufgelegt wird, an dem absehbar ist, dass wieder Veranstaltungen stattfinden können. Er richtet sich an Kulturveranstalter aller Rechtsformen sowie an öffentliche Kultureinrichtungen.

Unterstützt werden Veranstalter folgender Kulturveranstaltungen: Theater, Musical, Tanz, Puppen-, Figuren- und Objekttheater, Varité, künstlerischer Zirkus ohne Tierdarbietungen, Kleinkunst, Konzerte einschließlich Livemusik mit kuratiertem Musikprogramm, Vorführungen in den Bereichen Film und Medien, Ausstellungen (Bildende Kunst, natur- und kulturhistorische Ausstellungen, Ausstellungen der Erinnerungskultur), Lesungen, Festivals aller Kunstsparten und spartenübergreifende Kulturveranstaltungen.

Die Voraussetzungen sind:

- erstens, dass für die Veranstaltung Eintrittsgeld erhoben wird,
- zweitens, dass coronabedingt weniger Tickets verkauft werden können als der Raum an Kapazität bietet.

Der Sonderfonds besteht aus zwei Bausteinen:

- 1. Eine Wirtschaftlichkeitshilfe soll kleinere Veranstaltungen fördern, die ab dem 1. Juli 2021 durchgeführt werden und an denen unter Beachtung coronabedingter Hygienebestimmungen bis zu 500 Besucher teilnehmen. Ab dem 1. August 2021 werden Veranstaltungen mit bis zu 2.000. Besuchern gefördert. Durch eine Bezuschussung der Einnahmen aus Ticketverkäufen werden so die wirtschaftlichen Risiken reduziert und die Planbarkeit und Durchführbarkeit von Veranstaltungen verbessert.
- Daneben stellt der Sonderfonds, höchstwahrscheinlich ab dem
 September 2021, eine Ausfallabsicherung bereit, die Kulturveranstaltungen ab 2.000 Besucherinnen und Besuchern dadurch Planungssicherheit verschafft, dass im Falle coronabedingter Absagen, Teilabsagen oder Verschiebungen von Veranstaltungen ein Teil der Ausfallkosten durch den Fonds übernommen wird.

Einige Hindernisse bestehen noch

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe bestanden allerdings noch einige nicht unbeträchtliche Hindernisse bei der Umsetzung des Sonderfonds für Kulturveranstaltungen, die hoffentlich bis zum Start der Wirtschaftlichkeitshilfe Anfang Juli und der Ausfallabsicherung Anfang September aus dem Weg geräumt werden können.

Besonders wichtig ist, dass die Antragssteller einen rechtssicheren Bescheid über die Wirtschaftlichkeitshilfe oder die Ausfallabsicherung unmittelbar nach der Antragsstellung erhalten. Nur so kann verantwortlich das unternehmerische Risiko zur Durchführung einer Kulturveranstaltung unter strengen Hy-

gienebedingungen eingegangen werden. Das ist bislang nicht vorgesehen. Vertrauen in den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen kann nur entstehen, wenn auch klar ist, dass die Antragsteller auch die Mittel erhalten. Eine reine Registrierung ohne weitere Zusicherung, dass auch Hilfen gewährt werden, wird dies Vertrauen nicht schaffen. Zumal den Veranstaltern auferlegt wird, mögliche Vertragspartner über die Registrierung beim Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen zu informieren.

Ein weiteres Hindernis ist der Zeitraum. Bislang ist der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen nur bis zum 31. Dezember 2021 geplant. Dies ist ein viel zu kurzer Zeitraum. Zumal jetzt noch nicht abzusehen ist, ob ab dem kommenden Jahr wieder Veranstaltungen in gewohnter Größenordnung stattfinden können.

Umständlich erscheint derzeit, dass Tourneeveranstalter in jedem Bundesland, in dem eine Veranstaltung stattfindet, einen Antrag auf Wirtschaftlichkeitshilfe stellen müssen. Das könnte bedeuten, dass beispielsweise für eine Tournee einer Band durch 16 Bundesländer, 16 Anträge auf Wirtschaftlichkeitshilfe gestellt werden müssen. Hier scheint noch Nachbesserungsbedarf vor allem mit Blick auf bürokratische Hürden zu bestehen.

Ein besonderer Pferdefuß ist aus unserer Sicht, dass die Wirtschaftlichkeitshilfe nur für Veranstaltungen mit bis zu 2.000 Teilnehmern beantragt werden kann und hier nur 1.000 Tickets bezuschusst werden. Das ist insbesondere für größere privatwirtschaftliche Veranstalter ein erheblicher Nachteil bei der Planung von Veranstaltungen. Sie kommen in der Regel ohne öffentliche Förderung aus. Das heißt die Ticketeinnahmen müssen alle Kosten decken und eine Gewinnmarge enthalten. Wenn, coronabedingt, weniger Tickets verkauft werden können, ist es nicht möglich, kostendeckend zu arbei-

ten und schon gar nicht einen Gewinn zu erwirtschaften, um die in 14 Monaten entstandenen Verluste auszugleichen. Hier besteht eine beträchtliche Benachteiligung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das ist vor allem vor dem Hintergrund, dass Unternehmen im Gegensatz zu öffentlichen Unternehmen, deren Tickets vielfach umsatzsteuerbefreit sind, umsatzsteuerbelegte Tickets verkaufen und sie zusätzlich gewerbesteuerpflichtig sind. Volkswirtschaftlich sollte daher ein Interesse bestehen, größeren Unternehmen, die ihrerseits zum Steueraufkommen einen Beitrag leisten, wieder auf die Beine zu helfen.

Diese und weitere Themen wird der Deutsche Kulturrat in den Lenkungsausschuss zum Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen einbringen und für angepasste Lösungen eintreten.

Lang hat's gedauert und nun geht es endlich los: Der 2,5 Milliarden Euro schwere Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen kommt! 8

Grenzüberschreitend – Corona und Europa

Mit Beiträgen von:

Jürgen König, Peter Lange, Johann Michael Möller, Michelle Müntefering, Franck Riester, Sabine Verheyen und Olaf Zimmermann

Die Schlagbäume schließen wieder Von der tiefen Entfremdung in Europa

Johann Michael Möller — Politik & Kultur 5/2020

Es ist diese alte, drängende Frage: Müssen wir uns Sorgen machen um unser Europa? Ich hoffe es nicht. Auch nicht in Zeiten einer grassierenden Seuche, die zum großen Wendepunkt in der Geschichte der EU werden könnte. Obwohl die Nachrichten beunruhigend sind, die uns von überall erreichen. Dass uns Deutschen von den großen Mailänder Zeitungen vorgeworfen wird, die Zerstörung Italiens zu betreiben. Dass es an der Grenze zu Frankreich zu hässlichen Szenen kommt. Ausgerechnet dort, wo die Einheit Europas einst symbolisch begann. Ausgerechnet dort stehen sich Deutsche und Franzosen jetzt wieder feindselig gegenüber. Der andere birgt, so die uralten Ängste, womöglich doch eine Infektionsgefahr.

Ich bin mit dem Verschwinden dieser Grenze aufgewachsen. Man nahm sie irgendwann nicht mehr wahr. Dass sich die Schlagbäume in Europa jetzt wieder schließen, ist nur das äußere Zeichen einer tieferen Entfremdung. Wir haben das nur nie wahrhaben wollen. Wir haben uns eingerichtet in unserem Europa, haben davon profitiert und stehen jetzt ziemlich alleine da. Zu welchem Nachbarland gibt es überhaupt noch freundschaftliche Beziehungen? Wo gibt es politische Nähe jenseits des Alltagsgeschäfts? Mit Luxemburg vielleicht noch, und dann hat man Mühe weiterzuzählen.

Auch zu Frankreich fällt uns nicht mehr viel ein als die üblichen Plattitüden. Wir verstehen Emmanuel Macron nicht. Wir haben ihn offenbar nie verstanden. Obgleich mir der Jubel noch in den Ohren klingt bei seinem Wahlsieg über Marine Le Pen. »Macron marschiert« schrieben die Zeitungen damals und die Kommentatorin im deutschen Fernsehen rief: »Vive la France!« Dann trat Funkstille ein. Und Frankreich kämpft heute ziemlich allein seinen Kampf gegen Corona.

Oder das hässliche Bild von den Briten, das uns fast täglich gezeigt wird. Diese so stolze Nation soll wohl unter dem Teppich hindurchkriechen müssen. Ich mag mich täuschen, aber man konnte die leise Genugtuung spüren, als es Boris Johnson so richtig erwischte.

Über den Osten sollten wir gar nicht mehr reden. Was die Polen und Ungarn da treiben, ist uns doch nur noch suspekt. Die Osteuropäer nutzen die Krise, so die vorherrschende Meinung, um ihre autoritären Regime zu stärken. Von Dankbarkeit keine Spur. Dabei verdankten sie ihren Wohlstand doch der EU. Dass uns das östliche Mitteleuropa gerade droht, wieder verloren zu gehen, scheint niemand wirklich zu stören. Die gehörten, so hört man, doch nie wirklich zu uns. Am meisten bekümmert mich unser Verhältnis zu Italien. Es ist inzwischen noch schlechter ge-

worden als zu Zeiten Salvinis. Ich lebe dort in Italien schon zu lange einen Teil des Jahres. um die herablassende Sicht auf die italienischen Verhältnisse teilen zu können. Italien sei ein Fass ohne Boden. Davon ist der größere Teil von uns Deutschen fest überzeugt. Hätten sie ordentlich gewirtschaftet, liest man in fast jeder Zeitung, dann müssten sie heute nicht bei uns betteln. Wie sagte doch der frühere niederländische Finanzminister Ieroen Dijsselbloem? Man könne nicht sein »ganzes Geld für Frauen und Schnaps ausgeben« und anschließend um Hilfe bitten. Der Wirtschaftsjournalist Gabor Steingart spricht inzwischen vom »italienischen Patienten«. Darin drückt sich weder Sorge noch Mitgefühl aus. Sie können es nicht, heißt das im Klartext, Und der fahrlässige Umgang mit Corona beweist das nur wieder.

Ia, das italienische Gesundheitssystem liegt am Boden; man hat es kaputtgespart in den letzten Jahrzehnten. Die Zustände in den Spitälern sind erschreckend, selbst in ienem Teil Italiens, der uns so stylisch, so hip und so zeitnah erscheint. Die Vorgänge um die Mailänder Pio Albergo Trivulzio sind bezeichnend. Als die Zahl der Klinikbetten nicht mehr ausreichte, verlegte man die weniger schweren Fälle kurzerhand in ein Altenheim. Nach wenigen Wochen zählte man dort 191 Tote, die Särge stapelten sich in der Kapelle. Die Bilder verzweifelter Ärzte und erschöpfter Pfleger und Schwestern sind zu Ikonen der italienischen Misere geworden. Dahinter droht ein Staat sich allmählich aufzulösen.

Italien atme flach, heißt das bei Steingart im Pulmologenjargon und seine Diagnose ist hart: Die Staatseinnahmen Italiens schrumpfen, die Ausgaben explodieren. Das Land ist inzwischen der viertgrößte Schuldner der Welt. Würde man die Triage auf ganze Nationen anwenden wollen, Italien müsste wohl um ein Beatmungsgerät bangen. Kein Wun-

der, dass sich jetzt viele an die Corona-Bonds klammern, einer Schuldengemeinschaft in Zeiten der Not. Steingart spricht vom »Lieblingsgericht der italienischen Eliten«: »Frisch gedrucktes Geld mit einer Stange Dynamit«. Aber selbst die Fachleute vom Mannheimer Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung bezweifeln, ob das Wundermittel der Bonds den Italienern noch rechtzeitig hilft. Die Europäische Union spannt stattdessen ihre umstrittenen Rettungsschirme auf. Die Summen sind astronomisch. Was will sie auch anderes tun? Außer Geld und Krediten fällt uns zu Europa gerade nicht mehr viel ein.

Es gibt inzwischen einen ersten privaten Spendenaufruf für das leidende Nachbarland Italien. Das ist nobel und aller Ehren wert. Die Spenden sollen dem städtischen Krankenhaus von Bergamo zugutekommen, einem der Hotspots der Seuche, »Ein Herz für Italien« heißt die Kampagne. Das würde dringend gebraucht. Die Deutschen lieben Italien, hat der legendäre italienische Botschafter Graf Ferraris einmal gesagt: »Aber sie lieben Italien am liebsten ohne uns Italiener.« Mir ist dieser Satz wieder eingefallen, als ich von »Bella Italia« las, von seiner Küche, seiner Musik, dem Zauber der Städte und was dieses Land uns Deutschen so alles geschenkt hat. Das ist ehrlich gemeint. Aber es ist der Blick von Norden nach Süden.

Jeden Morgen und jeden Abend schickt mir meine italienische Nachbarin einen Gruß in die entgegengesetzte Richtung. Sie macht das über WhatsApp. Es gab in den letzten Monaten keinen Tag, an dem sie das nicht getan hätte. Kurze Botschaften, kleine Videos, manchmal eine Animation; was so im Alltag passiert. Oft ist von Trennung die Rede und dass Gedanken sie überwinden können. Die Netzkultur in Italien scheint unerschöpflich zu sein. So wissen wir eigentlich immer, wie es ihr geht in diesen schwierigen Tagen und all den anderen Nachbarn und Freunden

in unserem Dorf. Es gibt eine eigene Würde mit dieser absurden Situation fertigzuwerden und im Gegenlicht ist uns Italien plötzlich sehr nah. Man kann ein Land und seine Menschen eben nur durch sie selbst verstehen. Das haben die Gründer der europäischen Union immer gewusst. Vielleicht lernen wir das in dieser Krise auch wieder. Dann wäre mir um Europa nicht bang.

In der Not erkennt man die Freunde Europäischen Kulturschutzschild einrichten

Olaf Zimmermann — Politik & Kultur 7-8/2020

Die Corona-Pandemie hält die Welt weiterhin in Atem. Nicht nur in Deutschland, nein, weltweit wütet die Pandemie. Sie hat bereits sehr viele Menschenleben gekostet. Die Spätfolgen sind kaum abzuschätzen und ein Ende der Pandemie ist noch nicht in Sicht. Immer wieder betonen Politikerinnen und Politiker, dass wir uns noch mitten in der Pandemie befinden. Doch was heißt das?

Nach dem ersten Schock Mitte März, der abrupten Schließung von Kultureinrichtungen, der Absage von Messen, Ausstellungen, Festivals und zahlreichen Veranstaltungen befinden wir uns seit Ende Mai in einer zweiten Phase. Der Phase der langsamen Öffnungen, des Herantastens an eine neue Wirklichkeit und Ausprobierens beginnt. Das stellt alle im Kultur- und Medienbereich Tätige vor neue Herausforderungen.

Und diese Herausforderungen betreffen nicht nur die organisatorischen Aspekte wie Hygienevorschriften und Abstandsregeln, sie sind auch künstlerischer Natur. Welche Geschichten können in Fernsehfilmen, -serien oder Spielfilmen erzählt werden, wenn sich die handelnden Personen nicht wirklich nahekommen können? Keine stürmischen Liebesszenen mehr im Film – oder erst nach zweiwöchiger Quarantäne der Protagonisten für allenfalls vier bis fünf Minuten? Wie soll das bewerkstelligt werden? Und wer soll

das bezahlen? Aber auch schon die normale Interaktion, sich in den Arm zu nehmen, ist schwer zu realisieren. Was für Film und Fernsehen gilt, trifft auf Theater und Tanz allemal zu. Tanztheater mit jeweils anderthalb Metern zwischen Tänzerinnen und Tänzern mag als Experiment vielleicht interessant sein, aber auf Dauer? Und was ist mit den Musikerinnen und Musikern sowie speziell hier mit den Bläserinnen und Bläsern? Verschiedene Untersuchungen zur Wirkung und Ausbreitung von Aerosolen bei Musikerinnen und Musikern werden derzeit durchgeführt.

Barrie Kosky, der Intendant der Komischen Oper Berlin, schreibt in der Ankündigung seines neuen Spielplans für die Monate September bis Dezember mit Blick auf ein mögliches »Business as usual«: »Denn eigentlich gibt es kein usual in einem Theater. Auf Unvorhergesehenes, auf Überraschungen zu reagieren und für plötzlich auftretende Ereignisse und Herausforderungen kreative Lösungen zu finden - das ist in einem Opernhaus letztlich the usual business.« Und weiter: »Denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es uns allen in dieser Zeit besonders guttun wird, gemeinsam Musiktheater zu erleben, sich gemeinsam von Emotionen überwältigen zu lassen, gemeinsam zu weinen und zu lachen.« Einige mögen sagen, ja, Barrie Kosky hat gut lachen und kann mit der öffentlich finanzierten Komischen Oper solche Wege gehen, was ist mit den vielen privatwirtschaftlichen Theatern und Kinos, mit Clubs und Festivals, mit privaten Musikschulen und den vielen anderen mehr? Unbestritten, die Zeiten sind schwer und viele stehen mit dem Rücken zur Wand. Doch es gibt Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern. Vieles ist noch nicht optimal, manches wird gerade erst entwickelt und mit Sicherheit wird es einen Nachsteuerungsbedarf geben. Die Corona-Pandemie ist eine neue, in Deutschland, in Europa, in der Welt bislang nicht gekannte Herausforderung.

Aber sind nicht gerade jetzt die Künste, die Künstlerinnen und Künstler gefordert? Spüren wir nicht alle diesen bleiernen Schleier der Corona-Pandemie, der sich auf uns legt, der uns müde werden lässt, der alles so grau erscheinen lässt. Die Karten für die Aufführung des »Rheingolds« der Deutschen Oper Berlin auf dem Parkdeck, einer wirklichen Bausünde des letzten Jahrhunderts, die abstoßend und feindlich wirkt, waren trotzdem im Nu ausverkauft. Das Deutsche Theater Berlin verlegt diezuvor in der Box gespielte Aufführung von »Die Pest« auf den Theatervorplatz und findet Zuspruch des Publikums.

Viele andere Beispiele aus anderen Städten ließen sich aufzählen. Ich bin fest davon überzeugt, jetzt sind die Künste gefordert. Die vielen digitalen Angebote, die in den ersten Monaten entstanden sind und die wichtig waren, um überhaupt Kunst zu zeigen und zu erfahren, sie haben doch gezeigt, dass damit ein authentisches, gemeinsames Erleben nicht ersetzt werden kann. Speziell Theater, aber auch Kino, Musik, Lesungen und anderes mehr, sie ermöglichen das gemeinsame Lachen, Weinen, Leiden, Freuen.

Ich denke, dass die Stunde der Künste nun schlägt. Sie muss genutzt werden, besonders jetzt bei gutem Wetter, wenn die Freiluftsaison beginnt. Es ist gut und richtig, dass der vom Deutschen Kulturrat geforderte »Neustart Kultur« nun mit einer Milliarde Euro an den Start geht und ich hoffe sehr, dass die aus diesem Topf geförderten Experimentierräume nicht nur für digitale Angebote, sondern ebenso für analoge, für das authentische Erleben gelten.

Dabei sollten wir nicht vergessen, einen Blick in unsere Nachbarländer zu werfen. Am 1. Juli übernimmt die Bundesrepublik für sechs Monate die europäische Ratspräsidentschaft. Viele Themen werden anstehen, das EU-Budget für die nächste Zeit, der europäische Umgang mit der Corona-Pandemie, ein europäisches Zusammenwirken in der Migrationspolitik, aber auch Kultur sollte eine wichtige Rolle spielen. Deutschland sollte sich an die Spitze der Länder setzen, die für eine Erhöhung des Kulturbudgets eintreten, und es sollte Kunst und Kultur eine wichtige, eine deutlich vernehmbare Stimme geben.

In der Not erkennt man die Freunde. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir als wirtschaftlich starkes Land in der Mitte von Europa gemeinsam mit unseren europäischen Partnern Verantwortung für die Kultur in und außerhalb von Europa übernehmen müssen. Der französische Kulturminister, Franck Riester, ruft im Leitartikel in dieser Ausgabe von Politik & Kultur dazu auf, für »den Schutz der Kreativen und des Pluralismus« gemeinsam einzutreten und über die Einrichtung eines europäischen Kulturschutzschildes nachzudenken. Deutschland kann in seiner EU-Ratspräsidentschaft, gemeinsam mit Frankreich, diesen Kulturschutzschild auf den Weg bringen. Angela Merkel, bitte übernehmen Sie!

Warum nicht zwei Schritte nach vorn? Ein Plädoyer für eine europäische Öffentlichkeit

Michelle Müntefering — Politik & Kultur 7-8/2020

Einer gemeinsamen Weltkrise kann sich kein Land durch Absperrung entziehen. Gerade in Europa sind Wirtschaft, Politik und Kultur so eng miteinander verbunden, dass durch Isolation und Absonderung alle nur verlieren können. Europa steht vor der Wahl: entweder mehr Integration oder Rückfall in nationale Egoismen.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Wahrscheinlich schon, denn von der Weggabelung, vor der Europa heute steht, lesen und hören wir gerade viel. Es handelt sich bei den mahnenden Worten allerdings nicht um einen aktuellen Feuilletonbeitrag, sondern um die Zusammenfassung eines Vortrags von Stefan Zweig. Gehalten im Jahr 1932 in Florenz. Zugegeben: So düster wie damals sieht es heute nicht aus. Von einem heraufziehenden Krieg in Europa wie in den 1930er Jahren sind wir glücklicherweise weit entfernt.

Dennoch hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt, wie verletzlich Europa ist und dass die europäische Einigung genauso wenig selbstverständlich ist wie die Demokratie. Jacques Delors hatte recht: Europa ist wie ein Fahrrad – bleibt es nicht in Bewegung, droht es umzufallen. Das europäische Fahrrad fährt noch, aber es hat in den letzten Jahren an Geschwindigkeit verloren und ist ins Schlingern geraten. Wirtschaftskrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit und

jetzt Corona. Daneben der Aufstieg populistischer und nationalistischer Kräfte überall auf dem Kontinent. So offen wie heute war die Geschichte Europas schon lange nicht mehr. Eben darum wirken die Worte Stefan Zweigs so vertraut auf uns.

Dabei wäre gerade jetzt die Geschlossenheit Europas wichtig. Die bisherigen globalen Mächtegleichgewichte verschieben sich. Die multilaterale Weltordnung ist unter Druck. Der Konflikt zwischen den USA und China wird schärfer. Der Klimawandel verlangt eine globale Anstrengung, wie wir sie bisher nicht kannten. In dieser Welt braucht es eine starke europäische Stimme für Multilateralismus, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit. Eine Stärkung Europas ist notwendig, wenn wir unsere Werte und Interessen im 21. Jahrhundert wahren möchten.

Wie also Europa stärken? Der aktuell diskutierte Recovery Fund kann und muss dazu beitragen, Europa mit Investitionen auch in nachhaltige Technologien und dem Ausbau der Digitalisierung fit für die Zukunft zu machen. Aber die Stärkung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist nur die eine Seite. Die europäischen Zivilgesellschaften brauchen ein gemeinsames Verständnis für Europa und das Bewusstsein geteilter Verantwortung für seine Zukunft. Hierfür bedarf es einer echten europäischen Öffentlichkeit

und eines europäischen Kulturraums. Corona bietet die Chance, diesen Weg nun entschlossen zu gehen.

Mein Plädover: Nutzen wir diese Chance. Ergänzen wir den Recovery Fund und den Green Deal durch einen Cultural Deal, um einen Raum europäischer Öffentlichkeit und Kultur zu schaffen. Reparieren wir nicht nur den Schaden, sondern schaffen wir etwas Neues. Wenn uns das gelingt, könnte Corona der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Integration werden. Klar. Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Es entstand auch gar nicht als politische Gemeinschaft. Die Wiege Roms lag auf sieben Hügeln verteilt und in der Mitte war eine Freifläche. Erst als sich die Bewohner der Hügel entschieden, diese Fläche zu einem Ort der gemeinsamen Öffentlichkeit zu machen, wurde Rom zur politischen Gemeinschaft. Den gemeinsamen Ort nannten die Römer Forum und machten es zum Mittelpunkt der römischen Republik.

Auch das gemeinsame Europa lässt sich nicht an einem Tag erbauen. Wir haben uns von unseren nationalen Hügeln schon ein ganzes Stück ins Tal hinabgewagt. Wir haben einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Regeln und ohne Grenzzäune geschaffen. Wir haben gemeinsame Institutionen, eine gemeinsame europäische Rechtsprechung und sogar eine gemeinsame Währung. Doch das schafft eben noch keine Gemeinschaft. Was fehlt, ist der gemeinsame öffentliche Raum, die europäische Öffentlichkeit: das europäische Forum.

Wie können wir nun aber ein solches europäisches Forum schaffen? Ich meine: Der entscheidende Hebel ist mehr gesellschaftlicher Austausch und kulturelle Kooperation in Europa. Und das ganz zeitgemäß: analog und digital. Als ein wesentliches Hindernis für die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit galt lange die Sprachenvielfalt

in Europa. Auch heute sind Sprachbarrieren noch Kommunikationsbarrieren. Die Hürden werden aber kleiner: Junge Europäerinnen und Europäer sprechen heute so viele Fremdsprachen wie keine Generation vor ihnen. Gerade Englischkenntnisse sind für junge Menschen heute in ganz Europa selbstverständlich. Moderne Übersetzungsprogramme bringen uns der Vision des Babelfisches aus Douglas Adams' »Per Anhalter durch die Galaxis« einen ganzen Schritt näher. Sprache ist keine unüberwindbare Hürde mehr. Die Voraussetzungen sind gegeben, dass wir durch einen Ausbau unserer kulturellen Kooperation in Europa einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum ermöglichen.

Daher gilt es, Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Kulturschaffende vor den Folgen der Krise zu schützen. Denn sie sind von der Krise besonders stark betroffen. Theater, Galerien, Kinos und Clubs mussten bereits ganz zu Beginn der Krise schließen und können auch jetzt erst sehr langsam wieder öffnen. Für viele Künstlerinnen und Künstler ist das existenzbedrohend. Es ist daher richtig und wichtig, dass die Mitgliedstaaten, aber auch die EU-Kommission Maßnahmen und Programme aufgesetzt haben, um Kreativen und Kulturinstitutionen zu helfen.

Bei kurzfristigen Hilfen können wir es aber nicht bewenden lassen. Wir sollten nicht nur Hilfspakete schnüren, um die Folgen der Krise abzumildern, sondern Mittel bereitstellen, um etwas Neues zu schaffen, das den europäischen Gedanken, die Vision und die Erzählung eines solidarischen Europas stärkt. Wir brauchen gerade jetzt eine europäische Kulturpolitik, die in die Gesellschaften hineinwirkt; die eine Kultur fördert, die offen und einladend ist, die nicht national repräsentiert, sondern allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Und gesellschaftliche Teilhabe heißt hier: europäische Teilhabe.

Dazu ist es wichtig, den Austausch und die Netzwerkbildung von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativen in Europa stärker zu unterstützen. Durch gemeinsames Arbeiten entstehen gemeinsame Ideen und Projekte. Fördervoraussetzung ist dabei stets die Beteiligung aus mehreren europäischen Ländern und die Breitenwirkung in die Gesellschaft hinein. Warum sollte es neben Mobilitätsstipendien für Studierende und Auszubildende nicht auch niedrigschwellige Austauschprogramme für Schauspieler, Regisseure und Bühnentechniker geben und auch im Programm »Creative Europe« Mobilitätsmaßnahmen verstärkt werden?

Zudem ist es nötig, die kulturelle Infrastruktur Europas auszubauen, um Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft wie andere Wirtschaftsbranchen auch strukturell zu unterstützen. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Kunst- und Kulturproduktion.

Warum nicht versuchen, eine gesamteuropäische Medien- und Kommunikationsplattform aufzubauen? Ein Europa-Netflix-Sky-Arte! Gerade auch der digitale Austausch in Europa braucht einen Schub, Corona hat viele kreative Ideen für digitale Kulturangebote freigesetzt, die auch in Zukunft das kulturelle Leben bereichern werden. Wir sollten ietzt dafür sorgen, dass sie über die Krise hinaus zu einer europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Dies umfasst den Ausbau digitaler Bürgerdialoge und Begegnungen, aber auch die Herausbildung einer europäischen Netzkultur, in der Bürgerinnen und Bürger, Netzakteure und Kunstszene miteinander im Austausch stehen. Dazu gehört auch, die digitale Resilienz Europas zu stärken, also die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften gegenüber Desinformation.

Schließlich sollten wir den strategischen Ansatz der EU für die internationalen Kulturbeziehungen ausbauen. Unser Ziel muss es sein, auch außereuropäisch Partner zu unterstützen und das gesellschaftspolitische Bild eines gemeinsamen und solidarischen und weltoffenen Europas in der Welt zu vermitteln. Mit der im Aachener Vertrag beschlossenen Gründung integrierter deutsch-französischer Kulturinstitute gibt es bereits einen Nukleus für eine vertiefte kulturelle Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb Europas, die wir weiter ausbauen sollten. Warum nicht mit dem ersten gemeinsamen digitalen europäischen Kulturinstitut vorangehen?

Im Zentrum des Kulturprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht das Kunstwerk »Earth Speakr« des dänisch-isländischen Künstlers Ólafur Elíasson, das die Stimmen junger Menschen wie ein Verstärker in ganz Europa hörbar machen will. Wenn wir aufmerksam sind, erkennen wir darin einen Blick in die Zukunft Europas und etwas davon, was Kunst beitragen kann, um einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum zu schaffen.

Wir können uns jetzt von unseren 27 nationalen Hügeln hinabwagen und nach der Phase der schmerzhaften Grenzschließungen umso entschlossener nach vorn gehen. Dann kann es uns gelingen, dass Stefan Zweigs Vortrag tatsächlich wie das wirkt, was er ist: ein Bericht aus einem anderen Jahrhundert. Warum eigentlich nicht?

Investitionen in Europas Zukunft Das SURE-Programm und Coronavirus Response müssen den Kultur- und Kreativbereich direkt erreichen

Sabine Verheyen — Politik & Kultur 7-8/2020

Die Corona-Pandemie hat verheerende Folgen für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Vor allem viele kleine Kultureinrichtungen stehen am finanziellen Abgrund. Für viele Kulturschaffende heißt das Verbot von Veranstaltungen aufgrund von Corona zugleich: keine Einnahmen. Für Künstlerinnen und Künstler geht es um ihre Existenz. Experten schätzen, dass die Kultur, zusammen mit dem Tourismus, am längsten brauchen wird, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Das ist fatal, denn die Kreativbranche besteht aus vielen kleinen und mittleren Betrieben, Unabhängigen und Freiberuflern – in der EU etwa neun Millionen Menschen.

Auf EU-Ebene wurde eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bereiche Bildung, Kultur, Medien, Jugend und Sport abzumildern. Und auch die Bundesregierung hilft mit Unterstützung in Milliardenhöhe und weiteren Förderleistungen.

Das Geld muss aber ankommen, wo es gebraucht wird. Künstler und Kreative haben es oft schwer, sich für EU-Förderprogramme zu qualifizieren. Weil die Gelder, die von der EU bereitgestellt werden, von den Mitgliedstaaten verwaltet und verteilt werden, ist es oft unübersichtlich, wie das genau funktioniert. Wir müssen nun sicherstellen, dass die Mittel aus dem SURE-Programm und der »Coro-

navirus Response Investment Initiative« den Kultur- und Kreativbereich auch direkt erreichen, durch spezifische Regeln zur Zweckbindung des Geldes und enger Überwachung dieser Zweckbindung, das Geld spezifisch an diese Sektoren zu verteilen.

Beide Programme, SURE sowie Coronavirus Response, bieten ein erhebliches Potenzial für den Kultur-und Kreativbereich und den Presse- und Mediensektor, doch haben die Sektoren spezifische Geschäftsmodelle und spezifische Bedürfnisse. Der Kultur- und Kreativbereich setzt sich insbesondere aus vielen einzelnen Künstlern zusammen, und diese Kunstschaffenden sehen sich durch die Krise mit echten existenziellen Härten konfrontiert. Sie qualifizieren sich aber möglicherweise nicht ohne Weiteres für nationale Förderprogramme, da viele Regularien haben, die an der Lebenswirklichkeit von Künstlern vorbeigehen. Die Notfallhilfen müssen so gestaltet werden, dass das Geld auch für den Lebensunterhalt der Künstler genutzt werden kann, nicht nur für Betriebsausgaben, denn viele selbständige Künstler haben wenig Betriebsausgaben im eigentlichen Sinne - sie haben Lebenshaltungskosten. Das ist natürlich erst der Anfang des Prozesses, und wir werden in den kommenden Wochen und Monaten aktiv bleiben müssen. Eines ist klar: Die Auswirkungen auf diese Sektoren sind

enorm und werden wahrscheinlich sehr lang anhaltend sein. Doch zunächst einmal ist es wichtig, die Künstler und Kreativen durch die Krise zu bringen, sie wirtschaftlich überleben zu lassen.

Eine Reihe von Kulturakteuren sind möglicherweise keine Unternehmen, sondern haben einen gemeinnützigen Status. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Förderprogramme auch auf diese Organisationen angewendet werden können. Wir im Ausschuss für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament wollen sicher sein, dass die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten dafür sorgt, dass diese Programme für die Kultur-, Kreativ- und Medienbranche geeignet sind.

Auch möchten wir sicherstellen, dass die EU-Finanzierungsprogramme mobilisiert werden, um einen sofortigen Zugang zu Finanzmitteln und Krediten für die relevanten Branchen zu ermöglichen. Zwar ist die direkte Finanzierung der Kultur- und Kreativbranche durch EU-Programme zwangsläufig begrenzt, eine intelligente Nutzung der bestehenden Instrumente kann jedoch dazu beitragen, den Zugang zu Krediten und Überbrückungskrediten für den Sektor zu verbessern.

Wir glauben, dass der effektivste Weg, eine solche Unterstützung zu leisten, über die bereits bestehende sektorspezifische Garantiefazilität im Rahmen von »Creative Europe« ist, jedoch – und das ist essenziell – mit einem aufgewerteten Budget. Die Kommission hat nun einen neuen, zweiteiligen Budgetvorschlag vorgelegt, ein kurzfristiges Konjunkturprogramm sowie den Haushaltsplan bis 2027.

Das Konjunkturprogramm, der neue »Recovery Fund«, zielt darauf ab, kurzfristige Unterstützung zu geben, um die dringend benötigte wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und eine sofortige Kapitalspritze für die Unterstützung des kulturellen und kreativen Sektors zu erreichen. Der mittelfristige Finanzrahmen (MFR) dagegen ist langfristiger angelegt und zeigt die Vision für die Zukunft der Europäischen Union – ausgedrückt durch den Grad der Ambitionen im MFR selbst –, die dem Kultur- und Kreativund Mediensektor die Chance geben sollte, sich wieder zu erholen.

Im auslaufenden Haushalt der EU erhielt das Programm Kreatives Europa rund 1,5 Milliarden Euro, Wir im Europäischen Parlament wollen diese Summe verdoppeln und hatten diese Forderung schon vor der Krise gestellt. Wir wurden leider bis heute nicht gehört. Der neue Budgetvorschlag der Kommission ignoriert diese Forderung total – er liegt bei 1,52 Milliarden Euro. Durch die Inflation ist das unterm Strich weniger Geld als im auslaufenden Programmhaushalt. Das kann nicht die Antwort auf eine solche Krise sein und ist ein fatales Zeichen für die europäische Kultur- und Kreativlandschaft. Wir haben in den letzten Wochen mehrfach wiederholt, dass die Kultur-, Kreativ- und Bildungssektoren besonders hart von der Krise getroffen wurden. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Unterstützungs- und Überbrückungsprogramme so konzipiert sind, dass sie auch diesen Sektoren echte Unterstützung bieten können. Viele kleine Betriebe und Selbständige oder Freelancer wie einzelne Künstler brauchen maßgeschneiderte Hilfen und sie brauchen Beratung und Unterstützung und weniger Bürokratie. Dies wurde in vergangenen Programmen oft nicht berücksichtigt, und ich fordere die Kommission dringend auf, ihre besondere Aufmerksamkeit auf diese Menschen zu richten.

Die jetzigen Zahlen im MFR für die Bildungs-, Kultur- und Jugendprogramme sind zutiefst enttäuschend und stehen einfach nicht im Einklang mit der Erklärung der Kommissionspräsidentin über die Bedeutung

künftiger Generationen sowie von Bildung und Kultur. Es ist sehr bedauerlich, dass die Kommission im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Vorschlag vor zwei Jahren nun niedrigere Zahlen vorschlägt. Wir haben Erwartungen geweckt, die durch den Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, nicht erfüllt werden. Gerade im Kulturbereich haben wir erlebt, dass Kinos, große Konzertsäle und kleine Spielstätten, Theater und Museen ihre Türen schließen mussten. Viele Festivals, Konferenzen, Buchmessen sowie Film- und Fernsehproduktionen wurden abgesagt oder zumindest bis auf Weiteres verschoben. Wir müssen den kulturellen und kreativen Sektor und die Menschen, die diese Sektoren ausmachen. schützen und unterstützen. Wir müssen die Unterstützung zielgenau auf die Sektoren zuschneiden und ihnen den Zugang zu dieser Unterstützung erleichtern. Wir müssen auch ohne Verzögerung - die Garantiefazilität für den Kultur- und Kreativsektor im Rahmen des Creative Europe aufstocken und anpassen, um dem Sektor den Zugang zu weiteren Finanzierungen zu erleichtern. Und wir brauchen engagierte Unterstützung für den Mediensektor.

Der Ausschuss für Kultur und Bildung wird weiterhin darauf drängen, dass die richtigen Maßnahmen schnell umgesetzt werden. Geld für Kultur und kulturelle Bildung auszugeben, ist eine Investition in die Zukunft des Kontinents. Wir müssen die Krise als Gelegenheit nutzen, unsere Prioritäten neu zu definieren. Denn: Kunst und Kreativität sind das, was uns als Menschen ausmacht, uns als Gesellschaft prägt, den Spiegel vorhält. Es ist systemrelevant für unsere Gesellschaft – gerade in Krisen!

Die Wiederbelebung der KulturWie navigiert die Kulturnation Frankreich durch die Corona-Krise?

Franck Riester — Politik & Kultur 7-8/2020

Frankreich steht ein völlig neuer Kultursommer bevor. Die Fête de la Musique, die jedes Jahr die Sommersaison einläutet, musste sich neu erfinden, um trotz der gebotenen Schutzmaßnahmen unser aller Herzen zum Schwingen zu bringen. Nach den Museen und Denkmälern haben auch die Kinos mit angepassten Besuchsbedingungen ihre Türen wieder geöffnet. Und auch die Veranstaltungsstätten werden allmählich ihren Betrieb wiederaufnehmen, während die großen Festivals, an deren kreativer Dynamik wir uns Jahr für Jahr erfreuen, weiterhin nicht stattfinden können.

Die Kulturwelt war eine der ersten Betroffenen von den Maßnahmen, die zur Bewältigung der Gesundheitskrise ergriffen wurden. Und sie leidet noch immer unter den Auswirkungen der Krise, die im Kultursektor nachhaltiger und tiefgreifender sein werden als in anderen Sektoren. Gerade in dieser schwierigen Zeit, in der die Kultur nicht mehr den ihr gebührenden Platz einnehmen kann, sehen wir am deutlichsten, welch große Bedeutung sie in unserem Zusammenleben spielt und wie wichtig es ist, dass sie von der öffentlichen Hand unterstützt und gefördert wird.

Wir werden uns von dieser schrecklichen Krise nicht erholen, wenn wir unser Kulturmodell nicht konsolidieren. Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung eines Wirtschaftssektors, der mehr als 2 % des französischen Bruttoinlandproduktes ausmacht und zur Attraktivität unseres Landes als Tourismusstandort beiträgt. Sondern es geht darum, dem tiefen Bedürfnis unserer Gesellschaft nach gemeinsamen Kulturerfahrungen nachzukommen, um die Gegenwart zu beleuchten und der Zukunft ein Gesicht zu geben.

Das französische Kulturministerium setzt seit Beginn der Krise gemeinsam mit der Regierung und in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften alles daran, damit die Krise unser so reichhaltiges Kultur-Ökosystem nicht dauerhaft schwächt. In diesem Sinne hat der Staat den Kultursektor bis heute mit nahezu 5 Milliarden Euro unterstützt.

Zuerst ging es darum, Arbeitsplätze zu retten und die Strukturen über Wasser zu halten. Zu diesem Zweck konnten die Kulturakteure von den allgemeinen Maßnahmen profitieren, die von der Regierung auf den Weg gebracht wurden. Die Unternehmen können Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, solange sie ihre Aktivität einstellen müssen, d. h. ihre Mitarbeiter erhalten 84 % ihres Nettogehaltes vom Staat. Zur Bewältigung ihrer Liquiditätsschwierigkeiten können die Kulturakteure auf staatlich garantierte Darlehen im Umfang von mehr als zwei Milliarden Euro zurückgreifen. Sie werden von Sozialabgaben befreit und können die Stundung anfallen-

der Zahlungen für Steuern beantragen. Kleine Unternehmen und Selbständige konnten aus einem gemeinsam vom Staat und von den Regionen getragenen Solidaritätsfonds schöpfen. Insgesamt 3,5 Milliarden Euro sind der Kulturwelt durch diese Querschnittsmaßnahmen bereits zugutegekommen.

Ergänzend dazu habe ich mich für Maßnahmen stark gemacht, die an die Besonderheiten der einzelnen Kunst- und Kultursparten angepasst sind, damit die Situation aller ihrer Akteure, insbesondere der schwächsten, berücksichtigt wird. Ich habe die spartenspezifischen Mittlerorganisationen für Film, Musik, Literatur und bildende Künste des Kulturministeriums sowie das »Institut national des métiers d'art« beauftragt, in Abstimmung mit den entsprechenden Berufsverbänden Hilfsprogramme aufzulegen. Notfallfonds wurden eingerichtet, um Sonderhilfen zu ermöglichen. Bestimmte Steuern wurden ausgesetzt und die Vergabebedingungen für bestimmte Förderleistungen an die veränderten Bedürfnisse angepasst. Darüber hinaus wurden die staatlich unterstijtzten Finanz- und Kreditinstitute erheblich in ihren Interventionsmöglichkeiten gestärkt. Insgesamt belaufen sich diese Sondermaßnahmen auf 1.5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus erhalten die »intermittents«, d. h. all die Künstlerinnen, Künstler und Beschäftigten des Bühnen-, Film- und audiovisuellen Mediensektors in Zeitarbeit, für die ein weltweit einzigartiges Sonderregime gilt, langfristig Unterstützung. Sie können ihre Ansprüche bis August 2021 geltend machen, sodass die Lohnfortzahlung nicht mehr von einer bestimmten Zahl an Arbeitsstunden abhängig ist, die sie aktuell nicht mehr erbringen können.

Nach einer Periode des Stillstands hat die kulturelle Aktivität nun wieder Fahrt aufgenommen. Dennoch müssen sich alle Kulturschaffenden auf die neue Situation einstellen.

die nicht zuletzt durch eine notwendige Beschränkung der Besucherzahlen in den Kultureinrichtungen gekennzeichnet ist, welche ihre Ressourcen untergräbt. Sie können auf die Unterstützung des Staates zählen. Demnächst wird ein umfangreiches Programm öffentlicher Aufträge in allen Bereichen des künstlerischen Schaffens aufgelegt, um die Arbeit der Kreativen, insbesondere der jüngsten, zu unterstützen. Um eine rasche Wiederaufnahme der Dreharbeiten zu ermöglichen. haben wir einen Garantiefonds in Höhe von 50 Millionen Euro eingerichtet, um die Filmund Fernsehproduzenten zu entschädigen, die sich aufgrund der Coronavirus-Epidemie mit einem Drehstopp konfrontiert sehen.

Über die Erholung hinaus müssen wir aber auch eine nachhaltige Wiederbelebung der Kultur vorbereiten. Wir müssen jetzt an einer ehrgeizigen Neuausrichtung unseres Kulturmodells arbeiten, wenn wir dessen Grundfesten besser schützen wollen. Dabei ist insbesondere die Stärkung unserer kulturellen Souveränität ein vorrangiges Ziel. Die globalen Internet-Riesen werden gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Umso wichtiger ist es, dass wir auf europäischer Ebene an der Förderung der kulturellen Vielfalt arbeiten und dafür sorgen, dass die Europäer Zugang zu ihrer eigenen Kultur haben. Ich hoffe, dass diese schwere Krise, die wir durchlebt haben, als Beschleuniger für die Umsetzung einer europäischen Strategie für kulturelle Souveränität wirken wird.

Das europäische Modell für die Regulierung des digitalen Sektors bietet, basierend auf der Freiheit, der Verantwortung und der gerechten Entlohnung der Kreativen, einen geeigneten Rahmen, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen. Frankreich hat sich verpflichtet, die AVMDund die Urheberrichtlinie noch vor Ende des Jahres zu verabschieden.

In diesem Sinne rufe ich alle unsere Partner auf, gemeinsam für den Schutz der Kreativen und des Pluralismus einzutreten. Auch wünsche ich mir, dass wir gemeinsam über die Einrichtung eines »europäischen Kulturschutzschildes« nachdenken, um die durch die Krise geschwächten europäischen Unternehmen sowie ihre Beschäftigten und Vermögenswerte vor feindlichen Übernahmeversuchen zu schützen.

Im weiteren Sinne müssen wir die Kultur in den Mittelpunkt der Solidarität zwischen den Europäern stellen. Durch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Kulturakteuren und durch die Förderung der Verbreitung von Werken und Künstlern können wir dazu beitragen, alle Bürgerinnen und Bürger um ihr gemeinsames Erbe und ihre gemeinsame Kultur zusammenzubringen. Ich weiß um die Entschlossenheit Deutschlands in all diesen Fragen. So kurz vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und in einer für die Zukunft der europäischen Kulturpolitik so wichtigen Zeit wünsche ich mir. dass das deutsch-französische Tandem treibende Kraft für ein ehrgeiziges Engagement im Dienste unseres Kunst- und Kultursektors ist.

Die Vergessenen der Pandemie Zur Situation der Kulturschaffenden in Frankreich

Jürgen König — Politik & Kultur 7–8/2020

Am 28. April stellte Premierminister Édouard Philippe in der Nationalversammlung seine Strategie zu ersten Lockerungen der Corona-Beschränkungen vor. Von Maskenpflicht und Abstandsregelungen war viel die Rede, aber auch von neuen Begegnungsmöglichkeiten, von Milliardenhilfen für Krankenhäuser, Pflegeheime, ganze Industriebranchen. Nur ein Bereich fehlte völlig: die Kultur – nicht ein einziger Hinweis fand sich in der Rede, wie es mit den 1,3 Millionen Beschäftigten in der Kulturbranche, die jährlich rund 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, weitergehen solle.

Dabei hatte die Regierung zu Beginn der Corona-Krise schnell reagiert: Schon am 18. März wurde ein Soforthilfefonds von 22 Millionen Euro für die Kultur aufgelegt: zehn Millionen gingen an die Musikbranche, fünf Millionen an die darstellenden Künste, fünf Millionen in den Buchsektor und zwei Millionen in den Bereich Bildende Kunst, Doch bei diesen Maßnahmen blieb es lange: Kulturminister Franck Riester infizierte sich mit dem Coronavirus und mit ihm verstummte auch sein Ministerium - sechs Wochen lang. Schon damals entstand in der Kulturszene der Eindruck, dass die Regierung so ziemlich alle Franzosen mit Rettungsplänen bedachte - nur Künstler und Musiker nicht, Museums- und Theaterleute.

Dabei hatten Teile der Branche schon vor der Corona-Krise große Sorgen. Bereits während der Gelbwesten-Proteste 2018/19 hatten Kulturveranstalter Millionen Euro verloren. Dann kam es im Herbst 2019 wegen der geplanten Rentenreform in ganz Frankreich zu monatelangen Protesten und Streiks: Über Wochen hin mussten Vorstellungen von Schauspiel-, Opern- und Konzerthäusern abgesagt werden, was Milliardenverluste verursachte. Durch den Lockdown wurden alle Kultureinrichtungen geschlossen - für viele Beschäftigte mit existenzbedrohenden Folgen. Anders als in Deutschland gibt es in Frankreich nur wenige feste Orchester, Chöre und Ballettkompanien sowie nur ein einziges wirkliches Ensembletheater, die Comédie-Française in Paris. Die meisten Bühnen arbeiten überwiegend mit Freiberuflern, den »intermittents du spectacle«. Diese etwa 300.000 Schauspieler, Musiker, Sänger, Bühnen-, Kostüm- und Maskenbildner, Bühnenund Tontechniker sind normalerweise gut abgesichert. Wer 507 Arbeitsstunden jährlich nachweisen kann - bei einer 35-Stunden-Woche entsprechen das etwa 3,5 Monate Arbeit bekommt für den Rest des Jahres anteilig Arbeitslosenunterstützung vom Staat. Um auf diese Stundenzahl zu kommen, sind die Sommerfestivals entscheidend - doch genau die wurden ebenfalls ausnahmslos abgesagt.

Es hätte also Grund genug für die Regierung gegeben, sich auch über diesen Sektor Gedanken zu machen, zumal das Lobpreisen des »Kulturlands Frankreich« üblicherweise in keiner politischen Festrede fehlt. Nach dem Lapsus des Premierministers wandten sich 230 Kulturprominente von Catherine Deneuve bis Patrick Bruel mit einem Offenen Brief an Staatspräsident Emmanuel Macron. Als »Vergessene der Pandemie« forderten sie darin nicht nur Finanzhilfen ein, sondern auch eine Perspektive. Der Präsident reagierte mit einer Videokonferenz aus dem Élysée-Palast, lud Künstler und Kulturvertreter dazu ein sowie den wieder genesenen Kulturminister Franck Riester, Wirtschaftsund Finanzminister Bruno Le Maire und Arbeitsministerin Muriel Pénicaud.

Neben wohlfeilen Worten des Präsidenten »Orte der Kreativität müssen wieder zum Leben erweckt werden« - zeitigte das Treffen in der Folge auch handfeste Ergebnisse. Die »intermittents du spectacle« sollen ihre Arbeitslosenentschädigung auch ohne Stundennachweis bis August 2021 erhalten, Autoren werden für vier Monate von Sozialabgaben befreit. Für Künstler unter 30 Jahren soll es öffentliche Aufträge geben: in den Bereichen Bildende Kunst, Tanz, Theater und Literatur. Für die Film- und Fernsehbranche wird ein Entschädigungsfonds von 50 Millionen Euro aufgelegt: für Drehtage, die wegen der Krise abgesagt werden mussten. Nach den Worten des Präsidenten wird das Geld in Einzelfallentscheidungen zugewiesen.

Währenddessen kommen Teile des kulturellen Lebens in Bewegung – unter Einhaltung bestehender Kontakt- und Hygieneregelungen. Buchläden, Galerien, Museen haben mit neuer Wegeplanung wieder geöffnet, seit dem 22. Juni spielen die Kinos wieder, auch erste Dreharbeiten wurden aufgenommen. Ab 11. Juli will die Regierung die Beschränkungen für »Großveranstaltungen, Stadien

und Konzertsäle« »zum Teil« lockern. Doch die Sommerfestivals bleiben abgesagt; in welcher Form und wann Konzertsäle, Theater und Opernhäuser wieder einen regulären Spielzeitbetrieb aufnehmen können, steht in den Sternen.

So herrscht erst einmal eine Art Burgfrieden, wenn auch in der Kulturszene ein grundlegendes Misstrauen bestehen bleibt, von der Regierung jederzeit wieder »vergessen« werden zu können. Und der Appell des Präsidenten, sich als Kulturbranche »neu zu erfinden«, »konkrete Utopien« zu entwickeln, trägt zur Beruhigung eher nicht bei.

Tschechiens Kultur in schweren WassernFinanzielle Hilfe kommt nur mit großer Verzögerung an

Peter Lange — Politik & Kultur 7-8/2020

Simona Tydlitátová arbeitet seit Mitte März an der Kasse eines Supermarkts in Prag. Eine befreundete Kollegin trägt Post aus; ein Kollege hat sich als Waldarbeiter verdingt. Alle drei sind freiberufliche Musiker und Mitglieder des »Collegium 1704«, eines unabhängigen und recht renommierten Kammerorchesters für Alte Musik in Prag. Als das tschechische Kulturleben am 10. März von der Regierung wegen der Corona-Pandemie schockgefroren wurde, hat die Geigerin Simona Tydlitátová nicht lange gefackelt. »Ich hatte null Einnahmen. Weil ich wusste, dass die Supermärkte nicht geschlossen würden und jede Hand gebrauchen konnten, habe ich mich entschieden, hier anzufangen.«

Das projektorientierte »Collegium 1704« musste mit einer Ausnahme alle Konzerte bis September stornieren. Einige prominentere Künstler sind ins Internet abgewandert, verdienen aber mit ihren Aufführungen dort kaum Geld. Eine lange vorbereitete Ausstellung der beiden Maler und Grafiker Marek Dobeš und Karel Aubrecht sollte exakt am 10. März eröffnet werden. Auch daraus wurde nichts. Das private Theater »Mir«, zu Deutsch »Frieden«, in Ostrava kämpft wie viele andere auch ums Überleben. Die Kultur in Tschechien ist wie überall vom Shutdown als Erstes und am längsten und deshalb besonders hart be- und getroffen.

Die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Andrei Babiš hat auf Initiative von Kulturminister Lubomír Zaorálek Mitte April ein Hilfsprogramm von umgerechnet 42 Millionen Euro beschlossen. 11 Millionen waren für 29 Kulturinstitutionen vorgesehen, die ganz oder teilweise vom Staat finanziert werden. Die haben zwar niemanden entlassen müssen und die Gehälter an ihre Festangestellten weitergezahlt, dafür haben sie aber nun große Löcher im Etat. Michael Medek, Marketingchef der Tschechischen Philharmonie, des Flaggschiffs der klassischen Musikkultur, rechnete nach dem Abbruch der Spielzeit mit einem Verlust von ca. 1,1 Millionen Euro. Das Nationaltheater mit seinen drei Häusern bezifferte die Verluste beim Ticketverkauf auf 5,2 Millionen Euro. 16 Millionen Euro aus dem auf zwei Monate konzipierten Hilfsprogramm waren für unabhängige Institutionen und freischaffende Künstler bestimmt. Die Krise dauert jedoch noch an, sodass in diesen Tagen ein zweites Programm auf den Weg gebracht wurde: Noch einmal umgerechnet 37 Millionen Euro für die freie Kultur und die Kreativwirtschaft. Allerdings: Die Gelder aus dem zweiten Programm werden frühestens im Juli fließen. Und das könnte für viele zu spät sein. Das ist ohnehin eine Klage, die aus allen Ecken zu hören ist: Die finanziellen Hilfen kommen gar nicht oder

mit großer Verzögerung. Tschechien hat da offensichtlich in seiner Bürokratie ein Umsetzungsproblem. Eine private Initiative des Hornisten Radek Barborák hat 40.000 Euro zusammengebracht, mit denen 80 Musiker unterstützt wurden. Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds hat kurzfristig 240.000 Euro für solche Kulturinstitutionen zur Verfügung gestellt, die besonders dem deutschtschechischen Dialog verpflichtet sind. Aber das sind natürlich nur Tropfen im Meer, wie man hier sagt. Schätzungsweise 20.000 Berufsmusiker haben laut einer von der Nachrichtenagentur CTK veröffentlichten Analyse drei Monate keine Auftritte und somit keine Einkünfte gehabt. Viele seien gezwungen, den Beruf ganz aufzugeben.

Kulturminister Zaorálek hat als Ziel ausgegeben, die kulturelle Infrastruktur zu retten. Ob das gelingt, ist noch nicht ausgemacht. Die kulturelle Szene in Tschechien ist immer noch recht kleinteilig und lebt mehr von Enthusiasmus und Engagement als vom Einkommen, Allein in Prag gibt es 57 Theater und 62 Kinos. In ganz Tschechien mit seinen 10.7 Millionen Einwohnern existieren über 2.000 Verlage, die mindestens ein Buch pro Jahr herausbringen. Finanzielle Polster haben die wenigsten. Monat für Monat sind nun die Fixkosten als Schulden aufgelaufen, sodass sich wohl erst im Herbst herausstellen wird, welche Flurschäden die Corona-Epidemie und die landesweite Ouarantäne tatsächlich verursacht haben.

Aber nun sind fast alle Restriktionen aufgehoben. Die Tschechische Philharmonie wird die Sommerpause in diesem Jahr streichen. Mit 25 Konzerten – Solo-Rezitals und Kammermusik – erfüllt sie einerseits die Wünsche von Publikum und Musikern und verringert andererseits das Defizit ein wenig. Am 23. Juni hat im prachtvollen Smetana-Saal des »Obecní dům«, des historischen Gemeindehauses von Prag, das – vielleicht europa-

weit – erste Sinfoniekonzert vor vollem Publikum stattgefunden. Das Sinfonieorchester der Stadt Prag (FOK), eines der Dickschiffe der klassischen Musikkultur, spielte unter seinem Chef Pietari Inkinen die »Finlandia« von Sibelius und Dvořáks »Sinfonie aus der Neuen Welt«. Einzige Auflage: Mundschutz für die 1.000 Anwesenden. Das FOK hat als Erstes die Segel gesetzt und Fahrt aufgenommen in die coronabedrohte Zukunft. Die anderen Kulturinstitutionen, sofern sie nicht untergegangen sind, werden folgen. Aber wehe, wenn die zweite Welle kommt.

-	-	_
- 4		7
/	h	-4

8. Kapitel: Grenzüberschreitend – Corona und Europa

9

Dokumentation

Konjunkturprogramm für die Kultur

Resolution des Deutschen Kulturrates Berlin, den 30. April 2020

Alle Bereiche der Kultur in Deutschland – von den Künstlerinnen und Künstlern und anderen im Kulturbereich Soloselbständigen, über die Kulturinstitutionen und Einrichtungen der kulturellen Bildung, die Kulturvereine bis zu den Unternehmen der Kultur-, der Kreativund der Medienwirtschaft – sind von der Corona-Pandemie betroffen. Viele Akteure befinden sich in existentieller Not. Nicht wenigen droht die Insolvenz.

Es geht nun darum, die kulturelle Infrastruktur zu retten, damit in der Pandemie das kulturelle Leben in veränderter Form aufrechterhalten werden kann und nach der Pandemie das kulturelle Leben in seiner gesamten Vielfalt weiterarbeiten und sein kreatives und verbindendes Potenzial genutzt werden kann. Die verschiedenen Kulturbereiche sind verschieden stark betroffen und werden unterschiedlich lange durch die Pandemie eingeschränkt sein.

Das kulturelle Leben ist geprägt

- durch privatwirtschaftliche Akteure, hier geht es um das ökonomische Überleben von Solo-Selbständigen und Unternehmen,
- durch öffentlich und öffentlichgeförderte Einrichtungen, die allerdings auch Eigenmittel erwirtschaften müssen

 und durch Kulturvereine, die teils wirtschaftlich tätig sind.

Die drei Sektoren Erwerbswirtschaft, öffentlicher Bereich und gemeinnütziger Sektor sind miteinander verflochten und stehen in engen Wechselwirkungen.

Der Bund hat mit den Soforthilfeprogrammen für Solo-Selbständige und kleine Unternehmen sowie dem Sozialschutzpaket erste Maßnahmen zur Überbrückung existenzieller Notlagen ergriffen. Diese Maßnahmen können auch von Kulturakteuren in Anspruch genommen werden. Damit die Maßnahmen im Kulturbereich wirken, besteht an einigen Stellen Nachsteuerungsbedarf. Darüber hinaus sollten weitere Wirtschaftsförderprogramme des Bundes für den Kultur-, Kreativ und Medienbereich nutzbar gemacht werden. Die Länder haben teils eigene Programme zur Sicherung von kleinen Unternehmen aufgelegt. Hier gilt ebenfalls, dass sie für den Kulturund Medienbereich offen sein müssen. Gegebenenfalls sind Anpassungen erforderlich. Weiter haben die Länder je eigene Maßnahmen zur Unterstützung von Kultureinrichtungen, Kulturvereinen sowie Künstlerinnen und Künstler im jeweiligen Land gestartet.

Diese Maßnahmen waren und sind sehr wichtig, reichen aber zur Sicherung und Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur nicht aus. Der Deutsche Kulturrat fordert daher ein Konjunkturprogramm für die Kultur. Dieses Konjunkturprogramm für die Kultur ergänzt die bestehenden Maßnahmen. Es ersetzt sie nicht.

Das Konjunkturprogramm soll durch einen Kulturinfrastrukturfonds umgesetzt werden.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollte der Kulturinfrastrukturfonds

- die verschiedenen künstlerischen Sparten und Handlungsfelder in den Blick nehmen,
- sich an Vereine, Einrichtungen, Unternehmen und Solo-Selbständige wie z. B. Künstlerinnen und Künstler richten,
- darauf abzielen, dass Kulturstrukturen erhalten bleiben und neue Wege gehen können, um damit zukunftsfähig zu werden,
- ermöglichen, dass jetzt und in Zukunft Umsätze im Kultur- und Medienbereich erzielt werden können, die wiederum Aufträge und Beschäftigung induzieren.

Der Kulturinfrastrukturfonds sollte aus Sicht des Deutschen Kulturrates folgende Kriterien berücksichtigen:

- der Kulturinfrastrukturfonds soll bis mindesten zum 31. Dezember2021 angelegt und entsprechend finanziell ausgestattet sein.
- der Kulturinfrastrukturfonds muss über bestehende Strukturen wie z. B. die künstlerischen Fonds, Bundeskulturverbände und die Kulturstiftung des Bundes seine Mittel vergeben,
- die bestehenden Strukturen können schnell reagieren und müssen nicht noch aufgebaut werden,

- die bestehenden Strukturen verfügen über die entsprechende Sach- und Fachkenntnis, was in den jeweiligen kulturellen bzw. kreativwirtschaftlichen Bereichen gebraucht wird,
- sie können die Bedarfe des jeweiligen Feldes adäquat einschätzen,
- sie haben in der Regel Erfahrungen in der Bewirtschaftung von Fördermitteln,
- sie verfügen über Personal, das mittels Verwaltungspauschalen kurzfristig aufgestockt werden könnte,
- im Kulturinfrastrukturfonds müssen die Mittel nach transparenten bereichs-, branchen- bzw. spartenspezifischen Kriterien vergeben werden, der Sachund Fachverstand weiterer Akteure aus der Kultur und der Kreativwirtschaft sollte dabei einbezogen werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft jetzt stützen und Perspektiven geben

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates Berlin, den 9. Dezember 2020

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Zukunftsbranche mit Vergangenheit. Sie reicht von Handwerksbetrieben, die jahrhundertealte Techniken lebendig erhalten und weitergeben, bis zu Start-ups, die künstliche Intelligenz nutzen oder neue Technologien entwickeln. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind sowohl in der gewerblichen Wirtschaft als auch im Dienstleistungsbereich tätig, sie sorgen gleichermaßen für Grundversorgung und Innovation.

Zur Kultur- und Kreativwirtschaft gehören Solo-Selbständige unterschiedlicher Branchen, inhabergeführte kleine und mittelständische Unternehmen und große, teils börsennotierte Unternehmen. Diese Heterogenität zeichnet die Kultur- und Kreativwirtschaft aus. Die verschiedenen Unternehmen eint, dass sie auf den unterschiedlichen Ebenen der Wertschöpfungskette mit Kunst, Kultur, Medien, Kommunikation und Kreativität Geld verdienen. Die Kultur- und Kreativität Geld verdienen die Kultur- und Kreativität Geld verdienen die Kultur- und Kreativwirtschaft ist erwerbswirtschaftlich orientiert, d.h. die Unternehmen und Selbständigen müssen sich am Markt bewähren.

Die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind wichtige Arbeitgeber. Laut Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2020 waren in der Branche 2019 mehr als 1,2 Millionen Kernerwerbstätige und rund 600.000 geringfügig Erwerbstätige tätig.

Den größten Teil der Erwerbstätigen stellen die rund 975.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sie machen 53 Prozent der Gesamterwerbstätigen der Branche aus. Fast 300.000 sind geringfügig Beschäftigte. Die Selbständigen stellen rund 30 Prozent der Gesamterwerbstätigen. Von den Selbständigen erzielen rund 300.000 einen Jahresumsatz unter 17.500 Euro und rund 260.000 einen Jahresumsatz über 17.500 Euro. Viele Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind Ausbildungsbetriebe im Dualen Ausbildungssystem und übernehmen damit Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Die rund 260.000 Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft erwirtschafteten im Jahr 2019 einen Umsatz von 174,1 Milliarden Euro. Ihr Beitrag zur Bruttowertschöpfung ist größer als der der Finanzdienstleister, der Energieversorgung oder der Chemischen Industrie.

Die Corona-Pandemie betrifft die gesamte Branche. Einige Unternehmen sind unmittelbar von Schließungen betroffen, anderen Unternehmen brechen Auftraggeber aus der Kultur- und Kreativwirtschaft weg und wiederum andere sind eng mit weiteren Branchen verflochten, sodass Schließungen oder Umsatzeinbrüche dort sich mittelbar auf die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft auswirken.

Es war richtig und gut, dass Bund und Länder mit Soforthilfen, Kreditprogrammen, Kurzarbeit, der Öffnung der Grundsicherung, der Änderung des Insolvenzrechts, der Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern unmittelbar im 1. Ouartal 2020 reagiert haben. Auch wenn einzelne Maßnahmen unzureichend oder kritikwürdig sind, haben sie gezeigt, dass schnell und unmittelbar geholfen werden sollte. Auch die Maßnahmen des 2. Ouartals 2020 wie beispielsweise die Überbrückungshilfe I und II sind von der Unmittelbarkeit der Pandemie geprägt. Dies gilt gleichermaßen für die November- und Dezemberhilfe im 4. Quartal sowie die Überbrückungshilfe III. Das Programm Neustart Kultur ist von einem anderen Geist geprägt, hier stehen Oualitäts- und nicht wirtschaftliche Kriterien im Vordergrund.

Damit die zur Verfügung stehenden Mittel von den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft besser genutzt werden können, müssen sie nachjustiert werden.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

• Bei der November- und Dezemberhilfe auf die faktische Betroffenheit vom Lockdown abzustellen und die bestehende Regelung, dass indirekt Betroffene mindestens 80 % des Umsatzes mit direkt betroffenen Unternehmen machen müssen. auf 50 % des Umsatzes abzusenken. Weiter müssen die Regelungen so angepasst werden, dass verbundene Unternehmen sie ebenso nutzen können. Ferner müssen auch die im Jahr 2019 im Ausland erzielten Umsätze einberechnet werden können. Die deutsche Kultur- und Kreativwirtschaft ist international aufgestellt, dieser Vorteil darf nicht bei der Berechnung von Hilfen zum Nachteil gereichen. Hilfen für große Unternehmen müssen ermöglicht werden, da sie abseits der Krise sozialversicherungs-

- pflichtige Beschäftigung bieten. Sollte der Lockdown fortgeführt werden, müssen entsprechende Januar- oder Februarhilfen aufgelegt werden.
- Bei der Überbrückungshilfe III für Solo-Selbständige, der Neustarthilfe, sind als Bemessungsgrundlage für die Zahlung einer einmaligen Betriebskostenpauschale 25% des Vergleichsumsatzes im Jahr 2019 eingesetzt. Das führt dazu, dass die Pauschalsumme bei der Mehrzahl der Solo-Selbständigen viel zu gering ausfällt. Der zugrunde gelegte Prozentsatz muss mindestens auf 50% erhöht werden. Förderungen bzw. Zuwendungen bilden bei Solo-Selbständigen regelmäßig einen Teil der Einnahmen. Sie sollten daher bei der Ermittlung des Vergleichsumsatzes als Umsatz anerkannt werden. Insgesamt ist der Ansatz, Betriebskostenpauschalen zu zahlen, der richtige Weg. Er sollte konsequent zu einer angemessenen erweiterten Betriebskostenpauschale für Solo-Selbständige ausgeweitet werden.
- Bei der Überbrückungshilfe III für Unternehmen ist eine weitere Anpassung der
 Betriebskostenerstattung erforderlich. Die
 Summe ist derzeit auf 200.000 Euro pro
 Monat gedeckelt, das schließt größere Unternehmen, die zunehmend ihre Reserven aufgebraucht haben, aus.
- Die Beihilferegelungen müssen angepasst werden. Insbesondere muss die Obergrenze der Kleinbeihilferegelung angehoben werden und Förderungen für große und verbundene Unternehmen müssen notifiziert werden, um eine maßgebliche Förderung zu ermöglichen.
- Für das überzeichnete Programm Neustart Kultur, das sich vornehmlich an die Kultur- und Kreativwirtschaft richtet, sollte erneut 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden, um die erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können.

- Mit Blick auf die Infektionsdynamik reicht es nicht mehr, auf Sicht zu fahren. Die Unternehmen und Selbständigen brauchen jetzt verlässliche Planungsperspektiven für das kommende Jahr. Sie müssen ihr Personal planen, sie müssen entscheiden, ob sie Ausbildungsplätze anbieten, sie müssen überlegen, ob sie Investitionen tätigen können, sie müssen vom Modus des Reagierens zum Agieren kommen. Damit das gelingt, brauchen die Unternehmen und Selbständigen:
- · Bundeseinheitliche Regelungen zur Öffnung. Der Flickenteppich an bundeslandspezifischen Regelungen erschwert derzeit die Planungen massiv. Gerade bundesweit agierende Unternehmen brauchen verlässliche Angaben, wann was wieder möglich sein wird. Nur so können Veranstaltungen, Filmstarts, Festivals usw. geplant werden, die eine überregionale Bedeutung haben sollen. Da die Unternehmen hierfür beträchtliche Mittel und Personal investieren müssen, brauchen sie Planungssicherheit. Bei der angekündigten Hilfe des Bundesministeriums der Finanzen für die Veranstaltungswirtschaft sollte die Expertise der Fachverbände bei der Planung dieser Hilfe genutzt werden, um sie zielgerichtet zu konzipieren.
- Internationale Betätigung unterstützen. Die deutsche Kultur- und Kreativwirtschaft ist international aufgestellt. Der internationale Kulturaustausch ist elementar für die wirtschaftliche Tätigkeit. Diesem Umstand muss in der Muster-Quarantäneverordnung für die Ein- und Ausreise aus Risikogebieten bundesweit und einheitlich Rechnung getragen werden und Kunst- und Kulturschaffende mit dem Profi-Sport gleichgestellt werden. Nur so können Produktionsabläufe aufrechterhalten werden.
- Zeitfenster zur Öffnung. Viele Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft pla-

- nen über Monate, wenn nicht Jahre im Voraus. Um Programme zu entwickeln, Künstlerinnen und Künstler sowie Dienstleister verpflichten und Werbung starten zu können, ist ein entsprechender Vorlauf vonnöten. Die Unternehmen brauchen, um wirtschaftlich planen zu können, Zeitfenster zur Öffnung, ansonsten besteht die Gefahr, dass bei Öffnung keine attraktiven Programme starten können oder dass aufgrund zu geringen Vorlaufs zu wenig Publikum kommt.
- Veränderung unterstützen. Die Kulturund Kreativwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Als innovationsfähige und -freudige Branche stellt sie sich auf Veränderungen ein und will sie annehmen. Dazu gehören insbesondere auch die Themenfelder Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Damit dieser Veränderungsprozess bis hin zur Neuerfindung gelingt, brauchen die Unternehmen und die Solo-Selbständigen die erwähnten Planungsperspektiven und Investitionsmittel. Ein Restrukturierungsund Investitionsförderprogramm soll insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen, sogenannte KMU, und große Unternehmen in den Blick nehmen, da sie sowohl Arbeitgeber für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als auch Auftraggeber für Solo-Selbständige sind.
- Beratungsmöglichkeiten aus der Branche für die Branche. Beratungsaktivitäten der in der Kultur und den Kreativbereichen tätigen Verbände sowie der Unternehmen für die jeweiligen Branchen sollten unterstützt werden. Sie wissen am besten um die Bedarfe und um die Chancen in den jeweiligen Segmenten. Bestehende Zertifizierungshürden, um Beratungsleistungen erbringen zu können, sollten abgebaut werden.

Kultur muss wieder ins Spiel. Jetzt Perspektiven schaffen!

Diskussionspapier des Deutschen Kulturrates Berlin, den 8. Februar 2021

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit diesem Diskussionspapier zur anstehenden Öffnung des Kulturbereiches und wendet sich vor allem an Länder und Kommunen.

Die Zuständigkeit für die Schließung oder die Öffnung von Kultur- und Bildungseinrichtungen liegt bei den Ländern - also den Kulturministerinnen und -ministern. Sie erlassen auf dem Verordnungsweg, welche Einrichtungen schließen müssen und welche öffnen dürfen. Im Infektionsschutzgesetz wird in §28a Ziffer 7 auf den Werk- und Wirkbereich bei Kulturveranstaltungen abgehoben und unterstrichen, dass bei Untersagungen oder Beschränkungen im Kulturbereich der Kunstfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz Rechnung getragen werden muss. Mit diesem Diskussionspapier sollen für die anstehenden Debatten in den Ländern und in der Kulturministerkonferenz Anregungen aus dem Kulturbereich selbst gegeben werden.

Neben den Ländern kommen den Städten und Gemeinden hinsichtlich der Öffnungen ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Sie regeln unter Berücksichtigung des lokalen Infektionsgeschehens, ob und unter welchen Bedingungen vor Ort Einrichtungen öffnen können. Der Deutsche Kulturrat erwartet, dass sich auch die Städte und Gemeinden offensiv für Öffnungen im Kulturbereich einsetzen.

Mit der Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen sollten Einrichtungen der kulturellen Bildung ebenfalls wieder öffnen können. Der weitere Kulturbereich muss spätestens dann seinen regulären Betrieb wieder aufnehmen können, wenn Handel und Dienstleistungen wieder öffnen.

Verantwortliches Handeln

Der Kulturbereich, seien es öffentliche Kultureinrichtungen oder kulturelle Bildungseinrichtungen, privatwirtschaftliche Unternehmen sowie Künstlerinnen und Künstler und Kulturvereine, hat in den letzten Monaten mit viel Solidarität auf die Erfordernisse aufgrund der Corona-Pandemie reagiert. Es wurden harte wirtschaftliche und künstlerische Einschnitte hingenommen. Der Schutz der Gesundheit von Besucherinnen und Besuchern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber auch ehrenamtlich Engagierten ist vordringlich. Es wurde und wird daher verantwortungsbewusst gehandelt.

Kulturräume sind Diskursräume

Der Kulturbereich leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kunst und Kultur machen das Leben lebenswert, Kulturorte sind Debattenorte, Orte der demokratischen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Verständigung. Sie sind wesentliche Erlebnis- und Bildungsorte, die kulturelle Bildung für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen bereitstellen. Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen sind ein wesentlicher Teil lokaler Bildungslandschaften, sie kooperieren systematisch mit Schulen und Kindertagesstätten und sie vereinen Angebote informellen Lernens, Spaß und Unterhaltung. Emotionen wie Lachen, Weinen, Freude finden hier ihren Platz. Kunst kann dabei helfen, Einschnitte wie beispielsweise die Corona-Pandemie emotional zu verarbeiten.

Live ist live

Das Live-Erleben von Kunst und Kultur – unabhängig von der künstlerischen Ausdrucksform – ist durch kein digitales Angebot ersetzbar. Das trifft ebenso für Kulturorte als Begegnungsorte zu. Der Lockdown zeigt, wie sehr Menschen einander und die Gemeinschaft brauchen. Kunst und Kultur stehen für diese Gemeinschaft. Öffentliche und private Kultureinrichtungen müssen daher zu den Ersten gehören, die wieder öffnen können. Kunst und Kultur sind essenziell für lebenswerte Kommunen und für die Werte, die unsere Gesellschaft bestimmen.

Der gesamte Kulturbereich braucht jetzt Perspektiven zur Öffnung. Diese Perspektiven werden auch benötigt, um mit Zuversicht die Zeit des Lockdowns meistern zu können. Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

1. Schrittweises Vorgehen

Jetzt muss es darum gehen, unmittelbare Öffnungsperspektiven zu schaffen, um die entsprechenden Vorbereitungen für Öffnungen treffen zu können. Es ist es dringend erforderlich, einen notwendigen Vorlauf und hinreichende Planungssicherheit für die Wiedereröffnung des Kulturbereiches zu ermöglichen. Dabei ist von einer schrittweisen Öffnung der Institutionen und Unternehmen sowie einer

Wiederaufnahme der Angebote aus dem Kulturbereich auszugehen. Insbesondere jene Einrichtungen, von denen entweder durch die Art ihrer Angebote oder durch die Schaffung entsprechender Voraussetzungen ein geringeres Risiko für die Gesundheit ausgeht, sollten als Erste geöffnet werden und weitere bei einem stabilisierten oder abgeschwächten Infektionsgeschehen folgen. Es müssen daher, sobald die Inzidenzen dies erlauben, Öffnungen erfolgen. Ebenso muss Planungssicherheit mit Blick auf das Offenhalten von Einrichtungen geschaffen werden.

2. Hygienekonzepte

Die privaten und öffentlichen Kultureinrichtungen haben in den vergangenen elf Monaten ausgefeilte Hygienekonzepte entwickelt. Sie haben Investitionen in Lüftungsmaßnahmen, Online-Ticketsysteme, veränderte Bestuhlung, Leitsysteme für Besucherströme. Begrenzung der Besucherzahlen, sanitäre Anlagen und anderes mehr getätigt, um die Einrichtungen sicher zu machen. Diese Maßnahmen erstrecken sich auf die Besucherinnen und Besucher sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kultureinrichtungen tragen sowohl für ihr Personal als auch das Publikum Verantwortung. Online-Buchungen oder persönliche Registrierungen beim Einlass, bei denen die Kontaktdaten der Besucherinnen und Besucher hinterlegt werden. ermöglichen eine Unterstützung der Gesundheitsämter, sollte eine Kontaktverfolgung erforderlich sein.

Weitere Auflagen müssen mit Augenmaß und unter Einbeziehung der Expertise aus dem Kulturbereich erfolgen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Vorschriften zu Lüftungsanlagen und der Belegung von Theateroder Kinosälen. Die Maskenpflicht muss der Maskenpflicht in der Gastronomie entsprechen, damit während der Veranstaltungen ein Konsum am Sitzplatz möglich ist.

3. Wirtschaftlichkeit

Vorgaben zur Öffnung von Kultureinrichtungen müssen im Grundsatz einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Zu rigide Vorschriften und enge Auflagen, zu niedrige Auslastungsgrenzen konterkarieren die Öffnungsperspektiven. Auch gilt es, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um private und öffentliche Kultureinrichtungen in der Öffnungsphase zu unterstützen, damit sie als Arbeit- und Auftraggeber auftreten und damit Impulse in den Kulturbereich hinein setzen können. Dazu zählen eine stabile öffentliche Kulturfinanzierung der Kommunen. der Länder und des Bundes sowie eine adäguate Wirtschaftsförderung für Kulturunternehmen. Die bestehenden Wirtschaftsförderungsprogramme werden derzeit zu langsam umgesetzt.

4. Herausforderung Föderalismus

Der historisch bedingte Föderalismus hat einen wesentlichen Anteil an der Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland und wird geschätzt. Über das Wie der Öffnung im Kulturbereich sind allerdings bundesweite einheitliche Regelungen wünschenswert, damit Öffnungsstrategien in den verschiedenen künstlerischen Sparten und Kulturorten entwickelt werden können. Vor allem für privatwirtschaftliche Kulturunternehmen sind darüber hinaus bundesweit einheitliche Öffnungstermine erstrebenswert. Nur so können adäquate Angebote gemacht und beworben werden. Beispielsweise brauchen Filme bundesweit geöffnete Kinos, um mit entsprechendem Werbevorlauf starten zu können. Andere brauchen Vorlauf, um ihre Angebote zu terminieren sowie Künstlerinnen und Künstler zu buchen.

5. Bundesweite Werbekampagne

Generell sollte durch eine bundesweite Werbekampagne auf die Wiedereröffnung von

Kultureinrichtungen aufmerksam gemacht werden, um zu zeigen, dass die Kultur wieder im Spiel ist.

Sonderfonds für Kulturveranstaltungen endlich auf den Weg bringen. Deutscher Kulturrat fordert Bundesregierung zum Handeln auf

Resolution des Deutschen Kulturrates Berlin, den 23. März 2021

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt die Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen auf den Weg zu bringen. Seit nunmehr einem Jahr können Kulturveranstaltungen gar nicht oder wenn nur unter einschränkenden Auflagen stattfinden. Selbst wenn bei sinkenden Inzidenzzahlen Kulturveranstaltungen wieder möglich sein werden, wird eine volle Auslastung mit Besucherinnen und Besuchern nicht möglich sein, sodass ein wirtschaftlicher Betrieb erschwert ist.

Der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen soll hier ansetzen. Er besteht nach dem, was bisher bekannt ist, aus zwei Teilen: einem Wirtschaftlichkeitsbonus und einer Ausfallabsicherung. Mit dem Wirtschaftlichkeitsbonus sollen Kulturveranstalter finanziell unterstützt werden, wenn aufgrund der Corona-Bedingungen und der vorliegenden Hygienekonzepte weniger Besucherinnen und Besucher als möglich zu den Kulturveranstaltungen zugelassen werden können. Die Ausfallabsicherung soll greifen, wenn aufgrund der Corona-Pandemie eine geplante und angekündigte Veranstaltung ganz oder teilweise abgesagt werden muss. Ausfallkosten wie z.B. Künstlerhonorare, Kosten für Dienstleister usw. sollen erstattet werden. Hierfür ist eine Billigkeitslösung vorgesehen.

Sowohl der Wirtschaftlichkeitsbonus als auch die Ausfallabsicherung können wichtige Instrumente sein, um jetzt Kulturveranstaltungen zu planen und vertragliche Verpflichtungen einzugehen. Mit der Überbrückungshilfe III steht ein von Bund und Ländern entwickeltes und praktiziertes Förderverfahren zur Verfügung. Die Überbrückungshilfe III hat sich in den letzten Monaten als sehr flexibel und anpassungsfähig erwiesen. Die Verwaltungsabläufe sind inzwischen eingespielt. Das Instrument ist im Kulturbereich anerkannt und wird vielfach genutzt. Weiter sollten sich beim Aufsetzen der Ausfallabsicherung die Erfahrungen mit den beiden Ausfallfonds Film zunutze gemacht werden.

Damit der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen wirken kann, muss er jetzt auf den Weg gebracht werden. Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

- dass der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen schnell eingerichtet wird. Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier müssen sich zügig über das Verfahren verständigen,
- dass sich der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen an privatwirtschaftliche Unternehmen richtet und kein Ersatz für die Kulturförderung von Bund, Ländern oder Kommunen ist,

- 3. dass alle künstlerischen Sparten antragsberechtigt sind,
- 4. dass an bestehende Förderinstrumente wie die Überbrückungshilfe III angeknüpft wird. Hier könnte entweder innerhalb der Überbrückungshilfe III eine Programmlinie oder darauf aufbauend eine eigene Überbrückungshilfe IV (Sonderfonds für Kulturveranstaltungen) aufgelegt werden,
- 5. dass der Sachverstand aus den Kulturverbänden eingebunden wird.

4	7	۲
4	1	. 7

9. Kapitel: Dokumentation

Autorinnen und Autoren

Die Angaben beziehen sich auf das Erscheinungsdatum der Artikel

Ellen Ahbe – Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Soziokultur

Peter Altmaier – Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Reinhard Bärenz – Leiter der Hauptredaktion MDR Kultur und Projektleiter ARD Kultur beim Mitteldeutschen Rundfunk

Simone Barrientos – Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Theresia Bauer – Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Gerhart R. Baum – Innenminister a. D. und Vorsitzender des Kulturrats NRW

Tina Beer – Staatssekretärin für Kultur des Freistaats Thüringen

Stephan Behrmann – Sprecher der Allianz der Freien Künste und Geschäftsführer des Bundesverbands Freie Darstellende Künste

Thomas Bellut - Intendant des ZDF

Melanie Bernstein – Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss Kultur und Medien des Deutschen Bundestags und Vorsitzende des Programmbeirates des »Kleinen Theaters am Markt« in Wahlstedt

Andreas Bovenschulte – Präsident des Senats und Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Carsten Brosda – Senator für Kultur und Medien Hamburg

Theresa Brüheim – Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Tom Buhrow – Intendant des Westdeutschen Rundfunks und Vorsitzender der ARD

Johann Hinrich Claussen – Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Manuel Dengler – Dirigent, Bratschist, Kulturmanager und Intendant der Brandenburger Festspiele

Amelie Deuflhard – Intendantin des Produktionshauses Kampnagel in Hamburg

Angela Dorn – Ministerin für Wissenschaft und Kunst Hessen

Hartmut Ebbing – Kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stefan Eckstein – Präsident des Verbandes Deutscher Industrie Designer

Moritz Eggert – Präsident des Deutschen Komponistenverbandes, freischaffender Komponist und Pianist sowie Professor für Komposition an der Hochschule für Musik und Theater München

Guido Evers – Geschäftsführer der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL)

Felix Falk – Geschäftsführer des game – Verband der deutschen Games-Branche

Lena Falkenhagen – Schriftstellerin, Games-Autorin und Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Jörg Freese – Beigeordneter des Deutschen Landkreistages

Michael Freundt – Geschäftsführer des Dachverbands Tanz Deutschland

Stefan Genth – Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland

Nina George – Schriftstellerin, Vorstandsmitglied des Fördervereins Buch und Präsidentin des European Writers' Council

Tilo Gerlach – Geschäftsführer der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL)

Yvette Gerner - Intendantin von Radio Bremen

Kai Gniffke - Intendant des Südwestrundfunks

Katrin Göring-Eckardt – Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Peter Grabowski - Kulturpolitischer Reporter

Marc Grandmontagne – Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins

Ludwig Greven - Freier Publizist

Erhard Grundl – Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Monika Grütters – Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Barbara Haack – Verlagsleiterin des ConBrio Verlages und Mitherausgeberin der neuen musikzeitung

Georg Halupczok – Vorstandsmitglied des Bundesverbands Soziokultur

Ingrid Hartges – Hauptgeschäftsführerin des DEHOGA Bundesverbands

Dieter Haselbach – Geschäftsführer des Zentrums für Kulturforschung Berlin

Klaus Hebborn – Kulturdezernent des Deutschen Städtetags

Ulrich Hegerl – Vorstandsvorsitzender der Stiftung Deutsche Depressionshilfe und Inhaber der Senckenberg-Professur an der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie an der Goethe Universität Frankfurt/Main

Hans Dieter Heimendahl – Deutschlandradio Kulturkoordinator

Harald Heker - Vorsitzender des Vorstands der GEMA

Heike Herold – Vorstandsmitglied des Bundesverbands Soziokultur

Benjamin-Immanuel Hoff – Minister für Kultur und Chef der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen

Reiner Hoffmann – Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Christian Höppner – Generalsekretär des Deutschen Musikrates

Martin Hufner – Musikwissenschaftler, Journalist und Lektor

Kristian Jarmuschek – Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Galerien und Kunsthändler

Hans Jessen - Freier Journalist

Urs Johnen – Kontrabassist und Geschäftsführer der Deutschen Jazzunion

Marc Jongen – Kulturpolitischer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Maike Karnebogen – Redakteurin von Politik & Kultur

Susanne Keuchel – Präsidentin des Deutschen Kulturrates und Vorsitzende der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung

Ulrich Khuon – Präsident des Deutschen Bühnenvereins und Intendant des Deutschen Theaters Berlin **Thomas Kleist** – Intendant des Saarländischen Rundfunks

Barbara Klepsch – Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus

Tobias J. Knoblich – Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Joachim Knuth – Intendant des Norddeutschen Rundfunks

Boris Kochan – Präsident des Deutschen Designtages und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates

Eckart Köhne – Präsident des Deutschen Museumsbundes

Andreas Kolb – Chefredakteur der neuen musikzeitung und Redakteur von Politik & Kultur

Jürgen König – Deutschlandradio-Korrespondent in Paris

Manfred Krupp – Intendant des Hessischen Rundfunks

Hannes Langbein – Direktor der Stiftung St. Matthäus, Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Mitinitiator von »Kirchen für Künstler«

Peter Lange – Hörfunkkorrespondent der ARD für Tschechien und die Slowakei

Stefan Laurin - Journalist

Klaus Lederer – Senator für Kultur und Europa in Berlin

Birgit Lengers – Leiterin des Jungen DT und von DT International

Ulrike Liedtke – Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates, Vizepräsidentin des Deutschen Musikrates, Präsidentin des Landtags Brandenburg

Uwe Lübking – Beigeordneter für Recht, Soziales, Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Bettina Martin – Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Aiman Mazyek – Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland

Gerald Mertens – Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung

Ulf Meyer - Architekturjournalist

Mara Michel – Geschäftsführerin des VDMD, dem Berufsverband für Mode.Textil.Interieur. Accessoire.Design und Vizepräsidentin des Deutschen Designtags

Jens Michow – Präsident des Bundesverbands der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft

Johann Michael Möller - Freier Publizist

Elisabeth Motschmann – Kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Michelle Müntefering – Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt

Thomas Negele – Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft

Sebastian Nordmann – Intendant am Konzerthaus Berlin Christoph Palmer – Geschäftsführer der Produzentenallianz

Matthias Pannes – Bundesgeschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen

Urban Pappi – Geschäftsführender Vorstand der VG Bild-Kunst

Isabel Pfeiffer-Poensgen – Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Karin Prien – Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Martin Rabanus – Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stefan Raue - Intendant von Deutschlandradio

Sascha Rex – Leiter der Abteilung Grundsatz des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

Franck Riester – Kulturminister der Republik Frankreich

Rainer Robra – Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

Sven Scherz-Schade – Freier Journalist

Oliver Scheytt – Geschäftsführer der Kulturexperten Dr. Scheytt GmbH und Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Barbara Schleihagen – Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbandes

Patricia Schlesinger – Intendantin des Rundfunk Berlin Brandenburg

Berndt Schmidt – Intendant des Friedrichstadt-Palastes Berlin

Dagmar Schmidt – Vorsitzende des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler

Pamela Schobeß – Clubbetreiberin und Vorstandsvorsitzende der Clubkommission Berlin

Olaf Scholz – Vizekanzler und Bundesminister der Finanzen

Manja Schüle – Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Gabriele Schulz – Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Reinhard Scolik – Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und ARD-Koordinator für Wissen, Musik und Religion

Bernd Sibler – Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Alexander Skipis – Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Ulrich S. Soénius – Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Köln und Direktor der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

Robert Staats – Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Wort

Christian Stäblein – Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Rupert Graf Strachwitz – Vorstand der Maecenata Stiftung **Benjamin Strasser** – Präsident des Bundesmusikverbands Chor & Orchester

Christine Streichert-Clivot – Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlands

Birgit Maria Sturm – Geschäftsführerin des Bundesverbands Deutscher Galerien und Kunsthändler

Björn Thümler – Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

Sabine Verheyen – Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Europäischen Parlaments

Ricarda Wackers – Leiterin des Bereichs Kultur des Saarländischen Rundfunks

Katja Wildermuth – Intendantin des Bayerischen Rundfunks

Karola Wille – Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks

Sylvia Willkomm – Leiterin der Kommunikation des Deutschen Museumsbundes

Sandra Winzer – Journalistin beim Hessischen Rundfunk

Marc Wohlrabe – Vorstandsmitglied der Livekomm und Co-Gründer der Clubkommission Berlin

Konrad Wolf – Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen

Olaf Zimmermann – Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Aus Politik & Kultur

- Nr. 1 Streitfall Computerspiele:
 Computerspiele zwischen kultureller
 Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz
- Nr. 2 Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht
- Nr. 3 Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen
- Nr. 4 Kulturpolitik und Zivilgesellschaft: Analysen und Positionen
- Nr. 5 Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt
- Nr. 6 Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie
- Nr. 7 Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
- Nr. 8 Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen interkultureller Bildung
- Nr. 9 Arbeitsmarkt Kultur: Vom Nischenmarkt zur Boombranche
- Nr. 10 Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017
- Nr. 11 Islam Kultur Politik
- Nr. 12 Kulturpolitik auf den Punkt gebracht: Kommentare und Begriffe
- Nr. 13 TTIP, CETA & Co.

 Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien
- Nr. 14 Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz
- Nr. 15 Wertedebatte: Von Leitkultur bis kulturelle Integration
- Nr. 16 Die dritte Säule: Beiträge zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
- Nr. 17 Kolonialismus-Debatte:
 Bestandsaufnahme und Konsequenzen
- Nr. 18 Die Corona-Chroniken Teil 1 Corona vs. Kultur in Deutschland

– Thomas Kleist und Ricarda Wackers:	- Theresia Bauer: Baden-Wurttemberg -
Saarländischer Rundfunk – Phase I / S. 275	Phase I / s. 343 Baden-Württemberg – Phase II / s. 345
Saarländischer Rundfunk – Phase II / s. 277	- Bernd Sibler: Bayern - Phase I/s. 347
- Kai Gniffke: Südwestrundfunk - Phase I / s. 279	Bayern – Phase II / s. 349
Südwestrundfunk – Phase II / s. 281	- Klaus Lederer: Berlin - Phase I / s. 351
– Tom Buhrow: Westdeutscher Rundfunk – Phase I / s. 283	Berlin – Phase II / s. 353
Westdeutscher Rundfunk – Phase II / s. 285	– Manja Schüle: Brandenburg – Phase I / s. 355
- Thomas Bellut: ZDF / s. 287	Brandenburg – Phase II / s. 357
Religionsgemeinschaften als Kulturorte	- Andreas Bovenschulte: Bremen - Phase I / s. 359
- Christian Stäblein: Nächster sein. Im Wartezimmer	Bremen - Phase II / s. 361
der Corona-Pandemie / S. 291	- Carsten Brosda: Hamburg - Phase I / s. 363
- Johann Hinrich Claussen: System(ir)relevant.	Hamburg – Phase II / s. 365
Der Beitrag von Kultur und Religion zum gesellschaft-	- Angela Dorn: Hessen - Phase I / s. 367
lichen Leben/s. 295	Hessen – Phase II / s. 369
- Hannes Langbein im Gespräch mit	- Bettina Martin:
Theresa Brüheim: Kirchen für Künstler. Gottes-	Mecklenburg-Vorpommern – Phase I / s. 371
dienste bieten Auftritts-und Verdienstmöglichkeiten	Mecklenburg-Vorpommern – Phase II / s. 373
für Kunstschaffende / s. 297	 Björn Thümler: Niedersachsen – Phase I / s. 375
- Aiman Mazyek: Viele Freitagsgebete in Moscheen	Niedersachsen – Phase II / s. 377
bleiben weiter aus. Islam-Praktizieren in der Corona-	- Isabel Pfeiffer-Poensgen: Nordrhein-Westfalen -
Pandemie / s. 299	Phase I / s. 379 Nordrhein-Westfalen – Phase II / s. 381
- Johann Hinrich Claussen: Kultur versus Religion?	- Konrad Wolf: Rheinland-Pfalz - Phase I / s. 383
Jetzt keine unnötigen Konflikte ausfechten! / s. 302	Rheinland-Pfalz – Phase II / s. 385
Die Kommunen, unmittelbar betroffen	- Christine Streichert-Clivot: Saarland - Phase I/s. 387
- Ulrich S. Soénius: Ein Virus lähmt die Kulturstadt.	Saarland – Phase II / s. 389
Köln: Schnelle Hilfe und Unterstützung sind nötig/s. 305	- Barbara Klepsch: Sachsen - Phase I / s. 391
– Katrin Göring-Eckardt im Gespräch	Sachsen – Phase II / s. 393
mit Ludwig Greven: Innenstädte müssen Orte	 Rainer Robra: Sachsen-Anhalt – Phase I / s. 395
des Gemeinwesens sein / s. 307	Sachsen-Anhalt – Phase II / s. 397
- Stefan Genth, Ingrid Hartges und Olaf Zimmermann:	- Karin Prien: Schleswig-Holstein - Phase I/s. 399
So retten wir unsere Innenstädte!/s. 312	Schleswig-Holstein – Phase II / s. 401
- Ulf Meyer: Zurück in die Zukunft? Wie lebt es sich	- Benjamin-Immanuel Hoff und Tina Beer:
in der Post-Corona-City? Ausblick auf die Stadt	Thüringen / s. 403
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	•
nach der Krise / s. 316	Der Bund ist gefordert
- Klaus Hebborn: Schutzschirm auch für die Kultur.	- Monika Grütters im Gespräch mit Theresa Brüheim:
Stadtkultur bewahren / s. 319 Eine Perspektive für	Corona-Krise: Kultur ist Ausdruck von Humanität / s. 407
die Kultur in den Städten. Deutscher Städtetag fordert	 Peter Altmaier: Kulturschaffende sind wichtige Ziel-
den Erhalt der kulturellen Infrastruktur / s. 322	gruppe unserer Soforthilfe / s. 411
 - Uwe Lübking: Finanzieller Schutzschirm für die Städte 	 Olaf Scholz: Seriös kann die finanziellen Folgen für
und Gemeinden. Zur Situation von Kultureinrichtun-	Kultur und Medien niemand abschätzen / s. 413
gen in deutschen Kommunen / s. 324 Wege aus der Krise.	- Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz: Warten
Kommunen sichern Kulturleben / s. 326	auf Wann kommt der Kulturinfrastrukturfonds? / s. 415
– Jörg Freese: Landkreise jetzt für das »Danach« stark	- Olaf Scholz: Wir überprüfen die Wirksamkeit
machen. Kommunale Kultureinrichtungen sind	der Hilfen ständig / s. 418
systemrelevant / s. 328 Wichtige kulturelle Substanz.	- Monika Grütters: Hier spielt die Zukunftsmusik!
Landkreise brauchen eine lebendige Kulturszene –	Eine Milliarde für den »Neustart Kultur«/ s. 420
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
auch nach der Pandemie / s. 330	- Elisabeth Motschmann: CDU/CSU. Neustart Kultur -
Hilfen der Länder	ein wichtiges Zeichen / s. 423
 Sven Scherz-Schade: Eine nie zuvor erlebte 	 Martin Rabanus: SPD. Umfassende Unterstützung
Katastrophe. Corona verursacht auch im Südwesten	ist wichtig / s. 425
verheerende Schäden in der Freien Kulturszene / s. 333	- Marc Jongen: AfD. Exitstrategie wäre erforderlich / s. 427
- Stefan Laurin: Illegal 2020. In NRW ist das	- Hartmut Ebbing: FDP. Echte Nothilfe wird
kulturelle Leben durch die Corona-Epidemie zum	gebraucht / s. 429
Erliegen gekommen / s. 336	- Simone Barrientos: Die Linke. Branche steht
- Johann Michael Möller: Bis zur Rosenblüte ist	auf tönernen Füßen / s. 431
es noch weit. Kultur in Mitteldeutschland in Zeiten	- Erhard Grundl: Bündnis 90/Die Grünen.
der Quarantäne / s. 338	
	Ehrlich evaluieren und zügig nachbessern / s. 433
- Ludwig Greven: Alles bricht weg. Die Freie Szene	- Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz:
in Berlin und Hamburg bangt um ihre Existenz, arbeitet	Corona: Neu starten in der Kultur. Geht die Rechnung
aber unter Corona-Redingungen weiter / \$ 340	der Förderprogramme auf? /s 435

Der Kulturbereich wurde tief von der Corona-Pandemie getroffen. Er leidet unter extremen Einschränkungen durch die Schutzmaßnahmen. Viele Kultureinrichtungen waren und sind vollständig oder teilweise geschlossen. Besonders die freiberuflich arbeitenden Künstlerinnen und Künstler sind in Existenznot geraten.

Doch wie hat sich die Lage in den verschiedenen Kulturbereichen seit Beginn der Pandemie entwickelt? Welche kurzund mittelfristigen Auswirkungen gibt es? Welche Hilfsmaßnahmen wurden bereits umgesetzt, um den Kultursektor zu unterstützen? Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen bestehen? In acht Kapiteln blicken über 120 Autorinnen und Autoren aus Kultur, Medien und Politik auf die letzten anderthalb Jahre Corona vs. Kultur zurück.



ISBN: 978-3-947308-32-3

ISSN: 18652689 www.kulturrat.de